



Das Jahr der Birne! Eine Bilanz. S. 46, 47

Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 244, 12.03.84

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

Förderpreis
DM 5,-

C 21734 E



Wegen Wahrnehmung der Pressefreiheit: 30 Monate Gefängnis!

Benny Härlin

Michael Klöckner



Allerhand in diesem AK

Mit dem sozialistischen Schriftsteller Erich Fried sprachen wir über das heikle Verhältnis der Friedensbewegung und der Linken zur Sowjetunion und deren Kriegerrüstung, über Stalinismus und Stalin-Trauma, über Bahro und Baghwan — und natürlich — über die Krise der Linken. Zum Beispiel sei „Ich glaube nicht an eine revolutionäre Dienstpflicht, politischer Mensch oder Revolutionär soll man freiwillig sein. Wenn man die Nase davon voll hat, dann macht man es ohnehin nicht mehr gut, auch wenn man es aus Pflichtgefühl macht. Aber man soll sich davor hüten, die Dinge so zu akkumulieren, daß man dann die Nase voll hat.“
Mehr davon auf S. 42 und 43

Zwar nicht vom Tellerwäscher zum Millionär, aber immerhin vom maßgeblichen Funktionär des KB zum Inhaber eines großen Second-Hand-Plattengeschäfts für progressive Musik führte der Weg unseres alten Freundes Klaus („Willi“) Göttermann. Seine Gedanken über die Musik, die er nicht nur aus kommerziellen Gründen unter die Leute bringen will, über seine und unsere politische Vergangenheit — und über politische Chancen und Aufgaben in Gegenwart und Zukunft — über alles das sprachen wir mit ihm.
S. 39 und 40

ER KOMMT

Ein Yank macht noch keine Revolte

Die Schlacht soll es werden: zum Reaganbesuch und NATO-Gipfel. Wir ließen uns das natürlich dreimal sagen — wer ist dieser Cowboy denn schon — und stellten dennoch folgende Seiten zusammen:

- Wie üblich gibts bei solchen Anlässen auch diesmal gleich drei, davon zwei in ... und wenn schon Demo ... Juni. Der Aufruf ... nur, weil er mit ...
- Daß beim komm ... dig an die legendär ... auch die Bullen, zeig ... aus der »Deutschen ...
- Wenn die alte Pa ... wir“ auch in Zukunft ... damit noch ein bißchen ... schätzte Strategen uns ...
- „Zerschlagt die NA ... wir wissen, mit wem wir ... Geschichte des teuersten K ... aus der Welt.
- Wer was gegen die Aufrüstung hat, braucht nicht unbedingt über den US-Imperialismus zu jammern, denn der nächste Rüstungskonzern ist oft näher, als man denkt. Wo steht am Schluß unseres bescheidenen Beitrags für den Weltfrieden.

Anti-NATO-Woche in Berlin

Fr 4.6. Türkeiveranstaltung zum Hungerstreik
Mehringhof, 19.00 Uhr

Warte nicht bis der Reagen fällt

Anlaßlich des Nato-gipfels in Bonn wollen der Schmierkomödiant Ronald Reagan mit seinen Kommandanten Halg, Schmidt und ... Stadt ... die Schlappheit des letztjährigen Halb-Besuchs in Berlin, der außer Jubeln des Rußens keine Berliner zu Gesicht bekam, wettmachen. Die ... Amis zuzusehen an ihren TV's sollen jubelnde Berliner und kleine demonstrierenden Menschen zu sehen bekommen.
Welche Rolle spielt die BRD in der Nato?

radikal

Zeitung für Deserteure

„radikal“ nach wie vor den Status einer besetzten Stadt. Bis heute gelten immer noch über 4000 Kriegsverordnungen, beiderseits voller Anwendung die Laternenpfähle voller aufgeklopfter Menschen hängen könnten.
Die geografische Lage macht Berlin zum hervorragenden Horchposten ins feindlich Hinterland und der Besatzungsstatus vereinfacht Spionage nach innen enorm, so daß auch hier neueste Techniken ausprobiert werden. Von den 12.000 in Berlin stationierten Soldaten haben 1200 eine Spezialausbildung in Terrorisusbekämpfung. Sind in „Psychologischer Kriegsführung“ ausgebildet und ... läng in Kreuzberg Häuser und Straßenkampf geübt. Die „special forces“ bilden

BRD hat die gleichen Interessen ... aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaftsstrukturen ... ist Sprungbrett für die Ein ... der Nato (Starbahn ... computerzentrale für Bomben ... Vietnamkriegszeit).
BRD soll Kriegsschauplatz und ... Angriffszentrale gegen ... Imaginäre Feinde im Osten sein (Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Größtes US-Truppenkontingent außerhalb der USA, größte Atombombendichte der Welt)
★ Die BRD will die Nato-Politik aufgeben ihrer ökonomischen Vormachtstellung in Westeuropa durchsetzen und weniger willige Nato-partner wie die Niederlande und Dänemark bei der Stange halten.
Sein Besuch kann nur einer von vielen Anlässen sein, den Kampf gegen dieses unermessliche System an sich und gegen die Nato, das militärische Durchsetzungsinstrument, verstärkt und auf breiter Ebene zu führen. Wir sind gegen einen Frieden, der trotz eventueller Abrüstung nichts Anderes ist als die Friedensbrücke und Kontrolle & in (1984) Wir haben genug von der Bilanz und wir ... Krieg dem

„Welches Grün und was für ein“ nennt Holger Karasch von der Zeitschrift „Aufbau zur Diskussion“ seine Betrachtungen über „die Krise der Ökonomie und die Attraktivität der Sozialdemokratie“. Seine These: „Wieder einmal scheint es der Sozialdemokratie gelungen zu sein, eine gesellschaftliche Bewegung unter ihre Hegemonie zu bringen und für die eigene Stärkung auszunutzen“. Die Grünen hingegen zieht Holger Karasch nach „Jahren eines scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs“ wieder im Niedergang und in der Krise. Günstige Aussichten für einen Sammlungsversuch von revolutionären Sozialisten?
S. 35 und 36

Die Katze läßt das Mäusen nicht, und manche selbsternannten „Sprecher der Friedensbewegung“ können das Deeskalieren immer noch nicht lassen. Nachdem im vergangenen Herbst Gespräche mit Polizeifunktionären und Politikern in Stuttgart und Loccum einige Aufregung verursacht hatten, waren die Deeskalierer plötzlich sehr still geworden, aber dennoch alles andere als untätig! Seit kurzem liegt ein aktualisierter Entwurf für ein Abkommen zwischen dem Staat einerseits und ... Ja wenn nun eigentlich? ... andererseits vor. Wir dokumentieren das Papier. Statt sich ganz still zu schämen, lärmten jetzt die „Sprecher der Friedensbewegung“ über das totale „Loch“, durch das solche Papiere, die man doch viel lieber geheimhalten würde, immer wieder ihren Weg in linke und alternative Redaktionskammern finden.
S. 19 und 20

Der Feind ist der Zivilist — das zeigen die geheimen Pläne für Zivilverteidigung und Zivilschutz, die die niederländische Antimilitärische Gruppe „Onkrull“ bei Einbrüchen in Kommando-Bunker erbauten konnte. Wir setzen den im letzten AK begonnenen Nachdruck aus NATO-Dokumenten fort.
S. 26 und 27

Eine „Senkung der Atomschwelle“ soll nach dem Willen der SPD den Frieden in Europa sicherer machen und das gestörte Verhältnis der Unterarten zur Kriegerrüstung ihrer Obrigkeit wieder in Ordnung bringen. „Senkung der Atomschwelle“ heißt praktisch in erster Linie: massive Verstärkung der sogenannten konventionellen Rüstung. Die Idee kommt aus den USA. McNamara, Verteidigungsminister der USA während des Vietnam-Krieges, ist einer der geistigen Väter des Konzepts. Wir beginnen mit der Vorstellung dieser strategischen Pläne.
S. 8 und 10

BRD entwickelt eigene cruise missiles!

„Atomwaffen in deutscher Hand“ wurde in der letzten Ausgabe der offiziellen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ gefordert (s. Dokumentation im letzten AK). Die Schaffung der militärischen Voraussetzungen für diesen Wunschtraum läuft anscheinend schon: Im schwäbischen Lampoldshausen arbeitet die „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“ (DFVLR) nach eigenen Angaben an einem Projekt unter dem Titel „Marschflugkörper großer Transportleistungen“. Dies wurde vor einigen Tagen durch das „Baden-Württembergische Volksbegehren für den Frieden“ enthüllt.

Wir haben weiter recherchiert und informiert über — Marschkörper-Forschung in Baden-Württemberg (die von der Initiative Volksbegehren zusammengetragenen Fakten — Die offensive Bedeutung der „schwäbischen Cruise missiles“ — Cruise missiles und Airland Battle — Weitere Forschungen der DFVLR: Mittelstreckenraketen und Laserwaffen — Projekt OTRAG: Über einen früheren Versuch der BRD, zu eigenen Marschflugkörpern zu kommen.
Fortsetzung auf Seite 7



Erklärung der

Uğur

Erklärung der Informationsstelle Türkei zum Hungerstreik im Militärgefängnis Mamak

Nach Meldungen vom 7.3. sind im Gefängnis von Diyarbakir (Hauptstadt von Türkisch-Kurdistan) elf Gefangene ums Leben gekommen, wobei noch nicht ermittelt ist, ob sie den Folgen eines Hungerstreiks erliegen sind oder ob sie vom Militär ermordet wurden. Seit dem 24.2. findet auch im Militärgefängnis von Mamak in Ankara ein Hungerstreik statt, zu dem wir folgende Presseerklärung erhielten:

Seit dem 24. Februar findet im Militärgefängnis Mamak in Ankara ein Hungerstreik statt, an dem sich nahezu alle Gefangenen dort beteiligen. Den neuesten Informationen aus der Türkei zufolge verschärft sich die Situation in dem Militärgefängnis ständig. Viele Tausende weisen darauf hin, daß die Militärs beabsichtigen, bestimmte Gefangene, die als leitende Mitglieder von Massenorganisationen verdächtigt werden, noch vor den im März anstehenden Kommunalwahlen und angesichts der breiten Amnestiediskussion in der Bevölkerung zu vernichten. So wurden direkt nach Beginn des Hungerstreiks die Besuche von Angehörigen und Verteidigern verboten und die Gerichtsverhandlungen für einen Monat ausgesetzt. Gleichzeitig nahmen die Militärs die Mißhandlungen und Folterungen an den Gefangenen wieder auf. Gefangene, die bei diesen Mißhandlungen verletzt werden, werden nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern nur oberflächlich im Militärgefängnis behandelt. Das Verhalten der Militärs widerspricht einem vor ca. 1,5 Monaten von politischen Gefangenen und der Gefängnisverwaltung unterzeichneten Protokoll, zu dem es nach mehreren Widerstandsaktionen der Gefangenen gegen die Haftbedingungen und die Einzelisolation gekommen war. In diesem Protokoll hatten sich die Gefangenen bereit erklärt, die diskriminierende Einzelisolation zu tragen, während die Gefängnisverwaltung zusicherte, daß Prügel und Mißhandlungen eingestellt und die Schikanen bei dem alltäglichen Appell beendet werden. Zu dem Hungerstreik kam es am 24. Februar, nachdem die Verwaltung plötzlich erklärte, dieses Protokoll sei nicht mehr gültig und die Mißhandlungen von neuem begonnen. Angehörige der politischen Gefangenen, die versuchten, bei verschiedensten Stellen sich für das Leben ihrer Verwandten einzusetzen, werden bedroht und überall abgewiesen.

Es ist offensichtlich, daß dieses Vorgehen systematisch geplant und in der ganzen Türkei durchgeführt wird. Auch bei dem Hungerstreik im Militärgefängnis in Diyarbakir im September letzten Jahres war die Situation ähnlich. Nachdem die Gefangenen dort durch ihren Widerstand die Einstellung verschiedener Repressalien erreicht hatten, wurde kurze Zeit später der Druck verschärft und führte schließlich zu einem Massaker, bei dem mindestens drei führende Mitglieder von kurdischen Befreiungsorganisationen ermordet wurden. Ebenso starben im Januar dieses Jahres mindestens sechs Gefangene im Militärgefängnis Diyarbakir bei einem Feuer, daß mit größter Wahrscheinlichkeit von den Militärs gelegt wurde. Bei den Ermordeten handelte es sich wiederum um Menschen, die als führende Mitglieder von Massenorganisationen angeklagt waren.

Angehörige der politischen Gefangenen in Mamak bezeichnen die Lage als sehr ernst und bitten, angesichts der Tatsache, daß ihnen selbst die Hände gebunden sind, die westeuropäische Öffentlichkeit, alles zu tun, um das Leben der Gefangenen zu retten. Wir fühlen uns verpflichtet, diesen Hilferuf weiterzugeben und fordern insbesondere die Presse auf, die Informationen aus der Türkei weiterzuverbreiten.

Gleichzeitig bitten wir die Politiker unseres Landes, die politischen Beziehungen mit der türkischen Regierung zu nutzen, um die Vernichtung von Menschenleben zu verhindern.

Spendenaufzur Verfassungsschutz-Rausschluß

Erinnern wir uns kurz: Im Sommer 1981 gelang es einigen mutigen Frauen und Männern, eine Observationswohnung des Verfassungsschutzes in der Graudenzerstraße in Bremen zu enttarnen. Die Wohnung wurde im Zuge dieser Enttarnung leergeräumt, die Observationsutensilien aus dem Fenster geworfen und die schriftlichen Unterlagen veröffentlicht. Durch diese Aktion erfuhren wir viel über die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes, und durch die Veröffentlichungen der Materialien erfuhren viele Leute, was der VS über sie weiß. Und das Wichtigste: hier wurde die Arbeit des VS praktisch behindert.

Das hat uns allen Mut gemacht, damals. Offene Freude haben wir empfunden. Den Verfassungsschutz und den Staatsapparat hat's mächtig gewürgelt.

Das mußte bestraft werden: — Wolfgang wurde der Teilnahme an dieser Aktion „überführt“. 9 Monate Knast auf Bewährung, Geldbuße und Kosten des Verfahrens.

Natürlich blieb der Prozeß gegen Wolfgang nicht ohne öffentliche Folgen: Anlaß einer Demonstration wurden beim Verfassungsschutzgebäude Scheiben eingeworfen.

Uwe wurde als Teilnehmer dieser Demonstration verurteilt: Geldstrafe und Kosten des Verfahrens.

Der Vorsitzende Richter von Wolfgang's Prozeß wurde am 1. Verhandlungstag auf dem Weg zum Gericht mit Farbe übergossen: — Helke und Kerstin wurden deshalb verurteilt: Geldstrafen und Kosten des Verfahrens.

Wir meinen, wenigstens das finanzielle Problem können wir unseren Freunden nehmen. Deshalb rufen wir euch zu Spenden auf. Insgesamt beläuft sich die Summe auf über 10.000,- DM.

Treuhandkonto, Stichwort „Graudenzerstr.“, RA Wesemann, Sparkasse in Bremen (290 501 01) Kto.-Nr.: 1590512

10.-17. März Bundesweite Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit

In der Zeit vom 10. - 17. März 1984 findet unter dem Motto: „Keiner schließt uns ab! Arbeitsplätze statt Ausländerhetze! Deutsche und Ausländer: Gleiche Rechte!“ eine bundesweite Aktionswoche gegen die Ausländerfeindlichkeit statt. Bisher beteiligen sich 60 Städte daran (1).

Während der Aktionswoche wird in diesen Städten, darunter alle großen der Bundesrepublik sowie West-Berlin, in Form von Aktionen und Veranstaltungen auf fünf Themenschwerpunkte Bezug genommen: Asyl, Familienzusammenführung, Abschiebung, Wahlrecht für Ausländer und Arbeitslosigkeit.

Ins Leben gerufen wurde diese Aktionswoche von dem aus über 100 Initiativen und Organisationen bestehenden Koordinationsausschuß 'Frankfurter Appell', der sich im Anschluß an die Protestveranstaltung 'Öffentliche Anklage: Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen' im Juni 1983 in Frankfurt gründete, um bundesweit Protest- und Widerstandsaktionen gegen die von der Bundesregierung angekündigte Verschärfung des Ausländergesetzes durchzuführen. Während der Aktionswoche finden in den einzelnen Städten verschiedene Aktionen wie Straßentheater, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Kulturabende, Filmvorführungen, Dichterlesungen, Informationsstände etc. statt.

Der Koordinationsausschuß 'Frankfurter Appell' wird auch nach dieser Aktionswoche weiter bestehen, um Ausländerfeindlichkeit und den geplanten Gesetzesverschärfungen, die nach neuesten Informationen im Frühsommer zur Vorlage kommen sollen, gemeinsamen Widerstand entgegenzustellen. Für den 7./8.4.84 lädt der Koordinationsausschuß zu einer Aktionskonferenz nach Frankfurt ein, auf der zentrale Aktionen gegen das geplante neue Ausländergesetz beschlossen werden sollen.

Kontaktadresse: Koordinationsbüro 'Frankfurter Appell' Mainzer Landstraße 239-241 6000 Frankfurt/Main Tel. 0611/737898 Spendenkonto: F. Mühleisen, Stadtparkhaus Frankfurt, BLZ 500 501 03, Kto. Nr. 106/59009

(1) In Hamburg fand die Aktionswoche wegen der am 10.3. beginnenden Frühjahrsferien bereits vom 5. - 11.3.84 statt.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-201 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 5.000 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushandigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abender mit dem Grund der Nichtaushandigung zurückzusenden.

Am 1. März 1984 war es soweit. Nach 36 Prozeßtagen erkannte der 6. Strafsenat für Recht im Namen des Volkes, daß 30 Monate Knast gerade die angemessene Strafe für die unterstellte Herausgabe der Zeitschrift „Radikal“ seien.

Damit hat das Kammergericht im Strafsenat einen neuen Rekord in einem als „Pressesache“ deklarierten Verfahren aufgestellt und „die im Urteil gegen die Agit-Drucker geöffnete Tür weiter aufgestoßen.“ (Rechtsanwalt Ziegler, Verteidiger von Michael Klöckner auf einer Pressekonferenz am 1.3.84).

Das Urteil entsprach in der Summe, nicht aber in der Verteilung dem Strafantrag des Oberstaatsanwaltes Przytarski, der 33 Monate für Michael und 27 Monate für Benny am 21. Februar gefordert hatte, weil beide Angeklagten die „Public-Relation-Manager des Terrorismus und Chaosstums Berlin“ seien. („Tagespiegel“, 22.3.84) „Die Frage, ob die ‚Revolutionären Zellen‘ überhaupt eine terroristische Vereinigung im Sinne des § 129 a seien, (was die Rechtsanwälte von Benny und Michael angezweifelt hatten) sah Przytarski durch den Verweis auf vorangegangene Gerichtsurteile als gerichtskundig an. Abgesehen davon sei die Existenz der RZ ‚allgemein offensichtlich‘. Wer Zweifel daran hege, daß sie eine terroristische Vereinigung im strafrechtlichen Sinne seien, ‚wer darüber Zweifel hat, muß in diesem Staat nicht leben!‘“ (Prozeßbulletin Nr. 6) — so der Oberstaatsanwalt in seinem Plädoyer.

Der kritischen Presse warf Przytarski vor, „daß jeglicher Kenntnis von Straf- und Presserecht“ (ebd.) zu sein. „Je höher die Rechte der Presse in diesem Lande geachtet und geschätzt würden, desto höher sei schließlich auch deren Pflicht.“ (ebd.).

Die Verteidiger hatten Freispruch gefordert, zum Teil aber aus ihrer Skepsis dem Kammergericht gegenüber keinen Hehl gemacht. Beweismittel und Zeugen seien nach Oudünken der Staatsanwaltschaft in den Prozeß eingeführt worden. Das Gericht sei dabei ganz der Linie des Staatsanwaltes und innerseits gefolgt und habe so gezeigt, daß es an der Aufklärung des Sachverhalts gar nicht interessiert sei.

Das Urteil

Pahlhoff, Vorsitzender des Staatsanwaltes, leitete seine Urteilsbegründung mit Erwägungen zur Pressefreiheit ein: „Der Prozeß ist in der Öffentlichkeit vielfach als ein Angriff der Justiz auf die Pressefreiheit abgestemmt worden.“ (Berliner Morgenpost, 2.3.84). Doch schrankenlos sei diese Pressefreiheit eben auch wieder nicht. Für insbesondere kriminell erachtete der Strafsenat die Veröffentlichung von Schriftstücken und Bekenntschreiben „Revolutionärer Zellen“ und anderer Gruppierungen. Einen breiten Raum nahmen in der mündlichen Urteilsbegründung auch inkriminierte Texte ein, die zur Demonstration anläßlich des Reagan-Besuches am 11.6.82 auftriefen. Sämtliche Texte enthielten die Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) beziehungsweise deren Begehung (§ 140 StGB). Von nur untergeordneter Bedeutung für das Strafmaß sei demgegenüber der § 129 a StGB (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung).

Bei dieser Begründung handelt es sich allerdings nach Einschätzung von Rechtsanwalt Cobler, Verteidiger von Benny Härlin, um einen Trick: „mit dem die Öffentlichkeit über die Bedeutung des § 129 a für dieses Verfahren hinwegtäuscht werden soll.“ Denn noch der Haftbefehl desselben Gerichtes vom Sommer 83 stütze sich in der ersten Linie auf den § 129 a und „die unmittelbare Zuständigkeit des Kammergerichts (ergab sich schon) aus der Anklage nach § 129 a.“ (TSP, 2.3.84)

Entscheidend für die Verurteilung, so das Gericht weiter, sei alleine, ob die Angeklagten an der Verbreitung der Radikal mitgewirkt hätten. Herausgegeben habe die Radikal die Zeitungsköoperative, deren 1. Vorsitzender Benny Härlin sei. Dieser Verein wäre seinerzeit als „Schutzschild“ gegründet worden, und dies — so der Vorsitzende — sei bedeutsam. Durch die Übernahme der Funktion des Vorsitzenden habe er die Herausgabe der Radikal ermöglicht.

Daß Benny seit Jahren mit der Radikal nachgewiesenermaßen nichts mehr zu tun hat und seine letzte Tätigkeit für die Radikal weit vor dem Zeitraum der hier angeklagten Ausgaben liegt, stört diesen Vorsitzenden in seiner abenteuerlichen Beweisführung nicht im geringsten.

Alles „Schutzbehauptungen“. Schon weil Benny Journalist gewesen sei, müsse er den Inhalt der Radikal gekannt haben.

Terrorurteile in Moabit gegen Benny Härlin und Michael Klöckner:

30 Monate Knast für die Pressefreiheit

„Härlin habe sich als engagierter Journalist mit dem Inhalt der ‚Radikal‘ identifiziert und akzeptiere sie auch heute noch. Davon zeuge alleine schon, daß ihm die Zeitschrift während der Untersuchungshaft zwischen Juni und August 83 ausgeliefert worden sei.“ (Volksblatt, 2.3.84)

„Den Tatbeitrag des Michael Klöckner umschrieb Pahlhoff vor allem mit dem Verhalten des Angeklagten während der Hauptverhandlung. Er habe dem Senat ‚die Überzeugung der Mitwirkung vermittelt‘, hieß die schlagende Begründung.“ (TAZ, 2.3.84) Darüberhinaus wurde es nur noch wackeliger: Michael habe, so das Kammergericht, die Rechtsgeschäfte für die Radikal abgewickelt und den Zahlungsverkehr erledigt. Als wenig störend in seiner Beweisführung empfand das Kammergericht, daß selbst der BKA-Schriftgutachter für diverse Unterschriften bei Schecks und Überweisungen jeweils nur den zweitniedrigsten Sicherheitsgrad (von sechs) bestätigten wollte. „Herr Klöckner hat es krampfhaft vermieden, während des Prozesses irgendwas zu unterschreiben. Dies ist der freien Beweiswürdigung dahingehend zugänglich, daß er eben Angst vor einer sicheren Bestätigung seiner Unterschrift durch den Gutachter hatte.“ „Außerdem wisse man von dem Zeugen Dirk Schneider (AL), daß Klöckner an den Redaktionskonferenzen der Zeitung teilgenommen habe.“ (TAZ, 2.3.84). Das war zwar 1979, aber solche Kleinigkeit kann diesen Richter nicht erschüttern!

Völlig zu Recht sprechen die Rechtsanwälte von einer in politischen Prozessen umkehrten Beweislast: Nicht das Gericht habe die Schuld des Angeklagten zu beweisen, sondern dieser seine Unschuld. Kein Wort fiel im Urteil zur eigentlichen Beweisführung in diesem Verfahren. Hatten sich doch sämtliche Beweisnahmen in diesem Verfahren. Hatten sich doch sämtliche „Ermittlungsergebnisse“ der Staatsanwaltschaft in Luft aufgelöst. Benny konnte für die einzige vorgeworfene Auslieferung der Radikal ein hieb- und stichfestes Alibi nachweisen, und Michael war gleich bei der ersten Observation, die in den Ermittlungsakten aufgeführt worden war, von den Beamten mit einem Anderen verwechselt worden, der im Prozeß aussagte, daß nicht Michael, sondern er selbst die Auslieferung der Radikal besorgt habe. Trotz dieser Fehlidentifikation bei der ersten, der Schlüsselobservation, bestand das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung auf der Auslieferung einer Ausgabe der Radikal — bestätigt durch einen einzigen Zeugen, der ansonsten bereits Benny fälschlich identifiziert hatte.

Wer wundert sich da noch, wenn Rechtsanwalt Klesing, Verteidiger von Michael, dem Gericht vorwarf, „Beweismittel im Verfahren selektiv wahrgenommen zu haben, um lediglich die eigenen Vorurteile zu bestätigen?“ (TAZ, 2.3.84)

Presse- und andere Reaktionen

Richter Pahlhoff meinte das Urteil noch mit rüden Worten über die Pres-

seberichterstattung zum Prozeß krönen zu müssen: „Das Geschäft mit der Unwahrheit ist offensichtlich einträglicher als das Geschäft mit der Wahrheit.“ Das war den meisten anwesenden Pressevertretern dann doch zu viel. Sie verließen unter Protest den Saal, die Zuschauer ebenfalls.

Die Kommentare zum Urteil sind durchweg kritisch: Für den „Tagespiegel“ ist zwar die Pressefreiheit nicht bedroht, „doch das nicht rechtskräftige Urteil des Kammergerichts und seine Begründung fordern Kritik heraus. Je zweieinhalb Jahre für zwei junge Männer, die radikale Druckschriften strafbaren Inhalts zu verantworten haben, mehr also, als daß noch eine Bewährung möglich wäre. Im Falle Härlin wurde der Strafantrag des Staatsanwaltes überschritten. Ich sehe meine hier im Sommer 1983 ausgesprochene Vermutung bestätigt: Demen werden wir's mal zeigen.“ (TSP, 2.3.84)

„Der sechste Strafsenat wird sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, letzten Endes trotz unscharfer Beweislast gegen die Pressefreiheit entschieden zu haben.“ (FR, 2.3.84)

Noch deutlicher das „Volksblatt“: „Selbst der deutsche Journalistenverband, der zweifellos nicht in dem Verdacht steht, systemkritischen Ideologien anzuhängen, spricht von ‚verheerenden‘ Auswirkungen auf eben diese Pressefreiheit. Glücklicherweise muß sich der Bundesgerichtshof in Karlsruhe noch einmal mit dem Verfahren befassen. Somit bleibt Hoffnung auf eine Korrektur des Urteils gegen Härlin und Klöckner, zumal der Ablauf des Berliner Prozesses seriösen Ansprüchen keinesfalls genügt hat... Am Gängelband des Staatsanwaltes ist eine freie Presse eine absurde Fiktion.“ („Volksblatt“, 2.3.84)

Die „Süddeutsche Zeitung“ sieht lt. Spiegel „darin einen Beleg, wie sehr die ‚Süddeutsche Zeitung‘ sieht lt. Spiegel“ „darin einen Beleg, wie sehr die ‚Süddeutsche Zeitung‘ sieht lt. Spiegel“ „darin einen Beleg, wie sehr die ‚Süddeutsche Zeitung‘ sieht lt. Spiegel“

Für die „Tageszeitung“ ist dieses Urteil „im exakten Sinn ein Terrorprozeß, weil es ein Urteil ist, das Schrecken auslösen soll, das Ohnmacht vor der Rachsucht einer politischen Justiz, das hilflose Wut gegenüber der juristischen Heilmücke bewirken soll.“ (TAZ, 3.3.84) Die taz druckte auch am 3.3.84 inkriminierte Artikel aus der Radikal ostentativ nach, ein Vorgehen, das wir uns auch von der bürgerlichen Presse wünschen würden.

„Die DJU (Deutsche Journalisten Union) bezeichnet den Richterspruch als absurd und ‚gewolltes Exempel, mit dem unliebsame publizistische Strömungen abgewürgt und Journalismus in staatlich vorgegebene Bahnen gelenkt werden soll.“ Die Urteile seien ebenso wie der § 129a zutiefst obrigkeitstypisch.“ (TSP, 2.3.84)

Scharf protestierten gegen das Urteil auch Schriftsteller, darunter Heinrich Böll, Ingeborg Drewitz, Ludwig Arnold, Günter Grass, Peter Härtling, Robert Jungk, Dorothee Solte, Carola Stern und Heinrich Vormweg: „In der Protesterklärung heißt es: ‚Wir, die Unterzeichner, halten das Urteil gegen Härlin und Klöckner für unvereinbar



Benny Härlin



Michael Klöckner

mit den Grundsätzen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir sehen darin eine schwere Gefahr für die Meinungs- und Pressefreiheit in der Bundesrepublik. Wieder einmal hat es sich gezeigt, daß es sich bei dem Paragraph 129a StGB (Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) um einen Gummiparagrafen handelt, der eine uferlose Ausweitung der Strafverfolgung und ein Gestaltungsrecht möglich macht. Auf dieser Grundlage können Buchhändler, Kioskbesitzer, ja Journalisten, die sich mit den Ursachen des Terrorismus oder mit gesellschaftlichen Zuständen kritisch befassen, jederzeit strafrechtlich belangt werden.“ In der Erklärung heißt es weiter: Wir protestieren gegen das allen grundrechtlich-rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn sprechende Urteil gegen Härlin und Klöckner. Wir fordern die Abschaffung des Paragraphen 129a StGB. In der Art, wie das Gericht ihn ausgelegt hat, sind auch die meisten von uns anzuklagen und zu verurteilen.“ (TSP, 4.3.84)

Die Alternative Liste stellte auf der Pressekonferenz nach der Urteilsverkündung einen Entwurf zur Abschaffung der §§ 129/129a vor, den sie in naher Zukunft dem Westberliner Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vorlegen wird. Darüberhinaus hat die AL Benny Härlin nominiert, als AL-Vertreter an der Wahl des Bundespräsidenten teilzunehmen.

Mal wieder ganz anders (und auch so viel differenzierter) die Westberliner SPD-Fraktion: sie bittet die SPD-

Bundestagsfraktion, den § 129a im Hinblick auf die Definition „Werben“ und „Unterstützen“ verändern zu wollen, um eine ausufernde Rechtsprechung zu verhindern. „Die Verurteilung der Journalisten Härlin und Klöckner zeigt, wie dringlich eine solche Initiative ist.“ (Westberliner Pressestelle der SPD)

Von den Grünen wurde Benny Härlin am 3. März auf den dritten Platz der Kandidatenliste für die Europawahlen gewählt. Michael Klöckner erhielt Listenplatz sechs. Benny Härlin hatte seine Kandidatur u.a. damit begründet, daß er nicht wisse, „was absurder ist, Straßburg oder Tegel“.

Die Folgen dieses Urteils, sollte der BGH es bestätigen oder nur unwesentlich modifizieren, sind katastrophal. Wie die Kriminalisierung von öffentlichen und befürworteten militanten Widerstandsformen und die Diskussion darüber vorstatten geht, hat das Westberliner Kammergericht exemplarisch vorgemacht — weit über die bisher gesteckten Grenzen hinaus.

Der Protest gegen dieses Urteil — so erfreulich er ist — muß wesentlich intensiver werden.

Anti-Represionskommission KB/Westberlin

P.S. Richter Pahlhoff stürzte übrigens nach einer Feier am Tage des Urteils die Treppe des Moabiter Gerichts hinunter. Kleine Sonden bestrafte der liebe Gott eben sofort.

Neuer Personalausweis: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Wenn mensch den eignen Ohren und der Presseberichterstattung glauben will, so soll laut Kabinetts-Beschluß von Ende Februar '84 die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises nicht vor November 1985 erfolgen. Grund: der Urteilspruch des Bundesverfassungsgerichts zu Volkszählung mache, so Justizminister Engelhard schon vor Wochen, „Nachbesserungen“ des neuen Personalausweisgesetzes, das am 1.11.84 in Kraft treten sollte, notwendig. Das FDP/CDU-CSU-Kabinetts will insbesondere die Konferenz der Datenschutzler vom April '84 abwarten, die in ihren Forderungen festhalten, wonach der maschinenlesbare Personalausweis nur in Verbindung mit neuen Datenschutzvorschriften für Polizei und Nachrichtendienste akzeptabel sei. Kritisch überprüft werden müßten die Speicherung der Daten in einem Personalausweisregister sowie die Verwendung des Ausweises im „Sicherheitsbereich“ und der privaten Wirtschaft. Vor allem die Protokollierung von Kontrollanfragen an die Polizei-Computer und die daraus hervorgehende Erstellung von „Bewegungsbildern“ soll nach Vorstellung der Datenschützer nicht erlaubt sein. Gleichzeitig hieß es aber wünschenswert klar aus der CDU-Fraktion: „Sicherheitspolitisch ist er weiterhin geboten.“ Und seitens der FDP, auf deren Betreiben die Aufschubung vornehmlich zustandekam: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“ Nach den „hysterischen Kampagnen“ gegen den neuen Ausweis werde man nun aber nicht „mit heißer Nadel nähern.“

Es darf festgestellt werden, daß damit ein Teilziel der Proteste, nämlich eine Verschiebung der Einführung der Plastikkarte, erreicht ist. Offenbar erscheint es der Koalition (auch unter dem absehbaren Druck der SPD, die auch in dieser Sache wieder mal die Opposition gegen ein von ihr selbst be-

schlossenes Gesetz macht) opportuner, auch in dieser Frage eine mögliche Konfrontation mit breiteren Kreisen der Bevölkerung wie schon anläßlich der Volkszählung zu „de-eskalieren“. Es soll sich aber niemand einer Täuschung hingeben: die De-Eskalation erfolgt nicht in der Sache, sondern lediglich im Ton, genauer: nicht der technisch-strukturelle und organisatorische Prozeß der Einführung eines maschinenlesbaren Ausweis-Systems und der damit einhergehenden voranreitenden allgemeinen Verdattung und Erfassung soll geändert oder gar gestoppt werden. Es sollen lediglich ein paar anstößige Formulierungen eines ungeschickten verfaßten Gesetzestextes umgeschrieben werden. Damit hofft man die „hysterischen Kampagnen“ zu unterlaufen, um in der Sache desto ungenierter und effektiver die laufenden Zentralisierungen bei den Meldedämern, der Polizei, zwischen Meldedämern und Polizei u.a. vorantreiben zu können. Es ist im übrigen ja auch bezeichnend, daß von einem Stop der Einführungs-Vorbereitungen bisher nicht die Rede ist. Es ist auch noch keine offizielle Beschlüßfassung im Parlament erfolgt, mit dem das Inkrafttreten des bereits beschlossenen neuen Personalausweisgesetzes zum 1.11.84 tatsächlich rückgängig gemacht worden wäre.

Dies alles sieht doch aus. Die Kritiker der Plastikkarte sind sicher gut beraten, die Zeit für weitere notwendige — und durch die Verschiebung nicht leichter geworden — Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Darüberhinaus sollten sie selbst auf den miesen Trick gefaßt sein, daß das Einführungsdatum des 1.11.84 doch eingehalten wird — wenn eine unaufmerksame Öffentlichkeit das zuläßt. Bei einem Innenminister, der wegen Meinelde verurteilt ist, muß mit sowas gerechnet werden.



Tazler vor dem Kriminalgericht Moabit

(Quelle: Zitty)

F., Hamburg

Mit ziemlicher Sicherheit wird es zu einem größeren Arbeitskampf kommen. Mit Erlöschen der „Friedenspflicht“ beginnt die IG Metall in diesen Tagen mit vielfältigen Aktionen im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ (Kurzstreiks, Demonstrationen, Versammlungen während der Arbeitszeit) und im Rahmen vielfältiger Aktionen zum Internationalen Frauentag, den Ostermärschen, am 1. Mai und auf Veranstaltungen „Rock für die 35-Stunden-Woche“. Im wesentlichen soll dabei überprüft werden, wie groß die Mobilisierungsbereitschaft in den Betrieben ist, mit der es bislang allenthalben haperie. Als Indikator werden auch die Betriebsratswahlen im März gesehen, bei denen eine Reihe rechter Gruppen, aber auch IGM-Betriebsräte Wahlkampf gegen die 35-Stunden-Woche machen.

Ziel der Aktionen ist es, so die IGM in einem internen Mobilisierungspapier, die „neue Beweglichkeit als eine Bewegung von großer Intensität über einen längeren Zeitraum durchzuführen“. Etwas im Osten herum ist dann mit der Urabstimmung zu rechnen, wobei heute noch Unsicherheit besteht, ob die notwendige 75%-Zustimmung aller Gewerkschaftsmitglieder zustandekommt. Flächenstreiks mit Schwerpunkten Hessen und Baden-Württemberg (so inoffizielle Verlautbarungen) sollen anders als in früheren Tarifkämpfen von Aktionen und Warnstreiks in anderen Tarifgebieten begleitet werden. Neu ist auch, daß die IGM „kein Nebeneinander von Streikenden und Nichtstreikenden“ will (keinen „Fernsehstreik“) und daß Arbeitskampf „Arbeitszeit“ sein soll.

und Nichtstreikenden“ will (keinen „Fernsehstreik“) und daß Arbeitskampf „Arbeitszeit“ sein soll.

„Sein oder Nichtsein“

Der stellvertretende IGM-Vorsitzende Steinkühler hat noch einmal seine These bekräftigt, daß es für die Gewerkschaften bei der Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung um „Sein oder Nichtsein“, „um ihr Überleben“ gehe. Zwar stehe die „physische Zerschlagung“ der Gewerkschaften nicht an, aber sie wären im Falle einer Niederlage nicht mehr „Hoffungsträger für die Arbeitnehmer“ (1).

Dem haben die DGB-Rechten widersprochen: es gehe nur um wirksame beschäftigungssichernde Maßnahmen (Döding, NGG).

Steinkühlers Sorge ist berechtigt. Seit dem Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn ist offensichtlich, was sich bereits in den Jahren davor abzeichnete. Die Gewerkschaften verlieren vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer Bedingungen ihren gesellschaftlichen Stellenwert als systemintegrierter und systemstabilisierender Sozialpartner. Wirtschaft- und Strukturkrisen, technologische Entwicklung und Rationalisierung und in der Folge anhaltende Massenarbeitslosigkeit haben der alten Rolle der Gewerkschaften in der BRD — Sozialpartner statt Gegenmacht zu sein — viel Boden entzogen. Dieser reale Machtverlust der Gewerkschaften als mitbestimmender Faktor in der sozialen Marktwirtschaft ist die Ursache für den Flügelkampf im DGB und nicht etwa eine auf Veränderung drängende Basis, die ihren funktionären Feuer unter Hinzeln macht.

Zwei Flügel sind da im wesentlichen auszumachen: Die konfliktbereiten Sozialpartner aus der IG Metall, die die christlich-liberale Bundesregierung mit aller Macht dazu zwingen möchten, den Gewerkschaften annähernd wieder ihre alte Rolle im System wiederzugeben und dies notfalls über eine Machtprobe am Beispiel der 35-Stunden-Woche exemplarisch durchziehen wollen. Sowie die total angepaßten Sozialpartner der „Fünferbände“ (IG Chemie, NGG u.a.), die flexibel und realpolitisch auf die veränderten Bedingungen reagieren und darauf setzen, auch zukünftig unter weitgehender Aussparung von Konflikten am marktwirtschaftlichen Kuchen teilhaben zu können. Sie wünschen geradezu eine Große Koalition in Bonn, ihre parteipolitischen Bezugspunkte sind die Arbeitnehmerflügel der SPD und der CDU.

Dieser rechte Flügel im DGB hat seine ganze Hoffnung auf eine schnelle und akzeptable gesetzliche Vorruhestandsregelung durch die CDU gesetzt und ist enttäuscht worden. Sowohl staatliche Sparpolitik, als auch die Interessenslobby der Unternehmerverbände hat es diesen Sozialpartnern unmöglich gemacht, vorbehaltlos dem derzeitigen Gesetz zuzustimmen. Die Verzögerung des Vorruhestandsgesetzes, das allerfrühestens im Mai verabschiedet wird, hat aktuell die Position der „Fünferbände“ als Spalter geschwächt, da vor Gesetzesverabschiedung exemplarische

„Muster“-Tarifabschlüsse auf gesetzlicher Basis nicht möglich sind, was bei Teilen der Bourgeoisie Befürchtungen aufkommen läßt: „Doch würde diese

35-Stunden-Woche

Kommt es zum großen Knall?

Auch nach vier Verhandlungsrunden zwischen IG Metall und Gesamtmetall hat sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nichts bewegt. Begleitet von ersten Aktionen und Scharmützeln aus Anlaß der Verhandlungen sind die Fronten unverändert gegensätzlich. Während die Unternehmer beinahe jedes Zugeständnis verweigern, mit klammheimlichen Freude die Mobilisierungsschwierigkeiten der IGM propagandistisch begleiten und auf den Eintritt in die Arbeitskämpfphase warten, während die Bundesregierung keine Gelegenheit ausläßt, den Schrecken einer Wochenarbeitszeitverkürzung für den Wirtschaftsaufschwung zu beschwören, ist in den DGB-Gewerkschaften ein Richtungsstreik entbrannt, den trotz aller Mühen hinter Solidaritätsformeln (alle Formen der Arbeitszeitverkürzung sind willkommen) zu verdecken nicht gelingt.



Initiative im Sande verlaufen, dann wäre zu fürchten, daß allein die Verfechter der 35-Stunden-Woche Oberwasser bekommen und die mächtige Unversunft sich weiter im Gewerkschaftsbund ausbreitet“ (2).

Steinkühler hingegen fürchtet, die Unternehmer „wollen zahllose Gewerkschaften, um dann ungehindert ihre Interessen durchzusetzen“ (3). Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften in diesem Sinne berührt daher die Frage, welcher Flügel sich realistisch durchsetzen kann, wobei Wohl und Wehe des Steinkühler-Flügels nicht nur vom Ausgang der aktuellen Tarifrunde abhängt, sondern er auch darauf baut, die SPD wieder an die Regierung zu bekommen, da nur so eine Synthese aus Konfliktbereitschaft und Sozialpartnerschaft denkbar ist. Gegen diese Richtung im DGB spricht aber nicht nur, daß ein Regierungswechsel nicht absehbar ist, sondern vor allem die ökonomische Entwicklung, die auch unter einer SPD-Regierung dem Spielraum für soziale „Partnerschaft“ sehr gering halten würde.

SPD versucht zu „vermitteln“

Die massive Gegenpropaganda von Unternehmern, Regierung, Konservativen

Wirtschaftswissenschaftlern und der Mehrheit der Medien gegen die 35-Stunden-Woche ist dazu geeignet, den Blick für die tatsächliche Haltung der SPD zu trüben. Hinter der Fassade der „vorbehaltlosen Unterstützung durch die SPD“ (Willy Brandt in einem Telegramm an eine IGM-Veranstaltung) verbergen sich ganz andere Sorgen, die Willy Brandt am prägnantesten ausgedrückt hat: „Wer den berechtigten Anspruch der Arbeitnehmer auf Teilhabe am technischen Fortschritt ablehnt, beschwört nicht nur harteste Auseinandersetzungen herauf, und gefährdet gezielte Arbeitsbeziehungen. Er braucht sich auch nicht über eine gewisse Technikfeindlichkeit und über sinkende Zustimmung zur Industriegesellschaft zu wundern. Gerade die relativ vernünftigen Arbeitsbeziehungen waren es aber, die in den letzten 30 Jahren einen großen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung hatten. In dem Maße, in dem dies zurückgedreht wird, entfernen wir uns vom Auftrag des Grundgesetzes: den demokratischen und sozialen Bundesstaat zu verwirklichen“ (4). — Also: nicht sozialdemokratische Neuorientierung, sondern die klassische sozialdemokratische Herangehensweise und Definition der sozialen Marktwirtschaft, die vor allem von der Sorge um ihren Erhalt gekennzeichnet ist.

SPD-Geschäftsführer Glotz hat dies in seiner Stellungnahme für den Parteivorstand unverblümt auf die praktische Zielsetzung hin formuliert: Die Verkürzung der Arbeitszeit soll „unverzichtbares Element, um die Unterstützung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften für den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewinnen“ (5).

Daß es bei allem Geklapper der SPD nicht um die vorbehaltlose Unterstützung der 35-Stunden-Woche geht, wird auch an der Ausgewogenheit der Stellungnahme des Parteivorstands deutlich. Da sagt Glotz ausdrücklich, daß es keinen Vorrang für die 35-Stunden-Woche gebe, daß Arbeitszeitverkürzung sowohl Wochenarbeitszeit, als auch Lebensarbeitszeit meine und die SPD davon ausgehe, „daß in unterschiedlichen Branchen und Betriebsgrößenklassen unterschiedliche Formen der Arbeitszeitverkürzung sinnvoll sein können“ sowie, „daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß“ (6). Diese Formulierungen sind nahezu identisch mit dem tarfpolitischen Beschluß des IG Chemie-Hauptvorstands (siehe an anderer Stelle), was die Behauptung der FAZ, die wisse aus Insider-Kreisen, daß die Formulierung der Intervention des IG Chemie-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rapp zu verdanken sei, realistisch erscheinen läßt. Der FAZ-Kommentator sieht darin denn auch „ein deutliches Abrücken (?) der SPD von dem Vorrang der 35-Stunden-Woche, vor allem aber eine Mahnung an die Gewerkschaften, sich in der Frage der Arbeitszeit nicht zu zerstreuen und von Überbiegungen abzulassen“ (7).

Diesen Hintergrund der politischen Intervention der SPD bei der 35-Stunden-Woche und ihrer „Solidarisierung“ zu erkennen, ist Voraussetzung dafür, zu begreifen, daß von dieser Seite aus ein starker Kompromißdruck auf die konfliktbereiten Gewerkschaften ausgeht. Offensichtlich geht auch in Teilen der Linken, die jetzt den „Schwenk“ der SPD in der Frage 35-Stunden-Woche bejubeln (der übrigens schon auf dem Münchener Parteitag 1983 — also schon in der Opposition — eingeleitet wurde), immer wieder der Blick dafür verloren, daß es sozialdemokratische Strategien gibt, die mit Verstand ihre Integrationspolitik betreiben und nicht einfach nur auf den Druck der Basis oder der Verhältnisse reagieren (8). Dieser Irrtum (?) hat auch schon bei der Entwicklung der Friedensbewegung nicht wenige Köpfe vernebelt.

Wieweit sich dieser Kompromißdruck heute bereits in der Führung der IGM durchgesetzt hat, was also an Tarifiergebnis zu erwarten ist, darüber einige Spekulationen.

Welche Kompromißlinien?

„Durch das sofortige volle Wegnehmen von fünf Stunden — also nicht den schrittweisen Abbau — entsteht ein Schub, der zwangsläufig zu einer Beschäftigungswirkung führen muß ... und deswegen ist die Forderung „Fünf Stunden pro Woche“ so unwahrscheinlich wichtig, und deswegen wehren wir uns auch gegen Kompromißlinien, weil die dieses Jahrhundertforderung total verwässern würden. Dann würden unsere Kumpels auf die Straße gehen, Opfer bringen, kämpfen, streiken, und nuckeln kommt dabei was raus, was überhaupt nicht mehr dem entspricht, was in Wirklichkeit die Forderung ausmacht“. Der das so deutlich und konsequent ausspricht, ist Johannes Müller, Hamburgs IGM-Vorsitzender (9), alles andere als ein Linker. Kompromißlosigkeit scheint Trumpf, ist also damit zu rechnen, daß am Ende dieser Tarifrunde ein Kompromiß bei der Arbeitszeitverkürzung herauskommt, der Ergebnis ehrlichen Bemühens im Kräftemessen sein wird? Oder bilden sich bereits Kompromißlinien heraus, die trotz des unausweichlichen Streiks unterhalb einer solchen Möglichkeit liegen?

Bereits der Beginn der Tarifausschließung war mit Vorabzustandnissen belastet:

- Zum einen beim Lohnausgleich, der zwar auf dem Papier immer noch voll gefordert wird, aber bei Einführung der Arbeitszeitverkürzung soll diese mit weniger Lohnprozenten erkauft werden.
- Zum anderen beim Rationalisierungsschutz und den notwendigen Neueinstellungen, deren Realisierung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden soll (vergleiche dazu AK 241).

Wenn jetzt der DGB-Vorsitzende Breit nicht müde wird, Kompromißbereitschaft zu signalisieren (die Forderung sei „nicht in einem Schritt für alle durchsetzbar“ (10)), so ist das sein Job

genauso wie das Rumerkochen der Zuspitzung der Auseinandersetzung auf „Sein oder Nichtsein“. Schließlich ist er als DGB-Chef fürs gespaltenes Ganze zuständig und sorgt sich möglicherweise um eine Perspektive nach einer Niederlage.

Wenn Steinkühler sagt, „Wenn ich die halbe Sache will, darf ich die halbe Sache nicht fordern“ (11) oder scherzhaft feststellt, „unsere Forderung heißt 35-Stunden-Woche, das bedeutet aber nicht, daß wir nicht auch mit der 35,5-Stunden-Woche einverstanden wären“ (12), so ist das bei Berücksichtigung vergangener Erfahrungen nicht besonders anstößig.

Kritischer wird es allerdings, wenn in der Phase der Zuspitzung die DGB-Wissenschaftler vom WSI Kompromißbereitschaft konkret signalisieren. „Ein den konjunkturellen Erholungsprozess stützender verteilungsneutraler Abschluß (soll) möglich, der eine kräftige Verkürzung der Wochenarbeitszeit sowie die Sicherung der Reallohnvorsicht“, wenn die Verhandlungen die jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Grundlage nehmen. Ohne dabei eine Zahl zu nennen, laufen die WSI-Aufführungen auf jährliche 1 1/2 Stunden Wochenarbeitszeitverkürzung hinaus (13).

Wird also hier bereits der Kompromiß in Form von stufenweiser Einführung vorbereitet, was angesichts fehlender beschäftigungspolitischer Absicherung die Wirkung bezüglich Neueinstellungen weiter abschwächt, deutet sich eine neue Kompromißlinie bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit an.

Kompromisse bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit an

Kompromisse bei der Flexibilisierung

Verschiedene IGM-Vertreter korrigierten die bisherige Ablehnung gegenüber der Flexibilisierung, wenn die Vorstellungen hierzu mit der Wochenarbeitszeitverkürzung verknüpft wurden (14). Am deutlichsten wurde Steinkühler: „Es gibt ja jetzt schon flexible Arbeitszeiten: Überstunden, Kurzarbeit, gleitende Arbeitszeit, auch Samstagarbeit — das alles waren und sind keine Tabus. Über all diese Dinge kann auch geredet werden, aber zunächst muß das Tabu der 40-Stunden-Woche fallen“ (15).

Das ist in der Tat eine neue und gefährliche Position, insbesondere, daß die Samstagarbeit zur Disposition gestellt wird. Immerhin galt die Fünftage-Woche als wesentliche gewerkschaftliche Errungenschaft und die Forderung nach der 40-Stunden-Woche in den 50er Jahren wurde unter der Parole „Samstags gehört Vati mir“ aufgestellt.

Während Steinkühler und andere hier bereits einlenken, wird in den Betrieben bei der Überzeugungsarbeit für die 35-Stunden-Woche ganz anders argumentiert: „Die flotte Werbung für flexible Arbeitszeiten ... ist die Strategie der Unternehmer gegen die 35-Stunden-Woche. Sie merken, daß ohne Arbeitszeitverkürzung nichts mehr geht, wollen aber den Nutzen daraus ganz alleine haben. Flexible Arbeitszeiten dienen der Rationalisierung. Die Arbeitskraft kann noch viel besser ausgenutzt werden als bisher. Es ist klar, daß darauf Entlassungen folgen und nicht Neueinstellungen“ (16).

Dem letzten Satz ist vorbehaltlos zuzustimmen. Es stimmt nicht, daß die Wochenarbeitszeitverkürzung ein unantastbares Unternehmer-Tabu ist. Verschiedene, zum Teil lautstark propagierte Arbeitszeitflexibilisierungsmodelle in Industriebetrieben haben eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf Folge (Beispiel BMW: 36 Stunden), aber auch 6-Tagewochen, mehr Schichtarbeit, weniger Lohn.

In der Krise wird im Unternehmerlager mit verschiedenen flexiblen Modellen experimentiert. Ziel der Unternehmerstrategie ist es dabei, Modelle zu finden, die neben Teilzeitarbeit, Jobsharing, Kapovaz auch in der Industrie eine Entwicklung ermöglicht, durch die die Personalpolitik entsprechend den betrieblichen und branchenspezifischen Bedingungen so eingesetzt wird, daß der Arbeitsinsatz möglichst nahtlos mit dem Arbeitsanfall in Übereinstimmung gebracht wird (siehe auch nebenstehenden Artikel).

Was vom Kapital abgelehnt wird, ist eine generelle Wochenarbeitszeitverkürzung, nicht aber die Möglichkeit unter Beachtung unterschiedlicher Bedürfnisse der Branchen und Betriebe, auch im Einzelfall die Wochenarbeitszeit zu senken. Flankiert wird diese Flexibilisierungsstrategie des Kapitals von Gesetzesmaßnahmen der Bundesregierung, deren Arbeitsminister Blum das Kapitalinteresse undogmatisch hinter der Ideologie der Erfüllung individueller Bedürfnisse zu verbergen versucht: „Wir setzen auf eine Gesellschaft, die

Fortsetzung nächste Seite

Bremen: Betriebsbesetzer wird IGM-Vorsitzender Provinzposse mit politischem Sprengstoff

Arno Weinkauf, seit 16 Jahren Vorsitzender der Bremer IG Metall und SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, hat es nicht leicht. „Ich trage auf zwei Schultern“, sagt er zu seiner schweren Bürde des Doppelmandats. Er trägt nicht nur auf zwei Schultern, er trägt auch auf jeder Schulter verschiedene. So geschehen im Januar, als er ein von der Bremer Arbeiterkammer in Zusammenarbeit mit dem IGM-Hauptvorstand abgestimmtes Gesetz über eine Berufsausbildungsabgabe in seiner Eigenschaft als Bürgerschaftsabgeordneter ablehnte, als Gewerkschafter aber befürwortete (was aber auch zweifelhaft bleibt).

Undank aber ist der Welt Lohn. Was Weinkauf immer gelang, sein Bürgermandat bequem mit seiner Gewerkschaftstätigkeit zu vereinbaren, möchte eine Mehrheit der Bremer IGM-Vertreterversammlung am 25. Februar nicht mehr nachvollziehen. „Viele Kollegen konnten das nicht mehr auseinanderhalten“, kommentierte er selber zwei Tage später im „Weser-Kurier“ seine Abwahl bzw. Nicht-Wiederwahl.

Mutet der Vorgang um Weinkauf und die SPD fast wie eine Provinzposse an, so enthält die Wahl seines Gegenkandidaten Hans Ziegenfuß mit 86 gegen 81 Stimmen für Weinkauf enormen politischen Sprengstoff. Zum einen, weil Weinkauf trotz seiner Kapriolen als der Kandidat von oben (vom Hauptvorstand) galt und sein Chef, Bezirksleiter Otto vom Steeg aus Ham-

burg, ihn stützte. Zum anderen, weil sein Gegenkandidat nicht irgendwer ist, Hans Ziegenfuß, Betriebsratsvorsitzender der dichtgemachten Bremer Weser AG, machte sich bundesweit einen Namen im Rahmen der Besetzung der Werft im September 1983. Auf dem Höhepunkt der Besetzung hatte er — bundesweit vom Fernsehen ausgestrahlt — Bremens Bürgermeister Koschnick das SPD-Parteibuch auf den Tisch geknallt wegen dessen Werften(Schließungs-)Politik. Und das nur wenige Tage vor der Bremer Bürgerchaftswahl (die Koschnick ja bekanntlich als gescheitener Triumphator überstand). Noch im Oktober 1983 gelang es Ziegenfuß nicht, ein Mandat dafür zu bekommen, auf dem IGM-Metall-Gewerkschaftstag die Erfahrungen aus der Betriebsbesetzung vorzutragen. Er mußte dies auf einer am Rande mit anderen Kollegen selbst organisierten Veranstaltung tun.

Die Wahl von Ziegenfuß konnte auch Otto vom Steeg nicht verhindern, der unversehens drohte, ein IGM-Bevollmächtigter Ziegenfuß werde vom Hauptvorstand in Frankfurt nicht anerkennen. Eingeweihte meinen sogar, daß dieser Auftritt vom Steegs in Verbindung mit Diffamierungen den Ausschlag für die nicht erwartete Mehrheit gab.

Vom Steeg scheint entschlossen, die Ablehnung von Ziegenfuß, der bislang noch nicht bestätigt worden ist, beim

Vorstand durchzusetzen. Zu diesem Zweck führt er nach Informationen der „taz“ (vom 6.3.84) Sondierungsgespräche mit dem Ziel, einen „Kommissar“ in Bremen einzusetzen. Die „taz“ berichtet von einem mitgeteilten Mausecheln in der Nobelkneipe „Deutsches Haus“, auf dem Steeg das SPD-Mitglied Karl Schönberger benannte, sich für ein solches Amt zur Verfügung zu stellen. Schönberger sitzt für die SPD in der Deputation Hafen und Wirtschaft des Landessparaments, ist Mitglied im IGM-Beirat, dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, also ein Mann des Apparats. Zudem ist der SPD-Rechts stellvertretender Betriebsratsvorsitzender beim Bremer Vulkan, der anderen Bremer Großwerft. Dort gilt er als in rechter Opposition zur Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser stehend.

Satzungsgemäß könnte der IGM-Hauptvorstand durchaus einen solchen Schritt wagen. Im § 14. 2 der IGM-Satzung heißt es: „Die gewählten Ortsverwaltungsmitglieder und die Geschäftsführer müssen vom Vorstand bestätigt werden.“ Im Kommentar zur Satzung kommt dabei dem Bezirksleiter der IGM eine besondere Aufgabe zu: „Dem Vorstand sind über die Bezirksleitung die zur Bestätigung erforderlichen Angaben bekanntzugeben. Der Bezirksleiter ist verpflichtet, seine Stellungnahme zu der Wahl umgehend dem Vorstand mitzuteilen.“ Und der Bezirksleiter heißt Otto vom Steeg.

Die Frage ist, ob der IGM-Vorstand mitten in der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung einen solchen Konflikt eingehen will, auch wenn dem SPD-Filz in der IGM-Bremen und im Bezirk der parteilose Ziegenfuß nicht paßt. Die Wahl von Ziegenfuß ist nämlich Symptom für zunehmenden Unmut der Basis-Funktionäre über die Untätigkeit der IGM-Ortsverwaltung während der Werftbesetzung und in der Werftenpolitik, die Stahlpolitik gegenüber Klöckner und auch die mangelhafte Mobilisierung zur 35-Stunden-Woche. Mit Ziegenfuß' Wahl verbindet sich die Hoffnung auf eine basisnähere Gewerkschaftspolitik in der Bremer IGM. Weinkauf hat mit seiner Berufsausbildungsposse das sowieso volle Faß zum Überlaufen gebracht.

In Sachen Weinkauf gegen Weinkauf Die Bremer Arbeiterkammer hatte in Abstimmung mit dem für Berufsausbildung zuständigen IGM-

In Sachen Weinkauf gegen Weinkauf Die Bremer Arbeiterkammer hatte in Abstimmung mit dem für Berufsausbildung zuständigen IGM-Vorstandsmittglied Preis aus Frankfurt am Jahresende 1983 ein Gesetz über die Förderung der Berufsausbildung im Lande Bremen vorgelegt, dessen Kernstücke die Melddichte für Ausbildungsplätze, die Verpflichtung der Betriebe zur Ausbildung sowie die Erhe-

bung einer Ausbildungsplatzabgabe für alle nicht-ausbildenden Betriebe sind. Von der SPD wurde dieses Gesetz selbstverständlich begrüßt, aber nur als Bundesinitiative, wo es nach Lage der politischen Dinge natürlich versackte. Einen Alleingang des Landes Bremen lehnte die SPD ab mit dem Hinweis auf die „Insellage“ der Stadt im CDU-regierten Niedersachsen sowie auf die „psychologische Wirkung“ auf die Unternehmen. Befürchtung konkret: Nachteile bei den Bemühungen um Industrieanstellung.

IGM-Hoffnung war es aber, eine gewisse Koordinierung und Druck dadurch herzustellen, daß solche Ländergesetze in den SPD-regierten Bundesländern Bremen, Hamburg, Hessen und NRW verabschiedet werden. Doch Bremens SPD zog nicht mit. Das Gesetz kam dennoch in die Bürgerschaft, die Grünen übernahmen es von der Arbeiterkammer und damit begann der eigentliche Ärger für die SPD (ähnlicher Ärger steht in Hamburg bevor, wo die GAL ein ähnliches Gesetz mit Zustimmung der Gewerkschaften eingebracht hat).

Der Abgeordnete Weinkauf stimmte bei der SPD-internen Vorabstimmung gegen das Gesetz (insgesamt stimmten nur vier Abgeordnete dafür). Gegenüber der eigenen Fraktion behauptete Weinkauf: Dies habe die Zustimmung des IGM-Vorstandes Hans Preis, der ebenfalls eine Bundesregelung befürwortet. Preis hat dies mittlerweile ausdrücklich dementiert und sich stattdessen schriftlich distanziert und besichert, daß Weinkauf ihn falsch informiert habe (u.a. hatte Weinkauf mitgeteilt, daß die SPD nicht gegen das Gesetz sei). Anschließend gab es ein Schlichtungsgespräch Preis, Weinkauf, vom Steeg, das mit einer Presseerklärung endete, in der es heißt: „Es dürfe ein Scheitern der Bremer Initiative“ wegen der Negativwirkung nicht geben, „betonten Preis, vom Steeg und Weinkauf übereinstimmend.“ (23.1.84)

Drei Tage später enthielt Weinkauf sich dennoch mit seiner gesamten Fraktion bei der Abstimmung, nur die Grünen stimmten dafür, die CDU dagegen. Das Gesetz war gescheitert. Vorläufig nur, meint Weinkauf. Immerhin habe sich die SPD dank seines kämpferischen Einsatzes enthalten, damit sei noch „eine Tür offen“.

30.1.84 nun verurteilt der Bremer DGB-Kreisvorstand ungewöhnlich scharf das Abstimmungsverhalten der SPD, insbesondere der Gewerkschaftsmittglieder. „Eine Tür offen“.

30.1.84 nun verurteilt der Bremer DGB-Kreisvorstand ungewöhnlich scharf das Abstimmungsverhalten der SPD, insbesondere der Gewerkschaftsmittglieder. Einstimmig übrigens, eine Fürstimme kam dabei vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden, der dato IGM-Vorsitzender war und ...Arno Weinkauf heißt.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

„Arbeitszeit nach Maß“ — auch bei Pfaff

Ein Beispiel aus dem Leben der Teilzeitarbeit beim größten westdeutschen Nähmaschinenhersteller Pfaff (2.800 gewerbliche Arbeitsplätze): Vor sechs Jahren wurden 30 „Teilzeit-Frauen“ eingestellt. Die Frauen haben sich schnell eingearbeitet, bringen überdurchschnittliche Leistungen und sind weniger krank. Inzwischen kommen auch andere Frauen (die es sich finanziell leisten können) zum Betriebsrat und fragen nach Teilzeitarbeit. Wenn die Arbeitnehmer das möchten und es betrieblich zu machen sei, hätte der Betriebsrat auch keine Bedenken.

Die „Teilzeit-Frauen“ sind bei Pfaff eine Art Kapazitätsreserve. Im letzten Fall: Innerhalb weniger Monate müssen einige hunderte tausend Teile für einen Kunden fertig sein. Mit Neueinstellungen wäre das nicht zu schaffen, erklärte der Betriebsrat (genau) das eben ist eine Frage der Personalplanung und erfordert die Einrichtung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze, ihre Einarbeitung würde zu lange dauern. Und wenn dieser Auftrag erledigt ist, wäre es für den Betriebsrat nicht leicht, diese Arbeitskräfte zu entlassen oder auf Kurzarbeit auszuweichen, die auch „alte Pfaffler“ treffen würde. Dann schon lieber die flexible Handhabung, sagen die Betriebsräte. Die Lösung wurde darin gefunden, daß sich die „Teilzeit-Frauen“ (natürlich freiwillig) bereit erklären, vorübergehend acht Stunden am Tag zu arbeiten. Gleichzeitig arbeiten andere „gelegentlich 50 Stunden und mehr“ die Woche mit einem entsprechenden Ausgleich in freien Zeiten.

V., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Gesamtgesellschaftliche Verabredung“

Die Arbeitszeitpolitik der IG Chemie und der IG Bergbau

Herman Rappe und Adolf Schmidt sind beide Bundestagsabgeordnete und SPD-„Kanalarbeiter“. Als Gewerkschaftsvorsitzende — der eine bei der IG Chemie, der andere bei der IG Bergbau — haben sie „ihren Laden“ voll im Griff. Beide haben über die Hauptvorstände ihrer Gewerkschaften jetzt das tarifpolitische Programm zur Arbeitszeitverkürzung vorgelegt, das Grundlage für die Tarifverhandlungen 1984 sein soll. Neu an beiden Entwürfen der 35-Stunden-Woche und für das Primat Lebensarbeitszeitverkürzung, ist, daß sie in einigen Bereichen eine Wochenarbeitszeitverkürzung nach Verabredung mit den Unternehmen durchaus wollen.

Interessieren soll uns hier aber die geradezu klassische Sozialpartnerschaft, die aus beiden Entwürfen spricht. Rappe hat in der IG Chemie das durchgesetzt, was er als SPD-Bundestagsabgeordneter bereits mehrfach forderte: Die Große Koalition heißt im ersten „Entwurf des tarifpolitischen Programms“ der IG Chemie „Gesamtgesellschaftliche Verabredung“. „Im Rahmen der von uns geforderten gesamtgesellschaftlichen Verabredung müssen alle Gruppen der Gesellschaft zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen“ (Entwurf vom 5.12.83).

Löhne im „gerechten Verhältnis“ zu Kapitalisten-Gewinnen

Löhne im „gerechten Verhältnis“ zu Kapitalisten-Gewinnen

In der neuen Forderungsempfehlung des IG Chemie-Vorstands (abgedruckt in „gewerkschaftspos“ 2/84) heißt es zur Arbeitszeitverkürzung: „Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeit entsprechend den jeweiligen Bedingungen und Kündigungsfristen“.

Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sind um einen Prozentsatz zu steigern, der neben dem Ausgleich der Preissteigerungsrate den Produktivitätszuwachs beinhaltet, soweit dieser nicht durch Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen zur Finanzierung heranzuziehen ist.“ Was eigentlich in allen Gewerkschaften gedacht wird, Arbeitszeitverkürzung über weniger Lohn zu erwirken, wird hier deutlich beim Namen genannt, damit auch niemand auf andere Ideen kommt. Doch damit die Gerechtigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft wieder hergestellt ist, wird zudem noch gefordert: „Entsprechend der Entwicklung der Unternehmensgewinne in den einzelnen Tarifbereichen sollte die aufzustellende Prozentforderung eine Umverteilungskomponente beinhalten, die erreicht, daß die Arbeitnehmerelinkommen im gerechten Verhältnis mit den Unternehmensgewinnen steigen.“ Wie so dieses „gerechte Verhältnis“ Umverteilung bedeutet, bleibt tarifpolitisches Geheimnis der IG Chemie.

Auch die IG Bergbau sorgt sich bei ihren arbeitszeitpolitischen Forderungen um das Gesamtwohl. Sie schließt Wochenarbeitszeitverkürzungen nicht aus, sieht aber „in der Verkürzung der Lebensarbeitszeit das Schwerkern der Erwartungen“. Bei der Behandlung der Arbeitszeitverkürzung in den Tarifverhandlungskommissionen „erwartet“ der Hauptvorstand, „daß dies unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation geschieht“. Daher „sollte die Form der Arbeitszeitverkürzung gewählt werden, die für die Arbeitsmarktsituation am wirkungsvollsten ist“ (zitiert nach „einheit“, 15.1.84).

Kommission Betrieb und Gewerkschaft



Betriebsversammlung anruf auf der besetzten AG Weser. BR-Vorsitzender Ziegenfuß wirft Hans Kt Hans Koschnick das SPD-Parteibuch auf den Tisch (Sept. 1983).

Fortsetzung von vorheriger Seite

maßgeschneidert“, da sie eine „restlose Ausnutzung der Kapazitäten“ ermöglichen. Der einzelne Beschäftigte wechselt innerhalb der Sechs-Tage-Woche wöchentlich von einer in die andere Schicht (zwei Wochen à 43,5 Stunden, eine à 45 und eine à 22,5 Stunden) und erhält als Ausgleich im vierwöchentlichen Turnus Freischichten, die entweder vor oder nach dem Wochenende liegen. Die IG Chemie hat diesen Tarifvertrag unterschrieben.

Siemens

Nach einem Bericht der Gewerkschaftszeitung „metall“ bieten die Siemens-Niederlassungen ihren Mitarbeitern kürzere Wochenarbeitszeiten an. „Metall“ feierte dieses Beispiel sogar als Einziges in die 32-Stunden-Woche (wie die FAZ genötigt zitiert). Tatsächlich hat die Niederlassung der Siemens AG München 142 Lehrlinge, die am 31.1. ihre Ausbildung beenden. Arbeitsverträge über 32 Stunden wöchentlich angeboten und den gleichen Vorschlag auch rund 1.000 Monteuren unterbreitet. Allerdings: Lohn wird nur für 32 Stunden bezahlt, was die IGM als „schwerwiegenden Fehler“ brandmarkte. Außer bei den Lehrlingen — gezwungenermaßen — hat das Angebot bei der Stammbesetzung „keine nennenswerte Resonanz“ hervorgerufen.

BASF

BASF kennt mittlerweile rund 50 verschiedene Formen der Arbeitszeitver-

kürzung. Hier hält sich die Nachfrage nach Teilzeitarbeit in Grenzen: Ende '83 waren 2,32 Prozent der Stammbesetzung (überwiegend Frauen) teilzeittätig. Zum Anstieg der Teilzeitarbeit im letzten Jahr trug u.a. folgende Maßnahme bei: 108 Auszubildenden wurden, als Alternative zur Arbeitslosigkeit, eine 32-Stunden-Woche — ohne Lohnausgleich selbstverständlich — im erlernten Beruf angeboten. Die mögliche Rückkehr auf Vollzeitarbeitsplätze gehört zu den Rahmenbedingungen, über die derzeit zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung verhandelt wird. „Die meisten Jungen“, heißt es lapidar, „machen kein Hehl daraus, daß sie 40 Wochenstunden lieber hätten.“ Mit der Mehrereinstellung von Auszubildenden baut die BASF vorsorglich Reserven auf für die Zeit der geburtschwachen Jahrgänge.

Nacanco

Bei dem Dosenhersteller Nacanco war bis Sommer 1982 die 40-Stunden-Woche die Regel, fast ebenso selbstverständlich waren Samstag-Überstunden, da aus betrieblichen Gründen angeblich die Sechs-Tage-Woche nötig war. Inzwischen arbeitet dort ein Arbeiter erst 48, dann 40, dann 32 und schließlich 24 Stunden in der Woche, was rechnerisch die 36-Stunden-Woche bedeutet. Aus der Sicht des Unternehmens: Von Lohnausgleich könne keine Rede sein, die bisherigen tariflichen Zulagen würden nunmehr in Form zusätzlicher Freizeit „ausgezahlt“.

In einem anderen Dosenwerk, der Gerro Kaiser, machte der Betriebsrat seine Zustimmung zur Sechs-Tage-Woche von der Verkürzung der durch-

schnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit abhängig. Auf dem Papier gilt seit September 1983 die 38-Stunden-Woche. In der Praxis: Zwei Wochen lang wird an sechs (!) Tagen insgesamt 48 Stunden gearbeitet, in der dritten Woche an sieben (!!) Tagen 56 Stunden, die vierte Woche ist freier Arbeitszeitverkürzung, „Flexibilität“ nach Maß des Kapitals!

Wolf Metallbau

Für die Lohnabhängigen dieses Unternehmens, das Verkehrsschilder herstellt, gibt die 35-Stunden-Woche. Allerdings gibt es neben Lohnausgleich ein Jahr lang keine weiteren Lohnerhöhungen. Die IG-Chemie hat einen entsprechenden Haustarif gebilligt, da sie darin einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah. Das Unternehmen hatte angekündigt, fünf zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Da die alte Mannschaft mehr (!) leisten soll, hieß es ausdrücklich, „erhofft man sich von den Neueinstellungen einen zusätzlichen Wachstumseffekt“.

Zur Begründung ihres Haustarifs betont die Geschäftsleitung, es sei ihr allein um die Steigerung der Leistungsfähigkeit gegangen. Die meisten Verkehrsschilder seien Einzelanfertigungen, wobei manuelle Arbeit überwiege. Wenn nur sieben Stunden gearbeitet wird, so die Geschäftsleitung, erhöhe sich die Konzentration, würde der Ausschuß kleiner und die Erholungszeit länger. Durch zusätzliche Motivation verspricht sich die Geschäftsleitung zugleich eine Senkung der Stückkosten.

Apropos Arbeitsplätze schaffen: Noch im Mai letzten Jahres wurde die Belegschaft von 70 auf 40 gekürzt, im selben Jahr aber der Umsatz „um eine zweistellige Zahl“ erhöht.

BRD entwickelt eigene Cruises Missiles

Die „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“

Die DFVLR ist die größte ingenieurwissenschaftliche Forschungseinrichtung in Westdeutschland mit insgesamt 13 über die gesamte BRD verteilten Instituten. Ca. ein Sechstel ihres Etats stammen direkt aus dem Verteidigungsministerium, weitere militärische Vorhaben verbergen sich unter Projekten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie.

Zuschüsse kommen ebenfalls von den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (wo sich jeweils Forschungsinstitute der DFVLR befinden). Unter den „fördernden Mitgliedern“ der DFVLR finden sich prak-

der Nähe des Ziels.“ (1)
An der Behebung des ersten Mangels — zu niedriger Geschwindigkeit — arbeitet die DFVLR intensiv.
Aber auch der zweite Mangel — zu ungenaue Karten — scheint die Forscher dort nicht ruhen zu lassen: Bei der letzten Spacelab-Mission im Oktober wurde eine DFVLR-Spezialkamera vom Weltraum aus erprobt. Zum Zweck dieser Mission führt eine DFVLR-Presseinformation vom 18.11. an: „In vielen Ländern der Erde fehlt es noch an brauchbaren Kartenwerken... Besonders auffällig ist der Mangel in den in Entwicklung befindlichen Ländern in Afrika, Südamerika und Teilen von Asien...“

Es soll aber auch untersucht werden, „inwieweit Karten in entwickelten Gebieten korrigiert und aktualisiert werden können... Über die Vorzüge

wenn es sich um reliefarme Landschaften (z.B. Wästen) handelt. Hier liegt in der bisherigen Satellitenaufklärung ein gewisser Nachteil.“

Interessant ist auch die Auslegung der Flugkörper auf „große Transportleistungen“. Dies kann dazu dienen, die Reichweite der Marschkörper bisher: 2.500 km) zu erhöhen, weil dann mehr Treibstoff mitgeführt werden kann oder statt eines (relativ leichten) Atomsprengekopfes einen relativ schweren konventionellen Sprengkopf transportieren. — Die Vergrößerung des Atomsprengekopfes hingegen hat wenig Sinn: Die Marschflugkörper dienen zur Ausschaltung von militärischen Punkt-Zielen; hierbei kommt es nicht auf eine Erhöhung der Sprengwirkung, sondern auf eine hohe Treffgenauigkeit (s. die DFVLR-Kamera) an.

Anzahl hergestellt, böten diese Cruise Missiles nach Ansicht ihrer Befürworter die Möglichkeit, auf hypothetische Gewaltakte eines Gegners, zum Beispiel der Sowjetunion, ohne Einsatz von Atomwaffen zu antworten, die Schwelle für einen Atomkrieg würde erhöht. Die Vereinigten Staaten bekämen die Möglichkeit, ganz bestimmte Ziele ohne große Nebenwirkung anzugreifen und der unangenehmen politischen Verantwortung für einen atomaren Erstschlag zu entgehen.“

Weiterhin wird es durch die Verbesserung der Transportleistung möglich, die Marschflugkörper mit großen Mengen von intelligenter „Submunition“ zu bestücken. Mehrere hundert intelligente Geschosse, die sich selber ins Ziel steuern, können so pro Cruise Missile transportiert werden. Diese Bestückung ist wichtig für das Airland-Battle-Konzept „Strike deep“ (etwa: tiefer Vorstoß), wo innerhalb von wenigen Stunden die militärischen Aufmarschgebiete im Vorfeld der Sowjetunion mit weitreichenden Waffensystemen aufgeräumt werden sollen.

Die von der DFVLR entwickelten Flugkörper erhöhen die Kriegsgefahr also enorm, weil sie geeignet sind

1. für den atomaren Überraschungsangriff („Enthaupungsschlag“),
2. für einen konventionellen Angriff gegen ausgewählte Punktziele (zur Erpressung der SU),
3. für einen flächendeckenden konventionellen Angriff im Sinne des Airland-Battle-Konzeptes.

BRD — nicht nur Juniorpartner der USA?

Die DFVLR ist eine rein bundesdeutsche Institution, US-Kapital ist an diesen Entwicklungen nicht beteiligt. Im Gegenteil: US-Firmen erarbeiten selber eine weiterentwickelte Version ihrer Marschflugkörper unter dem Projekttitel ASALM (Advanced Strategic Air-launched Missile). Diese soll — wie der DFVLR-Typ — mit einem Strahltriebwerk fliegen und Überschallgeschwindigkeit erreichen.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Die BRD versucht in eigener Regie, sich die Technologie für strategische Angriffswaffen zu verschaffen.

Genommen aus Baden-Württemberg

Die Bundesrepublik als heimlicher Waffenexporteur.



Eine Dokumentation über die raketen- und luftwaffen-technologische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Brasilien. Herausgegeben vom Arbeitskreis Physik und Rüstung.

Eine Waffe für den Angriff

Die bisherigen „Nach“rüstungswaffen haben für den Angriff einen großen Nachteil: Die Pershing-2 kann zwar innerhalb von wenigen Minuten ihre Ziele erreichen, aber jederzeit mit Radar geortet werden. Die Cruise Missiles sind zwar nicht mit Radar zu erfassen, fliegen aber so langsam, daß sie von der Flugabwehr gesichtet werden können.

In beiden Fällen kann der Gegner zwar die anfliegenden Raketen nur in geringem Maße abwehren. Jedoch kann er sie in der Regel so rechtzeitig erkennen, um seinerseits einen vernichtenden Gegenschlag auszulösen. Mit der neuen Generation von Marschflugkörpern, wie sie in Lampoldshausen entwickelt werden, wird dieser Nachteil überwunden: Erstmals können damit gegnerische Raketenstützpunkte unbedeutend angegriffen und ausgeschaltet werden. Das Risiko sinkt, daß ein Atomüberfall mit einem Gegenschlag beantwortet wird. Die Verlockung zum Angriffskrieg steigt. Kurz und gut: Die ideale Waffe für die NATO-Strategen, die die UdSSR in einem Erstschlag atomar „enthaupen“ wollen.

Die konventionelle Option

Neben dieser „großen Lösung“ bietet die Neuentwicklung aber weitere Möglichkeiten.

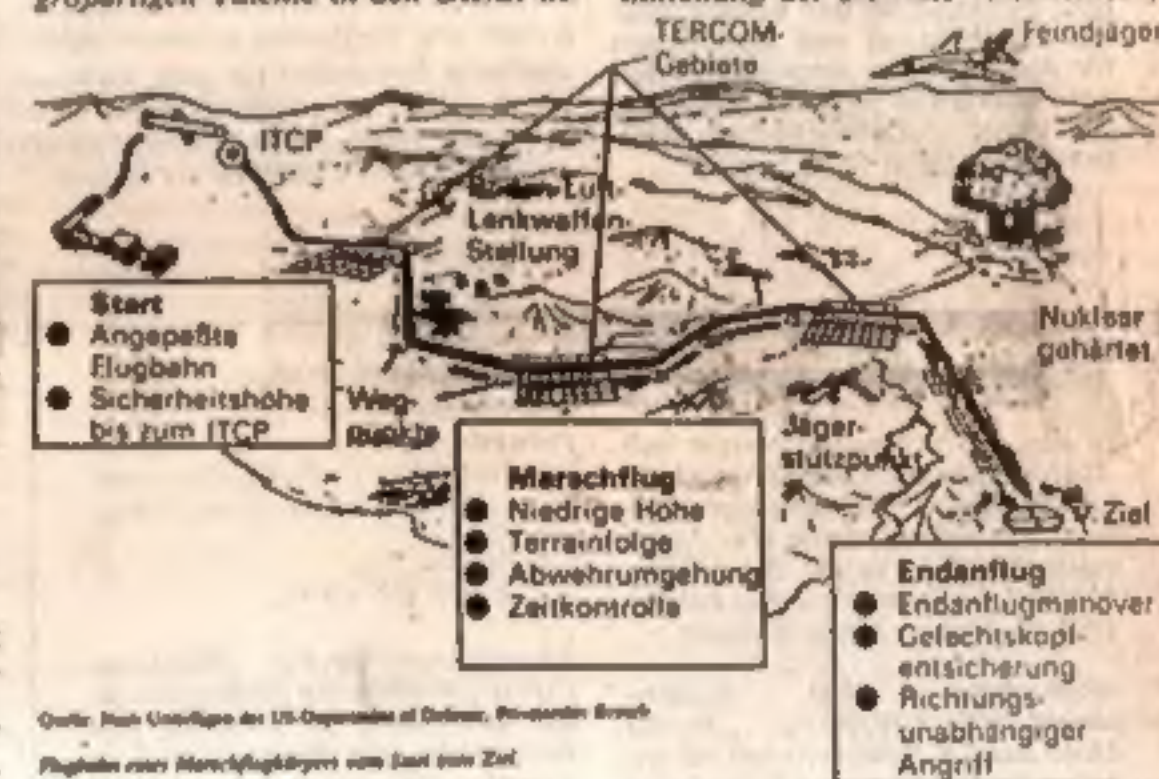
Das „Spektrum der Wissenschaft“ (1) berichtet von folgendem Einsatzkonzept für die neue Generation von Marschflugkörpern: Die hohe Treffsicherheit und Überschallgeschwindigkeit „ermöglicht es, zur Ausschaltung großer Radar-Frühwarnanlagen, Industriewerke, Ölraffinerien und ähnlicher Ziele hochexplosiven, aber konventionellen Sprengstoff statt Atombomben einzusetzen. Es gibt einen Vorschlag, die USA sollten Marschflugkörper entwickeln, die einen hochexplosiven Sprengkopf über interkontinentale Distanzen tragen und mit einer Treffsicherheit von weniger als zehn Metern ins Ziel befördern... In ausreichender

DFVLR: Auch ansonsten rege

Laserforschung

Am 23.3.83 rief US-Präsident Reagan „die Wissenschaftler, die uns die Atomwaffen bescherten, dazu auf, ihre großartigen Talente in den Dienst der

Universität Stuttgart koordiniert wird. „Das Land Baden-Württemberg wird in den nächsten 5 Jahren ca. 15 Millionen DM für den Forschungsschwerpunkt zur Verfügung stellen.“ (Pressemitteilung der DFVLR vom 6.10.83).



Für den Steuerungsprozeß von CME über das TERCOM-System ist die Bestimmung der exakten Geländehöhe außerordentlich wichtig. Eine Forschungsaufgabe der DFVLR?

Menschheit und des Weltfriedens zu stellen und uns Mittel in die Hand zu geben, die diese Atomwaffen wirkungslos und überflüssig machen.“ (FR, 25.3.83 — zit. nach Anm. 1).

Gemeint war damit die Entwicklung von Laserstrahlwaffen, die — im Weltraum stationiert — als Raketenabwehrsysteme eingesetzt werden sollen. Das erscheint im Augenblick jedoch als eine wenig praktikable Anwendungsmöglichkeit. Die Anwendungsmöglichkeit der Laserwaffen wird im Augenblick für „kürzere“ Entfernungen in der Atmosphäre erprobt.

Im vorläufig letzten bekannt gewordenen Versuch erprobte die US Air Force einen Laser im luftgestützten Laserlaboratorium. Der in einem Flugzeug vom Typ KC-135 untergebrachte Kohlendioxid-Laser zerstörte eine Side-winder Luft-Luft-Rakete während des Flugs. Diesen Anwendungen für das Schlachtfeld gilt auch die Forschung an Hochenergie-Laserwaffen in der BRD. Hauptansprechpartner für das Bundesministerium der Verteidigung — d.h. Koordinator für die gesamte bundesdeutsche Laserwaffenforschung — ist die DFVLR, deren Institute für Technische Physik in Stuttgart und für Chemische Antriebe in Lampoldshausen (am Kocher) an einem möglichen Laserwaffensystem für die 90er Jahre arbeiten. 1981 erhielt die DFVLR 4 Millionen DM für diese Forschung, die durch ein Informationsaustausch-Abkommen („Data Exchange Agreement“) mit den USA direkt den Reagan'schen Aufrüstungsplänen im All zugute kommen.“ (1).

Begleitend hat die baden-württembergische Landesregierung einen „zivilen“ Forschungsschwerpunkt Hochleistungslaser zur Erforschung der Materialbearbeitung (Schneiden, Schweißen, Bohren) beschlossen, das von der DFVLR in Stuttgart und der

Kooperation der DFVLR mit Brasilien

Im November 1971 schlossen die DFVLR und das brasilianische Zentrum für Wehrtechnik (CTA) einen Vertrag über die Erforschung von Höhenforschungsraketen (SONDA III und SONDA IV). Die Zusammenarbeit brachte den Brasilianern raketen-technisch ausgebildetes Personal und technische Erfahrungen ins Land, die auch für den Bau militärischer Raketen (bis hin zu Atomraketen) verwendbar sind. Brasilien selbst hat sich bisher stets geweigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, und besitzt — ebenfalls mit bundesdeutscher Hilfe — Atomanlagen, die für die Produktion von bombenfähigem Plutonium geeignet sind.

Es gibt keinen prinzipiellen Unterschied zwischen „friedlicher“ und „militärischer“ Raketen-technik, was sich schon alleine damit belegen läßt, daß bereits mehrere „zivile“ Raketen aus militärischen entwickelt wurden. „Die wesentlichen Kriterien, nach denen eine Rakete atomwaffentauglich ist, sind Reichweite, Nutzlast, Zielgenauigkeit und Abschlußwinkel.“ (2).

In der Tabelle werden verschiedene Atomraketen mit SONDA III und SONDA IV verglichen. Reichweite, Nutzlast und Größe der SONDA sind also durchaus vergleichbar mit anderen Atomraketen. Lediglich die Zielgenauigkeit läßt noch zu wünschen übrig. Jedoch auch hier kann Abhilfe geschaffen werden. „Brasilien braucht lediglich ein System einzubauen, um die Treffgenauigkeit der SONDA 30

Fortsetzung nächste Seite

fisch alle westdeutschen Rüstungsfirmen von Rang und Namen, von Krupp bis zu MBB und Dornier. „Förderndes Mitglied“ ist auch die Firma OTRAG, die schon durch die Erprobung eigener Marschflugkörper in Zaire von sich reden machte.

tisch alle westdeutschen Rüstungsfirmen von Rang und Namen, von Krupp bis zu MBB und Dornier. „Förderndes Mitglied“ ist auch die Firma OTRAG, die schon durch die Erprobung eigener Marschflugkörper in Zaire von sich reden machte.

Die „neue Generation“ der Cruise missiles

In den offiziellen DFVLR-Publikationen der letzten Jahre (Jahres- und Ergebnisberichte) ist von einem Projekt mit dem Namen „Marschflugkörper großer Transportleistungen“ zu lesen. Untersucht werden die Triebwerksläufe für die 2,3-fache Schallgeschwindigkeit, die durch die Verbrennung von Borverbindungen und Polyäthylen in neuartigen Strahltriebwerken erzielt werden. Schon 1980 war „ein Großteil der Arbeiten auf dem Gebiet der Antriebs-technik abgeschlossen“ (DFVLR-Bericht). Die Entwicklung läuft in Zusammenarbeit mit den Rüstungsfirmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und Rheinmetall. Ziel dieser Anstrengungen ist es, „die Einsatzwirksamkeit von Flugkörpersystemen zu erhöhen. Im einzelnen orientieren sich die Arbeiten an den wehrtechnischen Leitkonzepten“ (ebd.).

Die Marschflugkörper, mit deren Stationierung die USA eben begonnen haben, zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich durch eingeseicherte Karten des zu überfliegenden Gebietes selbst ins Ziel lenken können, und daß sie für das gegnerische Radar nicht zu orten sind, da sie sehr niedrig fliegen.

Ihre Nachteile dagegen sind:

— „Die lange Flugzeit und ihre niedrige Geschwindigkeit (nur 800 km/h) lassen sie leicht der seegestützten Version „Luftabwehr zum Opfer fallen.“ (1)
— Ihre Treffgenauigkeit ist noch gering (bei der seegestützten Version z.B. nur einige hundert Meter). „Am stärksten wirken sich dabei menschliche Fehlleistungen aus; bei der Kartenerstellung, durch eine unklare Wahl der kartierten Gebiete, auch durch reliefarme Gelände in

der Neuentwicklung heißt es: „Die Kamera soll Bilddaten mit einer Bodenaufklärung von 20 bis 30 m liefern und gilt daher als geeignet, um Einzelheiten zur Kartierung in kleinen Maßstäben und für bestimmte Aspekte auch in mittleren Maßstäben festzustellen... Hervorgehoben wird: „Insbesondere gestattet das stereoskopische Aufnahmeverfahren die Bestimmung der Geländehöhe.“

Gerade der letzte Punkt weist auf die militärische Bedeutung der Kamera hin (was von der DFVLR natürlich bestritten wird): Die Bestimmung der exakten Geländehöhe erleichtert dem Bordcomputer der Cruise Missiles die Zielfindung erheblich, besonders dann,



Das Heckteil der Höhenforschungsrakete SONDA IV auf einem Vibrationstisch mit 181 Kräftevektoren im Umwelttestlabor des Unternehmensbereichs Raumfahrt der MBB in Ottobrunn sowie (v. l. n.r., stehend): Die MBB-Mitarbeiter vom Instituto Atividades Espaciais

Brasilianische SONDA IV im Test bei MBB

Ottobrunn (sb). Innerhalb der Aufgaben von MBB für das Höhenforschungsraketen-Programm SONDA IV, die das Unternehmen gemeinsam mit dem Instituto de Atividades Espaciais in São José dos Campos, Brasilien, bearbeitet, haben kürzlich mit dem Raketenheckteil der ersten Stufe von SONDA IV ent-

scheidende Systemtests in Lampoldshausen und Vibrationstests in Ottobrunn stattgefunden. Damit ist ein wesentlicher Teil der MBB-Aufgaben in diesem Projekt abgeschlossen worden. Der Erstflug der Höhenforschungsrakete SONDA IV ist für das kommende Jahr von Natal aus geplant.

Fortsetzung von Seite 1

weit zu steigern, daß sie als Atomträger geeignet sind. Mit auf dem freien Markt erhältlichen Systemen lassen sich Treffergenauigkeiten von einem halben Kilometer erreichen.“ (2)
Auch hier war die BRD schon unterstützend tätig: „Gemeinsam gearbeitet wurde am ... Lagerregelsystem ... für die Schubvektorkontrolle ... Beim Start von Raketen in Barreiro do Inferno wurden die auf dem Startplatz installierten Anlagen einschließlich der ... Rechnerprogramme ... zur Voraussage des Aufschlagpunktes von Höhenforschungsraketen weiterentwickelt und erprobt.“ (3). Im Klartext also: Den brasilianischen Interessen wurde beigebracht, wie sich die Zielgenauigkeit durch Raketensteuerung verbessern läßt.
Auch in der Raketenforschung stellt die BRD darauf ab, schon im „zivilen“ Bereich die Erfahrungen zu sammeln, die für einen Raketenbau auch militärischer Art erforderlich sind.

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

Anmerkungen

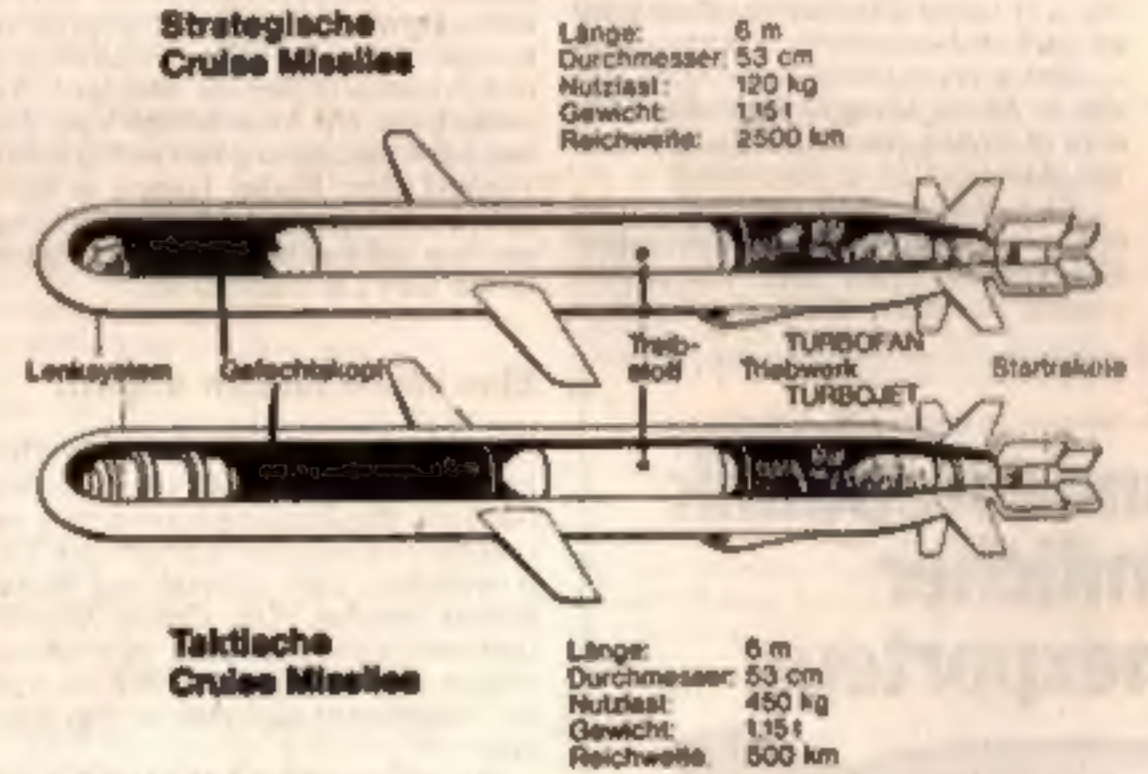
- 1) Helke Badewitz, Heinrich Kretschmar, Mario Birkholz, Forum Naturwissenschaften für Frieden und Abrüstung, „Krieg der Sterne, Laserwaffen im Weltall“, in „Wachsechwerk“ Nr. 20, Februar 84
- 2) Arbeitskreis Physik und Rüstung: „Die Bundesrepublik als heimlicher Waffenexporteur.“ Diese sehr lesenswerte Broschüre, aus der die Informationen über das deutsch-brasilianische Waffengeschäft in diesem Artikel entnommen sind, ist zu beziehen über CON, Medien- und Vertriebsgesellschaft, Westerdahl 38, Postfach 106546, 2800 Bremen (Preis 4,- DM).
- 3) Bundesministerium für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und Ministerium für Ausländische Angelegenheiten der Föderativen Republik Brasilien: „10 Jahre Zusammenarbeit BRD-Brasilien“, Bonn 1979, S. 63.

Die OTRAG (= Orbital Transport- und Raketen-Aktiengesellschaft) wurde 1974 von einem gewissen Lutz T. Kayser gegründet. Offizieller Zweck der Gesellschaft, so hieß es, sei die Erprobung einer Billig-Rakete für zivile Satelliten. Die OTRAG-Gründung geht auf Bestrebungen in den 40er und 50er Jahren zurück: „1956 fand sich ein Großteil der zwischendurch in verschiedenen Ländern arbeitenden Raketenforscher Hitlers in Stuttgart wieder zusammen und baute mit Hilfe der Bundesregierung und eines Industriekonsortiums unter Führung von Daimler-Benz das Forschungsinstitut für Physik der Strahlenantriebe (FPS) auf, aus dem später die OTRAG-Vorgängerfirma „Technologieforschung GmbH“ hervorging.“ (Arbeiterkampf Nr. 136, 21. Aug. 1978). Die gleichen Leute hatten im 2. Weltkrieg am „Projekt Wasserfall“ in Peenemünde gearbeitet, das in der OTRAG-Rakete seine direkte Fortsetzung findet.
Erstmalig in die Schlagzeilen geriet die OTRAG, als sie 1975 in Zaire ein Gebiet von der Größe der DDR zur „uneingeschränkten Nutzung“ erwarb. Sie hatte sich damit „in Zentralafrika eingekauft wie eine Feudalmacht. Bis zum Jahre 2000 hatte sie das Gelände gepachtet — und die Hoheitsrechte, wie eigene Gerichtsbarkeit, gleich dazu. Sie durfte eine eigene Wachtruppe unterhalten und die Ureinwohner nach Gutdünken umsiedeln. Kayser und die Seinen genossen diplomatische Immunität (in ganz Zaire — Anm. AK), Freiheit von Zoll und Steuer sowie das Recht, jedem Unerwünschten den Zutritt zu verweigern.“

OTRAG:
Raketen für Deutschland

(Perdelwitz/Fischer, „Waffenschmiede Deutschland“, S. 302).
Damit hatte sich der BRD-Imperialismus in Form einer Kolonie ein eigenes Raketenland geschaffen. Denn hinter der OTRAG mit ihrer offi-

ziell genannten nur 1 Million DM Grundkapital verbergen sich die größten westdeutschen Rüstungskonzerne mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung: Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit MBH und Dor-



Querschnitt durch eine strategische und eine taktische Marschflugkörper.
Quelle: Der Bundesminister der Verteidigung (OTRAG), Weidhuth 1979; Zur Entwicklung der Bundeswehr 1980 Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979, S. 101.

nier, die bereits Cruise Missile-artige Flugkörper entwickelt haben, aber nicht über einen eigenen Testplatz verfügen. In Zaire wurden unterschiedlichen Quellen zufolge von der OTRAG Cruise Missiles aus bundesdeutscher Produktion getestet (s. AK 136).
Bis 1978 wurde das Geheimprojekt mit mindestens 300 Millionen Dollar vom Bonner Kriegsministerium finanziert (AK Nr. 121, 23.1.78). Außerdem ist die OTRAG als Abschreibungs-gesellschaft konzipiert mit der sehr hohen Abschreibungsquote von 325%! Dadurch erhielten die „stillen Gesellschafter“ weitere Millionen an Steuer-geschenken mit Genehmigung der Oberfinanzdirektion Frankfurt und des hiesigen Finanzministeriums.
Außerdem erhielt eine OTRAG-Tochterfirma über 10 Millionen DM aus dem Entwicklungshilfepotenzial für den Bau einer Brücke, die direkt ins OTRAG-Gebiet führt.
Für das Auswärtige Amt flogen 1977 OTRAG-eigene Flugzeuge Ausrüstungsgüter und Treibstoff in die Zaire-Provinz Shaba, als dort Unruhen ausgebrochen waren. Dafür kassierte die OTRAG fast 1 Million DM. Der BRD-Imperialismus war so direkt an der französisch-belgischen Invasion in Shaba beteiligt.
Allerdings mußte die OTRAG aufgrund des massiven internationalen Protests ihre Rakentests 1979 in Zaire aufgeben.
Nach einem kurzen Zwischenspiel in Libyen trennte sich die OTRAG inzwischen von Lutz Kayser „und läuterte sich seitdem „zum Partner der europäischen Raumfahrtforschung“, wie die seriöse „Süddeutsche Zeitung“ meldete. Seit dieser Wandlung darf sie auch den Raketenstartplatz der ESA benutzen, 40 Kilometer nördlich der schwedischen Erzstadt Kiruna, rund 300 Kilometer vom Nordpol entfernt.“ (Perdelwitz/Fischer, a.a.O., S. 307)

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

In den folgenden Ausgaben des Arbeiterkampf wurden Artikel zur OTRAG veröffentlicht: 111; 112; 113; 115; 116; 121; 125; 136; 138; 153; 217.

Anfragen an die Bundesregierung

In den letzten Monaten wurden von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD Fragen zu HochenergieLasern gestellt, um Informationen über Laserwaffenforschung in der Bundesrepublik und die Zusammenarbeit mit den USA zu erhalten. Einige Auszüge:

Abgeordneter Vogt (Kaiserslautern/DIE GRÜNEN): „Welche Mittel aus dem Bundeshaushalt wurden bisher für Forschung und Entwicklung von Laser für militärische Zwecke ausgegeben?“

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretär Würbach vom Bundesverteidigungsministerium am 6. Mai 1983: „Für Forschung und Entwicklung von Laser wurden bisher 107 Millionen DM ausgegeben.“

Abgeordnete Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN): „Welche Firmen führen im Auftrag der Bundesregierung Forschung und Entwicklung von Lasern für militärische Zwecke aus?“

Staatssekretär Würbach am 10. Mai 1983: „Zur Zeit arbeiten eine Reihe von Firmen an Forschungs- oder Entwicklungsaufträgen auch im Hinblick auf die Erforschung von Lasern. Eine Zusammenstellung habe ich in Auftrag gegeben.“ (Mit dem letzten Satz vermischt es Peter-Kurt Würbach gezielt, die an HochenergieLasern für militärische Zwecke arbeitenden Firmen bekanntzugeben. Der in Militärkreisen verbreitete WEHDIENST kommentierte das am 6. Juni mit den Worten: „Man beachte: Würbach hat nicht zugezagt, sie den Grünen noch nachzureichen. Von selbst wird die Firmenliste also nicht kommen. Die Grünen werden sie nur erhalten, wenn sie ausdrücklich darauf zurückkommen.“ Tatsächlich hat Erika Hickel die Liste bis heute nicht erhalten.)

Abgeordnete Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN): „Welches sind die Ziele und Inhalte des zwischen der DFVLR und der USA bestehenden „Data Exchange Agreement“ auf dem Gebiet von HochenergieLasern?“

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst, Bundesministerium für Forschung und Technologie, vom 11. Mai 1983: „Ein Data Exchange Agreement“ zwischen der DFVLR und den USA auf dem Gebiet von

HochenergieLasern besteht nicht.“ (Zwei Monate später gelang dann im Forschungsministerium die Übersetzung von „Data Exchange Agreement“ zu „Informationsaustausch-Abkommen“).

Abgeordneter Becker (Nienberge-/SPD): „Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an Forschung und Entwicklung der Laser-Technik in Amerika, und wenn ja, mit welcher finanziellen Beteiligung?“

Antwort des Staatssekretärs Dr. Probst vom 12. Juli 1983: „Die Bundesrepublik beteiligt sich nicht an F+E-Arbeiten zur Lasertechnik in den Vereinigten Staaten von Amerika; lediglich in einem Teilbereich gibt es ein Informationsaustausch-Abkommen.“

Abgeordneter Hecker (DIE GRÜNEN): „Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die Forschung an HochenergieLasern keine militärische Anwendung findet?“

Welchen wissenschaftlichen Fragestellungen geht bzw. gilt die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den USA auf dem Gebiet der HochenergieLasern?“

Dr. Probst am 6. Mai 1983: „Der verhältnismäßig jungen Lasertechnik wird übereinstimmend eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung zugesprochen. Dementsprechend treiben alle Industriestände die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet mit zum Teil beachtlichem Mitteleinsatz voran. Dies gilt auch für den Teilbereich der Leistungs- und HochenergieLasern, die u.a. in der Materialbearbeitung, der Oberflächenveredelung und in der Chemie neue, vielversprechende Ansätze eröffnen; aus naheliegenden Wettbewerbsgründen gibt es hier keine Zusammenarbeit.“

Die HochenergieLasern sind keine speziellen Instrumente. Es ist jedoch selbstverständlich, daß die zuständigen Stellen alle Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Forschung und Entwicklung auf einen möglichen und vertretbaren Beitrag zum Verteidigungsauftrag überprüfen.“

(Quellen: Bundestagsdrucksachen 10/64, Fragen 112, 119, 154, 155, 157 und 10/255, Frage 139; bmbf: Bonn, 1983)

Die atomare Sackgasse und die Zukunft der NATO

Im Frühjahr 1982 veröffentlichte das hochkarätige US-Politiker-Ensemble McGeorge Bundy (Sonderberater des US-Präsidenten für Fragen der internationalen Sicherheit, 1966-1979 Präsident der Ford-Foundation), George F. Kennan (ehemaliger US-Botschafter in Moskau und Belgrad sowie Vater der „containment“-Strategie), Robert S. McNamara (Verteidigungsminister der USA 1961-1968, anschließend Präsident der Weltbank bis 1981) und Gerard Smith (Leiter der US-Delegation bei den SALT-Verhandlungen 1969-1972, 1977 bis 1980 Sonderbotschafter und Sonderbeauftragter des Präsidenten der USA für Angelegenheiten der Nichtverbreitung von Kernwaffen) einen Aufsatz mit dem Titel „Kernwaffen und das Atlantische Bündnis“. Darin problematisierten sie die Rolle der Nuklearwaffen in der NATO-Strategie, befürworteten den Verzicht auf den „first use“ (Ersteinsatz) von Nuklearwaffen (bei gleichzeitigem Ausbau der konventionellen „Verteidigung“), und stellten den militärischen und politischen Sinn der „Nachrüstung“ infrage. (1) Seitdem können sich insbesondere Robert McNamara und George F. Kennan vor zweifelhaften Auszeichnungen ob ihrer nicht minder zweifelhaften Verdienste für den Wehrdienst kaum mehr retten.

Selbsternannte Sprecher der bundesdeutschen Friedensbewegung (in erster Linie solche, die in irgendeiner Weise mit der Sozialdemokratie verbunden sind) begrüßten die „Vierbände“ der USA als lang ersehnte Zeugen für die Existenz eines „anderen Amerikas“. Ähnlich gierig hatten sich dieselben Kreise zuvor auf Edward Kennedy gestürzt, als dieser einige atomkritische Äußerungen von sich gab. (2) Und „der grüne General“ beweist einmal mehr seine Unfähigkeit, über den eigenen Schatten zu springen, wenn er in seinem Buch „Frieden schaffen“ die Vorschläge der „Vierbände“ vorbehaltlos als Schritte in die richtige Richtung gutheißt und anpreist. Für die SPD und insbesondere diejenigen Teile der SPD, die mehr oder weniger Bauchschmerzen mit dem Atom-Optimismus der Reagan-Administration hatten, müssen die Vorschläge der „Vierbände“ seinerzeit einer Gabe des Himmels geglichen haben. Der Einfachheit halber, mangels geeigneten Ideen, aber auch aufgrund inhaltlich

korrespondierender Diskussionen in den eigenen Reihen, wurden die Vorstellungen der „Vierbände“ im Kern übernommen. Aber auch aufgeklärtere Konservative wie Kurt Biedenkopf bezogen sich positiv auf die „Vierbände“, was manche Friedensbewegten wiederum für sich als Beweis für ihr erfolgreiches Hineinwirken in das christdemokratische Milieu interpretierten. Das alles ist wenig verwunderlich, wenn mensch in Rechnung stellt, daß die westdeutsche Friedensbewegung in erster Linie noch immer eine Bewegung gegen Atomwaffen und gegen einen Krieg mit dem Risiko der eigenen Vernichtung ist. Bis in das „linke“ und „unabhängige Spektrum“ hinein kann deshalb jeder, aber auch wirklich jeder, der gegen die „atomare Abschreckung“ polemisiert, auf wärmste Zustimmung hoffen. Daß solche Polemik oftmals von der Warte eines aufgeklärten Imperialismus aus erfolgt, der an den Atom-Optimismus der Bush, Gray, Payne, Weinberger u.a. nicht glauben mag, der das nuklear-strategische Patt als „atomare Sackgasse“ begreift, bleibt dabei ebenso unberücksichtigt, wie die Tatsache, daß die diesbezüglich geäußerten alternativen Vorstellungen bei genauer Betrachtung oftmals darauf hinauslaufen, den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auch im Zeitalter der gegenseitig gesicherten atomaren Vergeltung wieder führbar und gewinnbar zu machen.

Im Folgenden sollen die Vorstellungen der „Vierbände“ im Einzelnen referiert und beleuchtet werden.

Die Krise der Kriegsführung im Atomzeitalter

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Krise der Kriegsführung im Atomzeitalter, im Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Zerstörung per Zweitschlagskapazität, die jeden Ersteinsatz von Atomwaffen zu einem Spiel mit der eigenen Vernichtung macht. Die Autoren halten den „Sieg im Atomkrieg“ für unmöglich, und auch was den begrenzten Einsatz von Atomwaffen und den regional begrenzten Atomkrieg anbelangt, weisen sie auf die Gefahr der globalen Eskalation zum allgemeinen Atomkrieg hin. „Es ist Zeit zu

erkennen, daß es niemandem je gelungen ist, einen überzeugenden Grund für die Annahme anzubieten, daß irgendein Einsatz von Kernwaffen, und sei es kleinsten Ausmaßes, mit einiger Sicherheit begrenzt gehalten werden könnte. Jede seriöse Analyse und jede militärische Übung im Laufe von mehr als 25 Jahren haben demonstriert, daß selbst der behutsamste Gefechtsfeld-einsatz zu enormer Vernichtung von Leben und Eigentum von Zivilisten führen würde. Es gibt für niemanden Anlaß, sich irgendwie darauf zu verlassen, daß ein solcher Nukleareinsatz nicht zu weiterem und noch vernichtenderem Schlagabtausch führen würde. Jeder Einsatz von Kernwaffen in Europa, sei es durch das Bündnis oder gegen es, schafft ein höheres und unentrinnbares Risiko der Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg, der allen den Ruin und keinen den Sieg bringen würde.“ (3)

Die Zukunft der Allianz

Die Überlegungen der „Vierbände“ sind bestimmt von der Sorge um die politische Kohärenz der Allianz. Zweifellos hat die Diskussion um die „Nachrüstung“ und die damit einhergehende Auseinandersetzung um die Fahrbarkeit eines auf Europa begrenzten Atomkrieges schon immer existierende Widersprüche und Risse im Bündnis wieder deutlicher sichtbar gemacht. Das betrifft insbesondere die Frage der Akzeptanz der „flexible response“. Fünf Jahre lang hatten sich die Europäer zunächst gegen die Übernahme der „flexible response“ als „Verteidigungsstrategie“ für Europa gewehrt. Die Europäer bestanden im Gegensatz zu den USA auf eine möglichst schnelle Eskalation bis hin zur „nuklearen strategischen“ Konfrontation, d.h. dem totalen, globalen Atomkrieg. Dahinter stand das Kalkül, mit einer derartigen Befürwortung der Selbstvernichtung (nicht nur der Europäer, sondern eben auch der USA) jede reale Kriegsführung an der „europäischen Zentralfront“ solange zu unterlaufen, wie man sich im Bündnis nicht auf andere Optionen einigen konnte. Die USA hingegen hatten das Interesse, die „Nuklearschwelle“ möglichst hoch anzusetzen (vor allem die Schwelle zwischen dem Einsatz von taktischen

Atomwaffen und strategischen Atomwaffen), um das eigene Territorium aus einer Konfrontation mit der Sowjetunion weitestgehend herauszuhalten. Während die westeuropäischen NATO-Staaten (allen voran der Frontstaat BRD, für den bereits eine begrenzte Atomare Kriegsführung mit taktischen Atomwaffen die totale Vernichtung zur Folge gehabt hätte) die „flexible response“ als Eskalationsstrategie begriffen, wollten sie die USA als Kriegsführungsstrategie für eine auf Europa begrenzte Konfrontation verstanden wissen. Während die Europäer in den Atomwaffen primär Instrumente der „Abschreckung“ und somit „politische Waffen“ sahen, betrachteten die USA sie auch als Instrumente der Kriegsführung. Mit ihrer Forderung nach „Anhebung der Atomschwelle“ und Zurückdrängung der Atomwaffen auf ihre Funktion als politische „Abschreckungswaffen“ zeigt sich die „Viererbände“ nun bemüht, diesen traditionellen, zumindest seit der Herstellung des nuklearen strategischen Parity existierenden und z.T. einfach durch die unterschiedliche geopolitische Lage der Bündnispartner bedingten Konflikt beizulegen, um einen neuen transatlantischen Konsens über die Strategie der NATO zu formulieren. Dieser soll nicht nur für die westeuropäischen Regierungen, sondern auch für die westeuropäische Öffentlichkeit akzeptabel sein. Denn im Zuge der „Nachrüstungsdebatte“ ist der ideologische Massenkonsens in Sachen „Sicherheitspolitik“ arg ins Rutschen geraten. Ein Großteil der westeuropäischen Öffentlichkeit hält eine NATO-Strategie für unakzeptabel, die im Ernstfall mit einer Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ihre eigene Vernichtung zur Folge hätte.

Von daher versteht die „Viererbände“ ihre Vorschläge auch als politische Initiative. „Wir haben ein Problem der Militärschuld“, aber unser Interesse liegt auch auf rein politischem Gebiet. Die hauptsächlichste, unmittelbare Gefahr in der gegenwärtigen militärischen Lage des Bündnisses liegt nicht darin, daß sie zu einem Krieg großen Ausmaßes, konventionell oder nuklear, führen würde. Das Gleichgewicht des Schreckens und die Vernichtung auf beiden Seiten erscheinen heutzutage stark genug, um eine solche Katastrophe zu verhindern, zumindest solange keine zutiefst destabilisierende politische Veränderung eintritt, die auf dieser oder jener Seite zu Panik und Abenteuerlust führt. Aber die jetzige unausgewogene Abstützung auf Kernwaffen könnte bei längerer Beibehaltung genau zu einer solchen politischen Veränderung führen. Die Ereignisse des letzten Jahres haben gezeigt, daß unterschiedliche Auffassungen im Bündnis über die Rolle der Kernwaffen zu destruktiven gegenseitigen Anschuldigungen führen können ... Der politische Bundnis über die Rolle der Kernwaffen zu destruktiven gegenseitigen Anschuldigungen führen können ... Der politische Zusammenhalt des Bündnisses ist, besonders in spannungsvollen Zeiten, zumindest ebenso wichtig wie die zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung erforderliche militärische Stärke. In der Tat gehört dem politischen Erfordernis, wenn man überhaupt Prioritäten setzt, die höhere. Die Sowjetführer wären liebend gern dabei behilflich, das Bündnis in totalen Wirrwarr abgleiten zu lassen, und sie würden einer solchen Entwicklung den unausweichlichen Unwägbarkeiten eines offenen Konfliktes weit vorziehen. Umgekehrt werden, wenn ein Konsens über eine Militärpolitik an die Völker und Regierungen des Bündnisses glauben können, wiederhergestellt wird, sowohl der politische Wille als auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung gestärkt werden.“ (4)

In der Tat haben die unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle der Atomwaffen in der NATO-Strategie und die diesbezüglichen „destruktiven“ Auseinandersetzungen die Gefahr eines Krieges in Europa eher gedämpft, da sich das Kriegsbündnis NATO selbst paralyse, indem es sich nicht auf eine für alle seine Mitgliedsstaaten gleichermaßen akzeptable Strategie der Kriegsführung einigen konnte.

Schon in den 50er Jahren, so die „Viererbände“, habe die Diskussion um die Rolle der Atomwaffen in der NATO-Strategie das Bündnis schweren Belastungen ausgesetzt. „Die Vorstellung eines tatsächlichen Einsatzes von taktischen Kernwaffen (war) für Europäer und auch für mehr als nur ein paar Amerikaner einfach erschreckend. Militärische Pläne für einen solchen Einsatz blieben sowohl streng geheim als auch höchst hypothetisch; der Zusammenhalt des Bündnisses wurde gewahrt durch allgemeines Ignorieren solcher Szenarien, nicht aber durch beherrschende öffentliche Diskussion. In den sechziger Jahren kam es zu einem langwierigen und kräftezehrenden Bemühen, das Problem von auf den Schauplatz Europa beschränkten Kernwaffen in den Griff zu bekommen, aber es stellte

sich heraus, daß eine Einigung über neue Kräfte und über Pläne für deren Einsatz nicht erreichbar war. Der Vorschlag einer Multilateralen Atomstreitmacht (Multilateral Force, MLF) wurde schließlich ersetzt durch die Assignierung amerikanischer Polaris-Unterseeboote an die NATO und durch die Einrichtung einer internationalen Nuklearen Planungsgruppe in Brüssel. Viel mehr ist nicht erreicht worden. In den beiden genannten Jahrzehnten hielt die NATO mehr durch gegenseitiges politisches Vertrauen als durch plausible Pläne für nukleare Kriegsführung zusammen.“ (5)

Die Nixon-Administration beschäftigte sich dann „eher im Stillen“ mit der Frage der langfristigen Glaubwürdigkeit der „amerikanischen nuklearen Abschreckungsmacht“. Einen Vorstoß unternahm Kissinger, als er in einer Rede in Brüssel am 1. September 1979 — dem 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges — die nukleare Verkopplung der USA mit den Risiken eines europäischen Kriegsausplatzes offen in Frage stellte. „Weitere Anstöße sowohl zu neuer Doktrin als auch zu neuen Rüstungsmaßnahmen kamen während der Regierungen Ford und Carter, aber jede öffentliche Erklärung, so sorgfältig und qualifiziert sie auch gewesen sein mag, vergrößerte

nur die europäischen Besorgnisse. Das Ziel beider Administrationen war die Verstärkung der Abschreckung, aber das Ergebnis war die Verstärkung der Angst vor dem Atomkrieg und sogar davor, daß die Amerikaner ihn anfangen könnten. Gedacht als Beiträge zu Rationalität und Glaubwürdigkeit, bewirkten diese Exkursionen in die Theorie des begrenzten Atomkriegs in Europa das Gegenteil.“ (6)

Ähnlich erging es dem NATO-Doppelbeschluß zur „Nachrüstung“, der im gleichen Jahr und an gleicher Stelle die von Kissinger infrage gestellte Risikoverkopplung nach offiziellen Bekundungen militärisch und rüstungspolitisch wiederherstellen und glaubhaft unterstreichen sollte. Erreicht wurde allerdings bekanntlich das Gegenteil: Seit dem Brüsseler Beschluß der NATO wird in der beunruhigten westeuropäischen Öffentlichkeit wieder verstärkt über die amerikanische Absicht einer begrenzten nuklearen Kriegsführung diskutiert. Die „Viererbände“ veranlaßt dies, den Doppelbeschluß als militärisch sinnlos und politisch schädlich zu kritisieren. „Die Regierungen und ihre Vertreter halten nach außen hin die Einheit aufrecht, indem sie an der Unterstützung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 festhalten, demzufolge 572 neue

amerikanische Raketen mittlerer Reichweite in Europa aufgestellt werden sollen, wenn in den im November 1981 aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion keine befriedigende Übereinkunft über die Begrenzung solcher Waffen erreicht werden kann. Aber hinter dieser Fassade der Einigkeit finden zwietrachtsspende Debatten statt, besonders in Ländern, in denen die neuen Waffen stationiert werden sollen.“ (7)

Anmerkungen

1) Bundy, Kennan, McNamara, Smith: Kernwaffen und das Atlantische Bündnis. Inc. „Europa-Archiv“, 7/1982; der Beitrag erschien gleichzeitig in der Zeitschrift des Council of Foreign Relations, Foreign Affairs (Spring 1982). Damit war die Debatte um die Zukunft der NATO-Allianz und ihrer Strategie quasi offiziell eröffnet.

2) Kennedy, Matfield: Stoppt die Atomrüstung, Hamburg, 1982

3) siehe Anmerkung

4) ebenda

5) ebenda

6) ebenda

7) ebenda

dsm

Ein Schritt nach vorn, ein Schritt zurück?

Gründungsversammlung für eine

Anti-NATO-Initiative ohne Ergebnis

Auf Einladung linker BAF/BUF-Kreise trafen sich am 18. Februar in Bonn ca. 50 Leute, um über die Möglichkeiten einer Anti-NATO-/Raus aus der NATO-Kampagne zu beraten. Anwesend waren Mitarbeiter von Friedensinitiativen aus Dortmund, Bochum, Köln, Kassel, Marburg, Hagen, Hamburg, Göttingen (Göttinger AK), Bremerhaven, Bonn sowie Grüne Niedersachsen, Mittelamerika-Komitee Bonn, KB, DKP (!) und „KPD“/„Volksfront“.

Am Anfang diesbezüglicher Bemühungen stand eine Erklärung „Kein Frieden mit der NATO“, herausgegeben vom linken Teil des „unabhängigen Spektrums“, in der die Forderung nach einem Austritt der BRD aus der NATO entwickelt und begründet wurde. Diese Erklärung hatte seinerzeit mit dazu beigetragen, daß in der Friedensbewegung die Debatte um die NATO endlich eröffnet wurde. Am 18.2. stand nun u.a. der Vorschlag der Gründung eines „Komitees 'Raus aus der NATO'“ auf der Tagesordnung, das die Möglichkeit bieten sollte, „auch unabhängig von denkbaren und erstrebenswerten Kompromissen in der Friedensbewegung für die Forderung 'Raus aus der NATO' zu werben. Ein derartiges 'Komitee' könnte den ideologischen und organisatorischen Bezugspunkt und Gegenpol zu den (sozialdemokratischen) Funktionalisierungs- und Reintegrationsbemühungen darstellen. Wir verstehen die von uns ergriffene Initiative nicht als Konkurrenzprojekt zur 'Bundeskonferenz der unabhängigen Friedensbewegung', sondern vielmehr als Teil dieses Zusammenhangs. Wenn wir es trotzdem für notwendig erachten, eine gesonderte Arbeitskonferenz zu dieser Frage abzuhalten, dann nur deshalb, weil es in dieser Frage im Spektrum der 'unabhängigen Friedensbewegung' unterschiedliche Auffassungen gibt“ (aus der Einladung).

Die Arbeitskonferenz konnte die in sie gesteckten Hoffnungen nicht erfüllen. Anstatt über die NATO und die Möglichkeiten einer Anti-NATO-Kampagne zu diskutieren, entbrannte eine stundenlange Debatte um die Frage der Beurteilung sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Kontext. Die Mehrheit der Anwesenden ge der Beurteilung sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Kontext. Die Mehrheit der Anwesenden hatte sich zweifellos in der Hoffnung nach Bonn begeben, dort explizit einmal nicht diese Debatte (149. Folge) führen zu müssen, zumal in der Einladung die „Geschäftsgrundlage“ eindeutig definiert war. Aber die wenigen Anhänger der Sozialimperialismus-Theorie aus dem ML-Lager („KPD“ u.a.) verstanden es wieder einmal, die Debatte auf die SU zu konzentrieren. In Anbetracht des wenig berauschenden Diskussionsverlaufes wurde die „Komitee“-Gründung erst einmal vertagt. Aus dem Kreis der Anwesenden heraus ein „Komitee“ zu gründen, hätte in der Tat wenig Sinn ergeben, dazu mangelte es an der hierzu erforderlichen politischen Übereinstimmung.

Das linke Spektrum im Lager der „Unabhängigen“ nimmt diesbezüglich bislang eher eine abwartende und konsumierende Haltung ein. Solange sich hieran nichts ändert, wird jedoch auch das Mittun von Organisationen wie der „KPD“, die zwar einerseits lieb und wehmet das „Raus aus der NATO“ propagiert, andererseits jedoch der „Supermachttheorie“ anhängt (was im völligen Widerspruch zum „Raus aus der NATO“ steht und nur mit den totalen inhaltlichen Defiziten dieser Gruppe zu erklären ist), immer ein Problem darstellen.

Konkret vereinbart wurde die Herausgabe eines Info-Blattes, das noch einmal die Forderung „Raus aus der NATO“ begründen sowie sich mit anders lautenden Positionen in der Friedensbewegung („Sicherheitspartnerschaft“, „Auflösen der Blöcke in Ost und West“) auseinandersetzen soll. Des weiteren wurde beschlossen, einen Aufruf zu verbreiten, mit dem für die Idee einer Anti-NATO-Kampagne bzw. eines Anti-NATO-Komitees geworben werden soll. Ein nächstes Treffen wird voraussichtlich am 30. März in Göttingen stattfinden (Kontakt bleibt weiterhin Werner Rätz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 5300 Bonn 3, Tel.: 0228/460403).

dsm

Die ich rief, die Geister, werd ich nicht los!

So oder so ähnlich könnte mensch das Winden kennzeichnen, mit dem sich die Unterzeichner der sog. „Heilbronner Erklärung“ in der Öffentlichkeit um eindeutige Aussagen herumzudrücken versuchen. Verabschiedet worden war diese Erklärung am 17.12. letzten Jahres in der Nähe des Atomwaffenlagers Waldheide bei Heilbronn (s. auch AK 242). Prominente Schriftsteller und andere Persönlichkeiten (u.a. G. Grass, L. Rainer, A. Mechttersheimer) rufen darin — als Antwort auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und die Einführung offener Angriffstrategien durch USA und NATO — zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung auf.

Aber das sollen wir nun doch alles nicht ganz so ernst nehmen! „Das Wort 'Wehrkraftzersetzung' ... habe ich in diesem Zusammenhang nur ironisch gebraucht“ und „mit dem Aufruf wolle man eine Diskussion entfesseln“, die Diskussion darüber, ob das derzeitige NATO-Konzept überhaupt noch im deutschen „nationalen Interesse“ liege“, so kommentiert jetzt der Initiator der Erklärung, Günter Grass (lt. FR, 27.2.84), in einem Streitgespräch mit Vertretern der Soldaten-Gruppe „Darmstädter Signal“, die selbst als Kritikerin der NATO-„Nachrüstung“ auftritt.

Was wir also ernst nehmen sollen, das sind die „deutschen nationalen Interessen“, darin war es sich alle Beteiligten dieses Gesprächs durchaus einig: „Zur Zeit sei der Einfluß deutscher Soldaten in der NATO gleich Null“, so Major Helmuth Prieß; und der Nicht-Unterzeichner Heinrich Böll meinte: „Wir müssen den Begriff des Patriotismus neu entdecken“, um „ins Gespräch mit den Konservativen“ zu kommen (FR, 27.2.). Mit anderen Worten: Die militärische Durchsetzung der nationalen Interessen überlassen gestandene Sozialdemokraten den Konservativen, die friedliche übernehmen sie selbst.

Und noch eine andere Kontroverse, die zunehmend auch in der Friedensbewegung Eingang findet, wurde auf jenem Treffen angesprochen: Von „Nachrüstungs“-kritischen Soldatengruppen wird der Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung als Schwächung ihrer Arbeit innerhalb der Bundeswehr angesehen, sodaß die Darmstädter (lt. taz, 27.2.) sogar so weit gehen, kritische Jugendliche lieber in die Bundeswehr holen zu wollen!

Wir hielten es dagegen für sinniger, sich auch innerhalb der Bundeswehr für Kriegsdienstverweigerung einzusetzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn nützen Soldaten, die, wenn auch „unter Protest“, die Kriegsvorbereitungen mittragen?

Wir dokumentieren im Folgenden den von der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln verabschiedeten und inzwischen vom Koordinationsausschuß überarbeiteten Wortlaut des Aufrufs zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste. Die oben angeführte Kontroverse spiegelt sich hier im drittletzten Absatz.

Antimil.-Bewegung
KB-Göttingen

Verweigert jetzt! Aufruf

Zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste

Trotz millionenfachen Protests gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und die damit verbundene Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit haben sich die meisten Regierungen der Stationierungsländer und der USA über den Willen der Bevölkerung hinweggesetzt. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die verstärkte konventionelle und chemische Aufrüstung sind Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA und zunehmend ihrer NATO-Verbündeten. Der Arland-Battle-Plan, die Kriegsführungs- und Entsaufungsstrategien in der „Verteidigungsrichtlinie“ des Pentagon sowie der Plan von NATO-Oberbefehlshaber Rogers erhöhen insbesondere durch ihren Gesamtzusammenhang die Kriegsgefahr. Mit diesen Konzepten sollen militärische Konflikte in der Dritten Welt und in Europa mit konventionellen, chemischen und atomaren Waffen führbar und letztlich gewinnbar gemacht werden.

Diese Entwicklung lehnen wir ab. Aktives Handeln gegen diese wachsenden Kriegsgefahren ist das Gebot der Stunde. Deshalb rufen wir zur Verweigerung von Kriegsvorbereitungen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf.

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf.

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf.

Unser Ziel ist es, neben anderen Formen des gewaltfreien Widerstandes auch durch massenhafte und vielfältige Formen der Verweigerung militärische Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen. Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Verweigerung der Kriegsvorbereitung durch die Unterzeichnung folgender Selbstverpflichtung öffentlich zu machen:

„Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im „Ermittelfall“ allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.“

Die Zustimmung zu dieser Verpflichtung erfordert entsprechend Konsequenzen. Formen der Verweigerung sind u.a.:

- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Soldaten und Wehrpflichtige
- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Reservisten
- Verweigerung aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen
- Verweigerung jeglicher Wehrpflicht und Reservspflicht (Totalverweigerung)
- Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- Verweigerung aller ABC-Abwehrausbildungen in Katastrophenschutz und Gesundheitswesen
- Verweigerung der Katastrophenschutzmedizin und Gesundheitsberufshilfe für den Atomkrieg sowie entsprechende Vorbereitungen hierauf
- Verweigerung der Mitwirkung an Kriegserklärungen
- Verweigerung von Wehrkundepropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien
- Verweigerung von Rüstungsforschungen und Wehrkunde an den Hochschulen
- Verweigerung von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen
- Verweigerung von Kriegsteuerzahlungen
- Verweigerung aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten.

Wir sind solidarisch auch mit denjenigen Menschen, die in der Bundeswehr und in anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv gegen die Planung und Offensivstrategien und gegen die Vorbereitung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen politisch arbeiten und Widerstand leisten.

Der politische Preis für eine neue offensive Militärstrategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten wird um so höher, je mehr Menschen ihrer Verweigerung weiteres friedenspolitisches Handeln folgen lassen und Alternativen entwickeln und öffentlich machen.

Die Verweigerungen werden den zuständigen Behörden angezeigt sowie auf örtlicher Ebene bekanntgemacht und in der Geschäftstätigkeit des Koordinationsausschusses gesammelt. Darüber hinaus wird es gemeinsame Aktionen der Verweigerer geben.

Who is Who? - Robert McNamara und George F. Kennan zwei alte Bekannte



Robert S. McNamara, "Republikaner", ehemaliger US-Verteidigungsminister (1960-1968), in seine Amtszeit fiel die "Kuba-Krise" und später Präsident der Weltbank, Ideenproduzent US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik, wie sein Kompagnon und Co-Autor George F. Kennan, und Vertreter eines „aufgeklärten Imperialismus“. Unvergessen bleibt sein Auftritt vor der Jahrestagung der Weltbank 1973 in Nairobi, als McNamara mit iranischer Stimme und unter Benennung harter Tatsachen die Entwicklung von der „relativen Armut“ zur „absoluten Armut“ in der Dritten Welt geißelte. Ein Aussteiger, der überwältigt von dem unvorstellbaren Elend an der Peripherie dem metropoliten Imperialismus den Rücken zuwendet? Keineswegs. Die für die frühen 70er Jahre typische Aufmerksamkeitspolitik offizieller Institutionen der Weltweiten „Entwicklungsplanung“ (zu denen die Weltbank gewissermaßen als Instanz des „idealen Gesamt-kapitalismus“ gehört) für den fortschreitenden Verelendungszustand an der Peripherie war in der Erkenntnis begründet, „daß gesellschaftliche Verhältnisse struktureller Gewalt, in denen Menschen per Gesellschaftsordnung vorzeitig getötet werden, meist kurzfristig durch den Einsatz direkter Gewalt stabilisierbar sind, daß eine solche Stabilisierung jedoch langfristig umso unwahrscheinlicher ist, je mehr sich solche Verhältnisse objektiv verschärfen, d.h. je mehr Menschen in einem elementaren Sinne verarmen und je mehr die Legitimation der überkommenden Unrechtsordnung brüchig wird und an Boden verliert; weiterhin: je mehr die Leidtragenden dieser Verhältnisse sich ihrer Lage bewußt werden, und je mehr sie ihre Interessen zu artikulieren, politisch zu organisieren und durchzusetzen lernen. Angesichts sich verschärfender gesellschaftlicher Widersprüche erscheint die jahrzehntelange in den Gesellschaften der Dritten Welt implementierbare Diktatur von direkter und struktureller Gewalt nicht mehr als Garant für die Sicherung des gesellschaftlichen Status Quo. Die realistische Einschätzung der Lage, wie sie in McNamaras Bericht zum Ausdruck kommt, ist deshalb auch nicht als Ausfluß moralischer Empörung zu interpretieren, sondern als Ausdruck eines langfristigen Kalldes wohlverstandenen Eigeninteresses der kapitalistischen Metropolen“ (Senghaas, 1977).

Unter dem Minister McNamara erlangte die Militärstrategie der „flexible response“ Gültigkeit. Zuvor hatte Kissinger, ein weiterer Mann in der Riege „aufgeklärter Imperialisten“, im Auftrag der außenpolitischen Denkschule und des Koordinierungs- und Planungsstabes der US-Außenpolitik, des „Council on Foreign Relations“ (1), die Vorstellungen formuliert, die letztendlich zur Ablösung der Strategie der „massiven Vergeltung“ („massive retaliation“) der Dulles-Ära durch die Strategie der „flexible response“ führten.

Die Entwicklung des nuklearen strategischen Kräfteverhältnisses, die Herausbildung eines sowjetischen Zweitschlagspotentials sprachen für die Annahme einer Doktrin begrenzter Kriegsführung unterhalb der Schwelle zur totalen atomaren Konfrontation. Das Eingeständnis der Unfähigkeit zum nuklearen Erst- und Entwarnungsangriff war der Ausgangspunkt für die dann folgenden US-Initiativen zur Abrüstungsbegrenzung im nuklearen Bereich.

Wann immer in den USA und in der Allianz eine außen- und „sicherheitspolitische“ Strategiedebatte geführt wurde und wird, tauchte fast unvermeidlich auch der Name George F. Kennan auf. Zunächst formulierte Kennan unter dem Pseudonym „Mr. X“ 1947 die Grundzüge der US-amerikanischen „Containment“-Politik, als Versuch eines umfassenden „Roll Backs“ gegen die Sowjetunion und ihren aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen Machtbereich. 1946 schrieb der Sowjetunion-Kenner Kennan (1952 wurde er US-Botschafter in Moskau), daß „gemessen an der westlichen Welt insgesamt... die Sowjets noch bei weitem schwächer (sind). Ob sie Erfolg haben, hängt also wirklich von dem Maß an Zusammenarbeit, Festigkeit und Kraft ab, das die westliche Welt aufbringen kann. Und das ist ein Faktor, den zu beeinflussen in unserer Macht steht... Infolge seiner kürzlichen Territorialgewinne wird das sowjetische innere Gefüge sich einer Reihe zusätzlicher Belastungen ausgesetzt sehen, die einst für den Zarinismus eine schwere Bürde waren“. Auf dieser Einschätzung begründete sich sein Entwurf einer westlichen „Containment“-Politik. In seinem 1947 entstandenen und berühmt gewordenen Aufsatz „The Sources of Soviet Conduct“ schrieb Kennan u.a.: „...In Wirklichkeit sind die Möglichkeiten amerikanischer Politik keineswegs darauf beschränkt, die Front zu halten und das Beste zu hoffen. Es ist den Vereinigten Staaten durchaus möglich, durch ihre Aktionen die innere Entwicklung sowohl in Rußland selbst als auch innerhalb der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung zu beeinflussen... Die Vereinigten Staaten haben es in der Hand, die Belastungen, unter denen die sowjetische Politik

operieren muß, enorm zu verschärfen... und auf diese Weise Entwicklungen zu fördern, die mit der Zeit ihren Ausdruck entweder im Zusammenbruch oder in der allmählichen Aufweichung der sowjetischen Macht finden müssen.“

Der damalige US-Präsident Truman griff die Vorschläge Kennans für eine gezielte Koordination westlicher Ressourcen, die später in der Gründung der NATO mündete, und für eine unmittelbare Offensive gegen die UdSSR und ihr osteuropäisches Vorfeld in seiner „Truman-Doktrin“ auf. Sie war das Konzentrat jahrelanger außenpolitischer Strategiediskussionen. Der traditionelle, auf alle Regionen des Globus ausgedehnte Sicherheitsbegriff der USA wurde hier mit der „Inter-systemen“-ideologischen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit verknüpft. Mit der „Truman-Doktrin“ bekundeten die USA ihre Entschlossenheit, die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihrem Gesellschaftssystem konfrontativ als „Kalten Krieg“ mit dem erklärten Ziel der Auflösung des unter sowjetischer Vorherrschaft stehenden Blocks zu führen. Die abschließende Bruchung des US-amerikanischen Atomwaffenmonopols durch die UdSSR setzte Ende der 40er / Anfang der 50er Jahre eine Überprüfung der „Containment“-Politik auf die Tagesordnung. Es galt nun, die Prämissen des „Kalten Krieges“ fundierter zu diskutieren sowie das Verhältnis von tagespolitischen Initiativen zu langfristigen politisch-strategischen Zielen präziser zu bestimmen.

Mit der Bruchung des Atomwaffenmonopols der USA war der Wert der Atombombe als „Superwaffe“ und Instrument der Kriegsführung in Frage gestellt. Einer der Ersten, der auf dieses Problem verwies und nach Auswegen aus der Sackgasse des sich mittelfristig abzeichnenden „nuklearen strategischen Patts“ suchte, war George F. Kennan, der sich überdies immer gegen eine primär militärische Auslegung seiner „Containment“-Theorie verwahrt hatte, sondern ein differenzierteres Vorgehen befürwortete. 1954 forderte Kennan deshalb ein „Gleichgewicht zwischen konventionellen und Massenvernichtungswaffen“, um sich nicht von Waffen abhängig zu machen, „deren Einsatz uns im Ernstfall vielleicht doch zu abenteuerrich erscheinen“. Schon damals forderte Kennan die Reduktion der Atomwaffen auf ihre „Abschreckungsfunktion“, über den Einsatz von Atomwaffen müsse nachgedacht werden. „Je rascher wir lernen, die Massenvernichtungswaffen nur auf ihren Abschreckungswert hin zu entwickeln, desto rascher können wir von jenem Grundsatz abrücken, den man das Prinzip der „Erstanwendung“ solcher Waffen nennt“. Die folgenden Sätze verdeutlichen, aus welchen Motiven Kennan gegenüber der Atombombe eine skeptische Haltung einnimmt: weil die Tatsache, daß die Sowjetunion ebenfalls über diese Waffe verfügt, ebenfalls Grundsatz abbrechen, den man das Prinzip der „Erstanwendung“ solcher Waffen nennt“. Die folgenden Sätze verdeutlichen, aus welchen Motiven Kennan gegenüber der Atombombe eine skeptische Haltung einnimmt: weil die Tatsache, daß die Sowjetunion ebenfalls über diese Waffe verfügt, ebenfalls

Grundlage unserer Verteidigungspolitik hatten, für den gleichzeitigen Ausbau anderer und differenzierterer Waffengattungen plädiert, für Waffengattungen, deren Einsatz für irgendwelche lohnenden begrenzten nationalen Ziele denkbar wäre, ohne daß ein solches Unterfangen gleich auf Selbstmord hinauslaufen müßte. Manche hatten eine Politik vertreten, die sich die Politik der „abgestuften Abschreckungsmittel“ nannte. Andere hatten vorgeschlagen, die Voraussetzungen zu schaffen, um einen „begrenzten Krieg“ führen zu können, worunter sie einen Krieg verstanden, der sowohl hinsichtlich seiner Zielsetzung als auch hinsichtlich der Vernichtungsgewalt seiner Waffen begrenzt wäre. In beiden Fällen ging es darum, eine Alternative zur Wasserstoffbombe als Grundlage der nationalen Verteidigung zu finden. Ich denke, diese Überlegungen verdienen unsere Sympathie und Achtung. Sie gehen in die richtige Richtung. Gewalt ist ein unabdingbarer Bestandteil der menschlichen Beziehungen und wird es immer sein. Die Alternative zu einer hoffnungslosen Form der Gewalt kann niemals überhaupt keine Gewalt heißen. Der erste Schritt fort von atomaren Schrecken kann nur die Entwicklung von Gewaltwerkzeugen sein, die in ihrer Wirkung flexibler, differenzierter und weniger selbstmörderisch sind. Wenn es möglich wäre, solche Instrumente in einer von den Atomwaffen klar unterscheidbaren Form zu entwickeln, wäre das tragisch der natürlichste Ausweg aus dem Dilemma“ (Kennan, 1958). Kennan schlug somit schon 1958 vor: a) Atomwaffen auf ihre „Abschreckungsfunktion“ zu reduzieren sowie über einen Verzicht auf den „first use“ von Atomwaffen nachzudenken; b) an Stelle der unhandlichen atomaren Potentiale präzisere und weniger selbstmörderische konventionelle Waffen zu entwickeln (unterscheidbar von den Atomwaffen, um nicht eventuell mit einem konventionellen Schlag einen atomaren Gegenschlag zu provozieren), um die „Gewalt als unabdingbarer Bestandteil der menschlichen Beziehungen“ im Schatten der Atombombe wieder praktikabler zu machen.

In der außen- und „sicherheitspolitischen“ Strategiedebatte der späten 50er/60er zog Kennan z.T. andere militär-strategische Konsequenzen als Kissinger. „Die Unlust der Russen, sich aus ihrer Zone Deutschlands zurückzuziehen und den Völkern Osteuropas die volle Freiheit wiederzugeben, entspringt zum Teil aus politischen Erwägungen, an denen eine erhöhte Stärke der NATO nicht das geringste ändern würde — und zum Teil liegt sie gerade an der militärischen Stellung Englands und Amerikas auf dem Kontinent, die man jetzt zu verstärken gedenkt“ (Kennan, 1958). Alleine eine beiderseitige Truppenreduzierung könne die europäische und deutsche Teilung überwinden und langfristig eine gesamteuropäische Einigung auf der Grundlage bürgerlicher Werte und Institutionen ermöglichen. „Ich kann mir keinen Ausweg aus diesem Dilemma vorstellen, der nicht den baldigen Abzug der russischen Truppen aus den Satellitenstaaten zur Voraussetzung hätte.“ Später kritisierte er in einer retrospektiven Analyse der US-Außenpolitik der Nachkriegsjahre die Dominanz des primär militärstrategischen Kategorien verhafteten Denkens über eher politische Erwägungen, das die Nutzung vorhandener politischer Optionen in Europa verbaut habe. „Alle diese großen Ziele... die Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung, die Beseitigung der Spaltung des Kontinents im allgemeinen, die Reintegration der mittel- und osteuropäischen Völker in die europäische Gemeinschaft und die Entwicklung einer europäischen Einheit in kontinentalem Maßstab... wurden mit einem Schlag der Errichtung einer militärischen Verteidigung (NATO) gegen einen Angriff geopfert, den niemand plante... Eine derart unangebrachte Akzentverschiebung konnte, wie mir scheint, nur dem Gehirn von Leuten entspringen sein... die sich zum Schaden aller ernsthaften politischen Erwägungen ausschließlich mit militärischen Problemen beschäftigten, von Leuten, die sich eine gößartige Zukunft Europas nur in Verbindung mit einer völligen militärischen Niederlage der Sowjetunion bzw. einem spektakulären, unerklärlichen und gänzlich unwahrscheinlichen Zusammenbruch des politischen Willens ihrer Führung vorzustellen vermögen. Von dem Augenblick an, da man sich für diesen Schritt entschied, wurde die friedliche Lösung der größten europäischen Probleme auf jeder anderen Basis als der ständigen Teilung Deutschlands und des Kontinents mit schweigender Einbeziehung der osteuropäischen Völker in den sowjetischen Machtbereich auf unbestimmte Zeit theoretisch fast undenkbar, und heillose Verwirrung bemächtigte sich des

Grundprinzips westlicher Politik“ (Kennan, 1963). Im Bereich der Militärpolitik vertrat Kennan mit diesen Auffassungen eher eine Minderheitsposition. Mit der Einschätzung, die politischen, sozialen, ökonomischen und militärpolitischen Nachkriegsentwicklungen in Ost- und Mitteleuropa seien nach wie vor „unakzeptabel“ und „unhaltbar“, somit grundsätzlich revisionsbedürftig, teilte er hingegen die Mehrheitseinschätzung der US-Administration in Sachen Ostpolitik. Es war kein Streit um das Ziel, sondern um den gangbarsten Weg dorthin.

Auch bezüglich der US-Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt kritisierte Kennan die Schwerpunktssetzung auf kurzfristige militärische „Problemlösungen“, die notwendig scheitern müßten. Vielmehr komme es darauf an, in einem langfristigen Prozeß den „psychologischen Schwierigkeiten“ in den Empfängerländern „amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe entgegenzuwirken. Stattdessen sollten zunächst die operativen und ideologischen Voraussetzungen zur Bekämpfung antimperialistischer Bewegungen geschaffen werden. Seine „indirekte Strategie“ befürwortete sozialintegrative, reformkapitalistische bzw. „sozialstaatliche“ Korrekturen der Sozial- und Wirtschaftsstruktur, sowie eine formaldemokratische Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen. Allein dadurch könne die ideologische Verpflichtung auf den kapitalistischen Entwicklungsweg dauerhaft gesichert werden. Trotzdem sollte am Prinzip militärischer Intervention als im Notfall einzusetzendes Mittel der „Konfliktregulierung“ festgehalten werden.

Anmerkungen

Literatur: Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten, München, 1967; ders.: Rußland, der Westen und die Atomwaffen, Ffm, 1958; ders.: After the Cold War: American Foreign Policy in the 1970's, Foreign Affairs, Vol. 51, 1/1972; ders.: The Sources of Soviet Conduct, Foreign Affairs, Juli 1947; ders.: Polycentrism and western Policy, Foreign Affairs, Januar 1964; ders.: Im Schatten der Atombombe — Eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1947 bis heute, Köln, 1982; McNamara, Robert: Die Sicherheit des Westens, München, 1970; Kissinger, Henry: Kernwaffen und auswärtige Politik, München, 1959; Bundy, McGeorge: Appeasement, Provocation and Policy, The Reporter, 9. Jan. 1951; Horowitz, David: Kalter Krieg — Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin, 1969; Greiner, Bernd: Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln, 1980.

1) Innerhalb der amerikanischen politischen Elite vollzieht sich der außenpolitische Meinungsbildungsprozess über eine „indirekte-versteckte Form der Öffentlichkeit. Über programmatische Aufsätze und Diskussionen in den akademischen und exklusiven Politikzeitschriften „Foreign Affairs“ und „Foreign Policy“. Die Vierteljahrszeitschrift „Foreign Affairs“ wird vom „Council of Foreign Relations“ herausgegeben, ein 1921 gegründeter, ca. 1600 Mann starker Verband, der als Denkschule und theoretische Koordinationsstelle für die Formulierung der US-Außenpolitik fungiert. Kurswechsel und Akzentverschiebungen in der US-Außenpolitik werden hier stets vordiskutiert und gegen denkbare Alternativen abgewogen. Abgesehen von Goldwater und Johnson stiftete dieser Verein seit dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 70er Jahre sämtliche US-Präsidentenwahlkandidaten. Er fungiert seit seinem Bestehen als eine Art Regierung in der Regierung. Um die weniger bedeutende Zeitschrift „Foreign Policy“, die erst Anfang der 70er Jahre ins Leben gerufen wurde, gruppierten sich zunächst die Kritiker der Nixon'schen Außenpolitik, u.a. Brzezinski und Holbrooke, die später zu den wichtigsten außenpolitischen Beratern Carters zählten.

Einen guten und detaillierten Einblick in das Wirken des „Council of Foreign Relations“ gestattet das Buch von Lawrence H. Shoup und William Minter: Imperial Brain Trust, The Council of Foreign Relations, New York/London, 1977. Seit 1981 ist das Buch auch unter dem Titel „Kußenscheiber o.V. Der Council of Foreign Relations und die Außenpolitik der USA“ in deutscher Übersetzung erhältlich.

Andreas Herberg Rothe:

Wider die selbstorganisierten Niederlagen

Das folgende Positionspapier schrieb der Autor, Mitglied der Grünen und der Initiative Sozialistische Politik (ISP) sowie einer der Sprecher des hessischen Volksbegehrens für den Frieden, noch vor der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung. Wenn die geplante Volksbefragung, der die Auseinandersetzung u. a. gilt, (schwächen von ihren Initiatoren nicht gerührt) wird (wie soll ausdrücklich kein Plebiszit sein — der irreführende Titel freilich wird beibehalten), so schmälert dies kaum den Kern der im folgenden geäußerten Kritik (Anmerkung Redaktion).

Nach dem Beginn der Stationierung diskutiert die Friedensbewegung von neuem über ihre Perspektiven. Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die sogenannte Erweiterung des bisherigen, z. T. viel gescholtenen Minimalkonsenses, der da heißt: Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.

Um es vorweg zu sagen: Ohne einen Minimalkonsens ist die Friedensbewegung als ganze nicht handlungsfähig. Gerade wenn die Stärke der Friedensbewegung die Vielfalt der Ansatzpunkte, Motive etc. ist, ist es notwendig, einen gemeinsamen politischen Bezugspunkt der ganzen Bewegung zu haben, der jedem, vor allem auch dem politischen Gegner verdeutlicht, daß die vielfältigen kleinen und größeren Aktionen der jeweiligen spezifische Ausdruck eines gemeinsamen politischen Anliegen sind. Nur auf diese Weise kann die Friedensbewegung eine reale politische Kraft sein und ist es bisher auch gewesen. Um ein Bild zu gebrauchen: Die Friedensbewegung gleicht einem Feuer, das sich aus unterschiedlichen Quellen speist und von dort seine Stärke gewinnt, sich aber letztlich in einem Brennpunkt konzentriert und nur dort die größte Hitze erreicht. Reißt man die Feuerzettel auseinander, werden sie einzeln verlöschen.

Bevor man die Erweiterung des bisherigen Minimalkonsenses diskutiert, sollte man sich vergegenwärtigen, worin der alte Minimalkonsens genauer bestand. Dies ist aus zwei Gründen von Bedeutung.

Zum einen wird bei den meisten Vorschlägen zur Erweiterung wie z. B. Überwindung der Blockkonfrontation, „Einfrieren“ (Freeze) der atomaren Rüstung etc. der alte Minimalkonsens nur scheinbar erweitert (bei formaler Beibehaltung der alten Forderung), in Wirklichkeit aber anstelle des alten Minimalkonsenses ein anderer gesetzt, der die Interessen von bestimmten Gruppierungen wiedergibt und, in letzter Konsequenz den alten Minimalkonsens aufhebt bzw. hinter diesen zurückfällt (sehr deutlich bei der vorgeschlagenen Freeze-Resolution der autonomen Volksbefragung am 17. Juni).

Jeder mag unterschiedliche Interpretationen des bisherigen Minimalkonsenses haben, real richtete er sich gegen

Jeder mag unterschiedliche Interpretationen des bisherigen Minimalkonsenses haben, real richtete er sich gegen die Einführung eines neuen Wahlsystems der NATO. Es handelt sich somit um eine dezidierte, einseitige Forderung an die NATO bzw. die Regierung der BRD, diese Raketen nicht aufzustellen. Von vielen Seiten wurde der Friedensbewegung vorgeworfen, sie sei wegen dieser Forderung an die NATO einseitig. Es hat viele Analysen, Mühen und Überzeugungsarbeit gekostet zu verdeutlichen, daß diese Forderung deswegen einseitig an die NATO bzw. die Bundesregierung gerichtet ist, weil es sich eben um eine höchst einseitige Maßnahme der NATO gehandelt hat. Begründungen und Interpretationen der Friedensbewegung waren ihrem Charakter gemäß vielfältig, sogar widersprüchlich.

Ob man aber glaubte, die besondere Gefährlichkeit dieser Waffen in der kurzen Vorwarnzeit und der damit verbundenen nicht mehr möglichen Korrektur eines technischen Fehlers zu sehen, oder in der Einhaftigkeit der Sowjetunion, oder in der Begrenzbarkeit eines Atomkrieges auf Europa — bei aller Vielfalt der Begründungen und Ansatzpunkte konnte sich die Friedensbewegung realpolitisch auf diese „einseitige“ Forderung verständigen, weil trotz aller Unterschiede deutlich war, daß es sich um eine einseitige Maßnahme der NATO handelte. In dieser „Einseitigkeit“ der Friedensbewegung lag ihre politische Stärke und Sprengkraft als Bewegung.

Die zur Zeit meist-gedachten „Erweiterungen“ des Minimalkonsenses beinhalten qualitativ nichts weiter als die „endliche“ Aufgabe dieser Einseitigkeit. Dies ist der gemeinsame Nennerpunkt der Vorschläge, kommen sie nun aus dem SPD-Spektrum, von Teilen der Grünen oder von Teilen der alten ML'er.

Psychologisch gesehen ist diese „Erweiterung“ des Minimalkonsens unter Forderungen an die UdSSR verständ-

lich, nachdem man den „eigenen“ Block, der nun einmal NATO heißt, nicht zur Aufgabe seiner Aufrüstungspläne zwingen konnte. Politisch gesehen werden aber alle bisherigen Anstrengungen und bescheidenen Erfolge der Friedensbewegung, wird der bisherige gemeinsame Brennpunkt aller politischen Anstrengungen zunichte gemacht, indem wir die von den Herrschenden mit Recht so gefürchtete Einseitigkeit aufgeben — eine Einseitigkeit gegenüber der NATO, die ihre Begründung nicht in einem politischen Standpunkt auf Seiten der Sowjetunion, sondern nur in der Politik der NATO selbst findet.

Was hat sich eigentlich seit der Stationierung getan? Sind Pershing II und Cruise Missiles auf einmal weniger gefährlich geworden, und sie seit der Stationierung plötzlich keine einseitigen Maßnahmen der NATO mehr? Wer gibt uns das Recht, vom „anderen Block“ Abrüstungsmaßnahmen zu fordern, solange wir noch nicht einmal eine einzige Aufrüstungsmaßnahme „unseres“ Blockes verhindert haben, solange also eine Aufrüstung stattfindet, die uns unseren eigenen Analysen zufolge einen Weltkrieg entscheidend näher bringt. Die notwendige Unabhängigkeit der Friedensbewegung gegenüber beiden Militärblöcken wird nicht dadurch gewahrt, daß wir uns zwar gegenüber beiden Blöcken für unabhängig erklären, in unserer praktischen Politik aber die einseitigen Kriegsführungsstrategien der NATO nicht als solche bekämpfen und damit zu verhindern suchen, sondern unsere politischen Forderungen real an ein Einigenkommen der SU binden. Genau in diesem Moment unterstützen wir real, ob uns das bewußt ist oder nicht, das Streben der NATO nach militärischer Überlegenheit, und die Friedensbewegung wird zu einer Fraktion innerhalb des NATO-Lagers degradiert. Unseren eigenen Analysen zufolge setzt die NATO zur Zeit ihres politischen Willen zur Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit gegen die Sowjetunion zielstrebig und planmäßig in die Tat um. Pershing II und Cruise Missiles sind ein Teil hiervon, wenn auch an hervorragender Stelle. Nehmen wir unsere eigenen Analysen einmal ernst, daß die NATO nun einmal höchst einseitig auf allen militärischen (atomar wie konventionell und chemisch) Ebenen eine Kriegsführungsfähigkeit („victory is possible“) gegen die Sowjetunion anstrebt und planmäßig umsetzt — wie kann es dann eine ernsthafte Begründung dafür geben, die bisher zu Recht bestehende Einseitigkeit der Friedensbewegung über Bord zu werfen?

Rekapitulieren wir: Der alte Minimalkonsens der Friedensbewegung war eine Forderung an die NATO, auf die geplante einseitige Einführung eines neuen Wahlsystems, welches die Kriegsgefahr beträchtlich erhöht, zu verzichten. Die „Erweiterung“ dieses Minimalkonsenses kann doch nicht heißen, wir haben's bei uns nicht geschafft, also versuchen wir's doch mal bei denen im Osten. Diese Aussage klingt zwar verkürzt, aber genau hier liegt der entscheidende Punkt bei vielen aktuellen Vorschlägen zur Neuorientierung der Friedensbewegung.

Eine wirkliche Erweiterung des bisherigen Minimalkonsenses kann sich doch schon rein logischerweise nur darauf beziehen, nicht mehr nur eine einzelne Maßnahme innerhalb der Kriegsführungsstrategie der NATO (denn nicht mehr aber auch nicht weniger bedeutet die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen) zu bekämpfen. Sondern es müssen alle Maßnahmen der NATO zur Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit bekämpft werden sowie die zugrundeliegenden NATO-Strategien selbst. Diese kommen dem deutlichsten zum Ausdruck in dem sogenannten „Airland-Battle“-Konzept. Bezeichnenderweise ist die dort niedergelegte Kriegsführungsstrategie geographisch bezogen auf Mittelamerika, Europa, den mittleren Osten und Südkorea (nachzulesen im Field Manual 100-5).

Eine logische Erweiterung unter nicht nur formaler Beibehaltung der al-

ten Forderung kann eigentlich nur heißen: Keine Verwirklichung von Airland-Battle, nicht in Europa und auch nicht anderswo. Airland-Battle als Kriegsführungsstrategie der NATO, zu verbinden mit deren konventioneller Variante, dem Roer-Plan, in der natürliche und logische Brennpunkt des Kampfes gegen einzelne Wahlsysteme, deswegen, weil diese Strategie den Brennpunkt der Politik der NATO beinhaltet.

Alle anderen bisher vorgeschlagenen „Erweiterungen“ des Minimalkonsenses ersetzen qualitativ den bisherigen Minimalkonsens, indem sie den strategischen Ansatzpunkt der Einseitigkeit gegenüber der NATO aufgeben, eine Einseitigkeit, die in den einseitigen Kriegsführungsstrategien der NATO ihre Begründung findet.

Hiermit kommen wir zum zweiten entscheidenden Punkt der Diskussion um die Erweiterung des bisherigen Minimalkonsenses, der in seiner vollen Bedeutung allerdings häufig gar nicht wahrgenommen wird. Der alte Minimalkonsens reduzierte sich ja nur scheinbar auf das Ziel der Raketenverhinderung. Unausgesprochen bestand auch ein „Minimalkonsens“ über den Weg, der sich in der Praxis immer wieder durchsetzte. Er kommt in Formulierungen wie „Wir appellieren an den Bundestag, Bundesregierung etc.“ zum Ausdruck. Anders ausgedrückt, der nicht diskutierte aber vorhandene Minimalkonsens bestand darin, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie auf Politiker, Parlament und Regierung mit unserem Protest einzuwirken oder sie gar zu überzeugen, nicht zu stationieren. Welch ein Selbstbetrug, welche Kraftmeierei mit volgenden Phrasen, die Illusionen zu verbreiten, mit dem massenhaften Protest der Friedensbewegung als Appell an die Herren Politiker könne die Stationierung ernsthaft verhindert werden! Welch ein Schamensstück der SPD, die Bundestagsabgeordneten namentlich über die Stationierung entscheiden zu lassen, als hätte es noch etwas zu entscheiden gegeben!

Bei dieser Orientierung auf die Entscheidung des Bundestages handelte es sich zumindest auf Seiten der SPD um einen schmerzhaften Selbstbetrug. Die Entscheidung des Bundestages handelte es sich zumindest auf Seiten der SPD um eine bewußte, die erste selbstorganisierte Niederlage der Friedensbewegung.

Warum erwähne ich das? Die Friedensbewegung steht kurz davor, zum zweiten Mal eine Niederlage selbst zu organisieren, wiederum ich zum Nutzen der SPD.

Volksbefragung: Diskreditierung des Plebiszits

Der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung hat beschlossen, am 17. Juni eine autonome Volksbefragung vor allen Wahllokalen der Europawahl durchzuführen. Sehen wir einmal von der Geschmacklosigkeit ab, ausgerechnet am „Tag der deutschen Einheit“ eine solche Volksbefragung durchzuführen, scheint diese autonome Volksbefragung auf den ersten Blick eine Abkehr von der Orientierung auf die Entscheidung von Bundestag, Regierung usw. zu sein. Es sieht also so aus, als ob der Minimalkonsens in dieser Frage erweitert werden würde.

Welch gefühlte! Die mangelnde Ernsthaftigkeit dieses Vorgehens ist kaum noch zu übersehen, je sie erscheint geplant! Eine autonome Volksbefragung, wäre sie ernsthaft geplant, sollte von der Seite der Friedensbewegung nur dann durchgeführt werden, wenn sich in einer solchen Volksbefragung auch tatsächlich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung von Pershing und Cruise Missiles ausspricht. Alles andere wäre in der Öffentlichkeit eine Bestätigung, daß es in der Bevölkerung eben keine Mehrheit gegen die Stationierung gibt. Nichts gibt es zahlreich Beispiele, in denen die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie und der auf diese Weise legitimierte Regierung gegen

parlamentarische Entscheidung vertritt, ist logischerweise eine politische Niederlage, wenn diese

„Abstimmung“ auch in der abgeschwächten Form der „Befragung“ keine Mehrheit erreicht. Andernfalls ist sie nichts weiter als ein mit einem hochtrabenden Anspruch verbundener Appell an die Repräsentanten, der qualitativ nicht nur nichts Neues, sondern im Zusammenhang mit dem in der Öffentlichkeit transportierten Anspruch sogar eine klare politische Niederlage bringen wird. Der Koordinierungsausschuss geht selber davon aus, daß am 17. Juni im besten Falle etwa 5 Millionen Unterschriften zu erreichen sind — eine Zahl, die quantitativ sogar noch hinter den Krefelder Appell zurückfällt, indem die sozialdemokratische Freeze-Forderung zur „Abstimmung“ gestellt werden soll. Auf die Ankündigung aus Kreisen der unabhängigen Friedensbewegung, eine solche Aktion nicht mittragen zu können, erfolgt kaltschnäuzig die Antwort, dann mache man die Aktion eben alleine. Alles mehr als deutliche Indizien dafür, daß niemand davon ausgeht und ausgehen kann, am 17. Juni auch nur annähernd eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung zu dokumentieren (Diese bei einigen vielleicht noch vorhandene Illusion wird schon dann zerplatzen, wenn es darum geht, vor den Wahllokalen auch nur personell präsent zu sein. Bei der letzten Landtagswahl in Hessen haben wir für das hessische Volksbegehren zwar an einem einzigen Tag über 30.000 Unterschriften sammeln können, dies entspricht aber noch nicht einmal 1% der wahlberechtigten Bevölkerung in Hessen).

Judem hat sich der Koordinierungsausschuss mit großer Mehrheit geweiht, die Forderung nach einer bundesweiten Volksabstimmung bzw. einem Volksentscheid mit in den Abstimmungsstext aufzunehmen. Eintracht mit der Sozialdemokratie glänzt der KA mit schönen Phrasen und hehren Ansprüchen, die man selber offensichtlich nicht so ernst meint, und fürchtet jede ernsthafte Infragestellung der herrschenden Politik wie der Teufel das Weihwasser. 5 Millionen Unterschriften für eine Freeze-Resolution am 17. Juni sind angesichts der mit einer Volksbefragung verbundenen Ansprüche einer Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung eine politische Niederlage der Friedensbewegung.

Die gleichen 5 Millionen Unterschriften unter die Forderung nach Abhaltung einer Volksabstimmung gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes würden eine wesentlich größere Sprengkraft beinhalten als eine Neuaufgabe des Krefelder Appells auf qualitativ niedrigerer Stufe. Der politische Sprengsatz lagte darin, daß die Bevölkerung massenhaft die Legitimation der Bundesregierung zur Stationierung in Frage stellt (was mehr als die reine Ablehnung der Stationierung), und daß die Demokratie als Herrschaft des Volkes gegen die schein-demokratische Entscheidung und Legitimation des Bundestages und der Bundesregierung ins Feld geführt wird (Entfesselung = Entfesselung des Demokratie-Postulats).

Bei der Teilung der Gewalten in der bürgerlichen Demokratie (Gesetzgebung, Exekutive und unabhängige Gerichte) wurde offensichtlich jemand „vergessen“, nämlich die Gewalt der Bevölkerung selbst. Die (Wieder-) „Einführung“ der direkten Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung als „vierte Gewalt“ bedeutet nicht die Aufhebung der anderen Gewalten, wohl aber deren notwendige Ergänzung und Kontrolle. Nicht erst die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles hat deutlich gemacht, daß die parlamentarische Demokratie grundsätzlich nicht ausreicht, den Mehrheitswillen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Von der Wiedereinführung einer Armee, die laut Adenauer erklärtermaßen gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung erfolgte, bis zur Stationierung gibt es zahlreiche Beispiele, in denen die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie und der auf diese Weise legitimierte Regierung gegen

den Mehrheitswillen der Bevölkerung ausgespielt wurden. Das Ideal des nur seinem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten ist nicht erst seit der Flak Affäre anachronisch geworden. Auch wenn es viele erst an diesem Punkt gemerkt haben.

Die Entstehung der Bürgerinitiativbewegung in den siebziger Jahren ist mit aus der Tatsache zu erklären, daß bestimmte Konflikte mit den Mechanismen der parlamentarischen Demokratie nicht zu lösen waren mit der SPD in der Regierung, da keine der in den Parlamenten vertretenen Parteien die Interessen relevanter Bevölkerungsteile vertreten hätte.

Dieser Tatbestand führte zur Gründung der GRÜNEN als Partei, deren Einzug in die meisten Landesparlamente und den Bundestag positiv zu bewerten ist, der aber auch seine Kehrseiten hat. Die faktisch ausschließliche Reduzierung grüner Politik auf die Parlamentebene und die dort arbeitenden Akteure, der ausreichende Kampf um das richtige Verhältnis zu einer anderen parlamentarischen Partei, Joggelst von der Politik der sozialen Bewegung, die Integration in Mechanismen der bürgerlichen Demokratie (Negativbeispiel die Teilnahme an der diesjährigen „Europa“-Wahl aus rein pragmatischen Gründen des Angewiesenseins auf die Wahlkampfkostenrückerstattung zur Deckung der laufenden Kosten), die kaum zu überlebende Überheblichkeit von großen Teilen der Grünen, an die Stelle der sozialen Bewegung getreten zu sein — all dies verdeutlicht, daß die ursprüngliche „Außerstaatlichkeit“ der Bürgerinitiativ- und sozialen Bewegung in die Regelmechanismen der bürgerlichen Demokratie integriert worden ist.

Eine mögliche Entwicklungsrichtung wäre es gewesen und ist es vielleicht auch heute noch, sich nicht nur auf die parlamentarische Vertretung zu beschränken, sondern real existierende Mehrheiten gegen die herrschende Politik in einzelnen Bereichen in Volksabstimmungen und Volksentscheiden zu organisieren.

Allen Linkenrufen zum Trotz ist diese Perspektive eines Volksentscheides quasi als Veto der Bevölkerung gegen die Stationierung durch eine Volksabstimmung auf Bundesebene und Volksentscheid auf Landesebene (wie bisher in Hessen und Baden-Württemberg) ein gangbarer Weg, auch wenn er innerhalb der Friedensbewegung noch unterentwickelt ist. Wenn die Friedensbewegung dieses Veto der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung wirklich erreichen will, wenn wir dies als Nummer 1 des gemeinsamen Konsenses begreifen und unsere unterschiedlichen Aktionen auf diesen Brennpunkt konzentrieren, können wir uns an eine Situation heranarbeiten, in der Regierung und Bundestagsmehrheit eine solche Abstimmung nur um den Preis des Verlustes der eigenen Legitimation aus dem Wahlergebnis mehrheitlich eine solche Abstimmung nur um den Preis des Verlustes der eigenen Legitimation aus dem Wahlergebnis vom 6. März verhindern können.

Wollen wir nicht auf die Bundestagswahl 1987 hoffen (was sowieso „Vogel-Strauß“-Politik wäre, da die NATO nach den neuesten Plänen spätestens 1984 einen Krieg gegen die UdSSR „gewinnen“ führen kann), bleibt eigentlich nur die Einlegung unseres Vetos in einem Volksentscheid gegen die Kriegspläne der NATO, zunächst gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, übrige.

Eine gangbare Politik zur Erreichung dieses Ziels in absehbarer Zeit besteht nicht in der vorgeschlagenen „autonomen Volksbefragung“ vom 17. Juni, da der damit verbundene Anspruch auf der einen Seite und das zu erwartende (oder sogar angestrebte) Resultat auf der anderen das Ziel einer realen Abstimmung diskreditieren wird, was von Seiten der SPD auch so kalkuliert ist. (Im Unterschied zu einer solchen eigenständig durchgeführten Volksbefragung, deren Ergebnis davon abhängig ist, ob es gelingt, vor allen Wahllokalen präsent zu sein, würde eine Volksabstimmung auf gesetzlicher Grundlage analog zu einer Bundestagswahl durchgeführt werden).

Wie können wir die Chancen zur Erreichung einer Volksabstimmung über die Stationierung verbessern, wie können wir eine solche Abstimmung auf Bundesebene tatsächlich erreichen?

Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Stationierung

Es ist ja nicht so, daß das Element des Volksentscheides bzw. der Volksabstimmung in den Verfassungen der Bundesrepublik auf Bundes- oder Landesebene ausgeschlossen ist, auch wenn

Fortsetzung nächste Seite

GRÜNE diskutieren Bundesabstimmungsgesetz

Fortsetzung von vorheriger Seite

dieses Element aus begrifflichen Gründen in der Verfassungswirklichkeit der bürgerlichen Demokratie eine relativ geringe Rolle gespielt hat.

Im Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es prinzipiell über die Herrschaft vom Volke aus: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe... ausgeübt“. Aus diesem Artikel des Grundgesetzes ergibt sich (für sich genommen) eine Gleichrangigkeit von Wahlen und Abstimmungen. In der Verfassung insgesamt wird allerdings der Schwerpunkt auf den Aspekt der Wahlen, also die parlamentarische Demokratie, gelegt. Nur in einem Fall ist eine Volksabstimmung explizit vorgeschrieben, nämlich bei der Neuordnung des Bundesgebietes. Aus dieser einzigen Maßvorschrift zur Durchführung einer Volksabstimmung allerdings abzuleiten, Abstimmungen der Bevölkerung in allen anderen Fragen seien verfassungswidrig (Zimmermann) oder prinzipiell nicht durchführbar, ist mehr als abweisend.

Die in der Bundesverfassung offensichtlich fehlenden Ergänzungs- oder Ausführungsbestimmungen, in welchen Fällen eine solche bundesweite Volksabstimmung durchgeführt werden muß oder kann, werden in einer Reihe von Landesverfassungen explizit aufgeführt. Sie laufen alle darauf hinaus, daß dem eigentlichen Volksentscheid ein „Volksbegehren für einen Volksentscheid“ vorgeschaltet ist. Dieses Volksbegehren erfüllt die Funktion, den politischen Willen der Bevölkerung zu einem Volksentscheid ausreichend zu dokumentieren. Für ein solches Volksbegehren müssen je nach Landesverfassung unterschiedliche Bedingungen erfüllt werden, im wesentlichen daß eine gewisse Prozentzahl der wahlberechtigten Bevölkerung ein solches Volksbegehren unterstützt. Die jeweilige Regierung muß ein solches Volksbegehren für einen Volksentscheid zulassen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen (z.B. „Zuständigkeit der Landespolitik“) erfüllt sind. Erfolgreich war auf diese Weise u.a. ein von der CDU initiiertes Volksbegehren gegen die kooperative Gesamtschule in NRW, woraus zu ersehen ist, daß genauso wenig wie parlamentarische Mehrheitsentscheidungen Volksentscheide als solche, von alleine, „richtige“ Entscheidungen produzieren. Diese Vorschaltung eines Volksbegehrens ist vor dem eigentlichen Volksentscheid deswegen wichtig, damit sich das Instrument des Volksentscheides als Votumrecht der Bevölkerung nicht durch zu häufige Inanspruchnahme ohne Aussicht auf Erfolg abnutzt.

Ein groß angelegter Volksentscheid oder eine autonome Volksbefragung, die entweder keine Mehrheit der Bevölkerung erhalten, oder bei denen die geringe Beteiligung an der Abstimmung nur ausdrückt, daß man sich in der Minderheit befindet, bleibt bei aller Schönfärberei eine Niederlage und schadet der prinzipiellen Möglichkeit des Volksentscheides bzw. der Volksabstimmung (Zur Erläuterung sei angefügt, daß in den Landesverfassungen z.B. in Hessen der Begriff Volksentscheid verwendet wird, im Grundgesetz hingegen der Begriff der Volksabstimmung Verwendung findet).

Anstelle der „autonomen Volksbefragung“ am 17. Juni sollte die Friedensbewegung „eigenständig“ ein „Volksbegehren für eine Volksabstimmung“ über die Stationierung durchführen, als Voraussetzung einer zu erreichenden Volksabstimmung. Da eine solche Vorgehensweise (zumindest prinzipiell eine Volksabstimmung) im Grundgesetz vorgesehen ist, in der konkreten Ausführung dieser Bestimmung in Art. 20-2 aber offensichtlich eine Lücke in der Verfassung existiert, wird es nicht ausreichen, wenn nur die Grünen im Parlament einen Gesetzesantrag auf Durchführung einer Volksabstimmung stellen. Nicht nur, daß ein solcher Gesetzesentwurf ohne Probleme abgelehnt werden wird. Diese Vorgehensweise würde auch bedeuten, daß dem jeweiligen Parlament aus eigener Machtvollkommenheit die Entscheidung über die Durchführung eines Volksentscheides eingeht, was zu Mißbrauch in jeder Hinsicht durch die Parlamentsmehrheit einläßt (sowohl bei der Entscheidung, ob eine Volksabstimmung überhaupt zugelassen wird, wie bei der konkreten Ausgestaltung der zur Abstimmung anstehenden Fragen, wie „Sind Sie für Helmut Kohl Politik, oder?“). In diesem Punkt gehen die Landesverfassungen wesentlich weiter, da mögliche Ausführungsbestimmungen zu den in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes vorgesehenen „Abstimmungen“ (man beachte den Plural) zwar fehlen, aber prinzipiell nicht wesentlich (natürlich

aber quantitativ) von den Bestimmungen in den Landesverfassungen abweichen dürfen, können wir diese Lücke in der Verfassung dadurch schließen, daß wir die materiellen Voraussetzungen eines „Volksbegehrens für eine Volksabstimmung“, wie sie in den Landesverfassungen vorgesehen sind, auf Bundesebene erfüllen. Da die Landesverfassungen in einigen Punkten der konkreten Regelung voneinander abweichen, können wir überlegen, die Bestimmungen einer Landesverfassung auf Bundesebene (entsprechend potenziert) zu erfüllen, aber aber eine Zusammenstellung aus einzelnen Landesverfassungen zu verwenden, wobei es uns nichts schaden kann, wenn wir nicht die jeweils am einfachsten zu erfüllenden Bedingungen übernehmen. Nehmen wir einmal an, 5% der Bevölkerung in einem ersten Schritt und 20% der Bevölkerung in einem zweiten Schritt (= 2 Millionen bis zum 17. Juni und 8 Millionen bis zum 12.12.84) würden sich für die Abhaltung einer Volksabstimmung mit ihrer Unterschrift einsetzen, so erfordert ein solches Volksbegehren unter Einhaltung der sonstigen rechtlichen Voraussetzungen (wie sie in den Landesverfassungen vorgesehen sind) eine prinzipielle Ausführungsregelung einer Volksabstimmung entsprechend Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes. Ein solches Volksbegehren für eine Abstimmung über die Stationierung auf Bundesebene entzieht sich durch die Inanspruchnahme von Verfassungsrecht auf Bundes- und hinführend auf Landesebene sowie der Erfüllung der materiellen Voraussetzungen für ein solches Vorgehen der ausschließlichen Entscheidungsgewalt der Parlamentsmehrheit.

Auf diese Weise wäre meiner Auffassung nach mit mehr Aussicht auf Erfolg eine Abstimmung der Bevölkerung ab Veto gegen die Stationierung zu erreichen, vorausgesetzt allerdings, die Friedensbewegung will ernsthaft eine solche Abstimmung und nicht einfach einen neuen Appell an die Regierenden.

Die beiden hier diskutierten Erweiterungen des Minimalkonsenses lassen sich in den Forderungen zusammenfassen:

- Keine Verwirklichung von Airland-Battle, nicht in Europa und nicht anderswo;
- für ein „Volksbegehren zu einer Volksabstimmung“ über die Stationierung.

Entwurf für ein Bundesabstimmungsgesetz (in Ausführung GG Art. 20,2)*

1. Die Gesetzgebung auf dem Wege der unmittelbaren Demokratie erfolgt durch Volksentscheid. Dieser wird eingeleitet durch Volksinitiativen und Volksbegehren. Gegenstand von Volksbegehren zum Volksentscheid kann alles sein, was auch im Rahmen der parlamentarischen Gesetzgebung behandelt werden kann.
2. Volksinitiativen sind darauf eingerichtet, durch Volksbegehren zum Volksentscheid den Erlaß, die Änderung oder das Aufheben eines Gesetzes anzustreben. Sie können von jedem stimmungsberechtigten Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland ergreifen werden.
3. Einer Volksinitiative muß ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzesentwurf zugrundeliegen.
4. Eine Volksinitiative wird zum amtlich festgelegten Volksbegehren, wenn sie mindestens 50 000 von den zuständigen Gemeindebehörden beglaubigte Unterschriften von stimmungsberechtigten Bürgern beim Bundesabstimmungsliter vorlegt.
5. Der Gegenstand des Volksbegehrens (= Gesetzesentwurf und Begründung) muß innerhalb einer Woche nach amtlicher Festsetzung in allen Massenmedien, (Fernsehen, Radio, Presseorgane ab 100 000 Auflage) veröffentlicht werden.
6. Zwei Monate nach Feststellung des Volksbegehrens beginnt auf amtlichen Unterschriftenlisten die Durchführung desselben. Die Unterschriftenlisten werden von den Gemeinden ausgegeben. Jeder Bürger ist berechtigt, Unterschriften zu sammeln.
7. Der Volksentscheid findet statt, wenn 1 Million stimmungsberechtigte durch Unterschrift ihre Zustimmung zum Volksbegehren erklären haben. Gibt es zu einer bestimmten Sachfrage mehrere Vorlagen, welche die erforderliche Unterstützung gefunden haben, werden diese gemeinsam zur Abstimmung gebracht. Gibt es nur eine Vorlage, dann findet der Volksentscheid nicht statt, wenn der Bundestag dem Volksbegehren bis spätestens zwei Monate für dem Abstimmungstermin unverändert zustimmt.
8. Im Falle des Volksentscheides beginnt zwei Monate nach erfolgreich abgeschlossener Volksbegehren für den Zeitraum eines halben Jahres in den Massenmedien (gem. Art. 5 dieses Gesetzes) die freie und gleichberechtigte Information durch die Positionen der erfolgreichen Begehren.
9. Bei der Volksabstimmung entscheidet die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Erreicht keine der Vorlagen die absolute Mehrheit, wird die Abstimmung über die beiden erfolgreichsten wiederholt. Steht nur eine Position zur Abstimmung, wird auf Ja oder Nein entschieden.
10. Gesetzesinitiativen mit verfassungsänderndem Charakter erfordern gem. Art. 79 GG die 2/3-Mehrheit.
11. Das Gesetz tritt einen Tag nach Feststellung des Abstimmungsergebnisses mit seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft.
12. Durch Volksentscheid beschlossene Gesetze können nur durch Volksentscheid abgeändert oder aufgehoben werden. Volksentscheide zum gleichen Gegenstand sind erneut frühestens zwei Jahre nach einer bereits erfolgten Abstimmung wieder möglich.
13. Die näheren Einzelheiten dieses Gesetzes werden durch die Ausführungsbestimmungen geregelt.

* Auf dem Kongreß der GRÜNEN „Mündige Demokratie durch Volksentscheid“ am 25.3.1984 in Bonn wurde der vorgelegte Entwurf für ein Bundesabstimmungsgesetz von der Initiative Volksentscheid um die jeweils beiden letzten Sätze der Punkte 1 und 9 ergänzt.

Zu einem Kongreß „mündige Demokratie“ hatten die Bundes-GRÜNEN am 25.3. nach Bonn geladen, doch die Resonanz in der gar nicht mehr so kleinen Partei war eher enttäuschend. Ca. 120 Leute fanden sich ein, um über die gesetzliche Grundlage für die bundesweite Einführung eines Volksentscheides zu debattieren. Gekommen waren hauptsächlich diejenigen, die die Sache ohnehin angelodet haben, der Achberger Kreis um Wilfried Heide und Joseph Beys. Von den Bundespolitikern der GRÜNEN ließen sich nur Fraktionssprecher Schily und Parteigeschäftsführer Beckmann blicken; von außerhalb der GRÜNEN wenige Vertreter der Arbeitsgruppe Volksbefragung des Bonner Friedenskoordinationsausschusses und vom hessischen Volksbegehren für den Frieden. Keine Frage, die „Spezialisten“ waren unter sich geblieben, aber: Manchmal wird auf „bedeutenden“ Versammlungen Quark breitgetreten, während auscheinbar „unbedeutenden“ Zusammenkünften Interessantes herauskommt. Stellenweise machte die Diskussion den Frust über die schwache Beteiligung wieder wett. Rasch kam es zu einer grundsätzlichen Kontroverse um „Demokratie“ und „Recht“, die auch für Kommunisten spannend ist, wenigstens wir von einem anderen Ansatz, der Klassenfrage, kommen (sollten).

Zunächst hielt Heide eine agitorische Einleitung, bei der er strikt darauf achtete, alles zu vermeiden, was die „Aktion Volksentscheid“ als radikale Mehrheit erscheinen lassen könnte. Nicht weiß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Raketenstationierung sei und auch nicht, weil demoskopische Umfragen steigende Zustimmung für Plebiszite signalisieren würden, sei der Volksentscheid zu fordern, sondern weil es eine „Selbstverständlichkeit“ sei, die aus dem Grundsatz selber folge (Art. 20-2) Vorbild müsse eigentlich Baden-Württemberg sein, wo der Landtag 1974 einstimmig die Einführung eines landweiten Volksentscheides vorgenommen habe. Um auf Bundesebene erfolgreich zu sein, müßten massenhafte Zustimmungserklärungen für den vorliegenden Entwurf eines Bun-

desabstimmungsgesetzes gemittelt werden. Sollte der Bundestag dann immer noch den Volksentscheid verweigern, müßte allerdings das Widerstandsrecht in Anspruch genommen werden.

Heide machte eine „technophilosophische Begründung“ der plebisziären Demokratie geltend, bei der es sich auf die französische Revolution bezieht („1789 ist die Zäsur in der Menschheitsgeschichte“). Aus der Aufklärung komme der Begriff der „Volkskonvergenz“, welche allein die Quelle allen Rechts sein könne.

Ausführlich ging er auf die Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat ein, der die bundesdeutsche Verfassung nach Kriegsende erarbeitet und dabei die Verankerung des Volksentscheides abgelehnt hatte. Die Vertreter des Zentrums und der KPD seien mit dieser Forderung allein geblieben. Heide habe sich mit der Behauptung durchgesetzt, das Plebiszit sei „eine Prämie für Demagogen“, dies müsse man als „Lehre aus Weimar“ betrachten.

Das jedoch, so Heide, sei nichts als ein großes Ablenkungsmanöver von der Tatsache gewesen, daß es ja der Reichstag war, der das Ermächtigungsgesetz verabschiedete, und daß Heide selber dabei zustimmend die Hand gehoben habe.

Heide schloß seinen Beitrag mit der Aufstellung von Kriterien, nach denen ein Entwurf für ein Bundesabstimmungsgesetz aufgebaut sein müsse:

- jeder(r) einzelne Bürger(in) müsse prinzipiell die Möglichkeit haben, die Initiative zu einem Volksentscheid zu ergreifen;
- das Verfahren müsse in drei Stufen ablaufen — 1. Antrag zu einem Volksbegehren (diese Phase definierte er als „Volksinitiative“); 2. Volksbegehren, 3. Volksentscheid;
- während des Abstimmungsprozesses müsse eine gleichberechtigte Information der zur Entscheidung stehenden Positionen in den Massenmedien gewährleistet sein.

Ein zweiter vorbereiteter Beitrag kam von Johannes Stüttgen (Kreisverband Düsseldorf). Dieser beschäftigte sich zunächst mit der Rolle der Grünen als

zunächst mit der Rolle der Grünen als Anti-Partei, wobei er kritische Anmerkungen zur „Realpolitik“ machte (gegen „Juniorpartner“), und mit dem Verständnis von Basisdemokratie. Für die GRÜNEN müsse das Prinzip Volksabstimmung mehr sein als nur „irgendeine politische Kontroverse Forderung unter anderen. Es ist der Prüfstand der GRÜNEN schlechthin“. Denn der Ausgangspunkt sei ja die Idee der Basis gewesen, die sich gegen die etablierten Parteien durchsetzen müßte. Stüttgen plädierte für „Vertrauen in die Menschen“, ihre Kreativität, Energie und ihren Humor. Er wandte sich gegen die These von der „Dummheit der Mehrheit“ und meinte, es sei eher ein Zeichen von Intelligenz gewesen, daß das Volk den GRÜNEN zunächst einmal nicht mehr Stimmen gegeben habe. „Die Menschen gucken uns sehr

genau auf die Finger, weil sie letztlich wissen, daß 3-5% durchaus ausreichen, um damit den Nachweis wirklich brauchbarer und interessanter Ideen nach draußen zu bringen“.

Schließlich warnte er davor, von einer kurzfristigen Durchsetzbarkeit der Volksabstimmung auszugehen. Dazu bedürfte es vielmehr eines „langen Mar-sches durch die herrschenden Bewußtseinsgenerationen“. Genau in diesem Zeitraum werde sich auch die Befähigung zu einem sinnvollen Umgang mit diesem neuen Instrument innerhalb des Volkes herausbilden. „Wir können ganz sicher sein, daß diejenigen, vor denen wir Angst haben, weil sie vielleicht die Todesstrafe wollen, mit Sicherheit nicht die Volksabstimmung wollen; denn das ist zweierlei Geist“. Und gerade der Widerstand, den diese Kräfte der Einführung des Plebiszits entgegenzusetzen würden, sei „die Garantie der Stimmigkeit unseres Vorhabens“.

Damit waren die Stichworte gegeben, die alsbald Schily und Heide voll aufeinanderprallen ließen. Die Menschenrechte, so Schilys Position, wolle er nicht von Mehrheitsabstimmungen abhängig machen; das könne auch danebengehen, wie die deutsche Geschichte gezeigt habe. Es existierten Dinge, bei denen es nicht zu entscheiden, sondern nur etwas zu erkennen gelte. Und in diesem Sinne müßten bestimmte gesellschaftliche Bereiche der Demokratie, also der Entscheidung der Mehrheit, entzogen werden, um allein der individuellen Entfaltung vorbehalten zu bleiben. Heide konterte, wer denn entscheide, was abstimmbar sei und was nicht? Die Position des Unabstimmbaren laufe letztlich auf irgendein „Naturrecht“ hinaus. Dies könne er nicht akzeptieren, da Recht immer gesellschaftlich definiert werde.

Auf Zustimmung traf in dieser Kontroverse schließlich der Vorschlag eines Mittels der hessischen Volksbegehrens-Initiative, man solle grob gesagt Schily in praktisch-politischer Hinsicht, aber Heide im Grundsätzlichen folgen. Der Eindruck solle vermieden werden, als wollten die Plebisziären die Grundrechte relativieren. Dies sei ja nicht der Sinn der Angelegenheit. Andererseits habe Schily un-

recht, wenn er andeute, die Menschenrechte seien von einer genialen Elite erdacht worden, während es in Wirklichkeit die Massen waren, die dafür mit ihrem Blut bezahlt haben. Man einigte sich darauf, die Möglichkeit des Volksentscheides in all denjenigen Fragen zu fordern, die heute auch Gegenstand der parlamentarischen Gesetzgebung sind. Als nächstes soll vor allem die Diskussion um den Entwurf zu einem Bundesabstimmungsgesetz (siehe Abdruck) intensiviert werden, um im Herbst auf der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN darüber zu beschließen.

Ein empfehlenswerter Reader dazu ist für 3 DM bei der Bundesgeschäftsstelle in Bonn erhältlich.

Es ist an der Zeit Volksbegehren zum Volksentscheid

Das Bedürfnis der Menschen nach direkter Beteiligung an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in unserer Gesellschaft steht in einem krassen Widerspruch zu den Möglichkeiten hierzu. Es gibt viele aktuelle Beispiele dafür, daß durch bloße Parteienwahl der tatsächliche Volkswille zu verschiedenen Lebens- und Schicksalsfragen nicht wirklich zum Ausdruck kommen kann.

Das weitgehende Monopol der Parteien als Meinungsmacher und Sprachrohr der Bevölkerung muß gebrochen werden.

Wir fordern deshalb die Einbringung und Verabschiedung eines Bundesabstimmungsgesetzes als Ausführungsbestimmung des Grundgesetzes Art. 20/2 („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“).

Die Ermöglichung der direkten Demokratie durch Volksbegehren zum Volksentscheid ist der jetzt fällige Schritt zur Verwirklichung unserer Ver-

Wir wollen gegen die zunehmende Resignation und Ausweglosigkeit einen Weg eröffnen, der der Verantwortung des einzelnen Rechnung trägt. Hierdurch werden die Menschen selbst zum Träger einer dem Leben von Mensch und Natur verpflichtenden Politik.

Die Teilnehmer des Kongresses „Mündige Demokratie durch Volksentscheid“ stimmen der Gesetzesvorlage der Initiative Volksentscheid im Grundsatz zu und sprechen sich dafür aus, alles, was heute im Rahmen der parlamentarischen Gesetzgebung behandelt werden kann, auch zum Gegenstand von Volksbegehren zum Volksentscheid machen zu können.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, diese Forderung entschieden durch Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen zu unterstützen.

Bonn, den 25. Februar 1984

Die Teilnehmer des Kongresses der GRÜNEN „Mündige Demokratie durch Volksentscheid“ am 25.3.1984 in Bonn.

Nachlese zum Fall Bastian

Eines muß man Gert Bastian lassen. Nachdem er der grünen Bundestagsfraktion kein Ultimatum gestellt hatte, hat er auf dem Bonner Schlachtfeld wochenlang die Initiative behalten. Nach seinem Überraschungsangriff von Anfang Januar herrschte eine Zeitlang heillos Verwirrung in der Fraktion. Die Fraktionsführung war bemüht, in Bastians Erpressung „das Positive zu sehen“, signalisierte Entgegenkommen und übergab schließlich die mehr als herbe Kritik an den angeblichen „politischen Akzentverschiebungen“ der Grünen tief ins Linksrück. Die Grünen liefen in die Irre. Die Diskussionen um politische Inhalte bezogen sich nicht auf die Emotionen an. Stattdessen wurden Rechnungen aufgestellt und schließlich zwei wissenschaftliche Mitarbeiter für Bastians

reformerische „Sicherheitspolitik“ befragt. Pemlich für die Beschäftigungspolitik in der grünen Fraktion war nur, daß Bastian es vorzog, statt sich selbst lieber die Fraktion lächerlich zu machen, und allem freundlichen Entgegenkommen zum Trotz seinen Austritt erklärte. Und während in der Fraktion noch heftig darüber gestritten wurde, ob man dieser Entscheidung auch noch „Respekt“ zollen sollte, ging Bastian erneut in die Offensive. Auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit Petra Kelly kam er auf seinen Vorwurf einer bedrohlichen Linkswen-

de der Grünen zurück. Den Verlauf dieser Pressekonzferenz beschreibt die „taz“ sehr schön und ausführlich. „Gert Bastian sah sich in der Presse falsch verstanden. Er habe die wichtigen politischen Standpunkte in seinem Brief an die Fraktion benannt und diese nicht extra noch wiederholen wollen. Natürlich bestünden seine politischen Bedenken weiterhin. Bastian fürchtete eine politische Verschiebung der Grünen. Diese Furcht untermauerte er mit der Kritik, die an den Aktionen auf dem Alexanderplatz, an der Moskaweise, an seinen Bemühungen um defensive Verteidigungsstrategie und der dazu gehörenden Zustimmung zu einigen Rüstungsbeschaffungen, und an seiner Meinung zu den „Krefelder Kräwallen“ geäußert worden sei. Er habe sich seinerzeit von diesen „Kräwallen“ distanziert und würde das noch heute tun. Solidarität verlange, daß man sich zumindest an die Spielregeln der Gewaltfreiheit halte. (...) Mit seiner Kritik an organisatorischen Mängeln in der Fraktion seien von ihm festgestellte politische Akzentverschiebungen nicht erledigt gewesen. Dazu habe Bastian bereits wachsenden Einfluß von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Bundes sowie einseitig gegen den Westen gerichtete Kritik in der Sicherheitspolitik genannt“ („taz“, 14.2.).

Unverständnis und Respekt in der Fraktion

In der grünen Fraktion wurde derweil ein Kompromiß ausgehandelt. Während Otto Schilly nach Bastians Austritt — sichtlich gereizt ob der Erfolglosigkeit seiner wochenlangen Entspannungsmaßnahmen — vor den Fernsehkameras zunächst kundgetan hatte, die Grünen hätten „keinerlei Verständnis für diesen Schritt“, setzten u.a. die Abgeordneten Vogt, Hoss und Mann (Nachrücker), die Bastian ihren Respekt ausdrücken, eine mildere Fraktionsklärung durch, in der gleichberechtigt und ausgewogen beides vorkommt: Unverständnis und Respekt! Ausgestanden ist die Sache damit für die Fraktion nicht. Petra Kelly und Milan Horacek haben schon deutlich gemacht, daß der Kampf weitergeht. Kelly sprach von „Intrigen“, ohne konkret zu werden. Horacek machte gegenüber der Presse düstere Andeutungen über die Leute, die „Bastian ausgedrängt“ hätten und nun auch Petra Kelly rausdrängen wollten („taz“, 11.2.). Sollte wieder einmal der zu allem fähige K(G)B — bzw. seine ihm immer noch treu ergebenen „Ehemaligen“ — die Finger im Spiel haben?

Mandat zurück!

Mandat zurück!

In diversen Entschließungen grüner Gremien ist Bastian aufgefordert worden, unverzüglich sein Bundestagsmandat zurückzugeben. Bundesgeschäftsführer Walde prägte die vielzitierte Formel, es komme im weiteren Umgang mit Bastian darauf an, die „Hemmschwelle für andere (potentielle Fraktionsflüchtlinge; Anm. AK) „unüberwindbar“ zu machen: „Ein Profiteuren von den Arbeitsmöglichkeiten einer Fraktion ist ausgeschlossen.“ An ein formelles Parteiausschlußverfahren denkt er ebenso wenig wie der überwiegende Rest der Partei. Während die einen Bastian nicht zum „Martyrer“ machen wollen, hoffen andere offenbar immer noch auf friedliche Beilegung der Affäre. Aus den Reihen der grünen Funktionäre und Mandatsträger hat sich bislang allein der Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion, Neddermayer, für einen Ausschluß Bastians ausgesprochen. „In meinem Kreisverband wäre klar, daß er nicht Mitglied bleiben kann“, („taz“, 17.2.).

Der Bundesausschuss der Grünen — höchstes Gremium zwischen den Parteilagen — hat sich mit Bastians „Akzentverschiebung“ These befaßt und erklärt, die Grünen hielten „daran fest, daß von den USA und der NATO eine Politik der Hochrüstung betrieben wird, die die Vorbereitung und Planung eines Krieges gegen die Sowjetunion und Länder der Dritten Welt einschließt“. Bastians Vorstellung von einer „defensiven“ Umrüstung der Bundeswehr sei „— das war auch ihm bekannt — eine Minderheitsposition in den Grünen“ (Immerhin!).

Noch sehr viel deutlicher sagt es der Geschäftsführende Ausschuss der Alternativen Liste Westberlin in seiner überraschend „einsseitigen“ Erklärung „Ein General desertiert“: „Anders als Gert Bastian fürchten wir aber eine Kraftverschiebung der Grünen gerade in die Richtung, daß beim Schließen noch bürgerlichen Mehrheiten Grundüberzeugungen aufgegeben werden. So

meinen wir, daß die US-Globalstrategie, deutlich ausgedrückt im Air-Land-Strike-Konzept und im Rogers-Plan, uns Grund genug bietet, hier in unserem Lande von den Amerikanern erste Abrüstungsschritte zu fordern. (...) Auch die Zustimmung Gert Bastians zur Bewaffnung der Bundeswehr mit dem Hubschrauber PAH-2, dessen angebliche Defensivcharakter im Rahmen der NATO-Armee mehr als hergeholet sind, hätte zumindest von Seiten der AL zu abschließenden Konflikten geführt.“

„MoZ“-Sonderkorrespondent „H. Tulpenteld“

Dieser bislang nicht in Erscheinung getretene, aber erstaunlich gut informierte „Beobachter“ der Bonner Szene (1) macht Bastian den — in den friedfertigen Reihen der Grünen nicht sehr populären — Vorwurf, mit seinen Unterwanderungs-Geschichten „die Farbe des Gegners angespielt“ zu haben. Bastian habe „gekonzeipt, daß damit „gewaltorientierten“ Tendenzen „der Weg geebnet“ werden.“ Als Gag am Rande zitiert „H. Tulpenteld“ aus einem vom 30.11.83 datierten Brief Bastians an einen nicht genannten Fraktionskollegen; dessen aus einem Interview Bastians mit der „Quick“ abgeleiteten Befürchtungen, „daß ich Atome in den Schilde führen würde und einen Parteienbeschluss (zur Rotation; Anm. AK) innerhalb der Legislaturperiode stürzen wollte“, seien gegenstandslos. Solche Entscheidungen dürften unmöglich „auf kaltem Wege am Willen der Basis vorbeigeschmuggelt werden“!

Und was nun?

Gert Bastian hat sein „lautes Denken“ an einen Wechsel zur SPD schnell „richtiggestellt“. Er könne einen Übertritt erst dann überhaupt erwägen, wenn sich in der SPD der Lafontainenkurs durchgesetzt habe („FR“, 22.2.). Vermutlich ist ihm sehr schnell klar geworden, daß die SPD mit den Grünen anders verhalte, als nur hier und da einen Abgeordneten einzufangen. Für dann auch noch etwas geboten werden müßte. Gerhard Schröder, früher mal Juno-Chef und jetzt sozialdemokratischer MdB, drückt in einem „taz“-Interview sogar die Befürchtung aus, daß die Anwerbung Bastians den komplizierten Prozeß sozialdemokratischer Integrationspolitik gegenüber dem grünen Wahlerpotential eher behindern könnte. Auf die Frage, ob die SPD denn kein Interesse daran habe, „die Grünen auch personell aufzusaugen“, antwortet Schröder: „Das steht SPD denn kein Interesse daran, daß die Grünen auch personell aufzusaugen“, antwortet Schröder: „Das steht am Ende des Prozesses — nicht am Anfang. Wir werden unsere Veränderungen nicht glaubwürdig vor dem Wähler deutlich machen können, wenn wir das nur als personalpolitisches Problem betrachten. Wir müssen unsere Politik profilieren — in Fragen der Sicherheitspolitik, in Umweltfragen, in Fragen der inneren Liberalität. Darum geht es in erster Linie und nicht darum, ein paar Grüne-Abgeordnete einzufangen“ („taz“, 13.).

Bastian will nun erst einmal bis März 1985 (Zeitpunkt der Rotation) im Amt bleiben. Dann werde er seinen Platz räumen, vorausgesetzt allerdings, daß auch die grünen Abgeordneten rotieren und daß sich die grüne Fraktion nicht weiter „ins Abschieben“ entwickle, für diesen Fall „erscheine es ihm nicht ratsam, deren Bundestagspräsenz durch Rückgabe des Mandats noch zu stärken“ („FR“, 23.). Nach Ablauf einer gewissen „Schamfrist“ scheint er eine „sachbezogene“ Zusammenarbeit mit den Grünen (sicher auch mit der SPD) im Auge zu haben. Das ist gar nicht so unrealistisch: Bastians „Sicherheitspolitischen“ Vorstellungen sind in der grünen Fraktion keineswegs so minoritär wie noch auf dem Friedensparteitag 1981, wo die Befürworter alternativer Verteidigungsstrategien klar Schiffbruch erlitten hatten.

Die wenigen Linken in der Fraktion haben von der ganzen Affäre jedenfalls nicht profitiert. So allein scheint Milan Horacek mit seiner „Dolchstoßlegende“ („taz“, 11.1.) nicht zu stehen. Der sachlich-kühle Umgangston eines Jahres Reizt sieht in Jürgen Axtel: „Was besorgt die Grünen eigentlich am Fall Kießling?“ (Vgl. AK 243, S. 8) gar „eine mit kalter Gewalt entwickelte Strategie zur Durchsetzung von Beurteilungskriterien“ und entwickelt gleich noch eine erweiterte Definition von Gewaltfreiheit: „Zu den grünen Grundsätzen gehört die Gewaltfreiheit. Darunter verstehe ich auch, daß wir unseren Intellekt zugehen und nicht den

oder die andere in aller Öffentlichkeit freizumachen“.

Welch ungleicher Kampf: Der hochverehrte General und der mit „kalter Gewalt“ und „ungezügelter Intellekt“ zu Werke gehende Altkommunist. Da mußte das Unheil ja seinen Lauf nehmen.

Ja./Hamburg

1) H. Tulpenteld dürfte das Synonym für „Haus am Tulpenteld“ sein, dem Sitz der Grünen-Bundestagsfraktion. Der „Beobachter“ dürfte daher aus dem Fraktions-Innenen stammen.

„Forschungsgruppe Wahlen“ zur Europa-Wahl!

Absolute Mehrheit für Nichtwähler?

Schlecht steht es derzeit um das „Europa-Bewußtsein“ der bundesdeutschen Wahlberechtigten. Das hat eine im Januar von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführte Repräsentativumfrage ergeben. Ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Wählern und Nichtwählern wäre vorprogrammiert, könnte man nicht mit Sicherheit davon ausgehen, daß in den letzten Wochen vor der Europawahl noch einiges an Werbung aufgegeben und so ein größerer Prozentsatz von Unentschiedenen doch noch „überzeugt“ werden wird, sie würden Entscheidendes verpassen, wenn sie sich den Gang ins Wahllokal sparen. Das von den Regierungen erhoffte „überzeugende Ja zu Europa“ dürfte aber ebenso althergebrachte Profiteure von einer Minusrekord-Wahlbeteiligung konntem mit etwas Glück die Grünen, die zwar auch nicht plausibel sagen können, wozu diese Wahl und das Straßburger Parlament gut sein sollen, aber die schon 1979 ihr Wahlerpotential zu mobilisieren verstanden und für damals ge Verhältnisse beachtliche 3,2% erreichten.

Sehr geringes Interesse an der Europawahl

... hat die Forschungsgruppe Wahlen nach Auswertung ihrer Umfrage ermittelt: „22,3% aller Wähler zeigen derzeit Interesse an der zweiten Europawahl, knapp 47% sind nicht besonders interessiert, und etwas über 30% sind überhaupt nicht interessiert. 1979, vier Monate vor der ersten Europawahl, war immerhin die Hälfte aller Wähler an der Wahl interessiert. Bereits seit August letzten Jahres ist das Interesse besonders niedrig und seitdem sogar noch gesunken. (...) Nur 46% aller „August letzten Jahres ist das Interesse besonders niedrig und seitdem sogar noch gesunken. (...) Nur 46% aller Wähler sagen derzeit, daß sie bei der Europawahl wählen wollen, ein Drittel ist noch unentschieden. Im Februar 1979, vergleichbar früh vor der letzten Europawahl, waren immerhin 71% bereit zu wählen (Tatsächlich gewählt haben dann 65,7%; Anm. AK). Auch hier ein schlechteres Bild als 1979.“

Die politischen Erwartungen der Befragten an das Europa-Parlament sind unklar. „Sehr wenig pointierte Meinungen zur Arbeit des Europa-Parlamentes in Straßburg“, vermerkt die Forschungsgruppe Wahlen. Gut ein Drittel möchte aber, „daß das europäische Parlament in Zukunft mehr zu sagen hat“ und sich um „Umweltschutzprobleme“ und „Überproduktion der Landwirtschaft“ kümmert.

Bei der Entscheidung zwischen einem starken, außenpolitisch unabhängigen Europa und einer stärkeren Anlehnung an die USA triumphiert eindeutig das Europa-Bewußtsein. Vor diese typische Pest- und Cholera-Alternative gestellt, „möchten knapp zwei Drittel aller deutschen Wähler Europa außenpolitisch eher unabhängig sehen, gut ein Drittel spricht sich für eine Anlehnung an die USA aus.“ Angesichts dieser klaren Mehrheit für ein gegenüber den beiden „Supermächten“ auftrumpfendes geistes (West) Europa bedeutet das breite Desinteresse an der Europawahl auch, daß dem Straßburger Parlament von vielen einfach keine bedeutenden und diesem Ziel dienlichen Taten und Kompetenzen zugesprochen werden. So ähnlich sieht das auch die Forschungsgruppe Wahlen in ihrem Fazit: „Insgesamt hat das Europäische Parlament und auch die Europäische Gemeinschaft in den Augen der Wähler eher an Reputation verloren. Die Enttäuschung nach den hochgesteckten Zielen einer ersten Europawahl ist offensichtlich; die europäischen Institutionen haben es seit 1979 nicht vermocht, sich positiver in das Bewußtsein der Wähler einzuprägen, obwohl ein Raum für eine stärkere Profilierung offensichtlich vorhanden ist.“

Petra Kelly und Gert Bastian verlassen die „Krefelder Initiative“

Nachdem die Initiative in den Medien fand der Austritt von Petra Kelly und Gert Bastian aus der „Krefelder Initiative“ beide hatten 1980 zum Eurointerkrettskongress der Krefelder Appells gerufen. Die Initiative übernahm die Initiative aus der Bundestagsfraktion der Grünen. Sie begünstigt mit Vorwissen wegen angeblich dem „Antiamerikanismus“, wurde in den Medien mit besonderer Aufmerksamkeit registriert — schien sich hier doch jemand von Angst (und sogar von Genervtheit) um die Rolle eines Krisenorgans gegen die Friedensbewegung bewegen zu wollen. Dieser gezielte Mißbrauch — der sich übrigens die BKP-orientierten Kreise gern aneignen — und Petra Kelly und Gert Bastian durch einen „Offenen Brief“ am 19.2. zurückgegriffen, den wir hier dokumentieren.

Manche Fragen bleiben dennoch offen: Daß eine Verurteilung der sowjetischen „Gegenmaßnahmen“ und eine Solidarität mit den „unabhängigen“ Friedensbewegungen des Ostens in der Krefelder Initiative nicht konsequent sein würden, mußten die beiden Kritikern doch wohl vorher gewußt haben. Warum soll ausgerechnet die Niederlage der Friedensbewegung im Kampf gegen die „NATO-Nachrüstung“ und der Friedensbewegung der pazifistische Zeitgeist gewesen sein, um die Krefelder Initiative an den bekannten Streitfragen in der Beurteilung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu spalten?

Offener Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an die Unterzeichner des Krefelder Appells vom 16.11.1980

Liebe M. kämpferinnen und M. kämpfer!

Unser A-Strich aus der Krefelder Initiative ist von den professionellen Verleumdern der Friedensbewegung als „Beweis“ für die von ihnen schon immer wahrheitswidrig behauptete „pro-amerikanische“ Struktur der Krefelder Initiative gedeutet worden. Doch laßt Euch davon nicht beirren, die Verleumder legen auch diesmal!

Der Krefelder Appell war und bleibt eine historische Tat. Weiß er den millionenfachen Protest gegen die nukleare Aufrüstung in unserem Land bezeugt. Mit seiner bewußten Behauptung auf eine Forderung, die von der für unser Schicksal verantwortlichen Bundesregierung bei gutem Willen erfüllt werden können, nämlich auf die Forderung, die am 12.2.1979 beschlossene Genehmigung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden wieder zurückzuziehen, war der Appell nicht „einsseitig“, sondern maßvoll und vernünftig.

Eine kommunistische Einflußnahme auf sein Zustandekommen oder auf die über zwanzig Erklärungen der Krefelder Initiative in den folgenden Jahren, mit denen das Lügengewebe westlicher Rüstungsrechtfertigung blödiert, aber auch von der Sowjetunion die Bereitschaft zum Rüstungsverzicht und zu einseitigen Abrüstungsschritten gefordert worden war, hat es nie gegeben. Wir hätten sie auch nicht geduldet!

Wer den Krefelder Appell unterschrieben hat, kann stolz darauf sein, mit dazu beigetragen zu haben, das NEIN vieler Millionen zu der von unserer Regierung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit vollzogenen nuklearen Aufrüstung vor der Geschichte festzuschreiben.

Nachdem jedoch Parlament und Regierung den Willen der Mehrheit am 22.11.1983 trivial mißachtet haben, ist der Krefelder Appell mit seiner vor diesem Zeitpunkt begründeten Forderung heute nicht mehr ausreichend. Wir wollten ihm deshalb einen neuen, weiterreichenden Inhalt geben und dabei auch die gleichfalls abzulehnende sowjetische Gegenstationierung, sowie die nicht hinnehmbare Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten berücksichtigen. Der Appell sollte nicht nur die Forderung nach der Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten berücksichtigen, sondern auch die Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten miteinbeziehen. Das ist jedoch von den anderen Initiatoren abgelehnt worden. Wir haben daraufhin die Krefelder Initiative verlassen, weil sie ohne weiterreichende Forderungen dem Ernst der jetzt eingetretenen Lage nicht mehr gerecht werden kann.

Deswegen werden wir auch in Zukunft gemeinsam mit allen, die gleichen Willens sind, gegen das Abschreckungsdenken, gegen den Mißbrauch unseres Landes als Abschreckungsschuppe für Nuklearkräfte, gegen jede Bedrohungslogik, aber auch gegen jede Unterdrückung von Friedensfreunden und gegen alle Menschenrechtsverletzungen, doch für ein block- und atomwaffenfreies Mitteleuropa kämpfen.

Bonn, den 19.2.1984

Petra Kelly

Gert Bastian

Austrittsbrief von Petra Kelly und Gert Bastian

Herrn Josef Weber
Am Heide 24

Gert Bastian
Mitglied des Deutschen Bundestages

4044 Krefeld

Lieber Josef,

Dein Brief vom 25.1.1984 hat mich sehr enttäuscht. Die von Dir angeführten Gründe für die Nicht-Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung der Krefelder Initiative, die im Kreis der Initiatoren am 13.1.1984 nach langer Diskussion einstimmig beschlossen worden war, kann ich nicht akzeptieren. Wie Du weißt, haben Petra und ich darauf bestanden, in diese Erklärung neben den unstrittigen Forderungen an die Regierungen im Westen auch aufzunehmen: — eine Forderung an die Sowjetunion, auf jede „Gegenstationierung“ trotz der Nachteile zu verzichten, die für die UdSSR aufgrund der westlichen Mittelstreckenstationierung entstehen, — einen Appell an alle Regierungen in Ost und West, Friedensbemühungen besorgter und engagierter Bürger nicht nur im jeweils anderen Lager zu begrüßen, sondern auch im eigenen Land zu unterstützen.

Schon Euren hartnäckigen Widerstand gegen diese von uns vertretenen Positionen während der stundenlangen Erörterung am 13.1.1984 habe ich für schwer erträglich gehalten. Er warf die Frage auf, ob für die künftige Arbeit überhaupt noch eine gemeinsame Basis von Aussagen vorhanden sein würde. Mit Deiner von Prof. Ridder, Christoph Strödel, Dieter Lattmann und Hans von K. exakt unterstützten Entscheidung, gegen mühsam genug ausgehandelte Kompromisse am nächsten Tag hinter unserem Rücken für ungut zu erklären und die Entscheidung gegen die Absprache vom 13.1.1984 nicht zu veröffentlichen, hast Du diese Frage negativ beantwortet und eine Situation geschaffen, in der eine vertrauensvolle Kooperation leider nicht mehr möglich ist. Wir erklären daher unseren Austritt aus der Krefelder Initiative und bitten, unsere Namen bei allen künftigen Erklärungen und Appellen nicht mehr zu verwenden.

(Petra Kelly)
(Gert Bastian)

**"Grüne
Internationale"
mit
Startschwierigkeiten**

Al., Hamburg

Ausgerechnet am Faschnachtsdienstag brach die Landtagsgruppe der hessischen Grünen zusammen. Tränen, Genere, Schreikämpfe. Nichts lief mehr. Die Arbeit der Abgeordneten, Nachrücker und Mitarbeiter wurde für eine Woche eingestellt, alle Termine abgesagt. Letztes Lebenszeichen: „Wir sind keine Polittaschinen“. Noch am selben Tag buchte ein Teil der Mann- und Frauschaft einen Flug nach Rom. Und im Hessenland geht die bange Frage um: Helmu oder Amen?

Na, jedenfalls möchte kein Prolet in deren Haut stecken. So oft Urlaub — das ist kein gutes Zeichen. Muß das so schrecklich sein, so als Politiker. Nicht mal den Karneval können sie unbeschwert genießen. Beim Schaffe flippe mer wenigachdne nei aus. Wann mir eracht die fünfdreissig Sinnewoch lawwe, sehe die noch alde aus.

Fa war mal wieder alles zusammengekommen. Der Arger in den Haushaltsverhandlungen mit der SPD, die Unlust, ständig auf der Hut sein zu müssen, um nicht vom übermächtigen Verwaltungsapparat aufs Kreuz gelegt zu werden, und das ewige Gemeckere der fundamentalistischen Basis, der sogenannten „So ist der therapeutische Zweck der befristeten Verweigerung, daß die Kritiker in den eigenen Reihen „ihre oppositionelle Energie eine Woche lang nicht gegen die eigenen Leute richten können, sondern sich wieder mit dem eigentlichen Gegner auseinandersetzen müssen“.

Eher beiläufig erfährt man erstmals, daß es in letzter Zeit unwahrscheinlich viele Briefe von BIs, Komitees usw. gegeben habe, die sich ablehnend zu den mit der SPD erzielten Verhandlungsergebnissen geäußert haben sollen. Ein Stimmungsumschwung? Noch auf der Landes-Mitgliederversammlung in Usingen hatte es geheißen, die außerparlamentarischen Bewegungen (ob nun gegen die Startbahn oder gegen AKW) müßten samt und sonders hinter der „Realpolitik“, Speziell die „faz“ war nicht müde geworden, diese These immer und immer wieder der geneigten Leserschaft einzuhämmern. Bekannt geworden ist jetzt ein Schreiben der „Bunten Hilfe“/Frankfurt,

Mach mal Pause!

wonach die „rot-grünen“ Gespräche „nichts gebracht“ hätten; die strafrechtliche Verfolgung und Kriminalisierung von Startbahngegnern halte unvermindert an. Freilich: neu ist diese Erkenntnis nicht gerade. Dem Vernehmen nach hat sogar das Komitee Grundrechte und Demokratie einen Brief nach Wiesbaden geschickt: Keinesfalls dürfe dem Neubau von Strafvollzugsanstalten zugestimmt werden.

Die grünen Parlamentarier dürfte allerdings mehr beeindruckt haben, daß die „faz“ selber auf Distanz zum anfangs hochgelobten Hessen-Modell zu gehen scheint. Seit das für die Startbahn West angeplante Nachtflugverbot an Bonner Härte zu scheitern scheint (wobei der Eindruck kaum zu verdrängen ist, daß Börner selbst von Anfang an mit diesem Ausgang der Gespräche gerechnet hat), ist die „faz“ schwer enttäuscht, mehr noch: gekränkt. Ob das nun daran liegt, daß der verantwortliche Hessen-Redakteur in Rüsselheim just unter der zukünftigen Abflug-Routen schilpt, oder ob die Szene Holger Börner einfach nicht mehr spannend findet, weiß man nicht. Jedenfalls reduzieren sich die publizistischen Stützpunkte grüner Realpolitik momentan auf „Spiegel“, „Platzstrand“, und „Kommune“.

Was also ist angesagt? Platzt die „Zusammenarbeit“, weil auch in der Müll-Problematik keine Einigung erzielt werden konnte, sondern die SPD hartnäckig am Bau neuer Deponien festhält? Stimmt, was aus Wiesbaden zu hören ist, daß die grüne Landtagsgruppe selbst den Haushaltsentwurf für 1984 — die eigentliche Bewährungsprobe auf das „Bündnis“ — für äußerst unbefriedigend hält? Ahnungsvoll sprach die „Hessen-Rundschau“ bereits von einem möglichen „politischen Aschermittwoch in Hessen“.

Einem möglichen „politischen Aschermittwoch in Hessen“.

Freilich kann auch das Gegenteil richtig sein. Die letzten Jahre haben die verbläbte Öffentlichkeit mit der Funktion des Nervenzusammenbruchs im inner-grünen Meinungsstreit vertraut gemacht. Damit soll nicht die „Tragik der politischen Einsamkeit der grünen Landtagsgruppe“ (Fischer, MdB) bestritten werden. Doch welche Folgen wird sie zeitigen? Es scheint plausibel zu sein, daß jetzt — mit der typischen Verspätung, mit der sich Stimmungen in politischen Institutionen fortpflanzen — eine Ernüchterung bei den Grünen im Landtag eingetreten ist. Ernüchterung kann es nur geben, wenn bestimmte Erwartungen sich nicht erfüllt haben. Die Lobeslieder, wie sie von Fischer, Kerschgens oder Kienert auf die Zusammenarbeit mit der SPD gesungen wurden, haben nicht zuletzt bei den hessischen Akteuren selber die (konkrete durch nichts begründete) Hoffnung geweckt, es werde schon etwas Handfestes und Brauchbares herauszuholen sein. Mühsam beginnt man nun festzustellen, daß dem nicht so ist. Überall und die Grünen aufzulaufen; da ist praktisch nichts, was als ihr spezieller Beitrag für eine neue, bessere Landespolitik vorzeigbar wäre. Scheißpolitik! Dies beinhaltet einen Erkenntnisprozeß — so oder so. Entweder, daß man's falsch angefaßt hat, oder daß Politik eben Scheißpolitik ist (sofern sie „real“ ist). Daß man Fehler gemacht hat, ist ein ungeheuer schweres Eingeständnis, vielleicht das Schwierigste überhaupt. Diese Richtung des Erkenntnisprozesses läßt sich für unsere grünen Freunde mithin nur unter größten inneren Widerständen einschlagen. Viel leichter ist es, die andere Richtung zu wählen: Was man doch selber trotz allem Realismus nie gewesen ist! Wie man geglaubt hat, diese sozialdemokratischen Profits auf Anhieb zu übervertreiben. „Jetzt erst geht mir auf, wie dreckig dieses Geschäft wirklich ist. Vobwohl ich es ja eigentlich schon langendwie geahnt habe“. Das werden die Leute von der Basis nie kapieren, und es ist vielleicht auch besser, ihnen das gar nicht zu erklären (das nimmt ihnen sonst nur die Hoffnung auf eine bessere Welt).

So harret sich der Realpolitiker gegen die feindliche Umwelt. „Man muß mit beiden Beinen erst einmal auf den Grund des Sumpfes vorgestoßen sein“.

Die nächste Etappe heißt: Werde skulptur!

Arme Grüne. An ihren sozialdemokratischen Kollegen könnten sie studieren, um wieviel verlustreicher dieser Weg ist als das simple Eingeständnis von Irrtümern. Denn Irrer ist ja menschlich, wie Lenin schon bemerkte.

Hessen-Grüne satteln drauf: Kein Pershing-Einsatz außerhalb des NATO-Geltungsbereichs und in Hessen!

Erstaunlich wenig öffentliches Interesse findet die Frage, wie sich der Komplex „Militärpräsenz und Katastrophengefahr“ in den „rot-grünen“ Verhandlungen in Hessen fortentwickelt hat. Wir erinnern an die Szene, als die Grünen das Thema erstmals zur Sprache brachten (s. AK 243): Börner schrie, pöbelte, schlug mit der Faust auf den Tisch und drohte mit dem Abbruch der Verhandlungen. Grund genug für die aufgeschreckte Delegation, Börners Wunsch zu entsprechen und das Thema vom weiteren öffentlichen Gespräch fernzuhalten.

In Hessen wird aber gewöhnlich nicht so heiß gegessen, wie es gekocht

in Hessen wird aber gewöhnlich nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Schon einen Tag nach seinem medienwirksamen Donnerwetter stellt Börner im kleinen Kreis zwei Mitgliedern der grünen Delegation gegenüber klar, daß über einzelne Punkte der grünen Vorschläge sehr wohl zu reden wäre, aber die weitere Finanzierung der „Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK) etwa. Diese Stiftung, geleitet von Prof. Egbert Jahn (Mitglied des SB) ist für SPD-Zwecke schon des öfteren nützlich gewesen. Während des Startbahnkonfliktes sprang sie der Landesregierung mit der Versicherung zur Seite, die Flughafenverlängerung ohne keinesfalls militärischen Motiven. Böse Zungen sprachen damals von einer Auftragsstudie. Später fliehen Mitarbeiter der HSFK der Startbahnbewegung, „ihre Niederlage zu akzeptieren und zu verarbeiten“. Heute agiert Egbert Jahn gegen die „irrationalen Ängste“ in der Friedensbewegung. Die Mitarbeiter der HSFK wissen also, was angesagt ist, um weiter mit öffentlichen Mitteln gefördert zu werden. Im Stiftungsrat sitzen ja auch Friedens-Mäzene wie Holger Börner und Kultusminister Krollmann.

Während die Mehrheit der grünen Landtagsgruppe das Thema Militarismus in Hessen nunmehr unter dem Gesichtspunkt zu interessieren scheint, ob aus „maßlosen“ Forderungen und Vorschlägen zum Friedensethema neuer Ärger in der „rot-grünen“ Zusammenarbeit erwachsen könnte, machte sich eine Arbeitsgruppe für Unterverhandlungen, bestehend aus knapp 10 Leuten, sofort wieder mit Feuerlofer an die Sache. Hier batte man Börners Hinweis, er lasse sich das NATO-Bekenntnis der SPD nicht für Kleingeld abkaufen, einfach nicht wahrnehmen wollen. Noch einmal sollte im persönlichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten versucht werden, ihm Zugeständnisse zu entlocken. Dafür mußte nun ein neues — entschärftes — Papier her.

Wie raffiniert dieses Papier argumentiert, wird gleich anfangs beim Punkt „Atomwaffen- und Giftgas-Einsatzführung in Hessen“ deutlich. Unter der Überschrift „Mißbrauchliche Verstoße gegen die Hessische Verfassung“ wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich „eine Stellungnahme zu vorliegenden Verdachtsmomenten“ beizubringen, „daß fremde Stationierungsgruppen für den Kriegsfall Atomwaffen- und Giftgasansätze gegen Ziele in Hessen

Aufgespießt

Was stellt dieses Foto dar?
1. Börner und Bastian lassen sich den neuen Panzerabwehr-Hubachrauber vorführen.
2. Ein amerikanischer General bereitet sich darauf vor, wenige Augenblicke später ein Blutattentat auf den hessischen Ministerpräsidenten zu verüben.
3. Ministerpräsident Wösten und Major Tom Tom auf dem Heßentag in Schlitz.
4. „oder was?“
Einsendungen an Postlagerkarte 032 7769, 600 Frankfurt 1. Preis ein Eichhörnchen der Firma Steiff. Der/die Gewinner(in) wird natürlich unter Ausschluss des Rechtsweges ermittelt!



genfer konvention

es trafen sich einige ältere herren gut erzogen genährt und gekleidet und legten fest wie wir uns umbringen dürfen:

zu wasser zu lande und in der luft

ordnung muß sein

Peter-Paul Zahl

planen und aben“. Klug wird dazu angemerkt: „Insbesondere scheint es unmöglich, in Hessen einen — noch so begrenzten — Kriegseinsatz vorzunehmen, ohne gültige kriegsvölkerrechtliche Verträge und Regeln zu verletzen“. Wir sehen: Hier sind Pazifisten am Werk. Die Grünen sagen ein entschiedenes NEIN zu allen Angriffen auf hessische Ziele. Werft Euren Dreck woanders ab, oder was? Einen derart bescheuerten Inhalt würden nicht einmal wir als chronische Verfassungsfeinde aus dem Art. 69 der Hessischen Verfassung herausinterpretieren, heißt es doch dort als Lehre aus dem Nazi-Krieg: „Jede Handlung, die mit

heißt es doch dort als Lehre aus dem Nazi-Krieg: „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig“. Heiliger St. Florian, verschön' mein Haus, greif andre an. Unter der Überschrift „Mögliche rein nationale Einsatz fremder Stationierungsgruppen“ schlagen die Grünen vor: „Die Landesregierung fordert von der Bundesregierung verbindliche Garantien, daß fremde Stationierungsgruppen Militär-einrichtungen in Hessen in keinem Fall anders als zur Verteidigung der Bundesrepublik und insbesondere nicht für eigene nationale Kriegshandlungen und nicht für Militärdaktionen außerhalb des NATO-Gebietes nutzen können“. Daß die Bundesregierung so eine Garantie überhaupt geben könnte, selbst wenn sie wollte, muß bezweifelt werden. Selbstverständlich wird sie auch nicht wollen, und Börner wird auch gar nicht erst deswegen anfragen wollen. Was ist etwa der Zweck der grünen Übung, diese Selbstverständlichkeit dem Publikum noch einmal vorzuführen? Aber das wäre doch ihre abgestandene, traditionsmoralistische Füllungsstrategie, die wir eigentlich bei den grünen Realpolitikern nicht mehr erleben wollten. Im Übrigen ist der Sachverhalt gar nicht so kompliziert. Die Vorbereitung von Kriegsführung ist in Hessen generell verfassungswidrig (s. o.). Und der feine Unterschied zwischen Verteidigung und Angriff verkommt sowieso zur bloßen Klamotte, wenn man weiß, daß die „Verteidigungsstrategien“ der NATO im wesentlichen auf die westliche Sowjetunion und Polen zielen (sogenannte „Vorverteilung“). Das ist nun einmal so. Da kann es nur Schaden anrichten, wenn man sich zugunsten irgendwelcher spezialklugen, realpolitischen Schachzüge auf eine indirekte Tolerierung der „Verteidigung“ einläßt, wie sie in der Garantie-Forderung der Grünen impliziert ist.

Berüchtigt der Pershing Fabrik in Frankfurt/Hausen soll die Landesregierung „Verdachtsmomenten wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz“ nachgehen, da — „sofern sich dort Pershing-Raketen befinden“ — „zumindest die Anwesenheit der explosiven Festtreibstoffe (ca. 5000 kg je Rakete) in unmittelbarer Nähe von Wohngebäuden einen schweren Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz“ darstelle. Das mußte mal gesagt werden. Da tun sich ja Abgründe auf. Vielleicht kann M. Marietta gerungen werden.

einen sicheren (und umweltverträglichen) Treibstoff zu entwickeln?

In einem „Gefahrenkataster Hessen“ fordern die Grünen dann eine Liste „besonders schutzbedürftiger Objekte“. Es werden außerdem Lärm-messstationen vorgeschlagen, um Beschwerden über „unzumutbare Lärmbelastungen“ infolge von Tiefflug, Beschuß und Verkehr nachzugehen. Wo bitte liegt für Gewaltfreie, die die Grünen ja angeblich sind, die Zumutbarkeitsgrenze für Militär-lärm?

Im folgenden schlägt das Papier der Grünen vor, daß der gemeinsame „Runderlaß der hessischen Minister“ (StAnz. v. 4.3.1980 S.536/537) betr. Bundesimmunitätsgesetz, Anwendung und Zuständigkeit für Anlagen der ausländischen Streitkräfte ... aufgehoben und durch eine souveränitätsfreundlichere (!) Verwaltungsrichtlinie ersetzt (wird)“. Gemäß dieser sollen ab sofort „Baumaßnahmen ausländischer Stationierungsstreitkräfte nach den Vorschriften des NATO-Truppenstatuts, des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und des Verwaltungsabkommens ABG 1975 zu Art. 49 ZA-NTS durchgeführt“ werden. Welcher Antimilitarist ahnt schon, wie wichtig die korrekte verwaltungstechnische Abwicklung einer neuen NATO-Baumaßnahme ist?

„Treffen die Stationierungsstreitkräfte selbst innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Maßnahmen, die keine Baumaßnahme nach Art. 49 ZA-NTS sind, so gelten grundsätzlich die materiellen deutschen Rechtsvorschriften“. Ein genialer Plan: Grüne Realpolitik rechnet damit, daß bei strikter Anwendung des deutschen Verwaltungsrechts — das ist ja sehr penibel, besonders im Baurecht — sich die NATO in kürzester Frist frustriert aus Hessen zurückziehen wird.

Die Generalklausel des Hessischen Katastrophenschutzgesetzes soll nach den Vorstellungen der Grünen neu gefaßt werden: „Aufgaben des Katastrophenschutzes sind die Vorbeugung, die Vorbereitung der Abwehr und die Abwehr von Katastrophen“. Wer's nicht gemerkt hat: Die ökologische Reform liegt in der Verankerung der „Vorbeugung“. Da argumentieren Ärzte-Friedensinitiativen, Zivildienstleistende und andere Kenner der Materie seit Jahren überzeugend, daß es im nächsten Krieg keinen wie auch immer gearteten Katastrophenschutz geben kann; ja, daß die Katastrophenschutz-Propaganda vielmehr Teil einer Kriegsvorbereitung sei — aber die Grünen wollen das Katastrophenschutzgesetz „verbessern“.

So konotbenkackern juristisch-penibel sonst argumentiert wird, um dem Krieg verwaltungstechnisch zu Leibe zu rücken — irgendwann ist mal Schluss. Z.B. wenn die Int. ultive Hessischen Volksbegehren für den Frieden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bei entsprechenden flankierenden Forderungen gegen Leistungsverdichtung etc. tatsächlich eine radikale Forderung ist, die in der heutigen wirtschaftlichen Situation den Interessen des Kapitals direkt gegenübersteht. Hier kann es folglich keinen „Interessenausgleich“ über den Staat geben.

Ein weiterer Pferdefuß in dem Beschluß der Fraktion der Grünen ist die von ihnen als zweiter, entscheidender Hebel (neben der Arbeitszeitverkürzung) angestrebte grundlegende Umorientierung der Wirtschaftspolitik. „Keine Subventionierung großtechnischer, arbeitsplatzvernichtender Produktionsweise mehr; Verwendung der vorhandenen Gelder zur Unterstützung und Förderung arbeitsintensiver mittlerer, kleiner und genossenschaftlicher Produktionsstätten und selbstverwalteter Initiativen“. Es bleibt offen, wieso ausgerechnet arbeitsintensive kleine und mittlere Betriebe, die ja bekanntlich privatkapitalistischen Eigentums- und Konkurrenzverhältnissen unterliegen, eine menschlichere Arbeitswelt eher möglich machen sollten als die Großindustrie? Warum sollen gerade sie bevorzugt in den Genuß von Subventionen kommen, wo bekanntlich gerade die kleinen und mittleren Betriebe es mit den Arbeitsschutzgesetzen nie so genau nehmen, wo die Aushöhlung der Jugendlichen oft am schlechtesten ist u. a. m.?

Auf einem Arbeitszeitarium am 9./10. März in Bonn wollen die Grünen zusammen mit Arbeitsloseninitiativen, prominenten Gewerkschaftern der IG-M und DruPa sowie mit Vertretern der Initiative „Gewerkschafter und Grüne gemeinsam für die 35-Stunden-Woche“ über die Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitszeitgesetzgebung und „flankierende politische und parlamentarische Initiativen zur 35-Stunden-Woche“ beraten. „Zu anderen sollen Perspektiven zur Umverteilung der Arbeit und der Arbeitsorganisation aufgezeigt werden“, heißt es in der Einladung der beiden grünen Mob's-Stammes und Hesse-Beckers: „sind nicht geplant, die grüne Bundestagsfraktion will nur „Anregungen und Forderungen“ aus dem Kreis der teilnehmenden Sachverständigen und Betroffenen“.

U., B&G-Kommision

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Forderung in dem Papier unterbringen will, daß ihr Förderverein o.V. (wichtig für die Finanzierung) endlich durch die hessischen Finanzbehörden als „gemeinnützig“ anerkannt wird. Doch da ist der Börner davor. Er hat im kleinen Kreis bereits verlaufen lassen, die Oberfinanzdirektion sei eine „Mischbehörde“, ohne den Bund könne er da nichts machen. Also fällt diese systemprägende Forderung gleich weg.

Daß Ökologie vor Ökonomie zu stehen hat, weiß ja inzwischen alle Welt. Wie aber ist das korrekte Verhältnis zur „Verteidigung“? Steht sie hinter, neben oder vor der Ökologie? Eine Antwort auf diese spannende Frage deutet sich in „Novellierungsvorschlägen“ der Grünen an, etwa für den § 17 d. Hessischen Raumordnungsprogrammes (HLROP): „(1) Die Belange der militärischen und zivilen Verteidigung sowie der öffentlichen Sicherheit sind mit den Belangen der Landesraumordnung und des Naturschutzes abzuwägen.“

(2) Geplante Verteidigungsanlagen (Legierungen/Standorte) dürfen die Wasserversorgung, den Verkehr, Natur und Landschaft, die Erholungsmöglichkeiten (Naturerholungsgebiete, Naturparks und andere geschützte Naturteile) sowie Wohngebiete nicht vermeidbar beeinträchtigen.

(3) Umweltunfähige Reviere sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszuweisen. Ist kein ökologischer Ausgleich des Eingriffs möglich, so ist er grundsätzlich zu unterlassen.

Auch der Novellierungsvorschlag für § 5 Abs. 1 und Abs. 8 HLROP verdient Beachtung:

„(1) Das Gleichgewicht in der Natur muß insbesondere in biologischen, hydrologischen, bodenkundlichen, lufthygienischen, forstökologischen und klimatischen Hinsicht wiederhergestellt werden. Eingriffe, die zu langanhaltenden, großflächigen und tiefgreifenden Folgen für den Naturhaushalt führen, sind zu unterlassen, bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen für landwirtschaftliche Zwecke müssen ökologische Erfordernisse abgewogen werden.“

(2) Landschaftlich besonders reizvolle und gesunde Gebiete sollen als Naturparks gestaltet werden. Naturparks sind insbesondere vor militärischen Übungen und der Beeinträchtigung durch Wochenendhäuser zu schützen.

Die Grünen haben sich die Kritik offenbar zu Herzen genommen, sie hätten in den ersten Verhandlungsrunden ökologische Kompetenz vermissen lassen.

Wir lernen: „Verteidigung“ ist Teil der Natur, darf sie aber nicht beherrschen. (Dasselbe gilt übrigens auch für Wochenendhäuser). Der makabre Unfall einer realpolitischen Kosmetik an der Kriegs Vorbereitung ist ferner eine realpolitische Kosmetik an der Kriegs Vorbereitung. Ist damit auf einen Punkt vorangefahren worden, an dem sich zwingend die Frage nach einem detaillierten Programm für die ökologische Kriegs f o b r u n g stellt, wie etwa: Kein Giftgas-Einsatz gegen Naturschutzgebiete! Kein Einsatz von Atombomben und schweren Granaten zwischen 0 und 7 Uhr! Verpflichtung zur Wiederaufforstung nach dem Verursacherprinzip!

Unter dem Stichwort „Polizeistatus und innerer Frieden“ werden geradezu essenzielle Forderungen erhoben: „Die Landesregierung untersagt jeglichen polizeilichen Einsatz von Giftstoffen und Gummigeschossen, bis der gutachterliche Nachweis erbracht ist, daß eine Möglichkeit irreversibler Schädigungen durch den Einsatz der bei der hessischen Landespolizei vorhandenen Giftstoffe insbesondere auch bei vermeintlicher Bedrohung und Abstandsfehlschätzung in keinem Fall besteht, auch nicht beim Einsatz gegen kranke und anfällige Personen oder Kinder.“ Der/die Verfasser(in) dieser Zeilen hat sich unbedingt für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels qualifiziert... wenn nicht gar... (aber nein — in Oslo sollte der Petrius Vortritt gelassen werden).

„Liegen das Verbot des „Spezialisten“ in der Runde in Sachen Frankfurt Flughafen worden die Forderungen diesbezüglich auf folgendes Maß reduziert: „(1) Die Landesregierung verbietet von der Bundesregierung verbindliche Garantien, daß der Frankfurt Flughafen unter keinen Umständen und zu keinem Zeitpunkt für Militärtransporte außerhalb des NATO-Gebietes genutzt wird.“

(2) Die Landesregierung wirkt bei der Bundesregierung auf die Einstellung des militärischen Verkehrs zum Flughafen Frankfurt in den Nachtstunden zwischen 22 Uhr und 6 Uhr hin.

Wenn man weiß, daß die Gegenseite zu nichts bereit ist, hat es auch in den hessischen Verhandlungen eingeblüht, erst einmal ein Gutachten zu vereinbaren, wobei die Gutachter-Auswahl zwischen SPD und Grünen einvernehmlich erfolgen soll. So will man Börner hier ein Rechtsgutachten über die Landeskompetenzen im Militärangelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung des Wehrrechts des Bundes gegenüber dem Land abhandeln. Besonders wichtig ist den Grünen die Einhaltung deutscher Rechtsvorschriften.

Deshalb soll die Landesregierung „eine Verwaltungsvorschrift für praktische Vorgehensweise von Landesbehörden bei militärischen und nachgeordneten Verträgen von Fremdstreitkräften gegen deutsche Rechtsvorschriften auf den Leistungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ erlassen.

Auf dem Gebiet der Gefahrgutverordnungen soll festgeschrieben werden, daß bei Straßentransporten radioaktiver Stoffe pro Stunde im Abstand von 2 m vom Fahrzeug maximal 10 millirem auftreten und daß die Gefahrguttransporte durch die Polizei begleitet werden müssen.

Außerdem schlagen die Grünen vor: „Die Landesregierung wirkt auf Bundesesebene auf eine Novellierung des Fluglärmsgesetzes und des Bundesimmissionsschutzgesetzes hin, mit dem Ziel, die bisher nicht erfaßten Hubschrauber in die nicht mehr zeitgemäßen Regelungen einzubeziehen.“

Bezüglich des Militärstraßennetzes fordern die Grünen: „Die Landesregierung überarbeitet und revidiert unter Bezug auf Art. 57 Abs. 4 Z. 1 NTG das mit den fremden Stationierungstruppen vereinbarte Straßennetz für militärische Schwerverkehrsmittel, damit, daß insbesondere ökologische und Lärmschutzgesichtspunkte entsprechend der heutigen Belastungslage berücksichtigt sind.“

legendwies hat uns das Zubetonieren der Sprengschächte durch Friedensfreunde auf osthessischen Militärstützen mehr erfreut.

Der hier in Auszügen zitierte „Vorschlag für eine Vereinbarung zwischen den Landtagsfraktionen der Grünen und der SPD betreffend Militärpräsenz und Katastrophenschutz in Hessen“ vom 13.2.1984 muß beeindruckt (Liehaber können ihn anfordern bei den GRÜNEN im Landtag, Schloßplatz, 6200 Wiesbaden). Börner kam bei einem Unterkommisionstreffen in der Wiesbadener Staatskanzlei nicht umhin, erst einmal seine „große Hochachtung vor der Ausarbeitung, vor der Systematik des Papiers“ zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig stellte er aber auch klar, daß es in dem Gespräch nicht darum gehen könne, über „Grundsatzdiskussionen“ zu diskutieren. Er wolle nicht über Bundes-, sondern nur über Landesangelegenheiten diskutieren. „Ich gehe ja immer noch der sogenannten Aussonderungs-methode (1) vor“, erklärte Börner und wollte erst einmal einzelne Punkte aus den Vorschlägen der Grünen diskutieren. „an denen wir zusammenkommen den Vorschlägen der Grünen diskutieren“, an denen wir zusammenkommen könnten“. Das kam der Intention der grünen Gäste nahe. Denn klug und taktisch äußert geschickt wollte man das Gespräch gestalten. Die Atmosphäre sollte gelockert werden, indem man zuerst die Punkte ansprechen wollte, die Börner als verhandelbar gekennzeichnet hatte. Nachdem hierin Einvernehmen erzielt worden wäre, sollte es an die schwierigeren Projekte gehen.

Zum Thema Naturschutz und militärische Maßnahmen erläuterte Börner den andächtig lauschenden Jungpolitikern dann ein wenig Herrschaftswissen. Die Verwaltungssprache habe sich mit der Zeit gleitend aus Besitzungen in Schutzmacherei entwickelt. Rudimente des alten Rechts seien aber noch vorhanden. So könnten US-Kommandeure immer noch Gelände für ihre Zwecke vereinnahmen; das wäre auch für ihn schon mehr als einmal ein Ärgernis gewesen. Andererseits solle man auch Verständnis für unumgängliche Maßnahmen an der „Zonen-grenze“ haben. „Wenn wir die atomare Schwelle höher heben wollen, brauchen wir mehr konventionelle Truppen in Grenznähe“. „Ich bin zwar für die Vorverteilung, aber ich bin nicht für die Herabsetzung des Atomwaffenstatus auf die Ebene eines Brigadegenerals.“

Interessenskonflikte mit den Amerikanern regle man möglichst weitgehend offiziell unter der Hand und große meist auf Verständnis. Dumm wären dagegen grundsätzliche antimilitaristische Stellungnahmen, weil man damit nur erreiche, daß sich die Gegenseite einigle. Dazu käme noch das Problem, daß jegliche Initiative aus Hessen, die sich gegen unvermeidbare Maßnahmen richte, gegenwärtig am Sonntag torpediert würde, um das „rot grüne“ Bündnis zu desavouieren. Börner schlug den Grünen vor, „die Notwen-

digkeit einer Inanspruchnahme hessischen Gebietes anzuerkennen, als Grund der Abwesenheit der Beschränkungen festzulegen und dann taktisch vorzugehen. Die Landtags-abgeordnete Gertrud Schilling fand das etwas zu weitgehend: „Wir wollen eine Gleichstellung von Natur und Militär.“ So einigten sich die Verhandlungspartner auf einen „Regelungsbedarf“, wobei Börner nochmals warnte, man solle „das Boot nicht so vollpacken, daß es sinkt.“

Bezüglich der militärischen Baumaßnahmen will Börner prüfen lassen, ob deutsche Rechtsnormen stärkere Anwendung finden können, aber die „Landesregierung kann dem Amerikanern nicht den Krieg erklären.“ Er wolle mal ganz offen sein: „Schikonen von uns gegen die Amei wird es nicht geben.“ Er wisse natürlich genau, was Forderungen nach Hubschrauber-Lärmverordnungen oder nach einer Transportbegleitung bei gefährlichen Stoffen bezwecken. Auch „alles, was nach Souveränität riecht“, wolle er mit den Grünen nicht verhandeln. Dagegen sprächen übergeordnete Gründe. „Mit der SPD in Hessen geht das heute (gestern? morgen?) nicht“. Zwanzig Jahre habe man gebraucht, um dem Ruch der „vaterlandlosen Gesellen“ zu entkommen. Der Weg, den die Grünen vorschlugen, führe ins Chetlo. Allein die Wahrscheinlichkeit der Bundeswehrangehörigen („meine Söhne und Reservoffiziere“) und ihrer Familien mache in Hessen 100 000 aus. Das werde die SPD nicht leichtfertig verspielen.

Nachdem er sein Wohlwollen gegenüber einer weiteren HSFK-Förderung zum Ausdruck gebracht hatte (ohne sich finanziell festzulegen), wurden die Grünen verabschiedet. „Das waren die verhandelbaren Punkte“. Den Rest ihrer Forderungen könnten die Grünen ja noch mal in einem Brief mitteilen. Seit dieser denkwürdigen Begegnung ist nun ein Monat vergangen. Das Thema „Militarismus in Hessen“ ist nirgendwo wieder aufgetaucht.

Börner hatte gewarnt. Die SPD lasse sich ihre NATO-Solidarität nicht für Kleingeld abkaufen. Daß die Grünen auf der Behandlung des Themas bestanden, war natürlich völlig richtig. Daß sie's mit der Methode „Kleingeld für den Frieden“ versuchten, war hingegen katastrophal.

Bemerkenswert ist der Prozeß, der sich innerhalb der Grünen abgespielt hat. Von den ca. 20 Mitgliedern der Landtagsgruppe ist eine einzige Frau, Gertrud Schilling, für Anti-Militarismus zuständig. Ansonsten war die letzte Friedens-Aktivität der Landtagsgruppe die denkwürdige Blut-Spritz-Aktion, woran einige ihrer Mitglieder sicher heute mit Beklemmung denken. Daß das Thema „Anti-Militarismus“ überhaupt in die Verhandlungen gekommen ist, ist allein das Verdienst der „Sachbearbeiterin“ in der Landtagsgruppe. Der Rest interessiert sich offenkundig nicht. Falsch war allerdings von Anfang an die Konzeption, mit der die Verhandlungen zum Thema vorbereitet wurden. Um der letzten Auseinandersetzung um die Gesetzgebungskompetenz zu entkommen, die von der SPD totschweigend immer dann ins Spiel gebracht wird, wenn es um Eingemachte geht, skizzierte sie mit einigen Beratern in schönster „realpolitischer“ Illusion alle hessischen Maßnahmen, die Sand ins Getriebe streuen können. Das Nachflugverbot für die Perlung II auf der Startbahn sollte sozusagen über die hessische Anpassungsordnung zum Frosch-Laich-Schutzgesetz vom Juni durch die Brust ins Auge verhängt werden. Einmal auf diesem Trip, verlor die Fundamentalistin Gertrud deutlich den Überblick. „Fachleute“, brillante Akademiker, nahmen die Sache in die Hand. Zwei reisten sogar aus West-Berlin an (was in Friedensangelegenheiten meist nicht von Vorteil ist, weil man nie weiß, ob sie wirklich deutsch-national oder aber „nur“ die Karikatur davon sind). Ein agiler Nachwuchsjurist mischte mit, so wurde Militärpolitik in Hessen mit den Grünen machbar. Die Vorstellungen, die schließlich in dem Papier zum Ausdruck kamen, dürften die eines Gert Bastians noch rechts überholen (wenigstens sie andererseits eine Titanic-Redaktion vor Neid erblassen lassen).

Daß antimilitaristische Gesichtspunkte dann nicht mehr erwähnt werden, liegt in der Natur der Sache. Verantwortlich dafür ist jedoch nicht allein die „Unterverhandlungskommission“, Verantwortlich ist die Landtagsgruppe, und die Protagonisten der Realpolitik in Hessen, in deren Sumpf derartige Blüten erst entstehen können, und die das vermurkte Papier ohne Einwände passieren ließen, falls es es überhaupt gekriegt haben.

Daß antilitaristische Gesichtspunkte dann nicht mehr erwähnt werden, liegt in der Natur der Sache. Verantwortlich dafür ist jedoch nicht allein die „Unterverhandlungskommission“, Verantwortlich ist die Landtagsgruppe, und die Protagonisten der Realpolitik in Hessen, in deren Sumpf derartige Blüten erst entstehen können, und die das vermurkte Papier ohne Einwände passieren ließen, falls es es überhaupt gekriegt haben.

Bundesversammlung in Karlsruhe

Grüne mit sich selbst zufrieden

„Entgegen allen in den Medien hochgepöbelten Erwartungen eines zerstrittenen und chaotischen Parteitages bot die außerordentliche Bundesversammlung der GRÜNEN an diesem Wochenende ein Bild produktiver Geschlossenheit. (...) Auch bei den Grünen? In Karlsruhe war davon wenig zu spüren.“ Soweit die offizielle Pressemitteilung. Tatsächlich war die Tagungsordnung vom vornherein schon so überfüllt, daß jedem Kenner von grünen Parteitagen klar war, daß die entscheidenden Streitpunkte — alles, was mit den Problemen der Bundestagsfraktion zusammenhängt — aufgeschoben werden würden.

Es ging also nur um Europa. „Das zu wählende EG-Parlament besitzt keinerlei Kompetenzen. Wenn im Imperialismus die bürgerlichen Parlamente die Karikatur der Idee parlamentarischer Vertretung der ‚Bürgerinteressen‘ sind, dann ist das EG-Parlament die Karikatur auf die Karikatur.“

Es geht um die Großmacht Europa. Mit dieser Wahl soll Zustimmung für ein Europa vorgeschoben werden, das sich mehr und mehr zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt.“

Die Tatsache, daß in der BRD keine Europabewertung ankommt und in vielen EG-Ländern massenhafter Widerstand gegen dieses Europa sichtbar geworden ist, halten wir für ein positives Zeichen. Diesen Zustand wollen wir nicht zugunsten einer konsequenzlosen Debatte um ein besseres Europa verändern.

Bei dieser Wahl gibt es nichts zu wählen. Für eine niedrige Wahlbeteiligung, bleibt massenhaft zu Hause.“

Das kann doch nicht wahr sein... Ist es auch nicht. Es handelt sich bei den Zitaten keineswegs um eine in Karlsruhe verabschiedete Resolution der Grünen. Immerhin aber um Ausschnitte aus einem Artikel von Rainer Oppermann, den er vor fünf Jahren — also vor der letzten Europawahl — für diese Zeitung verfasste. (AK 154, S.6) Inzwischen ist er Redakteur der MOZ. Und da sich die Zeiten geändert haben, sind die Vertreter der MOZ/ISP heute unbedingt dafür sich an den Europawahlen zu beteiligen und so waren in Karlsruhe diesmal drei Grundkommissionen von Europa-Wahl-Befürwortern ausgemacht.

Die sicherlich große Mehrheit derjenigen, die zwar die Kompetenzlosigkeit des Euro-Parlaments zugeben, aber doch mit grandiosen Plänen und geradezu kindlichen Phantasien über die „große Politik“ am Werk gehen. Sichbarster Ausdruck davon war ein 120 Seiten starker Entwurf für ein Wahl-Programm, in dem z. T. mit skribischer Detailbeurteilung Pläne für eben diese große Politik ausgearbeitet worden waren.

Die Linken, die aus ihrer Abneigung gegen das „Europa der Kapitale“ keinen Hehl machten, allerdings bei der Begründung, warum sie trotzdem für eine Wahlbeteiligung eintreten, schlecht ausfielen. Diese beschränkte sich auf Aussagen, man dürfe diese Wahlen eben nicht ungenutzt vorbeistreichen lassen. Daß die Hoffnung mancher Linker sich dabei in erster Linie auf die möglichen Finanzsprünge konzentriert, wurde natürlich mit keinem Wort erwähnt.

Und zum Schluß die radikalen Blockübergreifer, wie z.B. Winfried Kretschmann von der Fraktion der „Ökoberlären“, der die allgemeine Europa-Müdigkeit darauf zurückführte, daß „das Europa-Parlament schon am Eiernern Vorhänge endet.“ (O-Ton!) „Dynamik“ werde erst entwickelt, „wenn die absurde Logik von Jalta überwunden wird.“ Da hat er wohl nicht ganz unrecht! Ob es wohl erlaubt ist, in diesem Zusammenhang ein Zitat zu wiederholen, das Rainer Oppermann in seinem bereits erwähnten Kommentar benutzte: „Das Europa der neun ist ein Ausgangspunkt, von dem Europa

der Neun soll später das größere Europa ausbauen. Es geht bis zu den Grenzen Rußlands.“ (O-Ton von Habsburg, Spitzenkandidat der CSU 1979). Ist, wieder so eine furchterliche traditionelle Anweisung.

Na ja, jedenfalls war man sich im großen und ganzen einig, nach Straßburg wollten alle, und so wird man wie gehabt über diesen und jenen. Daß ein Programm wie das vorgelegte nicht zu diskutieren und zu verabschieden war, sahen alle ein, und so einige man sich darauf, nur eine Präambel zu verabschieden. Bei der Abstimmung über die Frage, welche Präambelentwurf Grundlage für die Diskussion werden sollte handelten sich die Hamburger Linken ihre erste Niederlage ein. Ihr Alternativentwurf, in dem die grünen Forderungen über Europa vermieden wurden, fiel glatt durch. Von nun an kamen sie den ganzen Samstag auf keinen grünen Zweig mehr. Sämtliche Änderungsanträge, die sie in bezug auf die nun zu Grunde gelegte Präambel stellten, wurden nicht einmal von bemerkenswerten Minderheiten getragen — bis auf einen Punkt. Nach Einsatz mehrerer Redner der MOZ/ISP gelang es, an irgendeiner Stelle der Präambel den Begriff „Multinationale Kapital“ einzufügen. Jo Müller (Bremen) fing das Toben an und erreichte schließlich in einem Rockholantrog, bei dem er die erdbeerliche Zwei-Phasen-Mischung der Versammlung erhielt, eine erneute Streichung dieser altmodischen Begriffe.

Der Sonntag verlief genauso langweilig, man kennt das ja inzwischen schon. Morgens — noch bevor das Gros der Grünen erschienen war — verteilten Rudolf Bahro und ein paar wenige Jünger auf Tisch und Stühle ein Papier von Rudolf Bahro. Etwa später kam Georg Otto und verteilte ein Papier von Georg Otto. Die „Ökoberlären“ lieten ständig und gewöhnlich mit ihrer Grundungsverklärung durch die Reihen. Die Nürnberger Stadtratsmitglieder agierten irgendwo zwischen Bucherischen und Imbus-Ständen.

Der Präambel wurden am Sonntag noch ein paar Programmpunkte ange-

fügt und schließlich der ganze Kram verabschiedet — das übliche Gemisch aus rechts- und links-ökologischen Statements, kurzfristig kam noch einmal Unruhe auf, als bei der Abstimmung über die Komposition der Mehrheitsverhältnisse nicht ganz eindeutig waren und deshalb ein Hammelsprung notwendig wurde. Nachdem aber alle Redner — Befürworter wie Gegner der Rotation — betont hatten, das es nicht um eine Entscheidung gehe, die in irgendeinem Zusammenhang mit den Problemen in Bonn stünde und das sowieso nur vier bis sechs Leute nach Straßburg kämen, wurde das Ergebnis 437 für und 350 gegen Rotation nach zweieinhalb Jahren — von allen gelassen angenommen.

Zu einem einwandfreien Durchmarsch gegen das Lager der gutbürgerlichen Anpasser wurde innerhalb der Kür der Kandidaten für das Europa-Parlament Neben zwei Menschen vom Adel (Friedrich W. Graf zu Baringdorf auf Platz 1 und Ulfine von Blottwitz auf Platz 4) finden sich auf den besten Plätzen nur Unruhefrier und Bürgerschreck: die in Berlin gerade eben drastisch abgeurteilt „Radikal“-Leute Benny Harlin (Platz 3) und Michael Klöckner (Platz 6) neben Brigitte Heinrich, die gerade eine nicht weniger skandalöse Halbtat wegen angeblicher Unterstützung der RAF und des 2. Juni hinter sich gebracht hat (Platz 2); Frank Schwalbe (Platz 5) der (Kampfrichter) aus Hessen (Platz 4) versohlend; das Team (Platz 7) von Straßburg.

In den nächsten Wochen soll die Fortsetzung der Karlsruhe-Versammlung stattfinden — dort soll dann wirklich über die Bundestagsfraktion geteilt werden. Aber warum wir's ab!

hbf/ Gruppe Nürnberg

Oh die Grünen sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu einer „kollisionsolidarität“ durchringen, scheint immer noch fraglich. Nach den Reden von Willi Hoss, die er am 20. und 26. Januar im Bundestag hielt und am 21.2. in einem „ taz“-Interview nach einmal erhaltene, hegt er deutliche Sympathien für die Vorruhestandsregelung. Gleichzeitig spricht er sich gegen eine „Fixierung auf die 35-Stunden-Woche“ aus.

Hoss ist z.Zt. der einzige Industriearbeiter in der Bundestagsfraktion der Grünen. Daher und wegen seiner über zehnjährigen Betriebsarbeit bei Daimler-Benz für die angesehene gewerkschaftsoppositionelle „Plakat-Gruppe“ haben seine Äußerungen in der Öffentlichkeit einiges Gewicht. Hoss gilt in der Bundestagsfraktion als Experte für „Arbeit und Soziale“. Als solcher ist er auch in dem entsprechenden Bundestagsausschuß. Neben seiner Bundestagsaktivität arbeitet Hoss noch ein bis zwei Tage in der Woche bei Daimler-Benz.

Laut „ taz“ vom 23.2. sollen Hoss' Äußerungen in der Fraktion erheblichen Widerstand verursacht haben. Es wäre nicht das erste Mal, das grüne Prominenz versucht, in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen eigene Wege zu gehen und die Partei mit ihren Programmbeschlüssen im Regen stehen zu lassen.

Nach langen Auseinandersetzungen beschloß die Bundestagsfraktion am 21.2. schließlich, den Kampf um die 35-Stunden-Woche als „wirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung“, „kritisch-solidarisch“ zu unterstützen.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war bei den Grünen immer unschlüssig, da sie schlecht in das grüne Weltbild paßt. Der volle Lohnausgleich wurde als „wachstumsfördernd“ gebrandmarkt. Auf dem haarbreitenden Programmparteitag (1980) war zwar auch der „volle Lohnausgleich“ gefordert worden. Auf der Dortmunder Bunderversammlung im gleichen Jahr wurde bereits eine Reduzierung der Forderung (Lohnausgleich nur noch für „niedrige und mittlere“ Einkommen) beschlossen. Auf der Sindelfinger Bunderversammlung, wo das Wirtschaftsprogramm der Grünen verabschiedet wurde, konnte nur mit äußerster Kraftanstrengung vor allem der Hamburger Delegierten verhindert werden, daß die Forderung zum dritten Mal gestutzt wurde (Lohnausgleich sollte nur noch für untere Einkommen gefordert werden).

Vor diesem Hintergrund betrachtet, kommt Hoss' Vorstoß nicht aus hellem Himmel.

Vorruhestandsregelung mit „gutem Kern“?

Vorruhestandsregelung mit „gutem Kern“?

Den Streik in der Fraktion um seine Äußerungen stellt Hoss folgendermaßen dar: „Nach den letzten Diskussionen habe ich das Gefühl, daß die Linken, zumal die Hamburger, die Tariffründe zu einer „Massenauseinandersetzung“ hochstilisieren, die zuzugewandte „Grundfesten des Systems“ erschauern soll. Dahinter verbirgt sich die alte Theorie, daß man durch solche Auseinandersetzungen zur Klassenauseinandersetzung kommt, die das System in Schwierigkeiten bringt. Sie bleibt hängen in der alten dogmatischen links-sozialistisch-kommunistischen Politik“ („ taz“-Interview, 21.2.84).

In der Bundestagsdebatte, in der Hoss das erste Mal seine „differenzierten Äußerungen“ zur Vorruhestandsregelung losließ, meldete Norbert Blum, der offensichtlich auch nichts von dogmatisch motivierten Klassenauseinandersetzungen hält, daß die Vorruhestandsregelung „schon jetzt ... zur Entkräftung erstarrter Fronten und zur Lockerung festgefahrener Positionen beigetragen“ habe. Und weiter: „Das ist der erste große Erfolg, der in einer Zeit der Dogmatisierung und Ideologisierung von Interessengruppen nicht noch genug eingeschätzt werden kann. Die wechselseitige Ablehnung von Vorschlägen ist noch keine Verhandlung. Zu jedem Nein gehört auch ein „Alternativ“.“ Damit machte Blum noch einmal die politische Abwärtstendenz der Vorruhestandsregelung deutlich. In der Öffentlichkeit wollen vor allem die IG Metall und die DruPa mit ihrem Buhren auf der 35-Stunden-Woche toben werden. Als schwebendes Zugeständnis führen Kapitalisten und Bundestagsgegner die Vorruhestandsregelung als „Kompromiß“ im Feld der Vorruhestandsregelung gehört also zum Klassenkampf instrumentell zu sein“ (s.o.).

Willi Hoss (MdB - Die GRÜNEN) zur 35-Stunden-Woche:

„Schaffe, schaffe Häusle baue!“

Zur Erinnerung: Die Vorruhestandsregelung

- schafft kaum neue Arbeitsplätze (das durchschnittliche Rentenniveau liegt bei den Arbeitern heute schon bei 57,9 Jahren),
- ist vom Humanisierungsgesichtspunkt her problematisch, da mit ihrer Hilfe eine Umschichtung jüngerer gegen ältere, ausgelagerte Kolleg(innen) stattfindet, und
- ist finanziell beschissen, da nur 65% des Bruttogehalts gezahlt werden sollen.

Angesichts dieser Probleme mutet es merkwürdig an, wenn Hoss in seiner Bundestagsrede am 26.1. die Meinung äußerte, daß der in der Vorruhestandsregelung „enthaltenen gute Gedanken ... von dem Konzept überlagert wird, das Stoltenberg und Landsdorf, die Minister des Sozialparkurses, gegen das setzen, was Herr Blum ursprünglich vielleicht gewollt hat“.

Daß die Vorruhestandsregelung womöglich auch deshalb mit in die Debatte kam, um die 35-Stunden-Woche zu torpedieren, mag Hoss nicht abstreiten, doch: „Weil es ein Torpedo ist, soll es nun ganz abgelehnt werden? Damit enthebt man sich doch der Möglichkeit, unbefangenen und selbständig den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachzugehen und zu eigenen Positionen zu kommen. Stattdessen begibt man sich voll und ganz auf die Forderungsebene der Gewerkschaft. Und das stoßt mir auf. Denn diese Leute, die in den Aufsichtsräten aller großen Unternehmen sitzen, haben in den letzten Jahren ständig die Investitionspläne der Unternehmen abgedeckt und mitgetragen, haben die Rationalisierung mit vorangetrieben ...“ („ taz“, 21.2.). Unter diesem Blickwinkel wäre es konsequent, alles abzulehnen, egal aus welcher Ecke der Gewerkschaften es kommt, selbst wenn es Ansätze für linke Politik bildet.

Hoss beruft sich in seiner Argumentation auf das Sindelfinger Wirtschaftsprogramm der Grünen, in dem „eine Art Vorruhestandsregelung als Absenkung des Rentenniveaus gefordert“ wird. Im Sindelfinger Programm ist zwar die Rede von der Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, „weil für viele ältere Arbeitskräfte ein früheres Ausscheiden aus anstrengender und ungesunder Arbeit sinnvoll und erstrebenswert ist“; auf der anderen Seite wird aber auch davor gewarnt, daß „durch „Ausgliederung“ älterer Arbeitnehmer Beschäftigungspolitik“ betrieben wird. „Insbesondere weisen wir die offenkundige Absicht zurück, mittels Diskussion über Frührentenmodelle ... die Verkürzung der Wochenarbeitszeit als wichtiges Thema der Tarifpolitik zu verdrängen.“

Hier rächt sich wieder einmal der grüne Programmppluralismus, der es jedem ermöglicht, sich für seine spezielle Politik etwas herauszusuchen. Sobald das Programm in die politische Praxis umgesetzt werden soll, zeigt sich, daß die notwendige Präzisierung und Eindeutigkeit fehlt.

Mit linker Kritik auf Blum'schen Pfaden wandeln?

Das, was Hoss um Bundestag und im „ taz“-Interview konkret gegen die 35-Stunden-Woche als unzureichend einwendet, entspricht zu einem großen Teil durchaus der Argumentation derjenigen linken Gewerkschafter und Grünen, die die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kritisch-solidarisch unterstützen wollen.

So warz Hoss vor einem neuen Rationalisierungsschub, der durch die 35-Stunden-Woche ausgelöst würde. Er kritisiert Pläne, die auch von der IGM diskutiert werden, nach denen beispielsweise im Automobilbau die Produktion während der Pausen durchgeführt wird, d.h. daß den Kolonnen die gemeinsamen Pausen genommen werden. Schließlich wird ein verstärkter Einsatz von

Schicht- und Samstagsarbeit, womit die Kapitalisten den Humanisierungsspekt der 35-Stunden-Woche unterlaufen könnten, um die Produktionsanlagen besser auszulasten.

Mit der Fixierung auf die Arbeitszeitverkürzung — so Hoss — „laufen wir dieser Entwicklung (forcierte Technologieentwicklung seitens der Unternehmer) hinterher und passen uns an“ (ebenda). Pauschal wirft er den „Funktionären der Arbeiterbewegung“ wie „den kommunistischen Bewegungen“ vor, daß sie die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, den Unternehmern überlassen und sich nur um die Lohnrate kümmern.

Mit dieser Pauschalisierung wird allerdings alles vom Tisch gewischt, was es im linken Teil der Grün-Alternativen (z.B. GAL Hamburg), in der linken Gewerkschaftsbasis (z.B. Rostocker Konversion) oder auch bei linken Gewerkschaftsfunktionären (siehe die Auseinandersetzung auf den IOM- und DruPa-Gewerkschaftstagen um die Abänderung der 35-Stunden-Woche) an weiterführenden (über die traditionelle Gewerkschaftspolitik hinausgehenden) Diskussionen, Programmen und politischer Praxis gibt.

Was schlägt Hoss statt der „Fixierung auf die 35-Stunden-Woche“ vor?

- 1) Mitbestimmungs- und Vetorecht der Betriebsräte beim Einsatz neuer Technologien,
- 2) Ausgleich von Mehrbelastung während der Arbeit (Nacharbeit etc.) annual mit Geld- mit einem Freizeitzuschlag,
- 3) Einführung einer Maschinensteuer, mit der die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten eingeschränkt werden sollen.

„An diesen Punkten die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Konkurrenzsystem führen, bringt mehr ein, als eine Sache mitzutragen, von der die Leute ohnehin nicht glauben, daß sie uns wesentlich weiter bringt“, meint Willi Hoss (ebenda). Der Punkt ist bloß, daß Hoss mit diesen Vorschlägen auf der Wellenlänge der von ihm geschmähten „Funktionäre der Arbeiterbewegung“ liegt, denen diese Forderungen schon viel eher eingefallen sind, was natürlich nicht heißt, daß sie sich ernsthaft um deren Durchsetzung gekümmert hätten. Es bleibt auch die Frage, wieso die Kolleg(innen) beispielsweise für eine Maschinensteuer zu mobilisieren sein sollten als für die 35-Stunden-Woche. Oder hofft Hoss womöglich, daß auf parlamentarischen Wege ohne größeren Unternehmerwiderstand einführen zu können?

4) Als vierten „Alternativvorschlag“ bringt Hoss die Flexibilisierung der Arbeitszeit ins Spiel, die „eine rein reaktionäre Geschichte“ nur solange sei, wie „die anderen darüber reden“. Es geht — so Hoss — darum, die Arbeitszeit so flexibel zu gestalten, „daß die individuellen Möglichkeiten, die individuellen Freiräume erhöht werden ... Wenn einer ein Haus baut, warum soll er sich nicht ein Jahr beurlauben lassen und Eigenarbeit machen“ (ebenda).

Auch das hört sich erstmal ganz volkstümlich an, doch welche Konsequenzen hätte eine solche „Strategie“ für die Praxis? Zum einen hat nur ein geringer Teil der Kolleg(innen) heute die Möglichkeit, beispielsweise für ein Jahr „auszustiegen“. Sei es, daß sie eine Familie ernähren müssen, oder sei es, daß sie aufgrund des sinkenden Reallohnniveaus gar nicht genug Geld auf der Kante haben, um sich ein Jahr über Wasser zu halten. (Bei Lehrern oder Freiberuflern mag das anders sein.) Selbst bei einer „bezahlten Nichterwerbstätigkeit“, wie sie unter anderem von Claus Offe in der Grünen Diskussion um eine Reform des Arbeitszeitgesetzes vertreten wurde, stellt sich immer noch die entscheidende Frage der Durchsetzungsmöglichkeit.

Das Problem scheint uns zu sein, daß hier an ganz individuellen Interessen

(bei Hoss: Häusle baue, bei Offe: Teilnahme an Genossenschafts- und Zeitarbeitsarbeit) angesetzt wird, die z.Zt. auch nur von einem kleinen Teil der Lohnabhängigen geübt und in Anspruch genommen werden könnten (s.o.). Insofern erscheint es uns falsch, hier einen Hauptanalogiepunkt für eine „alternative Tarif- und Arbeitszeitpolitik“ suchen zu wollen. Besonders dann, wenn, wie Hoss es tut, diese individuellen Wünsche alternativ zu dem Wunsch relevanter Teile der Lohnabhängigen nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gesetzt werden.

Mit der Schwerpunktsetzung auf Flexibilisierung verbindet Hoss den Gedankengang, an dieser Stelle die entscheidende „grüne Komponente“ einbringen zu können. „Mit einer solchen Forderung könnten wir auch die streng hierarchisierte Produktion aufheben, sie menschlicher machen ... Die Hauptaufgabe der Grünen wäre es, sich nicht zum Suchverwalter des Leistungssektors (diejenigen, die in Lohnarbeit stehen) zu machen, sondern ihn in Frage zu stellen und ihn menschlicher zu gestalten.“ (ebenda).

Im Bundestag führte er am 20.1. aus: „Wir werden Vorstellungen entwickeln, wie sich die einzelnen Arbeitnehmer in einer immer stärker militärisch erscheinenden Arbeitswelt flexibler bewegen können, wie sie mehr Möglichkeiten erhalten, unbezahlten Urlaub zu bekommen.“

Die ausschließliche Orientierung an individuellen Interessen, wie Hoss sie vornimmt, eröffnet schließlich auch Berührungspunkte mit der CDU/CSU. So sagte Blum in derselben Bundestagsdebatte: „Die Spielräume der eigenen Entscheidung auch in der Arbeitszeit müssen erweitert werden. Das Ziel ist, in dem die Industriegesellschaft nach geradezu militärischem Muster organisiert war, geht zu Ende. Die kollektivistische Kolonne marschiert in die Sackgasse. Chancen der Individualisierung der Arbeitsgestaltung und der Arbeitszeit und Chancen der Selbständigkeit im Arbeitsleben. Wir ziehen die Individualisierung von Lebensmitteldispositionen der Kollektivierung vor.“ Und an anderer Stelle: „Das Alter könnte das Vehikel sein, über das die ehrenamtliche Arbeit neues Prestige erhält. Die Alten können uns helfen, die Fixierungen einer Erwerbsgesellschaft aufzulösen, die allen Wert vom Geld ableitet.“

5) Als fünften und letzten Alternativvorschlag gegenüber der „Fixierung auf die 35-Stunden-Woche“ befürwortet Hoss die „Vergrößerung des Anteils an Eigenarbeit“. Ich bin da für Staatsknete, nicht für ständige Subventionierung, sondern als Starthilfe“ („ taz“, 21.2.).

Also „raus aus den Betrieben — rein in die Alternativprojekte als Perspektive für die lohnabhängigen Massen? Daß Hoss sich hier auch noch gegen „ständige Subventionierung“ ausspricht, müßte sogar das Herz der CDU/CSU-ler höher schlagen lassen. Sind sie es doch, die z.Zt. wesentliche Teile im öffentlichen Dienst, der ja soziale Versorgungsfunktionen wahrnimmt, privatisieren wollen, oder wie sie so schön sagen: Auch die soziale Versorgung muß sich auf dem Markt bewähren ... Die Arbeit von Alternativprojekten, die teilweise ähnliche Bereiche umfaßt wie der öffentliche Dienst, ist jedoch auf ständige Subventionierung angewiesen, da menschlich ein Krankenhaus oder die offene Jugendarbeit nicht nach betriebs- und marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten organisieren kann, falls diese Einrichtungen ihre soziale Funktion nicht völlig einbüßen sollen.

Zum Schluß des Interviews äußert sich Hoss noch einmal grundsätzlich zu grüner Politik aus seiner Sicht. Die Mitarbeit in den Gewerkschaften als „Suchwörter des Leistungssektors“ hat für ihn nur solange Sinn, wie es möglich ist, in den Gewerkschaften „neue Ideen durchzusetzen. Wenn das nicht geht, stellt sich automatisch die Frage nach einer anderen Organisation“ („ taz“, 21.2.). Grüne „RGO“? Und weiter: „Der aktuelle Widerspruch liegt ja heute nicht an der Stelle, wo Lohnarbeit und Kapital aufeinander treffen — in der Fabrik. Die eigentliche Bewegung verläuft doch so, daß immer mehr sich gegen die Produkte einer entfalteten kapitalistischen Warenproduktion, eine in Form von Autos, Chemie, des Waldsterbens wehren und das Produktionssystem attackieren. Da liegt doch der Punkt und nicht in der Klassenauseinandersetzung.“

Wenn man — wie Hoss — Klassenauseinandersetzungen nur als etwas begreift, wozu „die da unten“ wehren (oder auch nicht), mag diese Einschätzung nachvollziehbar sein. Der Klassenkampf von oben, nämlich die von Hoss selbst angepörrte Rationalisierung durch vorgetriebene neue Technologien, der Sozialabbau usw., findet demnach nicht statt. Daß die Lohn-

abhängigen hier z.Zt. in der totalen Defensive sind, berechtigt nicht zu einer Abkehr vom Kampf um den Betrieb.

Der Beschluß der Bundestagsfraktion der Grünen vom 22.2.

Ohne größere öffentliche Resonanz — im Vergleich zu den Äußerungen von Hoss — blieb bisher ein Beschluß der Bundestagsfraktion der Grünen vom 22.2. Unter dem Motto „Für die Verkürzung und Humanisierung der Wochenarbeitszeit“ beschlossen die Grünen die Unterstützung der Einzelgewerkschaften, „denen ein harter Arbeitskampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bevorsteht“. Gleichzeitig fordern die Grünen, daß die Belegschaften „Entscheidungsrechte über die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien erhalten“ sollen. Die „Anstrengungen der IG Druck und Papier in diese Richtung“ worden ausdrücklich begrüßt.

Weiter heißt es: „Wir Grünen warnen vor den sich schon heute abzeichnenden Kompromißlinien zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften, Arbeitszeitverkürzung nicht in einem Zuge, sondern über Jahre verteilt auszuhandeln“. Sie sind gegen „Abschaffung der bisher gemeinsamen Pausen der Arbeitnehmer ... Kapazitätsorientierte flexible Arbeitszeit, die es den Unternehmern erlaubt, marktgerecht mit der Arbeitszeit ... zu fahren — ohne Leute einstellen zu müssen ... Aufheben der „verlorenen“ Stunden durch zusätzliche Schichtarbeit und Wiedereinführung des Samstags als Arbeitstag.“

Als flankierende Maßnahmen zur Unterstützung der Wochenarbeitszeit befürworten die Grünen:

- „die gesetzliche Einschränkung von Mehrarbeit und Überstunden“
- „Bevorzugung von Freizeitgleichheit für unbewusste Überstunden“
- steuerpolitische Maßnahmen, um den vollen Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen leichter realisieren zu können:

a) Lohnsteuerentlastung für untere Einkommen

b) Wirtschaftssteuern zur Senkung der Lohnnebenkosten“.

Die steuerpolitischen Maßnahmen sind unserer Meinung nach problematisch, denn eine Lohnsteuerentlastung für untere Einkommen beinhaltet, daß es einen vollen Lohnausgleich durch die Kapitalisten wohl nicht geben wird. Stattdessen sollen hier der Staat bzw. die Steuerzahler das Defizit ausgleichen. Offen bleibt außerdem die Frage, welcher Haushaltsposten zugunsten dieser Lohnsteuerentlastung geknackt werden soll, oder ob womöglich an eine Besteuerung „höherer“ Einkommen gedacht ist, die für die Grünen schon bei 60.000 DM Jahreseinkommen bei den Vordiskussionen bei den Grünen eine Rolle.

Mit der Wertschöpfungssteuer ist eine Steuer gemeint, die auf die industrielle Wertschöpfung erhoben wird. Dieser Vorschlag geht auf eine ältere Idee des ehemaligen Arbeitsministers Ehrenberg zurück. Die Steuer soll die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung abbauen. Bezwackt wird mit der ganzen Sache eine Belastung kapitalintensiver Betriebe und eine Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe. Außerdem verspricht man sich davon eine Entlastung der Rentenversicherung und ein Herausdrängen der Kapitalvertreter aus den Selbstverwaltungsgremien der Rentenversicherung.

Ob das geeignet ist, den Knimpf um die 35-Stunden-Woche zu unterstützen, scheint jedoch fraglich. Wie die Klein- und Mittelbetriebe mit der 35-Stunden-Woche fertig werden, kann keine Sorge der westdeutschen Lohnabhängigen sein (vielleicht der Grünen mit ihrer Basis im Mittelstand). Würde mensch sich auf solche Gesichtspunkte einstellen, käme von interessierter Seite sofort die nächste Fragestellung, die da lautet: „Und was ist mit der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Exportindustrie? Hier kann der Staat beim besten Willen nicht mehr helfend eingreifen. Muß er auch gar nicht, denn die Profite der Exportindustrie sind groß genug. Und daß die Klein- und Mittelbetriebe nur rennbar arbeiten können, wenn sie auf Sozialmaßnahmen wie die 35-Stunden-Woche verzichten, kann kein Grund sein, nicht für die 35-Stunden-Woche auch in Klein- und Mittelbetrieben einzutreten.“

Mensch könnte sich ja, anstatt ein Konzept nach dem anderen aus der Tasche zu ziehen, mal darauf besinnen,

Fortsetzung nächste Seite

25.3.: Bundesweite Konferenz über Wendlandblockade

Renaissance der Anti-AKW-Bewegung?

„Man steht sie zwar vereinzelt noch, die Aufkleber „Atomkraft — nein danke“, aber die Kernkraft ist heute für die meisten kein Reizthema mehr. Die jahrelang hitzig geführte Diskussion findet fast nur noch im kleinen harten Kern der totalen Kernkraftverweigerer statt. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellt sich die Alternative Ja oder Nein zu Kernkraft nicht mehr“, bemerkt vor einigen Tagen ein Kommentator der „Hannoverschen Allgemeine“. Ob es dabei bleibt, ist eine andere Frage. Für Hamburg etwa werden wegen Brokdorf jährliche Strompreiserhöhungen von 120 - 180 DM pro Haushalt vorausgesetzt, sodaß tatsächlich das Bild der klappernden Familie vor einem Kerzenstumpf Wirklichkeit zu werden droht — allerdings mit einem leicht abgewandelten Slogan: 1986 gehen die Lichter aus weil Atomstrom unbezahlbar ist.

Auf politischer Ebene wird zunehmend auch von der Friedensbewegung der friedfertige Charakter des Ausbaus der Plutoniumwirtschaft in diesem unseren Lande in Frage gestellt. Und die Atomkraft-Entsorgung? Hier bahnen sich In-

besondere im Lüchow-Dannenberg Großaktionen an, die zumindest die Chance in sich bergen, nicht nur das Thema Atomkraft erneut zur öffentlichen Streitfrage zu machen, sondern auch die Proteste gegen die menschenverachtende Giftmüll-„Entsorgung“ auf anderen Gebieten (Stichwort: Dioxin-skandal Wilhelmshafen) zu bündeln und zu radikalisieren. Eine neue Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen und Plutoniumwirtschaft im Herbst '84 in Braunschweig wurde von der letzten Atommüllkonferenz vorsorglich bereits beschlossen.

Im Folgenden ein Zwischenbericht über die Auseinandersetzungen um die Wendlandblockade.

Am 24. März 1984 soll mit einer 10 000-köpfigen Menschenkette der Landkreis Lüchow-Dannenberg von der Nord- bis zur Südgrenze symbolisch abgesegelt werden. Anlaß hierfür sind die noch in der ersten Hälfte dieses Jahres zu erwartenden ersten Atommülltransporte nach Lüchow-Dannenberg, die den atommüllfreien Status Lüchow-Dannenburg aufheben und mit der WAA, dem Atommüll-Endlager und diversen Atommüll-„Zwischen“-Lagern diese „ökologische Modellregion“ restlos

zerstören würden. Neben einem rechts-ökologischen Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg zur Menschenkette (s. AK 246) existiert mittlerweile auch ein alternativer Aufruf („Lüchow-Dannenberg muß atommüllfrei Zone bleiben“), der die Menschenkette unterstützt als mobilisierendes Element für radikale Folgeaktionen gegen die Atommülltransporte. Dem hier festgeschriebenen Drei-Stufen-Konzept zufolge soll am 30. April die zwölfstündige Blockierung aller sechs Bundesstraßen in das Wendland folgen („Wendlandblockade“), die wiederum nur Probe und Vorbereitung ist für eine zeitlich unbegrenzte Blockierung der ersten Transportfahrzeuge mit hochradioaktivem Müll unmittelbar am „Zwischen“-Lager Gorleben.

Zwei überregionale Konferenzen

Am 19.2.84 traf sich in Lüneburg mit ca. 100 Teilnehmern das „traditionelle“ Spektrum der Anti-AKW-Bewegung, darunter Vertreter/innen aus allen relevanten norddeutschen Städten zur Vorbereitungskonferenz der Wendlandaktionen. Am 25./26.2. versammelten sich im Rahmen der Atommüllkonferenz etwa 80 Vertreter des eher „gemäßigten“ Spektrums der Anti-AKW-Initiativen von den verschiedenen Entsorgungs- und WAA-Standorten.

Bei den Konferenzen erteilten dem ursprünglich in Lüchow-Dannenberg erdachten Konzept einer „offenen Blockade“ am 30.4. eine Absage. Mit diesem Konzept sollte eine Konfrontation mit der Polizei durch ein „langsam“ Hindurchlassen der PKW-Fahrer vermieden werden, bei gleichzeitiger Öffentlichkeitsarbeit am Straßenrand.

Es bestätigte sich, daß ein so angelegter Aktions- und Informationstag kein Anlaß sein würde für eine überregionale Mobilisierung. Stattdessen gab es eindeutige Voten für Blockaden mit dem Ziel, die nach Lüchow-Dannenberg führenden Bundesstraßen tatsächlich dicht zu machen. Die „Atommüllkonferenz“ übernahm das gesamte „Drei-Stufen-Konzept“ (s.o.), fügte aber eine Erklärung zur Präzisierung der Wendlandblockade hinzu, die insbesondere auch den Rahmen des Widerstands benennt (siehe Punkt 3 der nebenstehenden Erklärung): „Unsere Maßnahme ziviler Ungehorsams muß für die Gegenseite unangenehm und für alle Teilnehmer kalkulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen.“ Auf dem Lüneburger Tref-

fen wurde von einzelnen Gruppen eine Unterstützung der Menschenkette grundsätzlich (d.h. auch im Rahmen des „Drei-Stufen-Konzepts“) abgelehnt.



Der Diskussionsstand in Lüchow-Dannenberg

Der „sanfte Druck“ auswärtiger Gruppen mittlerweile auch landkreisintern die Diskussion um „dichte“ Blockaden forciert. Als „Bremsen“ betätigen sich dennoch dort diejenigen Repräsentanten der BI Lüchow-Dannenberg, denen die gütliche Zusammenarbeit mit der Polizei wichtiger ist als die Mobilisierung tausender auswärtiger Unterstützer. Wer mit besonderem Stolz auf die Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizeiführung im Zusammenhang mit der Menschenkette verweist (hier will die Gorleben-Bullizei per Funk eine gewiß nicht uneingeschränkte logistische Hilfe bei der Aufstellung der Kette leisten), muß die Wendlandblockade schon allein deshalb scheuen, weil sie die zarten Bande zur Staatsmacht zerreißt.

Auf der anderen Seite ist diese Politik einzelner BI-Sprecher auch im Landkreis so umstritten wie selten zuvor. Insbesondere in der Region rund um den vorgesehenen Standort Dragahn wird darauf verwiesen, daß die Menschenkette allein nicht annähernd die existenzielle Bedrohung widerspiegelt, die für die örtlichen Landwirte mit der WAA verbunden ist. Hier heißt auch die DWK auf Granit. Ein Ende Februar geplanter Informationsabend dieser Gesellschaft war dort nach einer halben Stunde beendet: die Landwirte der meist betroffenen Dörfer Fließau, Bellahn und Pudripp waren nahezu geschlossen erschienen, um den DWK-Sprecher ohne viel Federlesen aus dem

Saal zu schmeißen („Gehen Sie in den Wald und reden dort mit den Zwergen“). Auch bezüglich der Wendlandblockade wird derzeit mit einem Optimismus auf die Landwirte in der „Bauerlichen Notgemeinschaft“ verwiesen, die z.T. bereits eindeutig Sympathien für eine „dichte“ Blockade („Wai mutt, dai mutt!“) bekundet haben.

Die absolut notwendige Akzeptanz der Wendlandblockade im Landkreis wird jedoch im wesentlichen von zwei Dingen abhängen:

a. Die erfolgreiche Verwirklichung der Menschenkette am 24.3.84.

Diese Aktion ist für große Teile der Landkreisbevölkerung ein erster Schritt heraus aus demoralisierender Passivität. Man mag als Großstadtbevohner denken, was man will: Im Wendland ist das Sich-Anfassen am 24.3. kein Schritt „zurück“, sondern ein erstes Luftholen und Durchatmen, nachdem monatelang die Initiative bei DWK- und CDU-Säcken lag. Gleichzeitig bietet diese Aktion für alle, die dies wollen, eine ausgezeichnete Gelegenheit, auf die geplanten Folgeaktionen hinzuwirken.

b. Ein „greifbares“ Konzept für die Wendlandblockade am 25.3.84.

Am 25.3. ein Tag nach der Menschenkette, wird auf einer Konferenz in Lüchow-Dannenberg über die Wendlandblockade entschieden. Sich zu diesem Schritt durchzurufen ist alles andere als selbstverständlich und wäre in der BRD bisher ohne Beispiel. Ohne aktive Mithilfe der Lüchow-Dannenger AKW- und WAA-Gegner ist eine solche Aktion auf keinen Fall durchführbar. Dies liegt nicht allein daran, daß bei Blockadebeginn nur ein „pfliffiges“ Vorgehen, basierend auf viel Ortskenntnis und örtlicher Mithilfe, der zu erwartenden Polizeipräsenz ein Schnippschen schlagen kann. Noch wesentlicher ist das Zurückweisen der zu erwartenden Demagogie von Presse und Staatsmacht, wonach eine Blockade des gesamten PKW- und LKW-Verkehrs gegen die Menschen vor Ort gerichtet sei. Nur ein großes Verständnis für den Ernst der Situation, der diese Notwehrmaßnahme erforderlich macht, und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit speziell in dieser Region (eventuell schon im Rahmen der Menschenkette) wird hier gehalten können. Dies setzt aber gleichfalls voraus, daß auf eine Lücke für militante Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dieser Aktion vonseiten der auswärtigen Anti-AKW-Bewegung verzichtet und der von der Atommüllkonferenz verabschiedete Konsens-Vorschlag gegen Angriffe, von welcher Seite auch immer, verteidigt wird.

KB/Gruppe Lüneburg

Dokument

Beschluß der Wendlandblockade

mit 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen

Die Atommüllkonferenz vom 25./26.2.'84 in Hamm (bei Bielefeld) unterstützt den Aufruf „LÜCHOW-DANNENBERG MUSS ATOMMÜLLFREIE ZONE BLEIBEN“ und fügt hinzu:

1. Die Wendlandblockade (Absperzung aller fünf nach Lüchow-Dannenberg führenden Bundesstraßen) soll unsere bundesweite Betroffenheit über das zum Ausdruck bringen, was die Bundesregierung als „Entsorgung“ bezeichnet. In Wirklichkeit kann von einer Lösung des Atommüllproblems keine Rede sein: überall im Lande handelt man von Provisorium zu Provisorium, um den Ausbau der Atomenergie (und damit vermehrte Atomkraftproduktion) zu legitimieren. Mit möglichst vielen Menschen wollen wir am 30.4.84 zeigen, daß für diese Politik Lüchow-Dannenberg nicht zerstört werden darf.

kulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen.

4. Die Wendlandblockade ist Probe und Vorbereitung auf die im Frühsommer zu erwartende erste Einlagerung hochradioaktiven Mülls in Lüchow-Dannenberg. Die ersten Transporte sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch Material- und Menschenblockaden am „Zwischen“-Lager Gorleben gestoppt und politisch undurchführbar gemacht werden.

5. Nur mit enormer bundesweiter Unterstützung und Solidarität kann die Wendlandblockade gelingen. Ein erster notwendiger Schritt hierzu ist die Teilnahme und Unterstützung der Menschenkette in Lüchow-Dannenberg am 24.3.84.

Dokument

Beschluß der Wendlandblockade

mit 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen

Die Atommüllkonferenz vom 25./26.2.'84 in Hamm (bei Bielefeld) unterstützt den Aufruf „LÜCHOW-DANNENBERG MUSS ATOMMÜLLFREIE ZONE BLEIBEN“ und fügt hinzu:

1. Die Wendlandblockade (Absperzung aller fünf nach Lüchow-Dannenberg führenden Bundesstraßen) soll unsere bundesweite Betroffenheit über das zum Ausdruck bringen, was die Bundesregierung als „Entsorgung“ bezeichnet. In Wirklichkeit kann von einer Lösung des Atommüllproblems keine Rede sein: überall im Lande handelt man von Provisorium zu Provisorium, um den Ausbau der Atomenergie (und damit vermehrte Atomkraftproduktion) zu legitimieren. Mit möglichst vielen Menschen wollen wir am 30.4.84 zeigen, daß für diese Politik Lüchow-Dannenberg nicht zerstört werden darf.

kulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen.

4. Die Wendlandblockade ist Probe und Vorbereitung auf die im Frühsommer zu erwartende erste Einlagerung hochradioaktiven Mülls in Lüchow-Dannenberg. Die ersten Transporte sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch Material- und Menschenblockaden am „Zwischen“-Lager Gorleben gestoppt und politisch undurchführbar gemacht werden.

5. Nur mit enormer bundesweiter Unterstützung und Solidarität kann die Wendlandblockade gelingen. Ein erster notwendiger Schritt hierzu ist die Teilnahme und Unterstützung der Menschenkette in Lüchow-Dannenberg am 24.3.84.

6. Schon jetzt sind alle AKW-Gegner aufgerufen, auch nach der Wendlandblockade weitere Aktionen durchzuführen. Sollte es nach der Wendlandblockade noch Atommülltransporte ins Wendland geben, rufen wir auf, diese aufzusuchen und sich ihnen dezentral in den Weg zu stellen. Dies kann durch direkte Aktionen ebenso geschehen wie durch Beschlüsse in Kommunalparlamenten zu „Atommüllfreien Zonen“ (s. Gemeinde Clenze, Lüchow-Dannenberg).

3. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei. Unsere Maßnahme ziviler Ungehorsams muß für die Gegenseite unbequem und für alle Teilnehmer kalkulierbar sein.

Dichte Blockade

Hiernach sollen am 30.4. (ein Montag zwischen zwei Feiertagen) die 6 in den Landkreis Lüchow-Dannenberg reichenden Bundesstraßen völlig dicht gemacht werden und nur bei nachweislich akuten Notfällen (Krankentransporte) geöffnet werden. Nur durch ernsthaft angestrebte Blockaden könne der Ernst unseres Anliegens vermittelt werden („Kein Atommüll ins Wendland“) und das eingeschlossene in der örtlichen Bevölkerung im Falle eines Atomunfalls demonstriert werden. Nur eine wichtige, ernsthafte Aktion, bei der es auf jeden ankomme, könne eine große Mobilisierung in den Landkreis von überall her veranlassen. Voraussetzung sei eine offensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld (ev. schon beginnend mit der Menschenkette), um klargestellt zu werden, daß die Aktion nicht gegen die „kleinen Leute“, sondern gegen die BI selber-Pläne gerichtet sei: 12 Stunden „Ausnahmestand“ sei nichts gegen Atommüll, der 1 Mio. Jahre

strahlt. Bereits im Vorfeld und per Massenmedien müsse klar sein, daß am 30.4. „nichts läuft“, möglichst wenig Privat-PKW's sollen böse überrascht werden. (Auch bei Großdemos an Standorten waren bestimmte Straßen durch PKW-Staus „dicht“, was als selbstverständlich galt). Das Ziel einer 12-Stunden-Blockade sei nicht anstößig, die zu erwartenden riesengroßen Bullen-Aufgebote würden die Pressen flüchtig mitblockieren. Sitzblockaden mit sehr vielen Menschen seien nur zu auflösen (abgesehen von der Möglichkeit ergänzender Materialblockaden), gegen mögliche Knappheitsmaßnahmen müsse mit größtmöglicher Öffentlichkeit vorgebeugt werden.

(Auszug aus dem Protokoll der Lüneburger Wendlandkonferenz. Das Protokoll dieses Treffens ist erhältlich über LAGA C/o Sutenweg 57, 2120 Lüneburg)

Beide Konferenzen erteilten dem ursprünglich in Lüchow-Dannenberg erdachten Konzept einer „offenen Blockade“ am 30.4. eine Absage. Mit diesem Konzept sollte eine Konfrontation mit der Polizei durch ein „langsam“ Hindurchlassen der PKW-Fahrer vermieden werden, bei gleichzeitiger Öffentlichkeitsarbeit am Straßenrand.

Es bestätigte sich, daß ein so angelegter Aktions- und Informationstag kein Anlaß sein würde für eine überregionale Mobilisierung. Stattdessen gab es eindeutige Voten für Blockaden mit dem Ziel, die nach Lüchow-Dannenberg führenden Bundesstraßen tatsächlich dicht zu machen. Die „Atommüllkonferenz“ übernahm das gesamte „Drei-Stufen-Konzept“ (s.o.), fügte aber eine Erklärung zur Präzisierung der Wendlandblockade hinzu, die insbesondere auch den Rahmen des Widerstands benennt (siehe Punkt 3 der nebenstehenden Erklärung): „Unsere Maßnahme ziviler Ungehorsams muß für die Gegenseite unangenehm und für alle Teilnehmer kalkulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit unser Ziel erreichen.“ Auf dem Lüneburger Tref-

fen jedoch dort diejenigen Repräsentanten der BI Lüchow-Dannenberg, denen die gütliche Zusammenarbeit mit der Polizei wichtiger ist als die Mobilisierung tausender auswärtiger Unterstützer. Wer mit besonderem Stolz auf die Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizeiführung im Zusammenhang mit der Menschenkette verweist (hier will die Gorleben-Bullizei per Funk eine gewiß nicht uneingeschränkte logistische Hilfe bei der Aufstellung der Kette leisten), muß die Wendlandblockade schon allein deshalb scheuen, weil sie die zarten Bande zur Staatsmacht zerreißt.

Auf der anderen Seite ist diese Politik einzelner BI-Sprecher auch im Landkreis so umstritten wie selten zuvor. Insbesondere in der Region rund um den vorgesehenen Standort Dragahn wird darauf verwiesen, daß die Menschenkette allein nicht annähernd die existenzielle Bedrohung widerspiegelt, die für die örtlichen Landwirte mit der WAA verbunden ist. Hier heißt auch die DWK auf Granit. Ein Ende Februar geplanter Informationsabend dieser Gesellschaft war dort nach einer halben Stunde beendet: die Landwirte der meist betroffenen Dörfer Fließau, Bellahn und Pudripp waren nahezu geschlossen erschienen, um den DWK-Sprecher ohne viel Federlesen aus dem

aktive Mithilfe der Lüchow-Dannenger AKW- und WAA-Gegner ist eine solche Aktion auf keinen Fall durchführbar. Dies liegt nicht allein daran, daß bei Blockadebeginn nur ein „pfliffiges“ Vorgehen, basierend auf viel Ortskenntnis und örtlicher Mithilfe, der zu erwartenden Polizeipräsenz ein Schnippschen schlagen kann. Noch wesentlicher ist das Zurückweisen der zu erwartenden Demagogie von Presse und Staatsmacht, wonach eine Blockade des gesamten PKW- und LKW-Verkehrs gegen die Menschen vor Ort gerichtet sei. Nur ein großes Verständnis für den Ernst der Situation, der diese Notwehrmaßnahme erforderlich macht, und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit speziell in dieser Region (eventuell schon im Rahmen der Menschenkette) wird hier gehalten können. Dies setzt aber gleichfalls voraus, daß auf eine Lücke für militante Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dieser Aktion vonseiten der auswärtigen Anti-AKW-Bewegung verzichtet und der von der Atommüllkonferenz verabschiedete Konsens-Vorschlag gegen Angriffe, von welcher Seite auch immer, verteidigt wird.

KB/Gruppe Lüneburg

Atommüll in die Wüste Gobi?

Wie die Hanauer Nuklearfirma NUKEM Anfang Februar bekanntgab, unterzeichneten Vertreter der „China Nuklear Energie Industrie Corporation Beijing“ (CNEIC), die Alfred Hempel KG als Konsortialführer sowie die Nukleom GmbH und ihre Tochtergesellschaft Transnuklear eine Absichtserklärung, wonach Brennelemente aus westdeutschen Kernkraftwerken „endgültig in die Volksrepublik China verbracht werden“ können. In der Erklärung, die sich auf alle Länder Westeuropas bezieht, ist die Rede von 4.000 Tonnen Atommüll — eine Menge, für deren Bewältigung die in Dragahn oder Schwandorf geplante WAA auch bei 100%iger Auslastung 12 Jahre brauchen würde. In der Schweiz hat nach Darstellung des Spiegel „schon das Bundesamt für Energiewirtschaft nach monatelangen Verhandlungsrunden seine Zustimmung und sogar das Interesse an einem Staatsvertrag mit Peking signalisiert“.

Das Interesse der VR China an diesem Deal liegt auf der Hand. Bei dem bis 1990 vereinbarten Preis von 1.500 Dollar pro Kilogramm Atommüll wurden insgesamt 6 Milliarden Dollar an Deviseneinnahmen dabei herausgespringen. Dieses Geld dürfte im wesentlichen zur Finanzierung des ehrgeizigen Atomprogramms der VR China vorgesehen sein; denn ob Zwischen- oder Endlager und Wiederaufarbeitung — offerieren will man dem Westen alle drei Möglichkeiten. Zusätzlich laufen mit französischen und westdeutschen Herstellern Verhandlungen über die Lieferung von AKW's.

Last not least soll noch bis zum ge-

planten Reagan-Trip nach China im April '84 ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Atomtechnik mit den USA ausgehandelt sein. Wie überall in der Welt ist auch im Fall der VR China ein mutuelles Interesse hinter derartigen Plänen zu vermuten, befindet sich doch in der Wüste Gobi gleichfalls das 1958 gegründete chinesische Atomwaffenzentrum, auch „Atomstadt“ genannt. (Dort soll es zuletzt 1969 nach chinesischen Agenturangaben zu einem schweren Unfall gekommen sein, vgl. FR, 7.12.83).

Bemerkenswert hingegen ist die rasche und ablenkende Reaktion Bonn auf den Deal der Nukem GmbH. Bereits zwei Tage nach der Nukem-Erklärung hieß es seitens der Bundesregierung, derartige Exporte seien „weder kurz- noch langfristig erforderlich“ (RF, 9.2.). Es drängt sich die Frage auf, warum die Regierung in einem der dichtbesiedelten Länder der Welt auf die Einlagerung von Atommüll mit einer Strahlendauer von 1 Mio. Jahren auf eigenem Territorium besteht. Immerhin ist die Wüste Gobi neben mal so groß wie die Bundesrepublik, warum, so hat weiter zu fragen, lehnt die Bundesregierung einen Deal ab, der laut CDU/CSU „preislich unschlagbar“ ist, weil gegenüber der chinesischen Forderung von 1.500 Dollar pro Kilo allein die geplante WAA nach den vorliegenden Plänen 4.000 DM pro Kilo kosten wird?

Der Grund ist schrecklich simpel und wird chemisch mit Pu abgekürzt. Was mit dem Plutonium aus alten Brennelementen alles gemacht werden kann, verraten diejenigen CDU-Sprecher, die

an den Nicht-Bertritt Chinas zum Atomwaffensperrvertrag erinnern, um so die Abkehrung des Atommüll-Exports zu begründen. Von den USA ist bekannt, daß dort ziviler Atommüll für die Atomspengkopf-Programme der 90er Jahre fest eingeplant ist. Die hierfür notwendige Technologie zur Plutoniumreinigung nennt sich „Laser-Isotope-Separation“ und wird derzeit im US-amerikanischen Atomwaffenzentrum Hanford installiert. (Über die BRD-Forschungen auf diesem Gebiet berichteten wir bereits in AK 224.) Ebenfalls in diesem Atomwaffenzentrum wird derzeit die einzige WAA der USA gebaut, die zivilen Atommüll aufarbeiten, d.h. das darin enthaltene Pu abtrennen kann.

Es kann also nicht verwundern, daß die rasche Abkehrung der Nukemischen China-Pläne durch den Bonner Forschungsausschuß mit der besorgten Frage verbunden war „ob nicht die Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik in Frage gestellt werde, wenn die Chinesen preislich unschlagbar die Brennelemente abnehmen“ (FAZ, 8.2.).

Daß man nach Herausfilterung des Plutoniums die unbrauchbaren, aber ebenfalls hochradioaktiv strahlenden Atomwaffenbestandteile der VR China überlassen würde (ebenso wie heute bereits DDR-Territorium mit BRD-Giftmüll belastet wird) dürfte hingegen kaum fraglich sein. Der „Spiegel“ spricht denn auch davon, daß „derzeit“ die Bonner Regierung den China-Deal „noch“ ablehne.

AKW-SPIN-Kommision

Betrifft:

Stuttgarter Staatsvertrag

Mitten in die Vorbereitungen des „heißen Herbstes“, der von Treffen der Friedensbewegung unter den Stichworten 'entscheidender Schritt zur Verhinderung der neuen Raketen', 'Radikalisierung des Widerstandes' und 'Notwendigkeit der Eskalation' diskutiert worden ist, platzten die Meldungen über (Bürger-)Mißstände mit der Polizei, die prominente Sprecher dreimal als Vertreter der Friedensbewegung führten (wie in Loccum) und über Geheimgespräche mit Spitzen der Polizei (in Stuttgart), die zur Aufstellung von Spielregeln für beide Seiten — festgehalten in einem Papier — führen sollten. Dieses „Empfehlungspapier“, das uns in seiner neuesten Fassung erst kürzlich zugegangen ist, veröffentlichten wir jetzt zusammen mit den Ergebnissen des letzten Stuttgarter Deeskalations-Gesprächs.

Nach wie vor wird von den Befürwortern solcher Gespräche bestritten, daß es sich dabei überhaupt um Deeskalationsgespräche handelt. Der unabhängige Friedens- und Konfliktforscher Dr. Wolfgang Sternstein, BBU-Vorstandsmitglied und zusammen mit einem hohen Polizeioffizier Autor des „Empfehlungspapiers“, schreibt in einer Geschichte der Stuttgarter Gespräche: „Die Gefahr einer Verunsicherung der Ökologie- und Friedensbewegung durch solche Gespräche sehen wir nicht (hier schreibt er für den gesamten BBU: Anm. AK). Wir haben in den Gesprächen deutlich gemacht, daß es in den Nachfragen, etwa beim Atomkraftwerk H 1 oder der Stationierung der Pershing II, keinen Kompromiß gibt und geben kann. Die Regierung von Baden-Württemberg will (wollte) sie durchsetzen und wir wollen die verhindern und das mit aller Entschlossenheit.“ Das nun vorliegende Papier widerlegt diese verbal-Radikalken, vielmehr bestätigt es in allen Passagen, daß die Deeskalation des Widerstandes gemeinsames Ziel aller Beteiligten ist. Kein Wunder, daß Sternstein uns keine Fragen beantworten möchte und das Papier in seiner Bedeutung unterzücken will (das ist ein Zwischenergebnis und soll noch überarbeitet werden...).

Mit Datum vom 31.1.84 ist von der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) das Kurzprotokoll des „3. Stuttgarter Gesprächs“ vom 8. September 1983 veröffentlicht worden. Beigelegt war der Staatsvertrag, das Empfehlungspapier „Überlegungen zur Austragung von Umweltkonflikten“ (Stand: 24.1.84), den wir nachstehend abdrucken.

Bereits im Protokoll des 1. Stuttgarter Gesprächs (datiert 27.10.83) taucht als wesentliche Funktion dieser Gespräche aus Sicht der Polizei auf, daß ein Papier beschlossen werden sollte (ein „Staatsvertrag“, wie es die „inf.“ genannte Arbeitsgemeinschaft „Stuttgarter Papier“ Thema „... zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätigen bei Demonstrationen“ (Vorschlag der Polizei). Das zweite Deeskalationsgespräch

(datiert vom 27.3.83, Protokoll: Abdruck in AK 238, S. 18f) diente bereits dem weitgehenden inhaltlichen Abstecken der Aussagen in dem Papier. Bei diesem Gespräch wurde eine ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Entwurfs gebildet. Der Entwurf sollte sich (laut Protokoll vom 27.3.83) an einem Positionspapier der Polizei orientieren, das diese beim 2. Stuttgarter Gespräch vorgelegt hatte. Das Protokoll vermerkt dazu: „Für die Erarbeitung eines 'Stuttgarter Papiers' sollten die im Positionspapier der Polizei enthaltenen Ansätze für Gemeinsamkeiten aufgegriffen und weiterentwickelt werden“ (es folgen die Punkte im einzelnen). Auf dieser Basis wurde ein Entwurf vom Vorstandsmitglied des BBU, Wolfgang Sternstein, und dem Leitenden Polizeidirektor im Baden-Württembergischen Innenmini-

sterium, Kraft, ausgearbeitet. Dieser Entwurf wurde dann auf einem Treffen der ad-hoc-Arbeitsgruppe (23. Juni 1983) diskutiert und gebilligt. Im Protokoll dieses Treffens (abgedruckt in AK 237, S. 6f) heißt es: „Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Teilnehmern des 3. Stuttgarter Treffens am 8.9.83, die Annahme des Papiers in dieser Fassung zu beschließen. Die Arbeitsgruppe betont, sie werde sich um jeweils verbandinterne Akzeptanz des Empfehlungspapiers bemühen.“ Über das 3. Stuttgarter Treffen (zur Teilnehmerliste siehe Kasten) liegt uns inzwischen ein „Kurzbericht“ vor, aus dem wir die wichtigsten Passagen vorstellen wollen. Zunächst wird an die Festsatzung der Gespräche erinnert. „Die zunehmende Verhartung der Diskussion von Umweltproblemen, insbesondere die Vorgänge um die Demonstration von Kernkraftgegnern in Brokdorf Anfang 1983, hatten die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen veranlaßt, das offene Gespräch zwischen den Konfliktgegnern anzuregen und dafür selbst Hilfeleistung zu leisten. Man hoffte, am Ende zu einem Arbeitspapier zu kommen, das die Austragung von Umweltkonflikten erleichtert und Formen ihrer Austragung anbietet, die dem hohen Anspruch einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden könnten.“

Das Arbeitspapier ist dann „ausführlich“ besprochen aber die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen worden. „Der Arbeitskreis war sich darin einig, daß die Initiative nur dann eine breite Basis finden könne, wenn der Meinungsbildungsprozess nicht unter Zeitdruck gestellt wird. Die Gesprächsrunde nahm deshalb den im Arbeitspapier wiedergegebenen Diskussionsstand als Zwischenergebnis zur Kenntnis und äußerte die Erwartung einer regen Diskussion des Entwurfs in den den Teilnehmern nahestehenden Organisationen.“ Schließlich vereinbarte man ein neues, das vierte Stuttgarter Treffen, „zur Bestandsaufnahme und zum Austausch von Erfahrung-

gen.“ Das Arbeitspapier, das „in ersten Stellungnahmen der Gesprächsteilnehmer (...) im Grundsatz breite Zustimmung“ gefunden hatte, sollte noch einmal überarbeitet werden (die neueste Version ist nebenstehend abgedruckt).

Ein interessanter Hinweis findet sich in dem „Kurzbericht“ noch unter dem Punkt „Verschiedenes“. „Veranstaltungsteilnehmer sprachen sich dafür aus, die Möglichkeit zu prüfen, den Dialog in anderen interessierten Bundesländern ebenfalls aufzunehmen. Herr Dr. Stümper (Baden-Württembergischer Polizeipräsident) sagte zu, unter seinen Kollegen dafür zu werben. Herr Dr. Weimann (MfL Nordrhein-Westfalen) regte an, das Empfehlungspapier zu gegebener Zeit in die LMK einzubringen.“

Es wurde auch erklärt, Selbstverständnisse und Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen — AGU) beschränkten ihr Mandat auf die Behandlung von Umweltthemen. Die Gesprächsrunde sah es jedoch unter den derzeitigen Gegebenheiten als naheliegend an, die von ihr für den Umweltbereich möglicherweise gefundenen Ansätze zum Konfliktmanagement paradigmatisch (= als Beispiel dienend) auch Konfliktpartnern anderer Problemfelder zur Verfügung zu stellen.“

Wieder mit von der Partie beim 3. Stuttgarter Gespräch waren die BBU-Vorstandsmitglieder Sternstein und Schirmer. Sternstein in hervorgehobener Pose: „Ich bin es doch mit dem Polizei-Funktionär Kraft zusammen Verfasser des Stuttgarter Staatsvertrages. Wir wollten Sternstein zu dem Empfehlungspapier befragen, er aber lehnte mit der Begründung ab, es solle nicht so ein Wirbel um das Papier gemacht werden. Das Papier sei ein Zwischenergebnis der Redaktionsgruppe und werde noch weiter diskutiert und überarbeitet. Tatsache ist, daß das — inzwischen leicht modifizierte — Pa-

pier beim 3. Stuttgarter Gespräch „im Grundsatz breite Zustimmung“ gefunden hat. So jedenfalls steht es im Kurzbericht über das Treffen. Sternstein moniert sich dann noch über das Interesse, das er sich schon vorstellen könne, so ein Papier zu veröffentlichen, das in dem Gedächtnis steht, ein Empfehlungspapier zu sein. Wenige Tage zuvor hatte er es abgelehnt, die neueste Fassung des Staatsvertrages, die wir jetzt dokumentieren, der Kasselei Informationssiviler Ungehorsam zur Verfügung zu stellen, so daß die nur eine veraltete Fassung (Stand: 22.12.83) veröffentlichten konnten.

Zum Thema Geheimgespräche gehört noch eine kleine Episode aus dem BBU. Die 3. Stuttgarter Gespräche haben Anfang September 1983 (8.9.83) stattgefunden. Das BBU-Vorstandsmitglied Sternstein hat in einer Vorstandssitzung des BBU Mitte Dezember in allgemeiner Aufbruchsstimmung — als schon alle in Hui und Mantel waren — kurz vom Empfehlungspapier erzählt und das nächste Treffen (4. Stuttgarter Gespräch) erwähnt. Daraufhin ist er von einigen BBU-Vorstandsmitgliedern aufgefordert worden, künftig nicht mehr namens des BBU, sondern der Pflügschar-Gruppe, der er ebenfalls angehört, aufzutreten. Wir sind gespannt, ob auf der nächsten BBU-Mitgliederversammlung die Mitglieder endlich informiert werden, und ob Konsequenzen (auch personeller Art) aus den Gesprächen um einen Staatsvertrag gezogen werden. Sternstein hat schon vorgebaut. In einer Darstellung der Geschichte der Deeskalationsgespräche hat er sich einen Persilschein ausgestellt: „Doch selbst wenn die Gespräche zu keinem greifbaren Ergebnis führen sollten, hatten wir (er schreibt im Namen des BBU — Anm. AK) sie für nützlich, da sie dazu beitragen können, Vorurteile, Mißtrauen, Mißverständnisse und Feindbilder auf beiden Seiten abzubauen.“

Dokument

Im Blick auf die richtigen Wege zur Lösung der großen existenziellen Fragen unserer Zeit sind viele Menschen heute verunsichert, in Angst und gar in Gewissensnöten; die Verunsicherung bezieht sich zum Teil auch auf unseren Staat und seine Grundordnung.

Zahlreiche Bürgerproteste in lebenswichtigen Fragen, wie z.B. der Umwelt- und Friedens- sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik vermitteln den Eindruck, daß in unserem politischen Miteinander etwas nicht mehr stimmt. Die positive Grundeinstellung vieler Bürger zum Staat, zur Verfassung, zu den gewählten Repräsentanten und deren Entscheidungen scheint gestört, der innere Friede in Gefahr.

Eine totale Übereinstimmung ist in einer offenen demokratischen Gesellschaft nicht möglich, ja, nicht einmal erwünscht. Die zahlreichen Bürgerinitiativen sind ein Ausdruck für die Pluralität unserer Gesellschaft und ein wichtiges Element der politischen Willensbildung. Sie sind zugleich ein Hinweis auf mangelnde Bürgerbeteiligung auch in der repräsentativen Demokratie und auf die Schwächen im Rechtssystem offener Demokratien. Parlamentarische Entscheidungen in Handeln umzusetzen.

Der Weg, gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen, besteht darin, den bürgerlichen Protest ernstzunehmen, den Fragen nicht auszuweichen und innerlich bereit zu sein, auch eigene Positionen zu überdenken. Andererseits sollten auch Bürgerinitiativen und Verbände die von Regierungsvertretern vorgetragenen Argumente sorgfältig prüfen und ebenfalls bereit sein eigene Positionen zu überdenken. Ziel von Gesprächen sollte es sein, eine Lösung zu finden, die für beide Seiten annehmbar ist. Dazu gehört die umfassende Information der Betroffenen durch die Regierung und der Nachweis, daß die geplante Entscheidung notwendig ist. Eine Regierung, die sich nicht nur als Vollstrecker des Mehrheitswillens versteht, sollte um Vertrauen werben, statt Beschlüsse gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen.

Überlegungen zur Austragung von Umweltkonflikten

Vorlage für das „4. Stuttgarter Gespräch“ am 17. Mai 1984 — Entwurf

Drittes Stuttgarter „DEESKALATIONS-GESPRÄCH“ am Donnerstag den 8. September 1983 im Waldhotel Degerloch bei Stuttgart

Liste der Teilnehmer

1. Bakker, Michael, Innenminister, Bonn
2. Baur, Hubert, Domkapitular, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg
3. Derweger, Karl-Heinz, Pressereferent, Sudwestfunk Baden-Baden
4. Decker, Rudolf, Dipl.-Ing. (CDU-Fraktion), Böttingen
5. Erlwein, Günter, Gewerkschaftssekretär (SPD-Fraktion) MdL, Stuttgart
6. Händel, Reinhard, Angestelltensekretär, DGB-Landesbezirk BW, Stuttgart
7. Heyn, Horst, Gewerkschaftssekretär, GdP, Mainz, Düsseldorf
8. Hoffmann, Walthard, Polizeidirektor, Hess. Minister d. Innern, Wiesbaden
9. Kiger, Wolfgang, Kirchenrat, Ev. Landeskirche Württ., Stuttgart
10. Kraft, Horst, LtD, Polizeidirektor, Innenministerium BW, Stuttgart
11. Krapp, Dr., Rolf, Oberkirchenrat, Kirchenamt der EKD, Hannover
12. Liedke, Dr., Gerhard, Pfarrer, Evang. Landeskirche Baden, Karlsruhe
13. Menke-Gluckert, Peter, Ministerialdirektor a.D. AGU, Bonn
14. Muh, Dr., Helmut, Direktionsassistent, EVS, Stuttgart
15. Oeser, Dr. Ing. e.h., Kurt, Pfarrer AGU, Bonn
16. Ruckriegel, Dr., Werner, Ministerialdirektor, IM, Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
17. Schäuble, Hermann, Pfarrer, Arbeitsgem. Dienst f. d. Frieden, Stuttgart
18. Schirmer, Jürgen, Fotograf, BBU, Bonn
19. Schmölting, Armin, Geschäftsführer, AGU, Bonn
20. Simonen, Heidi, Oberkirchenrat, Ev. Oberkirchenrat, Stuttgart
21. Stahl, Dr., Franz, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern, Bonn
22. Steinmeier, Karl, LtD, Polizeidirektor, Niedersächs. Minister d. Innern, Hannover
23. Sternstein, Dr., Wolfgang, Friedens- u. Konfliktforscher, BBU, Stuttgart
24. Stümper, Dr. Alfred, Landespolizeipräsident IM BW, Stuttgart
25. Volz, Friedrich, Pressereferent, MdL, CDU-Fraktion, Landtag BW, Stuttgart
26. Weimann, Dr. Benno, MdL, Nordrhein-Westfalen, AGU, Bonn
27. Weygand, Gerhard, Ministerialrat, Min. d. Ern. Landwirt, Umwelt u. Forsten, Stuttgart
28. Windisch, Horst, LtD, Polizeidirektor, Bundesministerium des Innern, Bonn
29. Worch, Dieter, Dipl. Volkswirt, AGU, Bonn

Eine „Verteilerliste“ umfaßt zusätzlich folgende Namen:

- Piescher, Lutz, Dipl.-Ing., Badenwerk AG, Karlsruhe
- Gerbert, Helmut, Inspektor der Polizei, Innenministerium BW, Stuttgart
- Schirmer, Rolf-Christian, Parlamentarier, FDP/DVP-Fraktion im Landtag BM, Stuttgart
- Schulz, Ewald, Landesgeschäftsführer, BUND, Landesverb. BM, Freiburg
- Suchan, Hans-Joachim, Pressereferent, Hess. Minister d. Inneren, Wiesbaden

grundsätzlich Protest ethisch-christlich fundiert versteht muß er sich gewaltloser Formen bedienen. Wer sich trotzdem aus eigenem Ermessen heraus Gewalt anmaßt, führt die Gesellschaft hinter die Errungenschaften des freiheitlichen Verfassungsstaates zurück. Wir müssen daher lernen, die aus der großen Problemen unserer Zeit resultierenden politischen Konflikte gewaltfrei auszutragen, wenn wir unsere demokratische Kultur bewahren wollen.

Die Anwendung staatlicher Gewalt ist streng an Recht und Gesetz gebunden und erfordert angesichts der Probleme unserer Zeit eine immer größer werdende Sensibilität. Das Gewaltmonopol des Staates muß außer Diskussion stehen. Seine Besetzung würde nicht zu einem Zustand des Friedens, sondern zu einem gewalttätigen Ringen rivalisierender Gruppen, zum Unfrieden und zur Unfreiheit führen.

In der Frage der Definition von Gewalt und Gewaltfreiheit gibt es unterschiedliche Meinungen. So ist beispielsweise nach geltender Rechtsprechung eine Straftatockade vor einem Atomkraftwerksbauplatz oder einem Atomwaffenlager Anwendung von Gewalt und daher in der Regel Nötigung im Sinne von § 240 StGB. Demgegenüber verfallen gewaltfreie Aktionsgruppen sowie Teile der Ökologie- und Friedensbewegung die Auffassung, es handle sich hierbei um eine Aktion des zivilen Ungehorsams, d.h. um eine illegale gewaltfreie Aktion. Die Definition der Gewalt ist juristisch, gesellschaftlich und politisch umstritten. Obgleich das Recht verbindlich ist und sein muß, unterliegt es doch dem gesellschaftlichen Wandel. So war beispielsweise der Streik lange Zeit eine strafbare Handlung bzw. Unterlassung, während er heute als legale und legitime Mittel des Arbeitskampfes gilt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich die Rechtsprechung auch in dieser Frage im Lauf der Zeit wandelt. Es

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

besteht jedoch Einigkeit darüber, daß die Verletzung oder Tötung von Menschen bei politischen Auseinandersetzungen Gewalt ist und deshalb abzulehnen ist.

Auch in der Frage der „Gewalt gegen Sachen“ gibt es unterschiedliche Meinungen. Die einen lehnen „Gewalt gegen Sachen“ — in welcher Form auch immer — ab. Anderen erscheint die Verwendung des Begriffs „Gewalt gegen Sachen“ wenig hilfreich. Sie schlagen vor, anstelle von „Gewalt gegen Sachen“ konfig die Begriffe Sachbeschädigung oder Sabotage zu verwenden. Auch sie lehnen Sachbeschädigung oder Sabotage — von Ausnahmefällen abgesehen — ab. Als solche Ausnahmefälle sehen sie Sachbeschädigungen oder Sabotageakte an, die Menschen aus Gewissensgründen glauben ausführen zu müssen, wobei sie sich zu ihrer Tat bekennen und bereit sind, die Folgen zu tragen.

Gerade die bitteren Erfahrungen aus den gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Jahre müssen als Aufruf an alle verstanden werden, sich zusammenzusetzen, um miteinander nach Ausgleich und gemeinsamen Wegen zu suchen und dadurch ein Mindestmaß an Übereinstimmung zu finden.

Die Wahrnehmung der Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Mittel der gesellschaftlichen Konfliktbearbeitung; ihr kommt im Rahmen der politischen Diskussion der Information und der Mobilisierung der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu. Demonstrationen sind legale und legitime Mittel, um auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen. Das Prinzip des Gewaltverzichts sollte dabei die gemeinsame Basis sein.

Schon aus ihrem Selbstverständnis heraus müssen Ökologie- und Friedensbewegung darauf hinwirken, daß politische Konflikte nicht mit Gewalt ausgetragen werden.

Durch sorgfältigen, die möglichen Folgen bedenkenden Gebrauch von Begriffen wie Widerstand, Legitimität/Illegalität, Recht/Unrecht lassen sich Mißverständnisse und daraus resultierende Eskalationen vermeiden.

Die Medien sollten in ihrer Berichterstattung berücksichtigen, daß zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und Gewaltsamkeit von Aktionen ein unhelvolter Zusammenhang besteht, weil Gewalttätigkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher erregen als gewaltfreie.

Daß zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und Gewaltsamkeit von Aktionen ein unhelvolter Zusammenhang besteht, weil Gewalttätigkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher erregen als gewaltfreie Auftritte oder mühevoll politsche Überzeugungsarbeit.

Die Medien sollten sich um faire, ausgewogene Berichterstattung über die jeweilige Problematik der Ziele, Vorhaben und Aktionen des bürgerlichen Protests bemühen und dafür sorgen, daß der Darstellung von Gewalttätigkeiten nicht der Vorzug vor der Berichterstattung über friedliche Aktionen eingeräumt wird.

Journalisten sollten den möglichen Effekt sehen, daß bei Minderheiten, über die ausführlich berichtet wird, ein Gefühl vermeintlicher Stärke und des „Wir haben Recht, die Medien stehen hinter uns“ entstehen kann, das die Bereitschaft, gewalttätige Handlungen zu begehen, verstärkt. Gewalttätigkeiten können daher das unerwünschte, aber auch vorhersehbare Ergebnis bestimmter Berichterstattung sein.

Die Ausübung des Demonstrationenrechtes erscheint nur da sinnvoll, wo es Wirkung entfalten kann. Es kann aber notwendig werden, in aufgeheizten Situationen auf Massendemonstrationen in der Nähe strittiger Objekte zu verzichten, um einen gewaltsamen Verlauf zu vermeiden.

Ein enger Kontakt zwischen Veranstalter/Leitern von Versammlungen oder Teilnehmern von Aktionen und den zuständigen Behörden vor, während und nach der Veranstaltung fördert das gegenseitige Verständnis und erleichtert allen Beteiligten die Einschätzung der Situation und die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben. Dabei sollten die Möglichkeiten der direkten Kontaktaufnahme in

der Vorbereitung, in der ständigen Verbindung während der Veranstaltung und in einem Gespräch danach zur besseren gegenseitigen Information, aber auch zur gemeinsamen Nachbereitung gesucht und ausgeschöpft werden.

Eine umfassende, möglichst auch gegenseitige Information sowohl der Demonstranten als auch der eingesetzten Polizeibeamten kann zum Abbau von Feindbildern, zum besseren gegenseitigen Verständnis und damit zum friedlichen Ablauf von Demonstrationen beitragen.

Die Polizei ist ein zur neutralen Rechtsanwendung verpflichtetes Vorkzugsorgan, sie ist nicht der politische Ansprechpartner.

Die ungehinderte Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte zu gewährleisten, also das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu schützen, ist für die Polizei eine erste und wichtigste Aufgabe. Die Polizei nimmt daher eine sorgfältige, der besonderen Bedeutung des Demonstrationenrechtes Rechnung tragende Abwägung konkurrierender Rechte und Rechtsgüter vor. Die Polizei muß den Begriff der Gewalt am geltenden Recht messen. Sie darf nicht aus rechtsphilosophischen Überlegungen über Legitimität und Legalität unterscheiden zwischen Gesetzen, die man beachten muß und Gesetzen, die man nicht zu beachten braucht. Sie ist daher nicht zur vorübergehenden Hinnahme von Rechtsbrüchen aus politischen Gründen befugt. Indem sich die Polizei an das geltende Recht hält, werden ihre Reaktionen und Maßnahmen für alle Betroffenen kalkulierbar. Sie macht damit das Risiko überflüssig, zu erproben, wie weit man mit Aktionen gehen kann. Rechtsstaatliche Prinzipien lassen es nicht zu, daß die Polizei bei strafbaren Handlungen tatenlos zusieht. Rechtsverletzungen in Form von Straftaten lösen daher — aufgrund der Strafverfolgungspflicht der Polizei — vorhersehbare polizeiliche Maßnahmen aus. Die Polizei bemüht sich jedoch, durch lageangepasste und verhältnismäßige Reaktionen Eskalationen zu vermeiden.

Die Polizei legt ihrem Einsatz bei Demonstrationen folgende Leitlinien zugrunde:

- Bereitschaft zum Gespräch mit den Veranstaltern und zur Beratung, der Wahrnehmung von Ordnungsaufgaben und der Verkehrsabwicklung
- Unterstützung aller Bemühungen der Veranstaltungsleitung, die der Friedlichkeit der Veranstaltung dienen
- Frühzeitige Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung von Ordnungsaufgaben und der Verkehrsabwicklung
- Unterstützung aller Bemühungen der Veranstaltungsleitung, die der Friedlichkeit der Veranstaltung dienen
- Frühzeitige Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung von Tumultdelikten (z.B. Auflagen, Entwarnung anreisender Gewalttäter)
- Sorgfältige Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit

- Differenzierung zwischen friedlichen, verbal-radikalen und gewalttätigen Beteiligten
- Zurückhaltung bei der Wahrnehmung des staatlichen Gewaltmonopols und flexibler Einsatz staatlicher Machtmittel
- Konsequente Verfolgung von Gewaltdelikten.

Die polizeiliche Vorbereitung auf Demonstrationen soll auf gründlicher Lagebeurteilung beruhen.

Die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten und der sich daraus ergebende laufende Kontakt vor, während und nach einer Veranstaltung erleichtert die polizeiliche Lagebeurteilung und Einsatzvorbereitung. Sie helfen, die den gewaltfreien Verlauf einer Demonstration gefährdenden Mißverständnisse und Verhaltensweisen zu vermeiden, und führen dazu, daß alle Beteiligten entspannter auf Konfliktituationen zugehen und mit ihnen umgehen. Der Einsatz von Verbindungspersonen ist zu empfehlen.

Die Polizei wird sich auf neue gewaltfreie Aktionsformen durch entsprechend defensives Auftreten und Einschreiten einstellen.

Die Polizei kann sich nur dann deutlich zurückhalten, wenn ihre Lagebeurteilung dies zuläßt. Erleichtert wird ihr dies, wenn

- eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten erfolgt
- das Freihalten der Demonstrationen oder Aktionen von Gewalttätigkeiten möglich erscheint

und sie deshalb einen friedlichen Verlauf annehmen kann.

Alle Beteiligten sollten sich bemühen, Mißverständnisse und provozierend wirkende Verhaltensweisen und Maßnahmen zu vermeiden. Dazu gehören

- das Nichtankündigen von Versammlungen und Aktionen
- die Bewaffnung von Demonstranten
- das Verhöhnern oder Beleidigen von Polizeibeamten
- Aktionen und Maßnahmen, die Personen unverhältnismäßig behindern, bedrohen oder gefährden
- aggressiv wirkendes Auftreten von Demonstranten und Polizeikräften
- unnötig, überzogen oder unverhältnismäßig wirkende polizeiliche Einsatzmaßnahmen
- unnötige Machtdemonstrationen von Seiten der Polizei und der Verbände/Veranstalter, aber auch der Politiker

Alle Beteiligten sollten bemüht sein, sowohl die eigenen Möglichkeiten und Grenzen als auch die des potentiellen oder tatsächlichen Konfliktpartners zu beachten. In regionalen und örtlichen Gesprächen sollten anlaßbezogen die zahlreichen Ansätze guten Willens ausgebaut werden. Es sollten Absprachen und Regelungen gesucht werden, um Konfliktsituationen zu

entschärfen und Fehler konkret am jeweiligen Einzelfall zu besprechen.

Weitere Gespräche zwischen Vertretern von Regierung, Parteien, Behörden, Polizei, Bürgerinitiativen, Verbänden und Kirchen kön-

nen dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, gegenseitige Verständigungsbereitschaft zu fördern und zu einer differenzierten gewaltfreien politischen Auseinandersetzung zu kommen.

Zitate von Wolfgang Sternstein, Friedens- und Konfliktforscher

„Für den Erfolg einer Kampagne ist es entscheidend, ob man aus der Offensive oder aus der Defensive heraus handelt.“ (Umweltmagazin 1/84)

„Der Angreifer muß die Fähigkeit besitzen zu eskalieren. Ist er dazu nicht imstande, so geht die Initiative an den Gegner über“ (Ebenda).

„Doch über Menschenkette und Blockade hinaus gab es kaum Überlegungen zur Eskalation des Widerstandes. (...) Die Pflugschar-Gruppe wollte einen Teil dieser Vorarbeit leisten, um — wenn nötig — nach den Blockadeaktionen die nächste Sprosse auf der Leiter des gewaltfreien Widerstandes zu erklimmen“ (Ebenda).

„Vielleicht wird es die Friedensbewegung endlich lernen, eine eigenständige Strategie zu entwickeln, in die Offensive zu gehen, zu agieren statt zu reagieren“ (Ebenda).

Zu den Grünen und Alternativen in der Zeit der Diskussion um die Herausbildung der Grünen Partei:

„Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die meisten Politiker Opportunisten sind. Wenn sie erkennen, daß die Übernahme ökologischer Forderungen wahlentscheidend sein kann, werden sie sich beeilen, diese Forderungen in ihr Wahlprogramm aufzunehmen (siehe die SPD von Schleswig-Holstein). Deshalb meine Empfehlung: Vergeßt die Grünen und Alternativen! Statt Geld und Arbeit in Wahlkämpfen zu vergeuden, steckt es lieber in die Bürgerinitiativen. Je früher wir erkennen, daß der parlamentarische Weg ein Irrtum war, desto besser. Noch haben wir die Chance uns als außerparlamentarische Bewegung zu regenerieren. Nutzen wir sie!“ („faz“, 16.2.82)

„Nein, die wahre Alternative lautet nicht: Fundamentalopposition oder Kooperations- und Koalitionsbereitschaft, die wahre Alternative lautet nach wie vor: Soll die Alternativbewegung den parteipolitisch-parlamentarischen Weg beschreiten“

„Nein, die wahre Alternative lautet nicht: Fundamentalopposition oder Kooperations- und Koalitionsbereitschaft, die wahre Alternative lautet nach wie vor: Soll die Alternativbewegung den parteipolitisch-parlamentarischen Weg beschreiten oder den Weg der außerparlamentarischen Basisbewegung, die im Bündnis mit den Ökoflügeln der etablierten Parteien konkrete ökologische Forderungen durchsetzt? Ich plädiere mit Leidenschaft für das letztere“ („faz“, 16.2.82).

Es gibt noch Wunder

Bei einer „Spaziergang“-Demo am Atomwaffen-Depot Müllingen Anfang März ereignete sich dies:

Ein zauberhaftes Besuchen wurde von zwei amerikanischen Soldaten festgenommen. Sie brachten ihn zu einem der Wachräume, wo er sich mit über dem Kopf verschobenen Armen auf den Bauch legen mußte. Er wurde auch Waffeln durchsicht, wobei er mehrere runde Schläge einstecken mußte. Danach verbanden sie ihm mit einem T-Shirt die Augen und entscherten ihre Gewehre. Einer sagte dem Festgenommenen: „Wir sind hier nun erschienen.“ Nach dieser Scheinmilitärübung übergeben ihn die beiden Amerikaner dem deutschen Militär. (faz, 6.3.84)

Wenn man nicht wollte, so eine Begegnung auch sehr viel netter und lustiger verlaufen kann, könnte man tatsächlich ein falsches Bild von unseren Freunden und Verbündeten bekommen. Aber normalerweise sind sie ganz anders. Nämlich so: Man steigt einfach durch den Zaun (vorher Loch einschneiden!) in einen US Stützpunkt ein, geht zügig auf die dort stehenden schweren Sattelgeschlepper (Transportfahrzeuge für die Pershing 2) zu, zerlegt alle erreichbaren Elek-

trokabel und Hydraulikschläuche mit einem Bolzenschneider (den muß man allerdings selbst mitbringen), haut mit einem Vorschlaghammer (ebenfalls mitzubringen) die Scheiben des Fahrzeuges ein (fest schlagen, nötigenfalls auch mehrmals) und drischt mit dem Hammer auf Amateurentwürfe. Der Sachschaden liegt dann irgendwo zwischen 10 000 und 100 000 DM. Nun setzt man sich auf den Boden, singt beispielsweise „We shall overcome“ („99 Luftballons“ geht auch ganz gut) und wartet ab, bis die Amis endlich kommen. Die lassen sich gewöhnlich Zeit, so mehr als 10 Minuten kann das schon noch dauern. Und dann spielt sich etwa folgende Szene ab:

„Näheren sich „einige Soldaten von der Kavallerie her...“ wie neugierige Passanten, die einer Prügelei unter Zuschauern zuschauen. Die orangefarbenen GIs kamen — meist unbewaffnet, langsam immer näher, obwohl ihre Zahl sich vermehrte. Militärpolizei oder ein erkennbarer Befehlshaber schritten an diesem Sonntagmorgen nicht zu existieren.“

Es ist nämlich der Friedens- und Konfliktforscher Sternstein, dem solches kühnhaft widerfahren ist. Sternstein

also berichtet weiter:

Die GIs gingen im Bogen um uns herum und bewachten den Schaden an dem Fahrzeug so gewissenhaft, als ob sie gar nichts damit zu tun hätten. Ich habe keine Spur von Aggression um gegen über bemerkt.

Nach weiteren zwanzig Minuten, in denen die vier unbewaffnet, nun stehend und sich warm stampfend, an ihrem Platz verweilten, erschienen zwei deutsche Polizeibeamte in Zivil ohne Bewaffnung und mit einem aufgeklärten „Guten Morgen“ auf dem Schauplatz.

Den Bericht verdanken wir dem „Spiegel“ (12.12.83). Das Ereignis selbst fand am 4. Dezember statt. Angekündigt worden war es — anständige Menschen haben keine Geheimnisse — in aller Öffentlichkeit schon mehr als einen Monat vorher. In einem, wie sie es selbst nannten, „langen March“ hatten sich Sternstein und drei Kampfgeliebte seit dem 3. November quer durch die BRD bewegt. Im Gepäck befand sich — außer den schon erwähnten Werkzeugen — auch ein richtiger Pflug, weshalb man das Unternehmen auch als „Pflugschargruppe“ bezeichnete.

In einem Land, wo sonst schon weit weniger manifest und öffentlich bekundete Tatvorsätze für Razzien und lange U-Haft ausreichen, ließ man die Sternstein-Truppe ruhig durchs Land ziehen, obwohl sie immerhin ihre Absicht bekanntgegeben hatte, „Atomwaffen unbrauchbar machen“ zu wollen. Man ließ sie ungehindert in einen

US-Stützpunkt eindringen, obwohl (oder vielleicht weil?) es sicher ein leichtes war, den kleinen Trupp unter ständiger Beobachtung zu halten. Und die US-Soldaten zeigten sich an diesem Tag von ihrer überbesetzten Seite, obwohl ihre Kameraden gerade ein paar Tage vorher beim Flugtag in Ramstein sogar ganz harmlose Flugblatt-Verteiler grob in Schandek hatten.

Endgültig wird sich das Geheimnis des 4. Dezember wohl niemals klären lassen. Eine Möglichkeit jedoch wird man mit absoluter Sicherheit ausschließen müssen: Daß der gesamte Vorgang von Anfang bis Ende abgesprochen war. Daß sich Sternstein und Company vor ihrem Besuch korrekt bei den Amerikanern angemeldet hatten. Daß der anstehende Sachschaden schon in groben Zügen zwischen den beteiligten Stellen ausgehandelt war. Daß gar schon Geld oder finanzielle Sicherheiten vor der Aktion hinterlegt worden waren. Daß hinter dem ganzen Vorgang die tiefere Absicht stand, Sternstein als einen „Mann der Tat“ dastehen zu lassen und ihm damit Planzenschutz für seine Deklamationsgespräche mit der Polizeiführung zu geben. Alles das, um es noch einmal unmissverständlich zu wiederholen, muß kategorisch ausgeschlossen werden. Ein Wunder kann das Ganze durchaus gewesen sein, aber bestimmt keine Schweinerei!

Kl., Hamburg

Wer ist die „Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.“?

„Gespräche über die Ausgestaltung von Umweltkonflikten gibt es im Rahmen der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.), eines Beratungs-gremiums der Bundesregierung, in dem Vertreter der Behörden (BMU (Innenministerium), Umweltschutzverbände (DNR (Deutscher Naturschutzring), BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz), der Gewerkschaften, der Industrie, der Kirchen u. a. sitzen, schon seit Jahren. Die Öffentlichkeit nahm davon, wie auch von den übrigen Aktivitäten der AGU, kaum Notiz.“, schreibt Wolfgang Sternstein, Vorsitzungsmitglied des BBU, dem wir an dieser Stelle ganz besonders herzlich für seine nicht vorhandenen Beiträge über die AGU danken wollen. Aber recht hat er schon, es lohnt sich, die AGU etwas genauer anzusehen. Doch bevor wir das tun, wollen wir noch kurz weitergehen in Sternsteins Text über die Geschichte der Deeskalationsgespräche: „Auf Anregung von Staatssekretär Günter Hartkopf (Innenministerium und AGU) — Anm. AK) und Ministerialdirigent Menke-Gluckert (AGU — Anm. AK) fanden im Oktober 1982, im März 1983 und im September 1983 Gespräche auf Landesebene statt (gemeint sind die Stuttgarter Gespräche — Anm. AK), an denen auch die Polizeiführung des Landes Baden-Württemberg sowie Vertreter der politischen Parteien, der Presse (wenn auch nicht in ihrer Eigenschaft als Berichterstatter — im Gegenteil, mit den anwesenden Journalisten wurde vereinbart, von einer Presse- oder Funkberichterstattung über das Treffen abzusehen), Protokoll des 2. Deeskalationsgesprächs (Anm. AK) und der Wissenschaft teilnahmen. Gastgeber war die Evangelische Kirche.“

Wer die AGU, die die Deeskalationsgespräche auf den Weg gebracht hat, ist, hat Sternstein, der es doch genauer weiß, leider nur ganz allgemein gesagt. Dabei ist diese Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V. Matthias-Grünwald-Straße 1-3, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/375105, eine höhere Bezeichnung wert, sitzen hier doch hochrangige Kapitalistenvertreter, Politiker, Ministerialbeamte mit eher rechtlicher Umweltschutzverbänden zusammen, aber auch der BBU darf nicht fehlen. Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands ist Dr. jur. Benno Weimann, MdB, Nordrhein-Westfalen, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen (über 450 Millionen DM Jahresumsatz), Präsident der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V.

Stellvertretende Vorsitzende sind Dr.-Ing. F. H. Kurt Oeser, Beauftragter des Rates der EKD (Ev. Kirche Deutschlands) für Umweltfragen und Dr. jur. Karl-Helz Kurten, Generaldirektor, langjähriger Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Duisburg, Vorstandsvorsitzender der Thyssen Niederrhein AG, Vorstandsmitglied der August Thyssen Hütte AG, verschiedene Aufsichtsratsmandate, Rotarier.

Mitglieder des „Hauptausschusses“ sind u. a.:

- Dr. jur. Klaus Böhmer, Ministerialdirigent a. D., Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf, verschiedene Vorstandsposten, u. a. im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und im Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung
- Dr. rer. nat. Otto Koch, Vorstandsmitglied der Bayer AG, Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft
- Dr. rer. pol. Hans Werner Oberlack, Vorstandsvorsitzender der Hamburgischen Elektrizitätswerke (Stachwort Brokdorf), Rotarier
- Dr. jur. Günter Hartkopf, Staatssekretär im BundesInnenministerium, Alfred Dick, Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen, CSU
- Dr. rer. pol. Volker Hauff, Ex-Bundesminister für Forschung und Technologie, SPD
- Franz Kruppenstedt, Präsident des Staatlichen Bundesamtes
- Dr. jur. Achim Rohde, Regierungspräsident von Düsseldorf

(Informationen aus der westdeutschen Ausgabe des „Who is who“ von 1981).



AUFRUF

AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE FRAUEN GEGEN FRAUENUNTERDRÜCKUNG, RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT!

ERSTER GEMEINSAMER FRAUENKONGRESS

GEGEN DIE BESONDERE UNTERDRÜCKUNG VON AUSLÄNDISCHEN MÄDCHEN UND FRAUEN

IN FRANKFURT
VOM 23.—25. MÄRZ 1984
IN FACHHOCHSCHULE
NORDWESTSTADT,
LIMESCORSO

Veranstalterinnen dieses Kongresses sind Frauen und Frauengruppen aus Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Kurdistan, dem Iran, aus Afrika, Asien und Lateinamerika sowie der Bundesrepublik Deutschland-West-Berlin. Über ihre Ziele schreiben die Frauen in ihren Aufruf folgendes: Unser großes Frauentreffen soll keine „Fachtagung“ werden, von

der viele interessierte Frauen und Mädchen von vornherein ausgeschlossen sind. Wir sehen auch in der Situation der Immigrantinnen keine Marktlücke für „forachende Soziologinnen und Sozialpädagoginnen“. Wir wollen kein „Modellheim“ sein! Für uns ausländische Frauen wird es höchste Zeit, daß wir aus unserer Isolation, d. h. aus unserer Vereinsamung im täglichen Kampf gegen die Unterdrückung unter der Gesetzgebung — Männer — Arbeitsplätze und gesellschaftliche Diskriminierung das Schweigen brechen im Austausch untereinander oder auch im Austausch mit deutschen Frauen. Wir wollen aber nicht ihre Maßstäbe zur Grundlage unseres emanzipatorischen Weges machen. Wir werden unsere eigenen Ziele und Formen entwickeln.

Ziel ist, daß wir das Wochenende dazu nutzen, um gemeinsam die dazu das Interesse haben oder betroffen sind, — uns unserer eigenen Stärke bewußt zu werden — Erfahrungen und Wissen auszutauschen — Forderungen aufzustellen und — Aktionsformen und Austauschmöglichkeiten zu diskutieren.

Für uns als deutsche Frauen ist die Beteiligung keine „caritative Zuwendung an die bedauernswerten Schwestern“ und darf auch schon gar nicht die Form und den Inhalt nach als eine Fortsetzung von leiser Integrationspolitik durch die deutsche Frauenbewegung betrieht werden. Indem sie die eigenen Wege und Ziele zum „Maß aller Dinge“ macht.

Nichtmehr haben wir erkannt, daß wir eine Menge an Diskriminierungsformen gemeinsam betrifft. Frauenprobleme werden überall — auch bei den Gegnern von Ausländerfeindlichkeit — nur als Randprobleme diskutiert, das Recht auf Lohn für gleiche Arbeit, auf Ausbildung und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten ist auch für uns als deutsche Frauen in der Praxis nicht verwirklicht, existiert

schlechte Werbung, Angriffe auf das Recht am eigenen Körper, Gewalt gegen Frauen bestimmen unseren Alltag. Was wir gemeinsam entwickeln wollen, ist wirklich gegenseitige Unterstützung. Was wir gemeinsam erreichen wollen, ist das große Schweigen brechen und auf der Isolation und Vereinzelung hervortreten. Das Unrecht gegen ausländische Frauen ist ein Unrecht gegen alle Frauen!

Der Programmablauf sieht wie folgt aus:
Freitagabend 23.3. — 19 bis 20 h
Eröffnungveranstaltung „Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik“

Samstag 24.3.
Arbeitsgruppen u. a. zu Themen wie:
— die rechtlichen Grundlagen für die Diskriminierung ausländischer Frauen und deren Vernehmungen
— Auswirkungen von Diskriminierungen, Folgen von Fremdenhassgefühlen
AusländerInnen — die „Exotinnen“? Alltäglicher Sexismus und Rassismus
— Religion — letzter Halt oder eiserner Fessel?
— Die Situation der Mädchen aus der 2. Generation
— Zur Lage der erwerbstätigen Frauen
— „In der Diskussion das Schweigen lernen...“ — Frauen in organisierten politischen Zusammenhängen
— Was verbindet uns...? Ausländerinnen über deutsche Frauen — Deutsche über Ausländerinnen.

Sonntagabend 18 h
Großes Frauenfest „Gemeinsam, sind wir stark!“

Sonntag 25.3., 10 h
Gemeinsames Abschlußplenum, Auswertung, Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen.

CDU/CSU-Abgeordnete legen Gesetzentwurf vor:

Soll die Finanzierung der Abtreibung abgeschafft werden?

Kaum veröffentlicht die Bundesregierung ihr Programm „Schutz des ungeborenen Lebens“, mit dem sie eine Reihe „stärkender Maßnahmen“ zum § 218 ankündigt (s. AK 243), bringen 74 CDU/CSU-Abgeordnete einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, mit der die Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Notlagenindikation abgeschafft werden soll. Hatzen nicht viele befürchtet, daß die Propagierung des Schutzes „angeborenen Lebens“ und die Einrichtung einer Bundesmutter „Mutter und Kind“ hauptsächlich ideologische Ziele verfolgen und Wegbereiter sein würden für Maßnahmen, die den § 218 verschärfen?

Der Gesetzentwurf

„Die Pflichtversicherten haben vor dem Hintergrund des Verfassungsauftrages zum Schutz des Lebens einen Anspruch darauf, daß der Staat soziale Notstände mit sozialen Hilfsangeboten ausgleicht und sie nicht gezwungen werden, über ihre Beitragspflicht gegen diesen von ihnen bezogenen Schutzgedanken verstoßen zu müssen. Der Gesetzentwurf sieht daher vor, die bisherige Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den Fällen der Indikation der „sonstigen schweren Notlage“ nach § 218 a Abs. 2 Nr. 3 Strafgesetzbuch durch die soziale Krankenversicherung abzuschaffen.“ (Gesetzentwurf, Bundestagsdrucksache 10.941)

Und da „konsequenterweise die Regelungen über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei Schwangerschaftsabbrüchen auf die Fälle einzupengen sind, für die Ansprüche auf Leistungen in der sozialen Krankenversicherung bestehen“ (s. a. O.), soll mit der Finanzierung durch die Krankenkassen auch gleich die Lohnfortzahlung bei einem Abbruch nach der Notlagenindikation abgeschafft werden.

Die „mindestens 40 bis 60 Mio. DM jährlich“ Einsparnisse für die Arbeitgeber, die dabei werden berechnungsweise in der Begründung des Antrages speziell hervorgehoben.

Für Frauen bedeutet das, in Zukunft nicht nur teurere und medizinisch schlechtere Abtreibungsmöglichkeiten zu haben, sondern außerdem unbezahl-

ten Urlaub nehmen zu müssen — oder das gesundheitliche Risiko auf sich zu nehmen, nach zwei Tagen schon wieder arbeiten zu gehen.

Die Begründung dieses Gesetzentwurfs erhebt stark an die Klage von Frau Zöller vor dem Dortmunder Sozialgericht. Auch dort ging es um die gesetzliche Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Im Gesetzentwurf der 74 Abgeordneten heißt es: „Insbesondere können Mitglieder der Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung nicht gezwungen werden, ihre Beiträge gegen den Schutz der Lebensfrucht für einen so gesundheitlich bedenklichen Schwangerschaftsabbruch im Rahmen der Indikation der „sonstigen schweren Notlage“ einzusetzen zu lassen.“ (s. a. O.)

Frau Zöllers Klage bzw. der auf diese Klage vom Dortmunder Sozialgericht ergangene Vorlagenbescheid ist schon seit Ende 1981 vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig. Denn Frau Zöller will gleich die Finanzierung von nicht medizinisch indizierten Abtreibungen durch die gesetzlichen Krankenkassen für verfassungswidrig erklärt sehen. In Karlsruhe jedoch, das sich seit inzwischen heraus, wird so schnell nicht entschieden — genauer gesagt, bis 1985 auf keinen Fall.

Statt Karlsruhe jetzt Bonn?

Und genau das ist der Hintergrund des parlamentarischen Vorstoßes der 74 Unionsabgeordneten: Bis zur Entscheidung in Karlsruhe nämlich wollten

CDU/CSU und FDP, so die Koalitionsvereinbarung, abwarten, in der leisen Hoffnung, auf diese Weise einen Koalitionsfrieden störenden Differenzen hochrichterlich entledigt zu werden.

Aber so lange wollten die Abtreibungsgegner jetzt nicht mehr warten — gehören sie doch größtenteils zu denen, die mit der Wende unbedingt eine Verschärfung des § 218 verbunden — und sich bereits emsig darum bemüht.

Schon im Frühsommer letzten Jahres sammelten sich die ersten 18 CDU-Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg um eine Initiative, die damals bereits die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert sehen wollte. Koalitionsfrieden hin, Koalitionsfrieden her, schon kurz nach der Wahl der Koalitionsregierung waren sie der Meinung, es „dürfte... nicht gewartet werden bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts“ („Südwestpresse“, 1.6.83).

Im November '83 waren es schon 52 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete, die eine derartige Gesetzesinitiative in der Presse ankündigten. In letzter Minute konnten sie noch einmal zu mehr Geduld überredet werden. Offensichtlich nicht zum ersten Mal wurde dann an einer „gemeinsamen Linie“ gearbeitet, die auch vom Koalitionspartner FDP akzeptiert werden konnte. Als dieser Versuch scheiterte, schalteten die (in der Mehrzahl wieder baden-württembergischen) CDU/CSU-Abgeordneten erneut die scharfen Abtreibungsgegner der Unionsfraktionen um sich und brachten jetzt zum 31.1.84 die Gesetzesinitiative in den Bundestag ein — mit schließlich 74 Abgeordneten. „Viele andere“, so CDU-MdB Herbert Werner aus Ulm, „haben auch gern mitgemacht. Ihnen sei jedoch letzten Endes der Koalitionsfrieden wichtiger gewesen.“ („Südwestpresse“, 28.1.84)

Frauen gegen Männer?

Als erstes meldete sich jedoch Protest gegen die Gesetzesinitiative an, nicht vom liberalen Koalitionspartner — sondern von den CDU-Frauen! Im Namen der weiblichen Fraktionsmitglieder distanzierte sich die CDU-Abgeordnete Renate Hellwig von dem Gesetzentwurf und kündigte „eine eigene Initiative“ der CDU-Frauen an. Der „Männer-Antrag“ („I.R.“ vom 20.2.) sei „nicht geeignet, praktisch und wirksam ungeborenes Leben zu schützen.“ („Südwestpresse“, 1.2.84)

Auf den Gegenantrag unserer 18

CDU-Schwestern, die „geschlossenen Widerstand“ („FR“, 20.2.) gegen den Gesetzentwurf angekündigt hatten, durfte Frau also gespannt sein.

Mensch mag den CDU-Frauen zugute halten, daß sie offen aussprechen, was sowieso alle wissen, nämlich: „daß mit dem Versuch, Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr durch die Krankenkasse bezahlen zu lassen, keine einzige Abtreibung verhindert“ wird. („I.R.“, 20.2.)

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß selbstverständlich auch der weibliche Teil der Reaktion reaktionär ist und ebenso wie der männliche gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau und gegen den „Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft“ (so Strauß nach „FR“, 20.2.) zu Felde zu ziehen bereit ist. Unterschiede bestehen höchstens graduell und in Fragen der Taktik.

Der so großartig angekündigte „Gegenantrag“ besticht dann auch nicht viel anders als der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm „Schutz des ungeborenen Lebens“. Ähnlich wie dieser enthält er viele Appelle, die Gesellschaft kinderfreundlicher zu gestalten, Hausfrauen und Müttern die Rückkehr ins Erwerbsleben zu erleichtern, und einige Anregungen, Familien neuerlich zu entlasten, das Erziehungsgeld nicht aus dem Auge zu verlieren u. a. m. Ziel des Antrages soll die Erarbeitung eines „Konzeptes... zur Förderung der Familie und zur Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens“ sein, das „als Humaninvestition... für Staat und Gesellschaft nicht nur finanziell belastend (ist), vielmehr stabilisiert es langfristig die Generationensolidarität und kann außerdem dazu beitragen, Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum zu fördern, wenn sich in unserer Gesellschaft Lebensoptimismus und Zukunftsorientierung sowie die Wert- und Sinngehalte von Ehe, Familie und Elternschaft wieder stärker durchsetzen.“ (aus dem Antrag)

Lupenreine CDU/CSU Familienideologie also. Kein Wort in diesem Antrag zu der vorher so lautstark kritisierten Gesetzesinitiative der männlichen Kollegen. Wen wundert's, daß unter den Unterstützern des angeblichen „Frauen-Antrages“ auch Namen von Männern zu finden sind (Kroll-Schlüter, Dr. A. Hammer, Jagoda u. a.), die schon unter der Gesetzesinitiative stehen, ja sogar zu deren Mitinitiatoren zählen.

Lt., Frankfurt

Die verschärfte Ausländerfeindlichkeit trifft zuallererst die Schwächsten

Ende der 70er Jahre hatten die Rom/Cinti zum ersten Mal in der Geschichte der BRD mit Aktionen wie einer Gedenkfeier im ehemaligen KZ Bergen-Belsen, mit einem Hungerstreik in Dachau (Ostern 1980) und mit einem Memorandum an die Bundesregierung begonnen, eine breitere Öffentlichkeit über ihre Lage zu informieren. Von den vor dem zweiten Weltkrieg rund 6 Millionen in Europa lebenden Cinti und Rom wurden 500.000 von den Nazis ermordet. Heute leben 70 - 90.000 Rom/Cinti in der BRD.

In ihrem Memorandum an die Bundesregierung forderten sie:

1. Der an den Rom/Cinti verübte Völkermord soll als Völkermord anerkannt und damit auch eine materielle „Wiedergutmachung“ möglich werden
2. Die (z.T. von den Nazis, z.T. von den BRD-Behörden) aberkannten Staatsangehörigkeiten sollten zurückkannt werden
3. Gesetze mit diskriminierendem Charakter sollen aufgehoben werden, ebenso die angeblich nicht existierenden Landfahrererkartellen.
4. Die Geschichte der Vernichtung der Rom/Cinti soll Eingang in den Geschichtsunterricht finden
5. Rom/Cinti sollen als ethnische Minderheiten anerkannt werden.
6. Ein Wohnungsbauprogramm, das sich an den kulturellen Traditionen der Rom/Cinti orientiert, soll erstellt werden
7. Es müssen Schulmöglichkeiten, Wohnwagenplätze geschaffen werden, ferner muß für Berufsausbildung, soziale Absicherung und Gesundheitsfürsorge gesorgt werden
8. Ausdrücklich wird gegen den Rassismus auf deutschen Campingplätzen („Für Landfahrer verboten“) Stellung genommen
9. Die Rom/Cinti fordern eine paritätische Beteiligung an Ausschüssen und Institutionen, die sich mit ihren Angelegenheiten befassen.
10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Sprecher der Roma-Welt-Union zu einem Gespräch zu empfangen.

Von Hamburg bis München, von Kiel bis Darmstadt: Große Koalition in der „Zigeunerfrage“

Von Hamburg bis München, von Kiel bis Darmstadt: Große Koalition in der „Zigeunerfrage“

In den vier Jahren, in denen die Rom/Cinti nun schon versuchen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, hat sich außer der Einrichtung einiger „Modellversuche“ für die Mehrheit der Rom/Cinti nicht viel verändert. Im Gegenteil: Mit steigender staatlich verordneter Ausländerfeindlichkeit mehrten sich die Angriffe aller Art, so sollten zwar die Richtlinien für Campingplätze geändert werden, trotzdem wurde es Ende Juni 1983 von einem Amtsgericht in München abgelehnt, einen Strafbefehl gegen eine Campingplatzbesitzerin zu erlassen, die „Zigeunern Zutritt auf ihrem Platz grundsätzlich verboten“ hatte.

So soll jetzt eine aus Jugoslawien stammende Roma-Sippe aus Darmstadt ausgewiesen werden. Drei Abschiebungsverfügungen waren Anfang Januar schon ergangen, fünf weitere sind angekündigt. Allen anderen wurde angekündigt, sie würden für 1984 keine Aufenthaltsgenehmigung mehr bekommen. Der SPD-Oberbürgermeister von Darmstadt hatte sich bereits im Sommer 1983 durch seine rassistische Einstellung hervorgetan, als er wegen „akuter Seuchengefahr“ die Unterkünfte der Roma-Familie abreißen ließ, während sich die Sippe im Norden der BRD aufhielt.

Schon längere Zeit war die Sippe durch eine Reihe städtischer Vertriebsversuche in Angst und Schrecken gehalten worden. Mal wurde mit Abschiebung gedroht, mal mit Ausweisung, die Fremdenpässe wurden voranhalten, Sozialhilfe trotz Anspruch nicht ausbezahlt, ständige Polizeirazzien verbreiteten Angst unter den 23 Männern, Frauen und Kindern. Höhepunkt des täglichen Terrors war die Zerstörung der Unterkünfte im September 1983. Möbel, Hausrat, Kleider, Marien Altäre, Fotos, Erinnerungsstücke an Verstorbene wurden mit dem Bagger niedergewalzt. Der SPD-OB behauptete, er hätte geglaubt, die Roma „seien wegerzogen“ (und das unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe einschließlich ihrer Werkstatt, in der sie Kessel und Topfe herstellten).

„In keinem Land dieser Erde und an keinem anderen Volk wurde mit solch einer Kontinuität und Intensität Unrecht jeglicher Art geübt wie hier in Deutschland an uns, den sogenannten „Zigeunern“. Eine der wenigen Aufgaben bei der quer durch alle Gesellschaftsschichten eine gewisse Einigkeit bestand, war die Bekämpfung der „Zigeunerplage“. Den Bemühungen, diese „kulturell minderwertigen Asozialen“ auszutüglern, schienen keine moralischen Grenzen gesetzt. Doch alle Verfolgungsmaßnahmen des Mittelalters wurden von den Perfektionisten des nationalsozialistischen Rassenwahns in einen schrecklichen Schatten gestellt. Welt über 500.000 Roma und Cinti fielen ihm zum Opfer, wurden durch Nazi-Schergen mit Zwangsarbeit zu Tode geknechtet, erschossen, vergast, vergewaltigt und zu bestialischen pseudomedizinischen Experimenten missbraucht. Doch auch heute, fast 40 Jahre nach Zerschlagung des Hitler-Faschismus, ist unser Volk wie eh und je der Willkür und den Vorurteilen von Behörden und Gesellschaft ausgesetzt. So gehören für uns politisch-ethnische Erfassung, Campingplatzverbot, Razzien, Abschiebung von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, ebenso zum bundesdeutschen Alltag, wie das Dahinvegetieren am Rande dieser Konsumgesellschaft. Mit welchem Maß soll man eine Gesellschaft messen, die durch Vorurteile und rationales Kastendenken Begriffe wie Toleranz und Humanität vergewaltigt, in der Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung zum Alltag werden und die Vergangenheit durch fortgesetztes Unrecht bewältigt?“

Diese bitteren Worte stellte R. J. Kawczynski, Vorstandsvorsitzender der Rom und Cinti Union dem „Bericht zur Lage der Rom und Cinti in Hamburg“ (Februar 1982) voran.



Lage der Rom/Cinti in der BRD

aus: Zigeuner — Gert Schwab / Edgar Wüpper



aus: Zigeuner — Gert Schwab / Edgar Wüpper

Während in Darmstadt ihre Unterkünfte zerstört wurden, wurden in Schleswig-Holstein (wo sich die Familie auf Verkaufstour befand) zunächst die Tochter Fatima (12 Jahre) wegen angeblichen Einbruchs und dann die Söhne Dejan (9) und der Pflegesohn Ivan (10), die sich verlaufen hatten, in vorläufige Fürsorgeerziehung genommen. Die Kinder wurden erkenntnisdienlich behandelt und angeblichen Tatzeugen gegenübergestellt. Obwohl das Ergebnis war, blieben die Kinder wegen „drohender Verwahrlosung“ in Fürsorgeerziehung. Die Eltern erhielten über zwei Monate lang nicht einmal eine Auskunft über den Verbleib ihrer Kinder. Anwälte der Familie wurde Aktenansicht verweigert.

Helmut Kubick, verantwortlicher Amtsgerichtsdirektor in Trittau wollte „endlich mal ein Exempel statuieren und mit diesen herumstreunenden Zigeunerbanden aufräumen“ (Stern 43/83).

Die Vorfälle stießen auf öffentliche Proteste und die Stadt Darmstadt wurde vom Gericht verurteilt, winterfeste Unterkünfte für die Familie bereitzustellen. Bis zur Fertigstellung wurden die Roma vor den Toren der Stadt zwischen Autobahn und Müllkippe in Zelten untergebracht, ohne Strom und Wasser. Die fertiggestellte Unterkunft war dann eine Holzbaracke mit ähnlich unzureichenden sanitären Einrichtungen. Und selbst diese Unterkunft ist dem SPD-OB ein Dorn im Auge. Mit fast täglichen Polizeirazzien mit z.T. über 30 Bullen sollen die Menschen vertrieben werden. Der Anwalt der Roma nennt das ein deutliches Zeichen der unverblühten Abschiebestrategie. Mit bloßen polizeilichen Erkenntnissen soll die erforderliche Rechtsgrundlage für die Ausweisung konstruiert werden.

In der Pfalz hatten im letzten Jahr die Verfolgungen der Rom/Cinti schon Pogromcharakter angenommen. Als eine neunköpfige Cinti-Familie nach Besuch bei Verwandten in Heidelberg aufhielt, ließ der Bürgermeister zwei Bauwagen, die den Cinti als Unterkunft überlassen worden waren, von der Polizei aufbrechen und abtransportieren.

Nach der Rückkehr der Cinti-Familie wurden sie vorübergehend in das evangelische Gemeindezentrum eingewiesen. Dort zog gegen Mitternacht eine polizeiliche Menschenmenge auf, die in Sprechchören „Zigeuner raus aus unserer Kirche“ und „Hängt den kleinen Dicken auf“ gröhlete. Ein Mitarbeiter des Zentralrats der Roma/Cinti, der der Familie zu Hilfe eilen wollte, wurde schon am Ortseingang zum Anhalten gezwungen. Als er das Gemeindezentrum betreten wollte, wurde er von mehreren Männern bedroht und umgestoßen. Dann versuchte der Pöbel, das Gemeindezentrum zu stürmen. Die Familie wurde unter Polizeischutz aus dem Zentrum gebracht, aber trotzdem geschlagen und gequält. Der Ortsvorsteher Mathes hat Verständnis für den Rassismus seiner Gemeindeglieder, schließlich seien die Leute alle aufgebrannt und wollten das Zigeunerproblem nicht im Dorf lassen. „Oder haben sie schon mal einen Zigeuner in der Kirche gesehen?“ Außerdem sei es völlig normal, daß Leute am Ortseingang angehalten werden, die Bürger hätten ja ein Recht darauf zu erfahren, wer in den Ort fahre.

Aber um praktizierten Rassismus zu erleben muß man in dieser Republik ja nicht erst in die Provinz gehen. Das rechtssozialdemokratische Mutterland Hamburg steht in der Behandlung der Cinti/Rom anderen Bundesländern nicht nach. Rund 6000 von ihnen leben in der Hansestadt, zum überwiegenden Teil schon seit mehreren Generationen. Im „Bericht zur Lage der Rom und Cinti in Hamburg“ ist nachzulesen, daß seit den 60er Jahren drei „Zigeuner“ von der Polizei „aus Versehen“ getötet worden sind. Für 1981 wurden der Rom und Cinti Union (RCU) weit über 40 Übergriffe der Hamburger Polizei gemeldet. Im Übergangslager in Billstedt ist es für die Polizei zur Routine geworden, sämtliche Wohnungen zweier Sippen zu durchsuchen.

Eines Nachts wurde „die an eine schreckliche Zeit erinnernde Szenerie durch einen über dem Dach kreisenden Polizeihubschrauber hell erleuchtet. Polizeihubschrauber, Maschinenge-

wehre, Mobile Einsatzkommandos bei der Polizei — verängstigte Menschen, darunter viele Kinder, bei den „Zigeunern“. Bilanz dieser Nacht: zwei von der Polizei verletzte erwachsene „Zigeuner“, ein verletztes und fast dreißig unter Schock stehende Kinder. Sichergestellt: eine alte verrostete Schrotflinte“ (Bericht, S. 31).

In Hamburg gab es bis 1980 eine spezielle Fachdirektion 633, die sich mit der Erfassung und Überwachung von in Hamburg lebenden Rom und Cinti befaßte. Vernehmungsvordrucke bei der Polizei enthielten bis heute den Vermerk ZN = Zigeunername. Die Hamburger Standesämter meldeten bis Herbst 1983 nachweislich automatisch Daten über Cinti/Rom wie Geburt, Trauung oder Tod an die Hamburger Innenbehörde. (Eine entsprechende Vorschrift soll seit dem Herbst angeblich nicht mehr existieren.)

Zwar ist das Sammeln solcher Daten mit gutem Grund von den Autoren unserer Verfassung verboten worden, trotzdem wurde eine „Landfahrerverordnung“, die solche Sammlungen ermöglichte, erst 1969 aufgehoben. Noch bis 1971 arbeitete die Landfahrerenzentrale offiziell weiter. Inoffiziell hat die „Landfahrerenzentrale“ bis mindestens 1980 weiter gearbeitet. Akten aus dieser Zeit lagerten im Polizeipräsidium in Hamburg und wurden erst im April 1980 an das Hamburger Staatsarchiv übergeben.

Die RCU verlangte Einsicht in diese Akten (unzweifelhaft enthalten die 1.120 Akten unzählige Informationen über die NS-Zeit und können u.a. für Wiedergutmachungsansprüche und evtl. Strafanzeigen von großem Wert sein). Aber — wie das so bei den Spezialdemokraten ist, man vertraut, verspricht, hält hin, ist nicht kompetent — bis schließlich den Cinti der Kragen platze. Der Archivdirektor des Staatsarchivs, Dr. Ewald und der Bürgermeister Staatssekretär, Dr. Dietrich Haas begründeten ihre Verweigerung der Aktenansicht mit der Behauptung, man müsse, wenn die Cinti die Akten kennen, „Blutache“ betreiben. Eine solche „kriminalpräventive“ Maßnahme

Hungerstrike
of the gypsies to get full
moral compensation for official
diffamation (in the way of the
Nazis) in Bavaria after 1945
until today.

The minister of interior affairs
should give the moral compensation

Hungerstreik
der Sint (Zigeuner)
für moralische
Wiedergutmachung
von Nachkriegsun-
recht.

ist „absolut der gleiche Grund warum wir ins KZ gewandert sind“, sagt dazu Rüdiger Kawczynski. Die Cinti/Rom beschlossen einen Hungerstreik. Sie beteiligten sich demonstrativ nicht an der Eröffnung einer Ausstellung über Roma, Cinti, Manusch und Cale, um auf die Diskrepanz zwischen angeblichem Einvernehmen von Senat und Rom/Cinti und der Wirklichkeit hinzuweisen. Ihren Hungerstreik begannen sie im ehemaligen KZ Neugamme, in dem mindestens 500 Rom/Cinti umgekommen sind. Ihre Forderungen waren u.a. Akleneinacht, Distanzierung von den Äußerungen des Staatsrates Haas, Abschaffung diskriminierender Gesetze wie das Hamburger Wohnungsgesetz, Meldungen der Standesämter an die Polizei etc. (siehe Interview). Aufgrund erster Reaktionen des Hamburger Bürgermeisters unterbrachen die Cinti ihren Hungerstreik. Die ersten „Zusagen“ und „Erklärungen“ sind ein Meisterstück sozialdemokratischer wohlwollend und unverzüglich prüfender und nichts konkretes aussagender Laxheit.

Eine besonders grausame Variante der Verfolgung und Diskriminierung von Rom/Cinti hat man sich in Frankfurt einfallen lassen. Dort wird versucht, mit Hilfe von Röntgenaufnahmen von Cinti/Romakindern (z.T. auch von türkischen Kindern) das Alter zu ermitteln. Gerichtsmedizinern sollen durch Untersuchungen der äußerlichen Körpermerkmale und durch Röntgenaufnahmen des Skeletts herausfinden, wucht, mit Hilfe von Röntgenaufnahmen von Cinti/Romakindern (z.T. auch von türkischen Kindern) das Alter zu ermitteln. Gerichtsmedizinern sollen durch Untersuchungen der äußerlichen Körpermerkmale und durch Röntgenaufnahmen des Skeletts herausfinden, ob die vorgeführten Kinder, die häufig des Fingerringabbaus verdächtigt werden, unter oder über 14 Jahre alt und damit strafmündig sind.

Professor Joachim Gerchow, Direktor des Zentrums der Rechtsmedizin an der Frankfurter Universität, hat nicht nur eine solche Zwangsuntersuchung praktiziert, er forderte auch andere Röntgenärzte auf, ihm Röntgenaufnahmen von „Zigeunern“ zu schicken, damit er „Vergleichsmaterial“ habe, um exaktere Aussagen machen zu können. Seinen Kollegen teilte er brieflich mit, daß die „vielen tausend Einbrüche der letzten Monate Sint-Kindern zugeschrieben“ würden. Um den Kollegen die Suche nach Röntgenaufnahmen zu erleichtern, fügte Gerchow dem Brief noch eine Liste häufiger Zigeunernamen bei.

Daß dies nicht der Ausrutscher eines einzelnen und überflüssigen Rassenfanatikers ist, zeigen die Reaktionen der zuständigen Dienststellen auf Proteste der Grünen, der FR und diverser Initiativen. So kann „der Leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Frankfurt“ überhaupt nicht nachvollziehen, daß diese Maßnahmen in der Zusammenhang mit Begriffen wie „Rassentheorie, Holocaust, Deportation, Konzentrierung und Massenvernichtung, also Verfolgung Unschuldiger“ gestellt werden können (Stellungnahme vom 4.5.1983). Der Herr Oberstaatsanwalt bedauert vielmehr außerordentlich, daß es „keine rechtliche Möglichkeit (gibt), die Kinder auf Dauer festzuhalten und mit Mitteln der Sozialarbeit auf sie einzuwirken“. Zu dem Zeitpunkt konnte er wahrscheinlich den Amtsgerichtsdirektor Kubick in Trittau noch nicht, denn es ja immerhin fast zwei Monate lang gelungen war, die Kinder der Familie Nikolic festzuhalten.

Fortsetzung nächste Seite

AK: Ruiko, ihr habt bei Euren Hungerstreik verschiedene Forderungen an den Senat gestellt. Kannst Du kurz was zu den Forderungen sagen und die bisherigen Ergebnisse nennen?

Ruiko: Unsere Forderungen waren: Eine lang ausschende Stellungnahme des Senats zu unserem „Bericht zur Lage der Rom und Cinti in Hamburg“ von 1982 (und eine Klärung der Finanzierung). Dann haben wir Abschaffung der Ständesamtsverordnung 103 gefordert, nach der alle ständesamtlichen Daten an die Hamburger Polizei automatisch gemeldet werden, außerdem wollten wir, daß das Hamburger Wohnwagengesetz wenn nicht abgeschafft so doch wenigstens abgeändert wird. Dies war ja eines der ersten Antizigeunergesetze Hamburgs, das nach dem Krieg wieder erlassen wurde. Das erste stammt von 1952. Es ist dann 1956 und 1959 revidiert worden. Außerdem haben wir gefordert, daß der Hamburger Senat sich von der Hamburger Landfahrerzentrale distanzieren und dann natürlich eine klärende Äußerung von Staatsrat Haas.

Erfüllt worden ist bisher nur die Distanzierung von der Landfahrerzentrale von Seiten des Senats. Die anderen Sachen stehen noch aus, insbesondere die Stellungnahme zu unserem Bericht. Die sollte übrigens bis Dezember 1983 erfolgt sein. Das ist mal wieder nicht passiert und wir überlegen jetzt gerade, ob wir da was machen. Unser Hungerstreik ist ja nicht abgebrochen, sondern bisher nur unterbrochen. Wir haben jetzt erstmal ein Schreiben an Bürgermeister Dohnanyi geschickt und warten auf eine Antwort. Zur Äußerung von Staatsrat Haas wurde gesagt, daß — so wie es in der „Hamburger Rundschau“ dargestellt worden ist — Herr Haas sich nicht geäußert habe. Er habe niemals behauptet, wir würden Blutrache begehen. Wir haben das dann so zur Kenntnis genommen. Also hat Haas es nicht so gemeint und außerdem ist er ein „aufrechter Demokrat“.

Zur Ständesamtsverordnung 103 wurde uns erklärt, daß die seit längerer Zeit nicht mehr angewandt wird, aber daß sie noch nicht gestrichen worden ist, weil das bundesweit geschehen muß und auf Bundesebene beschlossen werden muß.

Hat die Hamburger Behörde denn Antrag gestellt, um eine Streichung zu erreichen?

Das wissen wir nicht, wir bemühen uns um abschließende Antworten, um dann zu entscheiden, was weiter mit dem Hungerstreik geschehen soll.

Kann man das Ergebnis so zusammenfassen, daß Ihr außer der Distanzierung von der Landfahrerzentrale (was den Senat ja nichts kostet) nur einen Haufen Zusagen habt und keine weiteren konkreten Ergebnisse?

Ja, aber trotzdem ist es ein sehr wichtiger Schritt gewesen diese Distanzierung. Mittlerweile ist ja überall bekannt, was die Landfahrerzentrale für Aufgaben gehabt hat und wie sich das ausgewirkt hat. Es ist vielleicht interessant, die Distanzierung so zu sehen, daß man sich von derartigen Institutionen, Gruppierungen und Spezialisten innerhalb der Hamburger Behörde distanzieren hat, wenn es solche geben würde. Wir hatten am 7.2. mit dem Hamburger Polizeipräsidenten ein Gespräch, wo wir das angesprochen haben.

Auch der Hessische Minister der Justiz findet ein solches Vorgehen völlig normal, schließlich sei in Fällen, in denen das Lebensalter nicht durch Urkunden nachgewiesen werden kann (und das ist eben eines der zentralen Probleme der Cinti, da sie ja keine Papiere bekommen), die Justiz auf medizinische Gutachten angewiesen. Außerdem würden ja nur „zur Untersuchung der jungen Beschuldigten Röntgenaufnahmen gemacht, die sich im Regelfall auf die linke Hand und ausnahmsweise auch einmal auf ein Knie- oder Schultergelenk beschränken“ (Schreiben vom 20. Juni 1983). Er hoffe, daß damit „Ihre Befürchtungen und Ihre Bedenken ausgedrückt werden können“.

Hessische Datenschutbeauftragte wollten in diesem Zusammenhang wissen, ob auch solche Aufnahmen mit Angaben über die Personen in einer Datei eingelegt werden. Sie wiesen auf die Pläne für, Register über genetische Schädigungen und Krebskrankenregister anzulegen. Register dieser Art haben in der Nazi-Zeit zu Selektionen von „lebenswertem“ und „lebensunwertem Leben“ geführt. Und das soll heutzutage undenkbar sein?

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine Großmutter aus HH

Ein Großmutter aus HH

„Es gibt nichts, was nicht auf uns zukommt“

Interview mit R. Kawczynski,
Vorsitzender der Rom/Cinti-Union, Hamburg

Was ist bei diesem Gespräch sonst noch rausgekommen?

Wir haben alle Probleme, die die Polizei betreffen, angesprochen, auch die grundsätzliche Einstellung der Polizei uns gegenüber, die u.a. während der Ausbildung vermittelt wird. Polizeipräsident Heering zeigte sich über die konkreten, von uns vorgebrachten Vorfälle erschrocken und versprach, den Vorwürfen nachzugehen. Innerhalb der nächsten Wochen sollen wir einen Bericht mit den Ergebnissen erhalten.

Ein anderer Punkt, den wir angesprochen haben, ist die Einschüchterung einzelner RCU-Mitglieder durch die Polizei. Damit wird böses Blut geschaffen und die Fronten werden verhärtet. Herr Heering versprach, diese Fälle aufzuklären.

Wie ist das mit Eurer Forderung nach Akteneinsicht weitergegangen?

Wir haben vor dem Hamburger Verwaltungsgericht einen Vergleich mit dem Hamburger Senat geschlossen. Der Vergleich besagt, daß wir, d.h. die Vorsitzenden der RCU in Begleitung eines Anwalts die Akten uneingeschränkt einsehen und auswerten dürfen. Es gab da anfänglich Schwierigkeiten, wir durften uns keine Notizen machen, jetzt dürfen wir das bedingt. Wir dürfen keine Namen nennen, dazu haben wir uns auch verpflichtet. Ich denke, daß das auch sinnvoll ist, Namen von Betroffenen nicht ohne deren Einwilligung zu nennen, aber das ist sowieso

Wir sind auch verpflichtet, zu erklären, daß das auch sinnvoll ist, Namen von Betroffenen nicht ohne deren Einwilligung zu nennen, aber das ist sowieso

klar, darüber braucht man gar nicht zu reden. Aber darüber hinaus haben wir darauf bestanden, daß wir die Namen von Bediensteten, die vor 1945 an der Ermordung beteiligt waren und in der Behörde tätig waren, nennen dürfen. Kopieren dürfen wir die Akten gegen 1 Mark das Stück. Die Namen sind dann durchgestrichen. Das ist natürlich ein finanzielles Hindernis. Es ist schwer so zu arbeiten, wenn man, wie wir zur Zeit einmal in der Woche im Staatsarchiv sitzt und dann das Material nicht mitnehmen kann, weil es an den Finanzen hängt. Bei jeder Kleinigkeit, die man nochmal nachsehen muß, muß man wieder ins Staatsarchiv, sich die Akte vorlegen lassen usw. Das ist natürlich eine zeitaufwendige Geschichte. Wir empfinden das als eine Behinderung unserer Arbeit, aber ich glaube, daß wir hartnäckig genug sind um uns nicht behindern zu lassen. Wenn wir nur einmal in die Akten sehen, dann wird es zwar länger dauern, aber wir werden sie aufarbeiten.

Habt Ihr aufgrund Eurer Akteneinsicht schon konkrete Ergebnisse? Gibt es z.B. Hinweise auf Straftaten oder Beweise für Behinderungen bei Wiedergutmachungsfragen?

Es ist noch zu früh, dazu was zu sagen. Wir haben bisher 85 Akten durchgearbeitet. Insgesamt sind es 1120 Akten, und 5 Kisten mit sonstigem Material. Außerdem weit über 90 Genealogien (Stammbäume), von denen eine bis

über 20 Meter lang ist. Bei dem Umfang des Materials ist es also zu früh, um über Strafanträge etwas zu sagen. Aber generell können wir jetzt schon sagen, daß das, was wir befürchtet haben, bei weitem übertrieben worden ist. Die Verfolgung an uns hat mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus nicht aufgehört, sondern ganz im Gegenteil, sie ist in der BRD perfektioniert worden. Wir können anhand der von Material in Kisten zu sehen, wie die Systematik und die Mechanismen dieser Verfolgung sich auf andere Gruppierungen übertragen worden sind. Ohne Behandlung können wir sagen, daß die Zigeuner so eine Art Versuchspersonen waren, an denen man bei neuen Verfolgungsmethoden und Erfassungsmethoden ausprobiert hat, um sie dann auf andere Gruppierungen zu übertragen, z.B. die Punks, Karleien u.a. Es befinden sich bei den Akten Vordrucke zur Erfassung von Zigeunern, daß und dann sog. Kontrollmeldungen wo z.B. erfaßt wird, ob Tiere mitgeführt werden, welche Farbe, welches Geschlecht, ob Frauen schwanger sind, ob sie Schmuck getragen haben u.a. Dann gibt es Beweise, daß auf bestimmten polizeilichen Sitzungen und internen Besprechungen und beim BKA auf Dienstbesprechungen z.B. „spirituelle Diebstähle“ besprochen wurden, d.h. daß Zigeuner durch Zauberei Diebstähle begehen könnten. Ferner wurde dort besprochen, wie man das Informationssystem der Zigeuner am besten knackt, wobei ganz absurde Theorien dort aufgestellt wurden. Aus dem gesamten Material kann man gut erkennen, wie und warum die Überwachung an uns vorgenommen wird. Bis jetzt können wir sagen, daß der Bericht von Richter Bertram bei weitem übertrieben worden ist durch das, was wir da finden — und es wird noch schlimmer sein als in diesem schon schrecklichen Bericht drinsteht.

Bis zu welchem Zeitraum gehen die Akten?

Es wurde immer wieder behauptet, sie gingen bis 1970, wir haben bisher bei den von uns gesicherten 85 Akten aber z.T. schon Aktenteile gefunden, die von 1976 und 1977 stammen.

Es ist natürlich interessant, daß die Akten seit 1970 im Keller gelegen haben sollen und man sie dennoch bis mindestens 1977 aktualisiert hat. Wir können den Eindruck R. Richter Bertrams bestätigen, nach dem die Akten ungeordnet sind und die Numerierung durcheinander gebracht wurde.

Von welchen Behördenstellen sind die neueren Akten geführt worden?

Von welchen Behördenstellen sind die neueren Akten geführt worden?

Die Akten sind zum einen von der Hamburger Kripo geführt worden, von der Landfahrerzentrale. Aktenteile finden sich eigentlich von allen Behörden: Sozialbehörde, Wiedergutmachungsämter, eine Ummenge von persönlichen Akteilen wie Geburtsurkunden, Eheschließungen, Staatsbürgerschaftsnachweise, Kfz-Zulassungen — alles wo man mit irgendwelchen Behörden zu tun haben kann, auch persönliche Fotos, bei denen auf der Rückseite vermerkt ist, daß das Foto nicht vorgelegt werden soll, weil es ohne das Wissen des Betroffenen beschafft worden ist.

Wie steht es mit den Wiedergutmachungen? Habt Ihr Hinweise auf ungerechtfertigte Behandlung gefunden?

Ja, unsere bisherigen Vermutungen haben sich in den Akten bestätigt gefunden, daß die Landfahrerzentrale Wiedergutmachungsansprüche massiv blockiert hat.

Laufen aktuell noch Anträge auf Entschädigung?

Zum großen Teil sind sie abgeschlossen. Es gab eine zeitlang einen „Häufel“ mit 5.000,- Mark. Auch in Hamburg sind Anträge gestellt worden, nur die wenigsten sind als berechtigt anerkannt worden. Berechtigt war derjenige, der keinen Wiedergutmachungsantrag gestellt und keine Gelder in der Vergangenheit bekommen hatte. Früher sind viele um ihre Wiedergutmachung betrogen worden. Es gab Fälle wo Menschen für 5 Jahre 450 Mark Entschädigung als „Vergleich“ bekommen haben und diesen standen dann die 5.000 Mark aus dem Häufel nicht mehr zu. Es laufen jetzt über den Zentralrat auf Bundesebene Initiativen, wie man das neu auflegt und die Akten hier in Hamburg werden ihren Beitrag dazu leisten, den Beitrag nachzuweisen. Bei jeder Akte und wir bisher auf neue Sachen gestoßen, die alles bisherige übertrafen. Wir denken: Schlimmer kann's nicht werden, schlägt man dann was Neues auf, macht man wieder eine neue schlimme Entdeckung. In absehbarer Zeit werden wir ein Zwischenergebnis veröff-

ten haben müssen, weil das so umfangreich ist, daß man das nicht auf einmal machen kann.

In der letzten Zeit gingen Meldungen durch die Presse, daß der Zentralrat der Cinti gegen Gerald Tandler, ehemaligen bayerischen Innenminister, Strafanzeige wegen Strafvereitelung gestellt hat. Was hat es damit auf sich?

Ja, ich will das noch mal ganz kurz zusammenfassen. Es war so, daß Material aus dem „Reichsarchivhauptamt“ bzw. dem „Rassehygienischen und Kriminalbiologischen Forschungsinstitut am Reichsgesundheitsamt“ in Berlin nach dem Krieg von den bayerischen Landfahrerzentrale übernommen worden sind, die ja die Nachfolgeorganisation der Nazi-Zigeuner-Polizei in Bayern war. Die Landfahrerzentrale bestand seit Anfang der 50er Jahre. Nachdem sie offiziell aufgelöst worden ist, hat man das Material an den Landauer Amtsarzt Dr. Arnold gegeben, der einer der Chefsideologen in Bezug auf die Zigeuner nach dem Krieg war (Er war bis Mitte der 70er Jahre der „kompetente“ Mann im Familienministerium für Zigeunerfragen).

Dr. Arnold hatte schon früher Material von dem führenden NS-Zigeuner-Rasseforscher Dr. Ritter, dem geistigen Vater der Ausrottung an den Zigeunern, übernommen und hat zusammen mit dem Material aus der Landfahrerzentrale bis Mitte der 70er Jahre rassistische Gutachten erstellt, z.T. für Wiedergutmachungsanträge. Das muß man sich mal vorstellen! Da wird von der Polizei, also einer Dienststelle, die eigentlich kriminelle Vergehen aufklären soll, Material, dem man entnehmen konnte, wer im einzelnen an der rassistischen Ausrottung der Zigeuner beteiligt war, ausgerechnet einem Nazi in die Hand gedrückt. Dieses Material ist dann verschwunden — aus verständlichen Gründen.

Darüber hinaus liefen Strafanträge gegen Dr. Arnold wegen Beihilfe zum Mord (wegen der Vermessungen). Ein weiteres Verfahren ist gegen Frau Prof. Dr. Sophie Erhardt angestrengt worden. Sie war in der Nazi-Zeit tätig in der „Rassehygienischen und Kriminalbiologischen Forschungsstelle in Berlin“.

Dort wurden damals die Gutachten über Zigeuner erstellt, d.h. es wurden Selektionen gemacht in „lebenswert“ und „nicht lebenswert“, wer sterilisiert werden soll, wer Zigeunernschling, wer „reinerassiger“ Zigeuner ist usw., d.h. dort wurden die Grundlagen für die Ausrottung gelegt. Die Frau Dr. Erhardt hatte das Material von Arnold, das sie im „Dritten Reich“ mit angelegt hat, nachdem es „durchgearbeitet“ hatte, bekommen. Sie hat dann mit dem Material weitergearbeitet und finanziert von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ am sog. Handlertsystem der Zigeuner gearbeitet. Sie wollte nachweisen, daß Zigeuner andere Handlinien haben als „normale“ Menschen und daraus herleiten, wie man Zigeuner erkennen kann. Das hat sie bis 1981 in Tübingen gemacht, bis dann Cinti dahintergekommen sind, daß das angeblich verschwundene Material bei ihr liegt. Dort haben wir es dann beschlagnahmt und ins Staatsarchiv Koblenz überstellt. Es läuft jetzt ein Verfahren gegen sie wegen Beihilfe zum Mord.

Übrigens hat die Sophie Erhardt nach neuerem Material, das wir jetzt gefunden haben, im Kfz auch Vermessungen an Juden gemacht. Es war rein Zufall, daß wir im Laufe unserer jetzigen Arbeit auf eine von ihr selbst erstellte handschriftliche Aktennotiz gestoßen sind, in der sie gesagt hat, wenn sie die Juden fertig gemacht hat, wird sie sich den Zigeunern zuwenden.

Gegen die beiden führenden NS-Zigeuner-Rasseforscher, Dr. Iva Justin und Dr. Robert Ritter sind damals Verfahren eingeleitet worden mit der Begründung, daß es kein Material gebe. Klar, das hatte ja auch inzwischen Arnold. Interessant ist, daß der Verteidiger des Dr. Ritter auch Verteidiger im Majdanek-Prozess war. Er war derjenige, der Strafanträge gegen Zeugen wegen Beihilfe zum Mord gestellt hat. Das betraf jüdische Menschen, die Zyklon-B-Dosen transportieren mußten. Daraus wurde dann Beihilfe zum Mord konstruiert. Das ist wirklich eine Clique, und man kann es gar nicht bezeichnen, eine Clique von Naziverbrechern, die unglaublichen Einfluß in der BRD hatte und z.T. bis heute noch hat.

In Eurem Bericht schreibt Ihr, daß der Rom/Cinti-Union für 1981 weit über 40 Briefe der Hamburger Polizei gemeldet wurden. Wie ist die Situation heute?

Grundsätzlich hat sich an der Situation nichts geändert. Unsere Berichte nichts

Fahrtung nächste Seite



Diese Sammlung von Modellen (sogenannte Moulagen) der Köpfe von Zigeunern befand sich in der kriminalbiologischen Abteilung des Reichsgesundheitsamtes in Berlin-Dahlem, in der Eva Justin und Robert Ritter tätig waren. Die Aufnahme stammt aus dem April 1942 aus Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland, Campus

Fortsetzung von vorheriger Seite

großartig verändert. Man kann aber feststellen, daß die Polizei vorsichtiger geworden ist seit die RCU da ist und massiv gegen derartige Übergriffe vorgeht. Montens handelt es sich bei den Repressalien um Maßnahmen gegen Menschen, die mehr oder weniger schutzlos sind, die in Abhängigkeit zum Staat stehen. Abhängig insofern als sie keine Aufenthaltsgenehmigungen haben, besonders die Menschen in der Bezeliusstraße (in Billstedt, einem Hamburger Stadtteil, d. Verf.), die Roma, die dort in Übergangswohnheimen wohnen.

Dort ist es an der Tagesordnung, daß Razzien durchgeführt werden, grundsätzlich in allen Wohnungen. Kürzlich sind alle Wohnungen wegen eines gestohlenen Fahrrads durchsucht worden. Natürlich ist das Fahrrad nicht gefunden worden.

Was man immer mehr absehen kann ist, daß die RCU massiv unter Druck gesetzt wird, d. h. es laufen Scheinermittlungsverfahren gegen Vorstandsmitglieder der RCU. Ihnen wird Körperverletzung, Diebstahl u.ä. unterstellt.

Kannst Du zur Situation der Roma in dem Übergangsheim noch etwas sagen?

Als die Roma 1980 nach Hamburg kamen, hat sich der Hamburger Senat unwahrscheinlich beweihräuchert und an die Brusi geschlagen, er würde den armen Herumgestoßenen helfen. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil. Man hat sie dort zusammengepfercht und läßt sie mehr oder weniger verkommen. Sie bekommen zurzeit 14-tägige Aufenthaltsgenehmigungen, die sie bezahlen müssen. Das sind Duldungen, keine richtigen Aufenthaltsgenehmigungen. Abschiebungen sind auch schon erfolgt, das ist ein unmöglicher Zustand. Die Menschen sind gezwungen, durch Betteln zu leben und das im 20. Jahrhundert gerade hier in Hamburg, in einer der reichsten Städte Europas. Und wenn die Menschen Betteln, wird ihnen daraus auch noch ein Strich gedreht.

Die Sozialhilfe wird ihnen wegen „unkontrollierbarer“ Nebennehmungen noch weiter gestrichen. Wir arbeiten jetzt mit dem Kinderschutzbund zusammen.

Wir werden sehen, ob wir dann nicht gemeinsam eine Resolution machen können oder in irgendeiner Form das alles veröffentlichen können, denn es kann nicht angehen, daß der Hamburger Senat sich taub stellt angesichts der Tatsache, daß die Kinder langsam verkommen und umkommen. Wir finden es sehr wichtig, daß sich ein Verband wie der Kinderschutzbund für diese Sache engagiert. Als nicht direkt betroffene Organisationen können sie vielleicht mehr erreichen und durchsetzen.

Der Hamburger Senat muß endlich ein Problembewußtsein entwickeln für uns und unsere Leute, denn was er uns im Dritten Reich angetan hat ist ja bis

heute in keiner Form wiedergutmacht. Es ist an der Zeit, daß hier endlich mit der Vergangenheitsbewältigung in Hamburg angefangen wird. Da sind natürlich alle Parteien gefordert, Farbe zu bekennen und sich auch eindeutig dazu zu stellen und nicht diese Menschen dort vor sich hinvegetieren und umkommen zu lassen, sondern

ganz deutlich zu sagen: Nein, wir wollen sie nicht haben, damit man dann auch entsprechende Schritte unternehmen kann oder halt sagen. Wir nehmen sie — aber dann ohne Wenn und Aber.

Ihr habt in der letzten Zeit viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, ein Büro eröffnet, sogar einen Verein gegründet etc. Was sind eure zukünftigen Aufgaben und Pläne?

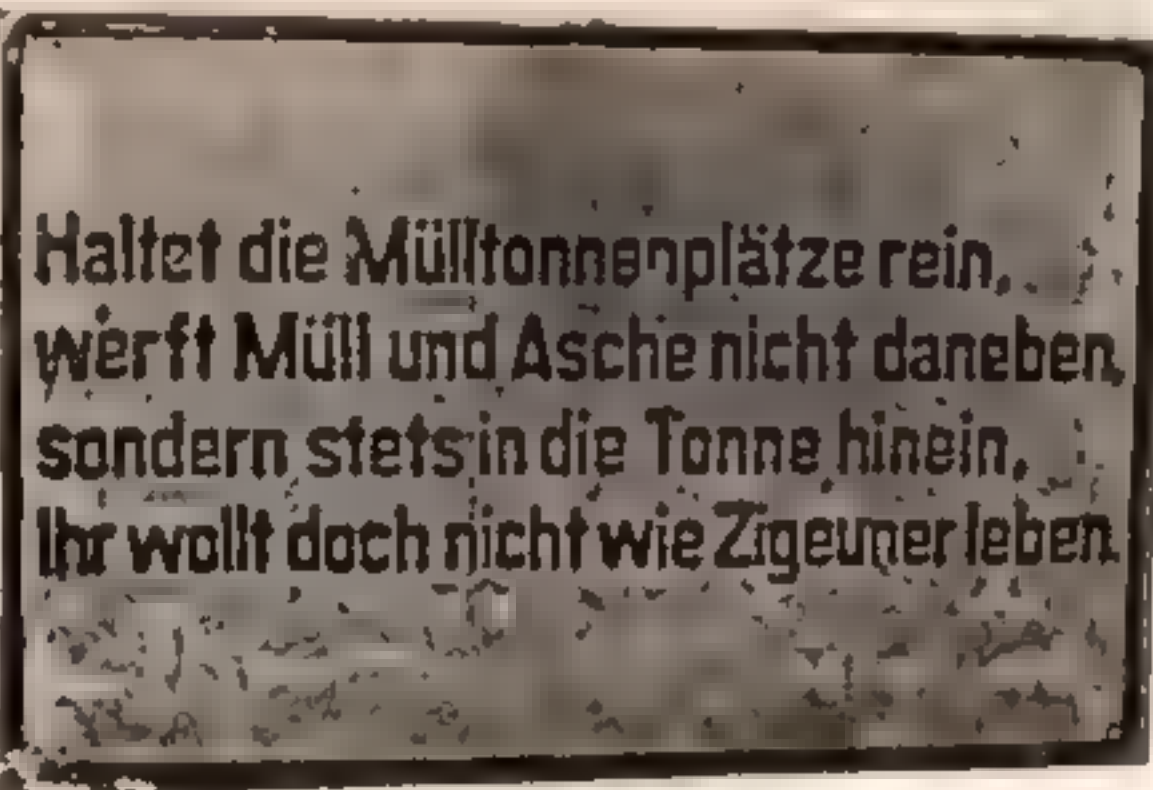
Zunächst mal zum Verein. Wir sind als gemeinnützig anerkannt, wir können Spendenbescheinigungen ausstellen, wenn jemand spenden will. Das ist aber sehr, sehr dürftig. Wir haben im Jahr 1983 rund 600 Mark durch Spenden erhalten. Wir haben Mitgliedsbeiträge von 36 Mark im Jahr, bisher haben wir 20 zahlende von über 1000 Mitgliedern in Hamburg. Die meisten sind Sozialhilfeempfänger und somit kann man natürlich nichts erwarten. Wir sind ja auch nicht dazu da, wie irgendein bundesdeutscher Fußballverein Mitgliedsbeiträge zu kassieren und dafür irgendwas zu machen, sondern wir sind ja eine Bürgerrechtsbewegung, deshalb haben wir ein bißchen Schwierigkeiten mit der deutschen Vermögenszettel.

Unsere nächsten Aufgaben sind einmal ein Gespräch mit der Hamburger Kulturstiftung, Frau Schuchart. Wir wollen mit ihr darüber reden, wie es weitergehen soll mit der Erhaltung unserer Kultur. Es gibt ja keinerlei Anstrengungen, dies zu unterstützen, es gibt keinerlei Mittel dafür. Wir wollen waschen, was die Kulturbehörde, nachdem sie ihr Feuerwerk Ausstellung und kulturelles Rahmenprogramm gezündet hat, weiter machen will, unabhängig von Feuerwerken. Dann haben wir eine Anhörung vor der Bürgerschaft zur Lage der Zigeuner in Hamburg. Natürlich werden auch Solidaritätskonzerte weiterlaufen. Wir haben jetzt verschiedene Künstler angesprochen, ob sie bereit wären für die RCU zu spielen. Es hat uns sehr gefreut, daß viele gern bereit sind und wir hoffen, daß wir jetzt so ein Konzert jährlich machen können. Aber es ist natürlich ein ziemlicher Aufwand und mit den wenigen Leuten, die wir haben und die ehrenamtlich arbeiten, ist es fast nicht zu schaffen. Im Augenblick arbeiten

wir an einer Ausstellung über Hamburg. In Hamburg sollte ein KZ im Zentrum entstehen als Museum. Die Hamburger Sozialbehörde war federführend in der NS-Zeit bei diesem Projekt. Das KZ sollte in Ojendorf (Außenbezirk Hamburg) entstehen. Wir sind jetzt erst darauf gestoßen, wir haben Material darüber, sogar Architekturläne, die Finanzierung war gesichert. Es ist dann nicht gebaut worden, weil ein Erlaß des Reichsführers der SS, Himmler, kam, daß die Zigeuner zunächst nach Polen und dann nach Auschwitz zu deportieren sind und damit war die Sache dann erledigt. Damit hatte man Geld gespart. Interessant ist, daß die Hamburger Polizei, nicht die GeStaPo oder die SS für die Zigeunerdeportation zuständig war. In Hamburg gab es unseres Wissens kein einziges Verfahren gegen Polizeibeamte deswegen. Dies wird ein Teil unserer Ausstellung. Es soll eine Wanderausstellung werden, die durch Hamburg geht (vielleicht auch noch weiter), zunächst mal durch Hamburger Schulen und ähnliche Einrichtungen.

Unsere Büroarbeit setzt sich aus einer Umfrage von Dingen zusammen: Soziale Beratung, Betreuung im weitesten Sinne bis hin zu Gefangenbetreuung, die wir in Puhlsbüttel (Gefängnis in Hamburg, d. Verf.) regelmäßig machen. Asylanträge, Sozialhilfeanträge, jetzt müssen wir uns um die Schwere mit den Schwerbehinderten kümmern, die ab 1. April 1984 nicht mehr die Bahn kostenlos benutzen dürfen, sondern 120 Mark im Jahr bezahlen müssen, die Steueranhebungen treffen uns auch besonders. Z.B. die Hundesteuer. Alte Leute, die die ganze Familie verloren haben und nur noch ihren Hund haben, müssen jetzt doppelt so viel dafür bezahlen. Zum Beispiel auch diese Dioxin-Geschichte in Wilhelmsburg trifft uns unmittelbar. Cinto leben z.T. sehr Jahrzehnten neben dieser vergifteten Mulde. Sie haben dort Almetalle gesammelt und haben z.T. auch diese Sachen dort ausgebracht auf dieser Halde, haben dann Rumgeputzt in den dioxinvergifteten Abfällen.

Unsere Betreuung umfaßt wirklich alles, es gibt nichts, was wir nicht machen. Aber es gibt auch nichts, was nicht auf uns zukommt in Hamburg.



PAN-Foto

Haltet die Mülltonnenplätze rein, werft Müll und Asche nicht daneben, sondern stets in die Tonne hinein. Ihr wollt doch nicht wie Zigeuner leben.

sprach haben wir dann dem Kinderschutzbund dargelegt, daß die Menschen betteln, um überleben zu können. Die Kinder haben am allerwenigsten Schuld an der ganzen Situation. Die Zuständigen vom KSB waren nach diesen Informationen sehr betroffen. Sie werden jetzt in die Bezeliusstraße gehen und mit den Leuten dort reden.

heute in keiner Form wiedergutmacht. Es ist an der Zeit, daß hier endlich mit der Vergangenheitsbewältigung in Hamburg angefangen wird. Da sind natürlich alle Parteien gefordert, Farbe zu bekennen und sich auch eindeutig dazu zu stellen und nicht diese Menschen dort vor sich hinvegetieren und umkommen zu lassen, sondern

AStA Bildung in Göttingen

An der Universität Göttingen fanden am Ende des vergangenen Wintersemesters Studentenratswahlen statt. Die linken Hochschulgruppen konnten sich wieder mit 57% der abgegebenen Stimmen gegen die in Göttingen traditionell starken Rechten (43%) durchsetzen. Erfolgreichstes Ergebnis dieser Wahl war das gute Abschneiden der erst zwei Monate jungen Alternativen Liste (AL) an der Uni, die auf Anhieb mit den Jusos gleichzog und jetzt 10 Sitze im Studentenparlament inne hat. In dem für das laufende Jahr neu gebildeten Koalitions-AStA wird die AL neben Jusos und der Gewerkschaftlich Orientierten Liste mitarbeiten.

Die AStA Politik der vergangenen Wahlperiode (1983) wurde durch die Jusos im Verbund mit den Gewerkschaftlich Orientierten Verbänden dominiert (GO = Gewerkschaftlich Orientiert, so definierten sich der MSB, Studentenverband der DHP, und der SHB, Sozialistische Hochschulbund mit SPD-Nähe). Die GO hatte sich durch eine interne Verengung in allen politischen Fragen vorbehaltlos an die Jusos gekettet, und so stimmte dieses Lager jedem Vorschlag des ehemaligen Koalitionspartners LBL (LBL = Linke Bündnisliste, ein Bündnis aus unabhängigen Linken, Basisgruppen und AB-Studenten). Die LBL war eine linke Fraktion und von einigen Fachschulgruppen unterstützt, verneinte sich nicht gegen diesen Block aus Jusos und GO durchzusetzen. Inhaltlich hatte sich der Politiksaal der LBL über die außeruniversitäre Koalition (Ano AKW Kampf, Hauskampf und Internationalismus) zum Gegenstand der Uni-Politik zu machen. Zwar hatte die LBL Politik damit einige Bedeutung für die Universität (Göttingen selbst) erlangt, auf der Zeit aber wanderten viele Träger dieser Politik in Initiativen, Bündnisse und die örtliche alternativen grüne Kommune (AGU) ab. Dazu führten unter anderem Auseinandersetzungen in der LBL zu ihrer eigenen Arbeitsunfähig-

keit. Zwar konnte die LBL gegenüber den Jusos und der GO auf Uni-VV in Einzelfragen durchaus Abstimmungs-siege erringen, aber die Lähmung der LBL ließ keine Umsetzung dieser Siege in praktische Politik zu. Die LBL löste sich schließlich auf.

Diskussionsunwillig und dominant gegenüber den Linken, staatsloyal und buckeln nach oben, so stellten sich die Jusos in der jüngsten Amtszeit des AStA dar. Sie gaben eine mit der Universitätsleitung ausgehandelte inoffizielle Wohlverhaltensklärung ab, mit der die Jusos und GO in ihrer weiteren AStA-Arbeit auf die Wahrnehmung der Politischen Mandate verzichteten. Die Gegenleistung der Universitätsleitung bestand in einer vagen Zusicherung auf „freies Geleit“ gegenüber der Repression, unter der immer noch Teile der jetzigen und früheren Göttinger AStA standen und stehen. Im Laufe der vergangenen Amtsperiode war der AStA mal wieder durchsucht worden, Akten wurden beschlagnahmt und gegen ehemalige Mitglieder der AStA läuft ein Verfahren mit dem Vorwurf der Veruntreuung studentischer Gelder (übersetzt: widerrechtliche Inanspruchnahme der Politischen Mandate). Mit der Wohlverhaltensklärung versuchten die sich die Jusos aus der Schuldfrage der Staatsanwaltschaft zu bringen und sich den Zwangsgeldandrohung der Universitätsleitung zu entziehen.

Zuletzt mit der Abgabe dieser Wohlverhaltensklärung durch die Jusos stimmten jedoch 10.000 Studentinnen und Studenten für einen politischen Streik, mit dem sie sich gegen die Repression gegen ihre studentische Vertretung wehrten.

Die kandidierenden Listen zur Wahl 1984

Zunächst zur Neugründung. Kräfte der ehemaligen LBL nahmen an der Gründung der Alternativen Liste (AL) teil. Schwerpunkte der AL-Politik sollten

die Kritik universitärer Forschung wie die Bereiche der Kneipenforschung, Mikroelektronik und Rationalisierung sowie der Neuen Medien sein. Ausgangspunkt für die AL ist die Einschätzung, daß die Studentenbewegung heute nicht mehr im wesentlichen politische Bewusstseins hervorbringen oder sie entscheidend mitgestalten kann. Gleichwohl kann die studierende Intelligenz als kritisches Potential für die verschiedenen außeruniversitären Bewegungen arbeiten. Das Forschungsziel und -monopol der Universität soll analysiert werden — in der Universität wird beispielsweise die übernatürliche Waffengeneration erforscht und der Ausbau neuer Kommunikationstechniken betrieben. Unruhe in den Elfenbeintürmen der Natur- und geisteswissenschaftlichen Fächer zu bringen, das soll die künftige Aufgabe der Aktiven an der Hochschule sein.

Neben AL, Jusos und GO kandidierte auf der Linken noch eine „Wahlliste“, die aus ehemaligen Basisgruppen und einigen Fachschulgruppen gebildet wurde. Diese „Wahlliste“ hüllte sich während des Wahlkampfes jedoch weitgehend in Schweigen und machte es ihrem potentiellen Publikum sehr schwer, an ihren Vorstellungen teilzu-

nehmen. Die Rechte war diesmal mit drei Listen vertreten.

- der LFO = Unabhängige Fachschuloffensive, eine Gruppe mit der Selbstbezeichnung „aufgeklärt, unabhängig und dynamisch zu sein“; dem RCDS,
- der konservativen Hochschulliste (KHL), deren Gruppe sich aus Burschenschaftlern und Evangelikalen zusammensetzte. Programmatisch lieferte diese Truppe neben Aufrufen zu mehr Leistungsorientierung und Privathochschulen offene Hetze gegen „linke Umstürzler und Kriminelle“ an den Lins. Die Wahlvorstellung dieser rechtswidrigen Truppe fand denn auch ihr wohlverdientes Ende mit dem beherzten Eingreifen der Linken.

Das Wahlergebnis:

Liste	Stimmen 1984	Sitze im AStA 1983	Rel. 1984
LFO	2.369	11	16
GO	924	4	6
AL	1.486	-	10
KHL	122	-	-
Jusos	1.555	11	10
Wahlliste	871	-	6
RCDS	1.167	8	8
Wahlbot.		39%	30%

Die geringere Wahlbeteiligung gegenüber 1983 ist im wesentlichen das Ergebnis eines themenlosen und über weite Strecken langweiligen Wahlkampfes. Deshalb war das Ergebnis für die beteiligten radikalen Linken überraschend, standen doch die beiden Neuen — die AL und „Wahlliste“ — einem etwa gleichstarken Block aus Jusos und GO gegenüber.

Die Neubildung des AStA

Die Möglichkeiten, die mit dieser Blockbildung für eine politische Gestaltung der diesjährigen AStA-Politik gegeben waren wurden jedoch verspielt. Die „Wahlliste“ betonte in der ersten ihrer beiden Erklärungen während der AStA-Verhandlungen, niemals mit den GOern in einen AStA zu gehen. Inhaltliche politische Aussagen der „Wahlliste“ für die Zukunft: Kein Anschluß unter dieser Nummer.

So verhandelte denn die AL mit den Jusos und der GO alleine weiter. Die Gemeinschaft aus GO und Jusos signalisierte Kompromißbereitschaft — wohl ein Lernerfolg aus der Absage weiterer Teile der linken Studentenschaft an ihre loyale Blockpolitik vor der Universitätsleitung. Man arbeitete zunächst einmal zusammen, z.B. in der Unterstützung des ehemaligen AStA-Mitglieds, der gegenwärtig Prozesse wegen ihrer Arbeit im AStA laufen haben. Das Paradoxon Jusos und GO sicherten der AL schließlich auch zu, Freiräume für ihre eigenen politischen Vorstellungen zu lassen, und so schloß man und frau ein. Die AL wird das Hochschul- und Außenreferat besetzen und ihre Arbeit mit den Themen Neue Techniken, Wissenschaftstransfer, Kneipenforschung und der Kampagne gegen den neuen Personalausweis (die Verhandlungen fanden Ende des Wintersemesters statt) ausfallen. Daneben wurde der AL noch das Ökoreferat überlassen. Bei ständigen Fragen haben Jusos und GO die Mehrheit im AStA,

jedoch soll die AL die Möglichkeit haben, bei verschiedenen Meinungen ihre Minderheitsposition mit zu veröffentlichen. Einer — positiven — Meinung waren die Beteiligten beim Eingehen auf ein Freundschaftsabkommen mit der Studentenschaft von León/Nicaragua.

Zweiter Meinung waren die Beteiligten in der Frage des Stimmrechts für das autonome Frauenreferat. Die Frauen des Frauenreferats und die Frauen-VV hatten ein eigenständiges Stimmrecht im AStA gefordert. Hier hatte die „Wahlliste“ ihren zweiten Auftritt. Sie lehnte dieses Stimmrecht ab, und GO und Jusos schlossen sich an.

Besonders heikel bei solchen AStA-Verhandlungen zwischen einem Bündnis aus GO und Jusos auf der einen Seite und unabhängigen Linken auf der anderen Seite ist in der Regel das Verhältnis zu den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). Mein geht es den Beteiligten darum, wer bei welcher Fraktion auf den Versammlungen der VDS mitstimmt. Bündnis Asten — wie der Göttinger — haben meistens das Abkommen, daß ihre Stimmen auf den Versammlungen auf keiner Seite der Fraktionen gezählt werden, die Stimmen sind also geblockt. Nun, in Göttingen ist es ein wenig anders: Die Göttinger Jusos haben so manche Differenz mit dem großen Rest der Jusos, und lassen sich nicht ohne weiteres in den großen Fraktionsblock aus Jusos und GO auf den VDS-Versammlungen werfen. Eine generelle Stimmenblockierung des Göttinger AStA würde deshalb auf den VDS Versammlungen der unabhängigen Linken einen zwar abwartenden, aber doch möglichen Bündnispartner gegen die SPD-orientierten Jusos nehmen. Und so entschloß man sich in Göttingen — gegen die Stimmen des MSB — für den Fall, die Stimmen der Göttinger AStA auf VDS-Versammlungen freizugeben, wenn die Göttinger Jusos nicht mit den Barackenjusos stimmen (gemeint ist die Juso-Strömung, die sich dem SPD-Partei-vorstandskurs unterwerfen) und sich für den Erhalt der VDS einsetzen. Ein Abkommen, das sehr viel gegenseitiges Vertrauen als Basis hat. Allgemein ist den Koalitionspartnern dieses doch sehr labilen Dreiecksverhältnisses zu wünschen, daß die neuerlich geknüpften zarten Bande nicht gleich wieder durch rüde Machtpolitik des Stärkeren zerissen werden. Aber wer redet denn schon von Zwist, wenn gerade geheiratet worden ist ...

KB Hochschulgruppe Göttingen

Der „innere Feind“

„Das Ziel der Kriegsmacht ist die Interessen des Königreichs mit bewaffneter Hand zu schützen gegen Gewalttaten von außen oder von innen heraus“, heißt es im „Handbuch für den Soldaten“ des niederländischen Heeres (2). 1971 schrieb der damalige niederländische Verteidigungsminister in einem Brief an beurlaubte Soldaten: „Im Prinzip kann jeder Teil des Heeres bei Unruhen eingesetzt werden.“ (3)

In einem NATO-Dokument, das 1967 der norwegischen Presse in die Hände fiel, heißt es: „Im Falle innerer Unruhen, die dem Auftrag oder der Sicherheit der US-Truppen tatsächlichen Schaden zufügen können, wie etwa bewaffnete Gewalt oder allgemeiner Aufruhr, wird die Regierung von ... (das jeweilige NATO-Land — Anm. AK) versuchen, diese Unruhen zu unterdrücken. Wenn allerdings die Maßnahmen kein Resultat aufweisen, oder die Regierung von ... nicht in der Lage ist, die Unruhen zu unterdrücken, können die Truppen der Vereinigten Staaten die Maßnahmen treffen, die der amerikanische militärische Kommandant für notwendig hält, sei es in Zusammenarbeit mit der Regierung von ... oder auch einseitig.“ (3 a)

Die „territoriale Verteidigung“ (d.h. die „Verteidigung“ des eigenen Landes) dient nicht nur den „Interessen des Königreichs“, sondern ist auch eine Verpflichtung, die die Niederlande im Rahmen der NATO eingegangen sind. Dabei geht es vor allen Dingen darum, die „lines of communication“ (nach einem Regierungsbericht „alle Land-, Wasser- und Luftwege, die die operierenden Streitkräfte mit ihren Operationsbasen verbinden und über die Vorräte und Verstärkungen zugeführt werden müssen“) (4) sicherzustellen. Die Niederlande dienen der NATO im Kriegsfall vor allem als Landestelle und Durchfuhr-Gebiet für Nachschub. In dem bereits zitierten Regierungsbericht heißt es, im Hinterland müsse „Sorge getragen werden für das Neutralisieren von zu erwartenden feindlichen Aktionen wie: Luftlandungen, Sabotage, Infiltration, Guerilla-Aktivitäten und psychologische Kriegsführung“ (5). Die der „territorialen Verteidigung“ wird von einer doppelten Bedrohung ausgegangen: einer Bedrohung von außen (z.B. durch feindliche Luftlande-Einheiten) und einer Bedrohung von innen (die inneren Feinde werden meist als „Agenten“, „S. Kolonne“, „Parteiläufer“, „Saboteure“ usw. bezeichnet).

Die „territorialen Streitkräfte“ des niederländischen Heeres, die Streitkräfte also, die speziell für den Einsatz im eigenen Land vorgesehen sind (d.h. wenn im Kriegsfall das erste und einzige niederländische Armeekorps — Kriegsstärke etwa 70.000 Mann — in die norddeutsche Tiefebene gebracht wird), umfassen in Kriegsstärke über 30.000 Mann, darunter: 3.000 Mann Marschaussee (mit dem westdeutschen BOS zu vergleichen), 4.500 Mann Natives (eine in kleinen Gruppen operierende freiwillige Truppe von Ex-Soldaten — dazu weiter unten genauer); 9 kasernierte (also jederzeit bereitstehende) und 50 mobilisierbare Wachkompanien (insgesamt etwa 9.000 Mann); 2 mobilisierbare Infanteriebrigaden (etwa 7.000 Mann); diverse Spezialkommandos. (Da es hier nur um die militärische Streitkräfte geht, sind Gemeindepolizei, Reichspolizei und die etwa 10.000 Mann/Frau umfassende „Reservepolizei“, die zuerst eingesetzt werden, um „Ruhe und Ordnung“ zu gewährleisten, nicht aufgeführt).

Die „territorialen Streitkräfte“ unterstehen dem „Nationalen Territorialen Kommando“ (NTC), das wiederum direkt dem Kommando des Heeres unterstellt ist. Unter dem Kommando des NTC stehen die 9 „Provinzialen Militärkommandos“ (PMC), die den Einsatz in ihren Gebieten koordinieren und die Natives-Gruppen befehlen. „In der territorialen Situation kann ein jeder der Feinde sein“, heißt es in einem Ausbildungsbuch der Natives (6). An anderer Stelle wird die eigene Bevölkerung unterteilt in drei Kategorien: „(a) feindliche Bevölkerung, (b) wohlgesonnene Bevölkerung, (c) S. Kolonne (Sabotage usw.)“ (7).

Dass die Militär davon ausgehen, daß im Falle eines Krieges nennenswerte Teile der Bevölkerung Widerstand leisten werden, zeigt sich auch daran, daß in Manövern, Stabsübungen usw. immer wieder von Protesten, Friedensdemonstrationen, Streiks, Verweigerungsaktionen, Desertion, Sabotageaktionen, in kleinen Massenaktionen, bewaffnetem Widerstand und Aufständen ausgegangen wird, die niedergeschlagen werden müssen. In den Offiziellen Publikationen sind zahlreiche Maßnahmen enthalten, die das belegen.

Laut veröffentlichter Meinung hat das Militär die Aufgabe, die Bevölkerung vor Angriffen von außen zu schützen. Tatsächlich werden beachtliche Teile des Militärs für den Einsatz gegen die eigene Bevölkerung speziell ausgebildet, ausgerüstet und bereitgehalten. Diese Funktion des Militärs gegenüber der Bevölkerung des eigenen Landes — sei es im Kriegsfall oder im Falle „innerer Unruhen“ — hat die Aufmerksamkeit von „Onkrult“ in besonderem Maße auf sich gezogen.

Am 20. Mai 1981 überfiel „Onkrult“ am helllichten Tage das Provinziale Militärkommando (PMC) Nord-Holland in Amsterdam, die regionale Koordinationsstelle für die Bekämpfung des „inneren Feindes“. Bei diesem Überfall wurden einige Kubikmeter Materialien (darunter als geheim eingestufte Dokumente) eingesackt. Ein Teil der Beute wurde in fünf „PMC-Papern“ veröffentlicht (mit einer jeweiligen Auflage von 15.000). Die Informationen, die wir im folgenden zur „territorialen Verteidigung“ in den Niederlanden bringen, entstammen zum großen Teil diesen „PMC-Papern“ sowie einer 80-seitigen, ebenfalls von Onkrult herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Krieg in den Niederlanden — oder das Gewehr deines Nachbarn“ (1).

Bunker-Beute

„Zivilverteidigung“ und „Zivilschutz“

(siehe dazu auch die Szenarien zu Wintex in AK 243).

Ähnlichkeiten zwischen den Widerstandsgruppen, die in diesen Übungen auftreten und Gruppen der heutigen Friedensbewegung sind keinesfalls zufällig. In den Szenarien zu Wintex '83 werden Protest- und Verweigerungsaktionen von Beschäftigten im Gesundheitsbereich, große Soldatendemonstrationen, organisiert von einer Gruppe „Soldaten für Frieden“ und Sabotageaktionen gegen Eisenbahnen simuliert (dabei waren der NATO die Aktionen gegen die Munitionstransporte im Januar 1982 sicherlich noch in Erinnerung). In einem Mandatver-Anfang 1980 wurde eine radikale Widerstandsgruppe namens „Black Palermo“ simuliert, die — wie ein Mitarbeiter des IKV-Sekretariats schrieb — anscheinend „eine Mischung aus KGB, RAF, Onkrult, Stoppt die Neutronenbombe und IKV“ (8) darstellte. Im April 1981 übte eine fiktive Widerstandsgruppe des IKV-Sekretariats schrieb — anscheinend „eine Mischung aus KGB, RAF, Onkrult, Stoppt die Neutronenbombe und IKV“ (8) darstellte.

Im Militärapparat wird eifrig an der Ortung und Kostümierung des „inneren Feindes“ gearbeitet. In der Beute vom PMC-Überfall enthalten sind Aufzeichnungen eines Major De Boer, Chef der „Nationalen Reserve“ (s.u.) in der Provinz Noord-Holland, von einem Vortrag des militärischen Geheimdienstes Anfang der 70er Jahre. Neben prominenten Linken (vom Parlamentaristen der Pazifistisch Sozialistischen Partei, Van der Spek, heißt es, er könne „direkt in die UdSSR reisen, ohne Visum/Stempel“) und Friedensaktivisten sind in De Boers Aufzeichnungen auch die Namen von liberalen Journalisten, sozialdemokratischen Politikern usw. aufgeführt. Verbunden sind diese Personen — logo! — mit, wahlweise, „Moskau“, „Peking“ oder der „Vietnam Internationale“.

Nationale Reserve

Die schnell einsetzbare und schlagkräftige „Nationale Reserve“ (Natives) ist eines der wichtigsten Instrumente für die Bekämpfung des inneren Feindes. Die Natives ist zur Zeit des niederländischen Kolonialkrieges in Indonesien entstanden. In einem internen Papier der Natives zur eigenen Geschichte heißt es, der niederländische Staat habe wegen des Kriegs nur über eine geringe Anzahl Truppen verfügen können, „um bei einem revolutionären Vorgehen von inländischen Extremisten ihre gesetzmäßige Macht mit genügender Kraft der Waffen zu handhaben“ (10).

„Schutzgruppen“ (Bewaffnung: 2 Gewehre, 1 Maschinengewehr, 6 Maschinepistolen, 1 Pistole), eine 8 Mann starke „Unterstützungsgruppe“ (tragbare Raketen, 1 Maschinengewehr, 5 Maschinepistolen, 3 Pistolen), eine 7 Mann starke „Kommandogruppe“ (3 Maschinepistolen, 2 Pistolen). Ihre Waffen haben die Jung zuhause im Schrank.

Zur PMC Beute gehören Unterlagen von einer Natives-Übung mit dem Namen „Oostdorp“ (Oostdorp?), die am 18./19. Mai 1979 stattfand. Teilnehmer der Übung, bei der ein von „bewaffneten Parteiläufern“ besetztes Dorf „gesäubert“ werden mußte, waren 7 Abteilungen Natives (also knapp 300 Mann) aus Nord-Holland. Leiter der Übung war der PMC-Chef aus Nord-Holland.

Das Szenario der Übung stellt einen Krieg dar, in dem es um Ölquellen im Ijsselmeer geht. Die Gegner sind „Blauwand“ (die Niederlande) und „Grünland“ (7), deren (fiktive) gemeinsame Grenze durch die Nord-Ost-Niederlande verläuft. Grünland will — nach dem Scheitern einer Gipfelkonferenz — die Ölquellen „mit Gewalt in seine Einflussphäre ziehen. Seine Flotte nähert sich der Nordsee aus der Umgebung Norwegens. Grüne Truppen haben an einer Reihe von Punkten die Staatsgrenze überquert und Brückenköpfe gebildet“. — „Informationen haben ergeben, daß der Angriff der Grünen von den Brückenköpfen aus veranlassen ist wegen technischer Probleme beim Übersetzen von schwerem Material infolge des hohen Wasserstands der Flüsse. Im Hinterland von Blau sind Saboteure aktiv. In allen Provinzen sind bereits Fälle von Sabotage gegen vitale Objekte gemeldet ... Die Blauen Einheiten haben defensive Positionen so dicht wie möglich an der Grenze eingenommen. Blaue Panzer-Einheiten machen sich in Sammelgebieten bereit, um in einem schnellen Angriff die Brückenköpfe zu räumen, bevor Grün diese verstärkt hat. Nur ein kleiner Teil der Einheiten, die vitale

chern. Dann kommt eine Meldung vom Bürgermeister von Oostdorp: Sein Dorf ist „von Parteiläufern“ besetzt. Die Abteilungscommandos werden vorgewarnt: „Rechnen Sie mit einem Angriff und einer Ausbreitung des Dorfes vor Einbruch der Dunkelheit von einem Sammelgebiet aus im östlichen Waldgebiet von Oostdorp. Bringen Sie Ihre Abteilung zum Sammelgebiet.“ Die Meldung des Bürgermeisters wird bestätigt: „Oostdorp ist in Händen von Parteiläufern, bewaffnet mit Karabinern, Maschinengewehren und Handgranaten“. Befehl: „Nehmen Sie Oostdorp ein und säubern Sie die Häuser und Gebäude dieses Dorfes.“ Ausführungsbestimmungen: „Der Angriff wird um 8 Uhr durchgeführt mit zwei Abteilungen nebeneinander, jede mit zwei Gruppen vorne und einer Gruppe hinten ... Erobern und säubern Sie die Objekte im Ihnen zugeteilten Angriffsbereich. Konsolidierung am Rande des Dorfes ... Rechnen Sie mit der Sicherung von noch näher zu bestimmenden Objekten.“ (11)

„Onkrult“ kommentiert: „Die allgemeine fiktive Kriegssituation, Öffnung im Ijsselmeer, die zu einem Konflikt führen zwischen „Blauwand“ (an dessen Seite die Natives kämpfen) und „Grünland“ (der Feind also) hat einen geringen Realitätswert. Worum es hier geht, ist die Übung selbst.“ (12)

Während die allgemein-politische Ausgangslage in den Wintex/Cimex-Szenarien, die für den militärischen Stab und hohe Staatsfunktionäre bestimmt sind, „so realistisch wie möglich“ gehalten ist (wie ein Sprecher des niederländischen Verteidigungsministeriums äußerte, s. AK 243), sind die Übungsszenarien, soweit es ihren allgemein-politischen Teil angeht, für den „gemeinen Mann“ eher möglichst unreal gehalten, um eben diesen „gemeinen Mann“ vom Vorhinein daran zu hindern, über die „Kriegsgründe“ nachzudenken. Das Fußvolk soll Befehle ausführen, in jeder Situation — sonst nichts!

Die „Feinde“ in „Oostdorp“ werden diffus als „Parteiläufer“ bezeichnet. Ob es sich etwa um Menschen aus „Oostdorp“ selbst handelt, wird im unklaren gelassen. Kein Wunder: „Oostdorp“ wird für die Übungsteilnehmer in Utrecht in Nord-Holland liegen. Vielleicht ist es sogar in eigener Wohnort in dem sie jedes Haus unter Feuer nehmen müssen. In einer Fernsehsendung anläßlich der Onkrult-Veröffentlichungen antwortete der Natives-Chef aus Nord-Brabant auf die Frage, ob seine Natives auch auf die eigenen Nachbarn und Familienangehörigen schießen würden: „Unsere Leute sind sehr gut motiviert. Sie geben tatsächlich ein Stückchen ihrer Freizeit für die Zeit, wenn's drauf ankommt, und dann werden sie sicher tun, was wir ihnen auftragen.“ (13)

Allzeit bereit

Der Einsatz des niederländischen Militärs im Innern findet nicht nur bei

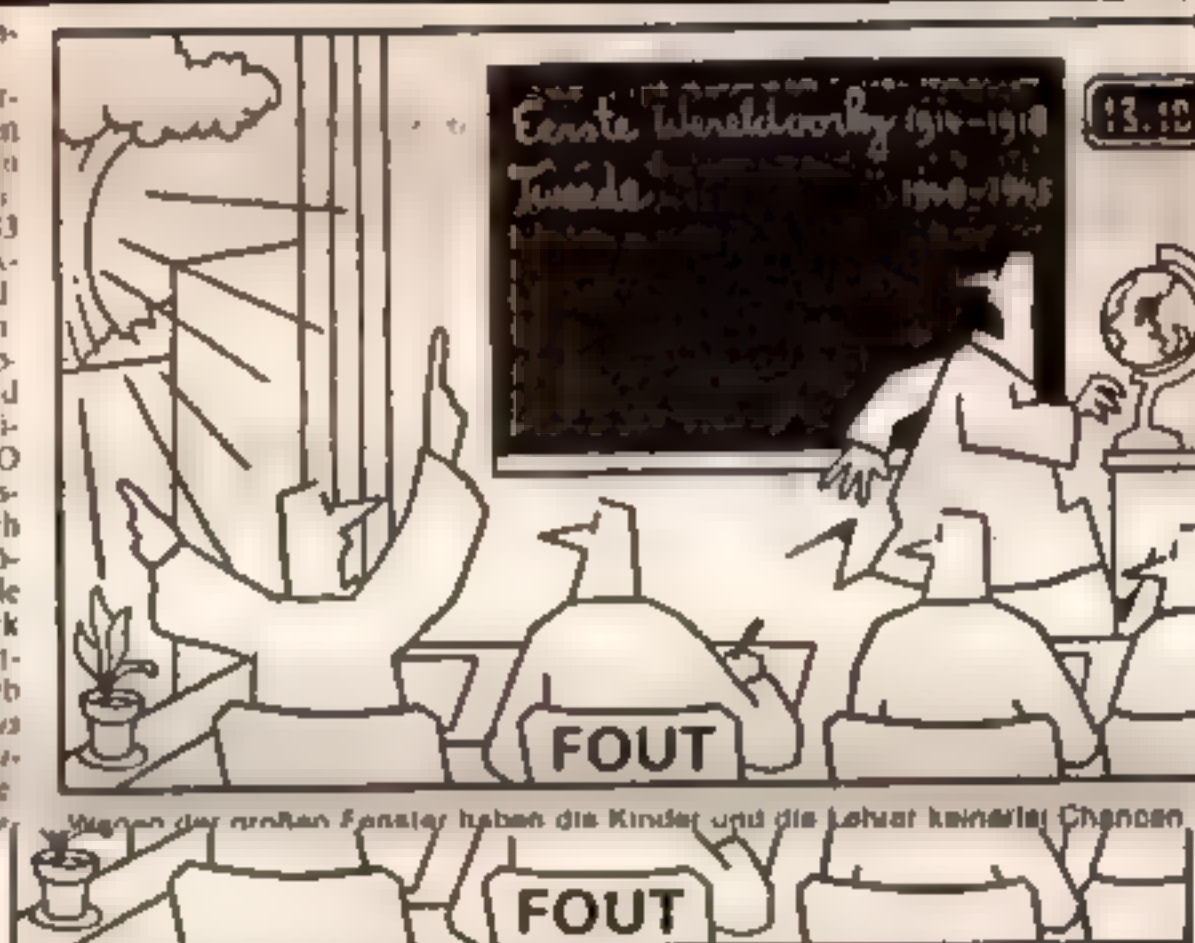
Allzeit bereit

Der Einsatz des niederländischen Militärs im Innern findet nicht nur bei Übungen bzw. im Kriegsfall statt. Juristisch abgedeckt durch eine in Friedenszeiten geltende „Beistands-Regelung“ (für den Kriegsfall oder in „Ausnahmestellungen“ gibt es Kriegsrecht, diverse „Ausnahmestände“ und ein Paket von „Notstandsgesetzen“), werden Teile des Militärs in zunehmendem Maße eingesetzt zur Unterstützung der Polizei bei der Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“. Einige Beispiele aus den letzten Jahren:

- Einsatz von wehrdienstpflichtigen Sanitätern und Koch-Mannschaften bei großen Polizeieinsätzen gegen AKA-Gepäck (Dekaword Blokaden im Oktober 1980 und September 1981);
- Bewachung von Munitionstransporten bei antinuklearen Aktionen (Den Haag, Januar 1982);
- Einsatz von Panzern und Schärfschützen gegen bewehrte Häuser; (Vondelstraat, Amsterdam, August 1980);
- Einsatz von Starfliegern für Luftaufnahmen vom besetzten Grote Keyzer (Amsterdam, November 1980);
- Beteiligung des PMC-Stabs am Kommandozentrum der Polizei bei der Räumung von Barrikaden (Pierconstraat, Nijmegen, Februar 1981);
- Sturm auf einen Zug, in dem Sudolukker Geiseln festhielten, mit einer halben Armee (Starflieger, Panzer, Maschinengewehre) bei De Punt im Juni 1977;
- Beschließung von stinkolukischen Wohnvierteln (Assen und Boven-smilde, September 1977).

(Über die meisten dieser Einsätze wurde im AK berichtet)

Fortsetzung nächste Seite



Wegen der großen Fenster haben die Kinder und die Lehrer keine Chancen



Um also Panik zu verhindern, die Vorhänge schließen und den Unterricht normal fortsetzen (aus: Stefan Verwey, Overleven? Dat het zal!)

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist die Natives im Rahmen einer umfassenden Verbesserung der „territorialen Verteidigung“ nachgerüstet worden (mehr Leute, bessere Ausrüstung und Bewaffnung, bessere Ausbildung, organisatorische Verbesserungen).

Die Natives ist eine innerhalb von 24 Stunden mobilisierbare freiwillige Truppe — Werbeplakate sinnig übersetzt: „Gib ein Stückchen von deiner Freizeit für die Zeit, in der es drauf ankommt!“ Ihr gehören „politisch zuverlässige“ Ex-Soldaten an, die in kleinen selbstständigen Gruppen operieren und die ihre Region genau kennen. Die insgesamt 113 „Abteilungen“ bestehen aus jeweils 42 Mann, verteilt auf fünf Untergruppen; drei 9 Mann starke

Objekte und Wege im Hinterland sichern müssen, ist bereits in ihrem Gebiet oder bei ihrem Objekt anwesend. Die übrigen Sicherungskräfte, u.a. die Natives, werden erst im Laufe des nächsten Tages ihre Bestimmungsorte erreichen. Die blaue Führung hat den Auftrag erteilt, sich den entsprechenden Objekten behutsam zu nähern, da hier schon Saboteure oder Parteiläufer anwesend sein können. Weil einsatzbereite Truppen im Hinterland knapp sind, werden die Objekte in diesem Fall von unserer Nationalen Reserve vom Feind gesäubert werden.

Die Natives-Abteilungen haben den Auftrag erhalten „vitale Objekte“ (einen Kommandoposten und ein Verbindungszentrum) in „Oostdorp“ zu si-

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Zivile Verteidigung“

Teil der beim Einbruch in den Kommandobunker für „Zivile Verteidigung“ in Noordwijk im April letzten Jahres erarbeiteten Dokumente ist das „Synchronisationschema von zivilen Bereitschaftsmaßnahmen“. Dieses achtundvierzigseitige als „geheim“ klassifizierte Papier wurde vom Innenministerium und dem „Stab für Zivilverteidigung“ erstellt.

Das Schema soll, heißt es in der Einleitung, „der Regierung als Leitfaden“ in einer „Spannungssituation“ dienen und einen Überblick geben „über den Zusammenhang der vielen zivilen Bereitschaftsmaßnahmen untereinander sowie zwischen diesen und bestimmten militärischen Mobilisierungsmaßnahmen“. Es umfaßt eine sehr große Anzahl von Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten: Innere Sicherheit, Zivilschutz, Gesundheitswesen, Transport, Telekommunikation, Meteorologie, Lebensmittel- und Energieversorgung, Finanzwesen, Arbeitssicherung usw. usw.

Die Maßnahmen bestehen u.a. in:

- der Inkraftsetzung von Notstandsgesetzen, die sämtliche demokratischen Rechte ausschalten und den Behörden fast unbegrenzte Möglichkeiten zum Eingriff in das Leben eines Jeden geben;
- Evakuierung der Bevölkerung aus bestimmten Gebieten;
- sofortige Entlassung von 50 % aller Krankenhaus-Patienten;
- Beschlagnahme von u.a. Kraftfahrzeugen und Wohnungen;
- Sperrung von Autobahnen und öffentlichen Verkehrsmitteln für den zivilen Verkehr;
- Abschalten fast des gesamten zivilen Telefonnetzes;
- Gleichschaltung der Medien;
- Einführung von Hamsterverboten und Lebensmittelrationierung;
- Einführung einer Arbeitspflicht (Dienstverpflichtung).

Allerdings, wie pedantisch die Maßnahmen ziviler Kriegsvorbereitung auch ausgetüftelt worden waren, nachdem „Onkrult“ das Dokument veröffentlicht hatte, muß es — wie das Ministerium verlauten ließ — zumindest zum Teil umgearbeitet werden. (16)

Zu den einzelnen Maßnahmen gibt es detaillierteste Ausführungsbestimmungen (die, als Teil der Bunker-Beute, von „Onkrult“ ebenfalls und größtenteils kommentiert in „Bunker in Bunkerbuil“ veröffentlicht worden sind).

Beispiel: Lebensmittelversorgung im Kriegsfall. Dazu gibt es nicht allein eine Reihe von Notgesetzen, auf deren Grundlage „Regelungen getroffen werden können zum Anbauen, Ziehen, Züchten, Fangen, Ernten, Schlachten, Aufbereiten, Herstellen, Vorhanden haben, Aufbewahren, Gebrauchen, Verarbeiten, Transportieren, Verpacken, Verfüllern, Kaufen, Verkaufen oder Liefern, Empfangen etc. von Produkten“ (17). Es gibt auch schon einen (in Reserve gehaltenen) organisatorischen Apparat zur Lebensmittelverteilung mit 11 „Provinzialen Nahrungskommissaren“, denen die insgesamt 93 „Nahrungsdistrikte“ unterstellt sind und große, über das ganze Land verteilte, Notvorräte mit „Norbiskuits“, Fetten, Milch und Bohnen-

nahrung. Sogar die „notwendigen täglichen Minimalrationen“ sind schon errechnet, wobei zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung unterschieden wird, zwischen Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern, Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden (die Arbeit wird unterteilt in „normale Arbeit“, „schwere Arbeit“ und „sehr schwere Arbeit“). Falls es sich nicht vermeiden läßt, radioaktiv verseuchte Nahrung zu verteilen, sollen Personen, die jünger als 40 Jahre sind, nach Möglichkeit geschont werden, denn: „Personen, die älter als 40 Jahre sind, werden im Vergleich zu Personen von 40 Jahren und jünger, die Aufnahme von radioaktiv verseuchter Nahrung mit weniger schädlichen Folgen für die Gesundheit vertragen“ (18).

Die kriegsvorbereitenden Maßnahmen beziehen sich auf jeden Sektor der Gesellschaft — von Banken und Industrie, über Bahn, Post und Massenmedien, bis hin zu Gesundheitswesen, Schulwesen und Arbeitsamt.

Für die über die Notstandsgesetze juristisch abgedeckte Medienzensur sind bereits Richtlinien erstellt. Die höchste Zensurinstanz („Besondere Informationskommission“) ist zusammenge stellt. Die Provinzialen Militärkommandos (PMC) haben Listen angelegt mit Namen von Journalisten (in der Regel Reservisten), die als Zensoren zu den Zeitungen geschickt werden können. Es ist sogar von bereits getroffenen „Vereinbarungen“ mit der Presse die Rede (19). Die Radio- und Fernsehprogramme können abgeschaltet und



Es ist nicht schlecht, immer eine Rolle Haushaltsaluminiumfolie zur Hand zu haben



Sollten Sie keine Zeit mehr haben, eine Deckung aufzusuchen, bietet die Folie einen guten Schutz gegen die Hitze und die radioaktive Strahlung (aus: Stefan Verwey, Overleven? Doe het zelf!)

durch ein einheitliches Programm oder regionale Programme des Staatsapparates ersetzt werden. Die Bahn hält genügend Dieselloks und zweieinhalb Millionen Liter Diesel in Reserve, um auch bei Stromausfall noch enorme Mengen von Soldaten und Kriegsmaterial in Richtung Front schaffen zu können. Die Telegramme an die Bürgermeister zur Einleitung der Evakuierung ihrer Gemeinde (Kodename: „Spiezstock-Spatierstock“) sind schon vorgedruckt, ebenso wie die Telegramme an die Krankenhausräufte, nach deren Erhalt sie 50 % ihrer Patienten auf die Straße setzen müssen, weil die Betten beansprucht werden für Kriegsverletzte (die allerdings auch nur zum kleinsten Teil aufgenommen werden können), oder wie die Karten zur Registrierung der identifizierten und nicht-identifizierten Toten, die danach in von den Gemeinden z.T. bereits angewiesenen Massengräbern begraben werden. Das Verbrennen der Leichen ist natürlich auch möglich, allerdings

„Zivilschutz“

„Zivilverteidigung“ wurde in AK 184 („Zivile Verteidigung“ — Kriegsvorbereitung unter humanitären Vorzeichen) definiert als Sammelbegriff für „alle nicht-militärischen staatlichen und privaten Maßnahmen, die die Führung eines Krieges möglich machen und unterstützen“. In einem Papier des niederländischen Innenministeriums heißt es: „Die Zivilverteidigungs-Vorbereitungen müssen mit gerichtet sein auf die Unterstützung der im Rahmen der NATO von den Niederlanden zu leistenden Verteidigungsanstrengungen und auf eine maximale Unterstützung bei der Zu- und Durchfuhr von alliierten Streitkräften und militärischen Gütern.“ (21)

Neben der direkten Unterstützung (der Mobilisierung) des Militärs und der Ausrichtung der gesamten Gesellschaft auf den Krieg gehört die Linderung der Kriegsfolgen im eigenen Land („Zivilschutz“) und insbesondere der „Schutz des Menschen“ zu den Aufgaben der „Zivilverteidigung“. Unter den heutigen Bedingungen (Atomkriegsdrohung) wird diese Aufgabe allerdings auch von den Behörden kaum ernst genommen (sofern es die gesamte Bevölkerung und nicht sie selbst betrifft). Das zeigt sich u.a. an den — im Vergleich zu den Rüstungsausgaben — relativ geringen Ausgaben hierfür und daran, daß nur für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt Schutzbunker zur Verfügung stehen.

Der ehemalige niederländische Verteidigungsminister Visser zum „Zivilschutz“: „Wenn ich sage: Es bedeutet nichts, dann klingt das defätistisch. Natürlich müssen wir uns so gut wie möglich zu schützen versuchen. Aber das ist nicht das Wichtigste. Wichtig ist, daß wir unseren Verteidigungswillen damit zum Ausdruck bringen. Es ist ein Mittel, um zu zeigen, daß wir es sehr ernst meinen.“ (22)

Eine mindestens genauso wichtige psychologische Funktion des Zivilschutzes ist es, der Bevölkerung die Angst vor dem (Atom)Krieg auszureden bzw. der Panik, die nach dem Atomkriegsalarman ausbrechen wird, im Vorhinein so stark wie möglich entgegenzuwirken. Denn: die Angst macht kriegsunwillig, und wer weiß, was alles passieren kann, wenn tatsächlich Panik ausbricht! In den „Tips“, die die Obrigkeiten zum „Selbstschutz“ unter der Bevölkerung verteilen, wird die Gefahr einer Atombombenexplosion auf eine geradezu lächerliche Art herunter-

geknüpelt. Da gibt es zahlreiche Anweisungen zur Einrichtung von „improvisierten Schutzräumen“ („Sorgen Sie für gute Luft!“) (23), und es wird so getan, als sei radioaktive Strahlung überhaupt nicht besonders problematisch, wenn mensch nur Wasser, Seife und eine Bürste hat. An anderer Stelle steht: „Der radioaktive Staub sich von normalem Staub nur durch die Eigenschaften unterscheidet, eine gefährliche Strahlung auszusenden, kann er auch auf die gleiche Art wie normaler Staub bekämpft werden.“ (24)

Die Furcht vor Panik oder anderen „unkontrollierten“ Handlungen der Bevölkerung kommt zum Ausdruck, wenn es in einem vertraulichen ministeriellen Schreiben heißt: „In außergewöhnlichen Situationen ist das Bestreben des Ministeriums der Schulen und Wissenschaften darauf gerichtet, den Unterricht so lange wie möglich fortzusetzen, unter anderem mit dem Ziel, die Jugend von der Straße zu halten.“ (25)

Durch Gleichschaltung der Massenmedien, Sperrung des zivilen Telefonnetzes, Beschlagnahme ziviler Kraftfahrzeuge und Abschaltung der öffentlichen Verkehrsmittel für den Zivilverkehr werden die Bewegungs-, Informations- und Kommunikationsbedürfnisse der Bevölkerung weitestgehend eingeschränkt. Für die unmittelbare physische Niederhaltung der Bevölkerung ist ein enormer Unterdrückungsapparat aufgebaut worden — Zusammenschlagen, Einsperren, Erschrecken sind seine integralen Bestandteile. Die Maßnahmen der „Zivilverteidigung“ und des „Zivilschutzes“ lassen keinen Zweifel: Der Feind ist der Zivilist.

Niederlande-Kommission

— Dokument —
Instruktion zur „Oostdorp“-Übung der Nationalen Reserve (Auszüge)

Das Eindringen in ein Gebäude a. Durch ein Fenster oder ein Loch in der Mauer zu ebener Erde b. Ausgangsposition am Fuß des Gebäudes (...)

Der Gruppenkommandant schreit insbesondere auf:

(1) Daß sich gegen die Mauer drücken der Schützen.

(2) Daß bereit (würfbereit) machen der Handgranaten.

(3) Korrekte Ausführung der Sicherung durch die Schützen an den Hausecken. Danach kommandiert er „Handgranate werfen“

Zuvor Platz bestimmen, wo in Deckung gegangen wird, sofern der Feind eine Handgranate wirft oder eine eigene Granate zurückfällt.

Direkt nach der Explosion der Handgranaten in dem Gebäude dringt der Angriffstrupp in der kommandierten Reihenfolge nach innen.

Vor dem Eindringen hat der Gruppenkommandant dem Deckungstrupp Befehl erteilt (zum Beispiel: nachdrücken in denselben Raum; Feuer verlegen auf den nächsten Raum; oder flüchtenden Feind ausschalten).

Während des Eindringens wird eine Handgranate bereit gehalten, um eventuell gegen eine intakt gebliebene (z.B. durch Sandsacke verstärkte) Aufstellung in dem Raum gebraucht zu werden. (Anm. AK: Mit intakt gebliebener „Aufstellung“ — niederländ. opstelling sind übrigens Menschen gemeint!)

8. Das Säubern eines vom Feind besetzten Gebäudes

a. Auftreten des Angriffstrupps beim Säubern der Räume

Zuerst muß das Eindringen in einen Raum gründlich geübt werden.

Man muß davon ausgehen, daß in jedem Raum Widerstand geboten wird.

Es ist darum notwendig, vor dem Eintreten eine Handgranate zu werfen, auch wenn noch kein Feind festgestellt worden ist.

Ausgangspunkt (dieses Wurfes — Anm. AK) von einem bereits gesäuberten Raum aus.

Beim Eindringen in einen Nebenraum muß den folgenden Schwierigkeitsgraden Rechnung getragen werden:

(1) Mit geöffneten Tür

(2) Mit geschlossener Tür

(3) Mit verbarrikadierter Tür

Nach der Explosion der Granate im ersten Stock (des Hauses — Anm. AK) stürzt der Angriffstrupp in der befohlenen Formation nach oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind.

Im Flur angekommen gehen die vorderen Schützen direkt in Deckung neben einem angrenzenden Raum und machen sich schnell bereit, in diesen auf Kommando einzudringen.

Oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind;

Im Flur angekommen gehen die vorderen Schützen direkt in Deckung neben einem angrenzenden Raum und machen sich schnell bereit, in diesen auf Kommando einzudringen.

Oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind;

Im Flur angekommen gehen die vorderen Schützen direkt in Deckung neben einem angrenzenden Raum und machen sich schnell bereit, in diesen auf Kommando einzudringen.

Oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind;

Im Flur angekommen gehen die vorderen Schützen direkt in Deckung neben einem angrenzenden Raum und machen sich schnell bereit, in diesen auf Kommando einzudringen.

Oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind;

Im Flur angekommen gehen die vorderen Schützen direkt in Deckung neben einem angrenzenden Raum und machen sich schnell bereit, in diesen auf Kommando einzudringen.

Oben; der vorderste Schütze feuert aus der Bewegung heraus direkt auf den erkannten Feind;

dem Flur und das Treppenhaus zu den höheren Stockwerken unter Feuer zu halten.

Das Säubern von Kellern

Hier wird nach denselben Prinzipien aufgetreten wie bei der Säuberung der übrigen Räume.

Wahrscheinlich ist der Keller ein befestigter Gruppenaufenthaltsraum — Zuführung AK) und schwierig zu säubern.

Es ist einfacher, den Feind in Kellern auszuräuchern oder mit Tränengas oder brandsüftenden Mitteln (Phosphorhandgranate) nach außen zu treiben.

Im Prinzip wird ein Keller als letztes gesäubert.

Bei dem Ausräuchern usw. von Kellern nimmt der Deckungstrupp solche Positionen ein, daß der flüchtende Feind ausgeschaltet werden kann.

Der Gruppenkommandant gibt vor der Säuberung deutliche Befehle z.B.: „Nr. 2, werf eine Rauchgranate durch das zweite Kellerfenster an der anderen Seite des Gebäudes Nr. 3, werf eine Phosphorgranate durch das erste Kellerfenster.“

Nr. 4, werf eine Tränengasgranate durch die Kellertür; Deckungstrupp, sichere den Hinterausgang und schalte den flüchtenden Feind aus.“

b. III

Eines der durchschlagenden Mittel, um einen Feind, der sich in einem Haus zur Verteidigung eingerichtet hat, zu bekämpfen, ist Brand (Phosphorhandgranate, Napalm, Flammenwerfer).

Der Feind wird versuchen, aus dem in Brand gesteckten Haus zu flüchten.

Für den Angreifer gilt dann nur die richtige Aufstellung seiner Waffen, wodurch der Feind vor die Wahl gestellt wird

— zu verbrennen

— durch feindliches Feuer außer Gefecht gesetzt zu werden

— sich zu ergeben.

j. Bürger

Bei Geböchten in Orten bilden die Bürger ein großes Handicap und ein sehr großes Problem.

Wir können die Bürger einteilen in:

(1) Feindliche Bevölkerung

(2) Wohlgesonnene Bevölkerung

(3) 5. Kolonne (Sabotage usw.)

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 243) veröffentlichten wir die Szenarien der Winter/Cinex '81-Stabsübung. Im dritten Teil unserer Serie (in AK 245) werden wir die Aktionsgruppe „Onkrult“, ihre Geschichte und ihre großen Beschäftigungsaufgaben, darstellen.

Schon mal solltet am 9. April gibt's den nächsten ARBEITER-KAMPF!

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 243) veröffentlichten wir die Szenarien der Winter/Cinex '81-Stabsübung. Im dritten Teil unserer Serie (in AK 245) werden wir die Aktionsgruppe „Onkrult“, ihre Geschichte und ihre großen Beschäftigungsaufgaben, darstellen.

Schon mal solltet am 9. April gibt's den nächsten ARBEITER-KAMPF!

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 243) veröffentlichten wir die Szenarien der Winter/Cinex '81-Stabsübung. Im dritten Teil unserer Serie (in AK 245) werden wir die Aktionsgruppe „Onkrult“, ihre Geschichte und ihre großen Beschäftigungsaufgaben, darstellen.

Schon mal solltet am 9. April gibt's den nächsten ARBEITER-KAMPF!

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 243) veröffentlichten wir die Szenarien der Winter/Cinex '81-Stabsübung. Im dritten Teil unserer Serie (in AK 245) werden wir die Aktionsgruppe „Onkrult“, ihre Geschichte und ihre großen Beschäftigungsaufgaben, darstellen.

Schon mal solltet am 9. April gibt's den nächsten ARBEITER-KAMPF!

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 243) veröffentlichten wir die Szenarien der Winter/Cinex '81-Stabsübung. Im dritten Teil unserer Serie (in AK 245) werden wir die Aktionsgruppe „Onkrult“, ihre Geschichte und ihre großen Beschäftigungsaufgaben, darstellen.

Schon mal solltet am 9. April gibt's den nächsten ARBEITER-KAMPF!

Anmerkungen:

1. „Oorlog in Nederland — of het gevecht van de buurman“, Amsterdam, Mai 1981
2. Zit. n. „Anti Militaristies Tijdschrift“, September '83, S. 44.
3. a.a.O., S. 43
4. Zit. n. „PMC Papers“ Nr. 4, S. 6
5. „ADA-rapport 1977“, zit. n. „Oorlog in Nederland“, S. 9
6. a.a.O., S. 9
7. Zit. n. „PMC-Papers“ Nr. 1 S. 5
8. Aus einem Nafres-Ausbildungsbuch, zitiert nach dem Onkrult-Buch „Bunker in Bunkerbuil“ — die de oorlog mogelijk maken“, Amsterdam 1983, S. 114.
9. „IKV-Berichten“, Juni 1980
10. Siehe „Anti Militaristies Tijdschrift“, September '83, S. 50.
11. Zit. n. „Oorlog in Nederland“, S. 27/28.
12. Zit. n. „PMC-Papers“ Nr. 2, S. 3/4/5.
13. „PMC-Papers“ Nr. 2, S. 4.
14. „BGTV“ vom 11.5.1983, zit. n. „Bunker in Bunkerbuil“, S. 116.
15. entfall
16. Es gibt in den Niederlanden vier verschiedene „Ausnahmestände“: den „Zustand erhöhter Wachsamkeit“ („Toestand van Verhoogde Wachzaamheid“), den „Zivilen Ausnahmezustand“ („Burgelijke Toezonderingstoestand“), den „Kriegszustand“ („Staat van Oorlog“) und den „Belagerungszustand“ („Staat van Beleg“) und daneben über 30 einzelne „Notgesetze“.

16. „Bunker in Bunkerbuil“, S. 100.
17. a.a.O., S. 198.
18. a.a.O., S. 200.
19. a.a.O., S. 128.
20. a.a.O., S. 203. — Das Dokument, in dem dieser Hinweis steht, bezieht sich zwar auf das Verbrennen von Tierleichen, aber der Hinweis kann genauso gut dem Verbrennen von Menschenleichen gelten. Während zum „Aufräumen“ von Tierleichen detaillierte Anweisungen gegeben werden, sind in dem entsprechenden Dokumenten die Passagen zum „Aufräumen“ von Menschenleichen wesentlich weniger konkret gehalten.
21. zit. n. „PMC-Papers“ Nr. 4, S. 14
22. zit. n. „Bunker in Bunkerbuil“, S. 180
23. a.a.O., S. 181
24. a.a.O., S. 177
25. zit. n. „Bunker in Bunkerbuil“, S. 124

Frankreich:

Monatlich 20.000 Entlassungen

Die Bedingungen für einen „Waffenstillstand der Klassen“, frohlockte Mitterrand noch im September vergangenen Jahres, hätten sich „sehr Beginn des 20. Jahrhunderts schrittweise verbessert“. Tatsächlich hat sich die Lage der einen Klasse unter der PS/KPF-Regierung schrittweise verschlechtert.

Allein in diesem Jahr sollen 200 000 Menschen entlassen werden — mindestens. Zwischen Sommer '82 und Sommer '83 waren es bereits 185 000. Im Namen einer „Modernisierung“ der Industrie sollen Zehntausende ihren Arbeitsplatz verlieren.

- 6 bis 8 000 im Kohlebergbau; bis 1988 sind dort weitere 20 000 Entlassungen vorgesehen
- 15 000 in der Stahlindustrie
- 10 000 im Eisenbahnbau
- 15 000 in der Mobelfabrikation
- 100 000 in Bausektoren
- im Automobilbau entließ Peugeot bereits 6 000 Beschäftigte, mindestens weitere 10 000 sollen bis 1986 folgen. Citroën sieht in diesem Jahr 4 300 Entlassungen vor
- in Druckgewerbe und bei den Werften sind ebenfalls Massenentlassungen anvisiert.

Im realpolitischen Staatsjargon nennt sich das: Abbau der „Überbelegungen“ (sogenannte „sur-effectifs“).

Die Unternehmer setzen die „Überbelegungen“ noch höher an: Bis 1986 möchten sie die Zahl von gegenwärtig 20 000 auf 80 000 Entlassungen monatlich steigern.

Die Gewerkschaften haben immer noch 170 000 Entlassungen im Jahr 1983. Sie möchten sie die Zahl von gegenwärtig 20 000 auf 80 000 Entlassungen monatlich steigern.

Der jetzt zur Debatte stehende Modernisierungsplan der Regierung setzt die Austeritätspolitik konsequent fort. Austerität — aber nicht für jeden: für die einen weitere Verschlechterungen, für die anderen Subventionen und Staatsanleihen.

Unabhängig von den ohnehin vorgesehenen Entlassungen sollen 10 000 bis 15 000 Lohnabhängigen aus bedrohten Industriezweigen wie Werften, Kohlebergbau und Stahl sogenannte „Umschulungs-Urlaube“ angeboten werden. Eine elegante Lösung: man wird nicht mehr entlassen, man wird auf Urlaub geschickt. Während dieser „Umschulungs-Urlaube“ erhalten die Arbeiter/innen nur 70% ihres vorherigen Lohns. Nach vorzeitigem Jahren erhält man bei sog. „Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen“ (Auftragsmangel, Konkurs) 90% des früheren Lohns. Entlassene Werkleute, die bereit sind, ein schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, sollen mit einem progressiv abnehmenden Zuschuß belohnt werden. Wie lange dieser Zuschuß noch gewährt wird, steht allerdings in den Sternen. Das aktuell gültige System der Frührente mit 36 Jahren wird nicht nur beibehalten, sondern Frührente soll auch schon mit 30 Jahren möglich sein.

Soviel zu den Kampfmaßnahmen der Freunde der Arbeiterklasse in der Regierung (O-Ton von Pierre Mauroy, Premierminister). Der anderen Seite soll das Leben mithilfe eines umfangreichen Katalogs von Maßnahmen erleichtert werden: Steuererleichterungen, staatliche Subventionen, Heruntersetzung des Unternehmer-Anteils bei den Sozialabgaben, Prämie von 50 000 F. pro Einstellung eines anderswo Entlassenen u.ä.m. Wie es sich gehört, rufen dies für kapitalistischen Profit und nicht aus. Der neue Schlachtruf der französischen Unternehmer lautet: Verteidigung der Freiheit! „Entlassungen“, „Freiheit“, „Lohn, Freiheit“, „Preis, Freiheit“, „Kredit, Freiheit“, „Beschäftigung, Freiheit“, „Freiheit von Soziallasten“ — diesen Aufgaben haben sie sich verschrieben (Vollversammlung der französischen Unternehmer/CNPF, „Le Monde“, 13.12.83).

Die „Freunde der Arbeiter“ am Werk

Zur Einweihung des Jahres 1983 kun-



Talbot im Kampf

digte Präsident Mitterrand gleich 18 Preiserhöhungen an. Im einzelnen handelte es sich um 11 bis 13% Erhöhung der Stromtarife, um 8% bei den öffentlichen Nahverkehrsmitteln, um 10% bei der Bahn, um 11% bei der Krankenhausaufenthalts-Kostenberechnung, um 5% bei Medikamenten, um 30% bei Tabak, um 9,8% bei Mieten und um eine durchschnittliche Preiserhöhung von 7% bei Produkten des täglichen Lebens von Seife bis Bier. Parallel dazu wurde den privatwirtschaftlichen Unternehmen 45 Milliarden Franc und diversen nationalisierten Betrieben 20 Mrd. F. bewilligt.

Im April '83 ging die „Reform“ des Gesundheitswesens weiter: Seitdem müssen die Patienten 20 F. pro Krankenhaus-Tag selbst zahlen. Eine weitere „Reform“ — nämlich eine 12prozentige Senkung der Kostenübernahme durch die Kassen bei bestimmten Operationen wie etwa Blinddarmentfernung — scheiterte an allgemeiner Empörung. Dafür wurde an anderer Stelle eingespart: arbeitsunfähige pensionierte Arbeiter bekommen keine Arbeitsunfähigkeitsrente mehr ausbezahlt, sondern nur noch die reguläre Rente. Wobei diese ebenfalls gekürzt wurde (nur noch 65% des früheren Lohns).

Die Beiträge für die Arbeitslosen-Versicherung wurden für die Lohnabhängigen um 0,4%, für die Unternehmer um 0,6% erhöht — bei gleichzeitiger Verschlechterung des Arbeitslosengeldes. Als Grundlage dafür gilt nicht mehr der Lohn der letzten drei, sondern derjenige der letzten sechs bis zwölf Monate. Dieser längere Berechnungszeitraum, der die Inflationsrate und angepaßte Lohnerhöhungen ignoriert, verschlechtert real die Situation der Arbeitslosen. Darüber hinaus ist die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt worden. Früher erhielt jeder mindestens 91 Tage bezahlte Lohn, drei Jahre lang die Grundelohn. Heute wird je nach vorausgesetzter Beschäftigungsdauer 91 bis höchstens 912 Tage lang gezahlt.

Bei Kündigungen, die nicht aus wirtschaftlichen Gründen (s.o.) erfolgt sind, sind die Sperrzeiten von sechs Wochen auf drei Monate erhöht worden. Die zusätzliche Leistung bei Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen wird nicht mehr wie früher ein ganzes Jahr, sondern nur noch sechs Monate lang ausbezahlt.

Nach wie vor müssen etwa 12% der

französischen Lohnabhängigen vom Mindestlohn leben. Dieser beträgt bei einer 39 Stunden-Woche 3600 F. (ca. 1 200 DM). Im Mai '81 betrug der gesetzliche Mindest-Stundenlohn 15,20 F., heute sind es 21,55 F., d.h. 7 DM brutto ... Die Gewerkschaften berechneten, daß diese Anhebung des Mindest-Stundenlohns real nur einen Franc bedeutet — der Rest wird von gestiegenen Lohnabzügen, Versicherungsbeiträgen und Steuern ver-

schlungen. Diese „Politik des Mutes“, so Wirtschaftsminister J. Delors, soll noch drastischer fortgesetzt werden. Der Haushalt '84 sieht bei einem Gesamtvolumen von 900 Mrd. F. eine Steigerung der Gesamtausgaben um 7% vor. Da allerdings die Inflationsrate etwa bei 9% liegt, handelt es sich real um eine Senkung. Ausgenommen von diesem Sparprogramm sind jedoch drei Ministerien: Industrie, Verteidigung und Forschung. In diesen Bereichen sollen die staatlichen Ausgaben durchschnittlich um 16% erhöht werden.

Mit Volksgemeinschafts-Demagogie werben Mitterrand und seine Regierung um Ruhe: „Die Anstrengung, die ich den Franzosen überlasse, wird nur dann ertragbar sein, wenn sie gerecht auf alle verteilt wird, wenn also die nationale Solidarität voll zum Zuge kommt“, predigt der Präsident (LM, 3.2.84). „Wenn wir (!) unsere (!) Betriebe nicht oder zu spät modernisieren, dann haben wir schon jetzt den Wirtschaftskrieg verloren, dann ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr rückgängig zu machen“. Schamlos entwirft „Sozialist“ Mitterrand das Bild einer Gesellschaft, in der die Unternehmer als neue Freunde und Helfer der Arbeiterklasse sich den Kopf um deren Elend zermartern: „Wenn ein Betrieb neue Technologien einführt, reduziert er seine Belegschaft. Ein modernisierter Betrieb aber vergrößert seinen Markt, seine Situation verbessert sich, er bekommt neue Aufträge — und der Betrieb stellt neu ein“ (ebda.). Heute wird eben nur entlassen, um demnächst Arbeit für alle zu schaffen.

Der „französische Sozialismus“ bedeutet in der Tat vor allem, daß man sich in Geduld übt. 1981 wurde der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur Priorität der Prioritäten erklärt. Eine Million arbeitsloser Jugendlicher sollte einen Arbeitsplatz erhalten. Anderhalb Millionen neue Arbeitsplätze sollten bis 1985 geschaffen werden. Die

Realität ist eine andere: Von Wirtschaftsexperten wird der tatsächliche jährliche Zuwachs der Arbeitslosenzahl seit 1981 auf 400 000 geschätzt.

Den harten Fakten wird von der PS vor allem mit einer Revolution der Sprache begegnet: Man spricht nicht länger vulgar von Arbeitslosen, Entlassenen oder Abbau der Arbeitsplätze. Stattdessen heißt es „Modernisierung“, „Konversion“, „technischer Urlaub“, „Umschulungs-Urlaub“, „Synchonisierung“, „Anpassung“, „Überbelegung“ etc. pp. Der „FAZ“ (15.12.83) fällt es leicht zu kommentieren: „Der Erfolg der sozialistischen Beschäftigungspolitik erscheint daher vielen Fachleuten in Frankreich als eine große Verschleierung der Wirklichkeit“. Gerade die sprichwörtlichen Verschleierrungs-Anstrengungen seitens der PS lassen aber auch deutlich erkennen, daß eine Änderung dieser Art von „sozialer Politik“ nicht beabsichtigt ist, d.h. daß die PS selber nicht von einer Veränderung in absehbaren Zeiträumen ausgeht.

Der Kampf bei Talbot

Anfang Dezember begann im Peugeot-Tochterbetrieb Talbot (ehemals Simca,

dann Chrysler-France) von Poissy in der Pariser Region ein Streik gegen 2 905 Entlassungen. Die Parole der Streikenden lautete: „Keine einzige Entlassung!“ Am 8.12. wurde der Betrieb besetzt. Zweimal griff die GRC ein — in der Silvesternacht und am 6. Januar.

Talbot gehört Frankreichs größtem Privatunternehmen, dem PSA Konzern, der bereits im Mai '83 ankündigte, 8 bis 12 000 Arbeiter entlassen zu wollen. Dieser Konzern, von Peugeot und Michelin kontrolliert und vormals größtes Automobil-Unternehmen Westeuropas, nimmt heute — nach Renault und Fiat, und vor Ford und VW — den dritten Platz ein. Von der Konzernleitung ist die Liquidierung von Talbot als kleiner französischer Automobilfirma seit längerem anvisiert. Der Marktanteil von Talbot, früher 10,2%, beträgt heute nur noch 4,4%. Zwischen 1978 und 1982 wurde die Talbot-Belegschaft von 25 000 auf 17 000 reduziert.

Von den übriggebliebenen 17 000 Talbot-Werkstätten und 10 000 sogenannte „OS“, d.h. Arbeiter ohne besondere Qualifikation. Von diesen 10 000 wiederum sind 65% Ausländer und über die Hälfte Marokkaner. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Arbeiter bei Talbot ist dort seit mindestens 10 Jahren beschäftigt.

Ihre Lage ist für Frankreich repräsentativ. Derzeit leben in Frankreich mindestens 10 Jahren beschäftigt.

Ihre Lage ist für Frankreich repräsentativ. Derzeit leben in Frankreich 4,5 Millionen Ausländer/innen. Sie bilden 8% der Gesamtbevölkerung und 9% der arbeitenden Bevölkerung. 85% der ausländischen Werkstätten sind „OS“. Sie stellen 17,5% der gesamten Arbeiterklasse. Besonders stark vertreten sind die Ausländer auf dem Bausektor (25%), im Automobilbau (über 15%), im Bergbau (über 10%), in der Metallindustrie (über 15%) und nicht zuletzt im Dienstleistungssektor wie bei der Müllabfuhr (75%). Gerade diese Bereiche sind besonders stark der „Modernisierung“ ausgesetzt. Im Zeitraum von 1976 bis 1981, also noch unter Giscard, waren von 385 000 Entlassungen 225 000 ausländische Werkstätten betroffen. Ein anderes, aktuelles Beispiel unter der gegenwärtigen Regierung: 1982 trafen 12% der Entlassungen beim Bau Ausländer. (Zahlen aus LM, 1.2.84).

Seit Mitterrands Amtsantritt führten ausländische Arbeiter im Automobilbereich verschiedene Streiks durch.

- 1981 in zwei Renault-Werken (Sandouville und B.ancourt);
- 1982 im Renault Werk Flins sowie in zwei Citroën Betrieben (Aulnay und Levallois);
- 1983 wiederum in den beiden genannten Citroën Werken sowie bei Talbot/Poissy.

Sie fordern das Recht auf Arbeit und die Gleichstellung mit den franzö-



CSL-Angriff 8./9.1.84

schen Arbeitern in den Betrieben (gewerkschaftliche Organisationsrechte, Versammlungs- und Redefreiheit). Sie fordern auch das von ihnen so formulierte „Richt auf Wunde“, d.h. Ausbildung und Weiterbildung, unter der Parole „Von aus CS & viel — wir wollen keine lebenslänglichen Hilfsarbeiter sein!“

Bei Talbot/Poissy konnten von 4.000 marokkanischen Arbeitern 28% keine Schule besuchen. Der gleiche Anteil von ihnen kann nicht französisch lesen.

Bevor die jüngsten Auseinandersetzungen geschildert werden, muß etwas zur spezifischen Hausordnung der PSA-Betriebe gesagt werden. Bei Talbot ist die KP-nahe CGT Mehrheitsgewerkschaft. Sie erhielt bei den letzten Wahlen 42,25% der Stimmen. 8,15% bekam die „sozialistische“ CFDT und 14,72% die Unternehmer-Miliz CSL.

Die PSA-Ordnung

Innerhalb des PSA-Trusts herrscht seit Jahren eine spezifische Hausordnung, die früher von der sog. Gewerkschaft CFT („Französische Konföderation der Arbeit“), heute von ihrer Nachfolgeorganisation CSL („Konföderation der freien Gewerkschaften“) garantiert wird. Die CFT-CSL setzt sich aus ehemaligen Angehörigen gaullistischer Parapolizeien wie des SAC, der antikomunistischen Organisation „Travail et Liberté“ („Arbeit und Freiheit“) und der faschistischen PFN zusammen („Partei der neuen Kräfte“) von J.-M. Le Pen; siehe hierzu Artikel in AK 242). „Travail et Liberté“ gilt als Hort ehemaliger Mitglieder des Ordnerdienstes der RPR, einer 1947 von de Gaulle gegründeten antikomunistischen Truppe, in der sich Kollaborateure und ähnlich lebenswürdiges Gesindel wiederfanden. Auf ihrem letzten nationalen Kongreß erklärte die CSL die Vertreibung der Ausländer aus Frankreich zu einer ihrer Hauptaufgaben.

Diese Spezies von Unternehmer-Miliz tauchte erstmals Ende der fünfziger Jahre bei Simca auf. Die Arbeit der CFT bestand unter anderem in der Rekrutierung willfähriger Arbeitskräfte im Ausland selbst. Dies geschah vor allem in Marokko und dort in Zusam-



Polizeiräumung

menarbeit mit der Polizei von König Hassan II. Die Wohnheime der Ausländer in Frankreich wurden ebenfalls von der CFT kontrolliert. In den Betrieben der Peugeot-Familie arbeiteten linke Gewerkschafter noch bis Ende der sechziger Jahre in der Klandestinität. Die Entdeckung ihrer Mitgliedschaft in CGT oder CFDT führte zu Erpressungen, Morddrohungen und abnehmend mehr Dieser Terror war verantwortlich für den Selbstmord eines CGT-Gewerkschafters bei Peugeot/Sochaux 1980. Innerhalb von weniger als drei Jahren hatte er 75 Mahnungen und Drohungen erhalten.

Als bei der Auseinandersetzung bei Talbot die Situation eintrat, daß nur noch wenige an der Betriebsbesetzung teilnahmen, griffen die CSL-Truppen die Arbeiter in barbarischer Weise, wie sie nur selten bekannt wurde, an: Am 5. Januar um 7 Uhr morgens stürmten etwa 1.000 CSL-Aktivisten, bewaffnet mit Fleischerhaken, Bolzen und Schreudern und mit dem Schlägruf „kanacken in den Oen“, auf die Arbeiter los. Ein ausländischer Kollege verlor ein Auge; hundert wurden verletzt. Tags darauf verteilte die faschistische PFN in Poissy ein Flugblatt mit der Überschrift: „Setzen wir das Souveränität fort!“ Die PFN rühmte sich: „Am Donnerstag, den 5. Januar, haben wir die Mitglieder der CSL von Poissy und vom gesamten Peugeot-Trust aus Sochaux, Aubray, Nanterre, Rennes und Paris u.a. bei einer großen Aufräum-Aktion im Werk von Poissy unterstützt... Nachdem wir bei Talbot aufgedröhrt haben, werden wir jetzt Poissy von allen Faulenzer, Ausländern und Chaoten befreien“ (zit. nach „Rouge“, Zeitung der LCR/IV Inter-

nat., vom 13.-19.1.84)

CGT und CFDT

Im Dezember '83 handelten bei Abwesenheit der beiden Gewerkschaften CGT und CFDT die Regierungsvertreter Mauroy (Premierminister, PS) und Ralhe (Beschäftigungsminister, KPF) mit der PSA-Leitung ihre „exemplarische“ (so Mauroy) Konfliktlösung aus: 1.905 statt 2.905 Entlassungen, Generalstreik der PSA-Leitung den 1.905 Entlassenen einen Rabatt von 20.000 F auf den Kauf eines Autos zu, wenn dieses „zu Arbeitszwecken eingesetzt“ wird. Die Regierungsseite brachte hundert Umschulungen ins Gespräch sowie „Rückkehrprämien“ für die ausländischen Kollegen, die sich in der astronomischen Höhe von 20.000 bis 40.000 F bewegen, d.h. zwischen 6.000 und 12.000 DM. Außerdem ist Unternehmern, die bereit sind, einen ehemaligen, am Streik beteiligten ausländischen Talbot-Kollegen einzustellen, eine Belohnung von 20.000 F pro Kopf in Aussicht gestellt worden.

CGT und CFDT hatten beide unter der gemeinsamen Losung „Keine einzige Entlassung“ den Kampf bei Talbot begonnen. Nach der ersten polizeilichen Räumung rief die CGT zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die CFDT dagegen forderte zur weiteren Besetzung auf. Vor der zweiten Räumung am 6. Januar besetzten nur noch weniger als 1.000 Arbeiter eine Betriebshalle.

Die erste polizeiliche Räumung erfolgte mit der Zustimmung der Regierung. Das zweite Mal rief die Sektion der CFDT bei Talbot selber die CRS,

als die CSL eine noch besetzte Halle angriff (siehe oben).

Mittlerweile haben beide Gewerkschaften die 1.905 Entlassungen zur Kenntnis genommen. Die CGT erklärt, dies müsse man zur Verteidigung der übrigen 13.000 Arbeitsplätze hinnehmen. Die CFDT-Sektion bei Talbot ersetzte die ursprüngliche Parole durch „Kein einziger Entlassener darf hängengelassen werden“.

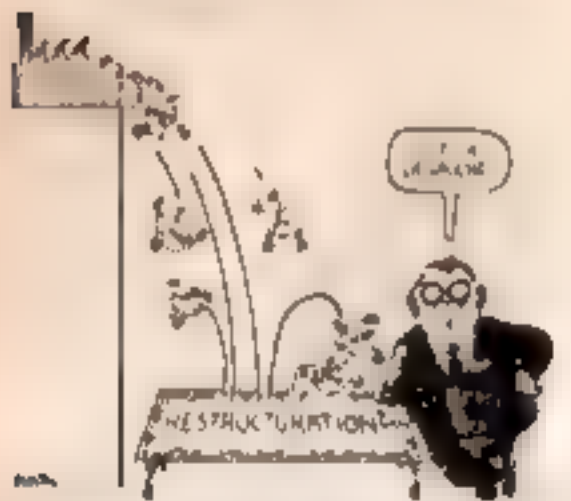
Über das unterschiedliche Vorgehen von CGT und CFDT erregten sich die Gemüter. Hier wie dort lobte die linke Presse die CGT und schalt die CGT als vermeintlich Schuldige für die Niederlage. Allgemein stellt sich indes die Frage, ob den Entlassungsplänen der Kapitalisten noch Betrieb für Betrieb begegnet werden kann, wie es vor 10 Jahren praktiziert wurde. Dieses Problem ist aufgrund der allseitigen Krisensituation entstanden, die nicht automatisch eine breitere Solidarisierung anderer Volksschichten produziert, sondern sie zumindest aktuell bremst. Angesichts der angekündigten allseitigen Offensive der Unternehmer fragt sich, ob der Widerstand einer einzelnen Belegschaft dem gewachsen sein kann.

Im konkreten Fall ist zunächst einmal das widersprüchliche Auftreten der CFDT-Führung bemerkenswert: Denn die gleiche CFDT-Führung attackiert ansonsten die CGT stets als „maximalistisch“ oder ähnlich. Freilich erst seit dem 10. Mai 1981. Erstaunlich ist auch, daß „Libération“ plötzlich einen Fable für die Interessen der Arbeiterkassen entdeckte — eine Zeitung, die wenig später unter der Parole „Vive la crise!“ um alternatives Verständnis für die Regierungspolitik warb. Zwar ist die Rolle der KPF-Minister in der Talbot-Auseinandersetzung weder ruhig noch zufällig. Doch werden

beschweren. Um das Imbroglio perfekt zu machen, wurde die CFDT von den Regierungsmitgliedern der PS ein helles Licht über ihr Licht („zu radikal“) u.a.), während Zeitungen wie „Le Monde“, die mittlerweile eine reine Mitterrand-Verwaltung für die PS pflegen, die „gewerkschaftliche Spaltung“ bedauern und gemäßigt über die CGT herziehen. So erregte man sich in diesen Medien zwar berechtigterweise über Äußerungen des CGT-Chefs Kravitz, der anlässlich des CSL-Kongresses in „Kra-Kra“ in bewährter Revue-Manier von „linken und rechten Provokationen“ und „betriebsfremden Elementen“ sprach — daß aber die Parole der CGT eine Protestdemonstration im Immerhin 12.000 gegen den Überfall durchführte, wurde mit dem Schwanz des Schweigens weggewaschen.

Selbst dann, was Mauroy, Generalsekretär der CGT und PS-Minister, in seinen erweiterten Reden zu La Marseilles meinte, enthielt er noch rechtzeitig. Zwar begann er seine Presskonferenz am 10. Januar mit den Worten: „Auf der Seite der entrechteten Arbeiter zu stehen — das ist das ABC des Syndikalismus.“ Doch folgte zugleich ein modern-sozialistischer Einwand: „Wir wissen, daß es bei Talbot und anderen Überbelagungen gibt.“ Und damit auch kein Mißverständnis abgibt: „Wenn es Leute in unserem Land gibt, die Realitäten kennen, dann aber nicht bei uns.“ In staatsmännischem Ton fährt er fort: „Wir haben offene Augen. Wir wollen Rigorosität mit Ambition verbinden, um einen neuen Wachstumstypus zu beherrschen.“ Wir haben die Ambition und den Willen, uns mit aller Kraft an der Modernisierung unserer (i) Industrie zu beteiligen (...) Versetzungen erfolgreich durchzuführen (...), eine bessere berufliche Mobilität zu erreichen.“ Die Kampfmethoden dazu soll sein: „In unserer entwickelten Gesellschaft gibt es keinen Fortschritt ohne Verhandlungen und Absprachen.“ Und dabei ist etwas schief gelaufen: „Die Methode von Talbot kann nur zur Unordnung, zur ökonomischen Verschwendung und zur Arbeiter-Revolution führen“ (LM, 11.1.84). Mensch sieht: Mauro wurde einen mindestens ebenso schlechten Beschäftigungsminister abgeben wie Ralhe.

Am Gesellschaftsspiel „Wem gebe ich die Schuld?“ beteiligt sich die KPF, die an der Beibehaltung ihrer vier Minister-Sessel interessiert ist, notwendigerweise mit gebremster Energie. Immerhin ist die Kritik an Ralhe anzumerken, weil er beim Abkommen mit PSA die CGT und CFDT nicht hinzuzog. Ansonsten scheint es sich bei der KPF-Führung ähnlich zu verhalten wie bei der PS: Je härter das Leben, desto reicher die Phantasie. Mitterrand, Generalsekretär der KPF, offenbarte anlässlich einer ZK-Sitzung: „Ich bin dafür, daß Betriebe Profite abwerfen. Ich bin dafür, daß die Arbeiter die Früchte ihrer Arbeit ernten. Und ich bin dafür, daß Aktionäre anständige Erträge erwirtschaften“ (nach „Rouge“, 2.2.84 und „Le Monde“, 20.1.84). Es könnte alles so schön sein, wären nicht die Unternehmer so unredlich. „Im Fall des Automobilbaus, der 1982 218.000 Arbeitsplätze stellte, bedeutet die Einführung der Roboter den Abbau von 476 Arbeitsplätzen. Die Unternehmer wollen aber bis 1985 45.000 Werkzeuge entlassen“ (LM, ebda.), 44.524 zu-



„Das ist die Linker“ (Le Monde)

Dackel Genscher in Den Haag

Erst war der niederländische Premier Lubbers in Sachen „Nachrüstung“ zum Befehlsempfänger bei Reagan und überließ beläufiger Parlament und Presse dem Ratschlägen, wie Reagans Gebot für die Niederlande nun gelaute hat. Dann trübte BRD-Außenminister Genscher in Den Haag an und äußerte dort selbst auf einer Pressekonferenz: „Ich kenne die niederländische Position und erwarte, daß alle Bündnispartner sich an die NATO-Abkommen halten werden.“ Und dann stand den Niederländern noch Mitterrand ins Haus, von dem ähnliche Sprüche erwartet wurden.

Für den Kolumnisten der sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung „de Volkskrant“, „Stoker“, war das alles dann doch etwas zu herbe. Unter der Überschrift „Maul halten“ (in deutsch) sieht man im Niederländischen etwas besonders bosartig militärisches oder -autoritäres ausge-drückt werden soll, werden dafür die entsprechenden deutschsprachigen Begriffe verwendet) schreibt er: „Kurz bevor im westdeutschen Parlament über die Pershings abgestimmt wurde, machte Bonn bekannt, daß die Niederlande keinen Kommentar geben dürfen, denn das wurde eine unfreundliche Handlung sein. Welche Strafe darauf stand, wurde nicht dazu gesagt, aber auf den Rat von Dr. L. de Jong hielten wir tuschelt die Klappe (Anm. AK: Dr. Jong ist Direktor des „Rechtsinstituts für Kriegsdokumentation“ und Verfasser eines vielbändigen Werkes über die Niederlande im 2. Welt-

krieg, was natürlich größtenteils die Geschichte der Niederlande unter deutscher Besetzung ist). Jetzt kommt der deutsche Dackel Genscher nach Den Haag, um uns zu erzählen, daß wir die Cruise Missiles nehmen müssen. Und Montag kommt der nicht minder glatte Pudel Mitterrand dasselbe fordern. Fürsprecher der Atomraketen, und die gibt es, argumentieren oft mit der Deutschen Gefahr und mit der Heiligen NATO, aus der man niemals austreten darf. Und dann kommen ein Deutscher und der Präsident des einzigen Landes, das jemals die NATO verlassen hat, uns Rat erteilen!

Gegen Amerika kommen wir nicht an, schon gar nicht, wo jetzt unbekannt bleibt, was Reagan Lubbers genau geboten hat. Aber gegen die Achse Bonn-Paris müssen wir standhalten. Wenn Genscher und Mitterrand über Warendrecht (Anm. AK: Vorgeschener Stationierungsort in den Niederlanden) mitbestimmen wollen, dann sollen sie erst vier Jahre unsere Straßen fegen kommen, und dann, mit der Mütze in der Hand, um die niederländische Nationalität bitten.

An die Waffen! Alle Bomben raus aus den Niederlanden, laßt uns anfangen mit dem Muffen (Anm. AK: Bezeichnung für Deutsche aus der Kriegszeit) und dem Franzosen. („de Volkskrant“, 3.2.1984)

Zwar sind die Niederlande ein kleiner Staat, viel Staat aber zu machen ist mit ihren Kolumnisten!

Niederlande-Kommission

Maul halten

Vlak voordat in het Westduits parlement over de Pershings werd gestemd, maakte Bonn bekend dat Nederland geen commentaar mag geven, want dat zou „een onvriendelijke daad“ zijn. Welke straf daarop staat werd er niet bijverteld, maar op advies van dr. L. de Jong hielden wij gedwee de bek. Nu komt de Duitse dackel Genscher naar Den Haag om te vertellen dat wij de kruisraketten moeten nemen. En maandag komt de niet minder gladdie podel Mitterrand hetzelfde even. Voorstanders van de atoomraketen, en die bestaan, schermen vaak met het Duitse gevaar en met de Heilige NATO waar je nooit uit moet lopen. En dan komen een Duitser en de president van het enige land dat ooit uit de NATO liep, ons raadgeven!

Tegen Amerika kunnen we niet op. Zeker niet nu onbekend blijft wat Reagan precies aan Lubbers bood. Maar wijen de as Bonn-Paris moeten we wel staan. Als Genscher en Mitterrand willen metbestimmen over Warendrecht moeten ze eerst vier jaar onze straten kuisen, en dan met de pet in de hand om de Nederlandse nationaliteit vragen.

Te wapen! Alle bommen Nederland uit, te beginnen met de moffen en de fransosen

„Transmissionsreimen des Stoates“, sie sei eine „leninistische Gewerkschaft“, eine „Jakobiner-Gewerkschaft“ u.a.m.

Wenig überraschend ist, daß hierzulande Winfried Wolf („Was tun“/GIM) das gleiche Stimmuster benutzt. „Jetzt sagt die CGT plötzlich Ja zu 2.000 Entlassungen. Der Schwank kommt nicht von ungefähr. Immerhin ist es Jack Ralhe, der diesen „Kompromiß“ mit der PSA-Konzernleitung zu verantworten hat (i). Er ist Beschäftigungs-Minister in der Mitterrand-Regierung und KP-Mann. Und die CGT ist die der KP nahestehende Gewerkschaft“ („konkrete“, Februar '84). (In „La brèche“, Zeitung der IV. Intern. in der Schweiz, phantasiert W.W. übrigens gar von einer „vierten Gewerkschaft“ bei Talbot, nämlich derjenigen, der Dissidenten der CGT der Schwank der CGT führte dazu, daß sich der größte Teil der alten CGT-Basis von der offiziellen CGT löste und sich getrennte Strukturen gibt). Da scheint der Wunsch mal wieder schneller als die Realität gewesen zu sein.)

Dagegen sprach die französische Sektion der Vierten, LCR, die in der Talbot-CFDT an bedeutender Stelle repräsentiert ist, von einem „gezielten Spiel der CFDT-Führung“ („Rouge“, 20.26.1.84). Wie dem auch sei: Über schlechte Beziehungen zum Staataparat kann sich die „der PS nahestehende Gewerkschaft“ CFDT bestimmt nicht

Dazu hat die KPF bekanntlich ein Patent-Rezept. „Die Roboter müssen in Frankreich konzipiert, fabriziert und gewartet werden“, erklärte Politbüromitglied Cl. Popere (LM, 23.1.84).

Derwell schlugen „linke Gewerkschafter/innen“ anderes vor: — Nationalisierung des PSA-Konzerns ohne jegliche Entschädigung von Großaktionären.

— Strafrechtliche Ermittlungen gegen die CSL.

— Befürwortung von Robotern, wenn diese der Verbesserung der Arbeitsbedingungen dienen, insbesondere, wenn sie die Fließbandarbeit ersetzen.

Ausbildung des Arbeiters entsprechend der neuen Technologie.

— Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme unter gewerkschaftlicher Kontrolle.

Für diejenigen ausländischen Kollegen, die es wollen, Rückkehrbinnen in Höhe von 200.000 F.

— 35-Stunden-Woche zur Vertiefung der Arbeit auf alle.

Aufbau und Koordinierung einer nationalen Bewegung unter der Losung „Keine einzige Entlassung!“

Schließlich muß noch die Sorge der PS-Linken (CLRS) erwähnt werden. Hier 1986 über 2,8 Millionen Arbeitslose, akzeptiert damit die Wahlbedeutung der Linken“ (i) (CLRS Wortführer des CLRS 15.12.83)

Frankreich-Kommission

Opposition im Libanon

Die NATO-„Friedenstruppe“ hat — bis auf das französische Kontingent — die libanesischen Hauptstadt Beirut verlassen und sich auf die Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste zurückgezogen. Der noch „amtierende“ libanesischer Präsident Amin Gemayel kündigte die Annullierung des israelisch-libanesischen Abkommens an, das im Mai 1983 geschlossen wurde. Die Nationale Versöhnungskonferenz in Genf soll wieder tagen.

Die Wahl Gemayels im August 82 war von einer heute in Opposition stehenden Gruppierung und Parteien unterstützt oder zumindest mit vorläufiger Kritik gutgeheißen worden — so damals auch vom Generalsekretär der libanesischen Kommunistischen Partei, Hawi (siehe Interview). Selbst die israelische Invasion war von der schließlichen Bevölkerung im Süden und auch von den Drusen in den Chouf-Bergen zunächst kampflos hingenommen worden; Widerstandsaktionen gab es von dieser Seite in der ersten Zeit der Invasion kaum.

Der israelische Besatzungsbesatz im Süden und der militärische Versuch Gemayels, einen faschistischen Libanon zu errichten, rief die Opposition in ihrer ganzen Breite auf den Plan. Schließlich hatten sie sich vom Präsidenten Gemayel nach Jahren des Bürgerkriegs und der Zerrissenheit die Schaffung eines einheitlichen Libanon, frei von allen „fremden“ Truppen (auch der palästinensischen Kämpfer) und einer nationalen Versöhnung sowie die Beteiligung an der Macht versprochen.

Die Invasion Israels führte zur Auflösung der libanesischen Nationalen Bewegung, deren Vorsitzender der Drusenführer und Führer der Sozialistischen Partei, Jumblatt, war.

Die Angriffe der libanesischen Armee und der falangistischen Milizen auf Westbeirut (ebenfalls Hochburg der Schiiten) und in den von Drusen dominierten Chouf-Bergen führten im August 1983 zu schweren Kämpfen, die nach dem Waffenstillstand nicht zu ernsthaften Verhandlungen seitens Gemayels, sondern nach einer Atempause zu neuen militärischen Lösungsversuchen führte. Inzwischen haben sich zwei neue Bündnisse der Opposition gebildet: Die Nationale Widerstandsfrente im Süden des Libanon, die den israelischen Truppen empfindliche Schläge versetzt und unter Führung der libanesischen Kommunistischen Partei (Hawi) und der Kommunistischen Aktionsorganisation (Ibrahim Mohsen) steht, und die Nationale Errettungsfrente, geführt von Jumblatt, dem ehemaligen Staatspräsidenten Frangieh (lange Zeit Verbündeter der Falangisten) und Rashid Karame, der unter der sunnitischen Bevölkerung Einfluß besitzt. Diese Front ist weitgehend von Syrien abhängig. Seit einigen Monaten arbeitet die einflussreiche schiitische Bewegung AMAL, die seit 1978 stark an Einfluß gewonnen hat und nicht zuletzt wegen ihrer religiösen Ausrichtung stark antikomunistisch ist, mit dieser Front zusammen. Auch in der Nationalen Widerstandsfrente im Süden arbeitet AMAL mit.

Im folgenden dokumentieren wir drei Interviews: mit dem Führer der AMAL, Nabih Berri, mit dem Führer der Sozialistischen Partei, Jumblatt, und mit dem Generalsekretär der libanesischen Kommunistischen Partei, George Hawi.

Nahost-Kommission

aus: „AIB“ Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Nr. 3 / März 1984

Nabih Berri

Gemayel sollte verschwinden

Nabih Berri ist Vorsitzender der schiitischen Bewegung Amal („Hoffnung“), die 1975 von Imam Musa Sadr gegründet wurde und heute über eine ca. 10.000 Mann starke Miliz verfügen soll. Berri Bewegung arbeitet im Unterschied zur fanatischen schiitischen Islamischen Amal Hussein Mawlawi (die spaltete sich Ende 1982 von der Amal-Bewegung ab), eng mit der Nationalen Errettungsfrente zusammen. So auf der Genfer Versöhnungskonferenz vom November 1983 (siehe AIB 1/1984, S. 31ff.) und bei der Rückeroberung Westbeiruts Anfang Februar d.J.

In einem Gespräch mit dem Spiegel vom 14.3.1984 in Beirut.



aus: „AIB“ Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Nr. 3 / März 1984

nicht einnehmen. Es ging darum, die Bewohner zu terrorisieren, um sie zur Flucht zu bewegen und dadurch das sozioökonomische Gewicht dieser Bevölkerung, die die Staatsmacht behindert, zu verringern. Sie ist gegen den Konfessionalismus, gegen die Feudalen, die sie im Parlament vertreten, gegen das libanesisch-arabische Abkommen vom 17. Mai 1983, und entschlossen, den Libanon von Süden her zu befreien.

FRAGE: Welchen politischen Ausweg aus der Krise sehen Sie angesichts der Tatsache, daß Präsident Gemayel nicht zurücktreten will?

N. BERRI: Wir wollen Präsident Gemayel nicht stützen, aber wir schützen ein, daß er zurücktreten muß. Um innerhalb der verfassungsmäßigen Formen zu bleiben, nehmen wir Zuflucht zum parlamentarischen Verfahren. Schließlich brauchen die Maroniten nur einen anderen maronitischen Präsidenten zu wählen.

nicht einnehmen. Es ging darum, die Bewohner zu terrorisieren, um sie zur Flucht zu bewegen und dadurch das sozioökonomische Gewicht dieser Bevölkerung, die die Staatsmacht behindert, zu verringern. Sie ist gegen den Konfessionalismus, gegen die Feudalen, die sie im Parlament vertreten, gegen das libanesisch-arabische Abkommen vom 17. Mai 1983, und entschlossen, den Libanon von Süden her zu befreien.

FRAGE: Welchen politischen Ausweg aus der Krise sehen Sie angesichts der Tatsache, daß Präsident Gemayel nicht zurücktreten will?

N. BERRI: Wir wollen Präsident Gemayel nicht stützen, aber wir schützen ein, daß er zurücktreten muß. Um innerhalb der verfassungsmäßigen Formen zu bleiben, nehmen wir Zuflucht zum parlamentarischen Verfahren. Schließlich brauchen die Maroniten nur einen anderen maronitischen Präsidenten zu wählen.

Wir fordern nicht, daß er schlicht weggeworfen wird, sondern, daß er schlicht weggeworfen wird. Wir fordern nicht, daß er schlicht weggeworfen wird, sondern, daß er schlicht weggeworfen wird.

FRAGE: Ein solches Vorgehen ist eine Verletzung der Verfassung. Wie sehen Sie das?

N. BERRI: Es ist nicht möglich, ohne die Verfassung zu verletzen, um die Verfassung zu retten. Wir haben auf der Genfer Konferenz Vorschläge vorgelegt, von denen alle Punkte auf Verhandlung stehen, bis auf zwei: die Abschaffung des libanesisch-arabischen Abkommens und die arabische Identität des Libanon.

Wir lehnen es ab, daß der Libanon, wie es einige Phalangisten oder Mitglieder der libanesischen Front behaupten, ein christliches Land sei. Aber wir wissen auch nicht, daß es ein muslimisches Land sei.

FRAGE: Welche Beziehungen haben Sie denn demnach zu Herrn Mouawad, der die schiitischen Extremisten im Libanon anführt?

N. BERRI: Keine. Mouawad wurde zum Zeitpunkt der israelischen Invasion als der Amal ausgeschlossen, weil er einen ähnlichen Beschäftigung hatte. Wir haben wiederum keine Beziehungen mehr zu ihm.

FRAGE: Über welcher Kampfart und über welche Milizen sprechen Sie?

N. BERRI: Ich spreche nicht über einen Kampf, sondern über eine Bewegung. Ich spreche nicht über einen Kampf, sondern über eine Bewegung.

FRAGE: Wie sehen Sie die Zukunft des Libanon?

N. BERRI: Ich sehe eine Zukunft, die nicht die Zukunft ist, die wir heute haben.

Walid Junblat Yankees geht nach Hause!

aus: „AIB“ Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Nr. 3 / März 1984



Walid Junblat, Führer der Progressiven Sozialistischen Partei, der drusischen Gemeinschaft im Libanon (rund 400.000) und einer der drei Präsidenten der im Mai 1983 gegründeten Front der Nationalen Errettung, zählt zu den Schlüsselfiguren einer Lösung im kriegsgeschundenen Land. Der Führer der Front der Nationalen Errettung durch die libanesischen Opposition im Februar d.J. betonte er die aktuellen Ziele der von ihm repräsentierten Kräfte des libanesischen Widerstands.

Zur US-Verwicklung im Libanon

Die Vereinigten Staaten haben 1982 die falsche Methode angewandt, als sie mit der Begründung, daß der Libanon eine starke Regierung benötige, die Wahl von Präsident Bechara Gemayel (Phalangist, ermordet im September 1982, d. Red.) unterstützten. Aber eine starke Regierung muß das Resultat einer nationalen politischen Lösung sein. Sie kann nicht von den Amerikanern oder Israel aufgezwungen werden. Darüber hinaus unterstützen die USA und Israel immer noch (den jetzigen Präsidenten) Amin Gemayel und seine Armee.

Die Armee ist wie die Todesschwadronen in El Salvador — sehr ähnlich, ungewöhnlich ähnlich. Schauen Sie sich den Report der französischen Kommission für Menschenrechte an, der aussagt, daß seit der israelischen Invasion 1.500 Menschen im Libanon verschwunden sind.

Zum Verhältnis zu Syrien

Ich spreche nicht für Syrien. Aber ich betrachte das libanesisch- und syrische Volk als ein Volk, eine Nation. Deshalb bin ich mit dem Syrien eng verbunden. Und ich bin ein Araber.

Zur internationalen Friedenstruppe

Die internationale Streitmacht verhindert den Konflikt nicht. In Wirklichkeit hilft sie, die Kämpfe auszuweiten.

Zur weiteren Krafteinsparung

Amin Gemayel, ermordet durch die Amerikaner, denkt immer noch, es sei möglich, einen militärischen Sieg über seine Opponenten zu erringen. Er versucht, die bewaffnete Volksbefreiung gegen seine Regierung zu schwächen, indem er die Vorkämpfer, von jordanischen bewaffneten Vorkämpfern und den Drusen-Gebieten in den Chouf-Bergen systematisch zerstört.

Zu den Friedensbedingungen der Drusen

Wir haben erfolgreich versucht, die Regierung Gemayel zu grundlegenden Reformen zu bewegen, darunter an einer Volksabstimmung. Eine Volksabstimmung ist seit 1932 nicht mehr durchgeführt worden. Wir wollen ein Parlament, das gerecht gewählt wird, um dem Volk eine wahre Repräsentation zu geben. Außerdem bewirkt die Notwendigkeit, den Wahlkampf im Wahlkampf zu unterstützen, ich sehe keine Chance für eine Regelung, die die libanesischen Bedingungen akzeptiert. Was wir gut es zum Beispiel eine Ausgewogenheit in (muslimisch dominierten) Westbeirut nicht aber in (christlichen) Ostbeirut. Warum wird die Presse in Westbeirut zensuriert?

Über die nationalen Versöhnungsgespräche in Genf

Es gibt keine Chance, daß die Gespräche (vom November 1983) d. Red.) fortgeführt werden, solange Gemayel Präsident ist. Er sollte jetzt zurücktreten. Ich bin nicht in der Lage und nicht willens, seine Politik und seine Verbrechen zu akzeptieren. Ich glaube, daß eine politische Lösung im Moment einfach unmöglich ist. Es gibt zwei gegenwärtige sich widersprechende politische Richtungen, und es ist unmöglich, sie miteinander auszuwählen.

Über die drusische Bestimmung

Unsere Städte und Dörfer und buchstäblich zerstört. Das tägliche Trommelfeuer trifft etwa 20 von unseren 100 Dörfern. Früher wohnten 250.000 Drusen im Chouf, heute sind es weniger als 100.000. Heute sind die Berge nahezu menschenleer, abgereicht von den Kämpfern. Aber wir müssen leben. Wir hängen an diesem Land, das Libanon genannt wird. Wir werden unsere Dörfer und Städte verteidigen, und wir werden dafür sterben.

Über den Kurs, den die USA fahren sollen

Raus aus dem Libanon. (Quelle: U.S. News & World Report, Washington, 13.2.1984, S.32)

unterstützen die USA und Israel immer noch (den jetzigen Präsidenten) Amin Gemayel und seine Armee.

Die Armee ist wie die Todesschwadronen in El Salvador — sehr ähnlich, ungewöhnlich ähnlich. Schauen Sie sich den Report der französischen Kommission für Menschenrechte an, der aussagt, daß seit der israelischen Invasion 1.500 Menschen im Libanon verschwunden sind.

Zum Verhältnis zu Syrien

Ich spreche nicht für Syrien. Aber ich betrachte das libanesisch- und syrische Volk als ein Volk, eine Nation. Deshalb bin ich mit dem Syrien eng verbunden. Und ich bin ein Araber.

Zur internationalen Friedenstruppe

Die internationale Streitmacht verhindert den Konflikt nicht. In Wirklichkeit hilft sie, die Kämpfe auszuweiten.

Moment einfach unmöglich ist. Es gibt zwei gegenwärtige, sich widersprechende politische Richtungen, und es ist unmöglich, sie miteinander auszuwählen.

Über die drusische Bestimmung

Unsere Städte und Dörfer und buchstäblich zerstört. Das tägliche Trommelfeuer trifft etwa 20 von unseren 100 Dörfern. Früher wohnten 250.000 Drusen im Chouf, heute sind es weniger als 100.000. Heute sind die Berge nahezu menschenleer, abgereicht von den Kämpfern. Aber wir müssen leben. Wir hängen an diesem Land, das Libanon genannt wird. Wir werden unsere Dörfer und Städte verteidigen, und wir werden dafür sterben.

Über den Kurs, den die USA fahren sollen

Raus aus dem Libanon. (Quelle: U.S. News & World Report, Washington, 13.2.1984, S.32)

Das folgende Interview mit George Hawi erschien in der theoretischen Vierteljahresschrift des libanesischen KP, „al-Tariq“ im November 1982. In dem Interview gibt Hawi seine persönlichen Ansichten wider, die eine offene Debatte linker Kräfte in der Zeitschrift anregen sollten.

Einigen unserer Alliierten fehlte die Klarheit

Viele sahen nicht die Möglichkeit eines israelischen Feldzuges voraus, der durch den ganzen Süden bis in das libanesischen Bergland und dann sogar nach Beirut gehen würde. Die Kräfte in den Bergen schienen völlig überrascht zu sein, weil es dort überhaupt keine Kämpfe gab. Die (fortschrittliche) Sozialistische Partei (Walid Jumblatt), mit ihren starken Wurzeln im libanesischen Bergland, trägt hierfür eine Verantwortung, die nicht ignoriert werden kann. Gewisse Leute mit fehlender Voraussicht unterschätzten die Zusammenhänge zwischen Israel und den libanesischen faschistischen Kräften — eine Zusammenarbeit, die sich als sehr weitreichend und eng erwies.

Natürlich ist die Sozialistische Partei nicht allein für das totale Fehlen einer militärischen Konfrontation in den Bergen verantwortlich. Wir dürfen nicht vergessen, wie demobilisiert die Menschen in der Region nach den ersten wenigen Kampfjahren waren, als die Syrer vom Schlachtfeld flühten und die Israelis blitzschnelle Vormärsche machten. Ferner hatten Agenten der libanesischen faschistischen Kräfte und des israelischen Geheimdienstes große Anstrengungen gemacht, um den Widerstand zu unterminieren. Gleich zu Beginn der Invasion trafen im libanesischen Bergland hoch organisierte und tief verwurzelte Kräfte auf, die nach Ergebung riefen — sehr zur Überraschung der Sozialistischen Partei.

Diese Irrtümer der Vorausschau waren nicht auf das libanesischen Gebirge begrenzt. Ähnliche in Beirut, wie die Murabun (Nawarim), hatten jede Möglichkeit der ersten Feindbelagerungen in Libanon seit 1976 ausgeschloßen. Diese Kräfte machten sich einen „Theater“-Stil ihrer Organisa-

Palästinensische Rechentfehler

Wir denken, daß die palästinensische Führung sich verrechnet. Die Art, wie die Palästinenser kämpfen, zeigt es. Wie anders können wir erklären, daß die palästinensische Führung sich selbst erlaube, nach nur zehn Tagen Kampf in einer Stadt wie Beirut eingeschlossen zu sein? Wenn die PLO den Umfang des Kampfes vorausgesehen hätte, hätte sie gewiß anders gehandelt. Der Kampf wäre schwerer gewesen und hätte länger gedauert im Süden, in Sidon und Tyrus, und ebenso im Gebirge und entlang der Straße nach Damaskus, und alles wäre getan worden, um einen Rückzugsweg zu sichern.

Die PLO mußte mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß die Araber und der Rest der Welt die israelische Invasion zu Beginn stoppen würden. Sie wollten sich augenscheinlich nicht eine unbegrenzt lange Schlacht vor, in der die palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräfte alleingelassen würden, ohne irgendeine effektive arabische oder internationale Unterstützung.

Syrische Irrtümer

Die syrische Politik schwankte, und offensichtlich fehlte es ihr an klarer Vorstellung. Zu Beginn seiner Offensive signalisierte Israel absichtlich, daß seine Streitkräfte sich nicht in Ausweitung der Kampfzonen mit den in Libanon stationierten syrischen Truppen begeben wollten. Als die israelischen Truppen aber vorrückten, nahmen sie die syrischen Positionen ein, eine nach der anderen, vom Süden herabwärts bis zur Straße nach Damaskus.

Die Syrer nahmen die israelische Provokation für eine kluge Syrien-Entscheidung an, nicht nur den israelischen Streitkräften zusammenzustoßen, auf die, der Krieg konnte sich ausbreiten. Als die israelischen Streitkräfte

Nabih Berri Gemayel sollte verschwinden

Nabih Berri ist Vorsitzender der schiitischen Bewegung Amal („Hoffnung“), die 1975 von Imam Musa Sadr gegründet wurde und heute über eine ca. 10.000 Mann starke Miliz verfügen soll. Berri Bewegung arbeitet im Unterschied zur fanatischen schiitischen Islamischen Amal Hussein Mawlawi (die spaltete sich Ende 1982 von der Amal-Bewegung ab), eng mit der Nationalen Errettungsfrente zusammen. So auf der Genfer Versöhnungskonferenz vom November 1983 (siehe AIB 1/1984, S. 31ff.) und bei der Rückeroberung Westbeiruts Anfang Februar d.J.

In einem Gespräch mit dem Spiegel vom 13.2.1984 fordert N. Berri den Rücktritt von Präsident A. Gemayel und die Überwindung des konfessionellen Verfassungssystems (Nationalpakt von 1943, der eine Vorherrschaft der maronitisch-christlichen Minderheit feststellte). Er bekannte sich zum Zusammenbruch mit der Nationalen Errettungsfrente bzw. mit deren Präsidenten Walid Junblat und mit Syrien.

Wir diese fordert er den vollständigen Abzug der US-amerikanischen und israelischen Militärmacht sowie die Aufkündigung des Separatistabkommens Libanon-Israel vom Mai 1983.

FRAGE: Welche Gründe haben Sie verlangt, die Schlacht um Westbeirut auszulösen?

N. BERRI: Der unmittelbare Grund war die Absicht der Staatsmacht, die von Westbeirut stationierte 6. Brigade der Armee durch eine zu rufen, die drei Tage vorher die syrischen Vorkämpfer vertrieben hatte. Als am Montag dem 6. Februar gegen 10 Uhr 20 Panzer vorrückten, um Westbeirut einzunehmen, gaben wir den Befehl zum Kampf.

Dies ist jedoch nur der Auslöser eines weitgehend tieferliegenden Konflikts, der von den schiitischen Vorkämpfern ausgeht.

FRAGE: Warum die schiitischen Vorkämpfer?

N. BERRI: In diesen Vorwänden von den T. den Beirut leben 75% der libanesischen Bevölkerung (unterhalb 700.000 Personen). Diese Zone ist sicherlich in ihrer großen Mehrheit schiitisch, aber dort wohnt auch eine nicht unwesentliche Anzahl von Christen, insondere in Harat Hiriq — und wir sind nicht anders dort — sowie Sunniten und Drusen. Aus diese Leutchen haben nur eine Gemeinschaft — die Armee und Maroniten. Die willische Vorstadt ist andererseits ein Knotenpunkt der Straßen der schiitischen Berka-Hierarchie des Chouf-Berges.

Wir haben den Präsidenten Amin Gemayel in seiner Wahlzeit nicht gesehen, auch nicht in seinen Auswärtigen. Monarchen, die sich von der Bevölkerung zu distanzieren, das habe ich noch nicht gesehen, nicht durch den Präsidenten Gemayel, sondern durch die libanesischen Monarchen, die sich von der Bevölkerung zu distanzieren, das habe ich noch nicht gesehen.

Die libanesischen Monarchen haben eine Aufgabe, die sie nicht erfüllen können. Sie sind nicht in der Lage, die libanesischen Monarchen zu ersetzen, die sie nicht erfüllen können.

Die libanesischen Monarchen haben eine Aufgabe, die sie nicht erfüllen können. Sie sind nicht in der Lage, die libanesischen Monarchen zu ersetzen, die sie nicht erfüllen können.

Die libanesischen Monarchen haben eine Aufgabe, die sie nicht erfüllen können. Sie sind nicht in der Lage, die libanesischen Monarchen zu ersetzen, die sie nicht erfüllen können.



fall verhindern, daß sich das Drama von Nabat einem anderen armen Schicksal wiederholt. Dieser Vorwahn, der durch die Phalangisten verjagt wurden. Ich organisierte Versammlungen, doch keine Konferenzen, als ich merkte die Öffentlichkeit. Ohne größeren Erfolg.

Aus unserer Mitbewohner am 2. Februar d.J. der Kirche Mar Mikhael, die von der libanesischen Armee gehalten wurde, machte ich — was ich eingeben will, um unumkehrbare Diskussionen zu vermeiden —, erzwangte ich einen Gegenangriff der Armee, um diese Funktion zu übernehmen und ich akzeptierte dies. Durch nicht dergleichen geschah.

Anstatt zu kämpfen, ließ die Armee die dicht besiedelten Viertel der südlichen Vororte während 16 Stunden durch 60 Panzer bombardieren. 170.000 Einwohner mußten ihre Häuser verlassen. Das ist ein historischer Vorfall.

Selbst nach diesem barbarischen Bombardement habe ich nicht den Rücktritt des Präsidenten gefordert. Ich wandte mich an die libanesischen Vorkämpfer und sagte ihnen, daß unter muslimischen Brüdern eine Verantwortung übernehmen müßten, und ich hörte die Rundfunkkündigung von Herrn Gemayel. Aber dieser fand weder ein Wort des Bedauerns noch suchte er Verantwortung zu übernehmen.

Ich schloß daraus, daß ein solcher Präsident unannehmbar ist.

Ich mußte allerdings die Gesetze befolgen zu respektieren. Was ist das Parlament? Ein Parlament, das die Rechte der Bevölkerung zu respektieren.

FRAGE: Welche Gesetze hat das Parlament?

N. BERRI: Ich habe keine Antwort.

N. BERRI: Ich habe keine Antwort.

vorrückten, zogen sich die syrischen Streitkräfte Richtung Norden zurück, wenn auch nicht ohne schwere Verluste an Menschen und Material zu erleiden (Diese syrischen Verluste waren gewiß nicht größer gewesen, wenn die syrischen Soldaten mit dem Feind gekämpft hätten!) Syrien mußte von den ersten Stunden der Invasion an gedacht haben, daß eine israelische Besetzung des Südlibanons nicht seine direkte Angelegenheit war. Wie auch immer, selbst wenn die Invasion begrenzt gewesen wäre, wären Syriens Interessen berührt, ganz gleich, wie man es betrachtet. Nicht zuletzt war Syriens Anwesenheit in Libanon und das Gleichgewicht der syrischen Streitkräfte mit Israel berührt.

Die schwere Verantwortung der arabischen Reaktion

Auf der Ebene der arabischen Welt, glauben Sie mir, gab es nicht die geringste Illusion oder Fehlrechnung. Im Gegenteil, die arabische Reaktion hatte volle Kenntnis von den Invasionen, war einverstanden, daß die Invasion stattfand und unterstützte sie sogar. Man könnte sogar sagen, es gab eine indirekte arabische Finanzierung der Invasion über die Vereinigten Staaten...

Israel ist also nicht einfach ein Knäuel in den Händen der Vereinigten Staaten, sondern auch ein Förderer der Klasseninteressen der arabischen Reaktion. Diese arabische Reaktion sieht Israel als ein effektives und billiges Mittel an, Revolution, Befreiungsbewegungen und revolutionäre politische Kräfte zu zerschlagen.

Die gesamten arabischen Regierungen haben eine schwere Verantwortung für das, was geschah. Arabische Staaten geseht sich entweder direkt an die Seite der Vereinigten Staaten und Israels während der Offensive, oder sie waren an der Offensive mitschuldig oder sie waren unfähig.

Libanon sollte nicht soviel erlitten haben

Der Hauptfehler, der im Libanon in der der israelischen Invasion vorausgehenden Periode begangen wurde, war, die Einwirkungen der Camp-David-Abkommen auf das Gleichgewicht der Kräfte in der Region nicht in Erwägung zu ziehen.

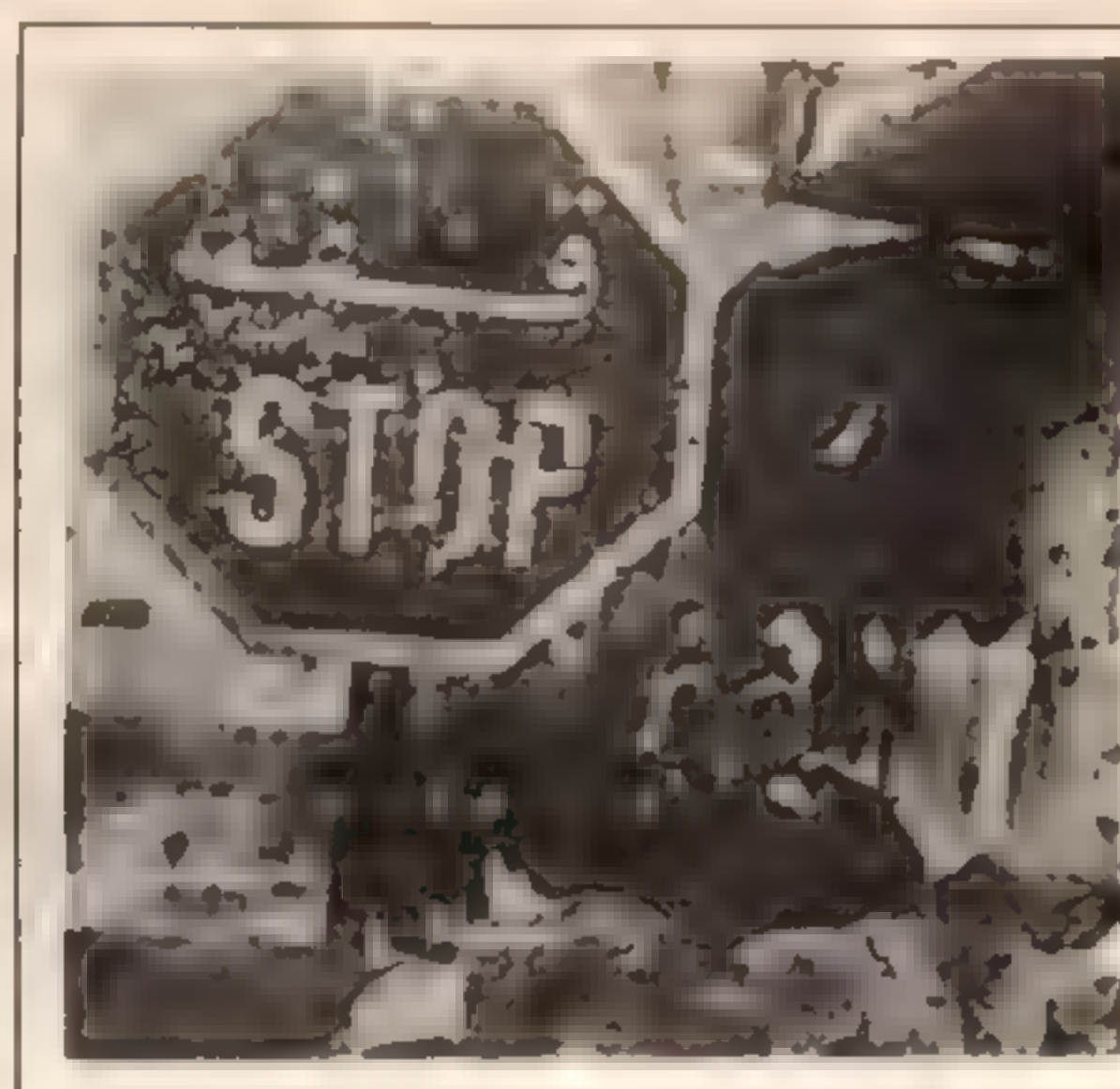
Könnte sich Libanon nach den Camp-David-Abkommen noch leisten, die syrische Armee auf seinem Boden zu haben? Könnte sich Libanon noch eine so ausgedehnte Anwesenheit der palästinensischen Armee leisten, einer Armee, die nahezu überall im Lande war, beladen mit Waffen, aber unfähig, ihren Gebrauch zu organisieren oder sogar sich zu verteidigen?

Wir teilen diese Sorgen mit den meisten ernsthaften und klar denkenden Mitgliedern der palästinensischen Führung. Vor allem teilen wir sie mit Arafat, der seinerseits ein Opfer der innerpalästinensischen und innerarabischen Konkurrenz war. Diese Konkurrenz, der seinerseits ein Opfer der innerpalästinensischen und innerarabischen Konkurrenz war. Diese Konkurrenz trieb den palästinensischen Widerstand zu einer alternativen Anhäufung einer enormen Menge Waffen, deren einziger Zweck war, diese oder jene Tendenz im innerpalästinensischen Konflikt oder innerarabischen Beziehungen mit diesem oder jenem arabischen Staat zu stärken.

Die fatalen Irrtümer des palästinensischen Widerstands

Diese nutzlose Überbewaffnung war mit einer anderen, ebenfalls alarmierenden Praxis verbunden: Erpressungsakte, begangen von Individuen und sogar ganzen Organisationen des palästinensischen Widerstands. Obwohl wir Kommunisten mit unserer Kritik an diesen Erpressungsakten gegenüber der PLO-Führung am schärfsten waren, denken wir, daß wir an dieser Praxis mehr öffentliche Kritik hatten leisten müssen, um einen größeren Druck zu schaffen, diese zu stoppen. Weil diese Praxis, mehr als alles andere, die Unterstützung und Sympathie für den palästinensischen Widerstand unter der libanesischen Bevölkerung schwächte.

Ich möchte hier auch ein Problem der gemeinsamen Strategie des palästinensischen Widerstands, der Nationalbewegung und Syriens in Libanon zwischen 1977 und der israelischen Invasion erwähnen. Dieser erste Fehler war eine mangelnder Widerstand zur Stärkung einer zentralen libanesischen Regierungsautorität. Es ist wahr, daß das Fehlen einer solchen Autorität dem palästinensischen Widerstand während der zwei Jahre des Bürgerkriegs, 1975 und 1976, einen nützlichen Schutz lieferte. Aber nach der Unterzeichnung der Camp-David-Vereinbarungen und angesichts des Fehlens einer alternativen Strategie war es notwendig, daß die libanesischen Regierung reale Macht zurückerhielt. Das Fehlen einer solchen Macht setzte den Widerstand allen äußeren Gefahren aus, die in der Periode seit dem israelisch-ägyptischen Abkommen zum Vorschein kamen.



Weder das von Kugeln durchlöchernte Stop-Schild neben dem französischen Soldaten in Beirut, noch die Regierung Amin Gemayel, noch alle Truppen der westlichen Staaten konnten den Vormarsch der antiliberalistischen Truppen stoppen.

chen können, um ihre wirkliche Politik des nationalen Verrats und des Rufens fremder Streitkräfte zu verdecken.

Politische Grenzen innerhalb der Libanesischen Nationalen Bewegung

All das Obige scheitert die Notwendigkeit einer eigenen Selbstkritik nicht aus — das heißt, Selbstkritik auf der Ebene der Libanesischen Nationalen Bewegung. Ich sollte aber geradeheraus sagen, daß diese Kritik der Libanesischen Nationalen Bewegung auch eine Kritik an unserer eigenen Politik von dem Zeitpunkt an ist, seit dem wir Kommunisten eine führende Rolle in der Bewegung gespielt haben, besonders bei der Festlegung der politischen Linie in den letzten sieben Jahren.

1976 haben wir unser Reformprogramm aufgegeben (gemeint ist das Vorläufige Programm der fortschrittlichen und nationalen libanesischen Parteien vom 18.8.75, das eine Absage an den Konfessionalismus und die Garantie demokratischer Rechte forderte). Wir taten das unter Druck, als in den ersten zwei Jahren nach dem Bürgerkrieg das ungünstige Kräfteverhältnis uns zu einem taktischen Rückzug zwang. Aber dies hatte verheerende Rückwirkungen auf den inneren libanesischen Konflikt. Es ermöglichte, die Forderungen der moslemischen Gemeinschaften — legitime Forderungen nach Gleichheit — als einzige Positionen des antisozialistischen Lagers erscheinen zu lassen. Unser Lager verlor so seine säkulare (nicht-religiöse) und demokratische Natur. Moslemische scheinen zu lassen. Unser Lager verlor so seine säkulare (nicht-religiöse) und demokratische Natur. Moslemische Forderungen nach Gleichheit hatten innerhalb eines weiten demokratischen und säkularen Programms der Nationalen Bewegung subsumiert werden sollen, eines Programms, dessen säkulare Reformen jede religiöse Unterdrückung beseitigen würde. Stattdessen schien die Nationale Bewegung von der moslemischen Bewegung dominiert zu werden, als wäre sie nur Teil eines der beiden Lager im „traditionellen“ libanesischen Konflikt.

Ein anderer taktischer Fehler war, nicht immer der Arbeit für die nationale Versöhnung den Vorrang gegeben zu haben. Wir sind uns immer bewußt gewesen, daß wirkliche nationale Versöhnung solange unmöglich ist, wie eine der Konfliktparteien eng mit Israel alliiert ist und die zentrale Regierung der amerikanischen Politik untergeordnet ist. Aber eine Basis für solche Versöhnungsarbeit liegt trotzdem in unseren Verbindungen zu den Massen und zu allen ehrenhaften Menschen in unserem Lande. Die Mehrheit der Libanesen erwartete von der Nationalen Bewegung, ihre Arbeit für eine demokratische Lösung des libanesischen Konflikts wiederaufzunehmen. In der Zwischenzeit jedoch und aufgrund der Fehlschläge ihrer Arbeit auf unserer Seite, vereinigten sich viele Menschen mit der Moslemströmung oder sogar in den von Falangisten kontrollierten Gebieten unter militärischem Druck mit der isolationalistischen Strömung.

Es gab viele Behinderungen für eine Versöhnungspolitik von unseren arabischen Alliierten; einige von ihnen versuchten offen, eine interne Lösung des libanesischen Konflikts zu verhindern. Außerdem waren dieselben Alliierten gegen jede Arbeit der Nationalen Bewegung, die die Probleme der Bevölkerung in der Krise zu lösen suchte. Tatsächlich gab es Widerstand gegen jede

Anstrengung, den libanesischen Charakter des Konflikts wiederherzustellen und seine interne Lösung zu erreichen.

Autonomie der Nationalen Bewegung und Bemühungen, sie zu dominieren

Diese Fehler schufen einen Abgrund zwischen der Führung der Nationalen Bewegung und Teilen der libanesischen Massen. Die Ursache dieser Fehler liegt in der Gegnerschaft unserer Alliierten zu einer wirklich autonomen Bewegung, die unabhängig in ihren Entscheidungen, ihren Positionen und ihrer Arbeit ist.

Dies bringt uns zurück zu der palästinensischen Tendenz, sich selbst als eine Partei im innerlibanesischen Konflikt einzusetzen und in diesem Konflikt Beziehungen außerhalb derer seines Alliierten, der Libanesischen Nationalen Bewegung, aufzubauen. (Gemeint sind direkte PLO-Kontakte zu den Falangisten und arabischen Regierungen wie Syrien und Libyen in der Zeit von 1975 bis 1978.)

Dies bringt uns auch zu syrischen Logik in dem Konflikt zurück. Syrien versuchte immer, seine eigene Karte in diesem Konflikt zu spielen, und es betrachtete Libanon auch als eine Karte, die es halten konnte, um seine regionalen Interessen zu fördern.

Diese Tendenzen unserer Alliierten waren weder in ihrem noch in unserem Interesse. Wir verteidigten unsere eigene Unabhängigkeit der Entscheidung und der Aktion nicht energisch genug.

„Selbstzerstörung“ des patriotischen Lagers

„Selbstzerstörung“ des patriotischen Lagers

Wir sollten betonen, daß innerhalb der Libanesischen Nationalen Bewegung die Kommunisten die grimmigsten Verteidiger der Autonomie der Bewegung waren. Dies lief auf sehr große Spannungen mit gewissen Flügeln des palästinensischen Widerstands hinaus. (Gemeint ist die Fatah-Führung.) Das schummelte von allem war eine Serie von blutigen Zusammenstößen mit der schiitischen Bewegung, AMAL — ein aufstrebender Bürgerkrieg, der eine Menge zur Schwächung des patriotischen Lagers beitrug, gerade vor der israelischen Invasion.

Die Selbstzerstörung unseres Lagers hatte ebenso auch andere Ursachen. Es gab den mörderischen Konflikt zwischen Syrien und der PLO. Es gab den libanesischen Widerstand aller Konflikte der arabischen Welt. Aber vor allem gab es die fortwährenden palästinensischen Erpressungsakte gegen die Interessen der Bevölkerung (und das Fehlen von Festigkeit auf unserer Seite, uns ihnen zu widersetzen).

Erpressungen durch gewisse Elemente der libanesischen Nationalen Bewegung

In aller Ehrlichkeit: Der palästinensische Widerstand und der syrische Geheimdienst waren es nicht allein, die diese Art von Erpressung verübten. Gewisse Elemente der Libanesischen Nationalen Bewegung, gewöhnlich solche, die einem besonderen arabischen Regime oder einer besonderen palästinensischen Organisation verbunden sind, waren ebenso verwickelt. Sie sind teilweise verantwortlich für ein Klima der inneren Spannung und der schweren den Kriegführung innerhalb des patriotischen Lagers seit dem Beginn des

libanesischen Bürgerkriegs 1975, besonders in der Periode unmittelbar vor der israelischen Invasion.

Wir sollten zugeben, daß unsere Partei nicht genug gegen diese Erpressungsversuche ihrer eigenen libanesischen Alliierten gekämpft hat, auch wenn wir jeden auffordern, Feinde wie Alliierte, auch nur die geringste Erpressung, die von Mitgliedern unserer Partei in dieser Periode begangen wurde, anzuführen.

Unsere eigene Integrität entschuldigt nicht, daß wir mit Organisationen am gleichen Tisch gewesen haben, die Diebstahl begingen und Menschen zwangen, Lösegeld zu zahlen, was dem Ansehen der Nationalen Bewegung einen ersten Stoß versetzte. Für diese Aktivitäten verantwortliche Organisationen waren nicht nur kleine, vom syrischen Geheimdienst und dem palästinensischen Widerstand geschaffene Gruppen. Unglücklicherweise waren Schlüsselorganisationen der Nationalen Bewegung diesem Verhalten verfallen. In dieser Zeit übten wir unsere Kritik in privaten Sitzungen mit ihnen. Heute denken wir, daß wir hätten weiter gehen und diese Aktionen öffentlich kritisieren müssen, die extrem schädlich für die Nationale Bewegung und unsere eigene Partei waren.

Wir könnten auch über konfessionell begründete Praktiken der gleichen Organisationen der Libanesischen Nationalen Bewegung sprechen, Praktiken, die sogar das Leben vieler christlicher kommunistischer Militanten kosteten!

Zögern in der Bereitstellung des täglichen Bedarfs der Bevölkerung

In den nicht von den faschistischen Kräften kontrollierten Regionen erlitten die Beziehungen zwischen der Führung der Nationalen Bewegung und der örtlichen Bevölkerung Hohe und Tiefe. Die Libanesischen Nationale Bewegung war sich immer der Notwendigkeit bewußt, für die täglichen Bedürfnisse der Menschen in diesen Regionen zu sorgen, in denen extreme Anarchie herrschte. Unglücklicherweise wurde der Wunsch, etwas zu tun, niemals in die Praxis umgesetzt.

Zuallererst hatten Elemente der Nationalistischen Bewegung, wie die Sozialistische Partei und ihr Führer Walid Jumblatt, Illusionen über die Zentralregierung unter Präsident Sarkis. Eine lange Zeit dachte Walid Jumblatt, daß die Zentralregierung fähig sein würde, Versöhnung unter den Libanesen zu erreichen und ihre unabhängige Macht auf Kosten der Faschisten wiederaufzubauen. Aus dieser Sichtweise könnte es ein Schritt in Richtung Teilung sein, wenn die Nationale Bewegung die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung in den patriotischen Gebieten des Landes organisieren würde, weil das die Anstrengungen der Regierung blockieren würde, Verbindung zu schaffen. Diese Illusionen ließen uns kostbare Zeit verlieren. Als die gesamte Nationale Bewegung sich die engen Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den faschistischen Kräften verewnetzte, ging sich die engen Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den faschistischen Kräften vergegenwärtigte, war es vielleicht schon zu spät, eine wirksame Anstrengung in Gang zu bringen, um für die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung in den patriotischen Zonen zu sorgen.

Diese Regionen wurden Beute unzähliger kleiner, vom syrischen Geheimdienst, dem palästinensischen Widerstand und gewissen traditionellen moslemischen Kräften geschaffenen Gruppen. Solche Milizen schnitten die Städte voneinander ab, verhinderten jede Möglichkeit der Einheit, sowohl in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs als auch in der Sorge für die Sicherheit. Diese Aufteilung der Macht und diese Anarchie wurden so weit getrieben, daß jede ernsthafte Anstrengung für die Reorganisation einen großen Eingriff gefordert hätte.

Wir sollten hinzufügen, daß die Libanesischen Nationale Bewegung für eine lange Zeit eine passive Haltung beobachtete hinsichtlich dessen, was in der Region geschah, die sie hätte kontrollieren sollen. So kritisierte sie während das Fehlen einer zentralen Regierungsmacht und Verwahrung, die Auswüchse der syrischen Politik und infort, ohne selbst eine unabhängige Initiative zu ergreifen, für die täglichen Bedürfnisse und die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen.

Die Libanesischen Nationale Bewegung befand sich so in einer schwierigen Situation: Die Bevölkerung betrachtete sie als die Autorität, die regieren und das Leben in den Gebieten organisieren sollte, aber sie war unfähig, das zu tun und verlor alle Macht an einen Haufen privater Milizen.

tous „al-Tarig“ übersetzt von Jim Paul, in MLRP Reports, 118, Oktober 1983, Seite 18 bis 22. Deutsch: Nahost-Kommission

Das nachstehende Interview mit Ricardo Lora, Vertreter der Vanguardia Revolucionaria, wurde anlässlich des IV. Kongresses der spanischen revolutionären Organisation „Movimiento Comunista (MC)“ von deren Zeitung „Servir al Pueblo“ gemacht, und in den Nummern 216 und 217 vom 10./24.11.1983 veröffentlicht. Die Übersetzung besorgte ein Genosse aus Köln. Kürzungen wurden von der Lateinamerika-Kommission vorgenommen.

Mit diesem Interview wird die Auseinandersetzung um die peruanische Gruppe Sendero Luminoso fortgesetzt. Bereits im Arbeiterkampf Nr. 237 (5.8.83) veröffentlichten wir einen Artikel unter dem Titel „Guerra und Repression in Peru“. In diesem Artikel wurde die Situation der Widerstandskräfte in Peru dargestellt und die Politik und Position „Sendero Luminoso“ eingeschätzt. Zu positiv, wie der Autor des in AK Nr. 243 erschienenen Artikels „Die Vereinigte Linke (IU) in der Kommunalwahl und Sendero Luminoso“ kritisierte. In diesem Artikel wird sehr partiell aus der Sicht der peruanischen Jugend Linken die Auseinandersetzung mit Sendero Luminoso geführt und im Grundsatz als politisch falsche Linke im Kampf um Freiheit und Demokratie im jetzigen Peru angegriffen.

Auch das folgende Interview bezieht sich sehr kritisch Stellung zu Sendero Luminoso, wenn auch in nicht so drastischer Form wie der Artikel in AK Nr. 243. Letztlich sind es aber nur Nuancen, die diese beiden Einschätzungen voneinander unterscheiden, auch hier wird im Fazit von einer Trennung innerhalb des Widerstandes in Peru gesprochen; Sendero Luminoso in Abgrenzung zu der restlichen Linken.

Peru aus linker Sicht



Wie war dann die Situation nach den Wahlen 1980 in Peru? (2)

Hier beginnt eine Periode der verfassungsmäßigen Demokratie. Belaunde hatte mit ungefähr 43% der Stimmen gewonnen (mit breiter Unterstützung), und hatte überdies eine Regierungskoalition mit der Christlichen Volkspartei (PPC), einer früheren Abspaltung der Christdemokratie nach rechts, gebildet. Gemeinsam konnten sie das Land mit einer absoluten Mehrheit in beiden Kammern führen. Das bedeutete allerdings, daß jene Periode verfassungsmäßiger Demokratie sich durch den oligarchischen, großbürgerlichen und plutokratischen Charakter der Regierungskoalition immer schwächer zu zeigen begann. Umso mehr aufgrund der absoluten Mehrheit in den Kammern.

Wann tauchte Sendero auf der politischen Bühne auf?

Genau 1980, am 18. Mai, dem Tag der Wahlen, trat eine politische Organisation der Ultralinken, die zum Wahlboykott aufgerufen und ihre Haltung nicht korrigiert hatte, die kommunistische Partei der chinesischen Linke, (chinesisch im Sinne der „Viererbande“ — AK), mit der Gründung von Sendero auf. Die große Spaltung der Peruanischen Kommunistischen Partei fand im Jahre 1963/64 statt, und die Mehrheit der Jugend und der Landarbeitersbasen zog mit der prochinesischen Strömung. Später spaltete sich diese wiederholt, wobei ihr Hauptzweig die Gruppe wurde, die die Zeitung „Bandera Roja“ (Rote Fahne) herausgab. Im Jahr 69 folgte, vor allem mit der Jugendbewegung, die wichtigste Abspaltung: „Patria Roja“ (Rotes Vaterland), eine der Organisationen, die der IU beitrugen. Aber eine andere Strömung, angelehnt an Regionalkomitees von Ayacucho und mit Basen in diesem Landgebiet des südöstlichen Gebirges Perus, begann sich mit dem Motto zu identifizieren, daß neben dem Namen ihrer Partei stand: „Auf dem leuchtenden Pfad von José Carlos Mariátegui“. Das war der große marxistische peruanische Denker und Gründer der Partei im Jahre 1928, der 1930 starb. Er wird von allen Organisationen der Linken als „amauta“ bezeichnet, was in Quechua soviel wie Meistler bedeutet. Sendero Luminoso bereicherte sich während der Militärdiktatur auf den bewaffneten Kampf vor. Sie waren logischerweise mit der Ausrichtung einer Organisation dieser Art etwas spät dran. Schließlich waren sie in der Lage, ein Licht der Offenlichkeit zu treten, als ich der Charakter der politischen Situation, gerade grundlegend verändert hatte, von einer Militärdiktatur zu einer verfassungsmäßigen Demokratie im Jahre 1980. Zu dieser Zeit begann Sendero mit seinem Kampf, ohne daß die Aktionen, die sie durchführten, zu jener Zeit nötig gewesen wären. Unter diesen Aktionen ragten Anschläge hervor, in denen Dynamit benutzt wurde. Das ist ein

Genau 1980, am 18. Mai, dem Tag der Wahlen, trat eine politische Organisation der Ultralinken, die zum Wahlboykott aufgerufen und ihre Haltung nicht korrigiert hatte, die kommunistische Partei der chinesischen Linke, (chinesisch im Sinne der „Viererbande“ — AK), mit der Gründung von Sendero auf. Die große Spaltung der Peruanischen Kommunistischen Partei fand im Jahre 1963/64 statt, und die Mehrheit der Jugend und der Landarbeitersbasen zog mit der prochinesischen Strömung. Später spaltete sich diese wiederholt, wobei ihr Hauptzweig die Gruppe wurde, die die Zeitung „Bandera Roja“ (Rote Fahne) herausgab. Im Jahr 69 folgte, vor allem mit der Jugendbewegung, die wichtigste Abspaltung: „Patria Roja“ (Rotes Vaterland), eine der Organisationen, die der IU beitrugen. Aber eine andere Strömung, angelehnt an Regionalkomitees von Ayacucho und mit Basen in diesem Landgebiet des südöstlichen Gebirges Perus, begann sich mit dem Motto zu identifizieren, daß neben dem Namen ihrer Partei stand: „Auf dem leuchtenden Pfad von José Carlos Mariátegui“. Das war der große marxistische peruanische Denker und Gründer der Partei im Jahre 1928, der 1930 starb. Er wird von allen Organisationen der Linken als „amauta“ bezeichnet, was in Quechua soviel wie Meistler bedeutet. Sendero Luminoso bereicherte sich während der Militärdiktatur auf den bewaffneten Kampf vor. Sie waren logischerweise mit der Ausrichtung einer Organisation dieser Art etwas spät dran. Schließlich waren sie in der Lage, ein Licht der Offenlichkeit zu treten, als ich der Charakter der politischen Situation, gerade grundlegend verändert hatte, von einer Militärdiktatur zu einer verfassungsmäßigen Demokratie im Jahre 1980. Zu dieser Zeit begann Sendero mit seinem Kampf, ohne daß die Aktionen, die sie durchführten, zu jener Zeit nötig gewesen wären. Unter diesen Aktionen ragten Anschläge hervor, in denen Dynamit benutzt wurde. Das ist ein

Sprengstoff, der im Land vor allem bei Minenarbeiten und im Straßenbau in den Anden weit verbreitet ist.

Was ist die Meinung der linken Kräfte über das Auftreten des Phänomens Sendero?

Während der gesamten ersten Etappe blieb der Kampf von Sendero unverstanden, nicht nur von der Rechten, der Reaktion oder dem staatlichen Repressionsapparat, sondern auch vom größten Teil der Linken. Wir hatten auf eine eigene Weise eine ziemlich ähnliche Sichtweise wie sie. Vor allem, weil unbestreitbar eine ländliche Basis hinter der Bewegung stand und es sich nicht um irgendeine anarchoide Gruppe handelte, wie sie von der IU klassifiziert wurde. Es handelte sich um eine Organisation mit doktrinärem Ausmaß, Ideologie, marxistisch-leninistisch, mit einer Kaderorganisation, mit einer Parteistruktur, die die jedes Vertrauens würdig machte, einer Betrachtung und Behandlung als Genossen der Linken. Die Linke glaubte anfangs nicht an das Phänomen Sendero, behauptete wiederholt, es handele sich um ein Manöver der Rechten. Daß sie Terrorkommandos der Ultrarechten seien, die links zu sein vorgaben. Daß es sich um bewaffnete Einheiten der Marine handelte, Zerstörungstruppen, die die Strommasten angriffen, um die Stromausfälle herbeizuführen. Daß es die Marine sei, die diese spektakulären Aktionen durchführte, die Sendero ausmachten. Später, als es nicht mehr länger möglich war, die Sonne mit einem Finger zu verdecken, gingen sie dazu

über zu behaupten, es handele sich um anarchoide Gruppen. Sie erkannten nicht ihren ideologischen und doktrinären Ursprung an, ihre Wurzeln und ihren lebendigen Stamm mit der Genetisamkeit der marxistischen Linken des Landes. Und schließlich haben sie, in der jüngsten Zeit, nichts getan, als ihre eigene Einschränkung und Unterdrückung zu bejahen. Besorgt (in deutlich reformistischer Verirrung) um ihre Vertretung im Senat und in der Kammer, um die Beziehungen zu den anderen Parteien innerhalb der verfassungsmäßigen Struktur wegen des Drucks, den die Rechte zwecks einer klareren Eingrenzung der Linken ausübte, befielen sie eine Menge absolut unzulässiger Verurteilungen der Aktionen von Sendero. Es gab praktisch keine Unterschiede zwischen dem, was die reaktionärste Rechte an Verurteilungen formuliert und dem, was die IU im Namen des Volkes von sich gab (3). Diese Situation hat sich geändert. Wir haben in dieser ganzen Etappe für den Kampf gesprochen, vor allem für ihre Anerkennung als Organisation des Volkes, der Linken, mit denselben Idealen wie wir, wenn auch schwere Fehlströmungen durchlaufend, die zu korrigieren seien.

Worauf bezieht du dich, wenn du sagst, Sendero hätte Fehlströmungen?

Ihr größter Fehler ist, daß sie vermutlich nicht in der Lage sind, sich in der Gesellschaft zu zeigen, um das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Und daß sie versuchen, ihren Weg des bewaffneten Kampfes aufzuzwingen... Sie haben es geschafft, sich in einigen Sekto-

ren der Landbevölkerung zu verwerzeln und dann haben sie eine passive Anziehungskraft, eine entfernte Sympathie bei Teilen der Schichten, die sie nicht erreichen. Und sie schaffen es nicht, diese zu organisieren, weil sie keine Politik der Fronten und Bündnisse haben, weil sie nicht die konkreten Fragen behandeln, die diese Schichten der Bevölkerung interessieren. Weil es für sie nichts außer dem bewaffneten Kampf gibt. Das sind schwere Fehlströmungen, und sie bewirken, daß ihre ursprüngliche Konzeption, nach der „der Funke den Steppenbrand entzündet“, nicht greift. Es sind jetzt drei Jahre Funken, Stroheuer, Brände, wenn man so will, aber lokal begrenzt.

Welches Verhältnis haben die Volkskräfte zu Sendero?

Angeichts dessen, daß heute die ökonomische Situation in Peru ziemlich kritisch ist, entsteht eine Annäherung der am meisten benachteiligten Schichten an Sendero-Positionen. Die Auswirkungen der ökonomischen Krise sind verheerend gewesen, und das hat Teile der Volksmassen dazu gebracht, Sendero Sympathie entgegenzubringen und sie als ihre Rächer zu sehen. Aber das schließt nicht ein, daß sie sich in den bewaffneten Kampf stürzen. Es gibt andernorts keine Rebellionen. Sie haben oft versucht, mit den Stromausfällen in Lima den Anstoß zu Plünderungen zu geben. Kleine Gruppen von 30 oder 40 Leuten initiieren Plünderungen mit dem Ziel, daß sich die Bevölkerung unter ihrer Führung in die von ihnen geschlagene Bresche stürzt. Das ist nicht so vorgekommen. Es gibt einen Anstieg der Kriminalität in Lima, aber dieses Phänomen hat verschiedene andere Charakteristika. Es sind keine bewußten Sektoren, die sich die Ernte wieder holen, wie sie sich das, die chinesische Erfahrung der Ernteaufstände mechanisch kopierend, vorstellen. Diese Bewegung gibt es nicht, und die, die es gibt, ist nicht mit ihnen verbunden. Es gibt sie, aber verbunden mit den Gewerkschafts- und Volksorganisationsformen, die ihre Richtung in der IU und den in ihr vertretenen Parteien finden. Sendero ist eine mutige Gruppe, und man muß ihnen zugestehen, daß sie Kämpfer für die gleiche Sache wie wir und Persönlichkeiten der nationalen peruanischen Revolution sind. Aber sie zeigen nicht irgendein wie den Weg, die Richtung.

Das System versucht, sie mit Propagandakampagnen bewußt zu machen?

Ja, es gibt eine Herabwürdigungskampagne, aber auch eine Gegenkampagne. Einschließlich der nicht, um die Fehler von Sendero zu rechtfertigen, aber um die Morde, Folterungen und brutalen Gewaltakte, die die Streitkräfte und der staatliche Repressionsapparat begehen, aufzudecken. In diesem Sinne haben Teile der Linken eine starke und lebhaft Aktivität entfaltet, die auf Widerhall möß Amnesty International präsentierte kürzlich ein Dokument mit mehr als 140 Fällen schwerer Verletzungen der Menschenrechte, ist begeben, aufzudecken. In diesem Sinne haben Teile der Linken eine starke und lebhaft Aktivität entfaltet, die auf Widerhall möß Amnesty International präsentierte kürzlich ein Dokument mit mehr als 140 Fällen schwerer Verletzungen der Menschenrechte, Hinrichtungen und Folterungen. Die Regierung konnte diese nicht dementieren. Sie ist vor den Vereinten Nationen aufgetreten, um vier Fälle aufzuklären, in denen Amnesty Irrtümer in der Formulierung unterlaufen waren; alles übrige blieb unumstritten und ohne Erklärung.

Welcher Art waren die Analysen, die Sendero in diesen Jahren über die politische Konjunktur herausbrachte?

Das Problem der Interpretation und Handhabung des Phänomens Sendero Luminoso ist eine der fundamentalen Fragen gewesen, die sich in der politischen Arbeit in Peru allen Sektoren gestellt hat. Für die Linke freilich stellte sie sich mit besonderer Schärfe. Sendero begann seinen Kampf mit einer ziemlich dogmatischen und mechanistischen Konzeption, mit einer Position von Prinzipien gegenüber jeder Regierung. Sie charakterisierten die Regierung Belaunde (unter jener — wenn auch verdrehten — verfassungsmäßigen Demokratie) wegen ihres oligarchischen Charakters als faschistische Regierung und Fortführung der Faschisierung der Regierung Velasco Alvarado. Jene nannten sie damals faschistisch, ohne den Widerspruch zwischen dieser Tendenz der Militärs und dem nordamerikanischen Imperialismus, in den Staatsstrukturen durch seine Basis in der Großbourgeoisie vertreten, zu begreifen. Nicht nur der nordamerikanische Imperialismus, sondern auch Teile der Großbourgeoisie und der Grundbesitzer wurden zu seiner Zeit entzweit. Sendero qualifizierte nicht nur die Sowjetunion, sondern auch China (das China von Deng Xiao Ping — Arm. AK) als die Höhlen der Weltreaktion, Zentren der Revolution zuwiderlaufender Aktivitäten. Sie konkretisierten ihr

politisches Gedankengut und formierten sich unter dem Einfluß der Kulturrevolution und den späteren Abweichungen der Viererbande. Deshalb brachen sie, als 1976 Mao starb, und eine Berichtigung der chinesischen Revolution begann, mit China. Sie brachen mit der Partei, die in Peru zu einer Übernahme mit der chinesischen Linie neigte. Sie setzten unbeugsam ihr Konzept fort. Die falschen Charakterisierungen und politischen Interpretationen, die sie formuliert haben, sind unzählig. Es ist bezeichnend, daß sie den bewaffneten Kampf gerade in dem Moment aufnahmen, als sich eine Wahlperspektive eröffnete, als die Vorstellung des Volkes von der Möglichkeit eines Vorrückens unter diesen Bedingungen eingenommen war. Selbstverständlich gab es im ganzen Land weder eine bemerkenswerte Enthaltung noch einen Boykott. Es bestand ganz im Gegenteil der heftige Wunsch, sich mittels Wahlen politisch zu äußern.

Wie entwickeln sich die Dinge seit den Wahlen? Worauf läßt sich die gegenwärtige tiefgreifende Verschlechterung der peruanischen Wirtschaft zurückführen?

Was sich in Peru fortsetzt, ist die absolute Schwerfälligkeit und Ergebnislosigkeit der reaktionären politischen Linie der Regierungskoalition und der PPC, der Belaunde vorsteht. Statt die Probleme, die die weltweite Krise Peru auferlegt, zu meistern, ließ er ein weitaus höheres Eindringen imperialistischen Kapitals zu. Er versuchte die wirtschaftliche Entwicklung auf Grundlage ausländischer Investitionen anzukurbeln, entgegen dem nationalen Interesse und gerade zu einer Zeit, als sich die weltweite Krise, schwunghaft entwickelte, und jeden Aufschwung verhinderte.

Und wie ist angesichts all dessen die Haltung der Streitkräfte? (Es ging in den oben gekürzten Abschnitten um den Aufschwung der Massen kämpfe und die Chancen der Linken bei den Wahlen).

Sich einen Sieg der IU vorzustellen, auch wenn es sich nur um Kommunalwahlen handelt, führt uns direkt zu der Warnung des Oberkommandierenden der Streitkräfte. Dieser hat vor kurzem eine jede Rechts- und Verfassungsnorm verletzende Erklärung veröffentlicht.

Für einen Militär geht nichts darüber, sich über politische Themen zu äußern. Er griff Teile der Presse und die Linke an (und innerhalb dieser die kämpferischsten und radikalsten Sektoren, jene Parteien, die von der Legalität Gebrauch machend dennoch eine recht feste Position haben). Diese bezeichnete er als „Teil einer Verwöhnung der kommunistischen Weltbewegung zur Errichtung eines internationalen Staates“ und Komplizen des Kampfes von Sendero, deren Mitglieder er „Terroristen“ nannte. In dieser Weise drohen sie angesichts des Vormarsches der Volkskräfte mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens. Andere Abteilungen der Streitkräfte haben ihre Sympathie für diese Erklärung zu erkennen gegeben.

Wie verhält sich die gegenwärtige Regierung gegenüber solchen Drohungen?

Weil davon entfernt, sich der Situation zu stellen und eine Haltung einzunehmen, die dem Respekt gegenüber der verfassungsmäßigen Demokratie entsprechen würde, haben sie im Gegenteil diesen Kreisen Unterstützung zukommen lassen und sich den von den Militärs verfochtenen Positionen angenähert.

Wäre demnach also die gesamte peruanische Linke eine Bedrohung der Streitkräfte?

Genau. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat Sendero mit seinen Aktionen eine Stärke erreicht, die die Widersprüche zugespitzt hat. Sie haben die reaktionärsten Kreise (insbesondere das Militär) zum Eingreifen und zum Bruch mit der Rechtsstaatlichkeit provoziert. Dazu erweist sich heute der Kampf der IU, der sich innerhalb der Legalität bewegt, um ein Bewußtsein der Massen zu schaffen, als provokativ für die Militärinteressen. Deshalb ist die Gefahr eines Putsches gegenwärtig.

Welche Rolle spielen in Bezug auf den Kampf Senderos die Streitkräfte?

Seit Dezember 1982 greifen die Militärs direkt in Ayacucho ein. Die neun Provinzen in den Departamentos Apurimac, Ayacucho und Huancavelica, in denen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wie läßt sich das Problem, das du aufzeigst, lösen?

man den Ausnahmezustand verhängt hat, befinden sich unter Militärherrschaft. So entwickelt sich der Krieg. Angesichts der offensichtlichen Unfähigkeit, die Kräfte Senderos zu zerstören, werden laufend gerichtlose und illegale Erschießungen und Folterungen vorgenommen. Die peruanische Verfassung läßt, außer im äußeren Kriegsfall für Vaterlandsverrat, die Todesstrafe nicht zu. Aber der mündige Mißbrauch und die Willkürakte in diesem Gebiet unter Kontrolle des Generals Clemente Noel, sind eigenmächtig und anhaltend. Die Kriegsberichte des Heeres erwähnen immer nur Tote, es sind Gefechte, in denen niemals weder Gefangene noch Verwundete auftauchen. Wir sind sicher, daß das nach militärischen Begriffen absurd ist und einfach beweist, daß die Verwundeten oder Gefangenen erschossen und zu den Gefechtschauplätzen zurückgebracht werden. Auch haben sie sich hinreißen lassen, in dieser so „argentinischen“ Formel von Verschwundenen zu sprechen. Nach der Annäherung an die städtischen Gegenden der Region („estrillaje“ = Harken) werden die Einwohner, nur nach Einschätzung ihres Alters, entführt, und man hört nichts mehr von ihnen. Von Mai bis jetzt sind auf diese Art 430 Menschen verschwunden. Vor dem Hintergrund all dieser Erklärungen wird der repressive Charakter der Streitkräfte hinlänglich deutlich.

Wie reagiert das demokratische System auf diese Verletzung der Menschenrechte?

Straf anzeigen haben keinen Sinn, da die politische Kontrolle der Region in ihrer Gesamtheit in den Händen des Heeres liegt. Es gibt keine Verteidigung noch irgendwelche Hilfe seitens des Justizapparates. Man kann das am Fall der Ermordung der neun Journalisten in Uchujay genau belegen. Zu keiner Zeit gewährte das Militärkommando der Region die Hilfe, um die man sie wiederholt bat. Die Morde bleiben unaufgeklärt.

Welche Entwicklung nimmt derzeit die Volksbewegung in Peru?

Sie gründet sich auf ihren aktiven und zahlenmäßig stärksten Sektor, die COTP (Gewerkschaft) und die Zusammenarbeit, die zwischen ihr und anderen Teilen der Gewerkschafts- und Landerbeiterbewegung bestehen. Die ansteigende Entwicklung der Massenbewegung hält an. Die Durchführung zweier Generalstreiks, die das Land lahmlegten, hat die Kraft der Arbeiter gestärkt. Die organisierte Volks- und Gewerkschaftsbewegung bereitet sich verstärkt auf ihre Offensive vor und beweist ihr Kampfniveau. Die Volksbewegung verzeichnet heute eine große Entwicklung. Es sind mehr als 30 Jahre, in denen alle Massenbewegungen nur gewachsen und stärker geworden sind.

Die Volksbewegung verzeichnet heute eine große Entwicklung. Es sind mehr als 30 Jahre, in denen alle Massenbewegungen nur gewachsen und stärker geworden sind.

Wie, denkst du, werden sich die Dinge von jetzt an weiterentwickeln?

Peru befindet sich an einem entscheidenden Kreuzweg seiner Geschichte. 1983 sind wieder allgemeine Wahlen. Wenn, wie zu erwarten, die Linke weiter vormarschieren wird, wird dies eine Herausforderung für die Militärs sein. Zusammengefaßt ist, was die Aktionen von Sendero betrifft, klar, daß sie nicht aufhören werden, zu kämpfen und die Polizei- und Streitkräfte zu beunruhigen. Demzufolge werden die militärischen Befehlshaber, die immer Werkzeuge der Reaktion gewesen sind, vorbereitet sein, in den demokratischen Prozeß einzugreifen. Die Strömungen des Klassenkampfes werden sich also in der einen oder anderen Richtung zu entscheiden haben.

Welche Rolle könnte die Linke in all dem spielen?

Für den Fall, daß sie sich in den Wahlen als stärkste Kraft etablieren und in die Regierung aufsteigen sollte, würde das einen wichtigen Punkt in der Geschichte des Landes markieren. Wenn sie jedoch zwar die Regierung, nicht aber die Macht haben sollte, würde die Regierung sich nicht behaupten können. Sie würde ein paar Tage, einige Zeit bestehen. Wir brauchen eine Macht, die mit den politischen Interessen der Klassen des Volkes, der nationalen, demokratischen und revolutionären abgestimmt ist, mit dem Ziel, die Regierung behaupten zu können. Wir müssen uns auch der reformistischen Versuchung bewußt sein, die die Linke im Falle Regierung zu werden, übernehmen kann.

Es ist ganz klar, daß es dazu eines sehr fähigen, scharfsichtigen und flexiblen Kurses bedarf. Die Linke ist dabei, ihn zu schaffen, aber noch weit davon entfernt, ihn zu konkretisieren. Einige Kräfte streben in Richtung Einheit. Vanguardia Revolucionaria (deren Mitglied ich bin), Partido Comunista Revolucionario und Movimiento de Izquierda Revolucionaria. Wir wollen eine einzige Partei der marxistischen Einheit schaffen. Im Dezember werden wir eine Zusammenkunft und im März einen Kongreß haben. Wenn wir das schaffen, könnte es die Grundlage zur Korrektur einiger reformistischer Vorurteile sein, die es in der IU gibt. Und auch, um mit guten Ausgangschancen die Bedingungen eines Dialogs, einer Verständigung mit Sendero zu schaffen. Sie zu Korrekturen aufrufen, aber nach ihrer Erhaltung als politische und militärische Organisation trachtend, um auf diese Kräfte zählen zu können, die eine Basis sein könnte, um den Militärs entgegenzutreten. Und auch, um die Ziele der Macht festzulegen.

Wie bewertet Vanguardia Revolucionaria angesichts der Entwicklung von Sendero ihre Mitarbeit im Parlament?

Wir wissen, daß die Veränderung dieses Systems nicht auf parlamentarischem Wege stattfinden kann. Dennoch glauben wir, daß unsere Position teilzunehmen richtig gewesen ist. Nicht nur das, sondern die forcierte Ausnutzung aller denkbaren Mittel, die die bürgerliche Legalität erlaubt. Bis zum letzten Tag, bis sie uns alle Türen dichtmachen.

Wie sieht du die Zukunft der Linken?

Wie bereits gesagt ist es das Problem der IU, ihren Kurs zu bestimmen. Aufgrund all des Gesagten ist die Bedeutung des Kurses unter diesen Umständen sehr groß. Die Situation ist risikoreich aber gleichzeitig voll von Möglichkeiten für große revolutionäre Schritte und Sprünge.

Anmerkungen:

1) Anmerkung aus gut unterrichteten Kreisen, genauer von einem Genossen, der die Vereinigte Linke aus eigener Erfahrung und Diskussion gut kennt: Ricardo Leto ist inner halb der IU eine eher schillernde Persönlichkeit. Er war bis vor einiger Zeit Mitglied seiner kleinen Partei (PVR) Mitglied im Bund der Moskauerorientierten KP. Seit Januar 1983 ist er wieder Mitglied von Vanguardia Revolucionaria und der Vereinigten Linken. Er ist zugleich Direktor der linken Tageszeitung „El Diario“, wo er die Diskussion über Sendero ebenfalls geführt hat. Dabei vertritt er offenbar nicht die offizielle IU-Position. Er wurde verschiedentlich wegen unangenehmer Äußerungen und seiner Position zu Sendero kritisiert.

2) Bei den allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 18.5.80 erhielt die AP 22 Sitze in der Abgeordneten-Kammer und 26 im Senat, die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) 50/18, die PPO (Partido Popular Cristiano) 9/8, die maoistische UNIR (Union Nacional de Izquierda Revolucionaria) 9/2, die trotzkistische PRT (Partido Revolucionario de los Trabajadores) 2/2, die UDP (Unidad Democrática Popular) 1/2, die FOCEP (Frente Obrero Campesino y Popular) 1/1. Weitere 16/3 Sitze gingen an verschiedene Gruppen der Linken wie VR und Einzelkandidaten.

3) Laut IU gibt es sehr wohl Unterschiede zwischen der Hetze der Herrschenden gegen Sendero und der Kritik von IU. IU habe Sendero nie dem Lager des Klassenkampfes zugeordnet. Dies geschehe umgekehrt durch Sendero und ihren radikalen Kampf gegen die „legalistische Linke“.

22. Januar 1984

„Aus den Gefängnissen Chiles ...“

Die Volkskräfte machen sich bereit, diesem neuen Jahr mit größerer Hoffnung und der Überzeugung entgegenzutreten, daß es ihnen gelingen wird, die Diktatur zu stürzen durch die Anwendung aller Formen des Kampfes. Es ist nicht abzusehen, daß 1983 für unser Volk entscheidend war. Es war nicht einfach und nicht ohne Komplikationen zu erreichen, daß es heute eine Bewegung des Volkswiderstandes gibt. Es hat viele Leben, Entbehrungen und Leiden gekostet, die Volksbewegung entstehen zu lassen. Die Diktatur hat unsere Bewegung einer Prüfung unterzogen, indem sie tausende von Soldaten in die Hauptstadt (Santiago de Chile) verlegte; trotzdem ist unser Protest nicht kleiner geworden, noch hat er sich angesichts des Aufmarsches jener immensen Macht einschüchtern lassen. Auf diese Weise haben wir bewiesen, daß die Volksbewegung nicht hinweggefegt werden kann, da sie zu einem Zeitpunkt sich herausgebildet und entwickelt hat, zu dem die Bourgeoisie und der Imperialismus das Volk durch tägliche Anwendung ihrer repressiven Kräfte beherrschen. Aus diesem Verständnis heraus verstärken und erreichen wir die Organisation und den Kampf unserer mutigen Volksbewegung.

Das vergangene Jahr hat uns gezeigt, daß die Diktatur keine Möglichkeit hat, erfolgreich aus der tiefen Krise, in der sich unser Land befindet, herauszukommen. Das ist grundlegend auf ihr falsches politisches, ökonomisches und soziales Konzept zurückzuführen. Die Konsequenzen des Scheiterns dieses Konzeptes sind bedauerlicherweise, vor allem, weil die soziale Lage des Volkes am härtesten betroffen ist: mehr als 30% Arbeitslosigkeit, ein Defizit von fast einer Million Wohnungen, die Privatisierung des Gesundheits- und Bildungswesens, die zahlreichen Bankrotte in unserer vielfersprechenden nationalen Industrie — all dieses drückt einen Teil unserer chaotischen Situation aus.

Die Unfähigkeit, die die Diktatur bei der Lösung der Krise bewiesen hat, hatte nicht nur schwerwiegende Konsequenzen im sozialen Bereich, sondern auch für den bürgerlichen Block. Sein Rückhalt wurde in politischer Hinsicht enorm geschwächt.

Seit 1983 erleben wir einen Zersetzungsprozeß, der bis heute andauert. Teile der DC (Christdemokratie) bis hin zu den Faschisten unter Pablo Rodríguez finden sich unter dem Dach der Opposition ein, die sich als „demokratisch“ berechnen. Selbstverständlich bewegt sich ihre Opposition im Rahmen des Regimes und sind sie damit einverstanden, daß die Verletzung der Menschenrechte und die Repression gegen die Volkskräfte beibehalten werden.

Der Auflösungsprozeß der Basis des Regimes hat seinerseits die Krise verschärft. Zum Zeitpunkt der tiefsten Krise tauchte seitens der Diktatur ein Angebot der „Öffnung“ auf. Dieses war angeblich darauf ausgerichtet, eine „demokratische Lösung“ zu suchen. Auf diese Weise erreichte das Regime die Zustimmung der „Alianza Democrática“ (Demokratische Allianz) zu dem angeblichen Dialog. Die Realität, die Entwicklung der Ereignisse beweisen jedoch, daß die Volksbewegung recht hatte. Der Plan Jarpa war nur dazu bestimmt, Zeit zu gewinnen, um die politische Basis wiederherzustellen und einen Plan auszuarbeiten, der nachhaltig dem Regime die Initiative zurückgeben und kontinuierlich verheeren sollte. Trotzdem endeten Jarpa's Versuche in dem großen Fiasko, weil dieses Projekt nicht in der Lage war, die Krise des diktatorischen Regimes zu bewältigen, das sich vor der Kraft und der heroischen Haltung des Volkes schützen mußte.

Es ist wichtig, daß die internationale Solidarität, speziell die Leser des Arbeiterkampfes, berücksichtigen, daß die gegenwärtige Volksbewegung von neuer Art ist. Sie ist nicht identisch mit der Volksbewegung vor dem Militärputsch von 1973. Die neue Volksbewegung hat diese furchtbare Erfahrung gemacht und neue Erfahrungen werden hinzukommen. Diese demokratische Bewegung ist sich sehr bewußt darüber, was die internationale Solidarität für sie bedeutet. Die gegenwärtigen Offensiven werden durch die besten Kader des chilenischen Volkes geführt, von denen viele die Erfahrung des Exils gemacht und internationale Solidarität kennen gelernt haben. Diese Genossen marschieren jetzt in der vordersten Reihe als Führer und vermitteln die Erfahrungen, die sie mit der internationalen Solidarität gemacht haben.

Im Dezember 1983 gab es sicher einen leichten Rückgang der Mobilisierung, der zum Teil auf die demobilisierende Taktik der „Alianza Democrática“ zurückzuführen ist. Sie hat versucht, die soziale Unzufriedenheit in Veranstaltungen in verschlossenen Schlußpunkten zu kanalisieren, um die Radikalisierung des Volkes abzuschwächen. Auf diese Weise verhinderte sie eine direkte Konfrontation mit dem Regime. Dennoch wurden ihre Absichten durch die Aktionen des bewaffneten Widerstandes blockiert.

Der bewaffnete Widerstand verfolgte im Dezember mehrere Aspekte:

— Die Versuche der bürgerlichen Opposition, den Kampf gegen das Regime unabhängig von der Volksbewegung abzuschwächen, wurden gestört, da die Aktionen alles in Unruhe versetzten.

— Der bewaffnete Kampf kann die Entwicklung der Ereignisse beschleunigen.

— Die Aktionen im Dezember zeigten, daß der bewaffnete Widerstand ein höheres Niveau erreicht hat, d.h. er verfolgt heute komplexere Ziele, die eine bessere militärische Ausbildung verlangen, wie z.B. Brückensprengungen.

— Der bewaffnete Kampf hat sich landesweit und in koordinierter Form ausbreitet.

— Es zeigt sich, daß der bewaffnete Kampf organisiert und auch spontan von größeren Teilen unseres Volkes angenommen wird und daß die Linie der Revolutionäre richtig ist, die Volksmacht (Poder popular) mit bewaffneter Präsenz zu entwickeln.

— Allen in der Sache, daß die Avantgarde den bewaffneten Kampf aufgenommen hat, zerstört das Mythos von der Unbesiegbarekeit des tyrannischen Heeres und eröffnet große Hoffnungen auf Veränderungen.

Auch die Tatsache, daß die Avantgarde den bewaffneten Kampf aufgenommen hat, zerstört das Mythos von der Unbesiegbarekeit des tyrannischen Heeres und eröffnet große Hoffnungen auf Veränderungen.

Der Kampf um Menschenrechte in Chile

Vorher (1) hatte ich den Genossen vom Arbeiterkampf geschrieben, daß wir, die konsequenten Demokraten, eine politische Kampagne mit dem Ziel vorbereiten, ein Kriegsverfahren über fünf gefangene Genossen aufzuschreiben. Die christlichen Basisgemeinden, Volksorganisationen sowie die Gruppe der Familienangehörigen politischer Gefangener (AFPP) sowie die der verschwundenen Gefangenen (AFDD), die Anti-Repressionskomitees (CAR), die CODEPU und auch die Organisation der politischen Gefangenen (OPP) entfalteten intensive Aktivitäten, Mobilisierungen, um national und international bekanntzumachen, daß die Militärs vorhaben, dem Versuch, diese Genossen zu ermorden, einen legalen Anstrich zu geben.

Zum Glück gelang es uns, national und international eine große Solidaritätsbewegung zu initiieren, die dazu führte, daß das Kriegsverfahren verschoben wurde. Die Entscheidung eines der Gerichtstribunale unter dem Vorsitz eines Generalmajors, das Verfahren zu vertagen, bedeutete, daß sich zum ersten mal ein Gericht der Militärmacht entgegenstellte. Natürlich hatte ein solcher Vorfall große Wirkungen auf alle Ebenen der chilenischen Gesellschaft.

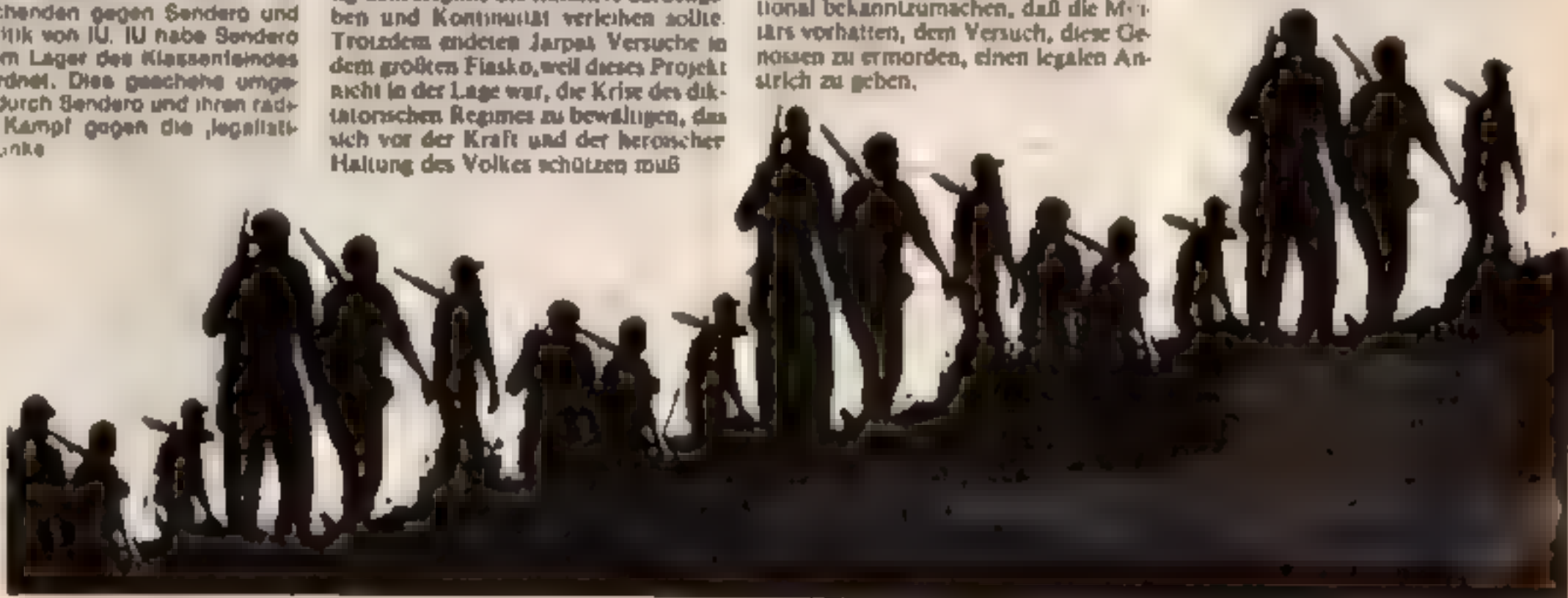
Wir, die politischen Gefangenen, beschlossen, einen Hungerstreik von fast 10 Tagen zu initiieren. Dieser wurde auf die öffentliche Seite der AFPP, CODEPU und anderer Volksorganisationen eingestellt. Der Kampf geht weiter, wir werden diese Genossen nicht allein lassen und bereiten in diesem Sinne neue Mobilisierungen vor.

Die Situation der politischen Gefangenen

Ich möchte das Angebot des Arbeiterkampfes nutzen, um auch über die spezifische Situation der politischen Gefangenen zu informieren. Vor einem Monat wurden zwei Genossen aus dem Foltergefängnis Victoria verlegt, die drei Monate lang intensiven Folterungen ausgesetzt waren, durchgeführt von Funktionären der Gendarmerie. Ich habe persönlich mit ihnen gesprochen und sie haben mir das schreckliche Erlebnis erzählt. Daraufhin habe ich gedacht, ich muß die internationale Öffentlichkeit darüber informieren, daß das Leben der politischen Gefangenen starkem physischen und psychischen Druck ausgesetzt ist (um nicht zu sagen Folter). Die Verlegung der Genossen war nicht auf den guten Willen des Regimes, die Menschenwürde zu respektieren, zurückzuführen, sondern ist zum Teil der Anklagen zu verdanken, die verschiedene Sektoren der Bevölkerung und speziell die politischen Gefangenen erhoben haben. Auf diese Weise gelang es, zwei Genossen aus den Folterkammern der Diktatur herauszuholen, aber wir bleiben immer noch in den Klauen dieses ehrenrührigen Regimes.

Es ist drei Uhr morgens, ich muß diesen Brief beenden. Ich möchte zum Schluß noch über das letzte Ereignis informieren, das uns ziemlich besorgt macht: In der Strafanstalt befindet sich der politische Gefangene HERIBERTO MENA, langjähriger Kämpfer des Widerstandes, der wiederholt durch die Sicherheitskräfte festgenommen worden ist, bestialisch gefoltert wurde, doch dank der Anklagen der AFPP konnten sie ihn nicht umbringen, sondern mußten ihn ins Gefängnis schicken. Seit drei Monaten hat dieser Genosse laufend epileptische Anfälle, was uns verpflichtet, ihn 24 Stunden am Tag nicht allein zu lassen. Dieser Genosse mußte in einem Krankenhaus behandelt werden, und dafür muß er die Erlaubnis der Militär Staatsanwaltschaft und der Gefängnis Gendarmerie erhalten, die ihm bis heute verweigert wird. Dieser Genosse riskiert täglich sein Leben, so daß wir, die politischen Gefangenen, beschlossen haben, eine Kampagne zur Rettung seines Lebens voranzutreiben. Dabei soll

Fortsetzung nächste Seite



Drahtzieher für Nicaragua

Aufruf zur Unterstützung des Metallbetriebs INCA

Bei ihrem Aufenthalt in Nicaragua waren einige Frankfurter IG-Metalliker, die selber in der Elektrobranche arbeiten, in der Metallfabrik INCA in Masaya, in der u.a. Nagel hergestellt werden und Draht gezogen wird, eingesetzt. Zur Unterstützung bei diesen Problemen werden Kollegen gesucht, die in einer Drahtzieherei oder Nagelfabrik arbeiten, und in deren Betrieb entsprechende Maschinen gefertigt oder eingesetzt werden. Vielleicht kann sich daraus ein direkter Kontakt zwischen einem deutschen und einem nicaraguanischen Betrieb entwickeln.

Einige an den Maschinen eingesetzte Werkzeuge verschleiben vorzeitig oder brechen. Wir hoffen durch Erfahrungen von Kollegen, die hier an den Maschinen arbeiten, den Nicaraguanern helfen zu können. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß Kollegen mit einer entsprechenden Ausbildung nach Nicaragua fahren, um dort im Betrieb unterstützend zu arbeiten. Für sie wären Informationen über die Maschinen hilfreich. Die folgenden deutschen Maschinen (neben amerikanischen) werden bei der INCA benutzt:

1. Zum Kaltziehen von Draht: Treiladora, Kuhlankampf & Konitzky Bremen
- Typ GMDG 8
- Vertrieb: Ernst Koch & Co. KG Maschinenfabrik Ihmer/Westfalen
2. Zur Nagelherstellung: Wallos
- Typ STO E
- NR ZX 006 399
- Reutlingen

Wo sich die Möglichkeit bietet, intakte und produktionsfähige Maschinen dieser Art zu kaufen, weil sie bei uns ausrangiert oder ersetzt werden, sollten Hinweise gegeben werden. Der Verein Monimbo verfügt ebenfalls über eine Liste von dringend benötigten Werkzeugen. Wenn ihr helfen könnt, dann wendet euch bitte an:

Verein Monimbo
c/o DGB Ortskartell Dietzenbach
6057 Dietzenbach
Darmstädter Str. 23
Tel.: 06074-26891

6057 Dietzenbach
Darmstädter Str. 23
Tel. 06074-26891

Fortsatzung von vorheriger Seite

das Recht der politischen Gefangenen auf Leben und Gesundheit im Mittelpunkt stehen. Ich rufe die internationale Öffentlichkeit auf, Initiativen zu entwickeln, damit das Recht auf Leben und Gesundheit der politischen Gefangenen respektiert und die Krankenhausbehandlung für den Genossen Menz genenigt wird.

Noch einmal bedanke ich mich für die Veröffentlichung dieses Briefes im *Arbeiterkampf* und möchte den einheitlichen Kampf gegen die gemeinsamen Feinde hervorheben — speziell gegen die Brut der Faschisten. Nach Chile ist ein Exponent der westdeutschen Nazis gekommen und hat eine Erklärung als Mitglied der Nationalsozialistischen Partei abgegeben (2). Natürlich hat die Diktatur ihn sicherheitsförmig für einige Stunden festgenommen. Ich wage zu behaupten, daß, wenn ein Chile oder ein Ausländer eine öffentliche Erklärung des MIR abgegeben würde, würde er heute die diversen Foltermethoden der Militärregierung kennenlernen.

Bis bald und fest, brüderlich
Rolando

Anmerkungen:

- (1) Bezieht sich auf den vorangegangenen Brief, abgedruckt im AK 241.
- (2) Hier war uns nicht ganz klar, wer gemeint ist. Falls es sich um eine Anspielung auf den ehemaligen SS-Offizier Walter Rauff handelt, der die mobilen Oskamoren entwickelt hat, in denen zehntausende Juden umgebracht wurden, so mußte dazu gesagt werden, daß Rauff schon seit 25 Jahren relativ unbeteiligt in Chile lebt, sein Fall aber in letzter Zeit wieder ein wenig Aufmerksamkeit erregt hat, nachdem die chilenische Regierung ein Auslieferungsurteil an Israel erneut ablehnt hat und Rauff sich ungerührt zu seiner Vergangenheit bekennen konnte (vergl. „FR“ vom 13.2.84).

Vor unserer Abreise nach Nicaragua hatten wir in der Solidaritätsbewegung und in unserer Gruppe ausführlich über die Bedeutung der Arbeitsbrigaden diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussionen waren Stellungnahmen, bei denen hauptsächlich auf den politischen, genauer gesagt, auf den Wert der Arbeitsbrigaden innerhalb der Solidaritätsbewegung und der BRD-Offentlichkeit eingegangen wurde, sowie auf die Möglichkeit dazu beizutragen, eine Invasion durch demonstrative politische Solidarität zu verhindern. Dies kam in erster Linie dadurch zustande, daß die Invasionsgefahr im Dezember, als die Brigaden gebildet wurden, noch sehr viel größer erschien als derzeit. Es wurde zwar gesehen, daß die Brigaden auch einen ökonomischen Beitrag in der Kaffee-Ernte leisten können, doch wurde dies meist als zweitrangig angesehen gegenüber ihrer politischen Bedeutung. Die politische Bedeutung der Brigaden und ihrer Arbeit in Nicaragua selber, d.h. die Wirkung, die die Anwesenheit der Brigaden auf die nicaraguanische Öffentlichkeit haben könnten, spielte bei unseren Vorüberlegungen fast gar keine Rolle, die Wirklichkeit sah teilweise erheblich anders aus.

Nicaragua braucht jede helfende Hand in der Ernte:

Wir kamen zu einer Zeit nach Nicaragua, als die Kaffee-Ernte schon begonnen hatte, und es wurde uns sehr schnell klar, daß unser Einsatz auf den Kaffeeplantagen eine fest eingeplante ökonomische Notwendigkeit war. Tagtäglich waren die Zeitungen voll von Meldungen über noch fehlende Erntearbeiter. In der Hochphase der Ernte war von bis zu 20.000 fehlenden Arbeitskräften die Rede. Die hohen Zahlen kommen durch das Wegfallen von Arbeitern aus El Salvador ebenso zustande wie durch den hohen personellen Einsatz im militärischen Bereich, der Nicaragua aufgeworfen wird. Überall wurden Studenten- und Schülerbrigaden in der Ernte eingesetzt. Ihr Beitrag fand ebenso wie die beschriebene Hilfe der ausländischen Brigaden stets lobende, fast dankbare Anerkennung in den Medien. Immer, wenn es möglich war, gingen auch die Soldaten mit aufs Feld. Auf einigen Fincas war es so, daß bestimmte dringend anstehende Arbeiten auf Kaffeeplantagen und Kaffeeplantagen ohne unsere Arbeit nicht hätten verrichtet werden können. Umso betrüblicher ist die Tatsache, daß es innerhalb der bundesdeutschen Arbeitsbrigaden Schwierigkeiten mit der Arbeitsmoral gab. Wenn die meisten dieser Probleme auch durch freundschaftliches Agitieren aus der Welt zu schaffen waren, so gab es doch ein paar wirklich unangenehme und peinliche Vorkommnisse. Es ist weder den nicaraguanischen Compañeros gegenüber solidarisch, noch der Arbeitsmoral der ganzen Brigade zuträglich, wenn Mitglieder einer internationalen Arbeitsbrigade sich hinter kleinen Verletzungen verschansen, um nicht zur Arbeit gehen zu müssen und dann nachmittags, wenn die anderen vom Feld kommen, ausruhen oder Spazierfahrten auf kleinen Lieferwagen unternehmen. In der in Frankfurt zusammengestellten Brigade wurde dieses Verhalten von einer Gruppe auf die Spitze getrieben. Gingen die anderen morgens zur Arbeit, wurde sich im Schlafrock knurrend umgedreht. kamen die anderen nachmittags zur Finca zurück, kam ein Teil dieser „Genossen“ angetrunken aus der Kneipe. Einige Mitglieder der Frankfurter Brigade haben es fertig gebracht, einen siebenwöchigen Arbeitseinsatz auf wenige Tage zu reduzieren. Die Stimmung in der Gruppe war entsprechend geladen. Den Genossen der Frankfurter Brigade, die unter diesen Bedingungen ihren Arbeitseinsatz bis zum letzten Tag strikt durchgezogen haben, ist es zu verdanken, daß die Brigade, doch noch ein vorzeigbares „Pflückergebnis“ zu Wege brachte. Alle Achtung! Selbstkritik muß hier wohl ein Teil der Genossen, die an der Organisation der Brigaden beteiligt waren zugeben, daß es auch gerade die Genossen des „knallharten“ Antimperialismus waren, die begriffen haben, daß Revolutionen nicht nur durch politische Präsenz und mit der Kneipe in der Hand verteidigt werden, sondern auch ganz simpel im Kaffeefeld (Dieser Teil war vorher äußerst mißtrauisch beäugt worden, da vermutet wurde, er würde nur wegen der „Romantik“ den bewaffneten Kampf missfahnen). Warum soll man sich auch nicht mal eine Lektion von einer Seite leisten lassen, von der man es nicht erwartet hat. Die Gruppe, mit der es Auseinandersetzungen wegen der Arbeitsmoral gab, setzt sich aus dem ganzen politischen Spektrum zusammen, das an der Brigade beteiligt war. Die harten Differenzen in

Zurück vom Brigadeneinsatz in Nicaragua



Markt in San Carlos

der Vorbereitungsphase um eine Kopplung der Arbeitsbrigaden mit einer Kampagne „Waffen für El Salvador“ hatten jedenfalls keine praktischen Auswirkungen auf die Arbeit in Nicaragua.

der Vorbereitungsphase um eine Kopplung der Arbeitsbrigaden mit einer Kampagne „Waffen für El Salvador“ hatten jedenfalls keine praktischen Auswirkungen auf die Arbeit in Nicaragua. Im großen und ganzen kann man eher sagen: „Die Diskussion trennt, was die Aktion wieder zusammenführt“.

„Ihr seid die ersten Ausländer, die in unser Land kommen, um zu helfen statt uns zu bestehlen“

Welches Gewicht die Nicaraguaner den Brigaden innenpolitisch beimesen, wurde uns erstansenden Brigadisten schon gleich nach der Landung auf dem Flughafen in Managua deutlich. Der nicaraguanische Kulturminister Ernesto Cardenal stand auf dem Rollfeld und begrüßte jeden einzelnen Brigadisten mit Handschlag oder Umarmung. In der Empfangshalle des Flughafens hielt Ernesto Cardenal eine Begrüßungsrede und die zahlreich erschienenen Pressevertreter interviewten die Brigadeteilnehmer. Am Nachmittag waren wir zu einem offiziellen Begrüßungsakt der Regierung eingeladen. Wieder war die Presse und das Fernsehen präsent. Es begrüßte uns im Namen der Regierung Jaime Wheelock, Agrarminister, Mitglied der dreiköpfigen Regierungsjunta und Commandante der Revolution. Am nächsten Tag waren die Medien voll mit Meldungen über unsere Ankunft. Das Interesse hielt während des ganzen Aufenthaltes an. Eine US-amerikanische Brigade hielt sich während der Angriffe auf Punta Nata und Posora am 2. und 3. Februar in unmittelbarer Nähe auf. Eine US-amerikanische Compañera berichtete in der Barrikade. Es sei ein aufmerkwürdige Weise bewegender Moment gewesen, zu sehen, wie die nicaraguanischen Compañeros sie vor den Bomben und Schüssen geschützt hätten, die ihr eigener Präsident geschickt hätte. Die Wirkung dieser Meldungen in der nicaraguanischen Öffentlichkeit war immens. Überall im Land trafen wir Menschen, viele waren arme Bau-

ern, die uns sagten: „Es ist gut, daß wir jetzt sehen können, wie es sogar in den größten imperialistischen Ländern Compañeros gibt, die mit uns solidarisch sind.“ Ein von der Revolution alphabetisierter Compañero, der gerade Mitglied einer neuen Cooperative geworden war und zum ersten Mal Boden bebauen wird, der ihm gehört, sagte mir auf dem Feld: „Ihr seid die ersten Ausländer, die in unser Land kommen, um zu helfen statt uns zu bestehlen“.

Weitere Arbeitsbrigaden nach Nicaragua — aber vieles noch verbessern

Die oben beschriebenen Erfahrungen mit der ersten Arbeitsbrigade zeigen, was wir im nachhinein anders einschätzen müssen. Es muß schon in der Vorbereitung der Arbeitsbrigaden ein größerer Wert auf die konkrete ökonomische Hilfeleistung gelegt werden. Auch für die Erntebegleiter hat es sich als sehr nützlich erwiesen, Compañeros/innen mit praktischen Fachkenntnissen dabei zu haben. Es waren auf den Fincas Motorspritzen, Trecker und Raupen zu reparieren, Werkbänke und Traggestelle für Mulis zu zimmern und etliche Krankheiten und Verletzungen zu behandeln. Die innenpolitische Bedeutung der Brigaden für Nicaragua muß von uns stärker als bisher berücksichtigt werden. Das bedeutet auch: der Anteil der spanisch sprechenden Brigadeteilnehmer muß wesentlich größer werden. Die nicaraguanischen Compañeros wollen mit uns Interviews machen, mit uns diskutieren, all das setzt Sprachkenntnisse voraus. Durchgängige Erfahrung aller Brigadisten ist auch, daß man nur die Hälfte vom Land mit bekommt ohne Spanisch. Im Zusammenhang mit dem Interesse der Nicaraguaner an den Arbeitsbrigaden muß auch die Frage der Brigadenbegleitenden Prominenten und Journalisten noch ausführlich diskutiert werden. Es kann nämlich nicht angehen, daß wir uns, wie geschehen, weigern, wegen der für den „Spiegel“ mitgeführten chicanos M.L. Janßen-Jureit und der

mit ihr gemachten schlechten Erfahrungen, Journalisten und Prominenten mitzunehmen. Eine eigene Brigade für diese Leute kann da auch keine Lösung sein. Sowohl wir als auch die Nicaraguaner haben ein Interesse an Berichterstattung und das bedeutet auch, das Risiko einzugehen, daß einzelne Journalisten sich Stories über Arbeitsbrigaden in den weichen Betten der Luxushotels aus den Fingern saugen, wie bei der Spiegelschreiberin geschehen. Schließlich mit den Prominenten und Journalisten auch positive Erfahrungen (z.B. Hansen, Henning Scherf, „Konkret“ usw.). Da jetzt war die Aufmerksamkeit, die wir mit den Arbeitsbrigaden erreicht haben — und auch das war ja eines unserer Ziele — nicht schlecht. Die Berichterstattung war insgesamt eher wohlwollend; Informationsveranstaltungen zu Nicaragua gibt es reichlich und sie rufen auf viel Interesse, auch dort, wo internationale Fragen bisher nicht unbedingt mit viel Interesse verfolgt wurden, wie in der Friedensbewegung.

Frieden für Nicaragua — Freiheit für El Salvador

Bei Weiterführung der Arbeitsbrigaden für Nicaragua stellt sich weiterhin die immer noch unstrittige Frage nach den politischen Inhalten dieser Kampagne, genauer gesagt, nach der Einbettung der Arbeitsbrigaden in eine auf ganz Zentralamerika gerichteten Solidaritätsarbeit. Die Brigade hat in Nicaragua jede sich bietende Gelegenheit genutzt, ihre Solidarität mit allen kämpfenden Völkern auf dem Kontinent zum Ausdruck zu bringen: auf mitgebrachten Transparenten, durch Einladungen an Genossen aus El Salvador auf die Fincas und durch Diskussionsveranstaltungen mit Guatemaltecos und El Salvadorianern in Managua. Einigkeit bestand immer über die Frage, daß es mit Sicherheit einfacher ist, eine Solidaritätsarbeit mit einem anerkannten Staat zu entwickeln als mit einer bewaffnet kämpfenden Befreiungsorganisation wie der FMLN oder der URNG. Es wird ja in breiten Teilen der mit Nicaragua solidarischen Bewegung heute auch gern vergessen, daß der sandinistischen Macht ein bewaffneter Befreiungskampf vorausging. Surepunkt unter uns ist nicht, ob man im Zusammenhang mit den Arbeitsbrigaden auch eine Solidarität mit den in Zentralamerika geführten Befreiungskriegen zum Ausdruck bringt, sondern wie. Eine direkte Kopplung einer Kampagne „Waffen für El Salvador“ an die Arbeitsbrigaden ist kein praktikabler Weg, zumal keine konkreten Vorschläge existieren, wie so etwas genau aussehen soll. Der Vorschlag, die gesammelten Gelder fifty/fifty für beide Projekte zu teilen, hat noch nichts mit einer inhaltlichen Füllung des Vorschlags zu tun. Um die inhaltliche Unterstützung der bewaffneten Kämpfe in Guatemala und El Salvador muß es uns aber wohl in erster Linie gehen. Wenn uns schickt die politischen Ideen fehlen, wie wir eine Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinn entwickeln sollen, können wir uns nicht aus dem Dilemma retten, indem wir dieses einfach als Nachsatz an eine laufende Kampagne anhängen wie: „Arbeitsbrigaden für Nicaragua — Waffen für El Salvador“.

Es ist schon etwas verwunderlich, wenn sich die Solidaritätsbewegung monatelang mit der Frage der Kopplung zweier Kampagnen herumplagt, aber nichts Praktisches auf die Beine gestellt bekommt, wenn verkündet wird, daß im Haushalt '84 Entwicklungshilfe in Höhe von 23 Millionen DM für El Salvador vorgesehen ist und die Hilfe für Nicaragua im selben Moment auf die Hälfte (8 Mio. DM) zusammengestrichen wird. Von der Auszahlung der seit langem anstehenden 40 Mio. an Nicaragua wird kaum noch gesprochen, dafür umso mehr vom neuen Botschafter für El Salvador. Es gäbe eigentlich genug Ansatzpunkte für die Solidaritätsbewegung, aktiv zu werden. Stattdessen streift man sich um die Frage, ob die Forderung „Frieden für Nicaragua“ an sich richtig oder falsch ist. Dabei sieht doch wohl außer Frage, daß das Land eine militärisch entspannte Zeit braucht, um seinen Aufbau voranzutreiben, seine innenpolitische Situation zu stabilisieren. „Queremos la paz“, wir wollen Frieden, sagen die Nicaraguaner selber, auch wenn dieser „Friede“ nur eine kurze Waffenruhe mit dem imperialistischen Gegner sein kann.

NICARAGUA VENCIO

EL SALVADOR VENCERA!

M. Hamburg

Heiner Karuscheit

Welkes Grün und rosa Pläne

Die Krise der Grünen und die Attraktivität der Sozialdemokratie

Heiner Karuscheit ist Redakteur der Zeitschrift „Aufbau und Diskussion“, die herausgegeben wird von der Gruppe Neue Traditionen (Paris). Dieser Artikel ist in der März-Ausgabe der „AZD“

Das Abheben der Friedensbewegung, nachdem das selbstgesteckte Ziel — die Verhinderung der US-Mittelstreckenraketenstationierung — nicht erreicht worden ist, hat alle Kräfte, die daran beteiligt waren, dazu gebracht, vorläufige Bilanz zu ziehen und die nächsten Perspektiven zu überdenken. Bei der Sozialdemokratie hat die Friedensbewegung die Entwicklung von Umrissen einer Strategie befördert, deren Ziel die Erlangung größerer Selbstständigkeit gegenüber den USA ist, um die eigenständigen Interessen des BRD-Kapitals gegenüber Ost und West (vor allem den USA) besser verfolgen zu können. (1) Eckpfeiler dieser Strategie ist das Bestreben, militärisch endgültig unabhängig vom atomaren „Schutzschild“ der USA zu werden. Mittelfristig darin eingeschlossen ist das Ziel, innerhalb der NATO die Gewichte auf Kosten der USA zugunsten der BRD zu verschieben, ja evtl. zu einer anderen Form des Bündnisses mit den USA zu gelangen, als das die NATO darstellt. Außenpolitisch ist man sich mit den Regierungsparteien über die Fortsetzung der europäischen Entspannungspolitik einig.

Die Mittellage der SPD an der Friedensbewegung hat ihr bei deren Teilnehmern erneut massenhaften Zuspruch verschafft, weil kaum jemand sich über die inhaltliche SPD-Sicherheitsstrategie im klaren ist. Wieder einmal scheint es der Sozialdemokratie gelungen zu sein, eine gesellschaftliche Bewegung unter ihre Hegemonie zu bringen und für die eigene Stärkung auszunutzen. Anders sieht es bei den Grünen aus, die in den vergangenen Jahren einen scheinbar unauffälligen Aufstieg erlebt hatten. Mit dem Niedergang der Friedensbewegung sind auch die Grünen in eine Krise geraten.

1. Die Krise der Grünen

„Doch wo auch man sich bei den Grünen umhört, ist von Krise und Depression, von Orientierungslosigkeit und politischer Müdigkeit die Rede.“ (2) Diese Feststellung des FAZ-Kommentators Günter Bannas ist

1. Die Krise der Grünen

„Doch wo auch man sich bei den Grünen umhört, ist von Krise und Depression, von Orientierungslosigkeit und politischer Müdigkeit die Rede.“ (2) Diese Feststellung des FAZ-Kommentators Günter Bannas ist kaum zu bestreiten. In Hessen haben die Grünen eine Tolerierungspolitik gegenüber der SPD-Regierung Börsers beschlossen, die sofort die Kritik des Bundesvorstands fand; das Resultat der wochenlangen Verhandlungen sei „nicht ausreichend“, ließ sich dieses vernahmen. Andere prominente Grüne

ziehen ihre Partei mittlerweile auf deren ureigenem Gebiet — der Ökologie — in der Defensive: „Die Partei DIE GRÜNEN läuft heute Gefahr, ausgezehrt in den Bereichen, die sie als erste Partei entschieden und folgerichtig thematisiert hat, die Initiative zu verlieren — und zwar an die herrschenden Parteien. Es ist eine Situation vorstellbar, in der vielen überhaupt nicht mehr klar sein könnte, warum es überhaupt die Partei DIE GRÜNEN geben soll. Vor allem in ökologischen Fragen hat die Partei die Initiative verloren.“ (3) Gerd Bastian hat seinen Austritt aus der Bundestagsfraktion für den Fall angekündigt (den er mittlerweile vollzogen hat, die Red.), daß die Grünen nicht endlich gängige Perspektiven in der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik entwickeln und sich die Arbeitsweise der Fraktion nicht verbessert.

Die Bundesversammlung der Grünen im November 1983 in Duisburg brachte die gegenwärtige Situation auf den Punkt: Die Bundestagsfraktion hatte erst gar keinen Rechenschaftsbericht vorgelegt, und die über zweiwöchige Tage geführten Debatten vermochten nicht ein einziges der aufgeworfenen Probleme zu klären. „Die friedenspolitische Diskussion unmittelbar vor der Bundestagsentscheidung, der erwartete politische Mittel- und Höhepunkt des Kongresses, war stattdessen ein Trauerspiel. Weder Bundesvorstand noch Bundesfriedens-AG der Grünen hatten einen Leitartikel vorgelegt, auf den sich die Diskussion über Bestandsaufnahme und Perspektiven der Friedensbewegung hätte beziehen können. Nirgends wurde der Mangel an politischer Konzeption, an Vermittlung zwischen ‚Fernzielen‘ (Frieden ohne Waffen, blockfreien Europa) und ‚Tagespolitik‘ so deutlich wie hier. Die Leidenschaft entzündete sich an solchen Bedeutungslosigkeit wie dem Boykott amerikanischer Waren oder dem Appell, auf Finanzkapital durch Abheben der Bankguthaben zum Einsturz zu bringen. Wie strategische Orientierungen (Auflösung der Militärblocke, Austritt aus der NATO, blockübergreifende Ausrichtung der Friedensbewegung, Dritte-Welt-Solidarität) in Politik umzusetzen waren, darüber wurde allenfalls in Form von Appellen gesprochen.“ (4) Das ist der Kommentar des Ex-KBWlers und jetzigen Grünen Ralf Fücks zu dem Duisburger Spektakel.

Die Klippen, auf denen die Grünen aufgelaufen sind, haben sich zuerst und am spürbarsten in der Bundestagsarbeit bemerkbar gemacht. Der grüne Bundestagsabgeordnete Tischer schreibt dazu: „Die Bundestagsfraktion der Grünen begibt sich seit ihrer Anwesenheit im Bundestag insgesamt wie auch in vielen Fachbereichen auf unbekanntes Neuland. Die (die Kapitel) auf denen die Grünen aufgelaufen sind, haben sich zuerst und am spürbarsten in der Bundestagsarbeit bemerkbar gemacht. Der grüne Bundestagsabgeordnete Tischer schreibt dazu: „Die Bundestagsfraktion der Grünen begibt sich seit ihrer Anwesenheit im Bundestag insgesamt wie auch in vielen Fachbereichen auf unbekanntes Neuland. Die Wirtschaft-, Außen-, Forschungs- und Sozialpolitik sind z.B. Themen, die aufgrund der erst vierjährigen Parteilsgeschichte noch gar nicht ausdiskutiert sein können. Die inhaltliche Auseinandersetzung im Detail wird und muß nunmehr in der Bundestagsfraktion erfolgen, welches auch der Fall ist.“ (5)

Daß die inhaltliche Arbeit noch nicht genügend „im Detail“ entwickelt sei, ist eine schamvolle Unterbreitung, denn auf welchem der benannten Gebiete ist bei den Grünen eine Linie „im Großen“ vorhanden, die nur noch „im Detail“ konkretisiert werden muß? Das heißt, wo gehen die Positionen über eine Handvoll persönlicher Meinungen und das Aufgreifen einiger aktueller Forderungen hinaus? Aber da von abgesehen weist die Beobachtung auf das richtige Problem. Mit dem Einzug in den Bundestag wurden die Grünen auf allen Gebieten der Politik gefordert — und ihre Abgeordneten mußten feststellen, daß sie bestenfalls auf dem Gebiet der Ökologie über ausgewiesene Positionen verfügten. Die fehlende programmatische Substanz, die stets als „Offenheit“ gefeiert wurde, zeigte plötzlich ihre Schattenseiten, die hiesig war unausweichlich.

Diese Entwicklung ist eine Folge der spontanen Bewegung, in deren Verlauf die Parteibildung der Grünen vorantrieben gegangen ist. Als Partei haben sie sich formiert im Zuge der Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre, deren Schubkraft als „ökologische“ Bewegung die Parteibildung forcierte und überhaupt ermöglichte. Am Ende der Anti-AKW-Bewegung stand die offizielle Gründung der Grünen als Partei am 12./13. 1980. Weiterhin getragen wurden die Grünen von der sich direkt anschließenden neuen Welle spontaner gesellschaftlicher Bewegung, von der Friedensbewegung, die ihre erste Großdemonstration am 10. Oktober 1981 mit ca. 300 000 Teilnehmern hatte. Mittlerweile geht auch diese Bewegung dem Ende zu. Was sie zusammengehalten hat — die spontane Gegnerschaft gegen die US-Raketenstationierung —, hat auch bei den Grünen vorhandene Differenzen überlagert. Aber mit der Erledigung des Anlasses stellen sich die jahrelang zurückgetretenen Probleme der grundsätzlichen politischen Orientierung aufs neue, mit der sich abzeichnenden Folge: „In der Friedensbewegung werden die Grünen mangelnde eigene Konzeption immer stärker zwischen die Mühlsteine von SPD, DAP und dem militanten Flügel geraten.“ (6) Die nächste größere gesellschaftliche Auseinandersetzung, die 1984 ins Haus steht, ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche. Das aber ist ein Kampf, der nicht auf dem Terrain der Grünen ausgetragen wird, sondern auf dem Terrain der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften. Und auch wenn die Grünen sich positiv dazu stellen, wird das keine Bewegung sein, die von der Sache her die Grünen stärken wird.

Bis jetzt sind die Grünen von der spontanen Bewegung getragen worden, die ihren Charakter als „Bewegung“ und ihren Charakter als „Bewegung“ und ihrer Gewerkschaften. Und auch wenn die Grünen sich positiv dazu stellen, wird das keine Bewegung sein, die von der Sache her die Grünen stärken wird.

Bis jetzt sind die Grünen von der spontanen Bewegung getragen worden, die ihren Charakter als „Bewegungspartei“ sichergestellt hat. Die Krisen, die sie durchgemacht haben, waren Wachstumskrisen wie bei der Abspaltung von Grün und Springmann, als weltfremde und offen reaktionäre Kräfte abgestoßen wurden, und begünstigten letzten Endes nur die weitere Ausbreitung. Die Auseinandersetzung

pen, die sich jetzt abzeichnen, werden jedoch unter anderen Voraussetzungen ausgetragen, nicht mehr im Aufschwung, sondern im spontanen Abschwung. Sie werden erhorbert, und zum Ersticken aller Beteiligten wandelt sich das zuvor beschworene Klima des neuen Umgangs neuer Menschen miteinander in Grabenkämpfe miteinander verfeindeter Fraktionen. Damit einher geht ein Wandel in der politischen Trägerschaft. „Die Grünen drücken sich zunehmend zu uniformieren. Zum heimatlichen herrschenden Typ des grünen Politikers wird der im Ausnahmefallen; die alt-linke Routinier zwischen 30 und 40, der mit seinen Bruchstücken an theoretischem Wissen, seiner politischen Erfahrung, seinem taktischen Geschick und seiner Bereitschaft, das halbe Leben im Sitzungen zu verbringen, fast naturwüchsig das Heft in der Hand bekommt. Je mehr die Grünen zur Partei werden, diese soziale und politische Selektion ist aber gleichzeitig eine Verarmung, die aus uns politische Chert zu zurück führen kann.“ (7) Diese Klage des „alternativen Routiniers“ zwischen 30 und 40, Ralf Fücks, über das Breitmachen von Vereinigungen innerhalb der Grünen hat eine reale Grundlage.

Nachdem die „Alt-Linken“ insbesondere in verschiedenen mit Organisationen jahrelang Massenpolitik gespielt hatten, ohne über eine gesellschaftliche Basis zu verfügen, waren sie der Reihe nach schwächer zu den Grünen gelaufen, deren plötzliche Ausbreitung ihnen die ersetzten „Massen“ zu garantieren schien. „Je mehr die Grünen zur Partei werden, d.h. je weniger sie noch eine „Bewegung“ repräsentieren, desto häufiger bleiben die Alt-Linken nun unter sich, als Bodenplatz, der noch grüne Bewegung spielt, nachdem die grüne Bewegung schon vorüber ist. „Anlaß zu kritischem Nachdenken ist allerdings, daß die Stärkung des (wie auch immer definierten) „sozialistischen Flügels“ der Grünen (und zwar um Kräfte, die der ökologischen Problematik eher fern stehen) einhergeht mit dem Verstummen der eher bürgerlich-humanistisch geprägten, vom Naturschutz oder einer entropischen Lebensauffassung herkommenden Teile der Partei.“ (8) In demselben Maße, wie die Grünen ihren Charakter als Bewegungspartei verlieren, gewinnen die „Sozialisten“ in der Organisation an Bedeutung. Aber die Siege, die sie bei der Besetzung von Posten erringen, und Siege über eigenen Truppen auf einem sich leerenden Schlachtfeld.

Jahrelang konnten die Grünen die unterschiedlichsten politischen Kräfte in sich aufnehmen, von der AUD Haußleiters über die ehemalige SPDler bis zu MLern. Die vorhandene „Bewegung“, (Krisen) wurden erringen, und Siege über eigenen Truppen auf einem sich leerenden Schlachtfeld.

Jahrelang konnten die Grünen die unterschiedlichsten politischen Kräfte in sich aufnehmen, von der AUD Haußleiters über die ehemalige SPDler bis zu MLern. Die vorhandenen politischen Divergenzen wurden von praktischen Erfolgen überspielt, und die inhaltliche Unbestimmtheit war ein Garant ihres Erfolgs. Mit dem Absinken der Bewegung treten die Differenzen um so schärfer hervor: die Programmlosigkeit, die vorher die Stärke der Grünen war, zeigt sich jetzt als grundlegende Schwäche. „Es fehlt an programmatischer Sicherheit und politischer Substanz.“ (9). Im aber an geheimer Grundlage, an verbindlicher inhaltlicher Programmatik wenig vorhanden, so gibt das die Garantie, daß die anstehenden Auseinandersetzungen bis aufs Messer ausgetragen werden. In den Fragen, die die Friedensbewegung aufgeworfen hat: Stellung zur Sowjetunion, Einschätzung der Blöcke, NATO-Mitgliedschaft und deutsche Frage — zeichnet sich das bereits ab. „Der ... Verbalradikalismus der Grünen, die vom ‚Widerstand‘ und vom ‚Raus aus der NATO‘ reden, soll die Brücke verkleistern. Ihre Forderungen kommen zustande wie die Sprüche auf linksgerichteten studentischen Vollversammlungen — sie drücken Gefühle aus, sind jedoch nicht Ergebnis rationaler politisch-strategischer Überlegungen. Politische Zielkonflikte — und die gibt es überall — führen dann bei grünen Politikern zu Hilflosigkeit und Streiterei. Bislang genutzten die Formelkompromisse der Parteilage, die die unterschiedlichen Parteistromungen zusammenschürten. Doch in den Parlamenten reicht dies nicht aus. Orientierungslosigkeit bei den Grünen ist die Folge — bei jenen „oben“ und bei denen an der „Basis.““ (10)

Das macht auch die Bestrebungen in Richtung auf eine Zusammenarbeit mit der SPD so problematisch. Die Krise liegt nicht in der Zusammenarbeit als solcher, sie liegt ebensowenig in der be-

furchteten größeren taktischen Unsicherheit der sozialdemokratischen Politiker, sondern wohnen. Die fehlende programmatische Substanz der Grünen ist die sicherste Voraussetzung, um bei allen Verhandlungen über den Tisch gezogen zu werden, und in etwaigen „grün-roten“ Bündnissen auf einmal ohne Gesicht dazustehen. „Seit der ‚Tanker‘ SPD Kurs in grüne Gewässer nimmt, weiß die Bratsune des ‚Schnellbootes‘ kaum weiter. Beschleunigt sie, wird die Mannschaft überfordert. Bei Kursänderungen wird ein Teil des Schiffes verlassen. Schon reißt sich die Nachwachstums der SPD vergnügt die Hände — jene Grüne, die es wert seien, würden schon den Weg in den Schoß der Mutter SPD finden.“ (11) Unbeschadet werden die Grünen aus ihrer gegenwärtigen Krise nicht herauskommen. Eilt ihnen keine neue Bewegung gnädig zu Hilfe, ist nicht einmal auszuschließen, daß der grüne Frühling plötzlich in eine lange Eiszeit mündet.

2. Die grünen Linken

Was für Auswirkungen hat diese Entwicklung auf die linken Gruppierungen, die den Weg zu den Grünen angestrebt sind? Beginnen wir mit der Organisation, die als letzte den Abbruch gemacht hat, dem KBW.

KBW und „Kommune“
Unter der Führung Joscha Schmiersers war der KBW wie stets zu spät, aber gründlich, 1973 entstand er als letzte der bundesweiten ml-Organisationen nach einer Programmdebatte, die zwar tiefergehend als bei den anderen geführt wurde, dafür aber ebenso gründlich mit den richtigen Forderungen auftrat, eine Imperialismus- und Klassenanalyse der BRD als Grundlage eines Programms durchzuführen. (12) Ende der 70er Jahre trieb der KBW das Sektierertum in einem Zeitpunkt zur Höchststufe, als „andere ml-Organisationen schon davon Abschied nahmen. 1982/83 jenele Schmierers den Übergang zu grünen Vorstellungen mit einem politökonomischen Artikel über das Genossenschaftswesen ein (13) — wiederum als letzter, aber dafür gründlicher als bei anderen MLern abließ. Heute hat er die marxistische Kritik am Kapitalismus vollständig durch die grüne Kritik am „Industriismus“ ersetzt (14). Ihm „stellt sich auch das Verhältnis von politischer, sozialer und materieller Umwälzung neu.“ (15) Nicht mehr um eine soziale Revolution, um den Klassenkampf zum Sturz der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse soll es entscheidend gehen, sondern um eine „materielle Umwälzung“ des „Industriesystems“, die auch nicht mehr in einem revolutionären Akt erfolgen soll, sondern durch allmählichen Umbau der wirtschaftlichen, materiellen Grundlagen der Gesellschaft.

Nicht mehr um eine soziale Revolution, um den Klassenkampf zum Sturz der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse soll es entscheidend gehen, sondern um eine „materielle Umwälzung“ des „Industriesystems“, die auch nicht mehr in einem revolutionären Akt erfolgen soll, sondern durch allmählichen Umbau der stofflichen, materiellen Gestalt der industriellen Produktion: „Wenn man den Charakter der anstehenden Revolution ernst nimmt, die eine materielle Umwälzung oder zu wenig sein wird, wenn man deshalb davon ausgeht, daß sie im Gegensatz zu Lenins Annahme nicht schnell, sondern nur allmählich verwirklicht werden kann, würde auch eine grüne Revolution nach einer Zeit auf ‚Reparaturmaßnahmen‘ nicht verzichten können.“ (16) Das wird bis zu der intelligenten Erkenntnis vorgetrieben, daß ein gegenwärtig drohender Krieg, weil mit Atomwaffen geführt, Folge der industriellen Entwicklung ist — denn ohne Industrie müßte er mit Pfeil und Bogen ausgetragen werden: „Bloß woraus entspringt die Gefahr des Atomkrieges, wenn nicht gerade aus dem von Kapitalismus und Staatsmonopolismus hervorgerufenen Industrialismus, an dem heute allein radikale Kritik sich entzünden kann?“ (17)

Das zu spät gekommen bei den Grünen droht sich allerdings auf die KBW Zeitschrift „Kommune“ auszuwirken. Zwar ist es gelungen, einige ehemalige „99er“ (Restbehalte der 1980 aufgelösten KPD, ursprünglich KPD/AD), sowie ganz früh abgesprungene Alt-KBWler (wie Wilfried Masow und Gerd Koenen) zur Mitarbeit zu bewegen. Aber das Ziel, die „Kommune“ zum allseitig anerkannten öffentlichen Forum der Debatte grüner Alternativen zu machen, stößt angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in der neuen Bewegung auf Schwierigkeiten. Mit Wahrscheinlichkeit wird es in der nächsten Zeit aufgrund der Fraktionierung- und Spaltungstendenzen innerhalb der Grünen schwerer, die Zeitschrift als Forum offenzuhalten und weiterzuentwickeln. Der Zwang zur Einordnung wächst doch ziemlich. (18a) Schmiersers Patentio-



Aufbruch mit Bauheim und wohnenden Fahnen 1968 ...

sung: „Die jetzigen Tendenzen in Richtung *Kaderpartei* müssen eher gebremst werden“ (18). Nur wie soll dieser fromme Wunsch Wirklichkeit werden, wenn mit der Bewegung auch die Zellen der Bewegungspartei zu Ende gehen?

Nachzutragen bleibt, daß die Auflage der Zeitschrift eine leicht steigende Tendenz hat und jetzt bei 3 000 Exemplaren liegt, davon etwa 1 550 Abonnements. Gleichzeitig müßten die bezahlten Redaktionsmitglieder zum Jahresende 1983 von sechs auf vier verringert werden (19), wodurch das theoretische Niveau der Zeitschrift nicht gerade gehoben wird. Vielleicht kann die „Kommune“ durch das im Vergleich zur MOZ konsequenteren Aufgehen in den Grünen noch einiges an grüner Diskussion konzentrieren. Dieser Übergang hat aber als Begleiterscheinung den Verlust eines ganz besonderen Zeitalters der „Kommune“ Trägers, des KBW, zur Folge. Wie die Zeitschrift aus der damit gegebenen Zwischmühle ohne weitere Erhebungen bei den bezahlten Redakteuren herauskommen will, ist nicht abzusehen.

MOZ (Moderne Zeiten)

Die Zeitschrift „Moderne Zeiten“ und ihr Trägerkreis „Initiative Sozialistische Politik“ (ISP) tragen mit der Orientierung auf die Grünen im Prinzip ähnlichen Charakter wie der KBW und die „Kommune“. Der Unterschied zwischen beiden Gruppierungen liegt einerseits darin, daß die MOZ — insbesondere die Gruppe „Z“ — sinkt an marxistischen Positionen festzuhalten versucht hat, andererseits in politischen Fragen: Für die „Kommune“ ist die „staatsmonopolistische“ Sowjetunion eine imperialistische Supermacht und existiert so etwas wie eine „deutsche Frage“. Die MOZ dagegen lehnen die Supermachtstheorie ab und unterstützen der Sowjetunion nicht nur gegenüber den USA, sondern grundsätzlich eine Defensivpolitik, für die sie bereits das Aufwerfen der deutschen Frage, gleich welche Antworten gegeben werden, eine Wendung hin zum Nationalismus.

Mit der Dezemberausgabe 1983 der MOZ wurde jetzt ein finanzieller Hilferuf losgeschickt: „Wenn wir bis in wenigen Monaten nicht eine Geldsumme von ca. 50 000 DM aufgebracht haben, kann die MOZ nicht weiter existieren“, und ein „Ende der MOZ wäre notwendig auch das Ende der ISP.“ (20) Nach der — wahrscheinlich überholten — Impressumsangabe liegt die Druckauflage bei 10 000 Exemplaren. Zur finanziellen Sanierung sind 4 000 verkaufte und bezahlte Exemplare erforderlich. Diese Zahl liegt jedoch gegenwärtig bei 3 700 und hat seit einigen Monaten eine leicht rückläufige Tendenz. Darum sind „alle, die die MOZ mit ihrer Orientierung auf eine linksgrüne und linksalternative Politik ohne jede Staatsmännerei oder Deutsch-, Europa- etc. „Tümelei“ für nützlich und wichtig halten“ (21), aufgefordert, für das Überleben der MOZ zu spenden. Ob dieser Aufruf Erfolg hat, ist zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels noch nicht bekannt.

Gezündet haben sich die MOZ im Zuge der drei „Sozialistischen Konferenzen“ seit März 1980 im Herbst 1981 ihre Trägerschaft, die seinerzeit noch von ehemaligen Mitgliedern des SB und der SPD, des KB und des KBW bis hin zur DKP/SEW reichte, beförderte die Hinwendung der dort sich orientierenden Linken zu den Grünen ebenso, wie sie selber Ausdruck dieser objektiv vorzustellenden Hinwendung war. „Die *Moderne Zeiten*“ nehmen in verschiedener Hinsicht eine Zwitterstellung ein. Abstrakt halten sie am Marxismus fest — konkret revidieren sie ihn in zentralen Punkten; abstrakt halten sie an der Arbeiterbewegung fest — konkret orientieren sie sich an der Alternativbewegung.“ (22) Das wurde in dieser Zeitschrift (der „AZD“, Anm. AK Red.) seinerzeit zur Gründung der MOZ festgestellt. Nach nur zwei Jahren fordern diese Zwitterstellung ihren Tribut. An dem Widerspruch, einerseits „sozialistische“ Positionen beibehalten zu wollen, andererseits in einer Bewegung bzw. Partei aufzugehen, die alles andere als sozialistischen Charakter trägt, und die MOZ in den Strudel des Niedergangs geraten.

Von einem Mitglied der MOZ-Kernredaktion ist die gegenwärtige Krise nur „als eine Frage schwindender Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft zu begreifen, die zum Zerbröckeln der Reste unabhängiger, sozialistischer Organisationskraft geführt hat.“ (23). Die „schwindende Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft“ ist eine bequeme Ausräucher-Objektivierung, wächst mit der Forderung der Wirtschaftskrise die Resonanz „sozialistischer Positionen“.

der „Bewegungssozialisten“, denen die Bewegung stets wichtiger war als der Marxismus.

Mit der Krise der Grünen kommt ein Prozeß zum Abschluß, der einen Teil der Linken zur grünen Partei geführt hat. Die Friedensbewegung, die diesen Prozeß zunächst weiterbefördert hat, hat zugleich die Perspektivlosigkeit der Grünen offengelegt. Mit ihrem Ende kehrt sich die Bewegung gegen ihre eigenen Anbieter. Wer bis jetzt nicht den Weg zu den Grünen gefunden hat, wird ihn nur bei völliger Blindheit noch gehen. Im Gegenteil wird sich für einige der dort organisierten ernsthaften Linken die Frage ihrer politischen Perspektive auf Dauer neu stellen.

3. Das Lager des radikalen Reformismus

Nachdem das Sozialistische Büro (SB) als Organisation in Agonie liegt, und es den Demokratischen Sozialisten (DS) nicht besser geht, bleiben als nennenswerte Gruppierungen der ehemals selbstständigen reformistischen Linken noch die Zeitschrift „Revier“ und die SOST mit ihrer Zeitschrift „Sozialismus“ übrig.

Revier Die Revier-Gruppe versucht ihre Perspektiven aus der Friedensbewegung heraus zu entwickeln. „Deshalb muß das machtiaktische Konzept der Friedensbewegung lauten: *Alternative '87, Abwehr der Konservativen*.“ (24) 1987 soll eine „Regierung des Volkswiderstands“ gebildet werden, die die stationierten Atomraketen wieder beseitigt. Diese „Regierung der Mehrheit“ soll einmaligen Charakter besitzen, sie „wäre ein Bruch in der Geschichte Deutschlands, nicht nur in der Geschichte der BRD. Es wäre der Bruch mit dem Unterjochungsgeist, der zwei Weltkriege erst möglich gemacht hat. Erstmals in der Geschichte Deutschlands würde eine mehrheitsfähige Kraft existieren, die in den Schicksalsfragen von Krieg und Frieden keine Kompromisse mehr macht. Die demokratische Substanz des bürgerlichen Staates auch gegen die Staatsorgane verteidigt.“ (25) Mit den Bundestagswahlen 1987 soll dieses phantastische Gebilde Gestalt annehmen, deshalb „Alternative '87“. Aber wie soll dieser schöne Traum konkret verwirklicht werden? Auch darauf ist eine Antwort parat: „Die *Regierung der Mehrheit* könnte momentan nur von der SPD und den Grünen gebildet werden.“ Da aber diese „beiden linksbürgerlichen Parteien ... den Teufel tun, von sich aus in dieser Richtung aktiv zu werden“ (26), müssen sie „von unten“ aus in dieser Richtung aktiv zu werden“ (26), müssen sie „von unten“ dazu gezwungen werden. „Die *Regierung der Mehrheit*“ müßte von unten gegen beide Parteien durchgesetzt werden.“ (27)

Es fällt schwer, angesichts solcher Vorstellungen, die der SPD die Bildung einer „Regierung des Volkswiderstands“ und eine nicht-imperialistische Politik zutrauen, ernst zu bleiben. Der gleichen Traumfäulnis zeigt nur, daß nichts von den realen Zielen und Inhalten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik begriffen ist. (28) Darüber hinaus wird plastisch demonstriert, daß vom Boden des Reformismus aus, auf dem die REVIER steht, die Hinwendung zur Sozialdemokratie immer wieder unausweichlich ist.

Die Sozialistische Studiengruppe (SOST)

Am konsequentesten begründen die SOST ihre Hinwendung zur Sozialdemokratie. Sie wollen den gegebenen bürgerlichen Staat zum Hebel der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse machen; anders ist die von ihnen propagierte „Politik der radikalen Reform“ (29) nicht durchzusetzen. Ihnen geht es darum, „die zentralisierte gesellschaftliche Macht als Instrument einzusetzen, um eine Belebung der Wirtschaft, eine Anhebung der Lage der Diskriminierten und eine Veränderung der Strukturen der Marktwirtschaft und des Sozialstaates einzuleiten.“ (30) Nur mit Hilfe des Staates kann die ansonsten drohende „gesellschaftliche Katastrophe“ verhindert werden. Im dem Zusammenbruch der Gesellschaft zu begreifen, bestche die Aufgabe der Linken darin, „Verantwortung bei der Rettung und der Neustrukturierung eines gesellschaftlichen Systems zu übernehmen“, denn: „Die Gesellschaft soll in ihren Grundstrukturen geändert werden und die dafür nötige politische Hegemonie kann nicht auf der Basis des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen Katastrophe errungen werden.“ (31) Wie eine neue Gesellschaft aufgebaut werden soll, ohne daß die alte zuvor beseitigt ist, erfahren wir nicht.

Stattdessen zieht die positive Stellung zum bürgerlichen Staat die Hinwendung zur Sozialdemokratie nach

sich. Die SOST erklären es für „angstlich, daß keine größeren Teile der Arbeiterbewegung sich auf das ungemessene Modell der Oktoberrevolution zurückbesinnen“ (32). Etwas bei das deshalb, weil es dadurch keine Spaltung der Arbeiterbewegung gibt, sondern die SPD deren einziger relevanter Repräsentant ist. Diese Sozialdemokratie muß daher dahingehend beeinflußt werden, die von den SOST für richtig befundenen Anti-Krisenmaßnahmen in staatliche Politik umzusetzen. „Der Charakter der SPD als Reformpartei sicherzustellen, den Faktor Sozialdemokratie in seiner eigenen Identität als Element einer Antikrisenpolitik der Arbeiterbewegung zu konditionieren und zu bewahren, muß das strategische Ziel aller politischen Kräfte sein, die sich links von und kritisch zur Sozialdemokratie definieren.“ (33)

Die SOST sind von einer Gruppe, die ursprünglich einmal revolutionäre Zielsetzungen mindestens in Worten vertreten hat, zunächst zur Ablehnung an die DKP und von dort mittlerweile zur SPD gekommen (34). Die Ursache dafür ist nicht schwer ausmachen. Es ist die Hinwendung zur Politik, genauer gesagt, die Überzeugung, heute bereits eine „sozialistische Politik für die breiten Massen der Bevölkerung machen zu müssen bzw. zu können. Die Realität zeigt jedoch, daß genau dies heute noch nicht möglich ist. Die Arbeiterklasse ist in ihrer Masse für sozialistisches Gedankengut immer noch nicht zugänglich, erst ein winziger Teil davon ist dafür zu gewinnen. Und diese fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterbewegung müssen vor allem ideologisch gewonnen werden. Demgegenüber sind die SOST bereits seit einiger Zeit zur „Massenpolitik“ übergegangen: „Sollte die Linke oder die Arbeiterbewegung dauerhaft darauf verzichten wollen, hier und heute neue Formen der Politik und ein anderes Handeln praktisch-politisch durchzuführen, dann steht es in den Sternen, wie der Kampf um das Engagement der breiten Massen gewonnen werden soll.“ (35) Das hat sie mit Notwendigkeit in der Armee der SPD geführt. Aufgrund der politökonomischen Fundierung, die die SOST besitzen, stellen die Grünen mit ihrer alternativen Wirtschaft für sie eine ermutigende Kraft dar um die gesellschaftliche Basis für den „Kampf um die breiten Massen“ zu erringen. Als Alternative stand daher nur die SPD offen, an deren Verankerung in eben diesen „breiten Massen“ nicht zu zweifeln ist.

Zum Lager des radikalen Reformismus sind schließlich noch Teile der Zeitschrift „Probleme des Klassen-

kampfs“ (PROKLA) zu zählen (andere Teile neigen eher grünen Positionen zu). Dazu gehören insbesondere die Kräfte um Elmar Altwater, bei denen im Hinblick auf die SOST in letzter Zeit ein näheres Zusammenrücken zu beobachten ist.

4. Fazit

Die Linke, wie sie sich in verschiedenen Flügeln aus der Jugend- und Studentenbewegung der 60er Jahre herausgebildet hat, ist als eigenständige Formation so gut wie untergegangen. In ganzer Teil hat zu den Grünen gefunden, deren Krise für einige erneut die Frage nach der eigenen Perspektive stellen wird, ein anderer Teil ist zur SPD gegangen bzw. ist auf dem Weg dorthin oder definiert sich im Bezug auf die Sozialdemokratie. Die in den 70er Jahren immer wieder neu aufgelegten Pläne einer „sozialistischen“ Partei des Dritten Wegs zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, zwischen Reformismus und Revolution sind mit dieser Linken dahingehenden. Sie tragen weniger Realitätsgehalt denn je.

Was von der ehemals „neuen Linke“ übrigbleibt und sich weder auf die Grünen noch auf die SPD orientiert, sind die Reste ihres revolutionären Flügels. Dieser Flügel schneidet sich durch unterschiedliche Varianten des Sekterertums, des Spontaneismus und der Illusionen gegenüber der SPD aus und ist in seinen verschiedenen Organisationen von den sozialistischen Gruppen (ML) über den BK, den KB und die MLPD unterschiedlich stabil. Daß diese revolutionären Teile einem weiteren Abwanderungsprozeß ähnlich wie in den 70er Jahren unterliegen werden, ist angesichts der Entwicklung bei den Grünen und des reformistischen Linken nicht zu unterstellen. Hier ist anzunehmen, daß die Erkenntnisse von der Nutzlosigkeit vorrangig ideologischer Anstrengungen zur Schaffung eines stabilen ideologischen Fundaments heute auf fruchtbaren Boden fällt. Ohne diese Anstrengungen sind weder die noch vorhandenen wertvollen Kräfte noch der Linken noch die fortgeschrittenen Kräfte aus der Arbeiterbewegung zu gewinnen, an denen vielleicht eine revolutionäre kommunistische Partei aufgebaut werden kann.

Anmerkungen

- 1) vgl. dazu H. Karschelt: Die Außen- und Militärpolitik der Sozialdemokratie und die Illusionen der Friedensbewegung. In: AZD 24; H. Karschelt/A. Schröder, Eine große Debatte? In: AZD 25.
- 2) Günter Bannas, Die Grünen in der Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- 3) Wider die Lust am Untergang: Thesen zum Zustand der Partei DIE GRÜNEN. Mitunterzeichner des Papiers, das zur Bundesversammlung der Grünen im November 1983 erschien: Thomas Schmid, Wolf Dieter Hasenclever, Kietzschmann, Dieter Marcello u.a.
- 4) Ralf Focks, Wohin des Wege? Anmerkungen zum Bundeskongreß der Grünen, in: „Kommune“ 12/1983; der Artikel wurde auch in der MOZ 12/1983 abgedruckt.
- 5) MoB Udo Tischer, Leserbrief in der TAZ v. 23.1.1984.
- 6) R. Focks, a.a.O., S. 12.
- 7) R. Focks, ebda.
- 8) ebda.
- 9) ebda.
- 10) G. Bannas, a.a.O., S. 1.
- 11) ebda.
- 12) vgl. dazu A. Schröder, Das Programm des KBW oder der KBW als Vorreiter des Plagiats, VTK, Gelsenkirchen 1978.
- 13) J. Schmiere, Genossenschaften — politische Ökonomie der Arbeit

- 14) J. Schmiere, Grüne Zukunft und Zukunft der Grünen. Werchen abteilungen, in: „Kommune“ 12/1983.
- 15) ebda S. 6.
- 16) ebda.
- 17) ebda S. 9.
- 17a) Editorial zur „Kommune“ 12/1983.
- 18) J. Schmiere, Welchenotungen, ebda, S. 9.
- 19) Editorial zur „Kommune“ 12/1983.
- 20) Wie verhalten die MOZ an unsere Leser, MOZ 12/1983, S. 3.
- 21) ebda.
- 22) K. Lenz/A. Schröder, Ein Formierungsversuch der reformistischen Linken: Moderne Zeiten in AZD 15 (1981), S. 17.
- 23) ISP 2. Jahr, zitiert nach: ARBEITERKAMPF 242 v. 16.1.1984.
- 24) REVIER-Papier: Hände hoch Über NATO Land atobera S. 10.
- 25) ebda S. 12.
- 26) ebda S. 13.
- 27) ebda S. 14.
- 28) vgl. Anm. 1.
- 29) SOST Bundesrepublik in der Krise Hamburg 1983, S. 228.
- 30) ebda S. 230.
- 31) ebda S. 231.
- 32) ebda S. 225.
- 33) ebda, S. 227.
- 34) vgl. J. Lidtke/K. Winter, Zur Entwicklung der SOST, in: AZD 11/12 (1980).
- 35) SOST, Bundesrepublik in der Krise, a.a.O. S. 230.

Leserbrief

Leserbrief

Betr.: MOZ funkt SOS, AK 242

Die dankenswerte Analyse in AK 242 über die finanziellen Nöte der MOZ, und vor allem über ihre darüber hinaus wichtigeren politischen Probleme regte zu Überlegungen über unsere Organisation und Zeitung an.

Die im MOZ-Artikel entwickelten Kategorien erschienen uns so glücklich, daß wir sie zur Analyse unserer Probleme übernehmen.

„Auf der Wegwandspendensammlung“ lautet die wahrgenommene Überschrift eines Hilfschens, mit dem der AK dazu aufruft, die weitere finanzielle Destabilisierung des Unternehmens abzuwenden. Der AK soll, so wird mitgeteilt, in wenigen Wochen rund 50 000 DM aufbringen. Gelingt dies nicht, so geht vorerst alles weiter wie bisher. Hintergrund Der AK muß bisher ständig bezuschußt werden... Die erwartete Spende ist ein Beitrag für das Weiterreichen des AK. Der AK hat aus einem Heft daraus gemacht, daß er nach kostendeckend arbeiten wird. Die Notwendigkeit von Spenden keine Überraschung (wird auch nicht durch falsche Auflagenzahlen kaschiert), der projektgebundene Verwendungszweck der Spenden ist garantiert.

Niemand behauptet, daß ein auf ökonomischer Grundlage erneuerter AK eine sehr gute Chance hätte, sich wieder zu stabilisieren und mittelfristig auch wieder zu expandieren. Das Problem wird in den für die Öffentlichkeit bestimmten Veröffentlichungen nicht auf finanzielle Probleme reduziert, sondern viel längerem nicht mehr behandelt. Daß es um den AK auch politische und organisatorische Probleme gibt, kann man manchmal dem rein gehandelten Org. Bulletin oder dem sogenannten Beschauptprotokoll entnehmen.

— Schritte zur organisatorischen Festigung des KB und nicht vorangekommen, die Auflösung des KB in die GAI und alternative Zusammenhänge hinein hält an.

— Der Kontakt zu KB-Gruppen und Individuen läuft schlecht (Berichtswesen)

— Die verkaufte Auflage des AK stagniert stetig.

— Die Trägerschaft des AK — nur durch den KB — wurde beibehalten. Nach dem Scheitern des 5 vor 12-Konzeptes mußten keine zusätzlichen Träger (breiteres Spektrum) gefunden werden. Trotzdem sollte der AK zusätzliche Zielgruppen ansprechen, wieder mehr zum Bewegungsorgan werden, ohne seinen Charakter als ML-Zeitung aufzugeben.

Nach dem 5 vor 12-Konzept gab es keine weiteren Modelle für die Suche nach einem Ausweg aus der Krise...

Die meisten der geschilderten Schwierigkeiten waren auch schon früher Gegenstand von KB-Debatten (Kongressen, Zeitungsdiskussionen). Dem KB ist es nicht gelungen, sich Organisationsstrukturen zu erhalten. Im Gegenteil, die aus der ML-Zeit eingebrachten Organisationsstrukturen sind weitgehend zerfallen. Dieser Gang der Dinge ist nicht logisch und natürlich, weil der KB erklärtermaßen eine Strömung repräsentieren will, die sich nicht jenseits vom linken Ghetto befindet und die eine organisierte politische Intervention für notwendig hält. Auf der anderen Seite hat auch der MOZ das koketti-moderne Image ihrer Zeitschrift nicht die breiten linkundogmatischen Lesermassen zugeführt, auf die man einmal bei Gründung des Unternehmens spekuliert hatte. Einerseits werden die Bedürfnisse dieses Publikums besser durch eine noch offenere Zeitung wie die Kommune angesprochen. Andererseits ist vermutlich beim Publikum generell der Wunsch nach einer politisch-theoretischen Zeitschrift überhaupt nur minimal entwickelt.

Die Krise des KB (der MOZ, der Linken) ist, wie ein auffallend nüchterner Genosse der MOZ-Kernredaktion im Ist-Zustand abseits letzten Endes als eine Frage schwindender Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft zu begreifen, die zum Zerbröckeln der Reste unabhängiger, sozialistischer Organisationskraft geführt hat.

Die immer wieder zu vernehmenden Beschwörungen — halbiert den KB, sonst geht die letzte ML-Strömung über den Jordan — haben nur scheinbar die Logik der Tatsachen auf ihrer Seite. In der Wirklichkeit liegen die Dinge eher umgekehrt: die Nöte des KB dokumentieren das unendliche Interesse an organisierter, fraktioneller (pfl., das schlimme Wort) sozialistischer Arbeit in den meisten gesellschaftlichen Bereichen. Wieviel Genossen und Genossinnen des KB beteiligen sich denn heute überhaupt noch inhaltlich am AK und im KB, um das Problem mal ganz penetrant zuzuspitzen...

Wer einige der KB-Wortführer aus jahrelanger politischer Zusammenarbeit kennt, wird ihnen zutrauen, daß sie die Lage bewußt unterdramatisieren (keine Grundsatzdebatten oder der KB kriecht), um die noch vorhandenen Funken von politischem Überlebenswillen im Einzugsbereich des KB weiter glimmen zu lassen. 50 000 DM und eigentlich eine relativ bescheidene Summe, und es ist damit zu rechnen, daß das Geld zusammenkommt. Aus AK 242 ist zu entnehmen, daß bereits 23 454 DM zusammengekommen sind. Man wird dann allerdings in ein paar Monaten sehen, daß von den politischen Problemen der KB keins einer Lösung näher gekommen ist. AK funkt SOS?

3 Genossen aus Hamburg

Fragen eines lesenden Redakteurs

Was wollen die Autorinnen und Autoren dieses Leserbriefs uns nun eigentlich mitteilen? Daß mal wieder über die Perspektiven des KB und des AK diskutiert werden sollte? Ja, warum eigentlich nicht? Aber warum fängt ihr nicht gleich damit an? Und warum werden Leserbriefe nicht so verfaßt, daß sie auch von Redakteuren ohne Gebrauchsanweisung verstanden werden können?

Jürgen Reents im Bundestag

anlässlich der Israel-Reise von Helmut Kohl

Reents (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich habe durch die Rede von Herrn Dregger eben zwei Dinge hinzugeleitet. Herr Dregger hat davon gesprochen, daß das Faszienerbe Israels auf die Tapferkeit seiner Soldaten gegründet sei.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich denke, da wir ja um die Übereinstimmung wissen, die es der CDU/CSU-Fraktion und zwischen der Fraktion und dem entsprechenden Teil der Regierung besteht, man darf in diesem Fall das hinzuzufügen, was vor kurzer Zeit Herr Minister Geißler in seiner hiesigen Unterstellung gegen den Pazifismus vorgebracht hat, der für Auschwitz mit verantwortlich sein soll. Ich habe schon immer vermutet, daß dieser seinerzeitige Vorwurf von Herrn Geißler weit über das hinausgeht, was dazu sichtbar wurde, und daß sich dieser Vorwurf irgendwann — irgendwann — aus dem Munde eines Sprechers der CDU/CSU in eine direkte Beschuldigung auch der jüdischen Opfer des Faschismus umwandeln wird; denn mit dem, was Sie gesagt haben, Herrn Dregger, beziehen Sie natürlich implizit auch auf diejenigen ein, die in Israel heute sagen: Unsere Zukunft hängt eben nicht mehr von der Tapferkeit der Soldaten ab, sondern unsere Zukunft hängt vom Ausgleich und von der Verständigung mit dem palästinensischen Volk ab; die davon reden, daß endlich Schluß mit der israelischen Besetzung des Südbanklandes und ähnlichem gemacht werden muß. Alle diese beziehen Sie, wenn man die gesamte Programmatik der CDU nimmt, heute mit ein als die Verantwortlichen dafür, daß es Opfer im jüdischen Volk im Faschismus gegeben hat.

(Zurufe von der CDU/CSU: Absurd, so etwas — Solches Gerede! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das ist das eine, was ich gelernt habe. (Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Das zweite, Herr Dregger: Sie haben die Waffenlieferung an Saudi-Arabien damit zu begründet, daß das Naziregime keinen Krieg gegen die Juden geführt habe.

(Dr. Dregger, CDU/CSU: Nein, kein Krieg des deutschen Volkes gegen das jüdische Volk!)

sondern einen Massenmord. Sie sagen, daß der Massenmord etwas Schlimmeres sei als ein Krieg. Das ist eine Ansicht, die ich nicht teile. Für mich ist es das gleiche. Aber wenn Sie sagen, daß das etwas Schlimmeres sei als der Krieg — was ich nicht verstehe —; wieso kann man mit etwas, was man für unmoralischer, was man für schlimmer, was man für gefährlicher, was man für bedrohlicher hält, begründen, daß es das etwas Schlimmeres als der Krieg — was ich nicht verstehe —; wieso kann man mit etwas, was man für unmoralischer, was man für schlimmer, was man für gefährlicher, was man für bedrohlicher hält, begründen, daß es heute legitim sein soll, wieder Waffen an einen Staat zu liefern, von dem auch die ehemalige Opfer des Nazifaschismus bedroht sind?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist das eine dabei. Aber das zweite dabei ist: Krieg hat das Naziregime z.B. auch gegen die Sowjetunion geführt. Was folgt denn aus Ihrer Aussage? Es folgt daraus, daß die Bundesrepublik kein Staat mehr Waffen liefern darf und demzufolge auch selber nicht haben darf, wo dies gegen die Sowjetunion gerichtet wäre; denn da wurde ja damals von Seiten des Naziregimes Krieg geführt.

(Dr. Stercken, CDU/CSU: Ein schöner Vergleich! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Was man, glaube ich, zu dem hinzufügen muß, was Sie gesagt haben, ist folgendes. Ihnen geht es — das fällt mir nicht zum erstenmal auf — überhaupt nicht um Logik.

(Schwarz, CDU/CSU: Jetzt beschreiben Sie Ihre eigene Rede!)

Ihnen geht es nicht um Moral, Ihnen geht es lediglich darum, alle möglichen absurden Argumente zu erfinden, um eine ganz bestimmte waffenrechtliche Position der CDU/CSU-Fraktion hier zu verankern.

(Beifall bei den GRÜNEN — Schwarz, CDU/CSU: Sie wissen gar nicht, was Logik ist! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Israel hat man im „Spiegel“ den Kommentar eines israelischen Politikers zu diesem Besuch lesen können. Er sagte: Er — der Bundeskanzler — neigt den Kopf zur Seite und redet Platitude.

(Klein, München, CDU/CSU: Sie waren ja dabei!)

Ich finde, daß im ziemlich milde gesprochen, und es ist auch nur die halbe

Wahrheit. Wenn es nur Platinen wären, dann würden wir das unter der schützenden Intimsphäre des Bundeskanzlers mit veranschlagen.

Aber es geht um mehr bei all dem, was dort in Israel von Seiten des Bundeskanzlers vorgetragen wurde und was heute hier noch einmal in der Rede von ihm und von Herrn Dregger verstärkt worden ist. Es geht darum, daß mit diesem Besuch die Frage des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit, die Frage des Umgangs mit den Naziverbrechen neu aufgeworfen ist, der von dieser Regierung leichtfertig, makaber und gefährlich betrieben wird.

Die kurze Botschaft, die der Bundeskanzler immer wieder-rüberzubringen versucht hat, ist: Die Bundesrepublik heute mit ihrem Kanzler von knapp 54 Jahren hat mit der deutschen Vergangenheit nichts mehr zu tun.

(Weiß, CDU/CSU: Das ist doch nicht wahr! Das stimmt doch überhaupt nicht! — Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Was ist das für ein wirres Zeug!)

Weil das so sei, müsse endlich international und vor allem in Israel akzeptiert werden, daß Saudi-Arabien für deutsche Waffenhandels genauso offenstehe wie die übrige Welt.

Rüstungsbefragungen an Saudi-Arabien gab es immer schon und gibt es auch jetzt schon. Das ist durch die Beantwortung der Kleinen Anfrage bekannt geworden, die von Walter Schwenninger von unserer Fraktion gestellt wurde, auf die die Bundesregierung keine konkreten Antworten gegeben hat unter explizitem Hinweis auf die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen und wegen möglicher außenpolitischer Schädigung durch die Publikation. Das ist implizit natürlich eine Bestätigung.

Aber der Bundeskanzler hat seine Auffassung, daß die heutige Bundesrepublik und namentlich die heutige Bundesregierung nichts mehr mit der Nazivergangenheit zu tun habe, prompt widerlegt. Das ist das, was jetzt ab diesen Tagen als die neue Affäre dieser Bundesregierung als die Zitel-Affäre, mit Sicherheit noch reichlich debattiert werden wird.

(Lachen bei der CDU/CSU — Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Das ist ja untraglich, was Sie da vorsetzen!)

Über diesen Herrn Zitel, über den Herr Ehmke vorher schon gesprochen hat, muß man, glaube ich, noch etwas hinzufügen.

(Klein, München, CDU/CSU: Fügen Sie mal!)

vor allem, nachdem sich der Bundeskanzler auf diese Frage in der Art eingelassen hat, wie er es getan hat.

(Weiß, CDU/CSU: Sehr gut hat er es gemacht!)

Herr Zitel ist 1930 dem NS-Studentenbund beigetreten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht dem Kommunistischen Bund!)

Er ist 1931 Mitglied der NSDAP geworden. Er ist vorzeitig ein Nazi der ersten Stunde gewesen. Seine Mitgliedsnummer habe ich hier. Wenn es Sie interessiert, kann ich Ihnen das bringen.

(Lattmann, CDU/CSU: Nennen Sie doch Ihre eigene!)

Herr Ehmke hat bereits Zitate aus dem „Völkischen Beobachter“ aus Aufsatzen gebracht, die von Herrn Zitel stammen.

(Lattmann, CDU/CSU: Wenn ein Radikaler über Radikale redet, dann wird es lächerlich!)

Man kann hinzufügen, daß es wirklich ein ganzes Werk von ihm gibt, wo er nicht nur gegen das sogenannte „jüdische Unternehmertum“ heizt, sondern wo er beispielsweise auch „die schöpferische Kraft des Krieges für das Wesen des Dichters“ gepriesen hat. Der Herr Bundeskanzler hat ja eine gewisse Vorliebe für das Dichtertische.

Ein Punkt muß allerdings noch unbedingt erwähnt werden. Herr Bundeskanzler Kohl — das habe ich nicht gewußt; ich kannte zwar die Bekanntheit, die Herr Zitel früher mit dem ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Becher und dem CSU-Verleger Kapfinger hatte — hat hinzugefügt, er könne diesen Herrn seit 1959 nicht in der Tat interessant. Denn wenn er ihn seit 1959 kennt, dann weiß er sicherlich, daß dieser Zitel nach 1945 ein Verbot zur Publikation sämtlicher Schriften in Österreich erhalten hat, aber in der Bundesrepublik reichlich weiter publiziert hat, in allen möglichen neonazistischen Blättern.

Ein Punkt muß allerdings noch unbedingt erwähnt werden. Herr Bundeskanzler Kohl — das habe ich nicht gewußt; ich kannte zwar die Bekanntheit, die Herr Zitel früher mit dem ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Becher und dem CSU-Verleger Kapfinger hatte — hat hinzugefügt, er könne diesen Herrn seit 1959 nicht in der Tat interessant. Denn wenn er ihn seit 1959 kennt, dann weiß er sicherlich, daß dieser Zitel nach 1945 ein Verbot zur Publikation sämtlicher Schriften in Österreich erhalten hat, aber in der Bundesrepublik reichlich weiter publiziert hat, in allen möglichen neonazistischen Blättern.

(Klein, München, CDU/CSU: Das ist falsch!)

unter anderem 1962, drei Jahre nach dem Anknüpfen der Bekanntheit mit Herrn Kohl, in der „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ zum „Kampf gegen die entartete Linke, die unser Volk bedroht“, aufgerufen hat. Ein Mann, der noch 1968 im Impressum des „Deutschen Studentenanzeigers“ der NPD vermerkt gewesen ist, neun Jahre nach dem Anknüpfen der Bekanntheit zwischen Herrn Kohl und Herrn Zitel. Ich glaube, das sind Dinge, die in der Tat interessant sind.

(Klein, München, CDU/CSU: Das ist verleumdendischer Quatsch, was Sie hier sagen!)

Man muß jetzt, nachdem das bekannt ist, danach fragen und feststellen, daß es offensichtlich im Umkreis des Bundeskanzlers Leute geben muß, die eine duktile Protektion von Altonas und Neonazis betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU: Untraglich! Unverschämtheit! — Lügen und Verleumdungen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU — Abg. Dr. Stercken (CDU/CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stercken: Herr Abgeordneter Reents, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Reents (GRÜNE): Tut mir leid, Herr Stercken, ich muß heute meine Zeit voll nutzen.

(Klein, München, CDU/CSU: Kommunistischer Rufmord ist das!)

Ich denke, daß das aufgeklärt werden muß.

Denn es muß ja diese Protektion geben, wenn es möglich ist — da kann man sich nicht mit irgendwelchen Losentscheidungen herausreden —, daß dieser Herr Zitel in der Bundeskanzlermaschine mitfliegen konnte, offensichtlich deswegen, damit man die Sache mit dem Visum geheimhalten konnte. Denn Herr Zitel hätte vom israelischen Staat kein Visum bekommen.

(Klein, München, CDU/CSU: Er braucht keines!)

Man muß danach fragen: Wer ist dafür verantwortlich, daß der Name von Herrn Zitel auf der Presseliste nicht aufgetaucht ist? Wer sind diejenigen im Umkreis des Bundeskanzlers, die diese Protektion von Alt- und Neonazis betreiben?

(Des Geburtsjahr des Bundeskanzlers, auf das er in Israel häufig hingewiesen hat, ist zweifellos die unwichtigste Information, die es für das Verhältnis dieser Republik zur deutschen Vergangenheit gibt. Die wirklich wichtigen Informationen lassen sich nicht alle in einem kurzen Beitrag zusammenfassen.)

Man muß danach fragen: Wer ist dafür verantwortlich, daß der Name von Herrn Zitel auf der Presseliste nicht aufgetaucht ist? Wer sind diejenigen im Umkreis des Bundeskanzlers, die diese Protektion von Alt- und Neonazis betreiben?

(Klein, München, CDU/CSU: Vor allem nicht von Ihnen! Dr. Stercken, CDU/CSU: Sie haben doch gar nicht zu den deutsch-israelischen Beziehungen gesprochen!)

Aber ich denke, die Tatsache, daß Alt- und Neonazis wie Oberländer, wie Globke, wie Gehlen Minister, Kanzlerberater oder Chef des Bundesnachrichtendienstes in dieser Republik werden konnten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie lange waren Sie Kommunist? — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Was heißt „war“?)

gehört ebenso dazu wie die Tatsache, daß man auch 1984 noch als ehemaliges NSDAP-Mitglied Bundespräsident in dieser Republik sein kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unhörig! — Wie lange waren Sie Kommunist? — Sie Er-Kommunist!)

Daß z.B. der Auswärtige Dienst der Bundesrepublik zu zwei Dritteln mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern aufgebaut wurde — wie Adenauer 1952 selbst zugegeben hat —.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben es nötig!)

gehört ebenso dazu wie die Tatsache, daß heute noch oder heute wieder auf Weisung eines Bundespräsidenten kränke vom Gedenkreuz für die von den Nazis ermordeten Mitglieder des Deutschen Reichstages entfernt werden.

Daß angesichts der rund 35.000 Personen, die beim Simon Wiesenthal an den Massenmorden der Nazi-Zeit als Täter direkt beteiligt waren, nur 6.000 Ermittlungen von der Ludwigsburger Zentrale zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen überhaupt durchgeführt wurden, gehört überhaupt ebenso dazu wie die Tatsache, daß Ausländer in der Bundesrepublik wieder Angst vor staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung haben müssen. Und schließlich ist die Tatsache, daß Flick,

Krupp und andere heute wie damals alles, bis hin zur Politik, kaufen können, die wohl wichtigste Information über deutsche Traditionen.

Wer angesichts der naturwüchsigen Auslöschung von Geschichte bewußtsein durch den Generationswechsel den Blick nach hinten predigt, wer das angesichts der Tatsache tut, daß sich in letzter Zeit Meldungen über neonazistische Beeinflussungen unter Jugendlichen häufen — z.B. in Fußballklubs —, frisst im trüben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Quatsch!)

Da hilft es nichts, wenn sich Herr Dregger hier hinstellt und sagt, das gehe ohne Vergessen der Vergangenheit ab, denn es war schließlich die „Jerusalem Post“, die den Bundeskanzler erst wieder an Herrn Globke erinnern mußte. Er hat in seinen Reden nur diejenigen in Erwähnung gebracht, die aus den Reihen der CDU/CSU Gegner des Nazi-Regimes gewesen sind.

(Zuruf des Abg. Klein, München, CDU/CSU)

Das andere spielt eben keine Rolle mehr.

Der Freispruch der Bundesrepublik und ihrer politischen Repräsentanten von der Geschichte des deutschen Faschismus und der Prekäure gegenüber dem Opfer des Nazi-Regimes, vor allen Dingen gegenüber den 6 Millionen Juden — das Eineinhalbfache der heutigen Bevölkerung Israels — sind nichts Neues. Dasselbe blödsinnige Argument mit dem eigenen Geburtsjahr hat übrigens auch schon Herr Barzel 1965 in die Debatte des Bundestages über die Verjährung der NS-Verbrechen eingeführt.

(Klein, München, CDU/CSU: Bind Sie Ihr Sippenhaft!)

„Als Hitler kam, war ich acht Jahre alt“, sagte er damals. Dazu dient das eben immer: um damit zu begründen, daß die historische Last personell jetzt endlich abgetragen sei. Zu nichts anderem werden diese Argumente ja gebracht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Seien Sie froh, daß Sie noch länger sind! — Weiterer Zuruf des Abg. Schwarz, CDU/CSU)

Eine weitere Bundestagsdebatte, die in demselben Jahr über die Nahostpolitik der Bundesregierung geführt worden ist — am 17. Februar 1965 —, ist auch lehrreich in bezug auf die Kontinuitäten, in die sich der Herr Bundeskanzler so gerne stellt. Der damalige Bundeskanzler Erhard

(Klein, München, CDU/CSU: Hat die diplomatischen Beziehungen aufgenommen?)

erklärte in jenem Jahr — ich zitiere aus dem Stenographischen Bericht —: Unter Entbehrungen und Opfern haben die Deutschen ... sich bemüht, Schulden abzutragen, die ihnen das „Dritte Reich“ aufgebürdet hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: War das nicht so! — So was es doch!)

Der Vorwurf des Freikaufs ist in der Tat nicht polemisch, wenn weniger von der politischen Schuld und von der politischen Haftung, von der Hannah Arendt gesprochen hat, die Rede ist, sondern von Schulden abtragen. Darum geht es auch.

Das ist dieselbe Mentalität, die den Bundeskanzler heute dazu führt, daß er sich in Israel genötigt sieht, darauf hinzuweisen, daß die Entwicklungsländer an Israel das einzige sei, was nicht gekürzt worden sei. Wer die Wiedergutmachungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus überhaupt für ein Argument in dieser Auseinandersetzung hält und diese als Großzügigkeit ausbildet, an denen politischer Moral klebt ein Preisschild. Das hat uns der Bundeskanzler vorgeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von der FDP: Sehr vorzüglich!)

Ich denke aber, daß man etwas hinzufügen muß; ich tue das aus unserer Sicht. Dieses Argument, das von israelischer Seite vorgebracht wird, wird natürlich immer nur zeitweise — das ist jetzt die zurückliegende Zeit — für diejenigen zählen, die grundsätzlich bereit sind, an Waffen zu verdienen, die grundsätzlich mit eigenen Großmachtinteressen in anderen Regionen Politik machen wollen.

(Klein, München, CDU/CSU: Zum Beispiel Moskau!)

Weil wir dagegen sind, sind wir gegen einen Rüstungsexport überhaupt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Auch wenn ich weiß, daß Sie diese Position nie einsehen werden, denke ich, daß für Sie allein das Argument, das aus israelischer Sicht vorgebracht wurde, wegen der deutschen Vergangenheit genügend zählen sollte.

Acht der zehn Staaten, die an der Weltspitze der großen Waffenimporteure stehen, sind Staaten des Nahen Ostens. Die USA beispielsweise haben in den letzten zehn Jahren 60% ihrer Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens geleistet.

(Clemens, CDU/CSU: Und die Sowjetunion?)

— Ich habe die Zahlen jetzt nicht hier, ich weiß das nicht. Walter, hast du die Zahlen im Kopf?

(Lebhafter Zuruf von der CDU/CSU)

— So einfach können Sie mir nicht kommen. Das ist nicht das Problem. Ich weiß, daß die Waffenlieferungen der Sowjetunion in den Nahen Osten einen ganz beträchtlichen Umfang haben. Ich sehe hier überhaupt nicht an zu sagen, daß ich das genauso verurteile. Ich habe Ihnen lediglich gesagt: Ich habe die Zahlen nicht hier.

(Beifall bei den GRÜNEN — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie sollten sich wegen meiner grundsätzlichen Äußerung gegen den Rüstungsexport solche billigen Retourkutschen sparen.

Wer weiß, wie die Rüstungsgüter in den Nahen Osten gepumpt werden, sollte begreifen, daß der Krieg im Nahen Osten ein Teil unseres Friedens hier in Europa ist.

(Berger, CDU/CSU: Erklären Sie das doch mal!)

und daß man sich nicht moralisch damit herausreden kann, daß es hier um neue Stabilitäten im Nahen Osten geht. Man muß sehen, daß alles das, was Sie als positiv verbuchen, beispielsweise das Camp-David Abkommen, nicht einmal zu einer Reduzierung der Waffenlieferungen an die beteiligten Staaten Ägypten und Israel geführt hat, sondern vielmehr zu einem Anstieg.

Ich habe sehr viel Zeit auf dieses Thema des Verhältnisses zur deutschen Vergangenheit verwendet.

(Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Das ist völlig unzulässig gewesen!)

Weil Israel so, wie es geworden ist, eine Folge der Naziverbrechen an den Juden



von der CDU/CSU: Sie haben es nötig! — Bei Ihrer Vergangenheit!)

Das ist ja bei den Waffengeschäften mit Saudi-Arabien nichts anderes. Die israelischen Politiker haben gesagt: Es darf nie deutsche Waffen in den Händen eines Staates geben, die auf Juden zielen.

(Dr. Müller, München, CDU/CSU: Unterstützen Sie weniger die PLO, dann ist es besser!)

Ich denke, daß dieses Argument allein bereits zählt, um deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien auszuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der FDP: Sehr vorzüglich!)

Ich denke aber, daß man etwas hinzufügen muß; ich tue das aus unserer Sicht. Dieses Argument, das von israelischer Seite vorgebracht wird, wird natürlich immer nur zeitweise — das ist jetzt die zurückliegende Zeit — für diejenigen zählen, die grundsätzlich bereit sind, an Waffen zu verdienen, die grundsätzlich mit eigenen Großmachtinteressen in anderen Regionen Politik machen wollen.

(Klein, München, CDU/CSU: Zum Beispiel Moskau!)

Weil wir dagegen sind, sind wir gegen einen Rüstungsexport überhaupt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Auch wenn ich weiß, daß Sie diese Position nie einsehen werden, denke ich, daß für Sie allein das Argument, das aus israelischer Sicht vorgebracht wurde, wegen der deutschen Vergangenheit genügend zählen sollte.

Acht der zehn Staaten, die an der Weltspitze der großen Waffenimporteure stehen, sind Staaten des Nahen Ostens. Die USA beispielsweise haben in den letzten zehn Jahren 60% ihrer Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens geleistet.

(Clemens, CDU/CSU: Und die Sowjetunion?)

— Ich habe die Zahlen jetzt nicht hier, ich weiß das nicht. Walter, hast du die Zahlen im Kopf?

(Lebhafter Zuruf von der CDU/CSU)

— So einfach können Sie mir nicht kommen. Das ist nicht das Problem. Ich weiß, daß die Waffenlieferungen der Sowjetunion in den Nahen Osten einen ganz beträchtlichen Umfang haben. Ich sehe hier überhaupt nicht an zu sagen, daß ich das genauso verurteile. Ich habe Ihnen lediglich gesagt: Ich habe die Zahlen nicht hier.

(Beifall bei den GRÜNEN — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie sollten sich wegen meiner grundsätzlichen Äußerung gegen den Rüstungsexport solche billigen Retourkutschen sparen.

Wer weiß, wie die Rüstungsgüter in den Nahen Osten gepumpt werden, sollte begreifen, daß der Krieg im Nahen Osten ein Teil unseres Friedens hier in Europa ist.

(Berger, CDU/CSU: Erklären Sie das doch mal!)

und daß man sich nicht moralisch damit herausreden kann, daß es hier um neue Stabilitäten im Nahen Osten geht. Man muß sehen, daß alles das, was Sie als positiv verbuchen, beispielsweise das Camp-David Abkommen, nicht einmal zu einer Reduzierung der Waffenlieferungen an die beteiligten Staaten Ägypten und Israel geführt hat, sondern vielmehr zu einem Anstieg.

Ich habe sehr viel Zeit auf dieses Thema des Verhältnisses zur deutschen Vergangenheit verwendet.

(Dr. Kunz, Weiden, CDU/CSU: Das ist völlig unzulässig gewesen!)

Weil Israel so, wie es geworden ist, eine Folge der Naziverbrechen an den Juden

Seit Kohl Israel-Reise weiß die Welt, daß der Bundeskanzler „damals“ erst 13 war. Oft genug hat Kohl es jedenfalls beteuert: Daß es bei dieser ungeliebten Angabe zur Person nicht um den langweiligen Lebenslauf eines langweiligen Menschen geht, wissen — vielleicht mit der berechnenden Ausnahme des Kanzlers selbst? — alle, die es angeht. Es geht aber auch nicht, entgegen dem allgemeinen Verlauf der Debatte, um „das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit“. Daß dieses absolut fälschlich ist, drückt sich in der bloßen Existenz der BRD, so wie sie nun einmal ist und geworden ist, so wie sie tagtäglich aus.

Die Wiedereinsetzung nationaler Organisation, die nahezu ununterbrochene Duldung der Traditionenverbände des NS-Terror (Wehrmacht, Waffen-SS), das Verbot der KPD, die Bildung der Bundeswehr, die Behandlung von Homosexuellen, Zigeunern, Ausländern in diesem Land: eine lückenlose Beweiskette, daß aus den unermesslichen Verbrechen nicht mehr

Schneller Eingreiftruppe und Startbahn West, mit dem Aufbau „subimperialistischer“ Zentren in der 3. Welt, die Funktionen für den Westen wahrnehmen. Es gibt also aus linker und alternativer Sicht an dem geplanten Geschäft genug zu kritisieren, ohne das man ausgerechnet den unwahrscheinlichsten und jedenfalls marginalen Fall, daß ein paar von den Waffen in „falschen“ Händen (beispielsweise bei der PLO) landen könnten, als angebliche Hauptsache herauszugreifen braucht.

land organisierten Völkermord an den Juden an. Das heißt: „die Araber“ als Fortsetzer des Vernichtungswerks von Hitler und Eichmann. Dieselbe Argumentationsweise spiegelt sich auch bei manchen linken Kritikern wieder. So, wenn Otto Köhler („konkret“, März 84) von „Waffenlieferungen für die Feinde der überlebenden Juden“ spricht. So, wenn der grüne Abgeordnete Reents im Bundestag sich dagegen wendet: „wieder Waffen an einen Staat zu liefern, von dem auch die ehemaligen Opfer des Nazifaschismus bedroht sind“. Wohl ungewollt wird der Gedanke suggeriert, Israel befinde sich gegenüber den arabischen Staaten in der Situation eines Opfers.

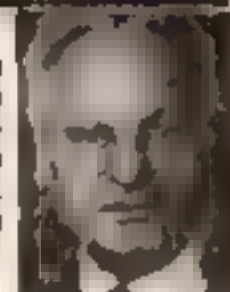
4. Ein zentrales israelisches Argument lautet, daß niemand für Saudi-Arabien Politik garantieren könne, wenn es im Land zu einem Umsturz der Verhältnisse kommt, beispielsweise zu einer „islamischen Revolution“ nach iranischem Muster. Genau das ist aber einer der Modellfälle, für die heute schon der Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der USA geplant und vorbereitet wird. In diesem Fall würde wahrscheinlich genau das Argument eine große Rolle spielen, daß der Westen intervenieren müsse, um zu verhindern, daß die gigantischen Waffenmengen, die jahrelang ins Land gepumpt wurden, „in die falschen Hände fallen“ und Israel bedrohen. Je mehr Waffen heute an das saudische Regime verkauft werden, umso überzeugender werden tomorrow die Vorwände für eine NATO-Intervention sein. Ob es sich dann um deutsche, amerikanische, französische oder englische Waffen handelt, die nicht „in die falschen Hände fallen“ dürfen, wird kein Unterschied machen. Ein Grund mehr, erstens deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien entschieden abzulehnen, und zweitens die offizielle israelische Argumentation („Waffen, die auf Juden zielen“) mit etwas mehr Zurückhaltung aufzunehmen. Im Übrigen kann Saudi-Arabien seine super-

6. Israels Verhältnis zu der zunehmenden Orientierung des Westens auf Ägypten, Saudi-Arabien u.ä. ist ambivalent. Einerseits ist offensichtlich, daß Israel eine völlig isolierte Stellung in der Region nicht für alle Zeiten durchhalten könnte, zumal selbst gewonnene Kriege wie der von 1973 stark an die Substanz gehen. Andererseits ist der Verlust der einseitigen Vorzugsstellung, den Israel jahrelang vor allem in der Strategie der USA einnahm, mit Nachteilen und Ängsten, wie auch mit der Einbuße von Druckmöglichkeiten verbunden. Es kommt hinzu, daß auf die innere Entwicklung der arabischen Staaten wirklich kein Verzicht im Sinne von „wenn es geht“ möglich ist. Da ist es gut, wenn Israel gelegentlich daran erinnert kann, daß es doch der einzige zuverlässige Verbündete des Westens in dieser Region ist.

Israel hat wegen dieser Ambivalenz schon seit Jahren — nämlich seit den Anfängen solcher Geschäfte Mitte der 70er Jahre — immer wieder heftig gegen westliche Waffenlieferungen polemisiert. Selbstverständlich vor allem dann, wenn hochqualifizierte und strategisch bedeutsame Posten auf dem Spiel standen. In vielen Einzelfällen hat Israel sich auch durchsetzen oder einen „Ausgleich“ erreichen können. Daß es für Israel ein besonderes Ergebnis ist, wenn der BRD eine Festsetzung in der Region gelänge, leuchtet aus innenpolitischen Gründen ebenso ein wie vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk. Und Israel hat selbstverständlich damit Recht, daß es nur bei Waffenlieferungen kaum bleiben würde, sondern daß diese „eigendynamisch“ ausbilden, Berater etc. nach sich ziehen würden. Dies Argument trifft im Falle Saudi-Arabien ganz be-

Mein Lieblingswitz

Ein Türke wird in West-Berlin von einem Pollisten angehalten. „Können Sie sich ausweisen?“ „Wieso, muß man das jetzt schon selber tun?“



Adolf Schmidt, Vorsitzender 19. Bürgerhaushalt und Energie

aus „Bild“, 8.3.84

2. Die Staatsdoktrin von der ständigen Bedrohung Israels durch „die Araber“ (einschließlich der allerzahlreichen Kräfte des Westens) ist ideologische Grundlage für eine Politik des permanenten Präventivkrieges, wie anhaltend im Libanon demonstriert.

3. Bezogen auf Saudi-Arabien bedeutet das: „Israelische Militärs erwägen für einen akuten Spannungsfall, den saudiarabischen Militärstützpunkt Tabuk, etwa 200 Kilometer südlich des israelischen Rote-Meer-Hafens Eilat, durch eine präventive militärische Operation zu zerstören...“. Israel habe gar keine andere Wahl, denn „die Militärbasis Tabuk zielt strategisch eindeutig gegen Israel.“ Dies schreibt die „Welt“ (15.2.84) aus dem Springer-Konzern. Um das richtig zu interpretieren, muß man wissen, daß sich Axel Springer seit vielen Jahren uneingeschränkt für die israelische Politik engagiert (was ihm 1983 endlich den offiziellen Titel eines „Bewahrers Jerusalems“ einbrachte), daß er selbstverständlich vehement gegen ein deutsch-arabisches Waffengeschäft argumentiert, und daß die „Welt“ wie immer so auch in diesem Punkt Springers Kampfbild ist. In dem eben zitierten Artikel der „Welt“ (vom Korrespondenten des Blattes in Tel Aviv) heißt es weiter: „Diese Überlegungen des Generalstabes in Tel Aviv“ — Tabuk anzugreifen — „gewinnen vor dem Hinter-

gelernt worden ist, als daß man es zu künftiger Geschlechter anstellen will und nicht lieber gleich auf die stärkere Seite stellt, ansieht zum dritten Mal die ganze Welt herauszufordern. Besonders viel Skandal hat diese Entwicklung bis heute in der westlichen Welt nicht gerade gemacht. Dafür gibt es handfeste politische Gründe. Sie hier zum zwanzigsten Mal aufzuzählen, wäre faul.

Wenn die Bundesregierung die Verhandlungen mit Saudi-Arabien zum Anlaß nimmt, um de facto alle noch bestehenden besonderen Einschränkungen und Verpflichtungen aufzukündigen, die sich aus der deutschen Vergangenheit ergeben, so hat dies allerdings eine politische Dimension, von der in der ganzen Debatte auffallend wenig die Rede war: Die Aussage, daß das Vergangene nun schon „ewig lange her“ ist und daß der BRD folglich recht sein muß, was anderen Großmächten billig ist, zielt nicht nur auf ein Waffengeschäft der Super-Klasse, sondern auch auf Öffnung des Weges zu eigenen Atomwaffen und Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland. Seit Gründung der BRD 1949 sind Stück um Stück die Einschränkungen und Verpflichtungen fortgefallen, die die neuere Entwicklung Deutschlands zu einer „gleichberechtigten“ imperialistischen Großmacht hätten hindern sollen. Der auffällige Hinweis, daß unser Kanzler „damals“ erst 13 war, hat als tiefster Zweck die Sprengung der aller letzten Schranken zum Platz an der Sonne.

Das spezielle Argument gegen ein Waffengeschäft mit Saudi-Arabien, diese Waffen würden „auf Juden zielen“, geht allerdings in der Sache voll daneben. Die gigantische Aufrüstung der Region, insbesondere der arabischen Halbinsel, durch den Westen richtet sich auf einen völlig anderen Zweck als einen Krieg gegen Israel. Das hat zu tun mit, Erdöl, Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, Fortsetzung von vorheriger Seite

ist, gibt es hier in der BRD auch eine politische Verantwortung und eine politische Haftung für die Lage des palästinensischen Volkes. Die Politik dieser Regierung unseres Landes hat diese zweite Haftung, nämlich gegenüber den Palästinensern, nicht wahrgenommen, weil sie sich aus ihrer ersten Haftung gegenüber den Juden herauszuschleichen und herauszuschleichen versucht hat. Es ist eine Grundsatzfrage, welche Lehre man aus dem Faschismus gezogen hat, ob das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Völker — aller Völker — nicht nur etwas für Sonntagsgespräche, sondern etwas für die alltägliche Politik ist, oder ob die eigenen wirtschaftlichen Interessen, nach denen man die Welt zu ordnen gedenkt und Abhängigkeiten in bestimmten Regionen schafft, die übergeordnete Leitlinie sind, wie es bei dieser Bundesregierung der Fall ist.

Ich sehe, daß meine Redezeit zu Ende ist. (Zitat von der CDU/CSU: Gott sei Dank!) Ich hätte gern noch zur Frage der palästinensischen Völker gewandert gesprochen. Das werden wir sicherlich später

Man könnte einwenden, daß es doch auf die Sache (Verhinderung eines deutsch-saudischen Waffengeschäfts) ankommt, und daß dazu jedes Argument (und jeder Bündnispartner) recht sei, sofern es dazu beiträgt, in der Sache selbst etwas zu erreichen. Wenn dies so wäre, ist allerdings nicht recht einzusehen, warum nicht z.B. der Kampf gegen die Startbahn West zukünftig unter dem Hauptargument betrieben wird, daß die BRD nicht zum Ausgangspunkt einer Aggression gegen Israel werden darf. Oder warum die Pershing 2 nicht als Bedrohung Frankreichs kritisiert wird. Es kommt eben doch auf die Argumente und Absichten an, mit denen jemand für oder gegen eine Sache auftritt. Was dies angeht, ist das Argument von den „Waffen, die auf Juden zielen“, nicht nur sachlich falsch, sondern auch gefährlich:

1. Es akzeptiert die offizielle israelische Staatsdoktrin, daß alle arabischen Staaten (und folglich auch deren Waffen, mit denen jemand für oder gegen eine Sache auftritt. Was dies angeht, ist das Argument von den „Waffen, die auf Juden zielen“, nicht nur sachlich falsch, sondern auch gefährlich:

1. Es akzeptiert die offizielle israelische Staatsdoktrin, daß alle arabischen Staaten (und folglich auch deren Waffen, mit denen jemand für oder gegen eine Sache auftritt. Was dies angeht, ist das Argument von den „Waffen, die auf Juden zielen“, nicht nur sachlich falsch, sondern auch gefährlich:

Zitat des Tages

„Kann ich schwören, wenn Deutschland sich wieder auf ein Programm einläßt, das auf die Vernichtung meines Volkes zielt? Gerade ein Land, das sechs Millionen Juden ermordet hat, darf niemals Waffen an Araber liefern.“ New Yorks Bürgermeister Ed Koch

aus „Bild“, 27.2.84

fen) eine Bedrohung Israels darstellen, gegen die der jüdische Staat immer hoch gerüstet und kriegsbereit sein muß. Daß dabei selbst ein extrem „gemäßigter“, pro-westlicher Staat wie Saudi-Arabien als reissender antijüdischer Wolf dargestellt wird, deutet die Radikalität dieser israelischen Position an. Darüber hinaus klingt in manchen prominenten jüdischen Äußerungen (z.B. des New Yorker Bürgermeisters Koch) eine Gleichsetzung der arabischen Staaten mit dem von Deutsch-

grund medienarabischer Bestrebungen, deutsche Waffen direkt oder auf dem Umwege über deren Produktion in Ägypten zu erwerben, besondere Aktualität. Bereits Ende Januar hatte der Staatssekretär im Amt des israelischen Premierministers, Matti Shalevitz, gewarnt, Jerusalem könne sich im Falle deutscher Waffenlieferungen an Kind gegen militärische Präventivschläge gegen Saudi-Arabien gezwungen sehen.

Man mag diese bewußt laut gesprochenen Drohungen als bloßen Versuch zur Beeinflussung des Streits um das geplante deutsch-saudische Waffengeschäft interpretieren und darum nicht allzu ernst nehmen. Jedenfalls sind es Selbstdarstellungen eines Staates, der es für sein gutes Recht hält, zum passenden Zeitpunkt „präventive Militärsaktionen“ gegen seine Nachbarn durchzuführen, das heißt diese angreifen.

Wir, die Deppen Europas?

Autobahngebühren? Die Franzosen, die Österreicher, die Italiener kassieren schon erfolgreich oft ab, die ihr Land durchfahren. Die Schweizer sind jetzt auch mit von der Partie. Und wir? Tausendfach, Besitzer der schönsten Autobahnen? Bei uns kann jeder kostenlos fahren. Wenn was kaputtgeht, zahlt der deutsche Steuerzahler und nicht Herr Schwitzer aus Zürich oder Monsieur Dupont aus Paris. **Sollen mal jetzt die großen Knäppl rausheilen:** Entweder alle Autobahnen frei oder wir kassieren auch. Wir wollen das nicht. Aber wir wollen nicht die Deppen Europas sein!

aus „Bild“, 28.2.84

modernen Waffensysteme nur mit Hilfe von vielen Tausenden westlichen Experten usw. betreiben. Falls diese Waffen jemals „in falsche Hände fallen“ sollten, würden sie dort voraussichtlich ohnehin wenig bewirken können. Die Vorstellung von den wildgewordenen Khmeimyn-Fans, die in Riad die Macht übernehmen, sich dann in einen deutschen Loo 2 setzen und Richtung Jerusalem loskurven, mag zwar für Gruselschauer sorgen, ist aber alles andere als realistisch.

5. Daß Israel so heftig darauf besteht, daß Waffen in arabischer Hand immer „auf Juden zielen“ (das ist insofern keine Spezialität deutscher Produkte) hat — neben dem Offenhalten der Option auf Präventivschläge und Interventionen — noch einen weiteren praktischen Grund. Da so getan wird, als seien westliche Waffenlieferungen an Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien u.ä. eine potentielle Bedrohung für Israel, ist sichergestellt, daß Israel selbstverständlich annähernd die gleichen Mengen bekommen muß, „um das Gleichgewicht in der Region aufrecht zu erhalten“. Das heißt, vereinfacht gesagt, daß der Westen das grobe Vermögen hat, jede Waffe gleich zweimal in die Region verkaufen zu dürfen: Doppelter Profit und doppelte Aufrüstung! Ärgerlich blieb für diejenigen, die sich von israelischen wie von saudiarabischen Waffen gleichermaßen bedroht fühlen müssen. Im Zahlen für 1983: Saudi-Arabien bekam für etwas über 2,5 Milliarden Dollar US-Waffen, Israel für 2,5 Milliarden, außerdem Ägypten für 720 Millionen Dollar („Frankf. Rundschau“, 10.1.84).

sonders zu, weil das Land tatsächlich völlig außerstande ist, die angehäuften Waffenmengen autonom zu „bedienen“. Daher befinden sich viele Tausende ausländischer Experten und Militärs (vor allem US-Amerikaner, Briten und Franzosen sowie pakistanische Piloten) im Land. Es geht also in der Tat bei der ganzen Auseinandersetzung nicht nur um ein Super-Waffengeschäft, sondern auch um den imperialistischen Drang der BRD, sich noch stärker als bisher schon in der Region festzusetzen und in die Nahost-Politik einzumischen. Man kann zwar annehmen, daß hinter der offiziellen israelischen Polemik gegen ein deutsch-saudisches Geschäft auch der Wunsch verborgen ist, für Israel deutliche Kompensationsleistungen, in Waffen oder auf andere Weise („zur Wahrung des Gleichgewichts“), auszuhandeln. Man muß das jedoch keineswegs annehmen, um den israelischen Protest als selbstverständlich und — vor allem, soweit es die Ansichten und Gefühle der jüdischen Bevölkerung angeht — nachvollziehbar anzusehen. Das ist jedoch nicht dasselbe wie die Übernahme eines falschen Arguments, das sich in seiner Wirkung gegen Dritte richtet.

7. Jürgen Reents von den Grünen hat im Bundestag für seine Partei erklärt, daß er generell jeden Waffenexport verurteilt und daß dies gelte sowohl für die BRD als auch für sowjetische Waffenlieferungen in den Nahen Osten. Diese Äußerung unterwarf kein Blick von aggressiven Zwischenrufen der CDU/CSU aus und gab imman, sollte genauer durchdacht und weiterdiskutiert werden. Immerhin im plazierte sie nicht nur eine umständliche Gleichsetzung zwischen westlichem Waffenexport als Geschäft und sowjetischen Waffenlieferungen in die Dritte Welt, die doch wohl ein klein wenig differenzierter zu betrachten sind. Sie richtet sich, konsequent weitergedacht, auch gegen die Waffenhilfe der Sowjetunion für Staaten wie Kuba und Nicaragua. Als Befreiungsbewegung war die PLO. Da diese Staaten und Organisationen Waffenhilfe im Wesentlichen aber nur von der Sowjetunion erhalten können, kommt die von Jürgen Reents von den Grünen formulierte Haltung der Forderung nach ihrer Entwaffnung gleich. Das ist wohl doch etwas mehr an Ausgewogenheit und nullung gem Paritätismus, als bisher selbst von streng-grüner Seite zu vernennen war.

Interview mit Klaus („Willi“) Goltermann

Die Linke ist weiter von ihrer Perspektive entfernt, als vor 10 Jahren

AK: Willi, nach gut fünfzehn Jahren intensiver politischer Tätigkeit im SAJZ, KB, Gruppe „Z“ und als Redakteur bei der Zeitschrift „MOZ“ hast Du nun in Hamburg einen Schallplattenladen eröffnet, der sich weniger durch die angebotenen „Neuheiten“ und aktuellen Hits, vielmehr als Fundgrube für Freunde guter Rockmusik der 60er, 70er und 80er Jahre auszeichnet. Welches Konzept hast Du für den Laden?

Willi: Nun — ich war auch fast zehn Jahre lang Redakteur des AK. Das sollte vielleicht nicht unerwähnt bleiben. — Doch erstmal zum Ladenkonzept: Zunächst verkaufen wir second-hand-Schallplatten. So deklarieren wir auch jene Platten, die wir gegenwärtig fabriken ankaufen. Das garantiert uns eine Preispolitik, die es ermöglicht, die normale Standard-LP für 10 DM anzubieten. Zweitens zeichnen wir uns gegenüber anderen second-hand-Läden, von denen es in Hamburg einige gibt, dadurch aus, daß wir alle gebrauchten Platten nach speziellen japanischen Patenten waschen, pflegen und antistatisch imprägnieren. So bieten wir nur neuerwertete Platten an, die akustisch und visuell die Konkurrenz mit fabrikenen Platten nicht zu scheuen brauchen. Zum dritten konzentrieren wir uns in der Sortimentsausbereitung auf solche Musik, von der man einen bleibenden musikalischen Wert annehmen kann.

Sozialpolitisch zielt unser Konzept ab auf eine Änderung vorherrschender Konsumgepflogenheiten bei Musikfreunden und Plattensammlern. Wir möchten eine Lockerung von Abhängigkeiten des eigenen Geschmacks an den jeweils allerneuesten Trend, wie er von der Plattenindustrie und ihren Mittelsmännern in Presse-, Funk- und anderen Häusern zugunsten des eigenen Profits propagiert und — im wesentlichen — auch durchgesetzt wird. Darum sind wir bemüht, ständig einen repräsentativen Querschnitt an Produktionen der ganzen Entwicklungsepoche progressiver Musikrichtungen — vom alten Rock 'n Roll und schwarzem Blues bis zur jüngsten Kreation des

anderen Menschen, möglicherweise wirklichen Liebhabern gerade dieser Platten, zugänglich machen. Im weitgehenden Gegensatz zu Anhängern klassischer Musik, entwickelt sich der Geschmack von Freunden progressiver Musik ja weiter. Ständig wird Neues entdeckt, anderes dagegen abgelehnt. Wir wollen also dahin überzeugen, die Besitzverhältnisse den kulturellen Bedürfnissen anzupassen und unterstützen, statt diese von Ersteren blockieren zu lassen. — Wir sind zwar keine Tauschenzentrale, sondern kaufen und verkaufen mit Gewinn. Denn auch wir wollen ja leben und arbeiten sehr hart dafür.

Wir haben zur Untermauerung dieses speziellen Konzeptes auch die Lage des Ladens gewählt. Im Gegensatz zu den anderen second-hand-Läden sind wir nicht in irgendeinem Hinterhof oder ein Kellerverließ gegangen, sondern haben in einer sehr belebten Hamburger Einkaufsstraße aufgemacht, in der Osterstraße.

Wir wollten damit deutlich machen, daß es nicht darum geht, den kleinen existierenden second hand Markt erneut aufzuteilen, sondern wir wollen den Neuladenketten Konkurrenz machen, die in der Regel direkt an die Industrie gekoppelt sind, oder von ihr besessen werden, wie z.B. die GOVI-Kette. Nicht ganz richtig ist meine Annahme, wir würden uns um die sogenannten „Neuheiten“ nicht kümmern. Ganz im Gegenteil.

Wir unternehmen ganz spezielle Anstrengungen, auch die brandneuesten Platten zu führen. Dabei konzentrieren wir uns allerdings auf die in der letzten Zeit immer interessanter werdenden Versuche einer sich neu herausbildenden Avantgarde, die in dem Wust aktueller, minderwertiger Disco-Klänge und halbherziger Traditionspflege ohne jede neue Idee, tatsächlich musikalisch und künstlerisch Neues in die Öffentlichkeit bringt.

Hier wollen wir auch im Rahmen unseres Engagements einhalten. Noch als Versuchsballon bereiten wir derzeit ein Konzert mit zwei, drei Gruppen vor, die in der ehrlichen Tradition der Rockmusik stehen, also antiradikalistisch sind. Also Gruppen,

AK: Welches Spektrum von Musik bietet Ihr in Eurem Laden überhaupt an? Willi: Unsere Musik umfaßt die sogenannte progressive Musik, die „Musik von unten“. Also: Keine Schlageraffen, keine Klassik, wohl aber alle Richtungen des frühen Rock'n Roll, des schwarzen und weißen Blues, des Rhythm and Blues, des ganzen Rock, von Folk über Psych. Westcoast bis Heavy Metal, des Beat, des Jazz und Jazz-Rock, des New Wave — auch der sogenannten Neuen Deutschen Welle (wir nennen das BRD-Welle) — bis zum Punk. Ausgegrenzt bleiben solche Gruppen, die die Musik gebrauchen, um offen reaktionäre bis faschistoide Inhalte rüberzubringen — exemplarisch die Gruppe KISS. So etwas bieten wir nicht an, weil Gruppen dieser Art Sinn und Tradition der oben genannten Musikrichtungen diametral entgegenstehen. Sie transportieren Inhalte, die dem antirassistischen und emanzipatorischen Wesen dieser Musik widersprechen. Dazu muß ich aber zugeben, daß wir nicht allzu großzügig mit der Ausgrenzung umgehen können. AK-Leser kennen ja die rassistischen Entgleisungen eines David Bowie oder eines Rod Stewart, die meines Wissens zwar nicht Gegenstand ihrer Musik oder Texte waren, wohl aber einiger ihrer anderweitigen Auftritte. Wir müssen auch da zusehen, daß bei aller sozialpolitischer Programmatik, die unser Konzept mit beinhaltet, die ökonomische Seite nicht ganz hintenüberfällt. Wir leben vom Verkauf von Schallplatten.

AK: Was versteht Du heute unter Avantgarde?

Willi: Damit meine ich die Bemühungen, deren vor allem englischer, aber auch einiger amerikanischer und ganz wenig kontinentaler Rockgruppen, die — zum Teil im Rückgriff auf traditionelle Musikrichtungen — diese in Kombination verschiedener Stile ins Moderne, ins Zeitgenössische übersetzen — besser: zu übersetzen versuchen. Gruppen, die die Sensibilität entwickeln, gesellschaftspolitische Entwicklungen vorauszuempfinden und musikalisch umzusetzen versuchen. Das sind Gruppen, die weit entfernt davon sind, in die aufgestellten Fallen penetranter Disco-Klänge und oberflächlichen Synthiesinger-Gedudels abzurutschen. Da werden sehr wohl auch neue Musikinstrumente verwendet, und gegenüber

Klänge „und“ überflächlichen Synthiesinger-Gedudels abzurutschen. Da werden sehr wohl auch neue Musikinstrumente verwendet, und gegenüber den Rock-Stilen der frühen 70er Jahre tatsächlich neue Klänge herausgeformt. Ich denke da z. B. an die Psychedelic-Richtung, einer Synthese des alten ländlichen Rockabilly mit dem Psych-Rock der 70er Jahre, in die hektische Litanei anstehender gesellschaftlicher Entwicklung übersetzt. Meines Erachtens kann man aber noch nicht davon sprechen, daß es eine fest gefügte Avantgarde im Rockbereich schon geben würde, auch noch keine festgelegte Marschrichtung. Man befindet sich hier — sehr deutlich noch — in einer Experimentierphase. Wuzigerweise sind einige der ganz alien experimentierfreudigen Haupten — z. B. Leute aus dem Stall von „Velvet Underground“ oder der Urformation von „Roxy Music“ (Eno) — wieder dabei, an den musikalischen Schallhebeln der Zeit mitzumischen.

Ich möchte noch einen wichtigen Aspekt zum Ladenkonzept nachtragen. Wir bemühen uns zusätzlich um den Aufbau eines Platten- und Musikliteratur-Verstandes. Wir haben unseren ersten kleinen Katalog mit einigen Tausend Titeln und einer kleinen Raritäten-Auktion herausgebracht und uns vor allem an Musikfreunde in Kleinstädten und Dörfern gewandt. Die wohnen ja weit entfernt vom Puls der Zeit und natürlich auch vom nächsten Plattenladen.

AK: Was macht die Besonderheit der Rockmusik für Dich aus und was verbindet Dich mit ihr? Was sind Ihre guten Traditionen?

Willi: Ich sehe das so, daß Musik, wie alle anderen Kulturgüter auch, nicht unabhängig und außerhalb von Klassenzusammenhängen und Klassengegenständen zu sehen ist. Es gibt und gab zu allen Zeiten Musik der herrschenden Klassen und Musik des Volkes bzw. Musik von unten. Die Musik der letzten Jahrhunderte, sofern sie uns überliefert worden ist, ist in der Regel die Musik der herrschenden Klassen, da nur sie aufgeschrieben wurde.



Die Rockmusik, zumindest in ihren ersten Anfängen, war Musik von unten, die aus unterschiedlichsten Strömungen und Schichten des Volkes kam. Rock mußte sich gegen die herrschende Musik erst durchsetzen, wurde von dieser bekämpft, integriert.

Der bürgerliche Schlager, diese plattene Quintessenz aus der aristokratischen Kurzweil Operette und dem bürgerlich-marxistischen Aufpulschmittel Marchmusik, hat die pseudokulturelle Funktion, die platten, reaktionären herrschenden Kulturwohnheiten zu reproduzieren, eine kritische Auseinandersetzung mit dem „Geist der Zeit“ erst gar nicht zuzulassen. Der Rock der 50er Jahre hatte — trotz seiner eher ländlichen Provenienz — damit nichts im Sinn und brachte und bringt — wenn man gut zuhört — deutliche emanzipatorische Inhalte rüber. Da kommen Elemente des „Zu sich selbst“-Findens, des „sich befreien“ von bestimmten herrschenden Kulturzwängen rüber. Diese Tradition hat sich — trotz Unterbrechungen und Integrationsbemühungen durch die Gegenseite — über die letzten 20 Jahre fortgesetzt, wenn auch mit vielen Umwegen!

Die proletarische Ablösung des „lofigen“, „weihnachtlichen“ Umwegen!

Die proletarische Ablösung des Rock'n Roll durch den Liverpooler Beat hat diese Tradition fortgesetzt und verstärkt. Der Beat war eine neue Kombination von musikalischen Elementen. Sowohl die Sensibilität junger Proletarier als auch des Rhythmus von Großstädten und Industriezentren kommen in ihm zur Geltung. Zugleich war der Beat in seiner Attitüde und seinen Texten brav, und — aus heutiger Sicht — auch angepaßt. Man braucht da nur die Texte der Beatles zu lesen, um dieses Element der Anpassung mitzukriegen. Dagegen war der musikalische Ausdruck natürlich rebellisch (für die damaligen Verhältnisse!).

Abgelöst wurde der Beat durch die schmutzige Rebellion des Rhythm and Blues, der in den gesamten 70er Jahren die Haupttendenz in der Rockmusik kennzeichnete. Die Rolling Stones waren der Inbegriff, oder besser die Spitze dieses Aufbruchs. Nicht mehr „P.S. I love you“ war angesagt, sondern „Factory girl“ und „Street fighting man“. Dies hat Anfang der 70er Jahre zu einer Befreiung, zu einer Explosion verschie-

denster Stilarten im Rock geführt, und die Integration aller traditionellen und einheimischer Musik- und Stilrichtungen in den Rock hinein möglich gemacht. Der Facettenreichtum der Rockmusik ist dadurch enorm!

Das soll erstmal genügen, um mein Verständnis von der progressiven Linie dieser Musik zu erläutern. Aber wie schon gesagt, die Musik — und auch die Rockmusik — stehen nicht außerhalb der Klassengegenstände. Die Amerikaner haben es nicht nur institutionell geschafft, den Rock'n Roll in ihr Schlagergeschäft zu integrieren, sondern auch musikalisch. Dafür ist Elvis Presley das Parade-Beispiel: vom Rebell zum amerikanischen Vorzeigemodell der herrschenden Lebensart! Letztlich gilt das auch für die Beatles: Von der Mersey-Beat-Rebellion zum Handschlag mit der englischen Aristokratie!

Oder beachtet die Versuche, Bemühungen um die Herausbildung neuer Musik kaputtzumachen durch die massive Propagierung der peinlichen Disco-Musik und der mit großem Werbeaufwand verbreiteten Disco-Filme! Da werden die ehemals rebellischen Rhythmen eingebettet und zurückgedrängt in den Schlagerbetrieb und garniert mit öglen Stimmen, nackten Bu-

Da werden die ehemals rebellischen Rhythmen eingebettet und zurückgedrängt in den Schlagerbetrieb und garniert mit öglen Stimmen, nackten Büsen, Glitter und Lichteffekten.

Natürlich hat es auch Versuche gegeben, sich dem zu widersetzen, sogar radikal zu widersetzen: Der Punk war darum bemüht, Schluß zu machen mit der hochtechnisierten Rockmusik, a la Superramp und 100cc, die den superleuten Stereoeinlagen maßgeschneidert gewissermaßen hinterhergeliefert wurde. Die Punks wollten den Rock wieder zurückführen auf den Level, auf dem jeder mitmachen, sich wiederfinden oder sich einbringen konnte. Diese bemüht Wiedergeburt ist zwar gründlich mißlungen, m. M. nach wegen mangelnder musikalischer Kompetenz und der Ziel- und Richtungslosigkeit eigener Aggression — aber deutlich geworden ist auch die Form der Auseinandersetzung in der Musik zwischen rechts und links. Das wäre eine sehr handgreifliche Formel.

AK: Du benutzt den Begriff „proletarisch“ als Synonym für den fortschrittlichen Aspekt des Rock. Ist das nicht sehr undifferenziert? Zumindest die Rockmusik, auf die wir uns in der

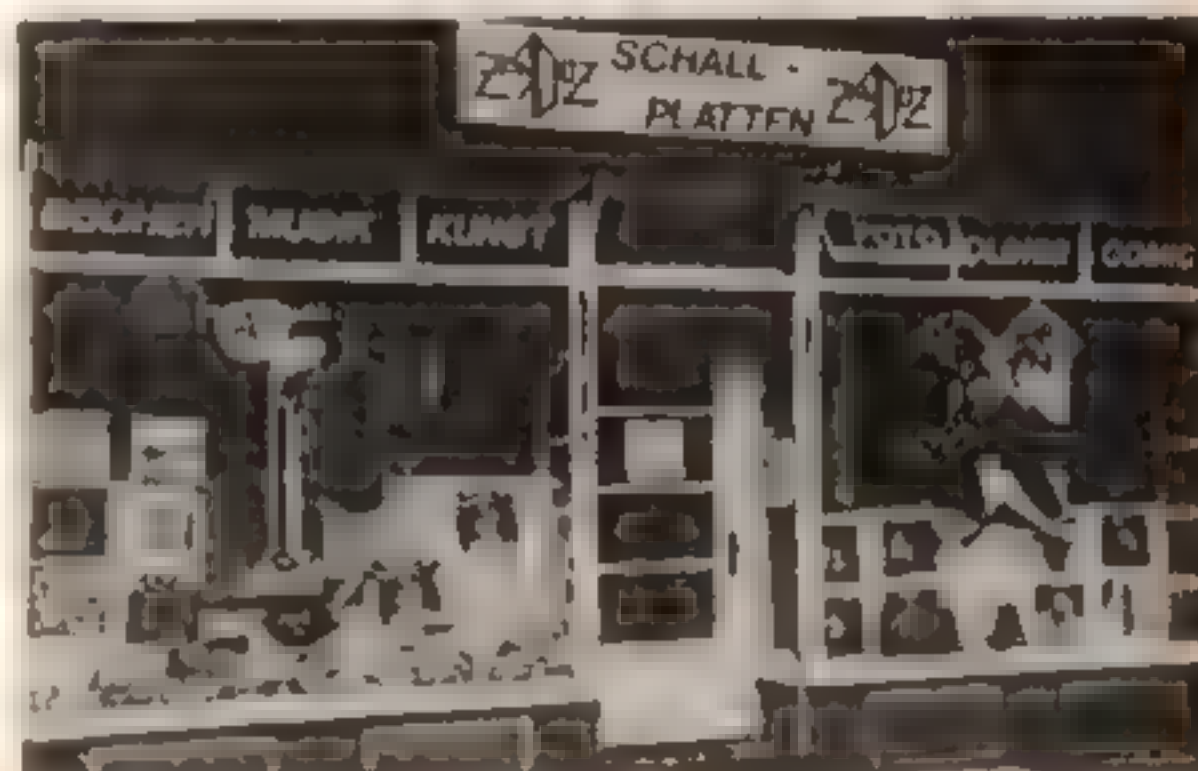
„Die Rockmusik, zumindest in ihren ersten Anfängen, war Musik von unten, die aus unterschiedlichen Strömungen und Schichten des Volkes kam. Rock mußte sich gegen die herrschende Musik erst durchsetzen, wurde von dieser bekämpft, integriert.“

New Wave — im Sortiment zu führen. Im Gegensatz zu den meisten Plattenläden führen wir nicht nur die Produktionen der letzten paar Jahre. Sondern wir bieten mit ständig über 15.000 verschiedenen Titeln und einem sich rasch umschlagenden und verändernden Gesamtprogramm die Möglichkeiten zur eigenständigen und individuellen Geschmacksausprägung. Wir spezzieren uns zwar nicht gegen neue Musikformen und -stile. Im Gegenteil, dazu gleich noch. Aber wir negieren ihre Falschisierung, die im wesentlichen nur für die Profiteure der großen Musikkonzerne lukrativ ist. Und wir erdrehen uns, auch bei Neuproduktionen, neuen oder angeblich neuen Stilrichtungen nach Qualitätsmerkmalen zu differenzieren.

Zugleich wollen wir ein gewisses Recycling-Verfahren — wie das die Hamburger Kulturzeitschrift „Szene“ einmal über uns formulierte — unter Musikfreunden in Gang bringen. Es existieren allerorten unformig große Platten Sammlungen, die mehr die Sammler-„Leidenschaft“ ihrer Besitzer demonstrieren als ihre Musikbegeisterung. Wir raten ihnen, ihre Sammlungen auf den Standard zu reduzieren, der ihr tatsächliches Musikbedürfnis abdeckt. Der Überhang kann uns verkaufen werden. Und wir können ihn — nach entsprechender Behandlung —

die Neues rüberbringen können und wollen und nicht bloß bekannte Geschichten schlecht und recht nachzählen. Es ist ja nicht bloß die Politik der 68er, die in den verschiedenen Sackgassen und Sumpfen in die Krise geraten ist, sondern die diese Bewegung mehr oder weniger eng begleitende Rockmusik befindet sich aktuell ja am gleichen Ort. Der Schwung ist raus, der Biß verlorengegangen, die alten Gebetsmühlen verbreiten hauptsächlich Langeweile. In der Musik ebenso wie in der Politik.

Unsere Konzertvorbereitung befindet sich natürlich noch im Planungsstadium und der angestrebte Rahmen wird natürlich bescheiden ausfallen. Avantgardistische Rockmusik findet heute nicht in Arenen statt. Aber wenn wir das schaffen — es gibt noch eine Menge Probleme zu bewältigen — und wenn es unsere spärlichen finanziellen Ressourcen zulassen, wollen wir Veranstaltungen dieses Zuschnitts wiederholen. Vielleicht kann das sich später zu einer festen Einrichtung etablieren — sofern Musiker und Publikumswünsche mitspielen. Immerhin war Hamburg vor 15 Jahren, als die entscheidenden Weichen gestellt wurden, mit dem Starclub als Mittelpunkt Zentrum der Rock Avantgarde. Heute existiert hier hauptsächlich Wüste.



Fortsetzung von vorheriger Seite

Regel berufen, begreifen sich nicht als Sprecher oder gar Aktivisten sozialer und politischer Bewegungen, sondern als deren Reflex ... Ich denke da an John Lennon und Bob Dylan ...

Willi: Musik überhaupt ist stets eher Reflex auf sozialpolitische Bewegungen und Entwicklungen mit gegenseitig sich mulierender Rückwirkung auf sie, als daß sie irgendwelche politische Avantgarde-Funktionen übernehmen könnte. Was „proletarische Musik“ angeht, meine ich nicht unbedingt Musik von Proletariaten, obgleich der Rockbetrieb viel ist von Musikern, die tatsächlich aus dem Proletariat kommen. Musiker der von mir gemeinten „proletarischen“ Musik kommen durchaus auch aus anderen sozialen Schichten. Jannis Joh in war keine Proletarin, machte aber proletarische Musik. Da waren Elemente des Aufbegehrens und des glaubwürdigen Bekennens und Erkennens eigener und eigener Bedürfnisse! Sie propagierte die sofortige Befriedigung dieser Bedürfnisse ohne Wenn und Aber! Das sind schon proletarische Züge.

Nun muß man sehen, daß die Lage des Proletariats in den Industriestaaten selbst äußerst zwiespältig ist. Aufbegehren und Anpassung liegen da eng beieinander.

AK: Kannst Du den Zusammenhang von gesellschaftlicher Aufbruchstimmung jener Jahrzehnte und heutiger Krise, und die Reflexion dieser Entwicklung durch die Rockkultur genauer erläutern?

Willi: Ich glaube nicht daran, daß irgendeine Musikkrichtung bestimmte gesellschaftspolitische Prozesse vorantreiben kann. Im wesentlichen ist die Reflex und Interpret solcher Entwicklungen. Einzelne Ausnahmefälle haben bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen vorausgesehen, vorausgespielt und musikalisch und textlich umgesetzt versucht. Insofern haben sie auch die

kurz- und mittelfristigen Fragen und Probleme zu konzentrieren. Davon mußte ich einmal etwas Abstand gewinnen, um Luft zu schöpfen, um Fragen, die sich im Laufe der Jahre angesammelt haben, deutlicher zu formulieren und um ihre Beantwortung nachzudenken.

Ich habe mich in einer Lage befunden, in der sich alle die befinden sollten, die Anfang der 70er Jahre mit einer ganz bestimmten, heute noch nachlesbaren Perspektive gestartet sind. Wir sind mit einer politischen Perspektive gestartet, von der die wichtigsten Annahmen und Ausgangspunkte heute nicht mehr stimmen. Geblieben ist uns allenfalls noch ein undeutliches Fernziel. Alle wichtigen taktischen und strategischen Zwischenschritte, so wie sich das früher gedacht wurde, sind aber heute nicht mehr zeitgemäß! Ja, sie sind nicht mehr richtig und müssen ausdrücklich verworfen werden. Und es muß deutlicher zu sagen: Wir sind Anfang der 70er Jahre mit dem Bewußtsein gestartet, daß nicht nur Rebellion gerecht fertig ist — das trifft heute noch zu —, sondern daß diese Rebellion zu einer politischen Strategie verdichtet werden muß, die fähig ist, diese gesellschaftlichen Verhältnisse radikal umzuschaffen. Dazu scheinen uns damals bestimmte politische und organisatorische Voraussetzungen notwendig. Die organisatorische Voraussetzung einer kommunistischen Partei z. B., die nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis die „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ bringen sollte. Die sie befähigen sollte, die politische Herrschaft zu erringen. Diese kommunistische Partei sollte herauswachsen aus den Anfang der 70er Jahre in allen großen und mittleren Städten aufkeimenden kommunistischen und sozialistischen Zirkeln und Bündeln.

Praktisch — wohlgeheißt: praktisch ist von dieser Perspektive nichts mehr nachgeblieben. Es fehlen alle Voraussetzungen. Zwar sind wesentliche Elemente unserer damaligen Einschätzung

Wahr: Was sollte ich verloren haben? — Im Rahmen dieses Interviews können wir sicherlich nicht den vielschichtigen Entwicklungsprozeß der damaligen KB-Spaltung, ab auch die wechselvollen Entwicklungen der Gruppe „Z“ und des KB gebührend nachzeichnen. Ich bin auch darauf nicht vorbereitet. Hinter mir liegt ein halbes Jahr politischer Abstinenz und die hinterlassenen Spuren, auch im Gedächtnis ...

Die Kritik der „Z“ war durchaus vielschichtig. Man kann sie nicht einfach pauschal als Kritik von links oder von rechts her bezeichnen, sondern man muß da schon präziser werden.

selbstgesetzte Perspektive genommen haben.

AK: Willi, Du hast zu Beginn von Deinem eigenen hohen politischen und persönlichen Einsatz gesprochen. Dazu gehört ja auch die Herausforderung der Gruppe „Z“. Die Hoffnungen, maßgeblich in der Grünen Partei politisch tätig im Sinne der damals immer noch auch für Dich geltenden selbstgesetzten Perspektive haben sich nicht eingelöst. Trotzdem hat es was gebracht? Willst Du es zweitens richtig, daß die politischen Optionen, die in die Gründungsphase der „Z“ eingeflossen sind, als zum Teil ebenfalls nicht mehr gültig und damit als gescheitert be-

Ich selbst war für eine Überwindung traditioneller Organisationsformen, als auch einer starren Mauer zwischen Mitgliedschaft und Nichtmitgliedschaft, die sich in der Praxis immer weniger als Ziel ergaben konnten. Ich war für eine Auflockerung all dieser Zusammenhänge, war aber doch für die Gestaltung eines engeren Diskussionszusammenhangs, als es uns schließlich gelungen ist.

Ich meine schon, daß auch heute die MOZ-Strömung einen erregten, nicht statischen, Diskussionszusammenhang haben sollte, damit die Aufgaben, die vor uns liegen, gelöst werden können. AK: Aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation beschreibst Du die Auflösung traditioneller Organisationsformen als richtigen Schritt. Was sind dann „zeitgemäße“ Organisationsformen?

Willi: Ich bin immer für eine optimale Effektivität marxistischer Politik. Also ich würde mir schon wünschen, daß sich die Sozialisten marxistischer Prägung — das ist keine Abgrenzung des ökologischen Politikansatzes, im Gegenteil — innerhalb der Grünen effektiver zusammenfassen sollten. Den Marxisten und Sozialisten außerhalb kann ich mir ähnliches empfehlen. Alles andere ist dummes Zeug! Aber das läßt noch keine Aussage darauf zu, in welcher Form diese Organisation stattfinden sollte, und ich bin weit davon entfernt, hier irgendwelche allgemeinen Muster anbieten zu können. Ich glaube auch, daß die jeweils zu bewältigende politische Aufgabe die entsprechende Organisationsform zwingend nach sich zieht.

Soweit es sich um die Linke bei den Grünen handelt, um die Frage leschi zu beantworten. Denn sie ist Teil einer Partei, die tatsächlicher politischer Faktor hierzulande ist. Für die wenigen Restbestände linker Gruppierungen außerhalb der Grünen und ohne strategischen Bezug auf sie ist das ziemlich problematisch. Denn erstens ist ihr politisches Gewicht irrelevant. Und das bleibt es auch, gleichgültig, welche Organisationsform sie sich geben. Und zweitens gibt es in der BRD nach meiner Meinung keinen Ansatz mehr für revolutionäre Praxis, außer vielleicht solcher, wie sie von der RZ betrieben wird. Und selbst die Chancen für eine linksreformistische Praxis sind verarmt, wie sie früher einmal als der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit betrieben wurde. Von daher entfällt auch von dieser Seite der Praxis her eine spezifische Determination von Organisationsform. Daraus hat die Debatte um die Organisationsform für die Linke außerhalb der Grünen keine wirkliche Bedeutung und der schrittweise Verfall ihrer wenigen Reste ist wohl logischer Ausdruck davon.

AK: Wie steht Du in diesem Zusammenhang den KB und den AK? Willi: Ich glaube, die Frage nach dem AK schließt auch die Frage nach dem KB mit ein.

„Wir sind mit einer politischen Perspektive gestartet, von der die wichtigsten Annahmen und Ausgangspunkte heute nicht mehr stimmen.“

sen und oder jenen Denkanstoß vermitteln können.

Ich habe deshalb die Kritik von vor allem linken Zeitungsleuten an Dylans religiöser Phase für ziemlich unsinnig gehalten, insbesondere dann, wenn ihm politischer Verrat oder ähnliches vorgeworfen wurde und das von „politischen Führern“, die keinesfalls verhindern konnten, daß mehr als 80 % der linken Bewegung in die diversen religiösen, kulturbelasteten Formen der linken Bewegung in die diversen religiösen oder halbreligiösen Formen der Verinnerlichung gefallen sind. Dylan hat Jahre später nicht viel anderes gemacht, als die Mehrheit einer sozialen Bewegung, deren Teil er war, die er musikalisch und poetisch begleitet hat. AK: Der Aufbau Eurer Projekte erfordert doch mehrheitlich (zumindest aktuell) intensiven Kraftemitteln Drinnerkeit, und das vor dem Hintergrund, daß Du die letzten 15 Jahre mit höchstem politischen und persönlichen Einsatz gelebt hast. Was hat Dich letztendlich bewogen, diesen massiven Einschnitt zu wagen?

Willi: Das sind mehrere Motive gewesen. Vorweg muß ich sagen, daß mein derzeitiges Engagement für dieses Projekt mir nicht als positiver Einsatz meiner vormals politischen Arbeit erscheint und auch nicht so definiert ist! Für diese Entscheidung gibt es einen höchst pragmatischen Denkanstoß: Ich war ja nicht nur politisch aktiv, sondern ich war auch als freigesellter Funktionär (erst KB, dann Gruppe „Z“) bezahlt worden, und konnte damit meinen Lebensunterhalt bestreiten. Das ist mit der Auflösung der „Z“ und dem Abschaffen von bezahlten politischen Funktionären nicht mehr möglich gewesen. Ich war gezwungen, anderweitig Geld zu verdienen, ganz unabhängig von meinem politischen Engagement. Viele Möglichkeiten hatte ich nicht, und ich habe mit diesem Leben ein Kapitel aufgeschlagen, das mir eher Spaß macht, wie es auch die politische Arbeit getan hat, und das ich bis zu einem gewissen Grad als nützlich und keinesfalls als nutzlos bezeichnen würde. Dieses Kapitel ist von Politik nicht durch hohe, unwiderstehliche Mauer getrennt. Andererseits hatte ich auch das Bedürfnis nach einem Tapetenwechsel, nach einer langen Zeit des nur Politikmachens. Die bringe ich nun dazu — wie ihr sicherlich wißt — 90 % seiner Energien auf die Lösung

der gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung inzwischen zur bitteren Wahrheit geworden. Etwas die Massenarbeitslosigkeit, die erhöhte Kriegsgefahr etc. Allein die subjektiven Voraussetzungen, die wir damals erhofft und für die wir mehr als zehn Jahre Arbeit und Kraft verwendet haben, sind vollständig im Hintertreffen geraten. Nicht proletarische Rebellion, sondern Wiederaufschwung der CIA, Restauration des Imperialismus auf Weltebene, deraufschwung der CDU, Restabilisierung des Imperialismus auf Weltebene, Unerschütterlichkeit des gesellschaftlichen Konsens hierzulande — und die Ergebnisse. Die Zahl der aktiven Kämpfer für eine sozialistische Perspektive ist sehr klein geworden. Die linken Organisationen haben sich und sondern an Radikalität, Bf, Fähigkeit zur exakten gesellschaftlichen Analyse etc. verloren. Sie haben sich in die mehr „für den Frieden vorkämpfend“ als für ihn kämpfende Alternativbewegung eingereiht und sind in ihr untergegangen. Wir sind von dem damals skizzierten gesellschaftlichen Ziel weiter entfernt als zu Beginn vor über zehn Jahren. Die Frage nach dem Warum drängt sich doch da auf? Und ich habe bis heute da keine vernünftige Antwort weder selbst noch gehört oder gelesen. In einer solchen Lage wird es natürlich immer schwieriger, sich auf die Lösung kurzfristiger Tagesaufgaben mit ungebrochenem Elan zu konzentrieren.

AK: In diesem Prozeß gibt es ja doch einige wichtige Ereignisse. Ich denke da an den 77er Kalkar- und Stammheim-Schock, den den Zerfall der radikalen linken Bewegung hat. 1978 hast Du im AK angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl in Hamburg auf der „Bunten Seite“ die These vertreten, die Fiktionalisierung einer kommunistischen Organisation muß sich daran messen lassen, ob sie in der Lage ist Massenbewegungen anzuführen. 1979 hast Du zu Beginn des Spaltungsprozesses im KB zwecks Herausbildung der Gruppe „Z“ die Mehrheit kritisiert, sie würde dem zunehmenden Verfall der marxistisch-leninistischen Theorie im KB nicht entgegenwirken außer einer nicht ausreichenden „Kritikverwaltung“.

Gemein in Deiner heutigen Situation und Deinen Erkenntnissen hast Du da vielleicht hoch geratet, und auch hoch verloren?

um die späteren Prozesse verstehen zu können. Ein wesentliches Element war unser damaliges Bemühen, bestimmte Elemente sozialistischer Politik, ihre Rebellion gegen das herrschende Umfeld zu retten vor einem immer leichter werdenden Gehabe und Getue, wie es von der sogenannten Massenbasis unserer Organisation in diese hineingebracht wurde. In diesem Zusammenhang haben wir versucht, verschiedene Formen von Scheidemodernismus zu kritisieren, hinter deren Schleier der politische Abgesang vorbereitet wurde. Ebenso wurden kritisiert verschiedene Formen der Verinnerlichung, wie u. a. durch die Frauenpolitik vorangetrieben wurden. Die Zeit danach zeigt, daß wir mit einem Teil unserer Kritik ganz richtig lagen. Da waren zu nennen das Fortsetzen des politischen Sachverständnisses durch Gefühl, neue Innerlichkeit und zunehmend politische Abstinenz, und das Ersetzen des Kopfes durch den Bauch.

Wir haben auch Elemente mangelnder politischer Effektivität kritisiert und zwar im Zusammenhang der Wahlbewegung. Wir haben gemeint — ich seh das eigentlich immer noch so — daß das politische Potential des KB zu wesentlich stärkerer Einflußnahme auf die politische Richtung der Wahlbewegung Anlaß geben könnte und genutzt werden müßte. Wir haben eine bestimmte Einschätzung der Wahlbewegung damals gehabt, und ich sehe uns durch die nachfolgende Entwicklung auch tendenziell bestätigt. Die Wahlbewegung ist nicht nur eins von diversen Projekten der westdeutschen Linken, sondern es hat sich wohl mit der Grünen Partei ein anderer, neuer (anders als wir uns das in den 70er Jahren

ders als wir uns das in den 70er Jahren vorgestellt haben) Parteibildungsprozeß durchgesetzt, der inzwischen die politische Rolle, die die Gesamtheit der Mitte der 70er Jahre noch bestehenden organisierten Linken hatte, übernommen hat.

Ich glaube schon, daß wir heute eine Situation haben, in der die Wahlbewegung mit der Grünen Partei als Zentrum das hauptsächlich Streifeld der westdeutschen Linken ist. Andere Projekte der Linken haben sich Schritt für Schritt in irgendeiner Weise dieser allgemeinen Tendenz zugeordnet. Die politische Relevanz von Strömungen, wie sie sich Mitte der 70er herausgebildet haben, schlägt sich innerhalb der Grünen Partei nieder. Ich meine, daß der KB damals wirklich nicht gut beraten war in seiner allzu radikalen Ablehnung dieses Prozesses und der daraus folgenden Methoden des Enthüllungsjournalismus gegenüber der Grünen Partei, der ja bis heute mehr oder weniger anhält. Dabei gerät der KB — bedauerlicherweise (ich sag das ganz ehrlich!) — immer mehr in die Rolle des bloßen Kommentators. Wenn man das auf der einen Seite sieht, und auf der anderen Seite die bis auf Null geschrumpfte Perspektive aus unseren Gründerjahren, die ja doch irgendwie noch die Legitimationsbasis weniger für die bloße spezifische Existenzweise des KB, aber doch für die von ihm entwickelte Kritikrichtung, z. B. an der Grünen Partei abgibt, kommt ein Szenario heraus, daß unsere damaligen Bemühungen als Gruppe „Z“ — mögen sie auch im einzelnen voller falscher Hoffnungen gewesen sein — im großen und ganzen historisch doch irgendwie als richtig ausweist.

Ich sag das ausdrücklich im Bewußtsein, daß die Grüne Partei und ihre optimale Entwicklungsmöglichkeit nicht da steht, nicht entsteht & a m, was wir uns Anfang der 70er Jahre als

trachtet werden müssen. Ob das im einzelnen gut und richtig war, oder aber zu bedauern, muß untersucht werden und wird wohl auch von Person zu Person unterschiedlich bewertet. Ich selber habe mit vielen anderen Freunden und Genossen noch während der organisatorischen Blütezeit der „Z“ dafür gestritten, die spezifische Organisationsform, die wir aus unserer Vergangenheit übernommen haben — den demokratischen Zentralismus — bewußt ad acta zu legen. Er gab für unsere politische Arbeit keinen Sinn mehr. Er erhöhte nicht unsere Effektivität, sondern er lähmte uns. Das ist ein altes Phänomen! Im KB kämpften wir das auch schon. Das Festhalten am demokratischen Zentralismus, das beim politischen Output keine Relevanz hatte, degenerierte dahin, daß eine Vielzahl talentierter Politiker ihre Fähigkeiten einzig und allein für die Aufrechterhaltung innerorganisatorischer Abläufe verwendeten. Das war zum Schluß eben Krisenverwaltung. Nach außen hin war ihre Wirkung gleich Null!

Das kann niemals der Sinn dieser Organisationsform gewesen sein. Zudem waren unsere Probleme in der Konstituierungsphase der Gruppe „Z“ darauf gerichtet, einerseits bestimmte taktische Fragen vor Ort zu lösen, die dann auch von den Kräften vor Ort in Eigenverantwortung am besten gelöst werden konnten, und andererseits theoretische und strategische Natur, wo der demokratische Zentralismus nichts Sinnvolles beizutragen imstande war.

Für diesen Schritt, den man sehr wohl als Teilschritt in Hinblick der

„Die Grüne Partei kann nicht das ersetzen, was wir uns Anfang der 70er Jahre als selbstgesetzte Perspektive genommen haben.“

ganzlichen Auflösung unserer Organisationsstrukturen interpretieren kann, bin ich sehr stark eingetreten!

Das ist keine grundsätzliche Kritik an einer effektiveren Organisationsform, aber es ist der Versuch, diese in engem Zusammenhang mit den tatsächlich anstehenden praktischen und theoretischen Aufgaben der Zeit zu interpretieren.

In unserer derzeitigen gesellschaftlichen Situation macht ein demokratischer Zentralismus des alten Stils keinen Sinn und wenn ich das durch meine Lektüre des AK richtig verfolgt habe und interpretiere, existiert das im KB faktisch auch in dem Sinne nicht mehr. Allenfalls wird das als Anspruch noch auf die Fahnen gehießt, aber es wird doch in der einen oder anderen Weise sehr direkt zugegeben, daß der Anspruch weit von seiner Einlösung entfernt ist.

Dieses Engstirnigste des alten Ausdruck der spezifischen Schwäche des KB, sondern eher eine „Stärke“. Je denfalls erscheint mir das nahe an dem, was politisch zu leisten ist, als irgendwelche Sektiererei, die sich schon lange von der Politik allgemein verabschiedet haben, aber das im demokratischen zentralistischen Gleichschritt. Ich denke da an Ernst Aust und seine Truppe, oder an den Stammstufenhafter unter Fochler.

Der KB ist aber der Öffentlichkeit hauptsächlich durch seinen AK dar, und weniger deutlich durch Aktivitäten seiner Kader und Aktivisten. Es ist ein Phänomen innerhalb der Linken, daß eine Monatszeitschrift dieses Umfanges kontinuierlich herausgebracht wird. Es ist auch ein Phänomen, was eine Fülle von Fakten dort verarbeitet, zu Papier gebracht, gedruckt, gedruckt, gedruckt wird, kurz: Der KB existiert noch! Der AK auch, wenn auch nur noch als Zeitung und nicht mehr als „kollektiver Propagandist“. Innerhalb unterscheidet ihn das von seinen alten Mitkonkurrenten um die „Gunst der Arbeiterklasse“ aus dem Beginn der 70er Jahre. Die Mehrheit dieser Mitkonkurrenten hat schon das Zeitliche gesegnet, oder verbringt im Schattenland außerhalb der Politik, verarmt also von der politischen Szene zur bloßen Sekte. Gegenüber dieser Art von Foh scheint es von vornherein weltfremd, den KB-AK an die Aufgabenstellung aus seinen Gründerjahren zu messen. Schade eigentlich AK: Das Nachdenken und die damit verbundene Zwangspause von der Politik wird sich doch sicherlich nicht ausschließlich im Laden, geschweige denn mit im Schoß gefalteten Händen abspielen! Willt Mir ist berichtet worden, daß ich manchmal die Hände im Schoß gefaltet hab ...

Berlinale 1984

„... wir beobachteten den Flug der Vögel!“

„Wissen Sie, ich bin einfach nicht bereit, pseudokünstlerische Experimente, die nur der Selbstbefriedigung — ah — Selbstverwirklichung dienen, zu unterstützen. — Da ruf ich dann schon lieber zur selbstgemachten Aktion ohne Kamera auf.“
(F. Zimmermann)

Die Schlange ist genervt, Justus versucht sie den agilen Quälgeist, eine Wüstenspringmaus, zu schnappen, aber ihr Vorstoß geht wiederholt ins Leere. Wüstengrand ist geduldig. Das ist Walt Disney: die Wüste lebt! „Nein, nein — Sie werden nicht verkartet, ich will nur wissen ... Verkartet? Das ist ein Fuchsausdruck, also so ... ja genau verkartet. Ich will ja nur wissen, ob Sie die Justizvollzugsanstalt im jemanden Auftrag oder aus freien Stücken gefilmt haben? ... In wessen ... Ja — Terroristen zum Beispiel könnten so ein Gefängnis filmen ...“ das ist O-Ton eines Justizbeamten, der einen Kameramann anruft. Dieter Vervuert und Marie-Susanne Ebert haben 1 + 1 zu einem dritten addiert. „Sandtanz“ heißt der wertigste bundesdeutsche Film auf der Berlinale, neun Minuten kurz, eine bemerkenswerte Nähe zu den leider nicht nur realistischen Verhältnissen in jenem, ihrem Lande.

„Sandtanz“ ist auch ein Film, der die Schnittstelle verschiedener Auseinandersetzungen und Trends dieser Berlinale 1984 markiert: 1. Der Unterhaltungsfaktor: zwar gab es auch im Wettbewerb (2) Filme, die akzentuiert eine politische Geschichte erzählten; der Drang zu unterhaltenden, privatisierenden Filmen war gleichwohl stärker — Synthesen waren selten; 2. Veränderung ästhetischer und filmpolitischer Auseinandersetzungen zugunsten vor allem verbalradikaler Verbandspolitik gegenüber Bundesinnenminister Zimmermann: deutlich wurde das an der miserablen Behandlung, die den Kurz- und Dokumentarfilmen auf dem kommerziellen Herzstück der Berlinale, der Filmmesse, zuteil wurde: sie wurden nur in Videonorm vorgeführt und durften in dem dicken Filmmessekatalog nicht mehr mit Inhalts- und Kontaktadressenangabe aufgeführt werden.

„In Gefahr und größter Not ...“

Die neuen Richtlinien für die Filmförderung des Bundesinnen-

„In Gefahr und größter Not ...“

Die neuen Richtlinien für die Filmförderung des Bundesinnenministeriums (Bundesfilmpraxis — s. AK 236 S. 44/45 — Filmbänder in Gold und Silber, sowie Projektförderung) sind durch den Innenausschuß des Bundestages gegangen: mit einigen unwesentlichen Veränderungen schaffen sie eine Situation, die nicht neu (s.u.), gleichwohl aber verschärft ist, Kernstück der neuen Richtlinien, nach denen ein Etat von ca. fünf Millionen Mark verwaltet wird, ist eine Kompetenzerweiterung der Filmförderungsanstalt (FFA) (3) — eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Haushaltsplan vom Bundeswirtschaftsministerium genehmigt werden muß. Die FFA ist schon aufgrund ihrer Zusammensetzung (4) erheblich rechtskräftig. Von ihr werden Förderungsmittel von ca. 19 Millionen Mark im Jahr (im wesentlichen Erlöse aus den 15 Pfennig „Filmgäbe“ auf jede verkaufte Kinokarte) vergeben. Die FFA ist für die Abwicklung des Filmförderungsgesetzes „zuständig“ dessen Ziel ist es, „die Qualität des deutschen Films auf breiter Basis zu steigern und die Struktur der Filmwirtschaft zu verbessern“.

Auch für die FFA werden aber seit geraumer Zeit im vertrauten (Referenten-)Kreis schon Verschlüsse (besserungen) gehandelt. Zielsetzungen hies, den Marktanteil des bundesdeutschen Films zu erhöhen („Struktur der Filmwirtschaft“). Nun ist es mit diesem berückichtigten Marktanteil des „neuen deutschen“ Films so eine Sache. (1983) wäre dieser Marktanteil auf 5 bis 6 % gesunken, behauptete Zimmermann und konstatierte die dahinterstehende Mahnung, nämlich: Filme ohne Marktsicht darauf zu drehen, ob Menschen sie sehen wollen, sei ein „menschenverachtender und demokratiefeindlicher Grundpunkt“ (21. n. F.W.)

16.1.84). Noch deutlicher wurde ein „MvS“ in der „Welt“: der Marktanteil des bundesdeutschen Filmes liege bei 3,5 %, wird da geschworen, oftmals spielen bundesdeutsche Streifen nicht einmal 2.500 Mark ein, verschlangen dafür aber „in den letzten Jahren“ (konkreter geht's nimmer) knapp 100 Millionen Mark Förderungsmittel. Auf einer Pressekonferenz auf der Berlinale über die Zukunft des deutschen Autorenfilms“ hatte Alexander Kluge andere Zahlen parat: benutze man die Statistiken der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), komme man auf 11,4 % Marktanteil des bundesdeutschen Films; rechne man die Coproduktionen noch dazu, ergebe das sogar über 18 %. Die 5 % von Zimmermann bezögen sich auf die Monate Dezember und Januar — Monate also, in denen die Kinos ihre Weihnachtprogramme zeigen — und hier habe der bundesdeutsche Autorenfilm allerdings weniger zu bieten als Hollywood.

Die zu erwartenden Veränderungen im Filmförderungsgesetz werden aber nicht lauthals von Zimmermann propagiert, sondern in den Hinterstübchen der Ministeriumsjustiz ausgeheckt. Das öffentliche Interesse an dieser in ein bis zwei Jahren vollendeten Arbeit dürfte nicht den Bruchteil des Interesses auf sich ziehen, wie Zimmermanns Zensurbestreibungen, gleichwohl aber einschneidendere Auswirkungen haben. Doch weniger genau als die Zustandsbeschreibung sind die Gegenstrategien, die die Förderer und Aktiven des derzeitigen Autorenfilmes anzubieten haben.

„... bringt der Mittelweg ...“

Gewollt nass wirft Moritz de Hadeln, Festivaldirektor der Berlinale, in seinem Vorwort zur „Dokumentation 1984“ in die Waagschale, was er für hoffnungsvoll hält: „Der Ausgang des Duells (zwischen Zimmermann und den Filmern, Anm. F.) könnte für den deutschen (gemeint ist wohl der BRD-, Anm. F.) Film gefährlich werden, verflücht er nicht über ein unersetzliches, nicht zu veräußerndes Kapital: sein Talent“. Schade nur, daß mensch mit diesem „Kapital“ keinen Meter Film bezahlen kann, und daß das andere Kapital genau dieses Talent gar nicht will. Realistischer, kaum konkreter aber, da schon Wolfram Schütte in der FR die Auseinandersetzungen um die Förderung durch das BMI hält er für „Nachwuchsförderung“.

Realistischer, kaum konkreter aber, da schon Wolfram Schütte in der FR die Auseinandersetzungen um die Förderung durch das BMI hält er für „Nachwuchsförderung“; solange Zimmermann dort das Sagen habe, sollten die guten Filme nicht glauben, sie hätten dort ein Wort mitzureden (nur ein Widerwort)“ (FR, 28.2.84). Al-Althelmitel weiß aber auch er nur „die phantasievolle Einseitigkeit auf unsere Gegenwart und Zeit“ zu fordern. „damit der Zuschauer merkt: es geht ums Ganze“ (ebd.). Am scharfsinnigsten zeigen sich in lautmendem Verbund der FAZ und taz. Erstere liebt zwar Zimmermanns Tölpelhaftigkeiten nicht so sehr, hält seine Vorschläge aber auch nicht für gefährlich: „In Berlin war von Krise wenig zu spüren, wenn man auf die Leinwand sah“ (FAZ, 1.3.84). Und dieser Leinwand, bitte schon, sollen sich die Filmherren doch auch weiterhin annehmen, schon bunt füllen und nicht so viel an Finanzen und Politik denken. Ganz anders und doch so gleich die taz: Krise überall wittert Kritiker Pfirsich und guckt deswegen ganz von der Leinwand weg hinter die Kulissen. Er entdeckt Furchtflüchtes, hat ihm doch ein ugendweit zugeflüstert, daß sich mancher Jungregisseur von seinen Fördergeldern die Wohnung neu renovieren läßt, ein neues Sofa kauft und außerdem häufig noch eine neue Lederhose dabei rausbringt. Scheiße das! (taz, 28.2.84). Als Geheimvorschlag zur wirklich endgültigen Verbesserung der Lage „... zwei Filme in einem Programm zu zeigen. Im Rockbusiness könnten sie lernen, wie man so was macht“ (taz, ebd.).

Sonntlicher waren da schon die Vorschläge der „Bundesvereinigung der deutschen (gesamt oder wie?) Filmherren“ (Auf!). Die SPD-regierten Länder in die Pflicht zu nehmen. Da Kulturförderung Ländersache ist (deshalb und da auf Bundesebene verstreuten Mittel Wirtschaftsförderungsmittel) haben Hamburg und NRW Länderfilmbüros

eingesetzt, in Hessen wird die Gründung eines Filmbüros geplant. Sollte die SPD also wirklich ernsthaft gegen die „Wende“ in der Kulturpolitik agieren wollen, müßte sie hier ihre Förderung ausbauen. Geschehen ist bisher das Gegenteil: der Etat des Hamburger Filmbüros ist von drei Millionen auf 2,6 Millionen Mark gekürzt worden; in NRW stehen statt ehemals 2,4 Millionen nur noch gerade 1,7 Millionen Mark zur Verfügung — weniger, als das Fernsehen für einen „Tatort“ ausgibt. Also auch hier: Taten statt Worte und ein breites Betätigungsfeld für die GRÜNEN, die sich in kulturellen Debatten bisher auffallend zurückgehalten haben.

Wenig hoffnungsvoll stimmen in diesem Kontext auch die beiden Riesepakete mit US-Filmen, die ARD und ZDF im Februar für 220 Millionen bzw. 250 Millionen Mark eingekauft haben. Die insgesamt 2.550 Filme wollen schließlich alle gezeigt werden (und zwar viele mehrmals), und zweitens werden sich die enormen Ankaufsummen negativ auf den Etat für eigene Filme und Coproduktionen mit anderen Produktionsfirmen auswirken.

Keine rosigen Zeiten also für die bundesdeutschen Filmemacher und Kinogänger — zumal auch noch „die Opportunisten und Opportunistinnen aus dem Boden (schießen) wie nach einem sauren Regen im deutschen Bitterwald die Pilze“ (W.S. in FR, 28.2.84).

„... den Tod!“

Die Phalanx der Filmemacher gegen die finanziellen Attacken der Minister ist nämlich beileibe nicht geschlossen. Der eigene Produktionsetat ist vielen Künstlern leizendes doch wichtiger als die politische Unschuld. Als Realfilmer präsentiert sich z.B. Roland Emmrich, Absolvent der Münchner Hochschule für Film- und Fernsehen (HfF), dessen Debutfilm „Das Arche Noah Prinzip“ sicher nicht zufällig im Wettbewerbsprogramm und ein paar Tage später schon in den wichtigsten Berliner Kinos zu sehen war. An der Qualität kann es kaum liegen: die Geschichte von zwei Astronauten, die im All gegen ihre amerikanisch-europäischen Kommandeure rebellieren, die ihnen gefährliche Weiterversuche über Saudi Arabien befehlen, ist dilettantisch und mit einem Übermaß an unfreiwilliger Komik erzählt, sodaß nur noch Ulrich Greiner in der ZEIT von „gute(m) Unterhaltungskino“ schwadronieren kann.

Interessant an der mit knapp zwei Millionen Mark realisierten Produktion ist also der Erfolg ohne Qualität und die Rezeption des Filmes durch Greiner, aber auch den „Stern“ (10/84) sowie diverse andere auflagenstarke Zeitungen und Illustrierten. „Vielleicht geht es auch ohne Geld vom Minister“, meint „Stern“-Kritiker Schaper und vermutet, wie Greiner, daß Emmrichs Produktion wegen ihres „Antiamerikanismus“ durch das BMI nicht gefördert worden sei.

Abgesehen davon, daß Emmrichs in der Story angelegter „Antiamerikanismus“ nicht kritischer ist als das, was Sydney Pollack oder Costa Gavras in ihren Filmen anklagen lassen, ist die Naivität und Filmtechnik alles andere als „antiamerikanisch“, sie ist bestenfalls — und das wird an ihr gerühmt — gut gemachter Hollywoodimport. Das Interesse bundesdeutscher Filmpolitiker an Emmrichs Streifen ist also ein anderes, ihm könnte es gelingen, „das Feld (Unterhaltungskino, F.) nicht allein den Amerikanern zu überlassen“ (t. rinner). Wirtschaftliche Erfolgsaussichten erlauben, über Anfangsschwierigkeiten großzügig hinwegzusehen. Hauptsache, es entstehen Arbeiten, die spannend und ohne überflüssige Schlenker“ („Stern“) Geschichten mit reichlichem Inhalt, der dann von illustrierten Trickmaschinen verpackt wird, erzählen.

Das Entstehen eines solchen Kinozweiges in der BRD wäre sicher kein unwillkommener Nebeneffekt der Zimmermannschen Förderungspolitik: weniger Staat, mehr Kommerz — dafür nimmt er auch ein paar kritische Töne in Kauf. Als nächstes plant Emmrich einen Horrorfilm und außerdem einen Fantasy-Streifen — das freut die



„Morgen in Alabama“ — ein Film über die Einzeltäter These

Filmtheaterbesitzer.

Achternbusch hat auf die neue Filmpolitik zwei Antworten: mit sichtlich niedrigem Etat verfilmte er „Rita, Rita“, mit 180.000 DM aus dem Topf der Hamburger Filmförderung brachte er seinen umstrittenen „Wanderkrebis“ zum Abschluß. Der „Wanderkrebis“ (s. AK 236) wurde auf der Berlinale auf der besten Achternbuschfilme geworden: am Anfang eine aberwitzige Parabel über Arbeit, Gesundheit und Kostendämpfung. Eine monströse Maschine, an deren Hebeln die Arbeiter hängen, bis sie herunterfallen, niemand wird mehr bei der Arbeit krank, weil laut Beschluß nur noch Freizeit krank macht. Achternbusch flücht aus dieser Welt mit seinem ausgestopften Stoffhund nach Japan, dem Land seiner Liebe, begegnet unterwegs aber dem Ministerpräsidenten, der eine Rede vorbereitet und Achternbusch zu seinem Berater macht. Der Film führt ins Zentrum der Macht und von dort in die mitten im, durch den sauren Regen geschädigten, Wald gelegene Wirtschaft „Zum Wanderkrebis“, deren Wirt außer Bier nur noch Pommes zu offenbaren hat. Achternbusch ist im „Wanderkrebis“ wieder nahe am BRD-Alltag dran, sieht ihn mit unverkürztem Seitenblick und wird so weniger spekulativ

und egozentrisch als im „Cesperi“.

Ganz anders „Rita, Rita“ — der erste Achternbuschfilm, in dem er gar nicht mitspielt. Doch „Rita, Rita“ ist ein Achternbuschfilm auf der Meta-Ebene, ein Kommentar zum deutschen Werk und als solcher ein ausgesprochenes Labyrinth und Kerner der Art. Spannendsten ist die Szene, in der „Susan“-Inszenierung aus Paris, die sich von dem, was Achternbusch auf bundesdeutschen Sendungen angeboten wird, wundert und — weil sie eben hat — nicht — versteht.

Unbedingt sehenswert — Nebenbei Kuckelmanns „Morgen in Alabama“ — ein Film, der es aus unerklärlichen Gründen sogar dem FAZ-Kritiker angelan hat, der ihn gleichwohl als Film zum „Extremismus“-Thema mißverstehen hat (FAZ, 1.3.84). Genau das in der Presse des Münchner Rechtsanwalts aber nicht: ausgehend von zwei Schüssen auf einen bundesrepublikanischen Politiker erzählt er, wie ein Rechtsanwalt (der Pflichtverteidiger des Attentäters nämlich) die nationalen und internationalen Verflechtungen des Neofaschismus entdeckt und gleichzeitig auch die Reaktionen der BRD-Justiz auf seine Recherchen zu spüren bekommt. Das ist raffiniert und kaum unrealistisch aufgebaut; anfangs nämlich reizt den Anwalt an seinem

Fortsetzung letzte Seite



„Wanderkrebis“ — eine aberwitzige Parabel über Arbeit, Gesundheit und Kostendämpfung

Was soll man einleitend anmerken? Er ist nicht älter geworden. Er beansprucht nicht (nicht einmal im geringsten), eine „Instanz“ zu sein. Er ist keine Vaterfigur und erst recht kein Prediger. Es fehlt jeder Unterton von Selbstgefälligkeit. Unnachahmlich (und leider durch das geschriebene Wort nicht zu vermitteln) ist es, wie er mitunter etwas durchaus Schwerwiegendes formuliert und dabei halbwegs in sich hineinknallt — als ob er selbst den Kopf darüber schüttelt, welcher Gedanke ihm da wieder „entschlüpft“ ist. Hätten solche „Kleinigkeiten“ nur etwas mehr Verbreitung im linken Lager — wieviel Ballast könnte im (notwendigen) Meinungsstreit abgeworfen werden. — Das Gespräch mit Erich Fried fand am 15.2.84 in Frankfurt statt.

de

ARBEITERKAMPF: Ich wollte dir erstmal eine Frage zur Friedensbewegung stellen. Bei uns ist es im Moment so, daß der Grad an Schärfe, mit der man sich von der Sowjetunion abgrenzt, zum Siegel für Glaubwürdigkeit, politische Moral und Radikalität geworden ist. Nun lese ich in der „Frankfurter Rundschau“ einen von dir verfaßten Aufruf an die Deutschen — eine fingierte Rede, die Hitler halten könnte, wenn er heute lebte — und das scheint mir in eine ganz andere Richtung zu gehen. Das ist unausgewogen, da wird einseitig der Westen angegriffen und sogar eine Linie zur deutschen Vergangenheit gezogen. Du scheinst andere Akzente zu setzen als beispielsweise Peter Kelly, Jo Leinen oder auch Alexander Schubert zur Zeit. Warum?

ERICH FRIED: Weil ich finde, daß die Sowjetunion, von deren Sozialismus als Sozialismus ich nur mit ungeheuren Abstrichen etwas habe, einfach sachlich nicht die Seite ist, von der die Gefahr ausgeht. Die Sowjetunion ist im wesentlichen in der Defensive, schon weil die Amerikaner in Wirklichkeit stärker sind. Die Russen sagen zwar, sie seien gleich stark, weil sie nicht als die Unterlegenen dastehen wollen. Aber sie können gar nicht zugeben, daß sie schwächer sind. Sonst demoralisieren sie ihren eigenen Block, die Rumänen hauen ab, und andere Dinge geschehen. In Wirklichkeit sind ihnen die Amerikaner militärisch überlegen — vor allem auch durch die strategische Stellung, durch die Umkreisung der Sowjetunion. Die Amerikaner haben das Konzept eines für sie gewinnbaren Atomkrieges, die Russen haben kein Konzept eines gewinnbaren Atomkrieges. Die wissen ganz genau, daß sie kaputtgehen, wenn ein Atomkrieg kommt. Deswegen, und nicht weil sie den echten Sozialismus und die anderen den unverfälschten Imperialismus haben — obwohl die anderen tatsächlich den unverfälschten Imperialismus haben, das möchte ich dem Reagan gar nicht streitig machen — deswegen also sind die Russen in der Defensive. Sie haben ja seinerzeit in der Kuba-Krise versucht, auch die Amerikaner mit Raketen einzukreisen. Aber sie haben damals verloren und diese Sache eigentlich nie wieder aufgeholt. Außerdem waren die Amerikaner, was Atomwaffen betrifft, seit Kriegsende immer den Russen voraus, und das ist auch heute noch so. Ich habe mich darüber sorgfältig informiert, und ich bin auch nicht jemand, der auf russische Propaganda ohne weiteres hereinfällt. Ich glaube außerdem, daß auch die neue Friedensrede von Reagan am Anfang des Wahljahres nur leere Worte waren — vielleicht um die amerikanischen Wähler zu beruhigen. Denn gleichzeitig kam der Kissinger-Bericht, in dem es hieß, bei der Hilfe für El Salvador dürfe die Mißachtung der Menschenrechte in diesem Land keine Rolle spielen, und Krieg gegen Nicaragua könne nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig begann auch die ungeheure Rüstungswelle in den USA, die sogenannte Space War- und Star Wars-Rüstung. In Europa hat die antirussische Stimmung — und ich meine jetzt nicht den Antikommunismus, denn Antikommunisten sind die Russen selber schon ganz gute — so großen Aufschwung genommen, als das südchinesische Pazifikgebiet „abgeschossen“ wurde. Ich bin fest davon überzeugt, daß dieses Flugzeug wirklich einen Spionageflug durchgeführt hat. Das läßt sich nachweisen, weil ein rechtsradikaler Kongreß-Abgeordneter, der in dem Flugzeug abgeschossen wurde, der Prä-



Interview mit Erich Fried

Sie sündigen den Umständen entsprechend

sident der John Birch Society, MacDonald, von einer amerikanischen Dienststelle vorher gewarnt worden war, daß dieser Flug riskant sei und er einen anderen wählen solle. Zu seiner Ehre sei erwähnt, daß er eine Sonderstellung ablehnte und meinte, was für die anderen Fluggäste gut genug sei, sei auch für ihn gut genug. Als der Flug schon begonnen hatte, aber noch nicht in Alaska zwischengelandet war, erkundigte sich sein Public Relations Man, sein Pressesprecher, im Verteidigungsministerium, was denn eigentlich das Risiko wäre, und man sagte ihm: Vor allem haben wir Angst, daß dieses Flugzeug von einem russischen Flugzeug abgeschossen werden könnte — Dies allein zeigt schon, daß es da nicht mit rechten Dingen zuging. Außerdem haben die Japaner inzwischen gesagt, daß die Behauptung, der Funkkontakt mit diesem Flugzeug sei abgebrochen, nicht stimmt.

Diese sog. technische Panne schien so- wie so äußerst unwahrscheinlich zu sein.

Das ist alles Unsinn, genauso wie das versehentliche Abweichen um 500 km von der Flugbahn. In England hat Duncan Campbell, einer der besten Forschungsjournalisten im „Statesman“, einer gemäßigt linken Zeitschrift (fabian-sozialistisch), am 8. oder 9. September veröffentlicht, daß im Lauf der Jahre reihenweise amerikanische Flugzeuge über der Sowjetunion abgeschossen worden sind. Nur hat Amerika — mit Ausnahme der U2 seinerzeit — es immer geheimgehalten, weil die Flugzeuge die Aufgabe hatten, die Verteidigungssysteme des Gegners auszuprobieren, auch auf die Gefahr hin, daß sie abgeschossen werden. Nur dadurch kann nämlich herausgefunden werden, was wirklich ein Kampfflugzeug gegen sie hochgeht und welche Radarstationen wirklich effektiv sind, sodaß man weiß, welche Ziele man im Kriegsfall mit Raketen angreifen muß

und welche man mit Flugzeugen angreifen kann. Die Flieger hatten schon immer die Weisung, im Fall, daß sie abgeschossen werden, Selbstmord zu begehen. Sie hatten ursprünglich Blausäure-Kapseln bei sich, später den Silber-Dollar, d.h. eine Münze, in die eine Blausäure-Nadel eingelegt war, so daß man sogar nach der Gefangennahme noch damit Selbstmord begehen konnte. Der Powers, der mit der U2 abgeschossen wurde, hatte den Silber-Dollar bei sich, machte aber keinen Gebrauch davon.

Du behauptest also gegenteilig, daß an der Spitze der USA...

Nicht an der Spitze. Ich bin nicht überzeugt, daß Reagan von der Geschichte gewußt hat.

... gut — daß Leute innerhalb der Administration gezielt derartige Methoden anwenden.

Wieso ich das behaupten kann? Weil ich recherchiere. Ich war 17 Jahre lang außenpolitischer Kommentator in der BBC — für Sendungen nach der DDR — und habe damals gelernt, wie man sich Nachrichten verschafft und Nachrichten überprüft. Ich habe damals versucht, zwar sehr kritisch in Bezug auf die DDR zu sein, aber nicht Kalten Krieg zu machen, und mußte daher etwa viermal so viel arbeiten, wie wenn man sich nur nach den Weisungen der BBC richten würde. Aber mit dieser Arbeit konnte ich dann tun, was ich wollte.

Ich frage deshalb, weil in der Friedensbewegung bei uns immer so diskutiert wird, als ob die Gefahr in der Technologie und nicht in bösen Absichten von Menschen, seien es nun Politiker, Militärs, Geheimdienste etc.

Das stimmt auch. Natürlich sind die Russen auch vom Rüstungswahn ergriffen. Denn die Sowjetunion hätte während der Verhandlungen im letzten

Jahr, auch wenn die Amerikaner sie zu sabotieren versucht haben, z.B. ihre SS-20-Rüstung nicht fortsetzen müssen. Daran wäre sie nicht kaputtgegangen. Doch sie haben sich weitergemacht und ich fürchte, daß durch die Kalte Kriegshaltung der Amerikaner jetzt auch der Einfluß der Militärs im sowjetischen Politbüro wieder steigt. Ich glaube, daß es wirklich einen gegenseitigen Rüstungswahn gibt. Nur haben die Amerikaner die Initiative dabei. Ich habe beim ersten schriftlichen Treffen in Ost-Berlin gesagt: Ich habe Angst vor allen Atombomben und vor dem Denken, das dahintersteht. Nur aus ganz speziellen praktischen Gründen habe ich derzeit mehr Angst vor den Amerikanern als vor den Russen. Hingegen ist das Argument, das jemand in Ostberlin brachte, als er fragte, wie man vor den Russen Angst haben könne, wo sie doch so gute Menschen seien, natürlich Blödsinn.

Das Wesentliche ist doch, daß man in Washington an einen gewissenbaren Atomkrieg glaubt.

Sie könnten ihn militärisch auch gewinnen — das stimmt. Was ich nicht glaube, ist, daß sie nach einem Atomkrieg in Europa durch den aufgewirbelten Staub einer mittleren Winternormtemperatur von minus 43 bis 45 Grad Celsius entgehen könnten, wodurch alle Tiere und Pflanzen, die ganze Ökologie der nördlichen Hemisphäre zerstört und zahllose Menschen erfrieren würden. Aber das hat sich im Pentagon noch nicht offiziell herumgesprochen, und Politik wird nie auf der Basis der wirklichen Interessen von Menschen und eines richtigen Bewußtseins gemacht, sondern immer nur auf Basis des jeweiligen falschen Bewußtseins. So ist das. Also wenn man die Zeit, bis sich so etwas rumpricht, ohne Atomkrieg übersehen kann, dann sind die Chancen wieder besser.

Nochmal zurück zur Sowjetunion. Ihre gleichzeitige Verurteilung wird in der Friedensbewegung häufig zu einer Frage der politischen Moral gemacht. Nur wer das tut, ist moralisch elendhaft.

Niemand ist moralisch einwandfrei. Ich bin nicht nur ein Moralist, sondern ich sehe beide Seiten auch als Opfer ihrer unüberwindlichen gesellschaftlichen Amalgamen und als Opfer ihres falschen Bewußtseins. Es kommt nicht darauf an, zu allen Leuten zu sagen, du bist ein großer Sünder und du bist ein großer Sünder... Natürlich sind alle Sünder. Aber sie sind den Umständen entsprechend Sünder. Nicht weil die einen ansässiger wären als die anderen. Der Kennedy zum Beispiel, der auch ein Imperialist war, hat sich in der Kuba-Krise viel gewisserhafter benommen, als es Reagan getan hätte. Dafür haben wir Reagans eigene Worte schon im Wahlkampf hat er gesagt, er habe niemals militärische Schritte unternommen, was lächerlich ist, weil Kennedy ohne militärische Schritte die Kuba-Krise gewonnen hat. Zweitens hat Kennedy nachher bis zu seinem Tod einen Entspannungsvorstoß mit

den Russen unternommen, auf den die Russen eingegangen sind und ihrerseits auch Leistungen erbracht haben. Das ist in Horst Eberhard Richters Buch „Psychologie des Friedens“ dokumentiert. Und das hängt vielleicht zum Teil — bei allen Einschränkungen gegen die bürgerliche Psychoanalyse, die falsche Treibtheorie und den Todestrieb — damit zusammen, daß Kennedy analysiert war und infolgedessen nicht so sehr ein Opfer seiner eigenen unbewußten paranoischen oder anderen Vorstellungen. Davon halte ich wirklich was. Ich halte das für Amerika sogar für wichtig, weil in Amerika die Analyse hochangesehen ist und man damit ja auch propagandistisch gegen das Dunkelmannertum um Reagan Fortschritte erzielen konnte.

Das Bedürfnis nach Verurteilung der Sowjetunion, wie es Moment wirklich stark die Diskussion beherrscht, wird auch aus der Geschichte der SU abgeleitet...

Natürlich. Für Linke ist es der Verrat am Sozialismus, daher der Intimhaß.

... und in diesem Zusammenhang wollte ich dich auf den gerade verstorbenen Manes Sperber ansprechen, weil er als Kronzeuge gilt.

Man könnte ihn aber nicht mehr als Linken bezeichnen. Manes Sperber war jahrelang Kommunist gewesen und kam aus einer osteuropäischen jüdischen Familie. Dort wurden die Söhne der jüdischen Familien entweder Zionisten oder Kommunisten. Das ging dort auch quer durch die Familien. Werner Scholem beispielsweise war in der kommunistischen Rechtsfraktion und wurde von Lenin in seinem Buch „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrank-

heit im Kommunismus“ angegriffen, während sein Bruder, Gershom Scholem, ein radikaler Zionist wurde (kein linker Zionist), der mitgeholfen hat, den armen Adorno dazu zu überreden, die nachgelassenen Schriften von Benjamin zu verfälschen, also Stellen zu „korrigieren“, die zu prokommunistisch waren.

Zu verfälschen, täuschlich?

Ja, zurück zur Sowjetunion. Ihre Geschichte ist die Geschichte des Verrats an allen Idealen des Sozialismus und des Kommunismus. Nur daß dieser Verrat nicht immer ganz freiwillig und nicht ganz bewußt erfolgt ist. In Wirklichkeit sind das tragische und komplizierte Prozesse. Sogar ein Stalin, für den ich wirklich nicht allzu viel übrig habe, hat 1927, als Sinowjew und Kamenew zu ihm kamen und ihm vorschlugen, er solle doch den Trotzki hinrichten lassen, gesagt: Genossen, Vorsicht mit der Guillotine; wenn wir es heute praktisch finden, einen Genossen zu köpfen, dann sind es morgen zwei und übermorgen drei, und bevor wir wissen, was los ist — was ist dann von der Partei übrig geblieben? Und er hat damals dem Trotzki nichts getan. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß er Sinowjew und Kamenew umbringen ließ, noch bevor er den Trotzki umbringen ließ... dann Jahre später

Kann man aus der Geschichte, wie es etwa Sperber tut, folgern, es bestehe eine sowjetische Bedrohung, es gebe die sowjetische Aggressivität und das Ziel, das sowjetische Gesellschaftsmodell Europa aufzuzwingen?

Der Wunsch kann natürlich bestehen, denn Politik ist die Kunst, sich Trümpfe zu verschaffen. Es ist selbstverständlich, daß jede Seite das versucht. Das ist in jeder politischen Partei so, in jedem Land und in jeder Gruppe, die sich als Gruppe konstituiert. Nur daß die Russen es so wenig gut gemacht haben, daß die einzige Chance, die ihnen geboten wurde, eigentlich durch Hitlers Aggressionskrieg und durch den Zusammenbruch dieses Aggressionskriegs gegeben war. Sonst hätten sie auch nicht so weit nach Westen vorstoßen können, wie sie gekommen sind. Heute haben sie alle Mühe, ihren eigenen Block zusammenzuhalten. Die Fluchtenden in Polen, in der CSSR, in Rumänien oder Ungarn haben wir gesehen. Jeder unbefangene Beobachter sieht, daß die Russen im wesentlichen Angst haben. Man kann natürlich auch aus Angst aggressiv sein. Der Gedanke, daß sowjetische Generalsstabsmitglieder Pläne zu einem Erstschlag erarbeiten, um einem amerikanischen Erstschlag zuvorzukommen, ist nicht nicht ganz von der Hand zu weisen. Das beste Mittel dagegen ist klarzumachen, daß man keinen Erstschlag führen wird. Ein Erstschlag der Sowjetunion würde sie zudem auch nicht retten, sondern wäre immer noch ein verzweifelter Manöver, und das wissen die sowjetischen Generäle genau.

Ein Erstschlag der Sowjetunion würde sie zudem auch nicht retten, sondern wäre immer noch ein verzweifelter Manöver, und das wissen die sowjetischen Generäle genau.

In der Hauptstadt

„Wer herrscht hier?“ fragte ich Sie septen: „Das Volk natürlich“

Ich sagte: „Natürlich das Volk aber wer herrscht wirklich?“

Bei den Genfer Verhandlungen hat man ja auch gesehen, daß England und Frankreich darauf bestanden haben, daß ihre Waffen nicht mitgezählt werden, was im Fall Frankreichs ein sehr schwaches Argument ist und im Fall Englands, das Vollmitglied der NATO ist und dessen Atomwaffen der NATO unterstehen, ein vollständig blödsinniges Argument ist, welches in England auch in liberalen Kreisen auf Unverständnis stößt. Man hat also gesehen, wie diese Verhandlungen geführt wurden. Rostow und Gray, die amerikanischen Unterhändler, sind sog. Falken, harte Männer. Trotzdem wurden sie von Reagan entlassen, weil er meinte, diese Leute würden zuviel Wert darauf legen, zu einem Übereinkommen zu kommen. Sie wurden ersetzt durch Adelman, der schon vorher erklärt hatte, er halte diese Verhandlungen überhaupt für einen Unsinn. Den Bock, der sich als Bock gemeldet hat,

Fortssetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zum Gärtner zu machen, zeigt doch, was da beobachtet war. Ganz abgesehen von den anderen Erklärungen Reagan, der ja manchmal recht ehrlich ist. Er glaubt an die Offenbarung Johannes' und an Harnagedon, und daß dieser letzte Kampf jetzt in unserer Generation auf uns zukommt. Da er einer der zwei Menschen auf Erden ist, die diesen letzten Kampf auslösen könnten, ist es sehr unangenehm, daß der idiot daran glaubt.

Not kennt kein Gebot

Heute haben wir leider für Feinheiten keine Zeit

sagte einer den ich schon vor Jahren als Grobian kannte

Was ist deine Meinung zu der heiß diskutierten Sperber-Idee, die er nämlich der Friedenspreis-Verleihung gewidmet hat, und die ja eigentlich nur Ausdruck einer starken Stimmung innerhalb der französischen Intellektuellen ist?

Die ist natürlich keine reine Kriegstreiberlei gewesen. Ingeborg hat da unrecht, indem er das so verurteilt hat. Es war viel komplizierter. Manes Sperber hat gedacht, daß ein unabhängiges Europa, eine Art gesamtwesteuropäischer Ombudsman, natürlich die Interessen Europas vertreten würde und nicht die Interessen Amerikas. Und Europa würde sowieso keinen Atomkrieg wollen. Aber es müsse stark sein, denn die Russen verstehen nur Stärke. (Ob die Russen nicht heute wirklich nur Stärke verstehen, das ist eine Frage, die ich keineswegs von vornherein völlig verneinen würde. Besonders verstehen sie aber nur Stärke, solange ihnen nur mit Stärke begegnet wird. Wenn ihnen mit Entgegenkommen begegnet würde, würden sie auch andere Dinge verstehen lernen, denn ihre Lage ist eine ziemlich verzweifelte. Manes Sperber hat die Idee schon die Idee von der Gaulle keineswegs ein völliger Unsinn. Es hat sich gezeigt, daß die Amerikaner sich ein einziges Europa als Bedrohung empfinden, weil sie nicht eine andere Supermacht haben wollen. Als es um die Erdgas-Versorgung aus der Sowjetunion ging, wollte sich die Reagan-Regierung sperren, und plötzlich waren die proreaganische Mrs. Thatcher, der in der Außenpolitik ebenfalls recht wjetunion ging, wollte sich die Reagan-Regierung sperren, und plötzlich waren die proreaganische Mrs. Thatcher, der in der Außenpolitik ebenfalls recht

wjetunion ging, wollte sich die Reagan-Regierung sperren, und plötzlich waren die proreaganische Mrs. Thatcher, der in der Außenpolitik ebenfalls recht proreaganische Mitterand, die Bundesrepublik und das linke Griechenland sich völlig einig darin, gegen diese Politik Amerikas zu sein. Die westeuropäischen Regierungen sind zwar Juniorpartner, wollen oder müssen es sein, aber sie wollen keine Sklaven sein.

Dieses Europa ist jedoch so weit weg davon, sich wirklich als integrierte Macht zu konsolidieren — es fällt ja gegenwärtig immer noch fast auseinander, wenn auch nur die landwirtschaftlichen Zuwendungen verhandelt werden — und Amerika würde dem auch so viele Hindernisse in den Weg legen, daß die Vorschläge von Manes Sperber in der Zeit, in der es darauf ankommt, einen Atomkrieg zu verhindern, also im Laufe der nächsten Jahre, nicht reifen könnten.

Kann es denn überhaupt sinnvoll sein, die Atomkriegsgefahr durch eine zusätzliche atomare Großmacht zu beseitigen?

Darüber könnte man sprechen. Vielleicht immer noch lieber eine eigene Macht, die am Überleben interessiert ist, als eine weiße Macht, die nicht unbedingt am Überleben Europas interessiert ist, weil Europa der große Konkurrent ist.

Du überzeugst mich nicht.

Mich auch nicht. Aber es ist — wie oft an Dingen, die falsch sind — ein funken Wahrheit darin. Man soll den alten Sperber nicht für einen blöden alten oder für einen Menschen, der sich nach Atomkrieg schaut, sondern für jemand, der schon darüber nachgedacht hat und einen politischen Vorschlag gemacht hat, den er subjektiv ehrlich gemeint hat, der aber, weil er verschiedene quantitative Dinge falsch eingeschätzt hat, falsch ist.

Er könnte aber auch verheerende Wirkungen haben.

Er ist verheerend, ja!

... weil die westeuropäischen Staaten keine Friedensengel sind, sondern ähnlichen ökonomischen Triebkräften unterliegen wie die USA auch.

Ja, aber wir verlangen von Menschen bzw. Menschengruppen im Allgemeinen nicht mehr als aufklärten Egoismus. Man muß nicht ein Friedensengel sein, um zu wissen, daß ein Atomkrieg in Europa der eigene Untergang wäre. Wir sehen, daß der Kohl, der stark im Gefolge Amerikas war und immer noch zu sein versucht, trotzdem von einem gewissen Zeitpunkt an richtig Angst gekriegt hat, als er sah, daß diese Verhandlungen wirklich gescheitert waren. Er hat dann versucht, sich daran zu klammern, daß die Verhandlungen ja weitergehen könnten. Das war nicht nur ein Trick. Das war wirklich Angst, weil er ja nicht will, daß Deutschland in einen Atomkrieg verwickelt wird. Nur konnte seine Politik den Abbruch nicht gut verhindern, weil er von verschiedenen Interessen hergezerrt wurde und nicht Manna genug ist, um eine entschiedene Politik gegen diese Entwicklung zu stellen.

Was mir aber z.B. von der Marxistischen Gruppe in Bremen gesagt wurde, daß es dem Kohl völlig wurscht sei, ob Deutschland eine atomare Wüste wird oder nicht, solange er in einem Bunker sitzend die deutschen Kapitalinteressen wahrnehmen kann, ist nicht Marxismus, sondern Dummheit. Denn abgesehen davon, daß er nicht so konstruiert ist, daß er die Verwandlung Deutschlands in eine Wüste wirklich aushalten könnte, kann man auch nicht die Kapitalinteressen Deutschlands wahrnehmen, wenn es eine atomare Wüste ist. Erstens wäre das Meiste kaputt, was nicht irgendwo in nicht zerstörten Teilen der Welt investiert worden ist, und zweitens könnte man Kapitalinteressen dann gegenüber Amerika nur noch von einer Position völliger Machtlosigkeit aus verteidigen. Große Kapitalinteressen wahrzunehmen, ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern immer auch eine Machtfrage. Das weiß auch Kohl.

Angst und Zweifel

Zweifle nicht an dem, der dir sagt, er hat Angst

aber hab Angst vor dem, der dir sagt, er kennt keinen Zweifel

Ist es das „Stalin-Trauma“ der Linken, das man sich heute teilweise sogar eine starke Militärmacht gegen die Sowjetunion wünscht?

Stalin ist auch ein Reizwort geworden, die Sache ist aber, Stalin ist ein vergrößerter und schlechter, aber wahrscheinlich lange Zeit subjektiv ehrlicher Schüler von Lenin gewesen, bevor er von Verfolgungswahn befallen wurde. Ich glaube, daß die Sache schon auf Lenin zurückgeht. Ich glaube, daß die Kritik der Rosa Luxemburg an den Leninischen Normen in ihrem Artikel „Über Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ vom Jahr 1904 und dann viel später nochmals in ihrer Schrift „Kritik der russischen Revolution“ vom Jahr 1918 vorausgesehen hat, was beim demokratischen Zentralismus usw. herauskommt. Diese Gedanken und Kritiken haben sich voll bestätigt und sind von der Wirklichkeit sogar noch bei weitem übertroffen worden. Wenn nämlich organisatorisch gegen die Selbstentfremdung und Verdinglichung einer Machtstruktur nicht genügend Sicherheiten eingebaut sind, dann wird diese Machtstruktur entfremdet und verdinglicht werden. In diesen Worten hat sie es nicht gesagt, weil Entfremdung und Verdinglichung innerhalb des Marxismus damals nicht so moderne Ausdrücke waren wie zu Zeiten des jungen und mitleidigen Marx und Engels oder wie heute. Aber sie hat genau das gemeint; das kann man in diesen beiden Schriften nachlesen. Wenn man heute die Widerlegungen dieser Artikel nachliest — von Clara Zetkin, der es schwergefallen ist, sie zu widerlegen, weil sie mit Rosa Luxemburg gut befreundet war, und von Georg Lukacs o.s. — dann sind diese Widerlegungen tragikomisch, weil sie ihrerseits durch die Geschichte widerlegt wurden.

Das heißt noch nicht, daß wir eine wesentlich stärkere Kampfstruktur erfolgreich aufgebaut hätten als mit dem demokratischen Zentralismus damals.

Aber das heißt, daß der demokratische Zentralismus ein sicheres Mittel ist, daß die Sache danebengeht. Und so geschah es in einem Land nach dem anderen.

Kann denn die Organisationsform tatsächlich eine so entscheidende Rolle spielen? Sind es nicht wesentlich Klassenkräfte der Geschichte gewesen, die zu einer enttäuschenden Entwicklung geführt haben, der permanenten Krieg, in den die Sowjetunion von Anfang an verwickelt war, die Einkreisung, die ökonomischen Schwierigkeiten?

Da kann man aber nur dagegen machen. Wenn man den Kapitalismus stürzen will, kann man nicht erwarten, daß sich die Kapitalisten nicht dagegen verteidigen werden. Leider Gottes hat sich eben die ursprüngliche Vorhersage von Marx und Engels, daß die für sich streitenden Länder aus einer Revolution haben werden nicht bewahrheitet. Sonst wäre nämlich ein Interventionskrieg der rückständigen Länder gegen die fortgeschrittenen ein recht aussichtsloses Unternehmen gewesen. Die Interventionskriege — sowohl die ersten als auch der zweite, nämlich von Hitler — wurden aber von fortgeschrittenen Ländern gegen verhältnismäßig rückständige geführt, und dadurch ist es viel länger geworden. Im ersten Krieg wurden 84% des ohnehin schon geringen sowjetischen Produktionspotentials vernichtet. Und im zweiten unter Hitler war es wieder ungefähr diese Größenordnung.

Ich wollte damit sagen, daß Krieg nicht nur ein Mittel ist, ein fremdes Land zu erobern, sondern auch das beste Mittel, ein sozialistisches Experiment kaputtzumachen. Wenn in Angola alle vier Monate sudanesischen Soldaten im Land stehen oder Nicaragua jeden Tag mit einer Intervention rechnen muß, soll man sich nicht wundern, daß großartige gesellschaftliche Fortschritte ausbleiben.

Ja sicher, aber solange es ein Amerika gibt oder ein Sudalika, können wir uns darüber nicht wundern. Oder kann irgendein vernünftiger denkender Mensch glauben, daß die größten imperialistischen Hochburgen demokratisch sagen werden. Nun ist die Geschichte gegen uns ausgegangen — jetzt schauen wir zu und warten darauf, daß man uns den Rest gibt? So wird Klassenkampf nicht geführt von den Mitgliedern der herrschenden Klasse. Die kommunistischen Analysen des Kapitalismus sind ja im Großen und Ganzen richtig. Allerdings hat es auch da Fehler gegeben. Stalin hat geglaubt, daß schon 1948 eine ganz große Krise in Europa sein werde, und daß ihm Europa dann sozusagen in den Schoß fällt. Er hatte nicht mit der Marshall-Hilfe gerechnet. Diese Marshall-Hilfe, die sehr erfolgreich war, hat Europa natürlich nur der Sowjetunion zu verdanken. Sonst hätte Amerika sich ja nicht gezwungen gesehen, seine eigenen Konkurrenten wieder aufzubauen. Die Sowjetunion könnte diese Dankeschuld niemals für sich reklamieren, weil sie ideologisch behauptete, die Marshall-Hilfe taue nichts.

Man muß aber auch sehen, daß der Stalinismus, also das Terror-Regime, in der Sowjetunion heute überwunden ist. Denn jetzt ist es kein Terror-Regime mehr. Es ist ein sehr repressives, unangenehmes, bürokratisches Regime, aber den wirklichen stalinistischen Terror gibt es seit Chruschtschow nicht mehr. Ich erinnere mich daran, wie ich mit dem Havemann und dem Biermann in Ostberlin saß, und Biermann meinte, das sei ja reiner Stalinismus. Da sagte Havemann halt, halt, halt — das ist alles sehr schlecht und alles sehr repressiv und unangenehm, aber wenn das wirklich noch Stalinismus wäre, dann säßen wir drei nicht hier und lästerten. — Das stimmte natürlich. Die Frage ist: Wie kann man es retten? Wie kann man die Sowjetunion retten? In sozialistischen Ländern habe ich häufig Studenten getroffen, die gemeint haben, sie würden gern den Kapitalismus wiederhaben, denn vom Kapitalismus könne man zu einem wirklichen Sozialismus viel leichter kommen als von dem System, das sie jetzt hätten. Das ist natürlich ungeheuer naiv. Sie glauben, daß der Kapitalismus, den sie dann kriegen würden, ein liberaler Kapitalismus wäre, und das wäre er ganz entschieden nicht: Das wäre ein Kapitalismus, der lyrisch viel dazugelernt hätte. — Aber wie kommt man von dort weiter? Das erste bedeutende Buch von Bahro, die „Alternativen“, war ja dadurch so faszinierend, daß es mit den Mitteln des altenmodernen klassischen Marxismus den Produktions- und Zirkulationsprozeß der sogenannten sozialen Länder zu analysieren versucht hat und die Kräfte dargestellt hat, auf die man sich stützen könne. Ich glaube, was er da geschrieben hat,

war damals qualitativ richtig und quantitativ falsch, d.h. er hat die Kräfte überschätzt, auf die man sich stützen kann. Und er ist ja davon dann auch abgekommen — ich würde manchmal fast sagen: Leider. Denn er stellt jetzt den Klassenkampf im Westen zu weit zurück, glaube ich.

So gut wie vollständig. Und mit seiner Teilnahme an den Sonnyas-Vorlesungen erledigt er sich selbst.

Das ist nicht ganz so einfach. Ich kenne auch andere Linke, die sich seinerzeit Pöbeln angesehen haben und die natürlich wissen, daß der... — na, wie heißt der Kerl? — der Baghwan korrupt ist, aber trotzdem sehen, daß es doch viel Besseres hat, wenn man etwas gegen die psychischen Prozesse tut, durch die die Unterdrückung in unserer Gesellschaft aufrechterhalten wird, z.B. sexuelles schlechtes Gewissen usw. Das wird natürlich von Baghwan mißbraucht, teils um seines Einkommens willen, teils um einer ungeheuren Versimpelung willen. Es gibt auch so etwas wie repressive Entsublimierung, ein Ausdruck, der von Hartmut Reiche zur Zeit der Studentenbewegung benutzt wurde, soweit ich mich erinnere, auch von Marcuse. So etwas gibt es auch beim Baghwan. Trotzdem ist er nicht in einem Atemzug etwa mit der Moon-Bewegung zu nennen. Der Baghwan ist nicht aktiv reaktionär, sondern wirkt nur gegenteilig reaktionär, indem er Kräfte ablenkt usw. Aber die Praktiken, die Gruppenkuren, die entwickelt wurden, hätten, wenn sie nicht anders gerichtet wären, auch positive Möglichkeiten. Das ist manchmal so wie mit der bürgerlichen Wissenschaft, die natürlich im Großen und Ganzen im Interesse der herrschenden bürgerlichen Klasse steht, aber in der sich immer auch Dinge entwickeln, die eigentlich im Gegensatz zu dieser stehen.

Ich sehe das anders.

Der Bahro ist einfach verzweifelt und sucht rum ... und macht dabei auch einen Fehler nach dem anderen. Aber ich glaube nicht, daß es eine Endphase ist.

Nein, es geht mir auch nicht darum, den Stab über ihn zu brechen. Es ist vielleicht weit hergeholt, aber ich habe einfach den Eindruck, was sich da auf ganz verschiedenen Ebenen entwickelt, das ist Identismus, das ist Kaut. Das ist die Annahme, daß der Geist die Materie bewegt und nicht umgekehrt.

Allerdings ändert sich dieses Element auch bei Marx und Engels, die durchaus davor warnen, die Funktion des Überbaus zu unterschätzen. „Wenn der Geist die Massen ergreift“ — leidet gilt auch: Wenn der Ungeist die Massen ergreift. Aber ich glaube, diese Tendenz ist unvermeidlich. Da die großen linken Organisationen des Jahreslang unterschätzt haben, gibt es jetzt einen Pendelschlag zur Überhöhung. Auch deshalb, weil es so viele frustrierte Linke gibt, die nicht wissen, wie man die Massen anders ergreifen kann. Wenn eine wirkliche Bewegung aufgezogen werden könnte, die an die Massen genügend nahe ran käme, dann würde dieser Fehler, der zum Teil Verzweiflungsprodukt ist, viel weniger gemacht werden. Natürlich bliebe es deswegen trotzdem ein Fehler.

Tauscht in diesem Kuddelmuddel der westdeutschen Linken — Grüns, Alternativen, Linke, Bahro usw. — irgendwo auch deine Identität auf und zu welcher Stelle?

Also erstens sehe ich meine Identität nicht, ich bin nicht identisch mit mir, sondern ich wackle, ich gucke verzweifelt nach überall hin, wo man einen Halt und einen Anhaltspunkt gewinnen könnte, um wirksam zu werden. Aber davon findet man nicht viele. Die ganze Bestrebungen um eine neue Lebensqualität sind potentielle Rebellionen, die zum Teil in Handwerkelei und Theorietun stocken bleiben, aber nicht unbedingt daran erkricken müssen. Es gibt in der Friedensbewegung psychologische Ansatzpunkte wie den von Horst Eberhard Richter, an dem eine ganze Menge dran ist. Es gibt in der bürgerlichen Psychologie die keimerwegs besonders linke Alice Miller, die aber im Unterschied zu Freud und seiner Triebtheorie nicht für das Establishment, nicht für die Eltern und Lehrer, für die repressiven Einflüsse, sondern für die Patienten und unterdrückten Partei nimmt. Dadurch soll den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, Kampfarbeit und Trauerarbeit zu ihrer eigenen individuellen Emanzipation ohne schlechtes Gewissen zu leisten, was ungeheuer wichtig ist. Marx hat im kommunistischen Manifest gesagt, daß die freie Entfaltung des Einzelnen die Vorbedingung der freien Entfaltung aller ist. Das haben kommunistische Organisationen leider im-

mer wieder vergessen. Es gilt aber immer noch. Ich habe Genossen erlebt, die bereit waren, sich für die Sache in Stücke reißen zu lassen. Wenn sie aber ihre Neurosen und ihr eigenes falsches Bewußtsein in den Kampf eingebracht haben, dann haben sie dem Kampf geschadet. In England hatten wir im Krieg eine erfahrene Genossin, die zu jedem Opfer bereit war. Als Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion begonnen hatte, brachte sie den Antrag ein, daß alle kommunistischen Frauen, die jetzt schwanger würden, eine Abteilung machen lassen sollten, weil alle Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion eingesetzt werden müßten. In der Partei wurde dann gefragt: Sag, Eva, ich hab' gehört, du kennst keine Kinder kriegen, stimmt das? — Es stimmte. Damit war dieser Antrag gestorben. Das zeigt, wie bei großer subjektiver Ehrlichkeit die eigenen ungelösten Probleme die politische Tätigkeit gefährlich machen können.

Sie

Sie frißt Ihre Kinder, sie trinkt das Blut Ihrer Toten, sie predigt den Tauben, sie kennt keine höheren Werte

Sie verlißt Ihren Weg, sie wankt von Verrat zu Verrat, von Fehler zu Fehler, sie schläft in den Niederlagen

Daß sie unnötig ist, lernt jedes Kind in der Schule, daß das Volk sie nicht will, hat das Volk sich endlich gemerkt

Daß sie nicht schlafen kann, ist zehnmal genau bewiesen, Die sie bewiesen haben, schlafen nicht gut

Die an sie glauben, sind manchmal müde von Zweifeln, Einige die sie hassen, wissen sie kommt

Problem erkannt — aber Gefahr leider nicht gebannt. Wenn ich mal unsere bescheidene Organisation nehme, da werden solche Fragen eigentlich seit Jahren diskutiert. Aber erstens, was kann man wirklich zur Lösung tun? Und zweitens bekommt man oft den Eindruck, daß diese Diskussionen zur politischen Handlungsfähigkeit führen.

Und wiederum bekommt man oft den Eindruck, daß diese Diskussionen zur politischen Handlungsfähigkeit führen.

Ich glaube, solche Krisen sind unvermeidbar. Wir wollen immer ein neues Leben beginnen, ohne ein neues zu sterben. Aber man kann nicht ein neues Leben beginnen, ohne ein wenig zu sterben. Man soll nur schauen, daß man dabei nicht ganz stirbt. Aber man darf sich notwendigen Entwicklungen nicht verschließen, weil sie nicht ohne Krisen herbeizuführen sind. Je länger man es aufschiebt, desto gefährlicher wird die Krise. Man muß sich darüber klar sein, daß Politik heute nicht ohne Kommunikationstheorie und Soziologie gemacht werden kann; ohne naturwissenschaftliches Wissen sowieso nicht, aber auch nicht ohne psychologische Wissen. Da haben sich Marx und Engels in mancher Hinsicht getrennt. Sie haben geglaubt, daß sich Menschen in Krisen-Situationen von selbst immer mehr um ihre wahren Interessen scharen würden. Das ist ihnen überhaup nicht zu verübeln, denn sie waren Söhne der Aufklärung und haben daher den Wirkungsbereich der ratio überschätzt. Denn das war das, in dessen Zeichen zu ihrer Jugendzeit eine große Befreiung versucht worden war. Natürlich hält man daran fest. Aber wir wissen heute, daß in Krisen-Situationen das irrationale Panik-Denken blüht. Man arbeitet dem irrationalen Denken nicht entgegen, indem man die Augen davor verschließt. Man muß versuchen, dem zeitweiligen entgegenzuwirken. Die Psychologie-Fremdlichkeit der Linken kam eigentlich erst mit der stalinistischen Entartung wirklich ganz entschieden auf. Bei Marx und Engels ist es ungeheuer interessant zu sehen, daß sie sich über Bewußtsein, über richtiges und falsches Bewußtsein, sehr den Kopf zerbrochen haben, was dann später vulgarisiert wurde. Die bürgerliche Wissenschaft hat natürlich Versuche, eine linke Psychologie aufzubauen, bekämpft. Ich denke da nicht nur an Wilhelm Reich, sondern auch an seinen Vorläufer, Otto Gross, der 1920 gestor-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ben ist, über den auch Franz Jung geschrieben hat. Es gibt ein außerordentlich gutes Buch über ihn von Emanuel Hurwitz, „Otto Gross — Paradiesucher zwischen Freud und Jung“. Das Wesentliche an diesem Paradies-Sucher war, daß er ebenso wie der Verfasser dieses Buches ein Linker war. Er hat versucht, Psychologie und Politik zu verbinden und dabei auch neue Formen anstelle der viel zu umständlichen Freud'schen Analyse zu entwickeln.

Ich glaube, wir kommen darum nicht herum, daß die Menschen auch sich selbst als Instrument des sozialen oder revolutionären Handelns erkennen müssen. Denn wenn sie sich selbst falsch einschätzen, dann werden die ihre Handlungsweisen und deren Effektivitäten zwangsläufig falsch einschätzen müssen. Allerdings kann diese Selbsteinschätzung nicht durch einen dauernden Rückzug aus politischer Aktivität erfolgen — gar nicht mal wegen der Loyalität zur politischen Bewegung, sondern weil man etwas tun muß um Erfahrungen daraus zu ziehen, sonst kommt man zu falschen Folgerungen. So einfach ist das. Ich glaube nicht an eine revolutionäre Doppelmoral. Politischer Mensch oder Revolutionär soll man freiwillig sein. Wenn man die Nase davon voll hat, dann macht man es ohnehin nicht mehr gut, auch wenn man es aus Pflichtgefühl macht. Aber man soll sich davor hüten, die Dinge so zu akkumulieren, daß man die Nase davon voll hat. Das Komische ist, daß ich in meinem doch jetzt schon ziemlich langen politischen Dasein immer bemerkt habe, daß es die Typen sind, die am intensivsten in eine Sache hineingehen, die manchmal dann die Nase

die am intensivsten in eine Sache hineingehen, die manchmal dann die Nase davon voll haben und ganz umfallen, ganz ausgebrannt sind. Während die Leute, die bei einer Sache mitmachen, aber sich auch das Recht des Zweifels und das Recht der Selbstkritik bewahren — nicht nur im Sinne bolschewistischer Selbstkritik, sondern im Sinne einer gesamtwissenschaftlichen Kritik an sich als Erkenntnisinstrument — die fallen auch nicht so hundertschätzprozentig um nach der anderen Seite.

Aufklärungsarbeit

Er wollte bewiesen
daß er tun dürfe
was er tun mußte

Das gelang ihm
doch nun
war es zu spät
es zu tun

(aus: Erich Fried, „100 Gedichte ohne Vaterland“; Wagenbach, Berlin)

Willst du das wirklich als Regel aufstellen?

Natürlich nur im Allgemeinen. Wenn man Normen festlegt — so sind die Leute —, wird es immer falsch. Es gibt viel zu viele Faktoren dabei.

Jedenfalls glaube ich, daß es sehr viele Ansatzpunkte gibt, linke Politik weiterzuentwickeln — auch all das, über das man jetzt lacht. Nur entsteht diese Ansatzpunkte, wenn man sie nicht im Zusammenhang sieht, wenn man nicht versucht, sie theoretisch wieder zusammenzufassen. Zum Beispiel kann die Frauenbewegung nicht nur zur Empowerment in ihren eigenen Reihen führen, sondern lächerlicherweise auch zur Übernahme von Verhaltensmustern der entfremdeten Männer. Aber wenn das reflektiert wird, wenn man sein Tun selbst beobachtet, wenn man dabei die Aktivität im Augenblick vielleicht ein bißchen reduziert wird, weil man auch Zeit braucht, um Forschungen anzustellen, dann wird man vor solchen katastrophalen Entwicklungen bewahrt bleiben.

Du hast also nichts davon, zu sagen: Sie Leute, jetzt schaut euch mal wieder stärker um die Hauptfragen.

Nein, es gibt keine Hauptfragen. Der Stalin hat einmal etwas ungeheuer intelligent gesagt, was natürlich in Stalin's Mund mir auch einen Schauer über den Rücken jagt, weil ich denke, welche blutigen Folgen es gehabt haben kann. Er hat gesagt, die gefährlichste Abweichung sei die, gegen die man zu kämpfen aufgehört hat. Das ist das Beste, wie wenn ein Stratege sagt: Die gefährlichste Stelle in unserer Schlachtlage ist immer die, die wir gerade vernachlässigen. Wir dürfen nicht vernachlässigen. Wir müssen suchen, ein allumfassendes, die ganze Spannbreite

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil XIII

Antisemitismus und Zionismus

Der Zionismus als politische (Jugend-)Bewegung entstand aus einem bestimmten sozial-politischen Kontext im Osteuropa des 19. Jahrhunderts als eine Reaktion auf den Nationalismus der sich formierenden östlichen Bourgeoisien.

Die gleichen sozial-politischen Bedingungen machten Osteuropa zur Wiege sowohl der sozialistischen jüdischen Arbeiterbewegung als auch des Linkzionismus.

Noch ein Jahr vor Gründung der SDAPR und parallel zum ersten zionistischen Kongreß in Basel wurde der „Allgemeine jiddischer Arbeiterbund für Litauen, Polen und Rußland“ 1897 in Vilna gegründet, allgemein als „Bund“ bezeichnet. Der Zionismus selbst blieb bis zum zweiten Weltkrieg eine kleine, wenn auch relativ gut organisierte Minderheit innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit. Das westeuropäische Judentum, hierbei insbesondere seine religiöse Vertretung, das im Zuge der französischen Revolution die formelle Rechtsgleichheit erlangt hatte,

der jiddischer Arbeiterbund hat in meile Rechtsgleichheit erlangt hatte, lehnte allgemein den Zionismus ab. In Deutschland wurde 1893 der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ gegründet, später die größte Organisation des deutschen Judentums, der als ersten Programmpunkt die Verbundenheit mit Deutschland betonte.

In der Geschichte hatte es zwar immer wieder Projekte zur Rekonstruktion eines jüdischen Zentrums auf palästinensischen Boden gegeben, sie blieben aber alle praktisch bedeutungslos. Bis zum 19. Jahrhundert gab es keine Emigrationsbewegung nach Palästina.

Das osteuropäische Elend

Beim Ausbruch des ersten Weltkriegs lebten 5,5 Millionen Juden im russischen Reich, über 2,5 Millionen in Österreich-Ungarn, 300 000 in Rumänien (insgesamt in Europa: An die 11 Millionen).

menschlicher Aktivitäten einschätzen, des Denken und Theoretisieren und eine entsprechende Praxis zu entwickeln. Das ist ganz klar. Wenn wir eine mal hematische Formel aufstellen und sagen, das Resultat, das hinter dem Gleichheitszeichen steht, ist das Resultat von soundsoviel Faktoren, die durch eine Klammer oder anders mit einander verbunden sind, dann kommen wir zu einem falschen Resultat, wenn wir nur einen einzigen Faktor auslassen. Wir kommen sogar dann zu einem falschen Resultat, wenn wir den Faktor nicht auslassen, sondern ihn nur quantitativ falsch einschätzen. Denn bekanntlich machen zu große quantitative Irrtümer Sprünge in die Qualitative.

Das sind alte Geschichten. Wenn Lenin irgendwann erklärt hat, daß das europäische Proletariat gegenüber der russischen Revolution versagt hat, stimmt das zwar und er hat das ganz ehrlich gemeint. Aber darüber verlor sich eine soziologisch falsche Einschätzung der Situation in den westlichen Ländern. Letzten Endes muß man dem Lenin sagen: Du bist aus verständlichen Gründen — weil niemand vollkommen ist und seiner Zeit so ganz und gar voraus sein kann — ins Moralisieren geraten mit so einer Bemerkung, weil du einige Faktoren quantitativ nicht richtig erkannt hast. Natürlich ist auf der anderen Seite auch Rosa Luxemburg ins Moralisieren geraten, weil sie die Kampfkraft nicht richtig eingeschätzt hat und ja auch versucht hat, mit dreißig Kadern in Berlin Revolution zu machen im Jahr 1919. Das konnte nicht gehen. Das war eigentlich genauso dumm wie die RAF. Aber wenn ich „genauso dumm“ sage, dann möchte ich hinzufügen, daß ich die Rosa Luxemburg ungeheuer liebe und verehere, und daß ich übrigens auch die Ulrike Meinhof für einen ganz großartigen Menschen gehalten habe. Aber Menschen machen eben entscheidende Fehler.

Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts lebten in Warschau 125 000 Juden, Wien, Odessa, Budapest (wie auch New York und Berlin) hatten Gemeinden mit über 50 000 Menschen.

Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts verschlechterten sich die Lebensbedingungen des Ostjudentums kontinuierlich. Die Aufstände des 17. Jahrhunderts, der Kosaken-Aufstand, die Chmelnizki-Bewegung, hatten die jüdischen Händler und Vermittler als Zielscheibe. Die kapitalistische Entwicklung im Laufe des 18. Jahrhunderts erschütterte die ökonomischen Lebensgrundlagen — nämlich vor allem das Handwerk und den Kleinhandel — der jüdischen Massen. Waren 1914 72% der Geschäfte in den Dörfern jüdisch, sank ihre Zahl 1935 auf weniger als die Hälfte (Abraham Leon, „Judenfrage und Kapitalismus“, S. 92).

1926 war die Hälfte der jüdischen Werktätigen arbeitslos, darunter 80% der Handwerker (Nathan Weinstock: „Le sionisme contre Israël“, S. 26).

Vor dem zweiten Weltkrieg waren

40% der jüdischen Massen Osteuropas um finanzielle Hilfe bei humanitären Institutionen. Ihre traditionelle soziale Ordnung wurde zerstört, in die moderne Wirtschaft wurden sie nicht aufgenommen.

Der Wirtschaftsnationalismus der östlichen Bourgeoisien drückte sich in einem brutalen Antisemitismus aus.

- 1824: Vertreibung der Juden aus russischen Dörfern;
- 1835: Antisemitische Verfügungen des Zaren Nikolaus I., der insgesamt über 600 derartige Verordnungen erließ;
- 1821, 1859, 1871: Pogrome in Odessa;
- 1881-1884: Pogrome in Südrussland, die sogenannten „Stürme im Süden“;
- 1882: Neue antisemitische Verfügungen, u.a. — Niederlassungsverbot in Dörfern; Verbot, Grundbesitz außerhalb der Städte zu erwerben, Güter und Bauernland zu pachten;
- 1887: Einführung von Zulassungsquoten für Juden an Gymnasien und Universitäten;
- 1891-1892: Vertreibung jüdischer Handwerker aus Petersburg und Moskau;
- 1903: Pogrom in Kiew;
- 1905: Pogrome in über 700 Orten;
- 1906: Weitere Pogrome;
- 1909-1910: Wirtschaftsboykotte gegen Juden in Polen;
- 1910: Vertreibung aus Kiew;
- 1911-1913: Ritualmord-Prozess gegen den Juden Mendel Beilis (der mit einem Freispruch endete).

Besonders elend war die Situation der jüdischen Jugend, die „ohne Aussicht auf Integration in das Wirtschaftsleben im hoffnungslosen Elend dahinvegetierte“ (Abraham Leon, S. 94). Ein repräsentatives Beispiel aus einer polnischen Kleinstadt: „Nahezu 50% der Kinder jüdischer Händler arbeiten bei ihren Eltern mit, aber nur, weil es ihnen nicht gelingt, eine andere Beschäftigung zu finden. 35% erlernen irgendeinen x-beliebigen Beruf und die restlichen 25% sind zum Nichtstun verurteilt. 70% der Kinder von Handwerkern bleiben in den Werkstätten ihrer Eltern, obwohl diese nahezu ohne Arbeit sind und sehr gut ohne Hilfe auskommen könnten. 10% erlernen neue Berufe, 20% haben nichts zu tun. Die Söhne von Rabbinern und Angestellten der jüdischen Gemeinschaften neigen dazu, ihren Lebensunterhalt durch die Erlernung eines Berufes zu sichern. Die ganze Jugend möchte auswandern, 90% nach Palästina, aber ihre Chancen sind gering, da die Zahl der Auswanderungsgenehmigungen beschränkt ist. Aber das macht nichts, sie gehen selbst auf den Nord- und Südpol, nur um die Stagnation zu entfliehen“ (Abraham Leon, S. 94). Zahlen nach: „Die ökonomische Situation der Juden in der Welt“, Jüdischer Kongreß, Paris (1918).

Der Prozentsatz jüdischer Studenten in Polen verringerte sich zwischen 1923 und 1934 um 24,3% zwischen 1933 und 1936 um 13,2% — ähnlich in Litauen und Lettland. „Lange vor dem Judenstern führte die polnische Bourgeoisie die Ghettobanken in den Universitäten ein“ (Abraham Leon, S. 93, Zahlen, ebenda).

Die quasi Ineritanz jüdischer Arbeiter in der polnischen Industrie zeigt die folgende Tabelle (Zahlen von 1931, Tabelle aus: Nathan Weinstock, „Le sionisme contre Israël“, S. 23):

Betriebstypus	Juden	Nicht-Juden
Kleinbetriebe (Handwerk)	82%	37%
Mittlere Betriebe	13%	20%
Schwerindustrie	3%	42%

Die Zerstörung ihrer Lebensverwurderungen und die Vertreibung aus neuen Bereichen der Wirtschaft bewirkten zunächst eine innere Emigration hin zu den Städten.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts, aufgrund der Pogrom-Wellen, die sich zunächst in Rußland, später in Polen ausbreiteten, handelte es sich um eine Emigration ins Ausland. Die USA, die zur Verschärfung der Einreisebestimmungen ab 1921/1924, stehen dabei an erster Stelle, wie aus der Tabelle zu entnehmen ist.

Jüdische Emigration von 1880 bis 1929

Jahr	Rußland	Osteurop.	Rumänien	Groß-Britannien	Anderer Länder	Gesamt
Nach						
USA	1.749.000	597.000	161.000	114.000	264.000	2.885.000
Kanada	70.000	40.000	5.000	-	10.000	125.000
Brasilien	8.000	10.000	4.000	-	10.000	30.000
Argentinien	100.000	40.000	20.000	-	20.000	180.000
Mittel- oder Südamerika	5.000	10.000	3.000	-	10.000	30.000
Gesamt Amerika	1.936.000	697.000	193.000	114.000	314.000	3.254.000
Großbritannien	130.000	40.000	30.000	-	10.000	210.000
Deutschland	25.000	75.000	-	-	-	100.000
Frankreich	40.000	40.000	-	-	20.000	100.000
Belgien	15.000	30.000	-	-	5.000	50.000
Schweiz, Italien	30.000	-	-	-	-	30.000
skandinavische Länder	-	-	-	-	-	-
Gesamt Europa	340.000	185.000	30.000	-	35.000	690.000
Südafrika	45.000	10.000	-	-	5.000	60.000
Ägypten	20.000	10.000	-	-	5.000	35.000
Gesamt Afrika	65.000	20.000	-	-	10.000	95.000
Palästina	45.000	40.000	10.000	-	25.000	120.000
Australien, Neuseeland	5.000	10.000	-	-	5.000	20.000
Gesamt	2.386.000	952.000	233.000	114.000	389.000	3.975.000

(*) Galizien wurde 1920 Polen anverleibt, (**) Hierbei handelt es sich um russische Juden in Transit in Großbritannien.
(Quelle: Nathan Weinstock, „Le sionisme contre Israël“ S. 23)

Die Folgen der Verfolgungen

Historisch gilt als erster Theoretiker des Zionismus Moses Hess, der in der Bonner Judengasse aufwuchs, eine Zeitlang mit Marx und Engels zusammenarbeitete und später in Lassalles „Allgemeine deutscher Arbeitervereine“ eintrat.

In früheren Schriften wie „Die europäische Triasche“ (1841) forderte der damals 29-jährige noch die Assimilation der Juden zwecks ihrer Emanzipation.

1862 aber veröffentlichte M. Hess das Buch „Rom und Jerusalem“, die erste Beschreibung einer zionistischen Utopie. Sein Wandel wird allgemein auf die ersten Manifestationen des modernen Antisemitismus in Deutschland zurückgeführt.

Wie dem auch immer sei, „Rom und Jerusalem“ traf auf Unverständnis, Desinteresse und Skepsis. 1863, ein Jahr nach Erscheinen, waren gerade 160 Exemplare davon verkauft worden. Erst viele Jahre nach Moses Hess' Tod (1875) wurde es ins Yiddische, die Sprache der osteuropäischen Juden, übersetzt.

Die Pogromwellen in Rußland und Polen ab 1881 mit ihren barbarischen Ausbrüchen in Hunderten von Städten und Dörfern veränderten die Situation.

In Odessa, wo der letzte Pogrom drei Tage lang gewütet hatte, schrieb der Arzt Leo Pinsker das Buch „Autoemanzipation“ (1882). Pinsker nennt dort den Antisemitismus eine „unheilbare und erbliche Psychose“. Nur die Neu-Sammlung der Juden auf einem nationalen und autonomen Territorium könne ihnen auf Dauer Schutz und Asyl vor den Antisemiten gewähren. Pinsker dachte dabei nicht unbe-

dingt an Palästina: „Nicht das heilige Land soll jetzt das Ziel unserer Bestrebungen werden, sondern das eigene“ (Zitiert nach Ben-Sasson, „Geschichte des jüdischen Volkes“, Bd. III, S. 213).

Ebenfalls aufgrund der Pogromwellen erlebte die „Chowew Zion“-Zirkel („Liebhaber“ bzw. „Freunde Zions“), die schon länger existierten, einen neuen Aufschwung. Ab 1881 gründeten sich zahlreiche kleine nationalstädtische jüdische Zirkel von radikalisierten Studenten.

So wurde beispielsweise 1881 die „BILU“-Assoziation gegründet („Bilume, Haas Israel“), „Zweck der Genossenschaft ist die politische-ökonomische sowie geistig nationale Wiedergestaltung des hebräischen Volkes in Syrien und Palästina“ (Ben-Sasson, S. 212). Orthodoxe Juden nannten die BILU-Studenten „russische Anarchisten“. In der Tat übten die sogenannten utopischen Sozialisten großen Einfluß auf ihre Vorstellungen aus. In solchen Zirkeln, wie übrigens in den entsprechenden russischen, wurde beispielsweise Tschernyschewskis Roman „Was Tun“ mit großer Begeisterung gelesen. Eine bedeutende Strömung des russischen Zionismus identifizierte sich mit den Ideen Achad Haams (= Acher Chasberg; Achad Haam = „Einzelner aus dem Volk“). Achad Haam hatte wenig Interesse an einem Territorium, kam an einem Staat, sondern vor allem an einem „geistigen Zentrum“, das bedeutet an der Neugestaltung oder auch Konsolidierung eines jüdischen Nationalbewußtseins. Nach einer ersten Reise

nach Palästina kehrte Achad Haam scharf die Kolonisationspolitik der „Chowew Zion“.

Während der russischen Pogrome wanderten hauptsächlich aus Rußland 24.000 Juden nach Palästina. Die sogenannte erste „Alija“ („Einzug“) von 1880-1903.

Die sogenannte zweite „Alija“ („Einzug“) von 1903-1905.

Die sogenannte dritte „Alija“ („Einzug“) von 1905-1914.

Die sogenannte vierte „Alija“ („Einzug“) von 1914-1918.

Die sogenannte fünfte „Alija“ („Einzug“) von 1918-1924.

Die sogenannte sechste „Alija“ („Einzug“) von 1924-1929.

Die sogenannte siebte „Alija“ („Einzug“) von 1929-1933.

Die sogenannte achte „Alija“ („Einzug“) von 1933-1938.

Die sogenannte neunte „Alija“ („Einzug“) von 1938-1941.

Die sogenannte zehnte „Alija“ („Einzug“) von 1941-1945.

Die sogenannte elfte „Alija“ („Einzug“) von 1945-1948.

Die sogenannte zwölfte „Alija“ („Einzug“) von 1948-1953.

Die sogenannte dreizehnte „Alija“ („Einzug“) von 1953-1958.

Die sogenannte vierzehnte „Alija“ („Einzug“) von 1958-1963.

Die sogenannte fünfzehnte „Alija“ („Einzug“) von 1963-1968.

Die sogenannte sechzehnte „Alija“ („Einzug“) von 1968-1973.

Die sogenannte siebzehnte „Alija“ („Einzug“) von 1973-1978.

Die sogenannte achtzehnte „Alija“ („Einzug“) von 1978-1983.

Die sogenannte neunzehnte „Alija“ („Einzug“) von 1983-1988.

Die sogenannte zwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 1988-1993.

Die sogenannte einundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 1993-1998.

Die sogenannte zweiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 1998-2003.

Die sogenannte dreiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2003-2008.

Die sogenannte vierundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2008-2013.

Die sogenannte fünfundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2013-2018.

Die sogenannte sechszwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2018-2023.

Die sogenannte siebenundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2023-2028.

Die sogenannte achtundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2028-2033.

Die sogenannte neunundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2033-2038.

Die sogenannte zwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2038-2043.

Die sogenannte einundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2043-2048.

Die sogenannte zweiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2048-2053.

Die sogenannte dreiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2053-2058.

Die sogenannte vierundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2058-2063.

Die sogenannte fünfundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2063-2068.

Die sogenannte sechszwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2068-2073.

Die sogenannte siebenundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2073-2078.

Die sogenannte achtundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2078-2083.

Die sogenannte neunundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2083-2088.

Die sogenannte zwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2088-2093.

Die sogenannte einundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2093-2098.

Die sogenannte zweiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2098-2103.

Die sogenannte dreiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2103-2108.

Die sogenannte vierundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2108-2113.

Die sogenannte fünfundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2113-2118.

Die sogenannte sechszwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2118-2123.

Die sogenannte siebenundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2123-2128.

Die sogenannte achtundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2128-2133.

Die sogenannte neunundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2133-2138.

Die sogenannte zwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2138-2143.

Die sogenannte einundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2143-2148.

Die sogenannte zweiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2148-2153.

Die sogenannte dreiundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2153-2158.

Die sogenannte vierundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2158-2163.

Die sogenannte fünfundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2163-2168.

Die sogenannte sechszwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2168-2173.

Die sogenannte siebenundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2173-2178.

Die sogenannte achtundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2178-2183.

Die sogenannte neunundzwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2183-2188.

Die sogenannte zwanzigste „Alija“ („Einzug“) von 2188-2193.

Fortsetzung nächste Seite

1 Jahr Kanzler Kohl: Meine Bilanz

Interview mit dem Bundeskanzler von MAINHARDT GRAF NAYHAUSS
BILD: Vor genau einem Jahr gingen Sie als Sieger aus der Bundestagswahl hervor. Sind Sie mit dem Erreichten zufrieden?

Kohl: Ja, wenn ich bedenke, was alles gemacht werden mußte. Das ging ja schon mit dem Wahltermin an! Außerdem haben wir als Bundesrepublik Deutschland in West- und Ost enorm an Ansehen gewonnen. Unter anderem, weil wir in der Nachrüstung unser Wort gehalten haben. Ich war mir meiner Sache immer sicher. Aber hundertprozentig weiß das niemand.

Weiter Seite 2



Die Zunge
läßt Bundeskanzler Helmut Kohl manchmal sichtbar werden. Die Experten für Körpersprache deuten das so: „Jemand, der etwas schmeckt, ist das nicht. Selbst, wenn Kohl dabei lächeln sollte, ist die vorgeschobene Zungenspitze ein winziges Signal dafür, daß er etwas weggeschoben möchte, was ihm nicht behagt. Das können Personen sein oder unangenehme Fragen und Probleme.“



Owela... Ins Hörschen gepinkelt — und das am ersten Schultag! ...

Stimme der anderen

„Abgesehen von seiner elephantischen Dickhäutigkeit, scheint seine (Kohl's) Stärke vor allem in seinem instinktiven Verhältnis für den einfachen Bürger und dessen Wunsch zu liegen, nicht unnötig von Politikern gestört zu werden. Das ist eine großartige Begabung, die nicht unterschätzt werden sollte.“
Der britische „Guardian“.

Beinahe zu oft spricht er davon, daß er stets als eine Art Provinzdepp dargestellt worden sei. Nun begrüßt man allmählich den Unterschied zwischen Ruf und Wirklichkeit. Demütigungen wirken nach. Die europäischen Regierungen und das Echo darauf scheinen ihn bei seiner Revanche gegen ein seiner Meinung nach früher besätigen und zu beflügeln. Der Triumph macht deutlich, daß er verletzt war.
(FAZ, 9.12.1982)

Kohl, Reagan — In vielem so ähnlich

„... Kohl und Reagan regieren mit einem kleinen Kreis von Vertrauten. Mit Einzelheiten wollen sie sich nicht verzeihen. So bereitet sich Kohl am Sonntag nicht auf das Gespräch mit dem Präsidenten vor (Reagan umgekehrt wahrnehmen, machte einen Ausflug zu den Potomac-Wasserfällen, Stöberie in einem Schallplattenladen.“
(„Bild“, 6.3.84)



Zitat
„Frage: „Sind Sie ein Pragmatiker? Antwort: „Sowohl als auch.“ (Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit dem Schweizer Fernsehen).
„Spiegel“, 23.1.84

An seinem Glücksgefühl läßt Kanzler Kohl alle teilhaben



Mainhardt
Graf Nayhauss

**Mainhardt
Graf Nayhauss
berichtet
aus Israel**

Schon eine Stunde später erlebt Kohl ungeplant den heimlichen Höhe-

punkt seiner Reise. In der Messehalle von Tel Aviv gibt er für 2000 Gäste einen Empfang. Nach den Reden drängen die Menschen nach vorn, bitten um eine Autogramm. Lebensgefährliches Gedränge.

Der Kanzler genießt die Sympathiewelle, signiert Karte um Karte. Ein in Berlin geborener Halbjude („Ich bin Mamme halb und halb“) lästert: „Jetzt könnt ihr ihn Kohl-Rabbi nennen.“
„Bild“, 28.1.84

„Kam Begreifliches geschieht zur Zeit in Bonn. Wahrscheinlich trägt, beschäftigt sich Bonn mit Strichjungen. Es wird Zeit, daß wir zu den echten Problemen deutscher Politik zurückkehren.“
(Ministerpräsident Albrecht, in „Bild“, 28.1.84)

„Warum soll ich mit dem Kabinett unzufrieden sein? Ich habe nicht den geringsten Grund für eine Regierungsumbildung. Wir lieben das Leben. Wir lassen uns die Lebensfreude nicht vergallen.“
(Helmut Kohl, nach „Welt“, 2.2.84)

Sein größter Triumph

Selbst einzelne Überlebende des Holocaust applaudierten Kohl.

„Bild“, 7.3.84

Kohl in Wachs

LONDON, 7. Dezember (dpa). Bundeskanzler Helmut Kohl kann künftig in London seinen Doppelgänger besuchen. Im Wachsfiguren-Kabinett der Madame Tussaud wurde am Mittwoch ein wächserner Kanzler der Öffentlichkeit vorgestellt, der nach Augenzeugenberichten gestreift und steif wirkt. Im Gegensatz zu Ex-Kanzler Helmut Schmidt, der in Wachs seinem lebenden Vorbild kaum gleiche, sei Kohl aber gut getroffen. In einem blaugrauen Anzug stehe er allerdings so vor Konrad Adenauer, daß er fast verdeckt.

Applaus für Jakob und Adele

Sehr geehrte Frau Horney, Sehr geehrter Herr Schroth, Sie werden sicherlich über diesen Brief erstaunt sein. Ich schreibe, um Ihnen zu Ihrer großartigen schauspielerischen Leistung in „Jakob und Adele“ zu gratulieren. Diese Stunde war ein Genuß, vor allem auch deshalb, weil so viel Lebensfreude und Optimismus im deutschen Fernsehen nur selten zu sehen ist. Sie haben sicherlich an diesem Abend nicht nur mir, sondern vielen Mitbürgern eine köstliche Stunde bereitet. Mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen Ihr Helmut Kohl

„MOR“ 10.2.84

Fortsetzung von Seite 41

„... wir beobachten den Flug der Vögel!“

Mundanten, daß er von der Staatsanwaltschaft offensichtlich unverhältnismäßig streng behandelt wird; der Anwalt hat den Verdacht, hier solle ein Exempel statuieren werden, daß auch „auf dem rechten Auge niemand blind ist“. Tatsächlich ist das Interesse des Staates an einer harten Verurteilung des Einzelhändlers hoch. Als jedoch immer deutlicher wird, daß er eben kein Einzelhändler sein kann, schwindet das Interesse des Gerichts. Der Junge kommt schließlich mit einer geringen Bewährungsstrafe davon und wird wenig später von einer Bombe zerrissen, die er selbst auf einem großen Volksfest gelegt hat, um „ein Fanal zu setzen“ — wie es in dem vorher abgezeichneten Bekennerbrief heißt. Kaum ist der Anschlag passiert, hat der Staat schon wieder die Version vom „verblendeten Einzelhändler“ parat. Bei allem fragwürdig, weil sehr ausschließlich psychologisch gefaßt, bleibt Kückelmanns Faschismusbegriff — doch das taugt als Kritik an dem Film letztenendes genau so wenig wie Ulrich Greiners — durchaus nicht falsche — Feststellung, daß man den in den Film eingearbeiteten Liebeszenen kein Wort glauben kann.

„Gestern in Rom und Berlin, heute in Bologna und morgen in Alabama“ — die Lösung der neofaschistischen Gruppe in dem Film ist deutlich und als Ansatz, darauf als Film zu reagieren, ist „Morgen in Alabama“ ein bemerkenswerter Versuch.

Einen ganz anderen Weg als Kückelmann, der mit routinisierten Mitteln eine politisch wichtige Geschichte genau erzählt, geht Ula Stöckl mit „Schlaf der Vernunft“. Ihrem Film merkt man die Unzufriedenheit mit den einfach erzählten Geschichten an: von der Story her hätte ihr Film ein Thriller werden können, durch ihre Ästhetik ist es ein Bericht über Bewußtseinszustände in diesem Land geworden. Dea ist Frauenärztin und lebt seit Jahren von ihrem Mann getrennt mit den Töchtern

und ihrer Mutter zusammen in Berlin. Sie forscht über Nebenwirkungen der Pille und bereitet eine Kampagne gegen einen ortsansässigen Pharmakonzern vor. Eines Tages wird in ihrer Praxis eingebrochen, alle Patientenkarten werden gestohlen.

Mehr Raum nimmt in dem schwarz-weiß für 800.000 Mark gedrehten Film der Versuch ein, das Verhältnis zwischen der emanzipierten, fortschrittlichen Dea und ihren unpolitischen, aus dem Haus drängenden Töchtern zu charakterisieren, die sich von der Mutter nicht verbieten lassen wollen, die Pille zu nehmen, „nur weil Du einen Narren daran gefressen hast, über die Nebenwirkungen zu forschen“. „Schlaf der Vernunft“ ist trotz einiger Längen und einer ziemlich pathetischen Liebesgeschichte im zweiten Teil des Filmes ein vielschichtiger Streifen geworden, den anzuschauen sich lohnt. Im Programmzettel zu dem Film, der im Forum lief, ist außerdem ein bemerkenswertes Interview von Ula Stöckl und Erika und Ulrich Gregor abgedruckt: „Stöckl: Ich denke ja, daß die Diskussion (um Zensur durch Filmförderung, F.) viel zu spät angefangen hat, denn unter der sozialliberalen Regierung fing das schon an, was ich vorhin Geschmackszensur genannt habe. Da es aber unsere großen Kollegen noch nicht betroffen hat, waren es die Frauen ... Wenn ich es richtig analysiere, hat mich doch bis zum Jahre 1977 keiner davon abgehalten, Filme zu machen ... Aber die männlichen Kollegen haben es nicht zur Kenntnis genommen. Insofern war auch nicht interessant, als ich durch die Welt lief und sagte, jetzt darf ich schon wieder einen Film nicht machen, weil ich hier und hier was ändern muß, und das will ich nicht ... Das, worüber die männlichen Kollegen jetzt klagen, hat für die Frauen die ganze Zeit bestanden.“

Tatsächlich lief im Wettbewerbprogramm dieses Jahr ein einziger Film einer Regisseurin: der holländische Bei-

trag „Der Stille Ozean“ von Digna Sinke, ein ziemlich langweiliger Film über die midlife-crisis einer Lateinamerika-Korrespondentin. Ärgerlicher als die Längen war die Tatsache, daß die Verhältnisse in Südamerika nur als Kulisse für die Selbstbespiegelungen der Filmprotagonistin Marian Winters mißbraucht wurden. Kaum erfreulicher ist auch die Rolle, die ihr geistig behinderter Bruder Emil spielen muß, er wird aus der im Film ziemlich heilen Welt in seinem Heim herausgerissen und kommt mit der Realität, mit der ihn seine Schwester konfrontiert, überhaupt nicht zurecht. Der Krüppel als Emotionsobjekt — eine Subjektivität wird Emil nicht zugestanden. Der Film suggeriert, daß eigene Empfindungen, eigene Ziele bei derart behinderten Menschen nicht vorhanden sein können. Man soll Behinderte halt nehmen, wie sie angeblich sind, und trotzdem lieb zu ihnen sein.

Arm dran und hilflos

Behinderung hat als Sujet nichts an Attraktivität für Filmemacher eingebüßt: die Anomalität provoziert offensichtlich unqualifizierte Auseinandersetzungen damit.

Besonders widerlich war der österreichische Beitrag zum Thema: Gerald Kargl behauptet, mit seinem Spielfilm „Angst“ einen wirklichen Fall nachzuzeichnen. Er porträtiert ein Schlachtfeld, das von einem „Irenen“ kaltblütig geplant in einem einsamen Landhaus begangen wird. Eine Augenweide für das blutgierige Publikum. Für den irren Täter: Kopf als Therapievor-schlag?

Auch aus Österreich kam Niki List's Dokumentarfilm „Mama lustig...“, der ein Wochenende des mongoloiden Christian, der in einem Heim lebt, zu Hause filmt. Gut gemeint, aber langweilig — zumal es ihm nicht gelingt, die Konflikte der anzureißen; warum ist Christian im Heim, wie ist seine Mutter mit der Tatsache zurechtkommen, ein behindertes Kind zu haben, wie reagiert die Umwelt? Da ist der schwedische Film „Schmerzgrenze“ von Agneta Elers-Jarleman schärfer und aufschlußreicher. Die Regisseurin setzt sich in dem Dokumentarfilm mit ihrer Tochter, einem schmerzhaften und aufschlußreicher. Die Regisseurin setzt sich in dem Dokumentarfilm mit ihrer Beziehung zu ihrem Freund Jean auseinander, der 1977 einen schweren Autounfall hatte und seitdem blind, schwer sprachgestört und halbseitig gelähmt ist. Der Film ist ehrlicherweise kein Film über Jean, sondern über Agneta, und es werden keine Rezepte angeboten, sondern Schwierigkeiten und Hoffnungen beschrieben. Agneta will sich nämlich für ihren Freund nicht aufopfern, will nicht ihr ganzes Leben nach ihm und seiner Behinderung richten. Andererseits liebt sie ihn noch immer und will sich nicht wie die anderen Freunde von ihm zurückziehen. Ihr Glaube an ärztliche Urteile und die negativen Perspektiven, die ihr Jeans Therapeuten eröffnen, wird zusehends eingeschränkt — andererseits sieht sie sich auch außerstande, selbst Jeans Therapie und Pflege zu übernehmen.

Ganz anders, aber auch gelungen: Kurt Gloor's Schweizer Beitrag „Der Mann ohne Gedächtnis“. Auf einer Autobahnruhestätte bei Bern wird ein nicht identifizierbarer Mann aufgegriffen, der kein Wort spricht. Zwecks Feststellung der Identität wird er in eine psychiatrische Klinik überwiesen und steht dort Ärzten und Pflege vor ein Rätsel: Die Diagnosen greifen nicht, aus dem Mann ist nichts herauszubekommen. Dabei kann es aber schon deshalb nicht bleiben, weil sonst die Kostenübernahme durch den Bund nicht geklärt werden kann. Die Psychiater versuchen nun mit verschiedenen Methoden, doch noch zu einer Diagnose zu kommen: der Mann ohne Gedächtnis wird mit Elektroschocks bearbeitet, bekommt Wahrheitssera gespritzt, wird mit Psychopharmaka vollgepöppt — je weniger Ergebnisse die Behandlung zeitigt, desto aggressiver und brutaler gehen die „Helfer“ mit dem Patienten um, bis die Oberärztin schließlich Einhalt gebietet und vorschlägt, den Mann ohne Diagnose in eine Wohngemeinschaft zu entlassen. Die Geschichte wird witzig und detailreich erzählt — schade, daß in einem zweiten Strang die Motive des Mannes ohne Gedächtnis enthält werden, das wirkt etwas banal: er hat nämlich seine Arbeit als Cheflaborant bei Tierversuchen nicht verkräftet. Der Zwang, Geschichten zu erzählen, die in sich geschlossen sind, kaum Fragen offen lassen, wirkt sich wenig realitätsfördernd aus.

Realer Sozialismus, realer Antikommunismus

Immer immer immer immer weitergehen auf dem Weg zum richtigen Kapitalismus — die Filmindustrie der VR China leistet Schützenhilfe. Auch über die jährliche Berlinale-Beitrag „Heißes Blut“, war eine scharfe Abrechnung mit der „Vierhande“. Luo Xingang übernimmt 1979 die Leitung einer Seidendruckfirma, deren Ware vom westlichen Ausland wegen mangelhafter Qualität schon lange nicht mehr gekauft wird. Ihm gelingt es aber, einen Exportauftrag für seine Firma nach Hongkong zu ergattern. Bedingung ist, daß seine Fabrik von Maschinendruck auf Handdruck umgestellt und außerdem der einst wegen „antisozialistischer Tendenzen“ von Kulturrevolutionären entlassene Designer Shen Hua wieder eingestellt wird. Das wird alles durchgeführt; jetzt sind nur noch die unflexiblen alten Parteikader und Ministerialbeamten im Weg. Mit ein paar faulen Tricks gelingt es Luo, auch sie auszuwickeln, und beinahe schafft er es, den Auftrag rechtzeitig abzuliefern. Da schickt die Bezirksregierung eine Untersuchungskommission, die die Ursachen für die steigende Unzufriedenheit unter den Textilarbeitern untersuchen soll. Luo droht die Strafversetzung, aber nun greift er sich ein Mikrofon und hält eine flammende Rede an die staunende Belegschaft: er kritisiert sich selbst, weil er den werktätigen Massen nicht genug vertraut habe; scharfer fällt allerdings seine Kritik an den Hemmnissen der Bürokratie und an verkochten Beamten in dem Ministerium aus. Ein Lob auf das J. Plenum des ZKs und seine Beschlüsse zur Modernisierung beenden den Film, tosender Applaus der Arbeiter. Besonders pikant ist eine in den Film eingearbeitete Rehabilitierung des Katholizismus: die einzige Frau, welche einer alten kranken Frau, die in einer erbärmlichen Wohnung haust, hilft, ist eine Katholikin, die ihr Engagement mit einem Bibelzitat erklärt: „Alle Menschen sollen Brüder (I) sein“. Dramaturgie und Ästhetik waren Hollywoodimport, mit dem typisch chinesischen Hang zum knallbunten Bild und der superschmalzigen Musik.

Ertrügerlich war da schon der Beitrag der SU „Frontromanz“, der die Wege ehemaliger Rotarmisten nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt und eine erstaunlich offene Kritik an den oft schlechten Lebensbedingungen in der Sowjetunion der sechziger Jahre ist. Aus dem anderen Lager sehenswert war der Film „Seeing Red“ von Julia Reichert, einer amerikanischen Linken, die einen Film über das Leben US-amerikanischer Kommunisten in antikomunistischen Zeiten drehte. Der Dokumentarstreifen besticht durch seinen Witz — ist allerdings insgesamt eher oberflächlich. Das Verhältnis amerikanischer Kommunisten zu ihren Genossen aus der SU oder auch zu europäischen Kommunisten wird kaum angerissen — intensiver widmet sich die Regisseurin dem Verhältnis von offiziellem Alltag und abweichender Meinung. Erklärt wird das in einem Interview: eigentlich sei es mehr darum gegangen, militante Lebensläufe nachzuzeichnen. Finanziert wurde die Arbeit unter anderem mit Mitteln der „Playboy Foundation“.

Die Berlinale hat verschiedene Sparten, in denen zahlreiche Preise verliehen werden; am wichtigsten ist der Wettbewerb (Preis: Goldener und Silberner Bär); experimentellere Filme sind im Internationalen Forum des Jungen Films zu sehen; unter Ikonen liefern gibt es noch das Kinderfilmfest, eine Retrospektive (dieses Jahr von E. Lubitsch-Filmen) etc.

Anträge auf Filmförderung durch das BMI sollen nicht mehr direkt an das Ministerium gestellt werden können, sondern müssen künftig eine Vorauswahl bei der FFA durchlaufen, die nur noch die Vorhaben weiterleitet, die erfolgreich zu werden versprochen.

Fazit

Anmerkungen:

1. „Wir wissen nicht, wann der Tiger angreift, aber nähert er sich, schrecken die Vögel auf. Also beobachten wir den Flug der Vögel!“ — aus dem Nachspann zu „Morgen in Alabama“ von N. Kückelmann.
2. Die Berlinale hat verschiedene Sparten, in denen zahlreiche Preise verliehen werden; am wichtigsten ist der Wettbewerb (Preis: Goldener und Silberner Bär); experimentellere Filme sind im Internationalen Forum des Jungen Films zu sehen; unter Ikonen liefern gibt es noch das Kinderfilmfest, eine Retrospektive (dieses Jahr von E. Lubitsch-Filmen) etc.
3. Anträge auf Filmförderung durch das BMI sollen nicht mehr direkt an das Ministerium gestellt werden können, sondern müssen künftig eine Vorauswahl bei der FFA durchlaufen, die nur noch die Vorhaben weiterleitet, die erfolgreich zu werden versprochen.
4. Der Verwaltungsrat der FFA besteht aus 33 Mitgliedern: MdGs, Vertreter des Bundesrates, der Bundesregierung, aller Bereiche der Filmwirtschaft, Fernsehanstalten, Journalisten, Kirchen, Gewerkschaften (Stand 1979).
5. Ebendiese hat vor drei Jahren den Dokumentarfilm „Der Lange Atem“ über den Widerstand gegen die Rassistisierung nicht als Abschlußarbeit anerkannt und für Vorführungen nicht freigegeben; kommunistische Tendenzen. Mittlerweile ist der Film mit dem neuen Titel „Der längere Atem“ in den Kinos zu sehen.

Hau rein, Toni

Das schlägt doch dem Fuß den Boden aus: Der Deutsche Fußballbund überlegt, ob unsere Nr. 1 im Tor bei der Europameisterschaft überhaupt eingesetzt werden soll. Schumacher könnte nämlich, so die Befürchtung der Funktionäre, anti-deutsche Reaktionen beim französischen Publikum auslösen. Man rechnet damit, daß die Franzosen nachtragend sind: Wegen des Fouls vor zwei Jahren in Spanien, das Schumacher im Halbfinale an Bastillon verübte. Schon haben wir wieder einen klassischen Fall von Einmischung der Politik in den Sport. Nicht die Qualifikation entscheidet, sondern (falsche) Rücksichtnahme auf gutnachbarliche Beziehungen in der EG.

Ein, so meine ich, schlimmes und in diesem Fall sogar verheerendes Verständnis von deutsch-französischer Freundschaft. Wobei es von neben-sächlichem Bedeutung ist, daß Silberlocke ebenso wenig an Sepp Herberger heranreicht wie Birne an Adenauer (oder auch Mitterrand an de Gaulle). Form und Format sind halt zwei Paar Schuh. Aber wie gesagt: das ist zweitrangig.

Von äußerster Relevanz aber könnten die Folgen einer solchen Entscheidung (die hoffentlich noch nicht getroffen ist) für die Stimmungslage dieser unserer Länder und Völker sein. Deshalb darf die Linke hierzu nicht schweigen. Denn: Daß die westdeutsche Nationalmannschaft augenblicklich nicht gerade in der Blüte spielerischen Könnens steht, ist unbestreitbar. Was aber wird passieren, wenn wir nun auch noch ihre letzten Stützen — noch dazu in der Hintermannschaft! — rausnehmen und stattdessen mit den geforderten Softies antreten? Wenn die gegenwärtigen Sturmreihen durch den deutschen Strafraum hindurchspazieren wie durch einen Schweizer Käse? Wer auch nur einen Funken Phantasie hat, kann sich leicht die Schlagzeilen der (nicht gerade zimperlichen) französischen Presse vorstellen, etwa „Deutsche Abwehr wie gelähmt“ oder „Deutsche: Jetzt auch Angst vor dem Ball“ oder „paritätische Deutsche vernichtend geschlagen“, vielleicht auch „BRD-Fußball vom grünen Virus infiziert“ oder „Trainiert Petra Kelly jetzt die Deutschen?!!“

Das kommt doch so sicher wie der Tusch nach dem Nachhall-Marsch! Deshalb sage ich: Um des Friedens willen, nominiert Toni! Und Toni soll sich auf keinen Fall einschüchtern lassen. Er soll sich völlig unbeschwert einbringen, er soll aufspielen, wie es seiner Art und seinem Temperament entspricht: Hart, aber fair. Wenn die kunstfertige Taktik, dem Gegenspieler mit dem Arsch ins Gesicht zu springen, in Frankreich nicht beherrscht wird, dann müssen sich unsere Freunde an der Seine eben daran gewöhnen, daß es auch andere Maßstäbe gibt. Unseren Spielern rufe ich zu: Jungs, laßt euch nicht von der konsequenten Manndeckung abbringen! Bleibt beim bewährten Erfolgsrezept eines Försters, der schon so manchen „Baum gefällt“ (um nicht zu sagen niedergemäht) hat. Es ist ja auch viel zu spät, das in schöpferischer Weiterentwicklung des italienischen Calcio nachzuziehen praktizierte „Briegel-System“ noch umstellen zu wollen (auch als „Knochen-Briegel“ oder „Gelenk-Briegel“ liebevoll tituliert).

Als Zugabe nach dem Motto „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ sollten ruhig auch die Fan-Clubs die französischen Stadien beleben. Ich meine die ganz speziellen mit Kurzhaareschnitt, Hakenkreuz-Fahne und Sieg-Heil-Ruf. So sind die Leute nun mal, ganz abgesehen davon, daß sie garantiert nach 1945 geboren wurden.

Vielleicht kann auf diese manches geradegerückt werden. Denn mit Sicherheit schwärmen die französischen Intellektuellen wie alle anderen auch für das Spiel mit dem Leder. Und sie verfügen über eine ausgezeichnete Beobachtungsgabe. Kritisch und scharfsinnig, wie sie nun einmal sind, werden sie auch während der Europameisterschaft der erregenden Frage des Jahrzehnts nachgehen: Was es mit den Deutschen auf sich hat, warum sie die Freiheit nicht mehr verteidigen wollen und überhaupt so feige sind.

Ich nehme an, sie werden bei jedem Zweikampf neue Erkenntnisse gewinnen. Der Tip sei gewagt: Sie werden uns — die Friedensbewegung, mit freundlichen Augen sehen. Ein riesiges Mißverständnis wird endlich aus der Welt geschafft.

Aber nur, wenn Toni spielen darf!

Arbeiterkampf

Abonnement für Leser, die sich etwas mehr Zeitung zutrauen

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7885
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsere(r) Girokontos.

Nichtzustreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto. Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)